Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 121 JANUAR/FEBRUAR 1996 DM 1,-

Streikwelle durch Gewerkschaftsbürokraten gekippt

Französische Arbeiter wehren Regierungsangriff ab



AFP

Massendemo von streikenden Arbeitern in Paris, 5. Dezember 1995

1. Januar — Nach einer massiven Streikwelle gegen den .Angriff der Regierung auf das Sozialversicherungssystem kehrten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Frankreichs wieder an die Arbeit zurück. Drei Wochen lang war der Verkehr immer mehr zum Erliegen gekommen, den streikenden Eisenbahnarbeitern hatten sich Beschäftigte im öffentlichen Nahverkehr, bei der Post, bei öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Krankenhäusern angeschlossen. Entgegen den Erwartungen der Regierung fanden die Arheitskampfaktionen allgemeine und sogar begeisterte Unterstützung beim Großteil der Bevölkerung, die ihr Netz der sozialen Grundversorgung durch die „Reformen" von Ministerpräsident Alain Juppé bedroht sieht. Die gewaltige Streikwelle in Frankreich sandte Schockwellen durch ganz Europa und die Welt. Bereits am 13. Dezember gab es eine Demonstration von 60 000 Menschen in Brüssel gegen die weitreichenden Haushaltskürzungen, die die belgische Regierung angeordnet hatte.

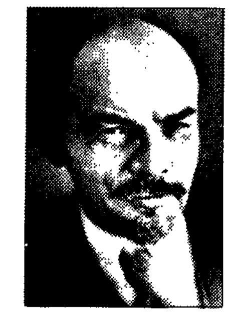
Juppé konnte wochenlang den harten Mann spielen, weil die Streikwelle auf die Arbeiter des öffentlichen Sektors begrenzt blieb und nicht auf die Schlüsselindustrien ausgeweitet wurde. Eine Serie von einem halben Dutzend eintägiger Generalstreiks der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ging jedoch mit wachsenden Massenmobilisierungen einher und hatte ihren Höhepunkt am 12. Dezember, als mehr als zwei Millionen Demonstranten auf die Straßen strömten. Die Massenmobilisierungen gegen die Regierung,

Fortgesetzt auf Seite 5

Baut eine revolutionäre Partei auf, die für eine Arbeiterregierung kämpft!

Frankreich: Syndikalismus oder Bolschewismus


TROTZKI


LENIN

Die explosiven Streiks in Frankreich zeigten die Kampfbereitschaft des Proletariats, wie auch die Entschlossenheitder Gewerkschaftsbürokraten zu verraten. Besonders seit der Stalinismus unter der Wucht seines eigenen Bankrotts zusammengebrochen ist, wenden sich immer mehr radikale Jugendliche und Arbeiter in Westeuropa den „parteifeindlichen" Traditionen des Anarchismus und Syndikalismus zu, in denen sie eine Alternative zu den reformistischen Parteien sehen. 1929 ging Trotzki aufdie widersprüchlichen Aspekte der revolutionären syndikalistischen Massenbewegung 'ein, die vor der bolschewistischen Revolution von 1917 existierte.

Die Kommunistische Partei ist die grundlegende Waffe der revolutionären Aktion des Proletariats, die Kampforganisation seiner Avantgarde, die in ausnahmslos allen Bereichen ihres Kampfes zur Rolle des Führers der Arbeiterklasse heranreifen muß, und folglich auch auf dem Kampffeld der Gewerkschaften...

Als der französische Vorkriegs-Syndikalismus in der Epoche seines Aufstiegs und seiner Ausbreitung für die Autonomie der Gewerkschaften kämpfte, kämpfte er damit wirklich für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der bürgerlichen Regierung und ihren Parteien, auch von denen des reformistisch-parlamentarischen Sozialismus. Dies war ein Kampf gegen den Opportunismus — für einen revolutionären Weg. Der revolutionäre Syndikalismus machte in diesem Zusammenhang aus der Autonomie der Massenorganisationen keinen Fetisch. Im Gegenteil, er verstand und predigte die führende Rolle der revolutionären Minderheit in bezug auf die Massenorganisationen, die die Arbeiterklasse mit all ihren Widersprüchen, ihrer Rückständigkeit und ihren Schwächen widerspiegeln.

In ihrem Wesen war die Theorie der aktiven Minderheit eine unvollständige Theorie einer proletarischen Partei. In seiner ganzen Praxis war der revolutionäre Syndikalismus der Embryo einer revolutionären Partei und gegen den Opportunismus gerichtet, d.h. er war eine bemerkenswerte Ankündigung des revolutionären Kommunismus.

Die Schwäche des Anarcho-Syndikalismus, auch in seiner klassischen Zeit, war das Fehlen einer korrekten theoretischen Grundlage, und als ein Ergebnis dessen ein falsches Verständnis von der Natur des Staates und seiner Rolle im Klassenkampf; weiter eine unvollständige, nicht voll entwickelte und deshalb falsche Auffassung von der Rolle der revolutionären Minderheit, d. h. der Partei. Daher die Fehler in der Taktik, wie z. B. die Fetischisierungdes Generalstreiks, das Ignorieren einer Verbindung zwischen dem Aufstand und der Eroberung der Macht, usw.

Nach dem Krieg fand der französische Syndikalismus nicht nur seine Widerlegung, sondern auch seine Weiterentwicklung und seine Vollendung im Kommunismus. Bemühungen, den revolutionären Syndikalismus wiederzubeleben, können jetzt nur noch den Versuch bedeuten, die Geschichte zurückzudrehen. Für die Arbeiterbewegung können solche Bestrebungen nur noch eine reaktionäre Bedeutung haben.

Die Epigonen des Syndikalismus verwandeln (in Worten) die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsorganisation von der Bourgeoisie und den reformistischen Sozialisten in eine *Unabhängigkeit überhaupt,* in eine *absolute* Unabhängigkeit von allen Parteien einschließlich der Kommunisten. ..

Unabhängigkeit vom Einfluß der Bourgeoisie kann kein passiver Status sein. Sie kann sich nur in politischem Handeln äußern, d. h. durch den Kampf gegen die Bourgeoisie. Dieser muß angeleitet sein von einem eindeutigen Programm, das eine Organisation und die Taktiken für seine Anwendung erfordert. Erst die Einheit von Programm, Organisation und Taktik konstituiert die Partei. In diesem Sinne kann die wirkliche Unabhängigkeit des Proletariats vom bürgerlichen Staat nur dann erzielt werden, wenn das Proletariat seinen Kampf unter der Führung einer revolutionären, und nicht einer opportunistischen, Partei austrägt.

Leo Trotzki, „Kommunismus und Syndikalismus"
(Oktober 1929)

SPARTAKIST 

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clernens, Renate Dahinaus, Toralf Endruweit, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschritt. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 121 **Januar/Februar 1996**

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle

SpAD, Postfach,20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (0345) 2 0290 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Spartakist-Jugend

Turin: 30 000 Demonstranten auf der Straße gegen Apartheid-Erlaß

Die Regierung von Dini in Italien erließ im November ein Dekret gegen Immigranten, wonach die Deportation aller Personen ohne EU-Papiere zulässig ist, wenn sie „über ihre Verhältnisse leben", eine „soziale Gefahr" darstellen oder sogar wegen „Störung des Friedens". Die Faschisten der MSI (umbenannt in „Nationale Allianz") *und* die Sozialdemokraten der PDS (Demokratische Linkspartei, Nachfolgepartei der stalinistischen PCI) unterstützten dieses rassistische Gesetz.

Als Antwort darauf riefen die Bürokraten des Gewerkschaftsdachverbandes CGIL, der von der PDS unterstützt wird, sowie die katholische Kirche und einige Liberale für den 20. November in Turin zu einem „multikulturellen Festival gegen Rassismus" auf. Aber die Vereinigungen der Immigranten, die viele eingewanderte Arbeiter und ihre Familien vertreten, hatten kein Bedürfnis, eine „Party gegen den Rassismus" zu feiern. Sie verlangten eine kämpferische Demo. Aus Furcht davor, daß die Stärke der Arbeiterklasse zu sehen wäre, teilten die Bürokraten die Demo in zwei Demonstrationszüge, die erst auf dem Hauptplatz im Stadtzentrum zusammenkamen.

Die von den CGIL-Führern organisierte Demonstration von insgesamt 12000 wurde vom Turiner Bürgermeister Castellani und seinem Vorgänger Novelli angeführt, der von Leibwächtern geschützt werden mußte, weil er erst zwei Wochen vorher an einer faschistischen Demonstration gegen Immigranten teilgenommen hatte. Ihnen folgten die Kontingente der PDS und der CGIL und am Ende ein kleiner abgetrennter Block von Immigranten.

An der anderen Demo, die von den Immigrantenvereinigungen organisiert worden war, beteiligten sich 18000. Dieser integrierte Demonstrationszug (ein Drittel Immigranten, meistens französischsprachige Nordafrikaner und Schwarzafrikaner) zog die kämpferischeren Gruppen der Immigranten und Linken an, einschließlich der Autonomen, Rifondazione comunista (RC) und eines versprengten Häufchens von Pseudotrotzkisten. Auf dem Versammlungsplatz begrüßten sie die Bürokraten der CGIL mit Bannern, auf denen stand: „Bossi [Führer der rassistischen Lega Nord], D'Alema [Führer der PDS] und Fini [Führer der faschistischen AN/MSI], ihr seid alle gleich, geht nach Hause", und: „Bossi, D'Alema fuori dai coglione" (sinngemäß: verpißt euch).

Die PDS-Linie wurde sehr klar, als Cofferati, der PDSler, der Chef der CGIL ist, sich an die Demo wandte und „straffällig gewordene und unehrliche" Immigranten angriff und ihre Abschiebung forderte. Dies führte zu Sprechchören wie „Rassist, dreckiges Schwein, Ausverkauf", die seine Tiraden übertönten. Zu den lautesten Protestierern gehörten die Jugendgruppen der RC. Aber die wirkliche Politik von RC, die die Dini-Volksfrontregierung „toleriert", wurde durch ihre Broschüre „Für eine multiethnische Gesellschaft" enthüllt, die bei der Demonstration verteilt wurde. Darin heißt es: „Alle ehrlichen Bürger und Arbeiter, Italiener und ausländischen Einwanderer verabscheuen das kriminelle Phänomen, daß das Zusammenleben der Mitbürger heutzutage stört. Es ist notwendig, daß die zuständigen Behörden Kriminalität jeder Art effektiv unterdrücken und die italienischen Gesetze mit den modernsten Ermittlungstechniken, die verfügbar sind, gegen Drogenhändler und das Prostitutionsgewerbe einsetzen..." Dies ist ein offen rassistischer Appell für staatliche Unterdrückung von Immigranten.

Die Intervention der Lega trotskista d'Italia, der sich Mitglieder der Spartakist-Jugend aus Deutschland und Frankreich angeschlossen hatten, stieß bei Immigranten und linken Jugendlichen auf Begeisterung. Unsere Propaganda forderte: „Nieder mit dem rassistischen Dekret! Volle Staatsbürgerrechtefür alle Immigranten!" und erklärte, daß Volksfrontregierungen wie die von Dini den Weg für die kapitalistische Reaktion bereiten, indem sie die Arbeiterklasse fesseln. Nur die Arbeiterklasse, geführt von ihrer revolutionären Partei, die für die sozialistische Revolution kämpft, kann den Weg freimachen, um alle Kräfte des Rassismus und Faschismus ein für alle Mal hinwegzufegen.«

Wir begrüßen unsere neuen Leser!



Spartakist

Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	95	115	121
Halle	40	51	128
Hamburg	45	57	127
Auf Entfernung	10	15	150
Gesamt	190	238	125

Abonniert jetzt!

D Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5 —

D Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,–
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name ____________________

Adresse ____________________

Telefon ____________________

Sp 121

Bestellt über: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/M., BLZ 50010060

Mailand: Protest gegen Polizeiüberfall auf autonomes Zentrum Leoncavallo!

Am 23. Dezember gingen in Mailand über 20 000 Menschen gegen den brutalen Polizeiüberfall auf die Straße, der vier Tage vorher stattgefunden hatte. An der von Jugendlichen dominierten Demo beteiligten sich auch Mitglieder von Basiskomitees aus den Betrieben (COBAS), Arbeiter von Alfa-Romeo, Rifondazionecomunista und unsere Genossen der Lega trotskista d'Italia (LTd'I). Eine Protesterklärung der mit der LTd'I verbundenen Verteidigungsorganisation Comitato di difesa sociale e proletaria (CODISPRO) vom 20. Dezember schilderte den Angriff der Polizei:

„In einer Nacht- und Nebelaktion im Stile eines Gestapo-Überfalls zerstörten rund 200 Polizisten, darunter Spezialeinheiten der Carabinieri und der politischen Polizei Digos, das Sozialzentrum Leoncavallo. Unter dem juristischen Vorwand einer Suche nach ‚Drogen', die dazu dienen sollte, politische Gewalt und Unterdrückung zu verschleiern, riegelte diese Armee von Bullen die Via Watteau mit Dutzenden von gepanzerten Fahrzeugen und Drogenspürhunden ab, während ein Spezialkommando von rund 50 Mann in Schwarzhemden und Skimasken die Wände des Leoncavallo hochkletterte. Unter den Schlägen von Eisenstangen und Ketten wurden 18 Leute im Hof zusammengetrieben. Man befahl ihnen: ‚Bauch auf den Boden, Bastarde!', während man ihnen den Mund knebelte und ihre Hände hinter ihrem Rücken mit Handschellen fesselte. Fünf Jugendliche, darunter zwei Nordafrikaner, wurden verhaftet: A. Begnamini (25), S. Fhadli (27), E. Caizzi (20) wurden vor Ort festgenommen. E. Daniele (24) und E.M. Nefati (23) wurden zur gleichen Zeit zu Hause verhaftet...

Nach wochenlangen faschistischen Provokationen gegen das Leoncavallo durch die Squadristi der Lega Nord im ‚Greco-Nachbarschaftskomitee' gingen nun die *Squadristi di stato* [Squadristi des Staates] daran, das Sozialzentrum zu zerstören. Daß die Carabinieri und Spezialkommandos dafür berüchtigt sind, daß sie sich mit den Faschisten überschneiden, wurde bei diesem Blitzkrieg-Angriff bestätigt. *Il Manifesto* (20. Dezember) berichtet, daß die Wände des Leoncavallo mit Hakenkreuzen beschmiert wurden. Die Bibliothek des Zentrums wurde von Polizisten zerstört, die auf die Bücher urinierten, Videokassetten zerstörten und Computer zerschlugen. Ein Davidstern wurde über eine Wandmalerei einer indianischen Frau geschmiert — die Botschaft scheint zu sein, daß den Linken und Immigranten in Italien der gleiche tödliche Terror droht, den die Nazis gegen die Juden ausübten.

Der brutale Angriff auf das Leoncavallo zeigt eine bedrohliche Entwicklung, die an die ‚Strategie der Spannung' der Regierung in den 70er Jahren erinnert, als staatlich sanktionierte und geförderte faschistische Aktivitäten wie der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna zum Vorwand genommen wurden für eine brutale Hexenjagd gegen die Linke... Wenn sie heute gegen das Leoncavallo vorgehen, gegen wen geht es dann morgen? Wie in den 20er Jahren ist letztlich die kämpferische italienische Arbeiterklasse die Zielscheibe dieses Terrors und dieser Repression, wie das brutale Zusammenschlagen der Bergleute von Sulcis durch die Polizei am 20. Dezember vor dem Parlamentsgebäude in Rom zeigte. Es ist notwendig, daß die machtvolle Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterorganisationen mobilisiert werden zur Verteidigung des Leoncavallo und aller Opfer von rassistischer kapitalistischer Repression."

Den Hintergrund für den Angriff auf das Leoncavallo bilden der Krieg der Regierung gegen Immigranten und zunehmende faschistische Angriffe. Darüber hinaus kommt dieser Angriff unmittelbar nach der militanten Streikwelle in Frankreich, die in Italien ein starkes Echo gefunden und den kapitalistischen Herrschern das Fürchten beigebracht hat. Diese gehen immer mehr dazu über, einen „starken Staat" aufzubauen, um ihr System der kapitalistischen Ausbeutung weiter aufrechtzuerhalten und Angriffe gegen die Arbeiter, die Frauen, die Jugendlichen und unterdrückte Minderheiten durchzupeitschen.

Die kämpferische Demo endete vor dem Gefängnis San Vittore, das im Zentrum von Mailand liegt. Ein Genösse der LTd'I schilderte die Szene dort:

„Viele Jugendliche aus dem Sozialzentrumwarfen Feuerwerkskörper und Rauchbomben über die hohen Befestigungsmauern des Gefängnisses, und es gab viele laute Explosionen innerhalb der Mauern. Die Menge skandierte laut: ‚Freiheit für die Genossen', und viele riefen spontan: ‚Freiheit für Mumia Abu-Jamal'. Die ganze Menge war so laut, daß die Gefangenen sie hören konnten. Dann konnten alle sehen, wie brennendes Papier und brennende Laken aus den Fenstern einiger Gefängniszellen rausgehalten wurden als Zeichen der Solidarität, und die Menge brach in Beifall aus und tobte vor Begeisterung."

In diesem Sommer haben das CODISPRO und das Leoncavallo gemeinsam zu einem Einheitsfrontprotest in Mailand aufgerufen zur Verteidigung des schwarzen Journalisten, ehemaligen Black Panthers und MOVE-Unterstützers Mumia Abu-Jamal, dem wegen seines Engagements für die Unterdrückten die Hinrichtung in den USA droht. Auf der Schlußkundgebung überbrachte eine Sprecherin des CODISPRO eine Solidaritätserklärung von Mumia aus der Todeszelle des SCI-Greene-Gefängnisses in West-Pennsylvania. Er verurteilte den Polizeiüberfall als eine *„Ungeheuerlichkeit"* und sagte: *„Ich möchte einfach, um auf jene Realität zu reagieren, natürlich allen fünf, die verhaftet, eingekerkert und begraben wurden, meine Unterstützung ausdrükken, aber auch dem Zentrum Leoncavallo, und ich hoffe, daß sie es wieder aufbauen können. "*

So wie Mumia Abu-Jamal ein Name ist, der Millionen in der ganzen Welt bewegt, so muß der Name Leoncavallo jetzt entschiedenen Protest hervorrufen und dazu führen, den kapitalistischen Staatsterror zu entlarven. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Das Komitee für soziale Verteidigung schließt sich dem Protest seiner italienischen Schwesterorganisation an und fordert von euch Solidarität. Sendet Protestbriefe, Faxe und Telegramme an: Italienische Botschaft, Karl-Finkelnburg-Str. 49, 53173 Bonn, Fax-Nr. (02 28) 82 21 69, und schickt eine Kopie an das KfsV.

*Stoppt die Hexenjagd! Verteidigt Leoncavallo! Freiheit für die Leoncavallo-Fünf! Weg mit den Anklagen!**

Berliner Treffpunkt : der Spartakist-Jugend

Jeden Mittwoch, 18.00-20.00 Uhr
Humboldt-Uni, Hegelplatz, Raum 111

Für weitere Informationen: (0 30) 4 43 94 00

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 1

die anfangs auf Paris konzentriert waren, verbreiteten sich praktisch über das ganze Land. Und genau zu diesem Zeitpunkt wurden die reformistischen Führer der Arbeiterklasse aktiv, um das Auflodern des Klassenkampfes zu ersticken.

Um eine gefährliche Eskalation zu stoppen, versuchte es die Regierung mit ,,Salamitaktik" und machte Angebote, um die Eisenbahnarbeiter, den harten Kern der Streikbewegung, aus der Streikfront herauszubrechen. Gleichzeitig gelobte Juppé, das Kernstück seiner arbeiterfeindlichen „Reformen" beizubehalten: die Plane zur drastischen Kürzung der staatlichen Gesundheitsversorgung. Als die Ereignisse sich überschlugen und auf einen Frontalzusammenstoß hinausliefen mit der Möglichkeit einer umfassenden Mobilisierung der Arbeiter, die leicht außer Kontrolle hätte geraten können, gingen die Gewerkschaftsbonzen auf die Politik der Bourgeoisie des „Teile und Herrsche" ein. Als Gegenleistung dafür, daß die Regierung ihre geplante Kürzung der Renten und die Entlassungen der Eisenbahnarbeiter zurücknahm, sollten die Streiks zu einem Ende gebracht werden.



Pellissier/Reuters

Kohlebergleute aus der Region Gardanne verbünden sich mit Studenten in Marseille, die gegen Kürzungen protestieren

In Anlehnung an die berühmte Erklärung des französischen stalinistischen Führers Maurice Thorez im Generalstreik von 1936 bekundete die Manager-„Gewerkschaft" CGC: „Man muß wissen, wie man einen Streik beendet." Die Reformisten wissen das ganz bestimmt. Sowohl *L'Humanité,* die Tageszeitung der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF), als auch die sozialdemokratische *Liberation* brachten auf der Titelseite Fotos mit jubelnden Eisenbahnarbeitern, die aus dem Zug, *der sie zurück zur Arbeit brachte,* rote Fahnen schwenkten. Eouis Viannet, Anführer der PCF-geführten Gewerkschaftsföderation CGT, pries zynisch den „Sieg der Bahnarbeiter, die ihre Bereichsforderungen durchgesetzt haben". Aber kaum hatten die Arbeiter angefangen, wieder zur Arbeit zu gehen, verabschiedete das Parlament Gesetze, die Juppé dazu ermächtigten, per Dekret neue Steuern zu erheben, damit seine 0,5-prozentige Erhöhung der Einkommenssteuer am 1. Januar in Kraft treten konnte.

Es gibt weitverbreitete Bitterkeit unter den kämpferischen Arbeitern, die davon sprechen, den Streik gegen die Angriffe der Regierung wieder aufzunehmen. Während das Nachgeben gegenüber den Eisenbahnergewerkschaften es möglich machte, die Streikbewegung zu spalten, verdeutlichte es auch die Schwäche der Regierung, was andere Sektoren ermutigen könnte. Ein Einfrieren der Löhne und Gehälter für alle 5,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, was im Januar in Kraft treten soll, könnte einen erneuten Ausbruch der Proteste provozieren. Aber man kann nicht Kämpfe an- und abstellen wie mit einem Lichtschalter. Die Schlüsselfrage war und ist weiterhin die Frage der Führung.

Vom Beginn der Streiks an hatten die Gewerkschaftsführer (zusammen mit den Führern der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei) und die Masse der Streikenden zwei völlig verschiedene Motivationen. Bei diesem Kampf befanden sich die reformistischen Bürokraten tatsächlich in einem zeitweiligen *Block* mit den Arbeitern, aufgrund ihrer eigenen Interessen. Die Arbeiter hatten es satt nach 13 Jahren Kahlschlagpolitik gegen die Arbeiterklasse, mit den Angriffen auf die Löhne und der steigenden Arbeitslosigkeit (jetzt über 12 Prozent) unter dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand. Dann kamen die „Reformen" der konservativen Chirac/Juppé-Regierung, ein umfassender Angriff auf den Lebensstandard, den sie im Verlauf der letzten Jahrzehnte erreicht hatten. Aber während die Arbeiter in ihrem eigenen Klasseninteresse kämpften, ging es den reformistischen Führungen darum, ihre Rolle als Klassenkollaborateure weiter spielen zu können, um die Arbeiterklasse zu kontrollieren und auszuverkaufen.

Die Gewerkschaftsführer sind weitgehend in den Staatsapparat integriert über unzählige Organe der Klassenzusammenarbeit, die dazu beitragen, das riesige französische System von Sozialleistungen zu verwalten. Die Bürokraten bekamen ihre eigenen Privilegien aus diesen sozialen Errungenschaften, die es den Gewerkschaften erlaubten, Hunderte von bezahlten Funktionären zu haben. So hat sich für die Reformisten deren soziale und politische Rolle ausgezahlt, Frankreich ruhig zu halten für kapitalistische Ausbeutung im Innern und Kolonialismus im Ausland. Und jetzt ist die materielle Basis für ihre Rolle als „privilegierte Gesprächspartner" der Bourgeoisie und deren Staates unter Beschüß.

Die Streikwelle in Frankreich war die erste große Klassenschlacht in der „Neuen Weltordnung", die von Washington bei der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion triumphierend ausgerufen wurde. Die deutsche Bourgeoisie hat auf Paris enormen Druck ausgeübt, das Haushaltsdefizit zu reduzieren als eine Vorbedingung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung. Europas kapitalistische Herrscher versuchen heute, in gleicher Weise wie Reagan und Thatcher in den 80er Jahren mit massiven Angriffen gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Sie wollen ihre „Wettbewerbsfähigkeit" in einem Klima erbitterter wirtschaftlicher Rivalitäten zwischen den imperialistischen Ländern verstärken, wobei die vorherrschenden Mächte (USA, Deutschland und Japan) ihre Einflußsphären konsolidieren.

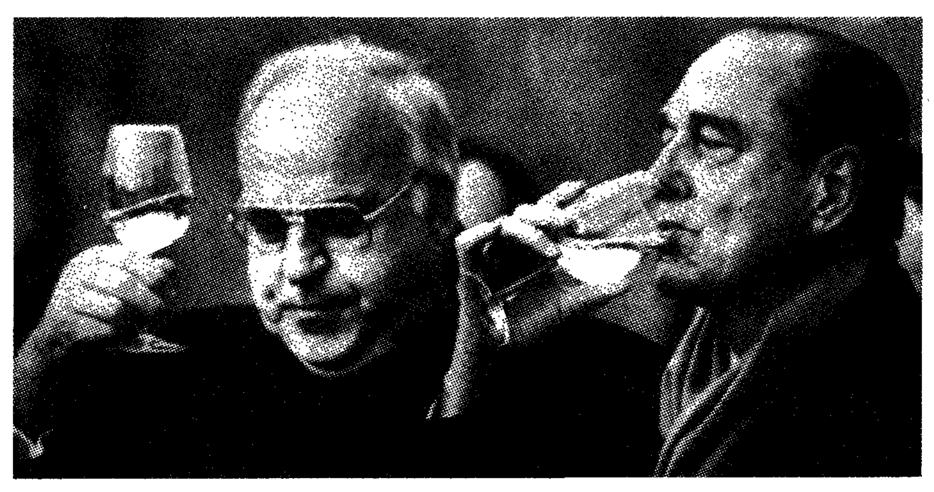
Die französischen Streiks begannen zwar als ein Verteidigungskampf bestimmter Sektoren, nahmen aber schnell den Charakter eines breiten sozialen Kampfes an. Doch der politische Würgegriff der Reformisten hinderte sie daran,

Fortgesetzt auf Seite 6

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 5

zum Beispiel gegen das „Vigipirate"-Polizeischleppnetz anzugehen (benannt wie die rassistische Kampagne Mitterrands während des Golfkriegs). Die Regierung setzt dies gezielt gegen „Immigranten" ein, zu denen in Frankreich auch viele Jugendliche nordafrikanischer und schwarzafrikanischer Herkunft gehören, die im Lande geboren und französische Staatsbürger sind. Die Arbeiter gegen den rassistischen Polizeiterror zu mobilisieren hätte einen gewaltigen Anstoß dazu gegeben, die Streiks auf den privaten Sektor auszuweiten — wo eingewanderte Arbeiter in der Industrie eine Schlüsselkomponente darstellen — und auch die Unterstützung durch die brodelnden Vorstadtghettos zu inspirieren. Die Reformisten haben auch keinen Piep gegen Frankreichs Beteiligung an der NATO-Besetzung des ehemaligen Jugoslawiens von sich gegeben, die am 14. Dezember im streikgeschüttelten Paris feierlich besiegelt wurde. Die Ligue trotskyste de France dagegen versuchte, die außergewöhnliche Gelegenheit zu Aktionen der Arbeiterklasse gegen diese imperialistische Expedition zu ergreifen: Auch so schon unterbrach der Eisenbahnerstreik die Auslieferung von Kriegsmaterial.



Rattay/Reuters

Kanzler Kohl mit dem französischen Präsidenten Chirac Anfang Dezember. In ganz Europa werden die Arbeiter mit Angriffen auf ihre Sozialleistungen konfrontiert, die von der Bundesbank durch das DM-Diktat in Maastricht verordnet wurden

Als die Mobilisierungen ihren Höhepunkt erreichten, heulten bürgerliche Politiker, die Medien und die Führerin der von der Sozialistischen Partei dominierten CFDT-Gewerkschaft, Notât, im Chor gegen die ^Politisierung' der Streiks. Die Streikbewegung hatte den Punkt erreicht, wo sie auf den überwiegend nicht gewerkschaftlich organisierten privaten Sektor hätte ausgeweitet werden müssen und direkt die *Staatsmacht* hätte herausfordern müssen. Das ist der Grund, warum die reformistischen Führer der Arbeiterklasse eilends daran gingen, die Bewegung zum Ende zu bringen. Die Ligue trotskyste de France, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, definierte die zentrale Aufgabe: eine von den Massen anerkannte revolutionäre Führung aufzubauen, die in der Arbeiterklasse verwurzelt ist — eine Partei wie die Bolschewiki von Lenin und Trotzki, die in der Lage ist, defensive Kämpfe in einen bewußten Angriff auf die bürgerliche Ordnung umzuwandeln. Wie die LTF in ihrem Flugblatt vom 14. Dezember erklärte:

> „Schon seit einiger Zeit entwickelt sich die Situation in Richtung auf einen vollständigen Generalstreik, was die Frage aufwerfen würde: Wer wird in diesem Lande die Macht haben... Worum es in diesem historischen Streik geht, ist die Herrschaft der Arbeiter über die Gesellschaft. Worum es geht, ist der Kampf für eine Arbeiterregierung, für den Sturz des kapitalistischen Systems, das zum Untergang verurteilt ist und nicht reformiert werden kann."

Fabrikkomitees, Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit: Dies sind Beispiele für *Übergangsforderungen*, die eine Brücke schlagen sollen zwischen den defensiven Kämpfen der Streikenden und dem revolutionären Kampf um die Macht. Der Dritte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der zum erstenmal ein solches Übergangsprogramm als Gegensatz zum reformistischen Minimalprogramm der Sozialdemokratieformulierte, forderte die Kommunisten auf, „jeden Abwehrkampf, wenn er nur in die Tiefe und Breite wächst, zu *einem Angriff auf die kapitalisti-*

Diskussionsreihe der SpAD/Spartakist-Jugend

Von der Französischen Revolution zur Russischen Revolution

Einleitung in die Geschichte und Theorie des Marxismus

Berlin

7. Februar: Ursprünge des Marxismus
21. Februar: Das marxistische Programm
6. März: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

18.00 Uhr, Humboldt-Uni, Hegelplatz, Raum 111

Halle

6. Februar: Trotzkismus: Was er nicht ist — und was er ist

19.00 Uhr, Galeriecafe Steg, Stegpassage 2

Hamburg

24. Januar: Ursprünge des Marxismus
7. Februar: Das marxistische Programm
21. Februar: Marxistische Wirtschaftsanalyse
6. März: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

18.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Für weitere Informationen und Diskussionstexte:
Berlin (030)4439400, Halle (0345)2029055, Hamburg (040)323644

sehe Gesellschaft auszuweiten" („Thesen über die Taktik", Juli 1921).

Entscheidend ist revolutionäre Führung

Bei ihrem opportunistischen Kniefall vor der Regierung wurden die reformistischen Bürokraten von der „extremen Linken" nachgeäfft, die schändlicherweise vor Chiracs rassistischer Terrorkampagne kapitulierte und sich ihr sogar anschloß. Im letzten Herbst, als die Regierung die „terroristische Bedrohung" brandmarkte, schrieb *Lutte Ouvrière* (20. Oktober):

> „Wenn man der nordafrikanischen Bevölkerung wirklich dabei helfen wollte, sich von den Terroristen zu distanzieren und sich gegen sie zu verteidigen, wenn man der Bevölkerung der Armenviertel helfen wollte, wo sie vielleicht rekrutiert werden, dann wäre es notwendig, dieser Bevölkerung zu zeigen, daß sie nichts vom Vigipirate-Plan zu befürchten hat."



Reuters

Eisenbahner in Lilie an der Spitze der massiven Streikwelle

Als Reaktion auf derart abscheulichen Chauvinismus haben manche antirassistische Jugendliche begonnen, sich als Anarchisten zu verstehen, eine Strömung, die in Frankreich weitgehend zum Erliegen gekommen war. An der Universität von Saint-Denis am Rande von Paris zum Beispiel, wo Anarchisten in der Führung waren, brachten Studenten während der Streikbewegung ein Flugblatt heraus, das die rassistische Mobilisierung der Regierung gegen „Immigranten" angriff. Angewidert vom Verrat der Reformisten, lehnen die Anarchisten politische Parteien insgesamt ab und treten für spontane Aktionen ein. Aber die Streikwelle zeigte die Grenzen von spontaner Militanz der Arbeiterklasse, die zwar enorm war, aber nicht den Würgegriff der Bürokraten überwinden konnte, die das Haupthindernis waren für die Ausweitung der Streiks und die Umwandlung der defensiven Kämpfe in einen Kampf gegen das kapitalistische System.

Im Gegensatz zur opportunistischen „extremen Linken" haben unsere Genossen von der Ligue trotskyste diese massive Klassenmobilisierung mit dem Kampf gegen rassistische Unterdrückung und faschistischen Terror in Frankreich und gegen die imperialistische Aufteilung des Balkans und den französischen Kolonialismus in Übersee verbunden. Vor allem stellten sie die Verbindung her zur Notwendigkeit einer *revolutionären Führung.*

Nachstehend drucken wir leicht gekürzt das Extrablatt der LTF zum Le Bolchevik *(4. Dezember 1995) ab, das zur Verteilung an die Arbeiter und Jugendlichen nordafrikanischer Herkunft auch ins Arabische übersetzt wurde, und die deutschsprachige Version wurde hier bereits massiv verteilt.*

Zerschlagt Vigipirate! Vereinigt Immigranten, Frauen, Jugend hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse!

Für eine neue Führung, eine revolutionäre Führung!

Ligue trotskyste de France

Extrablatt, 4. Dezember 1995

Frankreich steht vor einer Machtprobe. Auf der einen Seite steht die Regierung Chirac/Juppé und die Bourgeoisie, die von allen europäischen Kapitalisten unterstützt wird. Auf der anderen Seite steht die Arbeiterklasse, stehen die Frauen, „Immigranten", Jugendlichen, Studenten und Rentner — all die beabsichtigten Opfer der Austeritätsoffensiveund des rassistischen Terrors seitens der herrschenden Klasse. Die sich entfaltende Protestbewegung treibt auf einen Generalstreik zu, auf eine *politische* Konfrontation mit der Bourgeoisie und ihrem Staat. Die Frage, die sich immer dringlicher stellt, lautet: Wer wird herrschen? Die Bourgeoisie ist in ihrer Entschlossenheit vereint, gegen die Arbeiter und Unterdrückten Krieg zu führen. Um zurückzuschlagen, um zu gewinnen, braucht die Arbeiterklasse einen Generalstab, eine revolutionäre Führung, die sich auf das Programm stützt, daß diejenigen, die arbeiten, herrschen müssen.

Nach den kapitalistischen Konterrevolutionen, die die Errungenschaften des vergesellschafteten" Eigentums und der Planwirtschaft in der Sowjetunion und in Osteuropa

Fortgesetzt auf Seite 8

Für eine Arbeiterregierung, die das ganze verrottete kapitalistische System hinwegfegt!

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 7

zerstört haben, bejubelte die Bourgeoisie den angeblichen „Tod des Kommunismus". Heute sind überall auf der Welt die Blicke der Arbeiter auf Frankreich gerichtet, wo die kämpferischen Arbeiter bewiesen haben, daß der Klassenkampf *lebt.* Aber damit die Arbeiter zum Sieg voranschreiten, ist es notwendig, daß der Marxismus lebt, durch eine internationalistische, leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei, die für die proletarische Machteroberung kämpft — eine Partei der revolutionären Aktion und nicht der parlamentarischen Ausverkäufe und der Gewerkschaftsbürokraten. Eine solche Partei wird von Lenins Verständnis erfüllt sein, daß sie als Volkstribun handeln muß, der jeden Akt von Unterdrückung irgendeiner Bevölkerungsschicht bekämpft. Sie sammelt hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse die Jugend, die Arbeiter aus dem Maghreb und aus Schwarzafrika sowie deren Kinder — Opfer des rassistischen Belagerungszustands, die als „Immigranten" ausgestoßen werden, selbst wenn sie in Frankreich geboren und französische Staatsbürger sind — und die Frauen, deren Recht auf Abtreibung immer mehr in Gefahr ist.

Die entscheidende Frage heute ist die Frage der Führung. Die Führung der Gewerkschaft CFDT hat erklärt, daß sie mit dem Angriff der Regierung auf das soziale Netz übereinstimmt. Die Führungen der Gewerkschaf ten CGT und Force Ouvrière geben als ihr Endziel die Rücknahme des Juppé-Plans an. Aber Chirac und Juppé haben klargemacht, daß sie ihren Angriff durchziehen wollen, koste es was es wolle. Diese Auseinandersetzung wird nicht auf parlamentarischer Ebene durch irgendwelche Kungeleien im Hinterzimmer gelöst. Auch kann sie nicht einfach innerhalb des engen Rahmens der Gewerkschaften gewonnen werden. Mißtraut denjenigen, die wie die KPF und die PS vorgeben, den Arbeitern eine Führung zu geben, nur um ihre Kämpfe abzuwürgen und auf Wahlen umzulenken. Wenn die Arbeiterklasse nicht entschlossen und kühn handelt, könnte die Folge davon durchaus sein, daß nicht nur die Rechten im Parlament gestärkt werden, sondern auch Le Pens faschistische Schläger, die „Immigranten" terrorisieren und sich der Bourgeoisie als letzte Rettung vor einer revolutionären Herausforderung durch das Proletariat anbieten.

Wie ein Streikender sagte, brauchen wir eine *„Streikregierung".* Aber wie dahin kommen? Es ist notwendig, die Arbeiter in einem organisierten und koordinierten Kampf gegen die Regierung zu vereinen und andere Schichten der Bevölkerung einzubeziehen, die den Streik unterstützen und genauso gegen die allseitigen Angriffe kämpfen. Der erste Schritt ist die Bildung von Komitees in den Betrieben, die auf Vollversammlungen der Streikenden am Arbeitsplatz gewählt werden, um den Kampf zu führen und zu koordinieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Streiks auf andere Bereiche auszuweiten, besonders auf die Bastionen der Industriearbeiter, wo immigrierte Arbeiter eine strategische Rolle spielen. Zu oft schon hat das Fehlen einer Führung, die die Arbeiterkämpfe verallgemeinert und miteinander verbindet, es der Bourgeoisie ermöglicht, die kämpferischen Teile zu isolieren und den Kampfgeist der Arbeiter zu unterdrücken. Gegen die Pläne der Regierung, Streikbrecher-Busse einzusetzen, um den Streik im Transportwesen zu brechen, ist es notwendig, Massenstreikposten zu mobilisieren, die die Straßen blockieren, und fliegende Streikposten aufzubauen, um den Streik auszuweiten — besonders im Bereich der Privatwirtschaft — und die Streikfront geschlossen zu halten.

Gegen die Drohungen, die Armee einzusetzen, und gegen die Mobilmachung der Faschisten, die als Speerspitze der sozialen Reaktion agieren und darauf warten, als Hilfstruppen der Bourgeoisie zum Streikbruch benutzt zu werden, ist es notwendig, daß die Fabrikkomitees *Arbeiterverteidigungsgruppen* organisieren. Disziplinierte Arbeitertrupps sind nötig, um sowohl die Streikmobilisierungen und Demonstrationen als auch die Immigrantenviertel zu verteidigen, die die erste Zielscheibe der faschistischen Banden und des rassistischen Vigipirate-Polizeiterrors sind. Die Arbeiterbewegung muß die einfachen Soldaten dazu aufrufen, Streikbrecherarbeit zu verweigern.

Fabrikkomitees, die Stadt- und landesweit zentralisiert sind, müssen die Verteilung der Waren und Dienstleistungen kontrollieren und organisieren, indem sie Vertreter der Studenten, der „Immigranten", der Arbeitslosen, der Arbeiterinnen und Hausfrauen sowie anderer Schichten der Bevölkerung einbeziehen. Solche Fabrikkomitees können den Kern einer *Arbeitermacht* bilden — Arbeiterräte oder Sowjets —, die der Macht der Bourgeoisie entgegentreten wird. Der Ausgang dieser Konfrontation wird davon abhängen, wer die Arbeiterklasse führt.

Der gegenwärtige Angriff der Regierung auf die Arbeiterklasse wurde durch eine unaufhörliche rassistische Kampagne vorbereitet, die eingewanderte Arbeiter und ihre Kinder ins Visier nimmt und mit Abschiebung und Polizeiterror bedroht. Ziel dieser Kampagne ist es, sie zum Sündenbock für die Krise des Kapitalismus zu machen und die Arbeiterklasse auf rassistischer Grundlage zu spalten. Es ist eine Frage elementarer Selbstverteidigung des gesamten Proletariats, daß die Arbeiterbewegung bei Einstellungen und Entlassungen, Löhnen, Ausbildungsplätzen und bei der Wohnungsvergabe kompromißlos gegen alle Formen von Diskriminierung kämpft und fordert, daß alle Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst auch „nichtfranzösischen" Arbeitern offenstehen müssen. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ihre Familien! Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und allen Arbeit zu geben, verlangen wir eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich!

Die laufenden Schüler- und Studentenproteste gegen die Kürzungen müssen sich dem im Kampf stehenden Proletariat anschließen. Wie die Jeunesse Spartaciste, Jugendgruppe der Ligue trotskyste de France (LTF), in einem im letzten Monat an Studenten verteilten Flugblatt betonte:

> „Was jetzt notwendig ist, ist ein revolutionäres Programm, das die Kämpfe der Jugend um das Recht auf Arbeit, Wohnung und einen anständigen Lohn — also auf ein anständiges Leben — mit dem Kampf des Proletariats verbindet, um diesem kapitalistischen System der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu setzen. Wir, die Jeunesse Spartaciste, kämpfen für kostenlose Ausbildung auf hohem Niveau für alle, ohne jegliche rassistische oder klassenmäßige Diskriminierung. Wir wollen, daß das Proletariat Zugang zu den Schätzen der Kultur hat, daß die Arbeiterjugend uneingeschränkten Zugang zu den Universitäten hat. Für Universitäten, die allen offenstehen, und für angemessene Stipendien!"

Der Angriff des französischen kapitalistischen Regimes auf die Sozialversicherung ist kein Einzelfall. Das gleiche ist schon in Britannien passiert, es wird gerade in Italien versucht, und in Deutschland wird es geplant. Der IWF und die kapitalistischen Herrscher Europas haben der französischen Bourgeoisie klargemacht, daß sie dies durchsetzen muß, und die französische Bourgeoisie ist mehr als bereit, sich mit ihren verbündeten herrschenden Klassen jenseits der Grenzen zu vereinen, um das französische Proletariat niederzuwerfen, wie sie es von der Pariser Kommune bis zur Vichy-Regierung immer wieder getan hat. Es ist notwendig, dem Europa der NATO ein Europa des Arbeiterkampfes entgegenzustellen. Notwendig ist eine internationalistische Perspektive, die die kämpfenden Arbeiter in Italien

einbezieht, die den Schulterschluß mit den protestierenden Studenten in Belgien anstrebt und die an die Arbeiter Deutschlands appelliert, im gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Angriffe vorzugehen. Von entscheidender Bedeutung ist es, sich über das Mittelmeer hinweg an die nordafrikanischen Massen zu wenden, die besonders von imperialistischer Ausbeutung geplagt werden und deren Klassenbrüder einen Schlüsselbestandteil des Proletariats in Frankreich darstellen.

Die KPF steht jedoch im Gegensatz zu einer solchen Perspektive: Ihre nationalistisch-chauvinistischen Appelle („produziert französisch") geben nicht den französischen Bossen die Schuld an der wachsenden Arbeitslosigkeit im Lande, sondern den ausländischen Arbeitern. Die KPF wurde gerne der Bourgeoisie als Büttel dienen, um die kämpferische Arbeiterbewegung aus dem Gleis zu werfen und abzuwürgen, genau wie sie es 1968 getan hat, als sie zeigte, daß sie weiß, „wie man einen Streik beendet", als sie die Fabrikbesetzungen der Arbeiter und die Massenproteste der Studenten erstickte, die das Land an den Rand einer Revolution gebracht hatten. Mit ihren schändlichen Appellen an den gegen „Immigranten" gerichteten Rassismus — exemplarisch ausgedrückt durch das Niederwalzen eines Wohnheims von Arbeitern aus Mali 1981 in Vitry und durch ihre 14 Jahre dauernde Unterstützung der „sozialistischen" Mitterrand-Regierung, deren Markenzeichen rassistischer Staatsterror gegen „Immigranten" war — half die KPF, den Boden für das Anwachsen von Le Pens Nationaler Front zu bereiten, welche sich heute darauf vorbereitet, ihre faschistischen Schlägerbanden auf die Arbeiterbewegung zu hetzen. Kein Wunder, daß heute unter kämpferischen Arbeitern syndikalistische Vorurteile und Mißtrauen gegenüber politischen Parteien so weit verbreitet sind. Dies ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Verrats der KPF durch Klassenzusammenarbeit, die die Bedeutung des Wortes Kommunismus pervertiert hat.

Pseudotrotzkistische Gruppen wie die Ligue communiste révolutionnaire (LCR) und Lutte ouvrière, denen es an revolutionärem Programm und Perspektive fehlt, versuchen, kämpferischer als die weithin diskreditierten reformistischen Bürokratien auszusehen. Sie geben die Losung von „unbegrenzten" Generalstreiks aus, die auf rein ökonomistische Forderungen beschränkt werden. Sie verlieren kein Wort darüber, daß es für die integrierte Arbeiterbewegung notwendig ist, den Kampf gegen rassistische Unterdrückung und Frauenunterdrückung zu führen, den Vigipirate-Polizeiterror zu zerschlagen und gegen die faschistische Bedrohung zu mobilisieren. Ihre „revolutionäre Alternative" steht rechts im Vergleich zu einer ganzen Schicht der augenblicklichen Studentenbewegung, wie das Beispiel der Studenten von St. Denis beweist, die ein Flugblatt herausgebracht haben, in dem gefordert wird, sich den rassistischen Angriffen der Regierung entgegenzustellen. Bei den Massendemonstrationen im Herbst gegen die Atombombentests im Pazifik äußerten weder die KPF noch die PS oder ihre „linksradikalen" Anhängsel auch nur ein Wort gegen die Operation Vigipirate. So landen sie alle dabei, sich die Kampagnen und Interessen ihrer „eigenen" Bourgeoisie zu eigen zu machen, und rühren keinen Finger, um die kapitalistische Herrschaft herauszufordern, genauso wie sie die arbeiterfeindliche Mitterrand-Volksfront unterstützt haben.

Die gleichen französischen Truppen, die die „Immigranten"-Viertel von Paris und Marseiile belagert haben, werden jetzt in „humanitärer Mission" nach Bosnien geschickt. Aber während die Bourgeoisie dabei ist, ihre Armee loszuschicken, um den Völkern des ehemaligen Jugoslawiens das NATO-Diktat aufzuzwingen, droht sie zuerst einmal, ihre Soldaten dazu zu benutzen, den Werktätigen in Frankreich das Wirtschaftsdiktat von NATO-Europa aufzudrücken. Die Arbeiterklasse muß gegen dieses imperialistische Balkan-Expeditionskorps Widerstand leisten. Das Gerangel der Großmächte auf dem Balkan unterstreicht die Eskalation der imperialistischen Rivalitäten nach der Zerstörung der Sowjetunion und deutet letztlich auf einen weiteren Weltkrieg hin.

Wir Trotzkisten von der LTF haben zur Verteidigung der bosnischen Serben gegen die NATO-Angriffe aufgerufen. Nein zur Wehrpflicht — Keinen Mann, keinen Pfennig für die Armee der Bourgeoisie! Und im Gegensatz zur Kapitulation der Reformisten und Zentristen vor Chiracs rassistischem Feldzug rief die LTF zu einer Einheitsfront-Demonstration gegen die Welle von rassistischem und imperialistischem Staatsterror in Frankreich und Tahiti auf, mit den Forderungen: Nieder mit den Pogromen gegen Immigranten und Chiracs rassistischem Belagerungszustand! Bullen und französische Truppen raus aus den Immigranten-Vierteln und aus Tahiti! Unsere Pariser Protestkundgebung fand vor dem Grand-Rex-Kino statt, einem der Orte, wo am 17. Oktober 1961 Hunderte von Algeriern massakriert wurden, als sie für die Unabhängigkeit Algeriens demonstrierten.

Auf diese Art und Weise versuchen wir, wie bei unserem Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, der als schwarzer politischer Gefangener in einer Todeszelle in den USA sitzt, als Kern der revolutionären Arbeiterpartei zu handeln, die der Volkstribun aller Unterdrückten sein wird. Wenn es heute gelingt, den Juppé-Plan zu Fall zu bringen, wäre dies ein enormer Sieg für die Arbeiterbewegung. Aber eine angeschlagene Bourgeoisie ist wie ein gefährliches Raubtier.

Die Bourgeoisie reitet Attacken gegen die Arbeiterklasse. Die Reformisten und Klassenkollaborateure der KPF und PS sowie ihre zentristischen Anhängsel bieten nur die Illusion von Reformen. Sie alle sind unfähig, die Arbeiterklasse zu führen, weder in den gegenwärtigen Kämpfen noch in dem Kampf, der der Lohnsklaverei ein für alle Mal ein Ende setzen wird. Nur eine Partei wie die Bolschewiki, die sich auf eine proletarisch-revolutionäre Perspektive stützt, kann der Arbeiterklasse den Weg in die Zukunft weisen. Diese Partei im Kampf zu schmieden ist die wichtigste Aufgabe des Tages."

Rechts: Streikflugblatt der LTF auf arabisch und französisch. Nordafrikanische Immigranten in der Industrie sind Schlüssel für Arbeitermacht.



BSA: Eine Fallstudie in Chauvinismus

David North „beseitigt" Recht auf Selbstbestimmung

Dies ist der zweite Teil einer Polemik gegen eine Broschüre von David Norths Internationalem Komitee der Vierten Internationale (IKVI, in Deutschland vertreten durch den Rund Sozialistischer Arbeiter) und ist übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 627 (25. August 1995). Der erste Teil dieser Polemik erschien unter dem Titel „Erleuchtung auf dem Weg nach Tuzla" im* Spartakist *Nr. 120 (Oktober/November 1995).*

Teil zwei von zwei



AP

Tamilische Guerillakämpfer, die im Juli 1995 im Norden nahe Jaffna von der Armee Lankas massakriert wurden. David Norths Workers League weigert sich, den Abzug der Armee aus den tamilischen Gebieten zu fordern

Von Sri Lanka ...

In seiner Rede „Permanente Revolution und die nationale Frage heute" sagt North, zur Opposition des IKVI gegen Selbstbestimmung habe er sich inspirieren lassen durch Keerthi Balasuriya, einen früheren Führer ihrer größten Sektion, der Revolutionary Communist League (RCL) in Sri Lanka.

Nachdem Sri Lanka 1948 seine Unabhängigkeit von der rassistischen Kolonialherrschaft der Briten erlangte und dann 1956 ein Gesetz verabschiedete, das allein Singhalesischals Amtssprache anerkannte, hat der nationale Chauvinismus der singhalesischen herrschenden Klasse zu einer immer stärkeren und immer blutigeren kommunalistischen Polarisierung zwischen dem singhalesischen und dem tamilischen Volk auf der Insel geführt. Ein Wendepunkt wurde erreicht, als die Regierung 1983 Pogrome gegen die Tamilen entfachte. Hunderte und Aberhunderte Tamilen wurden in grauenvollen Massakern ermordet, tamilische Häuser und Geschäfte in Colombo wurden niedergebrannt (oft mitsamt den Bewohnern), das wirtschaftlich und geographisch eng verzahnte Zusammenleben der zwei Völker wurde durch eine Blutlinie getrennt und die Tamilen zunehmend im Norden und Osten der Insel zusammengedrängt.

Der singhalesische Kommunalismus, ausgebrütet und angefacht von der herrschenden Klasse Lankas, wurde immer dazu benutzt, deren eigene Klassenherrschaft sowohl über die tamilischen als auch über die singhalesischen Werktätigen und Unterdrückten zu behaupten, um die *Einheit der Arbeiterklasse* zu verhindern und dadurch jedem Aufruhr in der Bevölkerung die Spitze zu nehmen. Von den Anfängen unserer Tendenz in den 60er Jahren an sind wir für die Rechte des unterdrückten tamilischen Volkes eingetreten. Gleichzeitig sind wir gegen den tamilischen Nationalismus, der zum Beispiel die Kämpfe der strategisch wichtigen tamilischen Plantagenarbeiter im zentralen Hochland der Insel mit einem Schulterzucken abtut. Tatsächlich haben die tamilischen nationalistischen Politiker diese staatenlosen „indischen Tamilen", die seit über einem Jahrhundert auf der Insel lebten und arbeiteten, einfach *abgeschrieben.* Wir kämpften gegen den Verrat, den die einst trotzkistische Lanka Sama Samaja Party (LSSP) mit ihrer Volksfrontpolitik beging, und wir betonten, daß die Wurzeln ihrer Klassenkollaboration in der Anpassung an antitamilischen singhalesischen Chauvinismus lagen.

Unsere Forderung war immer: „Für das Selbstbestimmungsrecht des tamilischen Volkes!" gewesen. Vom Zeitpunkt der antitamilischen Pogrome 1983 an erhoben wir die Forderung für *das Recht auf Tamil Eelam.* Wie wir in „Massaker in Sri Lanka" *(Workers Vanguard* Nr. 336, 12. August 1983) schrieben:

> „Die Auswirkung des Blutvergießens und der massenhaften Umsiedlung der Bevölkerung kann man nur als Katastrophe beschreiben... Als minimale demokratische Forderung stellt sich nun ein Plebiszit der tamilischen Werktätigen, um über die Schaffung eines unabhängigen Staates im Norden zu entscheiden... Dringend notwendig ist der Aufbau einer internationalistischen trotzkistischen Partei in Sri Lanka, die notwendigerweise eine wesentliche Basis unter den ausgebeuteten tamilischen Massen hat. Der Kampf gegen die grauenhafte nationale Unterdrückung der Tamilen und gegen den Kommunalismus ist von zentraler Bedeutung, um eine solche Partei zu schmieden."

In den frühen 70er Jahren war Healys IKVI strikt gegen die nationalen Rechte des unterdrückten tamilischen Volkes, sie argumentierten, ein getrennter tamilischer Staat

diene nur dem Imperialismus. Aber Ende der 70er Jahre bejubelten sie dann kritiklos die kleinbürgerlich-nationalistischen „Tamil Tigers" (LTTE). In den späten 80er Jahren brachte es die RCL dann doch fertig, so etwas wie eine anständige und korrekte Linie zu vertreten — sie verteidigten das Selbstbestimmungsrecht der tamilischen Minderheit, waren gegen die Intervention Indiens, forderten den Rückzug der singhalesischen Regierungstruppen aus den nördlichen und östlichen Provinzen und hatten die Losung „Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Tamil Eelam und Sri Lanka".

Heute weist der RCL-Führer Wije Dias den Kampf der Tamilen für Selbstbestimmung zurück. -Trotz all der Anklagen, die North gegen Healy losgelassen hat, haben North und seine Unterstützer einen vollen Kreis beschrieben und sind wieder genau bei der ursprünglichen chauvinistischen Position (artikuliert von Michael Banda) von Healys IKVI gelandet. In Dias' Worten:

> „Wenn die LTTE einen getrennten Staat Eelam errichten würden, würden sie, wie jedes andere Kompradorenregime, die tamilischen Massen als billige Arbeitskräfte den transnationalen Konzernen anbieten. Dies ist unvermeidlich, da unter dem gegenwärtigen kapitalistischen, globalen Produktionssystem keine Möglichkeit^existiert, irgendein Programm zur nationalen Entwicklung auszuführen. .. Diese nationalistischen Bestrebungen führen nicht zu nationaler Befreiung, sondern zur nationalen Unterwerfung unter den Imperialismus." *(International Worker* [Britannien], 22. Januar 1994)

Das ist wahre Orwellsche Logik — um die nationale Unterwerfung unter den Imperialismus zu „verhindern", muß man die nationale Unterwerfung unter die vorherrschende Staatsmacht und unter … den Imperialismus aufrechterhalten. In Artikeln des *International Workers Bulletin* des IKVI fehlt sogar die Forderung nach dem Rückzug der Armee Lankas aus den tamilischen Gebieten — das widerspricht doch sehr dem ganzen bombastischen Gerede über die angebliche Opposition der RCL zu dem, was sie beschönigend den „rassistischen" Krieg der Regierung nennt. Die North-Unterstützer ahmen sogar den Chauvinismus der singhalesischen Herrscher nach, indem sie für die tamilischen Gebiete den Begriff traditionelle Heimat in Anführungszeichen setzen.

Das Recht des tamilischen Volkes auf Selbstbestimmung wird im Namen des „proletarischen Internationalismus" chauvinistisch verleugnet. Aber die Opposition der North-Anhänger gegen die nationalen Rechte der Tamilen beschränkt sich nicht einfach auf das „hier und jetzt". Die frühere RCL-Forderung nach den „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Tamil Eelam und Sri Lanka" wurde geändert in die Forderung nach einer einzigen „Sozialistischen Republik von Sri Lanka und Eelam". J.W. Stalin hatte Ähnliches im Sinn, als er 1922, als Kommissar für Nationalitätenfragen, eigenmächtig versuchte, die nationale Unabhängigkeit der georgischen, armenischen und aserbaidschanischen Sowjetrepubliken als untergeordnet zu behandeln, indem er ihre im Entstehen begriffene transkaukasische Föderation zu einer einzigen föderierten Republik machte. Als Lenin dann Stalins nächsten Plänen widersprach, die transkaukasischen Republiken in die *Russische* Republik einzubeziehen.beharrte Stalin hartnäckig auf seiner Position und nahm die transkaukasische Föderation wieder als eine einzige Republik in die neue Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf. Der letzte Kampf in Lenins Leben war gegen den großrussischen Chauvinismus, das ursprüngliche Merkmal der aufsteigenden stalinistischen Bürokratie.

Die North-Leute liegen auf gleicher Linie mit ihrer neuen Einschätzung der tamilischen nationalen Frage in Sri Lanka, wenn sie in „Der Weg nach Tuzla" scheinbar sehr besorgt schreiben: „Indien wird von Zerstückelung bedroht." Sie führen die Tatsache an: „Die marxistische Bewegung war gegen die Teilung Indiens und Pakistans im Jahre 1947 entlang ethnischer und religiöser Linien" — eine Teilung, die der britische Imperialismus als Höhepunkt von über 300 Jahren kolonialem „Teile und Herrsche" fabrizierte — und wenden sich mit dieser Begründung gegen legitime nationale Kämpfe wie in Kaschmir und die der Sikhs im Punjab. Das ist nichts anderes als eine Entschuldigung für den Fortbestand des bürgerlichen „säkularen" Indien, die reinste Hölle für unterdrückte Kasten, Frauen und unzählige verschiedene Völker und Nationalitäten.

… bis Quebec

In Kanada, im Vorfeld des Wahlsieges der bürgerlich-nationalistischen Parti Québécois (PQ) bei den Wahlen in Quebec im letzten Herbst, krakeelten die North-Leute wie ein Haufen von Hinterwäldlern aus der kanadischen Provinz Alberta: „Ein Sieg der PQ würde abrupt die fortgesetzte Existenz des 127jährigen kanadischen Nationalstaates in Frage stellen und das Gespenst eines Bürgerkriegs in Nordamerika, ähnlich wie in Jugoslawien, heraufbeschwören" *(International Workers Bulletin,* 29. August 1994)! Die Vorstellung, daß Quebec dabei ist, das nächste Bosnien zu

Fortgesetzt auf Seite 20



Labor Challenge



Steve Liss

Während der Arbeiter-und Jugendunruhen 1969 besetzten kanadische Soldaten das Rathaus von Montreal (links). 1990: Massendemonstration für die Unabhängigkeit von Quebec (rechts)

Spartakist-Jugend

Der Kampf für eine leninistische Avantgardepartei

Die Spartakist-Jugend freut sich, nachfolgend ein Referat des Genossen Al Nelson vom Zentralkomitee der Spartacist League/U.S. abdrucken zu können, das er im November 1995 vor den Spartacist Youth Clubs von der San Francisco Bay Area und von Eugene, Oregon, hielt.

Der erste Satz des Gründungsdokuments der Vierten Internationale, geschrieben von Leo Trotzki, der gemeinsam mit Lenin der Führer der Russischen Revolution war, lautet: „Die allgemeine politische Weltlage zeichnet sich vor allem durch eine historische Krise der Führung des Proletariats aus." Trotzki schrieb dies am Vorabend des Gemetzels des Zweiten Weltkriegs, des zweiten interimperialistischen Krieges, der damit endete, daß der US-Imperialismus zwei Atombomben abwarf, die zwei japanische Städte vollständig zerstörten: „Die objektiven Bedingungen für die proletarische Revolution sind nicht nur .gereift', sie fangen schon an zu verfaulen. Ohne eine sozialistische Revolution in der nächsten Geschichtsperiode droht die gesamte Menschheitskultur von einer Katastrophe verschlungen zu werden."



M. S Nappelbaum

W.I. Lenin auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale im März 1919

Der Aufbau einer revolutionären Führung, die fähig ist; die Arbeiterklasse international zu führen — genau das meinen wir mit der „Parteifrage". Ohne eine revolutionäre Partei kann keine sozialistische Revolution erfolgreich sein, egal wie günstig die Umstände sind. Bis die Arbeiterklasse das Problem löst, die revolutionäre Partei als den bewußten Ausdruck des historischen Prozesses zu schaffen, steht die Sache unentschieden. Für Marxisten ist es daher die wichtigste Frage überhaupt — die Frage der Partei.

Überall, wo man heute hinsieht, kann man die Auswirkungen davon sehen, daß es keine revolutionäre Führung gibt. Da gibt es Louis Farrakhans „Marsch einer Million Männer", der sowohl eine pervertierte Reaktion auf die zunehmende Unterdrückung der Schwarzen ist als auch mit seiner reaktionären patriarchalischen Ideologie sehr viel Ähnlichkeit mit den sehr zahlreichen und hauptsächlich weißen männlichen christlichen „Promise Keepers" [die ihr „Versprechen halten"] hat, die zur Zeit überall im Land Massenversammlungen abhalten. Oder schaut euch den sehr wichtigen Zeitungsstreik in Détroit an. Die Arbeiter haben es nicht an Kampfbereitschaft oder Mut fehlen lassen, sind aber systematisch betrogen und demobilisiert worden durch eine verräterische Gewerkschaftsbürokratie, die grundsätzlich für die Interessen des US-Kapitalismus ist und weiß, daß Streiks nicht im Interesse des Kapitalismus sind.

Oder schaut nach Südafrika. Wenn man *Workers Vanguard* liest, ist es klar, daß wir das Ziel haben, in Südafrika eine Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga aufzubauen, eine trotzkistische Partei. Berichte der verschiedenen Genossen, die in den letzten paar Jahren dorthin reisten, haben immer das gleiche Thema: den extremen Widerspruch zwischen revolutionär gesinnten Arbeitern, die grundlegende soziale Veränderungen ersehnen, die nur durch eine soziale Revolution erreicht werden können, und den Führern ihrer Parteien und Gewerkschaften, die sagen: „Nein, nein, eine Revolution ist weder nötig noch möglich; wir können unsere Ziele allmählich erreichen, indem wir den African National Congress unterstützen." Dabei ist das wirkliche Ziel des ANC, Südafrika politisch zu stabilisieren, damit ausländisches Kapital die schwarzen südafrikanischen Arbeiter noch intensiver ausbeuten kann, als dies bisher schon der Fall war.

Der Stalinismus hat es schließlich geschafft, die Sowjetunion zu zerstören und die Konterrevolution im Land der ersten Arbeiterrevolution einzuläuten, eine historische Niederlage für das Weltproletariat. Die imperialistischen Großmächte, die nun keinen gemeinsamen Feind mehr haben, driften wie große tektonische Platten auseinander in ihrem Bestreben, die Welt in konkurrierende Handelsblöcke aufzuteilen. Wir hatten zwei interimperialistische Weltkriege, die beweisen, daß Handelskriege unvermeidlich zu offenen Kriegen um die Neuaufteilung der Weltmärkte führen.

Warum die Arbeiterklasse der Schlüssel ist

Nur das Industrieproletariat unter der Führung von Avantgardeparteien nach Art der Bolschewik! kann einen weiteren Weltkrieg verhindern, indem es ein für allemal die Herrschaft des Kapitals zerstört. Was also heißt es eigentlich, wenn wir sagen, daß die revolutionäre Partei der „bewußte Ausdruck des historischen Prozesses" ist? Das *Manifest der Kommunistischen Partei* wurde 1848 von zwei jungen Revolutionären namens Karl Marx und Friedrich Engels geschrieben. Sie waren damals 29 bzw. 27 Jahre alt — nur um das ein wenig in Perspektive zu rücken. Mit dem Zusatz für das *Manifest*, den Trotzki 1937 schrieb, um es auf den neuesten Stand zu bringen, lesen sich viele der wichtigsten Abschnitte des *Manifests* so, als ob sie erst gestern geschrieben wurden.

Seine grundlegenden Aussagen können kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden: In jeder historischen Epoche stellen die vorherrschende ökonomische Produktions- und Austauschweise sowie die soziale Organisation, die sich daraus ergibt, die Basis dar, auf der die politische und

intellektuelle Geschichte jener Epoche aufbaut. Mit anderen Worten, das Bewußtsein formt sich in einem Umfeld sozialer Institutionen, die von der herrschenden Klasse jener Periode geschaffen und kontrolliert werden.

Die gesamte Geschichte der Menschheit, von der Periode der Sklaverei über den Feudalismus und das Aufkommen des Kapitalismus, ist eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen — Kämpfe zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen. Die aufkommende bürgerliche Klasse konnte als eine neue besitzende Klasse, die ursprünglich im Mittelalter entstand, ihre eigene Wirtschaft entwickeln, ihre eigene Kultur und Religion, eigene Schulen und so weiter, d.h. ihre eigenen sozialen Institutionen, die ihr eigenes soziales Bewußtsein ausdrückten, und zwar *innerhalb* der Feudalgesellschaft selbst. Die bürgerliche Klasse konnte sich innerhalb der Feudalordnung organisch entwickeln. Erst als die Institutionen des alten Regimes — die Monarchie, der Adel, die Kirche — die natürliche Expansion der Institutionen des Kapitals behinderten, wurde die bürgerliche Klasse dazu getrieben, das politische Feudalsystem und seine Sozialordnung zu stürzen. Die berühmte „Erklärung der Menschenrechte", eines der Hauptdokumente, das aus der großen Französischen Revolution von 1789 hervorging, bedeutete damals das Recht der Kapitalistenklasse, alles Eigentum, auch Land, zu kaufen und zu verkaufen, im Gegensatz zu den Erbrechten der alten Feudalordnung. Sie war die Bestätigung einer neuen besitzenden Klasse, für die Konkurrenz die treibende Kraft war.

Aber das Proletariat ist keine besitzende Klasse, und daher kann es nicht die Institutionen einer neuen Gesellschaft innerhalb des Rahmens des Kapitalismus aufbauen. Alles, was es besitzt, ist seine Arbeitskraft, die es stückweise an die Eigentümer der Industrie verkaufen muß, um nicht zu verhungern. Während alle anderen produktiven Klassen in den Untergang getrieben werden, ist das Proletariat das besondere und wesentliche Produkt des Kapitalismus. So ist die Gesellschaft in zwei große und feindliche Lager gespalten: die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie. Dies sind die Hauptkräfte in der modernen Gesellschaft.

Der Kapitalismus hat Arbeiter in großen Fabriken konzentriert und große städtische Konzentrationen geschaffen. Damit hat er das Werkzeug zu seiner eigenen Zerstörung als Ausbeuterklasse geschaffen. Die Arbeiterklasse kann sich daher nicht vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung befreien, ohne gleichzeitig die Gesellschaft insgesamt von jeder Ausbeutung, allen Klassenunterschieden zu befreien. Genau dies hat Marx als die materialistische Geschichtsauffassung bezeichnet.

Sozialistisches Bewußtsein kontra gewerkschaftliches Bewußtsein

Diese Tat der universellen Befreiung zu vollbringen ist die historische Mission des modernen Proletariats. Aber die Geschichte aller Länder hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse ausschließlich durch ihre eigene Anstrengung und tagtägliche Erfahrungen nicht fähig ist, spontan ein höheres Bewußtsein zu entwickeln als gewerkschaftliches Bewußtsein, die Notwendigkeit, sich in Gewerkschaften zu vereinigen für den ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung. Aber gewerkschaftliches Bewußtsein ist bürgerliches Bewußtsein. Gewerkschaftspolitik an und für sich fordert nicht die kapitalistische Produktionsweise heraus, sondern strebt nur danach, in Kämpfen mit einzelnen Unternehmern die unmittelbaren Lebensbedingüngen und Löhne der Arbeiter zu verbessern.

Revolutionäres Klassenbewußtsein, ausgedrückt in den Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus, muß von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden durch das Instrument einer revolutionären Partei, die ein höheres Bewußtsein über diese historisch notwendigen Aufgaben verkörpert, als die Arbeiterklasse selbst es besitzt. Das ist der einzige Weg, wie die Kämpfe der Arbeiter zum *Klassenkampf* werden, wenn die fortgeschrittensten Arbeiter sich ihrer selbst als einer einzelnen Klasse bewußt werden, deren Aktionen sich gegen *die gesamte* Kapitalistenklasse und deren Regierung richten.

Die Begründer des Marxismus, Karl Marx und Friedrich Engels, und ihre Nachfolger wie Plechanow, Lenin und Trotzki, tatsächlich der Großteil der Führung der Bolschewiki, kamen alle aus den gebildeten Klassen. An sich waren sie diejenigen, die den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterbewegung hineintrugen, denn sie waren gebildet und konnten Geschichte und Ökonomie studieren und das Verständnis vom historischen Materialismus ausarbeiten. Diese Revolutionäre waren die Werkzeuge, um die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus von außen in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Solange die Arbeiterklasse nicht von einer Partei mobilisiert wird, die auf revolutionärer Theorie basiert, bleibt ihr Bewußtsein bestimmt durch bürgerliche Ideologie und Kultur, was sie dazu bringt, die kapitalistische Gesellschaft als festgefügt zu sehen und als nicht offen für grundlegende Veränderungen durch eine Arbeiterrevolution. Dieses „falsche Bewußtsein", wie Marx es nannte, ist es, was wir jeden Tag überall auf der Welt sehen und konfrontieren. Außerdem ist die Arbeiterklasse nicht irgendein einheitlicher Durchschnitt, sondern ist selbst sehr vielschichtig und reicht von sehr fortgeschrittenen kenntnisreichen Arbeitern bis zu den rückständigsten Schichten, die von Rassismus, ethni-

Fortgesetzt auf Seite 14



BBC Hulton

Soldaten solidarisieren sich am Vorabend der Oktoberrevolution mit den Bolschewik!. Die Spaltung der Armee war entscheidend für die Revolution

Avantgardepartei...

Fortsetzung von Seite 13

schem Haß und allgemeinen sozialen Schweinereien geblendet sind. Damit die Arbeiterklasse von einer Existenz als Klasse an sich — das heißt einfach objektiv definiert durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln — zu einer Klasse *für* sich werden kann — die sich ihrer historischen Aufgabe, die kapitalistische Ordnung zu stürzen, voll bewußt ist —, ist eine revolutionäre Führung notwendig.

Dies sind die klassischen marxistischen Aussagen, für die Lenin in *Was tun?* (1902) gegen eine Strömung argumentiert, die damals Ökonomismus genannt wurde. Die Ökonomisten spielten die Rolle des bewußten Faktors herunter. Statt dessen stellten sie sich vor, Klassenbewußtsein würde „organisch" und „spontan" aus den tagtäglichen ökonomischen Kämpfen der Arbeiter entstehen. Parallel zu dieser Vernarrtheit in Spontaneität gab es eine Bewegung, die revolutionären Grundsätze des Marxismus als dogmatisch und veraltet zu kritisieren. Im wesentlichen, so sagte Lenin, variieren diese Sozialisten die bürgerliche Kritik am Marxismus, um den Kampf für soziale Revolution in einen Kampf für soziale Reformen umzuwandeln. In der Praxis hieß dies, den bürgerlichen Liberalen hinterherzukriechen und zu versuchen, auf sie Druck auszuüben, sowie gleichzeitig den Kampf der Arbeiter auf Gewerkschaftskämpfe zu beschränken.

Lenin machte ein besonders machtvolles Argument gegen die Ökonomisten, das heute völlig zutreffend ist, besonders in den Vereinigten Staaten. Wenn sich Sozialisten an das bestehende gewerkschaftliche Bewußtsein der Arbeiter anpassen, dann hält dies die Arbeiter auf einem niedrigeren Stand des Bewußtseins, der für revolutionäre Aktivitäten und Ergebnisse nicht ausreicht. Ob beabsichtigt oder nicht, diese Anpassung stärkt die Autorität der existierenden Gewerkschaftsbürokratie und stärkt dadurch den Einfluß bürgerlicher Ideologie auf die Arbeiterklasse. Mit anderen Worten, wenn man nicht aus dem Rahmen reiner Gewerkschaftspolitik ausbricht, stärkt man einfach die Autorität der verräterischen Irreführer der Gewerkschaftsbürokratie.

Diese grundlegende Lektion liegt übrigens nicht weit zurück. In der aktuellen Ausgabe von *Workers Vanguard* steht sie zum Beispiel im Zentrum unserer Kritik an der Revolutionary Workers League (RWL) hinsichtlich ihrer Rolle im kürzlichen Zeitungsstreik in Detroit. Diese Gruppe bildete ein Ad-hoc-Komitee außerhalb der Gewerkschaft, das sich einzig und allein auf einen Aufruf zu militanteren Streiktaktiken stützte: Massenstreikposten, Ablehnung gerichtlicher Verfügungen usw. Das ist alles ganz schön; dies sind notwendige Taktiken. Aber die RWL vermeidet völlig jede *politische* Charakterisierung der Gewerkschaftsbürokratie und jede *politische* Erklärung, warum die Gewerkschaftsirreführer bewußt und absichtlich versuchten, die Militanz der Arbeiter verpuffen zu lassen und sie zu zermürben und mit gesetzlichen Einschränkungen zu ersticken. Daher hob die RWL das Bewußtsein der Arbeiter nie über gewerkschaftliches Bewußtsein hinaus und säte tatsächlich Illusionen, daß eine neue Führung einfach „militanter" sein müßte.

Aber in vielen Gewerkschaften sind die gegenwärtigen bürokratischen Führungen die Militanten von gestern. Schaut euch den Präsidenten der Teamster-Gewerkschaft [LKW-Fahrer] an, Ron Carey. Er wird unterstützt von einem Verein namens TDU, Teamsters for a Démocratie Union, einer Organisation, die vor langer Zeit von den International Socialists geschaffen wurde. Oder in der Bergarbeitergewerkschaft, da wurde die Führung um Trumka von allen möglichen PseudoSozialisten bejubelt, da sie eine neue, militantere Führung repräsentiere. Und jetzt hat er die Bergarbeiter — die immer wußten, wie man sehr effektiv mit Streikbrechern fertig wird — auf die Straße gebracht, um Händchen haltend zu singen „We shall overcome". Widerlich.

Und der Grund, warum diese Militanten von gestern die Karrieristen von heute werden, ist der, daß sie die gleiche prokapitalistische Einstellung haben wie ihre Vorgänger und nie damit gebrochen haben. Wenn also die RWL oder sonst jemand mit seiner Kritik an einem bestimmten Streik einfach auf der Ebene von Streiktaktiken bleibt und nicht die existierende Führung politisch charakterisiert, dann hemmt er die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter und schadet ihr. Aus diesen besiegten Streiks wird nichts gelernt außer Demoralisierung und Zynismus.

Daher erwächst sozialistisches Bewußtsein nicht einfach aus den ökonomischen Kämpfen. In Wirklichkeit existiert beides Seite an Seite. Die Rolle der revolutionären Partei besteht darin, die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein ihrer sozialen Position und historischen Aufgaben zu erfüllen, um ihre fortgeschrittensten Schichten zu einem revolutionären Angriff auf das kapitalistische System selbst zu mobilisieren. Gegen den Versuch, den revolutionären Marxismus zu degradieren, rief Lenin zum Aufbau einer neuen Art von Partei auf, einer Kampfpartei, die vollständig aus Berufsrevolutionären besteht. Eiine solche Partei war nicht den Gewerkschaften entgegengesetzt. Die Gewerkschaften, sagte er, sollten die Massenorganisationen sein — eine Art Einheitsfront der Masse der Arbeiter —, die eine möglichst breite Basis anstreben, um die größtmögliche Anzahl von Arbeitern in Verteidigungskämpfen gegen die Unternehmer zu vereinen.

Doch um eine derartig hoch disziplinierte, professionelle Organisation aufzubauen, die notwendig ist, um das Proletariat zum revolutionären Sturz des Kapitalismus zu führen, ist es erforderlich, daß die Partei nur die fortgeschrittensten

W.W. Norton & Co.

Russische Soldaten, abgeschlachtet im Ersten Weltkrieg. Übertritt der Sozialdemokratie ins Lager des nationalen Chauvinismus führte zu Lenins Forderung nach einer neuen, kommunistischen Internationale

Arbeiter rekrutiert, die dann systematisch in allen nötigen intellektuellen Fähigkeiten ausgebildet werden, um effektive Organisatoren und Agitatoren zu sein, die weit herumreisen und andere Einheiten der Partei organisieren können. In dieser Partei, sagte er, wird es keine Unterschiede zwischen Arbeiter-Bolschewiki und den revolutionären Intellektuellen geben. Dies erfordert von seilen der Intellektuellen, daß sie ihre Klasse verlassen und vollständig auf die Seite der proletarischen Partei übergehen, wo ihre intellektuellen Fähigkeiten am wertvollsten sind.



Vezenberg and Co.

Lenin (Mitte) mit weiteren Führern der russischen Sozialdemokratie, 1897. Der spätere Menschewik Julius Martow sitzt rechts außen

Die Spaltung zwischen Bolschewik! und Menschewiki 1903

Diese Periode von 1899 bis 1902 war der Beginn von Lenins Kampagne, eine zentralisierte Partei auf der Grundlage eines umfassenden politischen Programms aufzubauen. Sein Wunsch nach einer engeren Definition von Mitgliedschaft war in dieser Anfangszeit durch den allgemeinen Wunsch motiviert, Opportunisten auszuschließen und Dilettanten auszusortieren, die die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei wegen ihres sehr lockeren Zirkelcharakters angezogen hatte.

Später, 1903, fand eine Spaltung statt, weil Lenin auf der organisatorischen Regel beharrte, daß Parteimitgliedschaft auf diejenigen beschränkt sein sollte, die dazu bereit sind, tatsächlich in einer Parteiorganisation mitzuarbeiten, im Gegensatz zu den viel lockereren Kriterien, die der rechte Flügel der Partei vorbrachte, wonach jemand ein Parteimitglied ist, der lediglich der Partei persönliche Unterstützung gibt — was im Grunde eine Art Sympathisant beschreibt. Lenin wollte Mitglieder, die ihr Leben der Sache der proletarischen Revolution widmen würden.

Diese Spaltung war der Ursprung der bolschewistischen (russisch für „Mehrheit") Fraktion und der Menschewiki („Minderheit"). Zwar entsprach die Spaltung ungefähr einem linken und rechten Flügel, aber die klärenden Fragen tauchten erst später auf. Es ist ein allgemeiner Irrtum zu behaupten, Lenin sei sich 1902/03 voll bewußt gewesen, daß seine Konzeption der Partei einen endgültigen Bruch mit der Sozialdemokratie darstellte und daß der Bolschewismus nach der Spaltung 1903 begann.

Tatsächlich war die Gründung der Iskra-Gruppe 1900 (um die Zeitung gleichen Namens), deren Organisator Lenin war, das Zusammenkommen einiger der älteren russischen Marxisten, wie Georgi Plechanow und Wera Sassulitsch, mit jüngeren Mitgliedern, wie Lenin, als eine revolutionäre Gruppierung innerhalb der Sozialdemokratie, um die wesentlichen revolutionären Grundsätze des Marxismus zu verteidigen und wiederherzustellen. Die Periode von der Gründung der Iskra-Gruppe bis zur endgültigen Spaltung mit den Menschewiki und zur Gründung der Bolschewistischen Partei als solcher 1912 kennzeichnete die Umwandlung der bolschewistischen Fraktion von einer revolutionären sozialdemokratischen Organisation in eine embryonale kommunistische.

Wenn man *Was tun?* liest, ist es nicht sofort offensichtlich, daß bis zur Februarrevolution 1917 die absolutistische Romanow-Monarchie über Rußland herrschte und daß alle Marxisten darin übereinstimmten, daß die unmittelbaren Aufgaben im wesentlichen demokratische seien, der Sturz des Zarismus. Jedoch gab es von seilen des menschewistischen rechten Flügels die Annahme, daß dies notwendigerweise eine längere Periode des Kapitalismus bedeutete. Damit wurde im Grunde eine revolutionäre proletarische Perspektive abgelehnt zugunsten einer parlamentarischen Opposition unter einer kapitalistischen Regierung.

Lenin stimmte darin überein, daß die unmittelbare Aufgabe der Sturz des Zarismus war. Aber er wandte sich vehement gegen die Perspektive, daß die Marxisten einen Block mit' der liberalen Bourgeoisie bilden sollten. Wofür er eintrat, war ein Bündnis zwischen dem revolutionären Proletariat und der armen Bauernschaft. Im Gegensatz zu den Menschewiki versuchte er, eine Klassenlinie zu ziehen zwischen dem Proletariat und den werktätigen Klassen im allgemeinen einerseits und der Kapitalistenklasse andererseits. Jedoch hatte diese Theorie, die Lenin „die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" nannte, einen wesentlichen Fehler in dem Sinne, daß sie für eine Diktatur, eine Staatsmacht, von zwei Klassen eintrat, von denen eine — die Bauernschaft — eine besitzende Klasse ist. Aber die Theorie diente seinem Hauptziel, gegen die Menschewiki und ihre rein demokratische Perspektive eine Linie zu ziehen. Das also war der Rahmen, in dem diese Auseinandersetzungen stattfanden.

Lenins Perspektive war, daß der Sturz des Zarismus in Rußland durch das revolutionäre Proletariat und die Bauernschaft als Funke dienen würde für die proletarische Revolution in den fortgeschritteneren Ländern, wo die Situation sehr viel reifer für eine sozialistische Revolution war. Er sah es so, daß die demokratische Revolution in Rußland ziemlich direkt zur sozialistischen Revolution in Westeuropa, besonders in Deutschland, führen würde.

In dieser Periode bis 1912 brachte Lenins konsequent revolutionäre Stoßrichtung ihn häufig dazu, mit dem Opportunismus zu brechen, lange bevor er dies theoretisch oder international verallgemeinert hatte. Bis 1912 waren

Fortgesetzt auf Seite 16

Avantgardepartei...

Fortsetzung von Seite 15

Bolschewik! und Menschewiki manchmal gezwungen, als Fraktionen in der gleichen Partei zu existieren. Lenin baute zwar seine bolschewistische Fraktion in einer sehr disziplinierten Weise auf, aber er hatte noch nicht grundsätzlich mit Karl Kautskys Konzeption der „Partei der Gesamtklasse" gebrochen. Diese Konzeption besagte, daß die Bewegung nicht gespalten werden sollte und daß alle unterschiedlichen Schattierungen, einschließlich des Opportunismus, in einer Partei existieren könnten. Karl Kautsky war damals der herausragende Führer der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Partei war die bei weitem größte Partei in Europa. Lenin respektierte Kautsky sehr, und tatsächlich werdet ihr in *Was tun?* finden, daß Lenin zu den grundlegenden Positionen des Marxismus Kautsky zitiert.

Krieg und Revolution

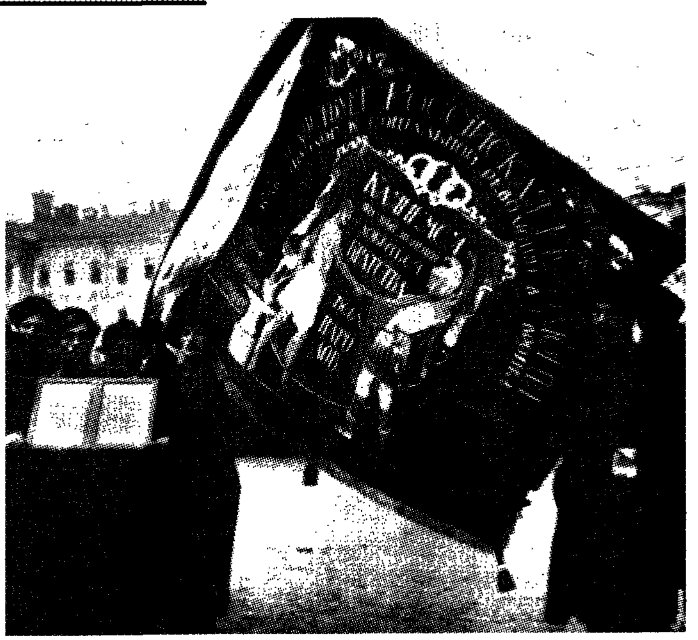
Erst mit dem Ausbruch des ersten interimperialistischen Krieges 1914 und dem vollständigen politischen Zusammenbruch der Sozialistischen (Zweiten) Internationale begann Lenin, im nachhinein zu erkennen, welche Implikationen und Auswirkungen sein bisheriger Kurs hatte. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs stimmte die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 4. August 1914 einstimmig für die Kriegskredite der Regierung und unterstützte damit die deutsche Bourgeoisie im Krieg. Diese Handlung löste bei den Revolutionären in der Zweiten Internationale einen absoluten Schock aus. Lenin weigerte sich zuerst, den Bericht zu glauben.

Aber dieses einzelne Ereignis sollte Lenin von dem linken Führer der russischen Sozialdemokratie, einem Kommunisten im Embryonalstadium, zum Begründer und Führer der kommunistischen Weltbewegung machen. Infolge des Zusammenbruchs der deutschen Partei brachen alle anderen sozialistischen Parteien in Europa in der gleichen Orgie von Sozialchauvinismus zusammen, jede Partei drängte die Arbeiterklasse ihres Landes dazu, die Kriegsziele ihrer eigenen herrschenden Klasse zu unterstützen, und ignorierte völlig ihre historische Opposition gegen den imperialistischen Krieg. Der Erste Weltkrieg war das schrecklichste Gemetzel, das die Welt bis dahin gesehen hatte. Millionen Menschen aus der Arbeiterklasse jedes



Gubb/JB Pictures

Für die unterdrückten Schwarzen Südafrikas ist das rote Banner des Kommunismus weiterhin Symbol für Freiheit und soziale Gleichheit. Baut eine Partei auf, die die internationale proletarische Revolution führt!



VAAP

Die Bolschewiki bekämpften engstirnigen Ökonomismus und kämpften dafür, russische Arbeiter für revolutionären Internationalismus zu gewinnen. Das Banner der Fabrik „Roter Putilow", vor einem Armeeregiment präsentiert, lautet: „Lang lebe die allrussische Revolution als Auftakt zur sozialen Revolution in Europa"

Landes wurden getötet. Deutsche Arbeiter töteten französische und englische Arbeiter und russische Arbeiter und umgekehrt, alle wurden angetrieben, für ihr jeweiliges Vaterland zu kämpfen. Es war ein erschütternder Verrat an den elementaren sozialistischen Grundsätzen.

Lenins wesentliche Politik gegenüber dem Krieg und der internationalen sozialistischen Bewegung wurde innerhalb weniger Wochen entwickelt. Seine Politik hatte drei Elemente: 1) Sozialisten müssen für die Niederlage vor allem ihres eigenen bürgerlichen Staates eintreten. 2) Der Krieg zeigte, daß der Kapitalismus in der imperialistischen Epoche die ganze Zivilisation zu zerstören drohte. Deshalb müssen Sozialisten daran arbeiten, den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg umzuwandeln, in die proletarische Revolution. 3) Die Zweite Internationale ist durch Sozialchauvinismus zerstört worden. Eine neue revolutionäre Internationale muß aufgebaut werden durch eine vollständige Spaltung mit den Opportunisten in der sozialistischen Bewegung. Diese Grundsätze, diese drei politischen Punkte, blieben zentral für Lenins Aktivitäten bis zur Russischen Revolution vom 25. Oktober 1917.

Lenin war klar, daß er dafür eintrat, die internationale Arbeiterbewegung in zwei antagonistische Parteien zu spalten: die eine revolutionär, die andere reformistisch. Zwar hatte er 1903 die russische Sozialdemokratie gespalten, bevor sie eine Massenbasis hatte, aber er war sich damals nicht vollständig bewußt, was er getan hatte. Zuvor hielt er es für eine Abspaltung des proletarischen Sozialismus von der kleinbürgerlichen Demokratie, d.h. daß der Einfluß, der zum Opportunismus führt, von *außerhalb* der Partei käme. Das Verständnis von der materiellen Basis des Opportunismus *innerhalb* der Sozialdemokratie war eine der Hauptschlußfolgerungen seines Buchs *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus,* das er 1916 schrieb. In dieser Periode, von 1914 bis 1917, entstand der Leninismus als eine qualitative Erweiterung des Marxismus.

Als Lenin den totalen Zusammenbruch der SPD untersuchte, wurde ihm klar, daß die Quelle des Opportunismus in der deutschen Partei selbst lag. Ihre Spitzenführung stützte sich auf eine Arbeiteraristokratie — eine privile-

gierte Schicht, die Nutznießer der imperialistischen Ausbeutung von den Kolonien in aller Welt war. Die politische Perspektive der Parteiführung war inzwischen total verbürgerlicht, ein Ergebnis ihrer sozialen Position in der deutschen Gesellschaft.

Jetzt erkannte Lenin, daß in der Praxis seine bolschewistische Organisation tatsächlich *nicht* entsprechend der Kautskyanischen Formel aufgebaut worden war. Das Auswählen, Testen und Trainieren der bolschewistischen Kader war grundlegend verschieden vom sozialdemokratischen Modell Deutschlands. 1912 hatten sie politisch und organisatorisch völlig gebrochen mit den russischen Opportunisten, den Menschewiki — zweieinhalb Jahre vor dem Kriegsausbruch. Lenin nahm jetzt die Bolschewistische Partei als Modell für die neue Dritte Internationale, zu der er aufrief. Nach dem Sieg der Russischen Revolution wurde 1919 die Dritte, Kommunistische Internationale gegründet. Auf der ganzen Welt, auch in den Vereinigten Staaten, spalteten sich die Sozialistischen Parteien, und die linken Flügel gründeten neue Kommunistische Parteien, organisiert aufgrund der Grundsätze, des Programms und der Praktiken der russischen Bolschewiki. Das ist unser Modell und letztendlich das, wo wir herkommen.

Die Russische Revolution 1917

Um in der Realität die entscheidende Rolle der Führung und die Rolle der revolutionären Partei zu sehen, solltet ihr den Verlauf der Russischen Revolution zwischen Februar und Oktober 1917 untersuchen. Trotzki machte die Aussage, daß die Führung für die Partei das ist, was die Partei für die Klasse ist. Viele Jahre später blickte Trotzki auf 1917 zurück und fragte: Hätte die Russische Revolution ohne Lenin stattfinden können? Und er sagte: Dazu müßte ich „nein" sagen.

In der Bolschewistischen Partei selbst gab es erhebliche Verwirrung und Orientierungslosigkeit beim Ausbruch der Februarrevolution, als der Zar abdankte und eine kapitalistische Provisorische Regierung gebildet wurde. Seite an Seite mit dieser Regierung gab es die Sowjets („Sowjet" ist das russische Wort für Arbeiterrat). Dies waren Massenorganisationen, die in der Revolution 1905 entstanden. Delegierte zu den Sowjets wurden in den Fabriken und von den einfachen Soldaten gewählt.

Lenin führte also zwischen Februar 1917 und dem Oktoberaufstand einen heftigen politischen Kampf an mehreren Fronten gleichzeitig. Einerseits um die Autorität der kleinbürgerlichen Parteien, der Menschewiki und der auf die Bauern gestützten Sozialrevolutionäre, die am Anfang eine Mehrheit in den Sowjets hatten, bloßzustellen und zunichte zu machen. Andererseits kämpfte er innerhalb seiner eigenen Partei gegen einen hartnäckigen rechten Flügel, der sich an die opportunistischen Parteien anpaßte, die ihrerseits die kapitalistische Regierung unterstützten. Trotzki sagte, daß nur Lenins Weitsicht und seine große Autorität bei den Parteikadern es den Bolschewiki ermöglichten, den günstigen Augenblick zu nutzen und den Aufstand zu führen.

In einer revolutionären Situation durchläuft das Bewußtsein der Arbeiter tagtäglich ein sehr rasches Wechselbad, und oft hinkten sogar die Bolschewiki hinterher. Aber endlich kommt die Zeit, die Trotzki als den revolutionären Augenblick bezeichnet, wo die Arbeiterklasse aus eigener Erfahrung alle anderen Möglichkeiten zurückgewiesen hat und sich jetzt voll bewußt geworden ist, daß es keinen anderen, geringeren Weg gibt: Wir müssen die Macht selbst erobern! Jetzt sahen sie auf die Bolschewiki als ihre Führung.

Die andere Vorbedingung für einen erfolgreichen Aufstand ist die zeitweilige Erschöpfung und Verwirrung der herrschenden Klasse selbst und eine Situation, wo sie über die Instrumente ihrer eigenen Staatsmacht, im wesentlichen die Armee, nicht mehr verfügen kann. Man kann keinen Aufstand haben, solange die Machtstrukturen des kapitalistischen Staats intakt bleiben. Wie Lenin erklärte, besteht der kapitalistische Staat aus den besonderen Formationen bewaffneter Menschen, deren Zweck es ist, die Eigentumsformen des Kapitalismus zu verteidigen. Der Staat, jeder Staat, ist ein Werkzeug zur Zwangsherrschaft einer Klasse über eine andere. Also kann man keinen Aufstand haben, ohne die Armee spalten zu können und der Bourgeoisie die Macht, militärisch die Revolution zu zerschlagen, entreißen zu können.

Anfang Oktober 1917 kamen alle diese Faktoren zusammen. Die Armeegarnison in Petrograd weigerte sich, Befehle von der Provisorischen Regierung entgegenzunehmen. Sie wollte nur Befehle von den Sowjets annehmen. So war der Aufstand selbst, und die Machtergreifung, außergewöhnlich unblutig.

Aber wie Trotzki sagt: Wehe jeder Partei, die in diesem Augenblick zurückweicht und anfängt, die Kräfte der Bourgeoisie zu überschätzen oder gleichzeitig die revolutionäre Kapazität der Arbeiterklasse in diesem entscheidenden Augenblick zu unterschätzen. Gerade dies führte zum Scheitern der deutschen Revolution im Oktober 1923, und dieses Scheitern blockierte den Weg zur Ausweitung der Revolution auf das industrialisierte Deutschland und bahnte dem deutschen Faschismus den Weg. Eine angsterfüllte herrschende Klasse ist ein sehr gefährlicher Gegner. Nachdem man ihr fast die Macht entrissen hatte, wollte sie dafür sorgen, daß dies nicht nochmal passiert. Sie fing an, faschistische Schläger zu finanzieren, die erst

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartakist

Dezember 1989: Spartakisten kämpften gegen Ausverkauf des bürokratisch deformierten Arbeiterstaates DDR durch die Stalinisten und für proletarisch-politische Revolution

Avantgardepartei...

Fortsetzung von Seite 17

die Kommunistische Partei und dann die Gewerkschaften zerschlugen. Dann verfolgten sie die Juden.

Das Scheitern der deutschen Revolution beendete auch die revolutionäre Periode, die im Oktober 1917 in Rußland begonnen hatte, und ließ die ökonomisch verwüstete und erschöpfte junge Sowjetrepublik in völliger Isolation zurück. Lenin und Trotzki wußten, daß die Revolution, um im rückständigen Rußland überleben zu können, sich sofort auf das industrialisierte Westeuropa ausweiten mußte. Dies war das grundlegende Verständnis des klassischen Marxismus: Man kann eine Revolution nicht in einem Land, besonders nicht in einem rückständigen Land, isoliert lassen; man wird sofort von den anderen imperialistischenMächten angegriffen. Deshalb muß man die Revolution ins Lager der Imperialisten tragen.

Daß dieser Weg nach Deutschland blockiert wurde, demoralisierte die russischen Arbeiter und Teile der Kommunistischen Partei selbst, und das Ergebnis war eine politische Konterrevolution 1924 unter Führung Stalins und seiner Fraktion gegen das Programm und die Führung der Oktoberrevolution.

Demokratischer Zentralismus

Die organisatorische Praxis einer leninistischen Partei basiert auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, was völlige Freiheit in der internen Diskussion, vollständige Disziplin und Einheit in der Aktion bedeutet. Wie Trotzki es sagte: ohne interne Demokratie keine revolutionäre Erziehung, ohne Disziplin keine revolutionäre Aktion. Um die grundlegenden Konzeptionen des demokratischen Zentralismus zu beschreiben, lese ich am besten einen Abschnitt aus unseren Gründungsdokumenten vor:

> „Die Spartacist League übernimmt ihre Organisationsformen und -praktiken aus den Institutionen und Erfahrungen, die sich in der leninistischen Bewegung herausgebildet haben, und versucht in den besten Traditionen des Leninismus zu funktionieren. Wir trachten danach, das breiteste Ausmaß an interner Demokratie und Diskussion anzuwenden, das vereinbar ist mit einer effektiven und disziplinierten Funktionsweise. Im Gegensatz zu vielen Organisationen, die über die Idee der fraktionellen Demokratie nur reden, erkennt die SL an, daß das Recht auf Fraktionen grundlegend ist und daß ein Fraktionskampf nicht nur der Schulung dient, sondern im Fall scharfer Differenzen auch der einzige Weg ist, auf dem die Partei zu einer korrekten politischen Linie kommen kann...
>
> Die SL muß in erster Linie eine Aktionsorganisation sein, nicht eine Diskussionsgruppe. Ist man einmal zu einer Position gekommen, kann sie jederzeit durch ein höheres Gremium aufgehoben oder später widerrufen werden, aber bis dahin muß sie ausgeführt werden."

Oder, wie James Cannon es sagte: „Nur eine selbständig handelnde und kritisch eingestellte Mitgliedschaft ist in der Lage, die revolutionäre Partei zu schmieden und zu festigen und ihre Probleme durch kollektive Diskussion und Entscheidung zu lösen. Eine lockere, heterogene, undisziplinierte, ungeschulte Organisation ist völlig unfähig."

Im Grunde ist demokratischer Zentralismus ein einfaches Prinzip. Wenn es Auseinandersetzungen oder Differenzen in der Partei gibt, werden sie diskutiert und debattiert bis zur nationalen Konferenz, die die höchste Körperschaft der Organisation ist. Aber nachdem durch mehrheitliche Abstimmung eine Entscheidung erreicht ist, ist die Minderheit durch diese Entscheidung gebunden bei den öffentlichen Aktionen der Partei, einschließlich ihrer Presse. Dies heißt *nicht*, daß du deine Meinung fallenlassen oder aufgeben mußt. Das war die bürokratische und zerstörerische Praxis, die der Stalinismus einführte. Sie nannten diese Praxis „Kritik — Selbstkritik", was sich in dem Konzept der Einstimmigkeit zuspitzte. Was dies wirklich hieß, war folgendes: Wenn du auf der falschen Seite einer Frage standest — und was die falsche Seite war, wurde von der Führung bestimmt —, mußtest du vor der Mitgliedschaft aufstehen und dich dafür kritisieren, die falschen Ansichten vertreten zu haben. Mit anderen Worten, du mußtest aufstehen und erklären, was für eine schlimme Person du bist, irgend so ein kleinbürgerlicher Dilettant oder sonst was.

Aber diese Art von falschem Geständnis, dieses Abschwören deiner Ansichten, ruiniert dich einfach als Revolutionär. Und dieser Mechanismus selektierte Menschen aus. Was blieb, waren diejenigen, die lernten, im Rahmen einer bürokratischen Organisation zu leben, wo von ihnen erwartet wurde, daß sie nicht selbst denken. Wir dagegen schätzen das kritische Denken unserer eigenen Mitglieder und ermutigen es.

Tatsächlich ist dies der wesentliche Grund für die Schaffung einer eigenständigen Jugendorganisation, so daß sie ein Übungsfeld für die Partei sein kann, wo man lernt, wie man eine Ortsgruppe aufbaut, wo man lernt, wie man in Ortsleitungskomitees arbeitet, wie man Verkaufsleiter und Organisator und Redakteur ist und eine Zeitung herausbringt und eine ganze nationale Organisation führt, parallel zur Erwachsenen-Partei selbst. Und man tut dies so, daß man nicht von Mitgliedern umgeben ist, die seit 20 Jahren in der Partei sind — was Jugendlichen das Gefühl gibt, sie wären die Allerdümmsten im Raum —, sondern von seinesgleichen. Dies ermutigt am meisten zur umfassenden kritischen Diskussion. Genau so schafft man kritisches Denken und höheres Bewußtsein.

Bolschewismus kontra Bürokratismus

Sozialdemokratische Organisationen denunzieren den leninistischen demokratischen Zentralismus als den Vorläufer des stalinistischen Bürokratismus, weil sie keine Perspektive des revolutionären Sturzes des Kapitalismus haben, sondern seinen sogenannten liberalen Flügel unter Druck zu setzen versuchen. Das ist die standardmäßige



Spartakist-Block für die ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219 in Berlin 1992. Frauen protestierten als erste gegen die verheerenden Folgen des Anschlusses. Die Spartakist-Arbeiterpartei und die Spartakist-Jugend kämpfen für eine leninistische Partei, die ein Tribun aller Unterdrückten sein wird. Schließt euch uns an!

Spartakist

antikommunistische Schlußfolgerung, die man jetzt ständig zu hören bekommt, seit der Bankrott des Stalinismus den Zusammenbruch der Sowjetunion herbeiführte: Stalinistischer Bürokratismus erwuchs aus dem leninistischen demokratischen Zentralismus.

In einer sozialdemokratischen Organisation können alle fast alles sagen, was sie wollen, worin sich deren völlig heterogene politische Zusammensetzung widerspiegelt. Allerdings *gibt* es eine Parteilinie. Sie wird in der Zeitung verbreitet und jemand erschafft sie, im allgemeinen die im Augenblick herrschende Clique, die gewöhnlich ohne irgendwelche besonderen demokratischen Diskussionen wechselt. Zentristische und sozialdemokratische Organisationen sind in der Praxis immer bürokratische Organisationen. Zentrismus ist als diejenige Strömung definiert, die zwischen den Polen von Revolution und Reformismus existiert. Sogar in den am meisten links tönenden zentristischen Gruppen gibt es einen Konflikt zwischen ihren erklärten Zielen — ihren Positionen auf dem Papier — und ihrer wirklichen Praxis.

Eine andere Definition des Zentrismus ist: revolutionär in Worten, opportunistisch in Taten. Tatsächlich ist dieser Widerspruch die Quelle jedes Bürokratismus. Die Stalinisten waren eine lebende Lüge, von 1924 bis zum Zusammenbruch der bürokratischen Herrschaft 1989—91. Sie brachten Lenins *Gesammelte Werke* heraus und versuchten gleichzeitig, durch die Verhinderung von Arbeiterrevolutionen den Imperialismus zu beschwichtigen. Dieser tiefe Widerspruch war die Grundlage für den Polizeistaat und für den Bürokratismus.

Das Verständnis, daß das Bewußtsein der revolutionären Partei höher ist als das Bewußtsein der Arbeiterklasse, bedeutet, daß wir nicht versuchen, rückständigere Arbeiter außerhalb der Partei zu mobilisieren, um die Partei intern unter Druck zu setzen. Vor vielen Jahren schrieben wir, „daß das grundlegende Prinzip für Kommunisten ist, daß man unter seinen Genossen kämpft, um eine Mehrheit für sein Programm zu gewinnen, und daß jeder, der versucht, rückständige Kräfte und Elemente fremder Klassen außerhalb einer revolutionären marxistischen Organisation zu mobilisieren, um für den Aufstieg innerhalb dieser Organisation zu kämpfen, kein Kommunist ist." Die Partei aufzubauen und zu erhalten erfordert das höchste Niveau bewußter Anstrengung.

Um die revolutionäre Integrität der gesamten Partei sicherzustellen, muß die Führung auf das sorgfältigste die Rechte aller Genossen oder Gruppierungen in der Partei schützen, die Differenzen zur Partei haben. Schließlich könnten sie recht haben. Anfang der 60er Jahre waren wir in der Socialist Workers Party eine linke Opposition, die als Revolutionäre Tendenz (RT) bekannt war. Die SWP verstieß auf grobe Weise gegen unsere demokratischen Rechte. Man hielt uns davon ab, in Bereichen, wo wir Differenzen hatten, öffentliche Arbeit zu leisten. Man hielt uns von den Führungsgremien der Partei fern, man verwehrte uns das Recht, als eine Fraktion in der Partei zu existieren, und wir hatten dauernd darum zu kämpfen, einfach als eine organisierte Gruppe zu existieren, die den Parteimitgliedern unsere Ansichten darzulegen versucht.

Wir lernten also aus dieser Erfahrung, als wir am kurzen Ende eines sehr bürokratischen Hebels saßen, und das spiegelt sich in unseren Organisationsregeln und -richtlinien wider, wo die Rechte von Fraktionen festgelegt sind, das Recht auf proportionale Vertretung in Führungsgremien, wenn die Differenzen nicht auf einer nationalen Konferenz gelöst worden sind. Einmal, während einer Debatte in der New Yorker Ortsgruppe der Socialist Workers Party, schaute der Nationalsekretär Farrell Dobbs mich an, einen jungen Unterstützer der RT, und sagte: „Die Mehrheit ist die Partei!" Und das war vollkommen falsch, das war eine grundlegend bürokratische Aussage. Die Partei ist sowohl die Mehrheit als auch die Minderheit.

Also lernten wir aus dieser negativen Erfahrung. Wir verstanden auch, daß diese Abweichungen von den Normen des Leninismus daher kamen, daß die SWP ihre revolutionäre Perspektive verloren hatte und sich sehr schnell in Richtung Reformismus bewegte. Sie hatte keine Verwendung mehr für die Praktiken, die für eine revolutionäre Partei notwendig sind.

Ich heiße diejenigen unter euch willkommen, die dieses Wochenende in den Jugendclub eintreten. Es ist der erste wichtige Schritt dahin, euer Leben der Sache des Proletariats zu widmen. Es gibt keine höhere Form, wie man der Menschheit dienen kann.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 634, 1. Dezember 1995*

Selbstbestimmung...

Fortsetzung von Seite 11

werden, zeugt von einer Geisteshaltung, die wahrhaft dérangé (verwirrt) ist. Im Gegensatz zum Balkan, wo die blutigen nationalistischen Konflikte durch die Konkurrenz *eng miteinander verflochtener* Völker um das gleiche Territorium angefacht werden, ist Quebec eine separate französischsprachige Nation mit einem gemeinsamen Volk, einer gemeinsamen Sprache, einer gemeinsamen Kultur und einer gemeinsamen Geschichte. Obwohl die indianischen Ureinwohner sicherlich weiterhin Nackenschläge erhalten würden, falls sich Quebec abtrennen sollte (niemand sollte glauben, daß sie gegenwärtig von den englisch-kanadischen imperialistischen Herrschern nicht mißbraucht und verunglimpft werden), würde doch Unabhängigkeit nicht „ethnische Säuberungen" bedeuten, die ein anderes Volk oder eine andere Nationalität vertreiben sollen.

Quebec wurde zwangsweise an das britische Nordamerika angeschlossen nach der Niederlage der französischen Garnison auf der Abrahamebene 1759. 1867 war die nationale Unterwerfung der Québécois (Einwohner von Quebec) der Eckstein der kanadischen Konföderation. 100 Jahre später, als Quebec verspätet aus klerikal dominierter Rückständigkeit auftauchte, entstand eine mobile aufwärtsstrebende französischsprachige Kleinbourgeoisie, und gleichzeitig trat ein Proletariat hervor, das zu den kämpferischsten und klassenbewußtesten in ganz Nordamerika zählt. Opposition gegen den Anglo-Chauvinismus und gegen die Unterdrückung der nationalen und Sprachrechte der Québécois entfachten einen Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterbewegung in den späten 60er und den frühen 70er Jahren.

Die Gewerkschaftsbürokraten Quebecs kanalisierten die Militanz und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in eine Unterstützung für die bürgerlich-nationalistischeParti Québécois. Unterstützt wurden sie dabei durch den Anglo-Chauvinismus der Arbeiter-Irreführer im übrigen Kanada, die sich militant den legitimen nationalen und Sprachrechten der Québécois widersetzten. Die Tatsache, daß Quebec eine separate Nation ist mit entsprechenden nationalen Rechten — d.h. dem Recht auf Unabhängigkeit — wird in den Artikeln des *Bulletin* zu dieser Frage nicht einmal beiläufig erwähnt. Sie erwähnen auch nicht — von Opposition kann schon gar keine Rede sein — den wütenden, gegen Quebec gerichteten Anglo-Chauvinismus im englischen Kanada.

Heute wird solcher Chauvinismus besonders repräsentiert durch die Reform Party, deren Basis in den Präriegebieten sitzt und die jetzt eine der zwei großen Oppositionsparteien im kanadischen Parlament ist. Die andere große Oppositionspartei ist der Bloc Québécois — auf Bundesebene das Gegenstück zur PQ, die jetzt Quebec regiert. Dies allein sollte schon eine Vorstellung davon geben, wie dominant die nationale Frage Quebecs in Kanada ist und in welchem Ausmaß sie die Beziehungen zwischen den Arbeitern Quebecs und Englisch-Kanadas vergiftet.

Unsere kanadischen Genossen der Trotskyist League/ Ligue Trotskyste sind konsequent für Quebecs bedingungsloses Recht auf Unabhängigkeit eingetreten, nicht weil sie die Bestrebungen der aufsteigenden Québécois-Bourgeoisie unterstützen, „maîtres chez nous" (Herren im eigenen Haus) zu werden, sondern aus der proletarisch-internationalistischen Verpflichtung heraus, die nationalen Barrieren wegzuräumen, die der Klasseneinheit der englisch- und französischsprachigen Arbeiter Nordamerikas im Wege stehen. Die North-Anhänger dagegen behaupten zwar, zu kämpfen, „Arbeiterin Kanada mit ihren Klassenbrüdern in den USA und Mexiko zu vereinen", aber sie *weigern* sich, Quebecs Recht auf Unabhängigkeit zu verteidigen. Das ist genau entgegengesetzt zu einem internationalistischen Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse.

Es ist im Gegenteil einfach hinterrücks eine Unterstützung der „Einheit" des kanadischen bürgerlichen Staates. In Lenins Worten:,

> „Das Proletariat kann nicht an der für die imperialistische Bourgeoisie besonders ‚unangenehmen' Frage der *Grenzen* des Staates, die auf nationaler Unterjochung beruhen, stillschweigend vorbeigehen. Es kann sich des Kampfes gegen die gewaltsame Zurückhaltung der unterjochten Nationen in den Grenzen des vorhandenen Staates nicht enthalten, und eben dies heißt für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen kämpfen. Das Proletariat muß die Freiheit der politischen Abtrennung der von ‚seiner' Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu leeren Worten; weder Vertrauen noch Klassensolidarität unter den Arbeitern der unterdrückten und der unterdrückenden Nation sind möglich; die Heuchelei der reformistischen und Kautskyschen Vertreter des Selbstbestimmungsrechts, die sich über die von ‚ihren eigenen Nationen' unterdrückten und in ‚ihrem eigenen' Staate gewaltsam zurückgehaltenen Nationen ausschweigen, bleibt dabei immer noch unentlarvt."
> („Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", Januar/Februar 1916)

Gefälschte „Orthodoxie"

Es mag zwar eine Neuerung sein, daß die North-Leute offen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zurückweisen, aber es war für sie kein sehr großer Schritt, dorthin zu gelangen. Schon lange haben sie rassistische und andere Formen der Unterdrückung, die die kapitalistische Ausbeutung hervorbringt, höhnisch als irgendwie irrelevant für den „Klassenkampf" abgetan — der für sie bedeutete, eine primitive arbeitertümelnde Anpassung an die rassistischen Arbeiterbürokraten des Kalten Krieges zu betreiben. Auf dem Höhepunkt der Proteste gegen den Vietnamkrieg und der Kämpfe für die Freiheit der Schwarzen stellte das *Bulletin* ein Programm für eine Arbeiterpartei vor, in dem weder die Opposition zum Krieg noch der Kampf für die Befreiung der Schwarzen vorkam!

In einer langen Reihe von Artikeln im *Bulletin* der amerikanischen Workers League, geschrieben Mitte der 80er Jahre unter der Überschrift „Die Politik der Spartacist League", prangerte uns die WL wegen „Besessenheitin der Rassenfrage" an. Warum? Nach Auffassung der North-Anhänger brachte *Workers Vanguard* zu viele Artikel über die Frage der Unterdrückung der Schwarzen, über rassistischen Terror und Widerstand gegen Faschismus, und nicht genug über „Arbeiter". Da spielt es keine Rolle, daß Schwarze in den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung stark vertreten sind und daß der Kampf gegen rassistischen und faschistischen Terror wesentlich für die Verteidigung der gesamten Arbeiterbewegung ist. Aber offensichtlich sieht es das *Bulletin* anders. 1983 brachte es einen Artikel, der die von der SL initiierte Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen im November 1982 in Washington, D.C. — bei der über 5000 schwarze Arbeiter und Jugendliche auf die Straße gingen und den Klan *stoppten* — als „ein Abenteuer, das der Polizei direkt in die Hände spielte", verleumdete!

Sogar Gerry Healy schrieb über „D. Norths Sozialismus, der weißer als weiß ist". In der amerikanischen Gesellschaft, wo die gewaltsame Ausgrenzung der Schwarzen ganz unten ein Grundpfeiler des US-Kapitalismus ist, muß die Arbeiterbewegung für die Befreiung der Schwarzen eintreten, wenn sie die Ketten der kapitalistischen Ausbeutung und Erniedrigung zerbrechen will. Nach Behauptung der

North-Leute bedeutet dies, den „Kampf gegen Rassismus" dem „Kampf der Arbeiterklasse ... entgegenzustellen".

Die gleiche *Bulletin-Sene* schmähte uns für die einfache (und ausgesprochen wahre) Aussage, daß der hart umkämpfte Streik der Fleischpacker von Hormel 1986 von den „Arbeiterverrätern, die gegenwärtig die oberste Führung der amerikanischen Arbeiterbewegung stellen", erdolcht worden war. Die Workers League höhnte, dies sei nur ein weiterer Beweis für unseren „bösartigen Haß auf die Arbeiterklasse und tiefen Pessimismus". Daß die North-Leute die Gewerkschafts-Irreführer mit den Gewerkschaften selbst gleichsetzen, ist eine ihrer wenigen politischen Konstanten gewesen. Jetzt haben sie diese Gleichung einfach umgekehrt. Früher kreischten sie, daß es eine Art „Beweis" für den „Haß auf die Arbeiterklasse" sei, wenn man die Gewerkschaftsbürokraten angreift, jetzt sind sie dazu übergegangen zu verkünden, daß die Gewerkschaften als ganze nicht mehr als Arbeiterorganisationen betrachtet werden könnten! Vor ein paar Jahren erklärte David North in einer seiner schwerfälligen Reden, mit dem Titel „Das Ende der UdSSR", „die AFL-CIO [amerikanischer Gewerkschaftsdachverband] als Organisation der Arbeiterklasse zu definieren heißt, die Arbeiterklasse blind zu machen" *(Bulletin,* 10. Januar 1992).

Die Gewerkschaften sind durch ihre prokapitalistischen Spitzenfunktionäre so schlimm unterminiert worden, daß die organisierte Arbeiterbewegung in diesem Land immer mehr zu einer leeren Hülse geworden ist. Doch obwohl die Gewerkschaften jetzt nur einen kleinen Prozentsatz der Arbeiterklasse repräsentieren, sind sie trotzdem immer noch die ökonomischen Organisationen *der* Arbeiterklasse. Sie in Kampforganisationen *für* die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten umzuwandeln erfordert einen politischen Kampf, der den Würgegriff der Gewerkschaftsbürokratie bricht und diese Ausverkäufer durch eine klassenkämpferische Führung ersetzt.

Aber genau ein solcher politischer Kampf ist bei den North-Anhängern ausgeschlossen, in welcher Gestalt ihre Linie zu den Gewerkschaften auch erscheint. Früher appellierten sie an die AFL-CIO-Spitzen, alles mögliche zu tun, vom Aufruf zu Generalstreiks bis hin zur Gründung einer Arbeiterpartei, und jetzt setzen sie die gesamte organisierte Arbeiterbewegung mit den Bossen und deren Regierung gleich. Die Kapitalisten oder deren Staat teilen eine derartige Ansicht über die Gewerkschaften offensichtlich nicht, denn sie haben einige Milliarden Dollar in besoldete Streikbrecher-Agenturen gepumpt. Die Appelle der North-Anhänger an die Arbeiter, ihre Gewerkschaften auf den Müll zu werfen, fördern nicht im geringsten den Kampf der Arbeiterklasse, sondern stimmen nahtlos mit den Interessen der Bosse überein, die die Gewerkschaften kaputtmachen.

Natürlich gibt es sogenannte „Gewerkschaften", die der Beschreibung von North als „direkte Instrumente des Imperialismus" entsprechen. Eine davon ist Solidarno in Polen, *und die haben die North-Leute eifrig und heftig unterstützt.* Eine weitere ist die „Union of Democratie Miners" (Gewerkschaft Demokratischer Bergleute) in Britannien. Diese „Gewerkschaft", die während des heroischen britischen Bergarbeiterstreiks 1984/85 aus einem Haufen von Streikbrechern bestand, wurde auf Geheiß der Thatcher-Regierung gegründet, um die National Union of Miners (NUM, Nationale Bergarbeitergewerkschaft) zu zerstören.

Das IKVI von Healy/North hatte seine eigene Hand im Spiel gegen die britische Bergarbeitergewerkschaft. Am Vorabend des Streiks machte Healys Presse einen Riesenwirbel und empörte sich über NUM-Führer Arthur Scargill wegen seiner korrekten Opposition gegen Solidarno , die er „antisozialistisch" nannte. Diese antikommunistische Schmutzkampagne wurde sofort von den Revolverblättern in der Londoner Fleet Street aufgegriffen und ebenso vom rechten Flügel der Labour Party und des Trades Union Congress (Gewerkschaftsdachverband), mit dem Ziel, die Bergarbeitergewerkschaftzu isolieren und zu versuchen, sie zu zerschlagen. Die Kampagne, Scargill zu verunglimpfen und zu diskreditieren, wurde von der britischen Geheimpolizei MI5 aufgegriffen als Teil einer großangelegten Mobilisierung aller Kräfte des kapitalistischen Staates, die das Ziel hatte, die Bergarbeitergewerkschaftzu zerstören. Doch selbst heute noch ist die einzige Kritik der North-Anhänger an Healys Workers Revolutionary Party (WRP), wenn es um die britischen Bergarbeiter geht, daß die WRP angeblich „jede Kritik an Scargill ausschloß" *(International Workers Bulletin,* 25. April 1994)!

Klassenlose Demagogen

In den Abschnitten am Schluß von „Der Weg nach Tuzla" heißt es in Norths IKVI-Erklärung, Cliff Slaughters WRP „hat sich als Ergebnis einer längeren national-opportunistischen Degeneration in eine bürgerliche Tendenz verwandelt". Damit hat sich dann die ganze Sache erledigt. Norths Organisation hat die Gewerkschaften, die sozialdemokratischen und exstalinistischen Parteien und alle, in denen sie ihre „trotzkistischen" Hauptkonkurrenten sehen — von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat bis zu Slaughters WRP — als durch und durch bürgerliche Organisationen abgeschrieben. Wie Hegel und Marx sagen würden, haben die North-Leute alle Widersprüche aufgehoben — zu dem Zweck, sich als die letzten, die einzigen proletarischen Führer auf diesem Planeten hinzustellen.

Wenn die North-Leute Slaughters Organisation beschreiben, klingt dies nur allzusehr nach ihnen selbst, besonders die Aussage, daß die Positionen der WRP dazu dienen, ihre Mitgliedschaft „ideologisch" so zu konditionieren, „daß sie jede Verbindung zwischen der Parteipolitik einerseits und den Klasseninteressen des Proletariats und den prinzipienfesten Positionen des Marxismus andererseits ablehnt". Vor mehr als 10 Jahren schrieben wir in einer Antwort auf das *Bulletin,* das unsere Mobilisierung gegen den Klan in Washington, D.C. verleumdete: Die Führer von Healys IKVI sind „klassenlose Demagogen, Scheinextremisten für jeden Zweck, deren Radikalismus nichts mit sozialistischem Kampf zu tun hat" („Zerschlagt die faschistische Verleumdung gegen die SL", M/Nr. 379, 17. Mai 1985).

Alle paar Jahre werden die Köpfe der Mitgliedschaft von Norths IKVI durch eine weitere „dialektische" Mangel gedreht. Früher lagen sie bürgerlich-nationalistischen Regimen zu Füßen, jetzt wird verkündet, man müsse rigoros gegen alle Kämpfe für Selbstbestimmung sein. Nach jahrelangem Anschleimen an die AFL-CIO-Führung wird der Mitgliedschaft jetzt erzählt, die Gewerkschaften seien das „direkte Instrument des Imperialismus" und müßten zerstört werden.

Norths grandiose Reden, in denen „entscheidende Wendepunkte" für das Proletariat verkündet werden, dienen nicht nur dazu, die Distanz seiner Organisation zum Klassenkampf zu rechtfertigen und zu verstärken, sie sind auch ein direktes Echo der Interessen der Imperialisten. Die „Theorien" des IKVI sind nichts weiter als feige Rationalisierungen für die höhnische Ablehnung des Kampfes gegen chauvinistische Unterdrückung und für das Abschreiben der ökonomischen Verteidigungsorganisationen der Arbeiterklasse, nur um für sich einen kleinen Vorteil zu erhäschen. Die Politik der North-Leute ist die von Hochstaplern, die eine Nische für Außenseiter suchen. Ansonsten haben sie absolut nichts zu tun mit und stehen im Gegensatz zu einem Programm, das die internationale Arbeiterklasse und die Unterdrückten zu einem sozialistischen Sieg über ihre Ausbeuter führen kann.«

Balkan...

Fortsetzung von Seite 24

große Klassenschlacht gegen die scharfen Angriffe geführt, die sich unter der „neuen Weltordnung" in allen entwickelten kapitalistischen Ländern gegen die erkämpften Sozialleistungen richten. Die Streiks führten bereits dazu, daß ein geplantes gemeinsames Militärmanöver von Bundeswehr und französischer Armee verhindert wurde, französische Truppentransporte wurden unterbrochen.

Unsere Genossen von der Ligue trotskyste de France (LTF) intervenierten an den Universitäten und bei streikenden Arbeitern, um Proteste gegen die Unterzeichnung des Dayton-Abkommens am 14. Dezember in Paris zu initiieren. Auf Demonstrationen in Paris und Rouen protestierte die LTF gegen die Besetzung Bosniens durch die französische Armee und gegen den rassistischen Staatsterror gegen Immigranten im eigenen Land. Am Tag der Unterzeichnung protestierte die Spartakist-Jugend in Berlin mit Plakaten, und am 21. Dezember intervenierte sie bei einer Hamburger Demonstration in Solidarität mit den französischen Streiks unter den Losungen „Nein zur imperialistischen Aufteilung des Balkans!" und „Bundeswehr, NATO, UNO, Hände weg vom Balkan!"

Viele besorgte Jugendliche hoffen, durch pazifistische Ablehnung jeder „Gewalt" neue Kriege verhindern zu können. Der Anstieg der Kriegsdienstverweigerer auf 150000 gibt ein gutes Bild darüber, wie verhaßt die Bundeswehr ist. Aber wie das Beispiel der Russischen Revolution 1917 zeigt, können imperialistische Kriege letztlich nur durch den Sturz der Kapitalisten verhindert werden. Der Kampf gegen den Krieg ist untrennbar mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden.

Gestrige „Friedens"bewegung auf Kriegspfad

Wie kommt es, daß praktisch die gesamte Linke, in Frankreich, Deutschland usw. nicht einen Finger zum Protest gegen die imperialistische Besetzung des Balkans rührte, und tatsächlich viele dieser sogenannten Sozialisten und Ökopazifisten für das NATO-Diktat waren? Noch vor einigen Monaten erklärten sogar Kohl und der frühere BND-Chef Kinkel, wegen „historischer Bedenken" (im Klartext wegen des Völkermords, den SS und Wehrmacht dort begangen haben) keine deutschen Bodentruppen auf den Balka-n zu schicken. Aber Schritt für Schritt hat Bonn in den fünf Jahren seit dem kapitalistischen Anschluß der DDR ihren Einsatz vorbereitet. Der Bürgerkrieg auf dem Balkan erwuchs direkt aus der von den Imperialisten geschürten Konterrevolution, die den jugoslawischen deformierten Arbeiterstaat zerstört hat. Mit der Anerkennung von Kroatien und Slowenien 1991 trieb das Vierte Reich die Zerstückelung Jugoslawiens voran und hetzte damit die verschiedenen südslawischen Völker in eine vier Jahre andauernde Orgie des gegenseitigen Blutvergießens. Das strategische Ziel des deutschen Imperialismus dabei ist, das östliche Europa zu beherrschen und wirtschaftlich zu durchdringen (deutsche Investitionen, Vorherrschaft der D-Mark). Dafür benutzt es diesmal eine „friedensschaffende" Besetzung, um das zu erreichen, was dem Dritten Reich nicht gelang.

Öffentliche Bundeswehr-Gelöbnisse und Fackelmärsche, bei denen jeder Protest durch flächendeckende Demonstrationsverbote abgewürgt wurde, und die Kriegsberichterstattung in der abendlichen *Tagesschau* sollten die Bevölkerung an den Truppeneinsatz gewöhnen. Aber das allein reichte nicht aus bei einer Bevölkerung, die den Horror des Zweiten Weltkriegs nicht vergessen hat und bei der pazifistische Gefühle sehr tief sitzen.

Entscheidend war die Rolle, die die SPD, die Grünen und die PDS mit ihren linken Anhängseln spielten, um den Boden dafür zu bereiten, daß das Vierte Reich offen seinen militärischen und wirtschaftlichen Weltmachtanspruch ausdrücken konnte. Besonders widerlich stach die Kriegspropaganda der Grünen über serbischen „Völkermord" hervor, mit der sie den Nazi-Völkermord beschönigen und von der Bourgeoisie von Auschwitz verlangen, auf dem Balkan „Frieden zu schaffen". Ebenso fordern die grünen „Pazifisten", die PDS und weite Teile der „Linken" abwechselnd, daß Bundeswehr, Spezialtruppen des Auswärtigen Amtes oder die UNO den Völkern des Balkans das imperialistische Diktat aufzwingen sollen. Wie die *FAZ*, Sprachrohr der Finanzbourgeoisie, treffend bemerkte, mußte der Bundeswehreinsatz „neben der Mehrheit der SPD-Abgeordneten sogar von Teilen der Grünen getragen werden, damit in der Bevölkerung nicht ein schwerer Streit ausbreche" (7. Dezember 1995).

Die PDS ruft wie die Grünen nach der „besonderen Friedensverantwortung" des wiedervereinigten Deutschlands und wird dafür von der Kommunistischen Plattform auch noch extra gelobt (Brief an den Parteivorstand vom 27. Oktober). Zeitgleich mit dem Bundestagsbeschluß über den Einsatz der Bodentruppen entbrannte auch in der PDS eine Debatte über „friedenserhaltende" Einsätze. Zwar stimmten die PDS-Abgeordneten gegen den Bundeswehreinsatz, aber sie waren lange für die Hungerblockade gegen Serbien; und wie beim Anschluß der DDR verbreitet die PDS die Lüge, daß es einen „friedlichen" Imperialismus geben könne, wenn man nur ein bißchen Druck ausübt.

Der große Gewinner des Dayton-Abkommens ist Deutschlands Vasall Kroatien, das Gebiete behält, die es den Serben bei der militärischen Offensive im letzten Herbst abgenommen hat. Kroatien hat praktisch große Teile der sogenannten „muslimisch-kroatischen Föderation" in Bosnien annektiert, wodurch nur ein von Muslimen beherrschter Rumpfstaat übrigbleibt, der tatsächlich unter kroatischer Oberhoheit steht. Der imperialistische „Frieden" zieht verschiedene Grenzen neu, damit geographisch zusammenhängende Republiken der Muslime/Kroaten und der bosnischen Serben entstehen, während die vorgesehene „Vereinigung" von Sarajevo rund 120 000 bosnische Serben unter muslimische Kontrolle stellt. Dies hat bereits zu einer ersten Fluchtwelle geführt und wird weitere Zwangsumsiedlungen bedeuten. Bereits mehr als *drei Millionen* Flüchtlinge wurden durch „ethnische Säuberungen" vertrieben. Jetzt hat Bonn angekündigt, auch die 320 000 bosnischen Flüchtlinge in Deutschland auf schnellstem Wege abzuschieben. Auf dem Balkan waren Roma die ersten Opfer der „ethnischen Säuberungen". Viele der Flüchtlinge in der BRD sind Roma, die seit Jahren vor allem von den SPD-Länderregierungen abgeschoben werden. Die Gewerkschaften müssen gegen rassistischen Terror mobilisiert werden und die Abschiebungen stoppen! Die SpAD fordert Asylrecht für alle Flüchtlinge vor rechtem Terror und volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind!

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) hat sich gegen alle Seiten in diesem brudermörderischen Kriegstreiben gestellt und sich gleichzeitig gegen alle Interventionen der Imperialisten und der „UNO" gewandt, auch gegen das einschneidende Wirtschaftsembargo gegen Serbien. Aber mit den massiven Terror-Bombardierungen der NATO gegen die bosnischen Serben im August/September 1995, die der von den USA und Deutschland gesponserten kroatischen Offensive und Vertreibung von 200 000 Serben aus der Krajina folgten, änderte sich der Charakter des Konflikts; er wurde zu einem imperialistischen Krieg gegen die bosnischen Serben. Die IKL hielt Protestdemonstrationen in Berlin, New York und anderen westlichen Großstädten ab, bei denen sie dazu aufrief, die bosnischen Serben gegen

die Angriffe der NATO/Bundeswehr-Imperialisten und ihrer Marionetten der muslimisch-kroatischen Allianz zu verteidigen.

Im Gegensatz dazu haben sich viele selbsternannte Trotzkisten dem imperialistischen Kreuzzug über das „arme kleine Bosnien" angeschlossen. Die Gruppe Arbeitermacht forderte noch während der NATO-Bombardierung die Bewaffnung der bosnisch-muslimischen Truppen. Inzwischen hat ihre proimperialistische Haltung zur Abspaltung eines großen Teils ihrer neuseeländischen Sektion und ihrer gesamten lateinamerikanischenUnterstützer geführt. Ebenso rief der dem „Vereinigten" Sekretariat angeschlossene Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) zu „Workers Aid" auf und organisierte Transporte in die UN-„Schutzzone" Tuzla, in Zusammenarbeit mit der bosnisch-muslimischen Armee und unter dem direkten Schutz der imperialistischen UN-Blauhelme. Tuzla ist heute das Hauptquartier der US-" Armee. Jetzt, wo immer mehr NATO-Truppen den Balkan überrollen, haben diese Gruppierungen erreicht, was sie wollten.

So erklärt es sich auch, daß seit den Bombardierungen der bosnischen Serben in den beiden Ausgaben der RSB-Zeitung *Avanti* die Forderung gegen NATO und Bundeswehr nicht mehr erhoben wird — und das angesichts der Mobilmachung von 60000 NATO/Bundeswehr-Soldaten. Eine Erklärung des Politischen Komitees des RSB über „Die Normalität des Imperialismus" *(Avanti,* Oktober/November 1995) stellt klipp und klar fest: „Objektiv nötig wäre eine anti-imperialistische und eine anti-militaristische Massenarbeit. Sie ist z. Zt. unmöglich." Warum? Weil die „Massen" der „Friedens"bewegung nicht mehr existieren und ihre Sprecher sich in geifernde „Bellizisten"verwandelt haben, steckt der RSB mit seiner Nachtrabpolitik total im Schlamassel. Aber genau besehen geht es darum, daß sich der RSB mit der „Workers-Aid"-Kampagne für die bosnisch-muslimischen Nationalisten selbst den Hut der Kriegstreiber aufgesetzt hat. Denn wie soll man „eine anti-imperialistische und eine anti-militaristische" Position beziehen, wenn man gleichzeitig mit den Vasallen des eigenen Imperialismus im Bett liegt?

Nachtrabpolitik ist das Markenzeichen des pabloistischen Vereinigten Sekretariats. Als in den 60er Jahren Guerillabewegungen populär waren, war das VS begeistert dafür. In der Zeit des Kalten Krieges hat das VS jede antisowjetische Bewegung unterstützt, die durch den Imperialismus gefördert wurde: von dersozialdemokratischenDDR-,,Friedens"-bewegung über die antisemitische Solidarnosc in Polen bis zu Jelzins konterrevolutionärem Gegenputsch 1991. Die VS-*ZeilungInternational Viewpoint* druckte 1989 sogar kommentarlos eine Erklärung der estnischen Nazi-Kollaborateure „Waldbrüder" ab (18. September). An der historischen Niederlage der internationalen Arbeiterklasse, die durch den Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa besiegelt wurde, haben die Mandelianer nach Kräften mitgewirkt. So ist es kein Riesenschritt, wenn Catherine Samary, die internationale Bosnien-Spezialistin des VS, jetzt erklärt: „Es ist aus einigen sehr einfachen Gründen schwierig, gegen den Aufruf für NATO-Luftschläge zu sein." Sie argumentiert gegen „abstrakte antiimperialistische'Losungen" und will statt dessen den Imperialismus kritisieren für „seine Unfähigkeit, der reaktionären Politik auf dem Boden entgegenzutreten, ganz zu schweigen davon, diese aufzuhalten oder umzukehren" *(International Viewpoint,* Oktober 1995). Also Opposition gegen den Imperialismus nur insofern, als die Imperialisten das „arme kleine Bosnien" nicht ausreichend unterstützen. Ihre Strategie besteht darin, den Imperialismus zum Kämpfen zu bringen.

Anders als Samary erkennen der italienische VS-Führer Livio Maitan (gleichzeitig Mitglied von Rifondazione comunista) und ein Flugblatt des Münchner RSB (undatiert) an, daß sich die NATO-Angriffe im Spätsommer gegen die bosnischen Serben richteten. Aber auch die Münchner Erklärung ruft nicht zur Verteidigung der bosnischen Serben auf und greift mit keinem Wort die „Workers-Aid"-Kampagne an, mit der das VS den Marionetten der Imperialisten direkt in die Hände spielte. Ihre Rolle besteht im wesentlichen darin, Druck auf den Samary-Flügel im VS auszuüben, der wiederum Druck auf die bosnisch-muslimischen Nationalisten ausüben will. Und was sowohl bei den RSB-Resolutionen wie beim Münchner Flugblatt am meisten hervorsticht, ist das völlige Fehlen jeder unabhängigen Klassenperspektive der Arbeiterklasse. Als die französischen Arbeiterstreiks Truppentransporte und ein geplantes deutsch-französisches Militärmanöver verhinderten, zeigte sich das Potential ihrer sozialen Macht. Und sobald die NATO/Bundeswehr-Besatzer auf die ersten ernsthaften Probleme im Sumpf des nationalistischen Bürgerkriegs auf dem Balkan stoßen werden, kann dies auch unter den Arbeitern in Deutschland große Unruhe hervorrufen. Die Aufgabe der revolutionären Avantgarde ist es, den Kampf der Arbeiterklasse in einen bewußten Kampf gegen den Imperialismus und für die sozialistische Revolution zu wenden.

Der Imperialismus kann keinen „Frieden" bringen, weil er Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter aller Länder bedeutet und unter den Großmächten zu einem wahnwitzigen Wettkampf um Profite führt. Es gibt aber kein Zurück zu Titos bürokratisch deformiertem Arbeiterstaat Jugoslawien, der zwar den Jahrhunderte alten nationalen Haß auf dem Balkan bis zu einem gewissen Grad überwinden konnte, aber nie über die nationalen Grenzen hinausging. Das stalinistische Dogma des „Sozialismus in einem Land" war der ideologische nationalistische Ausdruck davon und stand im Gegensatz zur Weltrevolution, für die die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki kämpften. Die bürokratische Deformation des jugoslawischen Arbeiterstaats und Titos „Marktsozialismus" haben den Weg zur Konterrevolution geebnet. Dauerhafter Frieden und nationale Gleichberechtigung für alle Völker der Region kann nur durch proletarische Revolutionen entstehen, die zu einer Sozialistischen Föderation des Balkans als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führen.

Die zunehmenden Rivalitäten zwischen den Imperialisten und deren Kampf um militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft spielen sich jetzt auf dem Schlachtfeld des Balkans ab. Die USA wollen zeigen, daß sie in der NATO immer noch das Sagen haben, während der deutsche Imperialismus Europa beherrschen und seinen Drang nach Osten durchsetzen will. So zum Beispiel gelang es Bonn, gegen die Absicht der USA durchzusetzen, daß Rußland auf dem Balkan ein Truppenkontingent als Teil der NATO-Streitkräfte stationiert.

Heute gibt es zwischen den USA, Deutschland und den anderen Invasoren eine vorübergehende Übereinstimmung der Interessen auf dem Balkan. Aber auf längere Sicht werden diese Rivalen unvermeidlich zusammenstoßen. Die imperialistische Aufteilung und die militärische Besetzung lösen nichts und legen die Basis für zukünftige Konflikte und Kriege, die auch den Einsatz von Atomwaffen bedeuten können. Bereits der Erste Weltkrieg fing auf dem Balkan an. Der erneute blutige Balkankonflikt ist ein starker Beweis dafür, wie dringend es ist, die weltweite Krise der proletarischen Führung durch den Aufbau von leninistischen Avantgardeparteien zu lösen. Jugendliche, die Revolutionäre sein wollen, müssen für den Aufbau der revolutionären Führung gewonnen werden. Dadurch wird die Vierte Internationale von Trotzki wiedergeschmiedet werden, die die imperialistischen Schlächter durch die sozialistische Weltrevolution stürzen wird.«

SPARTAKIST

Imperialistischer „Frieden" heißt mehr Blutvergießen

NATO/Bundeswehr - Raus aus dem Balkan!



Ralf Hirschberger/dpa

22. Dezember 1995: Vorauskommando der Bundeswehr in Kroatien, das den ersten militärischen Einsatz Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg vorbereitet

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, als die Nazi-Wehrmacht auf dem Balkan wütete, marschieren jetzt wieder deutsche Bodentruppen ein. Vor 50 Jahren ermordete der deutsche Imperialismus dort fast 60 000 Juden, 40 000 Roma, Hunderttausende Serben und brannte ganze Dörfer nieder. Der Einsatz von 4000 Bundeswehr-Soldaten heute erfolgt als Teil der NATO-Besetzung durch 60 000 Mann, die ihre Blauhelme gewechselt und ihre Panzer übermalt haben, um den Völkern des Balkans die imperialistische Aufteilung aufzuzwingen. Ihr Dayton-„Friedens"diktat basiert direkt auf dem wochenlangen NATO-Bombenterror gegen die bosnischen Serben im Spätsommer letzten Jahres. Es wird von den gleichen imperialistischen Herrschern durchgesetzt, die die türkische Regierung für den mörderischen Krieg gegen die Kurden ausrüsten. Ihre Aufteilung des Balkans wird nur noch mehr Blutvergießen nach sich ziehen und den nationalistischen Haß unter den südslawischen Völkern weiter vertiefen. Die Arbeiter und Unterdrückten auf der ganzen Welt müssen fordern: Alle NATO-, Bundeswehr- und UN-Truppen raus aus dem Balkan, für immer!

Nach der Zerstörung der Sowjetunion haben die kapitalistischen Herrscher eine neue „Weltordnung" ausgerufen, die mit dem NATO-Golfkriegsmassaker eingeleitet wurde, als durch Bombenterror 100 000 Iraker abgeschlachtet wurden und anschließend aufgrund der imperialistischen Hungerblockade 500 000 Kinder starben. Heute führen sie ihre Kriege ohne die ideologischen Schlachtrufe aus der Zeit des Kalten Krieges, sondern nur noch im Namen „humanitärer Hilfe": Hatten sie früher ein vietnamesisches Dorf zerstört, um es vor dem Kommunismus zu „retten", so töten sie heute Somalis, um ihnen gegen den Hunger zu „helfen". Und im ehemaligen Jugoslawien sollen NATO-Diktat und NATO-Besetzung die „ethnischen Säuberungen" beenden; doch in Wirklichkeit warea die NATO-Angriffe auf die bosnischen Serben im letzten Sommer militärisch so koordiniert, daß sie zur bislang größten „ethnischen Säuberung" führten, nämlich gegen die Serben aus Kroatien und Bosnien.

Jetzt setzt die NATO Bodentruppen ein, deren Soldaten aus Ländern kommen, wo es in der Arbeiterklasse brodelt. Dies könnte für die Kapitalisten große Probleme und damit große Möglichkeiten für Revolutionäre schaffen. In Frankreich haben die Arbeiter mit ihren Massenstreiks die erste

Fortgesetzt auf Seite 22

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 122 MÄRZ/APRIL 1996 DM 1,-

Zerbrecht den Burgfrieden von SPD und DGB!

„Bündnis für Arbeit": Krieg gegen Arbeiter und Unterdrückte



Detlev Schilke

AEG-Arbeiter protestieren gegen Schließung des Berliner TRO-Werks. Nieder mit Zwickels „Bündnis" mit den Bossen!

Die strikten Austeritätsmaßnahmen, die die Bundesbank den wirtschaftlich schwächeren imperialistischen Ländern Europas verordnet hat, lösten dort massive Abwehrkämpfe der Arbeiter aus: so in Italien und gerade erst die gewaltige Streikwelle in Frankreich. In Deutschland weichen die Bosse bisher davor zurück, geradewegs gegen die machtvolle Arbeiterklasse vorzugehen. Aus Furcht vor gewaltigen Klassenzusammenstößen wie in Frankreich setzt Kohl auf die Zuarbeit der DGB-Führer und der SPD, um die Arbeiter zu entwaffnen. Mit Hilfe der So/ialdemokraten führt die deutsche Bourgeoisie eine konzertierte, alles durchdringende und vielschichtige Kampagne gegen ganze Sektoren der Arbeiterklasse. Einige Kapitalisten verlagern die Produktion in andere Länder und predigen unter der Parole „Standort Deutschland" gleich-/eitig giftigen Protektionismus, der von der SPD- und DGB-Führung direkt in die Arbeiterbewegung hineingetragen wird. Zusammen mit den Scharpings und Lafontaines setzen sie die rassistische Karte gegen Immigranten ein, noch mehr Frauen sollen zurück an den Herd geschickt werden, und die Jugend wird jeglicher Zukunft beraubt. Das Ziel dieser Kampagne ist es, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Sektor für Sektor den Preis der Arbeitskraft zu senken.

Angesichts explodierender Arbeitslosigkeit bot IG-Metall-Chef Zwickel auf dem letzten Gewerkschaftstag im Herbst ein „Bündnis für Arbeit" an: Die Arbeiter sollen sich billiger verkaufen, im Austausch gegen ein Versprechen der Bosse für neue Arbeitsplätze. Der Prototyp dieses ..Bündnissesfür Arbeit" ist Schröders „VW-Modell": Gegen das „Versprechen" von 1000 neuen Arbeitsplätzen wurden bei VW allein 1995 schon 8000 Arbeitsplätze abgebaut, und neue Massenentlassungen sind angekündigt. Der SPD-Fraktionschef Scharping forderte Kohl im Bundestag zu einem „Krisengipfel" auf, und in SPD-regierten Ländern wurden bereits „Bund-Länder-Arbeitsgruppen"geschaffen, um eine große Koalition in die Tat umzusetzen. Wie die *Wochenpost* (15. Februar) feststellte: „Wenn es ernst wird, sucht man in Deutschland den Konsens".

Inzwischen ist die Arbeitslosenzahl auf offiziell 4,3 Millionen gestiegen, wobei sogar die bürgerliche Presse zugibt, daß es in Wirklichkeit über 6 Millionen sind. Damit sind mehr Menschen arbeitslos als 1932, kurz vor Hitlers Machtergreifung. Zwickels „Bündnis für Arbeit" geht einher mit der Ankündigung von Massenentlassungen bei Mercedes-Benz, AEG, Siemens und jetzt beim Bremer Vulkan-Verbund. Dies ist eine konzertierte Aktion der deutschen

Fortgesetzt auf Seite 17

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft !

Frauenbefreiung und Familie



TROTZKI



LENIN

Zum Internationalen Frauentag am 8. März bringen wir nachstehend Auszüge aus der klassischen marxistischen Schrift über den Aufstieg der auf Ausbeutung beruhenden Klassengesellschaft und der entsprechenden Familienformen zur Unterdrückung der Frauen. In der bürgerlichen Gesellschaft hat die Familie schon immer als ein Grundpfeiler des Konservatismus gedient, um die Anpassung an die bürgerliche Moral sicherzustellen, die alles verurteilt — von vorehelichem Geschlechtsverkehr bis zur Homosexualität —, was irgendwie von der Norm abweicht. Dabei ist es gerade das kapitalistische System selbst, das durch Massenentlassungen, Sozialabbau und rassistische Morde viele Familien zugrunde richtet. Frauen sind von extrem hoher Arbeitslosigkeit betroffen, was von den Herrschenden ausgenutzt wird, um sie an Heim und Herd und ins soziale Elend zu drängen. Im Gegensatz zu Kampagnen wie „Lohn für Hausarbeit" (als Dienstmädchen) kommt es darauf an, nicht die Einrichtung der Familie, durch die die Frauen versklavt werden, mit Leben zu erfüllen, sondern die vollständige Beteiligung der Frauen am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen, d. h. für die Frauenbefreiung durch eine sozialistische Revolution zu kämpfen.

Die monogame Familie. Sie entsteht aus der Paarungsfamilie, wie gezeigt, im Grenzzeitalter zwischen der mittleren und oberen Stufe der Barbarei; ihr endgültiger Sieg ist eins der Kennzeichen der beginnenden Zivilisation. Sie ist gegründet auf die Herrschaft des Mannes, mit dem ausdrücklichen Zweck der Erzeugung von Kindern mit unbestrittener Vaterschaft, und diese Vaterschaft wird erfordert, weil diese Kinder dereinst als Leibeserben in das väterliche Vermögen eintreten sollen. .. Sie [die Einzelehe] tritt auf als Unterjochung des einen Geschlechts durch das andre, als Proklamation eines bisher in der ganzen Vorgeschichte unbekannten Widerstreits der Geschlechter... Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche...

Die rechtliche Ungleichheit beider, die uns aus früheren Gesellschaftszuständen vererbt, ist nicht die Ursache, sondern die Wirkung der ökonomischen Unterdrückung der Frau. In der alten kommunistischen Haushaltung, die viele Ehepaare und ihre Kinder umfaßte, war die den Frauen übergebne Führung des Haushalts ebensogut eine öffentliche, eine gesellschaftlich notwendige Industrie wie die Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Männer. Mit der patriarchalischen Familie und noch mehr mit der monogamen Einzelfamilie wurde dies anders. Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein *Privatdienst;* die Frau wurde erste Dienstbotin, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt. Erst die große Industrie unsrer Zeit hat ihr — und auch nur der Proletarierin — den Weg zur gesellschaftlichen Produktion wieder eröffnet. Aber so, daß, wenn sie ihre Pflichten im Privatdienst der Familie erfüllt, sie von der öffentlichen Produktion ausgeschlossen bleibt und nichts erwerben kann; und daß, wenn sie sich an der öffentlichen Industrie beteiligen und selbständig erwerben will, sie außerstand ist, Familienpflichten zu erfüllen. Und wie in der Fabrik, so geht es der Frau in allen Geschäftszweigen, bis in die Medizin und Advokatur hinein. Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offne oder verhüllte Haussklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt. ..

Mit dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum hört die Einzelfamilie auf, wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft zu sein. Die Privathaushaltung verwandelt sich in eine gesellschaftliche Industrie. Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit; die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig, seien sie eheliche oder uneheliche.

Friedrich Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884)



herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahinaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 122 **März/April 1996**



KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle
SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (0345)2029055

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Lübeck: Rassistischer Mord und staatliche Vertuschung



Spartakist

Lübeck, 20, Januar: Überlebende verurteilen rassistischen Allparteienkonsens in Bonn. Spartakist-Bannerforderte: Stoppt Nazi-Terror durch Gewerkschafts/Immigranten-Aktion!

Am frühen Morgen des 18. Januar vernichtete ein Flammenmeer die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße. Dies war der letzte Anschlag in einer über fünfjährigen Welle von rassistischen Terroranschlägen gegen Immigranten in Deutschland, der auch die bisher meisten Todesopfer forderte. Zehn Menschen starben und fast 50 wurden verletzt, als sich Rauch und Flammen in der überfüllten Unterkunft ausbreiteten und viele Menschen in den oberen Stockwerken einschlössen. In dem Gebäude, das in einem heruntergekommenen Industriegebiet am Rande der Stadt liegt, lebten Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten sowie einige aus Polen. Viele der Toten waren Schwarzafrikaner, wie die 25jährige Monique Bunga und ihre dreijährige Tochter, die bei dem verzweifelten Versuch, durch einen Sprung aus dem Gebäude vor den Flammen zu fliehen, starben. Jetzt sind die Überlebenden in einer schrecklichen Falle gefangen: Weil sie keinen Wohnsitz mehr haben, droht ihnen die Abschiebung. Familienmitglieder der Opfer, die ihre Toten nach Zaire begleiten wollten, erhielten am Tag ihrer Abreise Abschiebebescheide.

Freiheit für Safwan Eid! Keine Abschiebungen!

Sofort nach dem Lübecker Feuer griffen Polizisten drei junge Männer auf — darunter einen Skinhead mit Bomberjacke und Springerstiefeln — die von Zeugen gesehen wurden, als sie in der Nähe des Heims genau zu dem Zeitpunkt in ein Auto stiegen, als die Flammen im Gebäude hochschlugen. Der Verdacht, daß wieder ein Naziverbrechen Tote gefordert hat, verursachte im ganzen Land Aufruhr und rief bei vielen die Erinnerung an die mörderischen faschistischen Brandanschläge in Rostock, Mölln und Solingen wach.

Das Feuer von Lübeck ereignete sich, als der israelische Präsident Weizmann erstmals Deutschland besuchte, und einen Tag vor der „Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus" im Bundestag. In Lübeck wurde 1994 der erste Brandanschlag auf eine Synagoge seit der Hitlerdiktatur verübt, und erneut im Mai 1995, am Vorabend des 50. Jahrestages der Zerschlagung des Dritten Reichs. Die Medien waren offen über Deutschlands Ansehen im Ausland besorgt. Bundespräsident Roman Herzog trat für einen weiteren Ausbau der „öffentlichen Sicherheitspolitik" ein, also für mehr Polizei, falls es Brandstiftung gewesen sei, aber er stellte auch gleich die Frage, ob es nicht ein „Unfall" gewesen sein könnte.

Die drei Rechten wurden nach ein paar Stunden entlassen. Eine Polizeistreife gab ihnen das Alibi, daß sie kurz vor Ausbruch des Feuers in 15 km Entfernung an einer Tankstelle von ihr kontrolliert worden seien. Inzwischen stellte sich heraus, daß diese Tankstelle nur knapp über fünf Kilometer vom Wohnheim entfernt liegt, also in der fraglichen Zeit leicht erreicht werden konnte. Auch ein vierter Mann, der offenbar im Lauf der Nacht mit den anderen drei unterwegs war, wurde verhört, doch über ihn gibt es keine offiziellen Informationen.

Kurz nach der Freilassung der drei Männer begannen Regierung und Medien, die Linie zu verbreiten, daß es ein Unfall gewesen sein könnte. Aber das Feuer brach an drei verschiedenen Stellen in der ersten Etage des Heimes aus, so daß sie gezwungen waren, diese Version nach 24 Stunden fallenzulassen. Zwei Tage nach dem Brand führte die Polizei dann den 21jährigen Libanesen Safwan Eid vor, der selbst einer der Überlebenden ist, und beschuldigten ihn, er hätte zugegeben, das Feuer nach einem Streit mit einem afrikanischen Mitbewohner gelegt zu haben.

Trotz Gefängnis und wochenlanger Verhöre bleibt Safwan Eid dabei, seine Unschuld zu erklären. Und genauso seine Mitbewohner: Als kurz nach Safwans Inhaftierung der Afrikaner Gustave S., mit dem er angeblich gestritten haben soll, in einer ZDF-Sendung jede Auseinandersetzung abstritt, verfügte die Regierung prompt eine Nachrichtensperre für alle Behörden. Trotz Einzelverhören durch die Polizei unmittelbar nach dem Brandanschlag, trotz Schikanierung und Bespitzelung haben sich die Flüchtlinge nicht einschüchtern lassen. Auf einer Veranstaltung am 16. Februar in Hamburg forderten sie die Freilassung von Safwan Eid und die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission. Wie ein angolanischer Überlebender von

Fortgesetzt auf Seite 4

Demo zur Verteidigung der Kurden in Halle:
PDS setzt Maulkorberlaß durch

Im folgenden drucken wir eine Protesterklärung ab, die von unseren Genossen in Halle anläßlich einer Demonstration am 24. Februar gegen die Abschiebung von Kurden veröffentlicht wurde. Während wir Spartakisten sämtliche kurdische Vereine gegen den bürgerlichen Staatsterror verteidigen und für das Recht auf Selbstbestimmung für die Kurden eintreten, sind wir gegen den kleinbürgerlichen Nationalismus der PKK und für den gemeinsamen Klassenkampf der kurdischen, türkischen und aller anderen Arbeiter in der Türkei. Kurdische und türkische Arbeiter hier stellen eine Brücke dar zwischen der sozialistischen Revolution im Osten und im Westen.

HALLE, 25. Februar 1996 - Trotz der Verbote durch die Hallenser Polizei gelang es 600 zum Teil sehr kämpferischen Demonstranten, am 24. Februar in der Innenstadt gegen die unmittelbar drohende Abschiebung von drei Kurden in die Folterkeller der Türkei zu protestieren. Gleich zweimal wurde versucht, diese Demo zu verbieten, zuerst die von kurdischen Unterstützern und anschließend die von der PDS angemeldete. Die Demo der Kurden war verboten worden, weil die Kurden „unter anderem gegen das Verbot kurdischer Organisationen in Deutschland, darunter der PKK, demonstrieren wollten" *(Mitteldeutsche Zeitung,* 24. Februar).

Auf ganz perfide Art versuchte die PDS dann aber noch, das Bullen-Gebot umzusetzen. Gerade in Sachsen-Anhalt toleriert die PDS die SPD/Bündnis-90-Landesregierung, die Massenabschiebungen durchführt. Wie der Herr, so der Knecht. Unter Druck gesetzt durch die wachsende Empörung gegen die Abschiebepraktiken, erklärte sich die PDS zur Demoleitung und agierte wie ein Hilfspolizist. Sie tauchte mit ein paar Dutzend Leuten auf, während Kurden aus Flüchtlingswohnheimen in ganz Sachsen-Anhalt sowie afrikanische Gruppen aus Wohnheimen gekommen waren. Die SpAD beteiligte sich an der Demonstration mit folgenden Plakaten: „Stoppt die Abschiebungen durch Arbeiteraktion!", „Weg mit dem Verbot der PKK!", „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!", „Kein Vertrauen in die Justiz des 4. Reichs! Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!"

Auf Anordnung des stellvertretenden Landesvorsitzenden der PDS, Frank Baier, stürzten sich PDSler bei Beginn der Demonstration sofort auf unser Plakat „Weg mit dem Verbot der PKK!". Begründung? Eine solche Forderung „wäre gegen die Absprachen mit der Polizei". Als wir uns weigerten, das Plakat herunterzunehmen, wurden Schläger unter Führung des Herrn Baier aktiv. Seine Hilfspolizisten zerstörten es. Kurdische Teilnehmer waren entsetzt. Als sie riefen „Ich bin PKK" oder „Es lebe PKK", versuchte die PDS, auch sie zu stoppen. Am Ende der Demo dankte die PDS-Leitung der Polizei für „gute Kooperation" bei der Durchführung der Demo.

Erinnern wir uns, im Nachbarland Niedersachsen wurde der 16jährige Halim Dener von einem Bullen erschossen, nur weil er ein Plakat für ein kurdisches Fest kleben wollte. Das Vierte Reich ist der Pate des Völkermords an den Kurden, es hat den türkischen Kurdenschlächtern ein riesiges Waffenarsenal verschafft. Seit 1993 wird eine rassistische Kampagne unter dem Deckmantel „Terrorismus" gegen alle Kurden geführt. Mit dem Verbot der PKK und 35 anderer kurdischer Vereine sowie dem Verbot, in Deutschland die „kurdische Flagge" zu zeigen, droht Kurden hier das gleiche Schicksal wie in der Türkei. Kurdische Werktätige dürfen nicht einmal nach der Arbeit ihre Kantinen aufsuchen und kurdische Musik hören. Zusammen mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialprogrammen in ganz Deutschland ist das Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine ein direkter Angriff auf die Arbeiterklasse.

Was wir gegen Massenabschiebungen und Massenentlassungen brauchen, gegen Staatsterrorismus sowie gegen die Nazi-Mörderbanden, ist die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse. *Stoppt die Abschiebungen durch Arbeiteraktion! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!*

Lübeck...

Fortsetzung von Seite 3

Anfang an erklärte: „Kein Afrikaner denkt, daß Safwan schuldig ist." Doch jetzt wird sogar der Protest der Überlebenden in eine Anklage gegen Safwan Eid umgewandelt: Mit der Begründung, die Flüchtlinge hätten „erkennbare Vorbehalte" gegen die Polizei, wurden Safwans Gespräche mit seinen Besuchern im Gefängnis in einer heimlichen Abhöraktion wochenlang mitgeschnitten. Wie Safwans verzweifelter Vater verbittert feststellte: „Zuerst wurde unser Haus niedergebrannt, und nun ist unser Sohn verhaftet."

War es ein faschistischer Angriff? Wir können nicht wissen, wer das Feuer in Lübeck gelegt hat, aber ganz sicher haften ihm die Merkmale der bewiesenen Nazi-Brandanschläge aus der jüngsten Zeit an. Auf jeden Fall stinkt die Geschichte von Regierung und Presse danach, rassistische Mörder zu beschützen. Fast täglich erscheinen Berichte über Feuer in Immigrantenwohnungen und Wohnheimen in der Presse, von denen nur ein Bruchteil als rassistische Anschläge registriert werden. Diese Feuer werden routinemäßig als Unfälle abgetan, wie es zweifellos oft der Fall sein kann, oder die Schuld wird auf die Opfer geschoben.

So läuft seit dem 20. Februar vor dem Essener Landgericht der Strafprozeß gegen Yasar Ünver. Die türkische Ehefrau und Mutter von fünf Kindern wird beschuldigt, in der Nacht zum 5. Juni 1993 — eine Woche nach dem Brandanschlag in Solingen — in ihrem Haus im nordrhein-westfälischen Hattingen an acht Stellen selbst Feuer gelegt zu haben. Nur mit äußerster Not konnte sie sich und ihre Kinder damals retten. Ein Nachbar sah drei Männer vom Tatort weglaufen, einer davon mit einrasierten Nazi-Insignien am Kopf. Aber die Ermittlungen wurden schnell eingestellt, und statt dessen steht jetzt Frau Ünver als „Brandstifterin" vor Gericht aufgrund der schlichten Tatsache, wie ihr Anwalt es formulierte, „weil kein anderer Täter in Frage kommt bzw. nicht ermittelt worden ist" *(Neues Deutschland,* 16. Februar).

Auch in Lübeck sind alle Ermittlungen in andere Richtungen eingestellt worden. Kaum zwei Wochen nach dem Lübecker Brand gab die Polizei bekannt, daß sie nicht länger von der Möglichkeit eines rassistischen Brandanschlags ausgeht. Und was sind die „Beweise"? Den Bullen zufolge gestand Safwan Eid gegenüber einem Fcuerwehrsanitäter vor Ort. Nun, dieses „Geständnis" wurde erst zwei Tage nach dem Brand bekannt. Fakt ist, daß Safwan schlief, als das Feuer ausbrach. Als er von seinem Nachbarn

Fortgesetzt auf Seite 21

Spartakist-Jugend

Dürkops SS-Sturmbannführer säubert Humboldt-Uni

Ganz bis ans Ende der mörderischen Hitlerdiktatur zieht sich die Blutspur der 17. SS-Panzergrenadierdivision „Götz von Berlichingen". 25. Januar 1945: Unter Heranziehung von 1000 verschleppten Zivilisten aus Osteuropa erfolgt unter mörderischen Bedingungen die Aufstellung zweier Sklavenarbeitsbataillone. 30. April 1945: Bei einem Angriff auf US-Truppen in Oberbayern werden KZ-Gefangene als lebende Schutzschilde eingesetzt. 3. Mai 1945: Angehörige der Division erschießen zwei Vermittler, die über die friedliche Übergabe von Gebieten verhandeln wollten. Unter den Hauptverantwortlichen: SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle. Ein verurteilter Kriegsverbrecher? Weit gefehlt. Es handelt sich vielmehr — um einen „Ehrendoktor" der Humboldt-Universität Berlin (HUB). Vor ein paar Wochen ist die sorgsam verschwiegene SS-Vorgeschichte des „Professors" aufgeflogen. Die *junge Welt (JW)* förderte Dokumente zutage, mit denen die Zugehörigkeit Krelles zum Generalstab des XIII. SS-Armeekorps ab August 1944 und der 17. SS-Panzergrenadierdivision ab Februar 1945 bewiesen wird *(jW,* 16. Februar).



Spartakist

Protest der Spartakist-Jugend gegen SS-Sturmbannführer Krelle an der Humboldt-Uni am 6. Februar

Aus diesem Anlaß organisierte die Berliner Spartakist-Jugend am 6. Februar am Haupteingang der HUB einen Protest und forderte: „SS-,Professoren' raus aus der Uni! Bundeswehr/NATO raus aus dem Balkan! Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd! Für die sofortige Wiedereinstellung aller Entlassenen!" Viele vorbeikommende Studenten machten ihrer Empörung über den Skandal Luft und äußerten Sympathie für unseren Protest.

Wie Genösse Steffen von der Spartakist-Jugend während des Protests ausführte, ist es kein Versehen, daß ein Typ wie Krelle von der deutschen Bourgeoisie mit Auszeichnungen überschüttet wird (insgesamt erhielt er fünf Ehrendoktortitel und das Große Bundesverdienstkreuz). Unter Hitler war er in verantwortlicher Position ein Teil der Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie, die sechs Millionen Juden und Millionen von Sinti und Roma, Russen, Polen, Kommunisten und Sozialisten ermordete. Und Flick, Thyssen, Siemens und Konsorten machten auf den grauenhaften Leichenbergen des Holocausts märchenhafte Profite. Heute besorgt Krelle ihnen die Säuberung von DDR-Akademikern an der HUB. Damit illustriert Krelle exemplarisch die Kontinuität des deutschen Kapitals vom Dritten zum wiedervereinigten Vierten Reich. Nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee blieben in Westdeutschland Zehntausende von Nazi-Henkern nicht nur unbehelligt, sondern waren der Bourgeoisie von Auschwitz in den höchsten Positionen beim Aufbau ihres BRD-Staates behilflich.

„Kein Marxist soll seinen Fuß über diese Schwelle setzen, solange ich hier bin" — so „Professor" Krelle zu seiner Berufung an die HUB *(jW,* 3./4. Februar). Und er beließ es nicht bei Worten: Seit Frühjahr 1991 organisierte er als Vorsitzender der „Struktur- und Berufungskommission" die Hexenjagd gegen frühere Mitglieder an der Fakultät der Wirtschaftswissenschaften. Von ehemals 180 ostdeutschen Mitarbeitern verblieben am Ende keine zwanzig. Die grüne Uni-Präsidentin Marlis Dürkop koordinierte diese schmutzige Kampagne im Zuge des Bestrebens, alles auszuradieren, was an den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat erinnert. Und, was Wunder, sie war es auch, die dem Herrn Sturmbannführer Ende 1994 die Ehrendoktorwürde der HUB verlieh — und zwar *in voller Kenntnis* seiner Vorgeschichte als SS-Befehlshaber.

Die Enthüllungen in der *jW* über Krelle und die Rolle von Dürkop veranlaßten Refrat (Referentinnenrat der HUB) und PDS lediglich dazu, beim Uni-Senat immer noch weitere Nachforschungen anzufordern, damit man Krelle möglicherweise die Ehrendoktorwürde wieder aberkennen könne. Worum es ihnen geht, ist eine „saubere Hexenjagd": Ja zum Rausschmiß von ehemals DDR-zugehörigen Lehrkräften, aber bitte schön ohne Zutun von SS-Kommandos — und ohne den Ruf von Dürkops erlauchter Humboldt-Uni zu schaden. Wir von der Spartakist-Jugend protestierten gegen die antikommunistischen Säuberungen und kämpfen dafür, Studenten, Lehrkräfte, Uni-Arbeiter und Gewerkschaften zu mobilisieren, um Krelle und den ganzen rassistischen Unrat von der Uni zu vertreiben.

Der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), der sich an der Humboldt-Uni fälschlicherweise als Vertreter des Trotzkismus darstellen will, verlor zum Krelle-Skandal kein Sterbenswörtchen des Protestes. Die antikommunistische Hexenjagd erzeugt für den 3SA genau das richtige Klima, da er sich von Solidarnosc bis zur Wahl der SPD bei der

Fortgesetzt auf Seite 23

Berliner Treffpunkt der Spartakist-Jugend

Jeden Mittwoch, 18.00-20.00 Uhr
Humboldt-Uni, Hegelplatz, Raum 111
Für weitere Informationen: (0 30) 4 43 94 00

IKL-Solidaritätserklärung mit Luta Metalurgica

Brasilien: Hexenjagd gegen trotzkistische Gewerkschafter

Als Antwort auf eine abgefeimte antikommunistische Verleumdungskampagne der bürgerlichen Presse im brasilianischen Stahlzentrum Volta Redonda, die darauf abzielt, revolutionäre Militante aus den Gewerkschaften hinauszutreiben, gab die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) am 4. Februar in Mexico City folgende Erklärung heraus.

Zu einer Zeit, wo Genossen und Unterstützer von Luta Metalurgica (LM, Brasilien) vielfachen organisatorischen und persönlichen Angriffen von Kräften ausgesetzt sind, die von zentristischen Opponenten und Volksfront-Anhängern bis zu direkten Publikationen der Bourgeoisie reichen, bekräftigt die Internationale Kommunistische Liga ihre Solidarität mit diesen Genossen.



Spartakist

Von Luta Metal rgica initiierte Einheitsfrontaktion für Mumia Abu-Jamal in Volta Redonda im August 1995

Die mit uns brüderlich verbundenen Genossen von Luta Metalurgica waren die *einzige* Tendenz in Brasilien, die die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse gewahrt hat, indem sie sich aus Prinzip weigerte, für irgendeinen Kandidaten des Blocks der Klassenkollaboration von Frente Brasil Populär zu stimmen, der sich bei den Wahlen 1994 um die Arbeiterpartei (PT) von Lula bildete. Das ist der Grund, warum LM von der Bourgeoisie und ihren Lakaien gehaßt und gefürchtet wird. Das ist auch eines der Prinzipien, die LM zur Internationalen Kommunistischen Liga hingezogen hat, welche Trotzkis Kampf gegen die Volksfrontpolitik weiterführt, von Spanien in den 30er Jahren über Chile in den 70ern bis Frankreich in den 70er und 80er Jahren und Brasilien heute.

Ebenso stimmten IKL und LM beide mit Trotzkis Programm überein, bedingungslos die Sowjetunion gegen den Imperialismus militärisch zu verteidigen und die nationalistische stalinistische Bürokratie, die der Konterrevolution den Weg bereitet hat, durch eine proletarische politische Revolution zu stürzen. Angesichts des US-geführten antisowjetischen Kriegskurses Anfang der 80er Jahre, als die meisten der opportunistischen Linken mit den imperialistischen Wölfen heulten, erklärte die IKL: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" und „Stoppt die Konterrevolution der Solidarnosc in Polen!"

Die Erklärung brüderlicher Beziehungen zwischen der IKL und LM (siehe *Espartaco* Nr. 6, Winter 1994/95 bzw. *Spartakist* Nr. 115, November/Dezember 1994) druckt unsere Verpflichtung aus, eine authentische trotzkistische Partei in Brasilien heute als *Volkstribun* aufzubauen, als einen Vorkämpfer aller Unterdrückten — der Frauen, der Homosexuellen und der Völker der Ureinwohner. Während die Linke, die Klassenkollaboration betreibt, die Lüge einer angeblichen „Demokratie ohne Ansehen der Hautfarbe" in Brasilien schluckt, halten LM und IKL daran fest, daß der Kampf gegen rassistische Unterdrückung — auch in den Gewerkschaften — von strategischer Bedeutung für die proletarische Revolution ist. Wenn wir zu einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung aufrufen, unterstützen wir, anders als die Opportunisten, nicht gleichzeitig die PT, die als Teil der Regierung des Bundesstaates Rondônia die Verantwortung für die Polizei-/Armeemassaker an Bauern im letzten September mitträgt.

Die abgefeimte Kampagne von Provokationen, die in der Stadt Volta Redonda angelaufen ist, ist eine direkte Reaktion auf den bei den Gewerkschaftswahlen im letzten November errungenen Sieg der Liste Municipârios em Luta (MEL, Städtische Arbeiter im Kampf), die mit Luta Metalurgica verbunden ist; sie kandidierte auf einem Programm, das sich gegen die Volksfront der Klassenkollaboration stellte. Angesichts dieser Demonstration von Kampfentschlossenheit der Arbeiter versucht eine unheilige Allianz, die von der Presse der Bosse über Funktionäre der gelben Gewerkschaft bis zu opportunistischen linken Parteien reicht, wie wildgeworden, Revolutionäre aus der Gewerkschaft hinauszutreiben.

Schon im letzten Juli, bei den Wahlen in der Metallarbeitergewerkschaft in Volta Redonda, wurde eine ähnliche verrottete Koalition zusammengetrommelt. Die von der PT geführte Volksfront schleppte Topleute an, darunter PT-Senator Benedita da Suva und einen Führer des Gewerkschaftsverbandes C.U.T., Vicentinho, um den Wahlkampf gegen LM zu führen. Die Tageszeitung *Diano do*

Vale, berüchtigt als ein Sprachrohr für die Bosse der privatisierten Stahlfirma CSN, berichtete an prominenter Stelle über Angriffe auf den LM-Sprecher Alexandre Honorato (Cerezo) sowohl durch die CSN-gesponserte „Gewerkschaft" Força Sindical als auch die pseudotrotzkistische Gruppe Causa Operâria (CO).

Während des Wahlkampfes der städtischen Arbeiter versuchte dieses arbeiterfeindliche Presseorgan, einen lachhaften Skandal darüber anzuzetteln, daß Cerezo zusammen mit MEL-Aktivisten Losungen gemalt hat. Mit ihrer in letzter Minute eingereichten Kandidatur bediente sich Força Sindical der Tageszeitung *Di no do Vole*, um die Wirkung ihrer Kampagne gegen den „Radikalismus" von Luta Metalúrgica zu testen. Als der Kandidat der Bosse von der Gewerkschaftsbasis abgelehnt wurde, versuchte er nach seiner Niederlage — mit der Hilfe von Bürgermeister Baltalar -, die MEL daran zu hindern, ihre Funktionen aufzunehmen. Nachdem auch dieser Trick nicht geklappt hat, posaunt diese Zeitung der Bosse jetzt widerliche Anschuldigungen heraus, fabriziert von einem Phantomvereinnamens „Servidores em Luta", offensichtlich eine aus dem Nichts aufgetauchte Kreatur von CO, die verlangt, daß Cerezo von Gewerkschaftsversammlungen ausgeschlossen wird.

Diesen erfahrenen militanten Klassenkämpfer — der von den Stahlbossen gefeuert wurde, weil er die Interessen der Arbeiter verteidigt, und der gleichermaßen von Força Sindical und von der auf Klassenkollaboration festgelegten Linken verleumdet wird — als einen „Außenseiter" der Stahlstadt hinzustellen, ist ungeheuerlich und wird gerade von denjenigen verbreitet, die im Vorzimmer des Volksfront-Bürgermeisters Baltazar und der Frente Brasil Populär von Lula zu Hause sind, wenn nicht sogar in den Vorstandsbüros der CSN. Municipârios em Luta hatte Luta Metalurgica gerade deshalb um Rat gebeten, weil LM die einzige Gruppe war, die für die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse kämpfte und sich weigerte, irgendeinen Kandidaten der Volksfront zu wählen, welche die Arbeiter an Teile der Bourgeoisie kettet. Für städtische Arbeiter in Volta Redonda ist die Volksfront keine Abstraktion, sondern ihr unmittelbarer Feind: die Stadtregierung, die damit droht, lausende zu feuern.

Jeder denkende Arbeiter, der diese von allen Seiten geführten Attacken auf Luta Metalúrgica sieht, wird fragen: Wer steckt dahinter? Warum passiert das? Und warum jetzt? Er wird sich erinnern, daß bei CSN 12000 Stahlarbeiter in Zusammenarbeit mit Força Sindical und mit dem Einverständnis der C.U.T. gefeuert wurden, die beide Lulas Volksfront bei den Wahlen nicht schaden wollten, weder 1989 noch 1995. Diese Massenentlassungen setzten die unverminderte Repression der Bourgeoisie und ihres Staates gegen die kämpferischen Arbeiter von Volta Redonda fort. Symbol dafür ist der von der Armee durchgeführte Mord an drei Stahlarbeitern im Streik 1988 - an William, Walmir und Barroso. 1993 versuchte die Stadtverwaltung der Volksfront, 2800 Arbeiter zu feuern, aber sie wurde besiegt. Wenn es den Bossen und ihren Agenten gelingt, die kämpferischsten Elemente aus den Gewerkschaften zu entfernen, dann wird dies ein erster Schritt zu Entlassungen, Lohnkürzungen und zu einer Rückkehr zu Pelego (staatlich kontrollierten „Gewerkschaften" der Vergangenheit) sein.

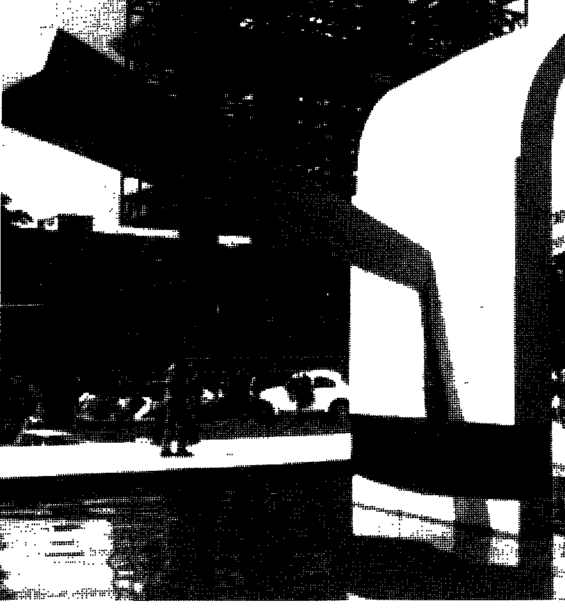
Die Geschichte des Klassenkampfes ist voll von Beispielen solcher konzertierten Versuche von Rufmord und Unterdrückung militanter Arbeiterführer, oft mit dem stillschweigenden Einverständnis der Reformisten, um so die Fähigkeit der Arbeiterbewegung zum Widerstand zu zerstören. In Mexiko hat die Regierung letztes Jahr ihre Kampagne entfacht, die machtvolle und militante Busfahrergewerkschaft SUTAUR in der Hauptstadt zu zerstören, indem sie alle 13 000 Arbeiter feuerte und die Rechtsberater der Gewerkschaft einsperrte, natürlich auf Basis von frei erfundenen Anklagen wegen Korruption. In Frankreich wurden Trotzkisten nach dem Zweiten Weltkrieg, wo sie eine führende Rolle beim Streik der Autoarbeiter von Renault spielten, von der stalinistischen Kommunistischen Partei als „Provokateure" gebrandmarkt; damals befanden sich die Stalinisten in einer Volksfront-Koalitionsregierung, die dazu entschlossen war, ein brutales Einfrieren der Löhne zu erzwingen.

In den Vereinigten Staaten gewannen die Trotzkisten in den 30er Jahren die Führung der Lastwagenfahrer (Teamsters) in der Stadt Minneapolis, wo sie einen lokalen Generalstreik zum Sieg führten. Ihre revolutionäre Politik und ihre klassenkämpferischen Methoden der Organisierung erschreckten die Kapitalisten und deren Agenten in der Arbeiterbewegung so sehr, daß ein jahrelanger Rachefeldzug von Repression gegen die von Trotzkisten geführten Teamsters in Minneapolis gestartet wurde. Die Polizei griff ihre Streikpostenketten an. Agenten der unternehmenseigenen Gewerkschaft wurden eingeschleust, um Anklagen wegen Diebstahl und „Einschüchterung" zu erheben. Gewerkschaftsführer wurden der Veruntreuung und des Diebstahls beschuldigt, weil sie Gewerkschaftsgelder dazu verwendeten, anderen Gruppen von Arbeitern bei der Organisierung zu helfen. Schließlich wurden 29 Teamsters aus Minneapolis

Fortgesetzt auf Seite 8



Globo-ZNZ



kein Bildnachweis

Arbeiter trotzen der Armee im militanten Stahlstreik in Volta Redonda 1988. Drei von der Armee ermordete Streikende wurden durch ein Monument geehrt, das später durch einen Bombenanschlag beschädigt wurde

Brasilien...

Fortsetzung von Seite 7

sowie trotzkistischc Führer angeklagt (und 18 davon eingesperrt); die Anklage lautete auf Verschwörung zum Sturz der Regierung und Anstiftung zur Befehlsverweigerung in den Streitkräften, weil sie in revolutionärer Opposition zum imperialistischen Zweiten Weltkrieg standen. Dieses Komplott wurde von den reformistischen Stalinisten und den nationalen Gewerkschaftsführern der Teamsters angestachelt.

Derlei Verleumdungsanklagen, wie sie heute gegen Luta Metalurgica benutzt werden, sind überhaupt nichts Neues. Die Bourgeoisie und die opportunistische Linke sind besorgt, selbst wenn ihnen die Geschichte nicht bekannt ist, daß Volta Redonda ein neues Minneapolis werden könnte. Einige der Ankläger wie CO und ihre Frontgruppe „Servidores cm Luta" versuchen, sich als Verteidiger von Gewerkschaftsdemokratie auszugeben. Was für eine Heuchelei! Es wird keine Arbciterdemokratie geben, wenn Revolutionäre ausgeschlossen werden und die Agenten der CSN und der Volksfrontregierung das Sagen haben. Vor mehr als einem halben Jahrhundert schrieb der internationalistische revolutionäre Führer Leo Trotzki: *„Gewerkschaftsdemokratie* ... setzt für ihre Verwirklichung die vollkommene Freiheit der Gewerkschaften gegenüber dem imperialistischen oder kolonialen Staate voraus." Trotzki fährt fort:

> „Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften der gegenwärtigen Epoche können nicht einfach Organe der Demokratie sein, wie sie es im Zeitalter des freien Kapitalismus waren; sie können nicht weiterhin politisch neutral bleiben, d.h. sich darauf beschränken, die Tagesforderungen der Arbeiterklasse zu vertreten. Sie können auch nicht mehr anarchistisch sein, d. h. den entscheidenden Einfluß des Staates auf das Leben der Völker und Klassen ignorieren.
>
> Sie können nicht mehr reformistisch sein, da die objektiven Bedingungen keinen Raum mehr für ernsthafte und dauernde Reformen lassen. Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden." („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niederganges", August 1940)

Die Klassenunabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat, betonte Trotzki, kann „nur von einer vollkommen revolutionären Führung, d. h. durch die Führung der IV. Internationale, garantiert werden".

Diese prophetischen Worte beschreiben anschaulich die Situation in Brasilien heute. Im September 1995 sabotierte die C.U.T. den Metallarbeiterstreik in der ABC-Industriezone (Gebiet um Säo Paulo), um die Wahlchancen von Lulas Frente Brasil Populär hochzuschrauben. Seit Lula erneut bei den Umfragen verloren hat, strebt er eine Korridorkoalition mit Fernando Henrique Cardoso an. Und so fielen PT und C.U.T. den Erdölarbeitern während ihres Streiks im letzten Mai/Juni in den Rücken, indem sie sich weigerten, für Arbeiteraktionen zu mobilisieren, als Cardoso die Armee rief, um die Raffinerien zu besetzen. Reformistische und zentristische Pseudotrotzkisten tauchten entweder in der PT unter (Democracia Socialista, O Trabalho) oder beteiligten sich direkt an der Volksfront (PSTU) oder versuchten, wie Causa Operâria, ihre Kapitulation dadurch zu bemänteln, daß sie dazu aufriefen, Lula und die „Arbeiter-und Bauernkandidaten"dieser Koalition der Klassenkollaboration zu wählen. Andere wieder (LBI) argumentierten, daß es aus verschiedenen Gründen *diesmal* falsch war, Lula zu wählen, während sie den Wahlaufruf von 1989 für diesen Kandidaten der Frente Brasil Populär aufrechterhalten. Das ausgetüftelte Verhalten all dieser Gruppen kann die Tatsache nicht verbergen, daß sie alle politisch hinter den Bossen stehen. Die von den Opportunisten neu (und nur vorübergehend) entdeckten Bekenntnisse zur „Gewerkschaftsdemokratie" klingen hohl, wenn sie gleichzeitig mit den Handlangern der CSN und der Volksfront unter einer Decke stecken.

Die Opportunisten werfen mit Anschuldigungen von Korruption und Skandalgeschichten um sich und üben sich in Nachahmung des sozialen Sittenkodex ihrer bürgerlichen Herren, von Cardoso bis Collor. Wenn ihre Volksfrontpolitik beim Volk nicht ankommt, greifen sie auf Verleumdungen zurück, urn die Aufmerksamkeit von den Grundfragen, um die es geht, abzulenken und diejenigen zu diskreditieren, die die Interessen der Arbeiter verteidigen. Im Gegensatz zu derem skrupellosen Manövrieren gehören für Revolutionäre Taten und Worte zusammen. Wenn wir sagen, daß Arbeiterdemokratie untrennbar mit völliger Unabhängigkeit vom kapitalistischen Staat verbunden ist, heißt das: Bullen und Gerichte raus aus den Gewerkschaften! Wenn wir mit Trotzki sagen, daß heute „die Gewerkschaften nur dann wirklich unabhängig sein [können], wenn sie sich bewußt werden, daß sie in ihrer Tätigkeit die Organe der proletarischen Revolution sind", so heißt dies: den Kampf gegen Reformismus und Zentrismus, die Hindernisse zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution sind, zu Ende zu führen.

Angesichts der unaufhörlichen Provokationen und Angriffe der Bourgeoisie sind die Regeln der Vierten Internationale: „Der Realität ehrlich die Stirn bieten; nicht den Weg des geringsten Widerstands suchen; alle Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; in kleinen wie auch in großen Dingen rigoros genau sein; sein Programm auf der Logik des Klassenkampfes begründen; kühn sein, wenn die Stunde des Handelns gekommen ist."«

„Schulungsreihe der Spartakist-Jugend"

Einführung in Geschichte und Theorie des Marxismus

Berlin

10. April: Kapital und Arbeit
24. April: Der Staat - Lehren der Pariser Kommune
15. Mai: Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus
29. Mai: Die bolschewistische Revolution

jeweils am Mittwoch, 18.00 Uhr, Humboldt-Uni
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 111

Für weitere Informationen und Diskussionstexte:
Berlin (030)4439400

Hamburg

20. März: Der Staat - Lehren der Pariser Kommune
3. April: Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus
17. April: Die bolschewistische Revolution
8./22. Mai: Weitere Diskussionen mit der Spartakist-Jugend

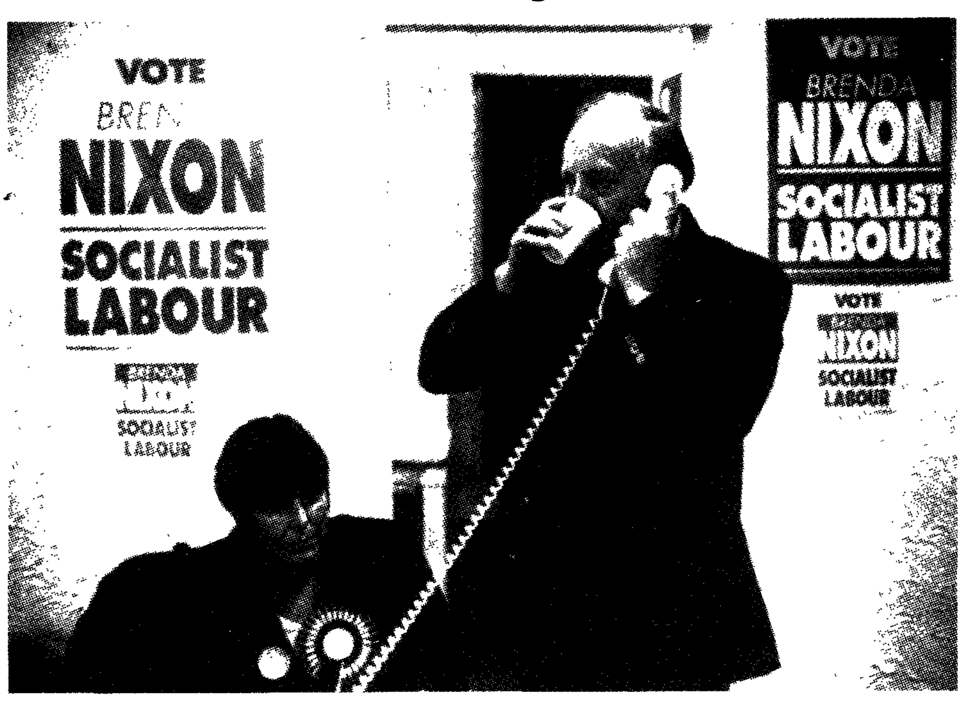
jeweils am Mittwoch, 18.30 Uhr
Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Hamburg (040)323644

Britannien: Brecht mit jeder Labour-Politik
Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Scargills SLP fordert Tony Blairs Labour Party heraus

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird der politische Würgegriff der britischen Labour Party über die Arbeiterbewegung von innen her durch eine wichtige Spaltung in Frage gestellt. Am 13. Januar verkündete der Gewerkschaftsführer der National Union of Mineworkers (NUM), Arthur Scargill, der den militanten Bergarbeiterstreik 1984/85 geführt hat, die Gründung seiner Socialist Labour Party (SLP), die gegen Tony Blairs „New" Labour Party antreten wird. Die SLP hat inzwischen bei einer Nachwahl /um Parlament am 1. Februar in Hemsworth, einer früheren NUM-Hochburg, ihre erste Kandidatin aufgestellt, Brenda Nixon von der Women against Pit Closures Movement (Bewegung der Frauen gegen Zechenschließungen). Unsere Genossen von der Spartacist League/Britain (SL/B) riefen zur kritischen Unterstützung, der SLP-Kandidatin auf und beteiligten sich aktiv an ihrem Wahlkampf.



Tom Pilston

Brenda Nixon, Kandidatin der Socialist Labour Party, mit dem Führer der Bergarbeitergewerkschaft Arthur Scargill

Für Kommunisten, die dafür kämpien. eine revolutionäre internationalistische Partei des Proletariats aufzubauen, ist es eine strategische Aufgabe, die Arbeiterklasse politisch von der Labour Party zu brechen. Obwohl das Programm von Scargills SLP einfach das der „alten" Labour Party gegen die „Neue" Labour Party von Tony Blair ist, stellt die Abspaltung eine Möglichkeit dar, für ein revolutionäres Programm bei den fortgeschrittensten Schichten des Proletariats Gehör zu finden. Wie die SL/B in ihrer Zeitung *Workers Hammer* schrieb, haben die Themen, über die Brenda Nixon ihre Kampagne führte, zusammen mit der Tatsache, daß sie für eine Partei der Opposition zur Labour Party kandidierte,

> „... für Kommunisten eine Öffnung geschaffen, um zu intervenieren und der Arbeiterklasse die Notwendigkeit einer authentischen Arbeiterpartei zu zeigen — die von dem Verständnis durchdrungen ist, daß die einzige Garantie für das Wohlergehen der Arbeiterklasse in der Zerstörung eines Systems besteht, das auf der Ausbeutung der Arbeiter beruht."

Als Revolutionäre streben wir danach, den Widerspruch, der in der britischen Labour Party zwischen den prokapitalistischen Führern und ihrer proletarischen Basis besteht, zu verschärfen und durch Spaltung zu überwinden. Während Trotzkisten ihre strikte programmatische Unabhängigkeit von allen Flügeln der Labour-Bürokratie aufrechterhalten, können sie verschiedene taktische Möglichkeiten anwenden, um diese Widersprüche innerhalb der Labour Party zu verstärken.

Die sozialdemokratischen und stalinistischen Führungen der Arbeiterbewegung waren für den Sieg der kapitalistischen Konterrevolution in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten des ehemaligen sowjetischen Blocks unentbehrliche Agenten des Imperialismus. Aber angesichts der immer massiveren kapitalistischen Offensive und verschärfter interimperialistischer Rivalitäten ist ihr gegenwärtiger Nutzen für die herrschende Klasse geschrumpft, und sie sind dazu gezwungen, sich der „neuen Weltordnung" anzugleichen, am deutlichsten in den USA und Britannien, aber auch in Deutschland und Frankreich.

Blair verspricht den Industriebossen nicht nur, daß der Kapitalismus unter Labour sicher sein wird, sondern daß er einen aggressiven Agenten für die Angriffe erhalten wird, die von der schwer diskreditierten Tory-Partei gefahren werden — die in sich gespalten und durch fortwährende Fraktionskämpfe zu den Fragen von Europa und Nordirland geschwächt ist. Unter Labour werden die Gewerkschaften weiterhin durch gewerkschaftsfeindliche Gesetze gefesselt sein, die dazu dienen, die Verteidigung von Arbeitsplätzen und -bedingungen zu verhindern. Die britischen Truppen werden in-Nordirland bleiben, um die Unterdrükkung der katholischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Rassistische Immigrationsgesetze werden bleiben. Unter Labour wird die herrschende Klasse riesige Profite erwirtschaften, während den Werktätigen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Austerität aufgebürdet werden.

Im Bestreben, die Labour Party an die offen kapitalistische Demokratische Partei der USA anzugleichen, hat Blair den Abbruch der historischen Bindungen von Labour an die

Fortgesetzt auf Seite 10

Scargills SLP...

Fortsetzung von Seile 9

Gewerkschaften betrieben und sogar den formalen Anspruch, für Sozialismus einzutreten, über Hord geworfen. So hat Labour auf dem Parteitag im letzten Jahr den „Artikel IV" (Clause IV) der Satzung, der die Nationalisierung der Industrie forderte, aufgegeben. Für sich genommen ist dieser Artikel alles andere als eine revolutionäre Forderung, die zu leidenschaftlichen Spaltungen animieren könnte. Tatsächlich war er 1918 von den Fabier-Sozialisten unter Sydney Webb geschaffen worden, um die Welle von Arbeiterradikalisierungabzufangcn, die von der Russischen Oktoberrevolution 1917 inspiriert wurde. Aber mit der Streichung des Artikels IV signalisierte Blair der Bourgeoisie, daß seine Stellung in der Labour Party stark genug ist, um auf die Gewerkschaften einzuschlagen, wenn seine Zeit gekommen ist. Wenn Blairs Plan beim letztcn Parteitag besiegt worden wäre, wäre damit den Machenschaften des rechten Labour-Flügels ein großer Knüppel in den Weg geworfen worden. Dies hätte die Aussichten für proletarischen Kampf verbessert, die parlamentarische Sackgasse einer zukünftigen Labour-Regierung zu überwinden.

Wie *Workers Hammer* in der Januar'Februar-Ausgabe schrieb: ..Der Kampf über Artikel IV widerspiegelt, wenn auch in verzerrter Weise, eine Klassenspaltung in der britischen Labour-Bewegung. Die Tatsache, daß die offenen Gegner des großen Bergarbeiterstreiks von vor zehn Jahren Gegner von Artikel IV sind, spricht Bände." Gleichzeitig unterstrichen unsere Genossen der SL/B, daß der Artikel IV „bestenfalls eine Erklärung von reformistischem parlamentarischem ‚Sozialismus'" war und ein ,,,rosa' Feigenblatt" für die Labour-Verräter.

Als Scargill seine Parteiabspaltung durchführte, brandmarkte der Bergarbeiterführer Blairs Streichung des Artikels IV als Verrat an der „sozialistischen Seele" von Labour. Die Labour Party hat nie eine „sozialistische Seele" gehabt. Sogar wenn man die Worte für bare Münze nähme, war der Artikel IV bestenfalls eine reformistische Utopie — keine Labour-Regierung würde die gesamten Produktionsmittel in „Gemeineigentum"überführen. Doch die meisten selbsternannten „revolutionären" Linken in Britannien sind den Labour-Verrätern so sehr verbunden, daß sie Scargills Spaltung von rechts verurteilten.

Als Scargills neue Partei zuerst in die Diskussion gebracht wurde, bekräftigte die Labour-treue Socialist Workers Party (hier vertreten durch die Internationale Sozialistische Organisation, ISO): „Die SWP ruft bei landesweiten und lokalen Wahlen zur Wahl von Labour auf, unabhängig davon, was Blair gemacht hat. Labour ist immer noch mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Eine Stimme für Labour ist eine Klassenstimme" *(Socialist Worker,* 11. November 1995). Auf der anderen Seite des reformistischen Spektrums steht Militant Labour (hier Sozialistische Alternative Voran, SAV), die Scargills Ankündigung begeistert begrüßte, weil sie darin eine Rückkehr zur „guten alten Zeit" der Labour Party sieht. Militant Labour, die erst vor kurzem ihre jahrzehntelange loyale Mitarbeit innerhalb der Labour Party abgebrochen hat, bleibt der Labour-Politik weiterhin zutiefst verbunden. Ihre Politik wird von der Forderung gekrönt, daß eine „sozialistische Transformation" durch ein „Ermächtigungsgesetz" (enabling act) erreicht werden soll. Allein der Gedanke, daß das bürgerliche Parlament als Instrument dafür dienen kann, zum Sozialismus zu gelangen, und die bluttriefenden britischen Imperialisten durch einen Gesetzesakt von der Bühne getrieben werden könnten, schlägt jeder historischen Erfahrung ins Gesicht. Aber genau das entspricht dem Standpunkt von Militant Labour/SAV, daß der kapitalistische Staat das Werkzeug für eine grundlegende soziale Veränderung ist.

Die Pseudotrotzkisten von Workers Power (WP, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) spielten anfangs mit der Idee, eine loyale Opposition in der SLP aufzubauen. Sie erklärten: „Unser Ziel ist der Aufbau einer revolutionären Socialist Labour Party" *(Workers Power,* Dezember 1995).



Der Spiegel

1984: Bergarbeiter verteidigen sich gegen Thatchers bezahlte Streikbrecher

Schwerlich. In Wirklichkeit konnte WP nicht einmal die Idee einer Partei, die in Opposition zur Labour Party steht, verkraften. Der gleiche Artikel sagt, daß „eine revolutionäre SLP zur Wahl von Labour in jedem Wahlkreis aufrufen" würde, „wo es keinen revolutionären Kandidaten gibt, und sie weiterhin fordern würde, daß Labour in den Interessen dieser Arbeiter handelt."

Labour ist jedoch immer, mit oder ohne „Artikel IV", eine durch und *durch prokapitalistische* Partei gewesen. Das zeigt sich nicht zuletzt in ihrem offenen Streikbruch, den sie Seite an Seite mit der konservativen Thatcher-Regierung beging, als diese 1984/85 die NUM angriff, um die Gewerkschaft zu zerschlagen. Dieser Verrat der „linken" und rechten Labour-Führer bahnte den Weg für einen verheerenden Angriff auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung und für die Dezimierung der Kohlereviere. Heute ist die Frickley-Zeche in Brenda Nixons Wahlkreis Hemsworth, wo einst 2500 Bergarbeiter arbeiteten, komplett verödet. Ein ehemaliger Bergarbeiter sagte: „Ich werde Arthur wählen. Es ist eine Schande, was hier abgelaufen ist."

Aber das reformistische Programm von Scargills SLP, das stillschweigend den Rahmen des kapitalistischen Parlamentarismus akzeptiert, bietet der Arbeiterklasse keinen Weg vorwärts. Wie das nachstehend abgedruckte Extrablatt (28. Januar) von *Workers Hammer* betont, ist eine internationalistische leninistische Avantgardepartei notwendig, die dadurch geschmiedet wird, daß die Arbeitcrbasis von

Fortgesetzt auf Seite 20

David North, BSA: „Sozialistische" Rechtfertigung für Streikbruch

Vor vier Jahren beschloß die von einem gewissen David North geführte Organisation namens Workers League in den USA (hierzulande Bund Sozialistischer Arbeiter, BSA), die Gewerkschaften abzuschreiben. Sie erklärten über den amerikanischen Gewerkschaftsbund: „Den AFL-CIO als Arbeiterorganisation zu definieren, bedeutet, der Arbeiterklasse den Blick auf die Realitäten zu verstellen" *(neue Arbeiterpresse,* 10. Januar 1992). Jetzt haben North & Co. diese Charakterisierung aus dem Reich der Theorie in die Praxis umgesetzt und gezeigt, wofür sie wirklich steht: eine direkte Anleitung zum Streikbruch. Und zwar bei dem nach 17 Monaten verlorengegangenen Streik bei Caterpillar in Illinois und beim viermonatigen Kampf der Hafenarbeiter in Liverpool gegen Attacken auf ihre Gewerkschaft.

Als Anfang Dezember 1995 die Hafenarbeitergewerkschaften von Nordamerika bis Australien ankündigten, keine Schiffe zu löschen, die von Streikbrechern in Liverpool beladen wurden, schrieben Norths Anhänger in der britischen International Communist Party (ICP) einen niederträchtigen Artikel: „Hafenarbeiter müssen Pseudo-Internationalismus ablehnen"(*International Worker, 1.* Dezember 1995). Darin nennen sie diese elementare Solidaritätserklärung einen „Schwindel". Etwa zwei Wochen später weigerten sich Gewerkschafter der International Longshoremen's Association (ILA) in drei US-Häfen, ein Streikbrecherschiff der Atlantic Container Lines abzufertigen. Damit respektierten sie die aus Liverpool eingeflogenen Streikposten der Hafenarbeiter und gaben ihrem Streik gewaltigen Auftrieb.

Um ihre anrnnternationalistische und anftproletarische Linie zu bemänteln, weisen die North-Leute auf die „Geschichte" der ILA hin, die „mit dem US-Außenministerium und mit CIA-unterstützten Auslandsoperationen zusammengearbeitet hat". Ganz schön dreist von diesen politischen Banditen, die sich für jede von den Imperialisten unterstützte antisowjetische Bewegung einsetzten, von den litauischen Nationalisten bis zu den blutrünstigen reaktionären Mudschaheddin in Afghanistan. Norths Workers League verbrachte Jahrzehnte damit, hinter den antikommunistischen Arbeiterführern her zu scharwenzeln und an Leute wie den ehemaligen AFL-CIO-Führer George Meany zu appellieren, eine „Labour Party" zu gründen. Heute, wo nach der Zerstörung der Sowjetunion die kapitalistischen Herrscher aller Länder ihren Krieg gegen die Gewerkschaften, die Armen und die Immigranten eskalieren, erzählen Norths Anhänger den Arbeitern, daß *jeder* Kampf der Gewerkschaften gegen diese Angriffe sinnlos sei.

Wie die jetzige Linie der North-Leute gegen die organisierte Arbeiterbewegung mit ihrem historischen Antisowjetismus zusammenhängt, wird klar, wenn man den kürzlichen Appell des ICP-Nationalsekretärs David Hyland an die zutiefst reformistische Gruppe Militant Labour liest, wo er zu einer „sozialistischen Massenpartei" aufruft. Hyland ruft offen dazu auf, „den Einfluß und die Kontrolle der alten Gewerkschaften [zu] zerstören", und als Beweis dafür, daß jede „gewerkschaftliche Perspektive" bankrott sei, führt er an: „das Beispiel von Solidarnosc in Polen" *(neue Arbeiterpresse,* 28. September 1995). Tatsächlich war Solidarnosc eine konterrevolutionäre politische Bewegung, getarnt als „Gewerkschaft" im Dienste ihrer Geldgeber von CIA und Vatikan, die *von den North-Leulen bejubelt* wurde, als sie polnische Arbeiter auf einem Programm der kapitalistischen Restauration organisierte.

North & Co. haben noch nie zwischen den Gewerkschaften und der prokapitalistischen Bürokratie unterschieden, die die Gewerkschaften an die Ausbeuter und deren Staat kettet. Jetzt sind North & Co. zu Verfechtern des Streikbruchs geworden. In einem Bericht über den Streik der Gewerkschaft UAW bei Caterpillar, der von der UAW-Bürokratie auf der ganzen Linie verraten wurde, schreibt ihre amerikanische Zeitung: „UAW-Funktionäre haben versucht, die Schuld von sich abzuwälzen für das, was geschehen ist, indem sie die Wut der Streikenden auf die .Streikbrecher' umlenkten, d.h. auf die Gewerkschaftsmitglieder, die sich entschieden, Streikposten zu überqueren" *(International Workers Bulletin,* 18. Dezember 1995). „Streikbrecher" in Anführungszeichen zu setzen ist kein Ausrutscher. Tatsächlich *rechtfertigt* der Artikel Streikbruch und behauptet, daß „die große Mehrheit der 4000 Gewerkschaftsmitglieder, die an die Arbeit zurückgingen, nicht rechtsgerichtet oder gewerkschaftsfeindlich war. Die meisten erkannten einfach die Sinnlosigkeit der Politik, die von der UAW betrieben wird, die schließlich den vorhergehenden Streik fallengelassen hatte." Bieten sich die North-Leute als PR-Agentur für die wachsende Armee von Streikbrechern an, weil Unternehmen jetzt jedes Jahr Milliarden ausgeben, um zur Zerstörung von Gewerkschaften Anwälte und Privatbullen anzuheuern?

Internationale Aktionen der Hafenarbeiter, die Streikbrecherladungen zu „boykottieren", sind ein Beispiel für die Art von echter Solidarität in Aktion, die die Gewerkschaften gegen die weltweite Offensive des Kapitals stärken können. Unsere Perspektive ist die Schmiedung einer neuen, klassenkämpferischen Führung in der Arbeiterbewegung als Teil des Kampfes, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen. Dies erfordert einen harten politischen Kampf, um die Bürokratie der Ausverkauf er — die Handlanger der Bosse — rauszutreiben, die die Gewerkschaften unterminieren und zerstören. Dieser Kampf muß auch gegen *Streikbrecher-„Sozialisten" wie* die North-Leute geführt werden, die die besten Traditionen der Arbeiterkämpfe mit Füßen treten, während sie auf der Seite der kapitalistischen Gewerkschaftsfeinde stehen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 637, 19. Januar*

Frauen und Revolution
Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)



Ursprünge des Bolschewismus
Die russische revolutionäre Tradition

Der folgende Artikel aus Women and Revolution *Nr. 41, Sommer/Herbst 1992, ist das überarbeitete Transkript einer Rede, die Joseph Seymour, Mitglied der Redaktion von* Women and Revolution, *bei einer Schulungskonferenz der Spartacist League/U.S, am 2. Mai 1992 in der Bay Area in Kalifornien gehalten hat.*

Teil eins von zwei

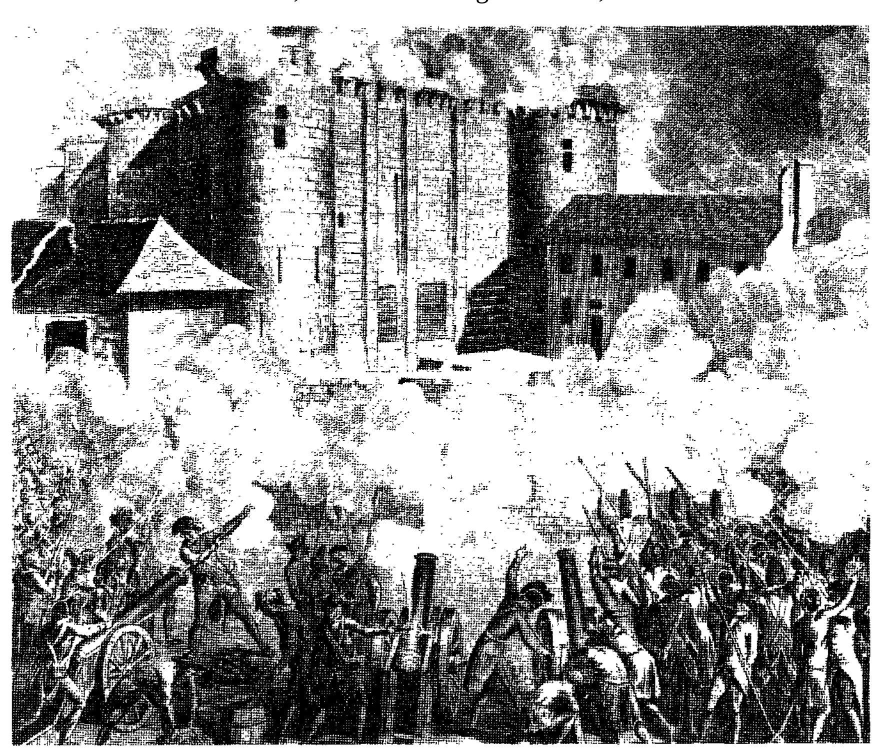
Die Ursprünge dieser Rede gehen auf Gespräche zurück, die ich vor ein paar Jahren mit zwei Genossen geführt habe, die sehr direkt und aktiv in die Arbeit einbezogen waren, in der Sowjetunion eine Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga aufzubauen. Wir redeten darüber, wie erbärmlich die heutige russische Intelligenz ist, die Pro-Wall-Street-Leute, die als „Demokraten" posieren, ebenso wie die stalinistischen selbsternannten „Patrioten". Besonders alarmierend war, wie tiefgehend Frauenunterdrückung und wie durchdringend männlicher Chauvinismus existieren, nicht nur in der sowjetischen Gesellschaft insgesamt, sondern sogar unter Leuten, die sich selbst als Kommunisten, Leninisten, Möchtegern-Trotzkisten sahen.

Während wir redeten, bin ich darauf gekommen, daß die heutige russische Intelligenz sich nicht nur zutiefst vom Bolschewismus entfremdet hat, sondern auch von den vielen Generationen russischer Revolutionäre, die dem Bolschewismus vorangingen und in ihm gipfelten. Wenn der Geist von Nikolai Tschernyschewski, der der größte russische Sozialist in der Ära vor Marx war — ein Mann, der einen tiefgehenden Einfluß auf Lenin hatte —, heute an seine alten intellektuellen Lieblingsstätten, die Universitäten und Redaktionsbüros Rußlands, zurückkehren könnte, wäre er nicht in der Lage zu verstehen, wie irgend jemand, der sich Demokrat nennt, den Wunsch haben könnte, Rußland nach dem Vorbild des westlichen Kapitalismus umzuwandeln. Demokrat zu sein bedeutete für ihn, für soziale Gleichheit einzutreten. Es bedeutete, für die Herrschaft der unteren Klassen der Gesellschaft einzutreten. Die russischen Revolutionäre verachteten die Bourgeoisie, sowohl die russische Version als auch die westliche.

Tschernyschewski würde es noch weniger verstehen, wie irgend jemand sich Kommunist nennen und trotzdem ein russischer Nationalist, männlicher Chauvinist und Antisemit sein könnte. Denn ein Kommunist zu sein bedeutete per definitionem, *ein Internationalist* zu sein, entschieden für die Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen einzutreten und Juden als Gleiche und als Genossen zu begrüßen. Seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts spielten Juden eine prominente Rolle in allen russischen radikalen Bewegungen, in allen Flügeln der Volkstümlerbewegung und später in allen Flügeln des Marxismus.

Und Frauen spielten in der russischen revolutionären Bewegung eine viel prominentere Rolle als in irgendeinem anderen Land der Welt. Frauen wie Wera Sassulitsch und Sofia Bardina von Land und Freiheit, der wichtigsten Volkstümler-Organisation, waren harte, zähe, der Sache ergebene Revolutionäre. Von der Erschießung des Polizeikommandanten Trepów im Jahre 1878 bis zur Ermordung des zaristischen Generals Luschenowski durch Maria Spiridonowa 1906 führten russische Frauen einige der spektakulärsten terroristischen Anschläge durch. Nach der Revolution von 1905 erkannte ein zaristischer Gefängnisbeamter auf seine Art die Gleichheit der Frauen an: „Die Erfahrung zeigt, daß Frauen, was Kriminalität, Fähigkeiten und Willen zur Flucht angeht, kaum von Männern zu unterscheiden sind."

Wenn wir in eine Zeitmaschine steigen und zur Welt von Tschernyschewski sowie Land und Frieden zurückgehen könnten, würden wir große Auseinandersetzungen über Bauernsozialismus und die Effektivität von Terrorismus



Paul Jacob Laminit

Die Französische Revolution, symbolisiert durch den Sturm auf die Bastille im Juli 1789, inspirierte Generationen russischer Revolutionäre, von den Dekabristen bis zu den Bolschewik!




Dietz Progress Publishers

Revolutionäre Frauen von Wera Sassulitsch (links) bis Maria Spiridonowa führten spektakuläre Terrorakte aus

haben. Aber in einem tief ergehenden Sinne würden wir uns unter Genossen fühlen. Was wir also heute in Rußland versuchen, ist, seine *eigene* große revolutionäre Tradition wiedereinzuführen, eine Tradition, die nach jahrzehntelanger stalinistischer Herrschaft und unter dem Druck des westlichen Imperialismus auf den sowjetischen bürokratisch degeneriertenArbeiterstaatpervertiertund abgewertetoder einfach vergessen wurde.

Französische Jakobiner und russische Dekabristen

Diese Tradition beginnt mit den Dekabristen, einer Gruppe revolutionärer demokratischer Offiziere, die im Dezember 1825 versuchten, die zaristische Autokratie zu stürzen. Aber die Dekabristen selbst fangen mit der Franzc - sischen Revolution an, der Quelle des Radikalismus in der modernen Welt. Es ist eine der Ironien der Geschichte, daß die russische Armee, die der Zar nach Westeuropa schickte, um die Französische Revolution in ihrer napoleonischen Phase zu zerschlagen, zum Transmissionsriemen der Ideale dieser Revolution nach Rußland hinein wurde. Einer der Dekabristen schrieb später:

> „Während der Feldzüge durch Deutschland und Frankreich kamen unsere jungen Männer mit der europäischen Zivilisation in Berührung, was bei ihnen die stärksten Eindrücke hinterließ. Sie waren in der Lage, all das, was - sie in der Ferne gesehen hatten, mit dem zu vergleichen, womit sie zu Hause bei jedem Schritt konfrontiert waren: Sklaverei der Mehrheit der Russen, grausame Behandlung von Untergebenen durch Vorgesetzte, alle Formen von Regierungsmißbrauch und allgemeine Tyrannei."

Die Dekabristen waren also der verspätete Versuch, die Französische Revolution auf Rußland auszuweiten. Einer ihrer Hauptführer war der Sohn des russischen Botschafters im napoleonischen Frankreich; er wuchs in einem Milieu auf, das von ehemaligen jakobinischen Revolutionären, darunter Napoleon selbst, durchsetzt war. Ein anderer prominenter Dekabrist besuchte, als er 1815 in Paris stationiert war, reihum die führenden Intellektuellen, darunter Henri Saint-Simon, einen der frühesten Theoretiker des Sozialismus. Saint-Simon versuchte, diesen jungen russischen Adligen davon zu überzeugen, den Sozialismus in seinem Heimatland einzuführen.

Der radikalste Dekabrist, Pawel Pestel, war persönlich nicht in Frankreich gewesen, obwohl er sich selber aus ganzem Herzen mit den französischen Revolutionären identifizierte. Aber er ging über das Jakobinertum hinaus. In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts begannen die Ideen des Sozialismus unter der europäischen Intelligenz Fuß zu fassen. Pestel versuchte, eine radikale bürgerlich-demokratische Revolution mit Elementen des Sozialismus zu verbinden. Er schlug vor, das Land den Adligen wegzunehmen und es den Bauern zu geben — zur Hälfte zur privaten Bewirtschaftung, die andere Hälfte zur kollektiven Bewirtschaftung, so daß keine Bauernfamilie Hunger leiden müßte. Und Pestel nannte dies das Russische Gesetz. Nachdem der Aufstand unterdrückt worden war, fanden die zaristischen Behörden das Russische Gesetz unter Pestels privaten Aufzeichnungen. Statt es bei seinem Prozeß vorzubringen, hielten sie es für so aufrührerisch und attraktiv, daß sie es in einem Geheimarchiv vergruben. Fast 100 Jahre lang kam es nicht ans Tageslicht.



Ullstem

Weibliche politische Gefangene besteigen Zug ins sibirische Exil

Ein alter reaktionärer General lag im Sterben, als er vom Aufstand der Dekabristen hörte, und dies verblüffte ihn. Er sagte: „Früher hatten wir Aufstände von Bauern, die Adlige werden wollten, jetzt haben wir einen Aufstand von Adligen, die Schuhmacher werden wollen." Die Dekabristen wollten keine Schuhmacher werden, sie machten sich keine Gedanken über ihren zukünftigen persönlichen Status. Aber dieser alte Reaktionär hatte etwas verstanden: daß dies eine Bewegung einer Elite war, isoliert von den Massen der Bauern, in deren Interesse sie sprachen und zu handeln versuchten. Und dies sollte für die russische revolutionäre Intelligenz während des ganzen 19. Jahrhunderts gelten. Anfänglich bestand dieses Milieu hauptsächlich aus den Söhnen von Adligen, später aus den Söhnen und Töchtern der sogenannten „Mittelklasse", den Kindern zaristischer Bürokraten-oder, wie Tschernyschewski, russischer orthodoxer Priester. Erst gegen Ende des Jahrhunderts, in der Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts, erlangte der marxistische Flügel der Intelligenz eine Massenbasis unter dem schnell anwachsenden Industrieproletariat.

Die Dekabristen waren die erste revolutionäre bürgerlich-demokratische Bewegung in Rußland. Sie waren auch die letzte Bewegung dieser Art. Das heißt, sie waren die letzte Bewegung, die versuchte, den Zaren zu stürzen, um die

Fortgesetzt auf Seite 14

Revolutionäre Tradition...

Fortsetzung von Seite 13

russische Gesellschaft im Stile des damaligen Westeuropa oder Nordamerika umzugestalten. Danach haben diejenigen, die Rußland im Stil des westlichen Kapitalismus umgestalten wollten, sich selbst nicht Demokraten genannt, denn sie waren keine Demokraten; sie nannten sich Liberale. Sie wollten die zaristische Autokratie nicht stürzen. Statt dessen wollten sie die zaristische Autokratie mit Druck dazu bringen, Rußland von oben zu modernisieren. Ihr Ziel war eine konstitutionelle Monarchie, in der der Monarch stark blieb und die Verfassung die Herrschaft der besitzenden Klassen garantierte. Wie Tschernyschewski es formuliert hat: „Die Liberalen weigern sich absolut, den unteren Schichten irgendein Übergewicht in der Gesellschaft einzuräumen."

Die erste russische sozialistische Bewegung

Nach der Unterdrückung der Dekabristen dauerte es eine weitere Generation, bis eine neue revolutionäre Bewegung entstand. Dies war der sogenannte Petraschewski-Zirkel, eine Gruppe von mehreren hundert Radikalen um Michail Petraschewski. Zu jener Zeit war die russische orthodoxe Kirche nach Geschlechtern getrennt, und um seine Unterstützung für die Gleichheit der Frau und seine Auflehnung gegen die Staatskirche zu zeigen, zog sich Petraschewski Frauenkleider an und nahm an einem Gottesdienst nur für Frauen teil. Er hatte aber vergessen, seinen Bart abzurasieren! Ein Polizist kam auf ihn zu und sagte: „Madame, ich glaube, Sie sind ein Mann." Petraschewski erwiderte: „Mein Herr, ich denke, Sie sind eine alte Frau." Der Polizist war so perplex, daß Petraschewski entkommen konnte.

Während die Dekabristen Westeuropa noch im Lichte der Erinnerung an die Französische Revolution sahen, sahen eine Generation später Petraschewski und seine Genossen in Westeuropa nur noch eine Arena der schrecklichen Ausbeutung der unteren Klassen durch die besitzenden Klassen. Sie identifizierten sich mit der sozialistischen Opposition gegen die westliche bürgerliche Gesellschaft, und als Ziel setzten sie sich die Anwendung des westlichen Sozialismus auf Rußland. Angesichts von allem, was heute in Rußland passiert, ist es wichtig zu betonen, daß diese allererste russische sozialistische Bewegung ein unversöhnlicher Gegner des russischen Nationalismus in *allen* seinen Formen war. Sie war natürlich ein Gegner der Slawophilen, die das Rußland vor Peter dem Großen idealisierten und die Vergeistigung des russischen Volkes dem krassen Materialismus des bürgerlichen Westens entgegensetzten. Aber Petraschewski und seine Genossen waren auch Gegner radikaler Demokraten wie Belinski, die argumentierten, daß der Fortschritt der Menschheit *mittels* Nationen passiert, nicht durch das Überwinden von Nationen. Gegen diese Sichtweise argumentierten sie: „Sozialismus ist eine kosmopolitische Doktrin, die höher steht als Nationalitäten... für Sozialisten existieren unterschiedliche Nationen nicht, es gibt nur Menschen."

Der Petraschewski-Zirkel war das genaue zeitgenössische Gegenstück zum deutschen Bund der Gerechten, aus dem der Bund der Kommunisten entstand, für den Marx das Kommunistische Manifest schrieb. Wie Marx glaubten Petraschewski und seine Genossen, daß das Gespenst des Kommunismus in Europa umging. Und Rußland war Teil Europas. Sie erwarteten für die nähere Zukunft eine sozialistische Revolution in ganz Europa, überwiegend proletarisch im Westen und überwiegend auf Bauern gestützt im Osten. Sie glaubten, daß der Ausbruch der Revolutionen 1848 in Westeuropa der Beginn dieser Entwicklung sei, und sie wollten unmittelbar aktiv daran mitwirken. Sie begannen darüber zu diskutieren, wie sie nun tatsächlich den Zaren stürzen könnten. Aber bevor sie damit weit gekommen waren, wurden sie durch die zaristische Staatsgewalt einfach zerschlagen. Nikolaus I. war auf seine Art in Panik über das Gespenst des Kommunismus und ging daran, dessen schwaches Spiegelbild unter einem kleinen Teil der russischen Intelligenz zu zerstören.

Die Ursprünge der Volkstümlerbewegung

Die Revolutionen von 1848 und die darauf folgenden Konterrevolutionen durch die vereinten Kräfte der bürgerlichen und monarchistischen Reaktion sind die große historische Wasserscheide Europas im 19. Jahrhundert. Unter anderem entstand dadurch die russische Volkstümlerbewegung als eine eigenständige Strömung des europäischen Sozialismus. Petraschewski und seine Genossen hatten geglaubt, daß der Sozialismus als Teil einer allgemeinen europäischen Revolution nach Rußland kommen würde. Diese Vision wurde auf den Barrikaden in Paris, Wien. Rom und anderswo besiegt.

Ein Zeuge dieser Niederlage war Alexander Herzen, der Gründer der russischen Volkstümlerbewegung. Herzen war ein radikaler Demokrat gewesen, der nach Westeuropa emigrierte, und er erlebte die Revolutionen von 1848 in Frankreich und Italien. Aber Herzen blieb optimistisch in Bezug auf die Perspektiven einer Revolution in Rußland. Wenn jedoch Rußland eine Revolution vor und unabhängig von Westeuropa haben sollte, dann müßte diese in erster Linie eine Bauernrevolution sein, denn das Industrieproletariat war sehr klein. Ein deutscher Konservativer, Baron Haxthausen, der Rußland um 1840 besucht hatte, schrieb ein Buch, in dem er sagte, daß Rußland keine sozialistische Revolution brauche, ' da es

Granger Collection

Preußische Soldaten stürmen Barrikaden von kleinbürgerlichen Demokraten Ende 1848 in Frankfurt. Niederlage der Revolutionen 1848 führte zur Entwicklung der russischen Volkstümelei als eigener Strömung des europäischen Radikalismus



International Publishers



Charles Zunzer

Links: Orthodoxe Priester führen Aufmarsch pogromistischer Schwarzhunderter an (1907). Oben: Jüdische Kinder, ermordet bei einem Pogrom in Jekaterinoslaw

schon Sozialismus in der Form der traditionellen Bauernkommune habe. Nach 1848 akzeptierte Herzen diese Annahme und argumentierte, daß das, was im Westen eine proletarische Revolution erfordere, auf der Basis der russischen ländlichen Institutionen erreicht werden könne, wenn die Gesellschaft nur genügend demokratisiert würde.

Es ist wichtig zu betonen, daß die russischen Volkstümler zwar einen anderen *Weg* zum Sozialismus in Rußland sahen, aber doch das gleiche Ziel wie die westlichen Revolutionäre hatten. Deshalb hatte Marx auch immer ein sehr hohes Ansehen in der russischen volkstümlerischen Bewegung. Eine der frühen Volkstümler-Gruppen im Untergrund schrieb an Marx in London und schlug vor, er solle Rußland genauso wie Deutschland im Führungsgremium der Ersten Internationale vertreten. Die erste Sprache, in die *Das Kapital* übersetzt wurde, war Russisch. Es kam durch die zaristische Zensur, die sich dachte, daß ein so trockenes und abstraktes Buch wie *Das Kapital* niemanden zu revolutionärer Leidenschaft inspirieren könne, und es wurde sofort ein Bestseller. Am Ende seines Lebens sagte Herzen, daß er immer den Ideen von Saint-Simon treu geblieben sei, der eine extrem technologisch fortgeschrittene Konzeption des Sozialismus hatte.

Darin lag der grundlegende Widerspruch der russischen Volkstümlerbewegung. Die Volkstümler projezierten auf die Bauernkommune nicht nur wirtschaftliche Gleichheit, sondern auch soziale Gleichheit auf allen Ebenen — die Gleichberechtigung der Frauen, eine freiheitliche Konzeption der sexuellen Beziehungen, einen Glauben an Materialismus und den Fortschritt der Wissenschaft. Sie glaubten, der russische Bauer, der den Zaren verehrte, unter der Fuchtel der Priester stand und seine Frau schlug, könnte für die Weltsicht eines Saint-Simon oder Marx gewonnen werden. Solch eine Illusion konnte nur so lange überleben, wie die Bewegung der Volkstümler ausschließlich eine Bewegung der Intelligenz war. Und in der Tat markierte die Bewegung „Zum Volk" den Anfang vom Ende des russischen Volkstümlertums.

Die revolutionäre Volkstümlerbewegung machte vier unterschiedliche Phasen durch. Die erste Phase wurde eingeleitet durch den Krim-Krieg 1853 — 55, in dem Rußland von England und Frankreich besiegt wurde. Diese Niederlage rief Schockwellen hervor in den russischen oberen Klassen. Zar Nikolaus I. starb 1855 (einige sagen, er habe aus einem Gefühl des Schams heraus Selbstmord begangen). Sein Nachfolger, Alexander II., schien ein Liberaler zu sein, und Ende der 50er Jahre erlebte Rußland die zaristische Version von Glasnost und Perestroika. Die Zensur wurde erheblich gelockert, und die zaristische Regierung begann, über grundlegende Reformen des Systems der Leibeigenschaft zu reden.

Anfänglich verlangten volkstümlerische Intellektuelle wie Herzen und Tschernyschewski, der Zar solle die adligen Großgrundbesitzer enteignen und das Land den Bauern geben. Einige glaubten, daß die zaristische Selbstherrschaft von oben das erreichen würde, was die Französische Revolution von unten erreicht hatte. Es wurde jedoch bald klar, daß die legale Emanzipation der Leibeigenen so durchgeführt werden würde, daß die Ausbeutung der Bauern durch die Grundbesitzer und den absolutistischen Staat weiter fortbestand. In den ersten Jahren nach Abschaffung der Leibeigenschaft waren die wirtschaftlichen Verhaltnisse für die Bauernschaft sogar schlimmer als vorher. Als das Emanzipationsediktvon 1861 verlesen wurde, provozierte es vereinzelt Bauernaufstände; die Bauern dachten, es sei ein von den örtlichen Bürokraten und Grundbesitzern gefälschtes Dokument. Das sogenannte Emanzipationsedikt markierte den Beginn des revolutionären Volkstümlertums. Die Intelligenz war inzwischen davon überzeugt, daß sie die zaristische Selbstherrschaft stürzen und eine demokratische Republik schaffen müßte, um einen auf die Bauern gestützten Sozialismus zu errichten.

Die „gemeinsame Sache": Frauen in der revolutionären Bewegung

In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten revolutionären Untergrundorganisationen. Sie wurden ohne große Mühen zerschlagen. Tschernyschewski selbst wurde ins Gefängnis gesteckt und dann ins Exil verbannt. Aber die zaristische Repression unterdrückte damit beileibe nicht die revolutionäre Bewegung der Volkstümler. Im Verlauf des nächsten Jahrzehnts wurde aus einer Gruppe von vielleicht 200 oder 300 Intellektuellen eine Massenbewegung der Intelligenz mit Tausenden von Aktivisten und vielleicht zehnmal so vielen Sympathisanten.

Ein dreiseitiger politischer Kampf entwickelte sich während dieser Periode innerhalb der russischen Intelligenz, die sich mehr oder weniger der existierenden sozialen und politischen Ordnung entgegenstellte: die Slawophilen, die Liberalen und die revolutionären Volkstümler. In diesem Kampf gewannen mühelos die Volkstümler, und zu Beginn der

Fortgesetzt auf Seite 16

Revolutionäre Tradition...

Fortsetzung von Seite 15

70er Jahre waren die russischen Universitäten eine Bastion der revolutionären Volkstümlerbewegung.

Vielleicht der entscheidende Faktor für den Sieg der Volkstümler war, daß sie in der Lage waren, die enormen Reserven der *Frauen* der gebildeten Schichten zu mobilisieren. Diese Bewegung befreite buchstäblich Tausende von Frauen von den Fesseln der patriarchalischen Familie. Eine Frau durfte legal nicht allein leben ohne Zustimmung ihrer Hitern oder ihres Ehemannes, wenn sie verheiratet war. Um dies zu umgehen, wurde die Scheinehe zu einer Art Standardaktivität in der radikalen Bewegung. So könnte etwa einem jungen Studenten von einem Freund erzählt worden sein, er kenne eine Frau mit fortschrittlichen Ansichten, die ins Ausland gehen wolle, um Medizin zu studieren (eine Frau konnte in Rußland nicht Medizin studieren). Und dann traf man sich zum ersten Mal vor der Kirche; man ging hinein, heiratete, man kam wieder heraus, er gab ihr ihren Paß, der unter seiner Kontrolle war, und sagte: „Jetzt steht es dir frei, wegzugehen und Medizin zu studieren und /.u tun, was du gerne möchtest."

Während der 60er Jahre wurde in der russischen revolutionären Bewegung die Teilnahme von Frauen in weit größerem Maße erreicht als in den Bewegungen in Westeuropa. Diese Frauen wiesen gleichzeitig Feminismus im westlichen Stile bewußt zurück, das heißt die Idee, eine separate Bewegung hauptsächlich von Frauen aufzubauen, um Druck auf die existierende Regierung auszuüben, damit diese Gesetze zugunsten der Gleichberechtigung der Frauen verabschiedet. Ihre Vorstellung war es, die Gleichheit der Frauen durch das zu erreichen, was sie die „gemeinsame Sache" nannten, eine umfassende soziale Revolution, an der sie gleichberechtigt mit den männlichen Revolutionären teilnehmen würden. Vera Figner, die die wichtigste Führerin der terroristischen Organisation Volkswille in ihrer Schlußphase wurde, erinnert sich, wie sie und ihre radikalen russischen Mitstudentinnen an der Universität von Zürich diese Frage einschätzten:

> „Im allgemeinen waren die Studentinnen im Ausland als Gruppe keine Vorkämpferinnen der Frauenfrage und belächelten jede Erwähnung davon. Wir kamen ohne den Gedanken, Pioniere in der Frauenfrage zu sein oder sie lösen zu wollen. Wir glaubten nicht, daß sie einer Lösung bedurfte. Sie war ein Ding der Vergangenheit; das Prinzip der Gleichheit zwischen Mann und Frau war in den 60er Jahren erreicht worden."

Was Figner meinte, war natürlich, daß es innerhalb der revolutionären Bewegung erreicht worden war, nicht in der russischen Gesellschaft insgesamt. Die russischen Volkstümler, in ihrer eigenen Sprache „Narodniki" genannt, waren sich sehr scharf der schrecklichen Unterdrückung der Frauen bewußt. Bei einem Massenprozeß gegen Volkstümler 1877 beschuldigten die zaristischen Ankläger sie der Unterminierung der Familie. Sofia Bardina antwortete darauf:

> „Was die Familie angeht... wird sie nicht zerstört durch ein soziales System, das eine verelendete Frau dazu zwingt, sich der Prostitution hinzugeben, und das sogar diese Prostitution als legales und notwendiges Element jedes zivilisierten Staates heiligt? Oder sind wir es. die die Familie zerstören? Wir, die wir versuchen, diese Armut auszumerzen — den wichtigsten Grund für alle Übel der Gesellschaft, einschließlich der Auflösung der Familie?"

„Zum Volk"

Mitte der 70er Jahre unternahm die volkstümlerische Intelligenz, die in Land und Freiheit organisiert war, einer gesamtrussischen ziemlich stark zentralisierten Organisation der Avantgarde der Narodniki, einen heroischen Versuch, das zu stürzen, was Bardina das „soziale System" nannte. Dies war die Bewegung „Zum Volk". Tausende von revolutionären Intellektuellen schwärmten in die Dörfer hinaus und versuchten, die Bauern anzuspornen, sich in einer radikal-demokratischen und sozialen Revolution zu erheben. Die Reaktionen waren nicht positiv. Einer der führenden Veteranen dieser Bewegung berichtete:

> „Ich bemerkte, daß jede scharfe Tirade gegen den Zaren oder gegen die Religion bei den Bauern eine extrem ablehnende Haltung hinterließ; sie waren ebenso zutiefst verblüfft über energische Appelle für eine Rebellion oder einen Aufstand."

Wenn die Narodniki-Intellektuellen sagten, die Bauern sollten das Land der Grundbesitzer haben, stießen sie auf Zustimmung. Aber die Bauern waren nicht bereit, sich gegen den Staat aufzulehnen, um dies durchzusetzen.

Während der Hauptteil der Narodniki-Intellektuellen in die Dörfer ging, blieben einige in den Städten und versuchten, Fabrikarbeiter zu agitieren und zu organisieren. Hier waren sie merklich erfolgreicher. Es gelang ihnen. einige fortschrittliche Arbeiter zu gewinnen wie Stepan Chalturin, der sich der Führung von Land und Freiheit anschloß und kleine, aber bedeutsame verbündete Organisationen von Arbeitern aufbaute.

Einer der führenden Intellektuellen der Volkstümler bei der Organisierung der Arbeiter war Georgi Plechanow. Anfänglich akzeptierte Plechanow, was man die herkömmliche Linie der Volkstümler nennen könnte: Fabrikarbeiter sind einfach Bauern, die Saisonarbeit in den Fabriken leisten, was keine Auswirkungen auf ihre Sympathien und Verbindungen zum Dorf hat. Aber Plechanows eigene Erfahrungen brachten ihn dazu, dies in Frage zu stellen. 1879 schrieb er:

> „Die Frage der städtischen Arbeiter ist solcherart, daß man sagen kann, sie wird automatisch durch das Leben selbst in den Vordergrund, an einen angemessenen Plat/ gestellt, trotz der theoretischen A-priori-Entseheidungen der revolutionären Führer."

Die Bewegung „Zum Volk", die notwendigerweise recht offen operierte, setzte die Narodniki massiver staatlicher Repression aus. Diese Repression, kombiniert mit der Enttäuschung darüber, daß die Bewegung ihr grundlegendes Ziel nicht erreicht hatte, ebnete der letzten Phase des revolutionären Volkstümlertums den Weg: der Wende hin zum Terrorismus.

[WIRD FORTGESETZT]

„Bündnis für Arbeit"...

Fortsetzung von Seite 1

Großkapitalisten gegen die Arbeiter, die *mit* der Kooperation von SPD und Gewerkschaftsspitzen abläuft.

Westdeutschland war im Kalten Krieg die Frontlinie der NATO gegen den Sowjetblock, was auch den Charakter der SPD als rechteste und am stärksten zentralisierte sozialdemokratische Massenpartei der Welt bestimmte. Ihre Funktion war es, die „Ansteckungsgefahr" des Kommunismus abzuwenden. Nach dem Sieg der Roten Armee wurde das Kapital im Osten durch bürokratische Maßnahmen enteignet. Im Gegenzug wurde ein kapitalistischer „Schaukasten" im Westen aufgebaut, dessen hoher Lebensstandard demonstrieren sollte, daß die Bourgeoisie nicht enteignet werden muß, um einigermaßen gute Löhne und Sozialversicherungen zu haben. Für die Kapitalisten waren dies akzeptable Unkosten, durch die sie Klassenfrieden und eine produktive Arbeiterklasse erhielten, die ideologisch an den Kapitalismus gebunden war.

Die Zerstörung der DDR, der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa war eine historische Niederlage für die Arbeiter überall auf der Welt. Aber jetzt denkt die deutsche Bourgeoisie, daß das Gespenst des Kommunismus, das sie seit 1847 verfolgt hat, nicht länger eine Bedrohung ist. Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung sieht die Bourgeoisie den Weg frei, ein „geeintes" Europa unter deutscher Führung gegen die imperialistischen Konkurrenten USA und Japan zu schaffen. Sie sind mit den niedrigeren Lohnkosten ihrer imperialistischen Rivalen und drohenden Handelskriegen konfrontiert. Doch die Gier der deutschen Bosse entspricht nicht ihren Mitteln: sie müssen die Ausbeutungsrate erhöhen, um aus den Arbeitern das nötige Geld herauszupressen. Ostdeutschland, dessen Wirtschaft durch die Konterrevolution verwüstet wurde, braucht weiterhin massive Subventionen. Weiter im Osten wollen sie neokoloniale Märkte und billige Arbeitskräftereservoirs etablieren; schon steht das deutsche Heer wieder im ehemaligen Jugoslawien.

Frankreich: Klassenschlacht in der „neuen Weltordnung"

Der wochenlange mächtige Streik der französischen Kisenbahnarbeiter, der schnell den Charakter eines breiten sozialen Kampfes annahm, hat in ganz Europa Schockwellen hervorgerufen. Aber obwohl die französischen Eisenbahner teilweise den Regierungsangriff abwehren konnten, gelang es den Bürokraten, den Kampf abzuwürgen, als der Streik das ganze Land ergriff. Aufs schärfste wurde klar, daß Militanz allein nicht ausreicht. Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France kämpften in den Streiks für Fabrikkomitees, für Arbeiter/Immigrantenverteidigungsgruppen gegen Streikbrecher und Faschisten, für eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich — für *Übergangsforderungen*, die eine Brücke schlagen zwischen den defensiven Kämpfen der Streikenden und dem revolutionären Kampf um die Macht. Als die Streiks sich in Richtung eines Generalstreiks entwickelten und es um Sieg oder Niederlage ging, brachte die LTF ein Flugblatt mit der Überschrift heraus: „Für die Verteidigung und Ausweitung der Streiks: Wählt Streikkomitees, die jederzeit abwählbar sind!" Und vor allem betonte die LTF:

> „Die Frage, die sich immer dringlicher stellt, lautet: Wer wird herrschen? Die Bourgeoisie ist in ihrer Entschlossenheit vereint, gegen die Arbeiter und Unterdrückten Krieg zu führen. Um zurückzuschlagen, um zu gewinnen, braucht die Arbeiterklasse einen Generalstab, eine revolutionäre Führung, die sich auf das Programm stützt, daß diejenigen, die arbeiten, herrschen müssen." („Französische Arbeiter wehren Regierungsangriff ab", *Spartakist* Nr. 121, Januar/Februar 1996)

Die LTF rief dazu auf, den Streik auf die schweren Bataillone der Arbeiterklasse mit ihren strategischen Bestandteilen von Immigranten auszuweiten. Dafür muß der Kampf der Arbeiter gegen die Zerschlagung des Sozialsystems untrennbar verbunden werden mit der Mobilisierung gegen die rassistische „Operation Vigipirate" der Regierung — eine Mobilisierung des Militärs, die Paris in einen Belagerungszustand versetzte. Die LTF und ihre Jugendorganisation Jeunesse Spartaciste organisierten Proteste gegen das imperialistische Diktat auf dem Balkan und riefen die Streikenden auf, die Transporte von Waffen und Truppen zu stoppen.

Bremer Vulkan: Stoppt Industriekahlschlag durch Werft- und Hafenstreik, Ost und West!

Mitten in Zwickels Getöse für ein „Bündnis für Arbeit" platzte die Ankündigung, daß die Bremer Vulkan-Werft pleite ist und die Jobs von 23 000 hochqualifizierten Arbeitern bedroht sind. Eine Großdemonstration hörte am 22. Februar in Bremerhaven verbittert und resigniert der Litanei der Redner zu, die von der Gewerkschaftsführung aufs Podium geschickt wurden. Vom Hafensenator über den Landrat bis zu den Bossen beschworen alle die „gemeinsamen Interessen". Es erhob sich kein nennenswerter Protest, als einer der Bosse der Lloyd-Werft über die „ausländischen Billigprodukte" hetzte und ein Pfaffe darüber, daß der „Anteil der ausländischen Beschäftigten" ständig gestiegen sei und „Billiglöhne drücken".

SPD, PDS und DGB-Spitzen betreiben das Teile-und-Herrsche-Spiel: im Osten gegen die Westbetriebe, die Subventionen einsacken; im Westen gegen die Ostkollegen, die angeblich „selbstsüchtig" nur ihre Standorte erhalten wollen. Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern fordert, die Ostwerften aus dem Verbund zu lösen. Sie wollen die Empörung und Verzweiflung der Arbeiter ablenken und sie zu Bittstellern beim Staat der Bosse machen. Dabei werden sie nur noch von der vorgeblich trotzkistischen Sozialistischen Alternative Voran (SAV) übertroffen, die die „Überführung in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle" *(Voran,* März 1996) verlangt. Doch der bürgerliche Staat ist nur der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalisten. Er wird einen bankrotten Industriezweig nur übernehmen, um

Fortgesetzt auf Seite 18

SPARTAKIST EK 3 (in türkischer Sprache)

Doğu Berlin'den Taşkent'e Kadar: Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor


SPARTAKIST 4
ŞUBAT 1996
DM 1,-
Doğu Berlin'den Taşkent'e kadar: Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor

Aşağıdaki makale ilk kez, (Dördüncü Enternasyonalist) Enternasyonal Komünist Ligası'nın Amerika seksiyonu olan Spartakist Ligası/ABD'nin Kadın Komısyonu tarafından çıkarılan *Women and Revolution* (Kadın ve Devrim) dergisinin İlkbahar/Yaz 1993 tarihli 42. sayısında yayınlanmıştır.

16 Sayfa, DM 1,–

İsteme adresi:
Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

„Bündnis für Arbeit"...

Fortsetzung von Seite 17

sicherzustellen, daß die Bankzinsen direkt aus dem nationalen Fonds bezahlt werden, während die Arbeiter die Treuhand-Behandlung kriegen. Milliarden von Subventionen sind schon in die Taschen der Banken geflossen. Jetzt wird verkündet, durch Bankkredite sei der drohende Konkurs „abgewendet" worden — für zwei Monate! Ein durchsichtiges Manöver, um Verzweiflungsaktionen der Arbeiter erst mal die Spitze zu brechen.

Auch im Hamburger Hafen werden Tariflöhne und Arbeitsbedingungen von den großen Reedereien frontal angegriffen. Vor kurzem heuerten sie Schlepper der niederländischen Reederei Kotug an, um mit Billiglöhnen die Tarife zu brechen. Die Hamburger Schlepper antworteten darauf mit einem Bummelstreik gegen das größte Containerschiff der Welt, der im ganzen Hafen unterstützt wurde. Sie organisierten eine symbolische Jagd auf die Kotug-Schlepper, die arbeitslose Seeleute aus Rostock angeheuert haben, die ein Drittel weniger bezahlt kriegen und insgesamt weit schlechtere Arbeits- und Sichcrheitsbedingungen haben. Notwendig wäre, daß die Hamburger Hafenarbeiter ihre Tariflöhne für *alle* Arbeiter in ihrem Bereich durchsetzen und die Unorganisierten organisieren, in diesem Fall die Rostocker. Aber statt die gemeinsame Streikaktion zur Verteidigung der Tarife zu organisieren und nach Holland zu fahren, um Solidaritätsaktionen mit den Seeleuten und Hafenarbeitern im Rotterdamer Hafen anzukurbeln, stimmten die ÖTV-Bürokraten einer generellen Senkung der Mindestlöhne zu. Und der Hamburger SPD-Bürgermeister Voscherau sorgte dafür, daß neue Mindestlöhne für Schlepper in das Entsendegesetz aufgenommen wurden.

In Rostock und Stralsund gab es bereits Solidaritätsdemonstrationen mit den Bremern, und in Hamburg demonstrierten am 1. März vor den Werktoren von Blohm und Voss 1500 Arbeiter gegen drohende Entlassungen. Dringend nötig ist ein *geschlossener Streik* aller Arbeiter, einschließlich der Kontraktfirmen, in sämtlichen Werften und Häfen, Ost und West! Die Hafenarbeiter können den deutschen Export anhalten und damit einen machtvollen ökonomischen Würgegriff ansetzen. Eine wirkliche Besetzung der Bremer Vulkan-Werft und der Ost-Werften durch streikende Arbeiter könnte der Anfang dafür sein.

Wie bei DASA und vorher beim Kohle-Bergbau und bei Stahl hat die deutsche Bourgeoisie nicht vor, ihre gesamte Schiffbau-Kapazität zu zerstören. Sie weiß nur zu genau, daß die heutigen Handelskriege und die Jagd um Weltmärkte die Grundlage für die imperialistischen Kriege von morgen sind. Genau aus diesem Grund waren die Werften in Ostdeutschland eine der wenigen Industrien, die von der Treuhand *nicht* zerstört worden sind, obwohl Zehntausende Arbeiter entlassen wurden. Wegen ihrer strategischen militärischen Bedeutung werden diese Industrien in Ost und West mit massiven staatlichen Subventionen aufrechterhalten, auch wenn sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. In diesen Industrien haben Streiks und Proteste daher oft einen stark protektionistischen Anstrich. Statt gemeinsame Aktionen gegen die gemeinsamen Bosse zu organisieren, demonstrierten die DASA-Mitarbeiter für eine „deutsche Raumfahrt", während die Fokker-Arbeiter für die „holländische Flugzeug-Produktion" auf die Straße gingen, als Daimler-Benz bekanntgab, seine holländische Tochter wegen Verlusten abzustoßen. Zuletzt werden die Arbeiter durch Protektionismus hinter ihrer „eigenen" Bourgeoisie für einen neuen interimperialistischen Krieg mobilisiert.

Bankrott ist nicht einfach der Bremer Vulkan, sondern das gesamte kapitalistische System, das Millionen arbeitslos macht. Die einfache und rationelle Forderung der *Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich* setzt an den unmittelbaren Bedürfnissen der Arbeiter an und wirft direkt die Frage der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse auf; durch die Enteignung der Bourgeoisie müssen die Produktionsmittel in die Hände der Produzenten übergehen, um damit Vollbeschäftigung, sichere Arbeitsbedingungen und anständige Lebensbedingungen für alle zu garantieren.

Der Stalinismus hat die zentralisierte Planwirtschaft in Verruf gebracht, weil die Bürokratie mit ihrem nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land" die Wirtschaften der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten in. Grund und Boden gefahren und der kapitalistischen Konterrevolution den Weg geebnet hat. Aber durch Planwirtschaft — kontrolliert von demokratisch gewählten Arbeiterräten und international ausgeweitet durch die proletarische Revolution — können die Produktivkräfte der Welt von den Ausgebeuteten im eigenen Interesse genutzt werden und so auch den brutal unterdrückten und hungernden Massen der „Dritten Welt" den einzigen Ausweg bieten.

Revolutionäre Partei als Volkstribun

Die Arbeiterklasse kann sich gegen die umfassende Attacke, die ihren Lebensstandard mit harter Faust niederdrücken will, nicht verteidigen, ohne all jene zu verteidigen, die das „Bündnis für Arbeit" jetzt zum Abschuß freigegeben hat: Ältere, Immigranten, Flüchtlinge, Frauen, Jugendliche. Die materielle Situation der Frauen zwingt sie heute wieder in das Gefängnis von „Kinder, Küche, Kirche" hinein. Die Pflegeversicherung pflegt den Profit und hat nichts damit zu tun, Pflegebedürftigen eine anständige Existenz zu sichern. Jugendliche sollen von „Einstiegslöhnen" leben, sofern sie überhaupt Arbeit finden können. Junge Arbeiter im Betrieb werden gegen Ältere ausgespielt, die „Arbeitsplätze freimachen" sollen — um dann mit einer Hungerrente in der Versenkung zu verschwinden. Hohe Studiengebühren und BaföG-Verzinsung machen den Hochschulbesuch zu einem Privileg der Reichen.

Bezeichnend für das Vorhaben der Bosse, ihre Angriffe gegen die Arbeiterklasse zuerst gegen „schwächere" Sektoren einzuleiten, ist das Gesundheitswesen, das Stück für Stück zerschlagen wird. In der wiedervereinigten Hauptstadt Berlin wurden im Rahmen der antikommunistischen Säuberung an der weltrenommierten Charité bereits gesamte Abteilungen geschlossen. Eine neue Qualität wurde jetzt durch die neue Große Koalition von SPD/CDU erreicht, die verkündet hat, daß Berlin pleite ist. 22 000 Stellen sollen im öffentlichen Dienst gestrichen werden, unter anderem ist das Urban-Krankenhaus in Kreuzberg „wegen Baumängeln" von der Schließung bedroht. In diesem Kiez-Krankenhaus arbeiten viele Immigranten, ein Großteil der Patienten kommt aus den Arbeiter- und Immigrantenbezirken Ncukölln und Kreuzberg. Eine sichere, qualifizierte und kostenlose medizinische Versorgung für alle — und das bedeutet, die modernsten Krankenhäuser zu haben, und zwar flächendeckend —, ist ein einfaches Recht aller. Die ÖTV zeigte ihre Macht beim Streik 1992, jetzt ist es nötig, diese Macht wieder einzusetzen, um die Schock-Therapie des Berliner Senats zu stoppen.

Um die kämpferischen eingewanderten Arbeiter abzuspalten und die gesamte Arbeiterklasse einzuschüchtern, fachen die Bosse den Rassismus an. Die Vernichtung des Asylrechts gab grünes Licht für die faschistischen Mordbrenner. Politische und soziale Organisationen immigrierter Kollegen werden vom Staat als „terroristisch" gebranntmarkt, die PKK und die kurdischen Vereine wurden verboten. Der Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben, ist ein integraler Bestandteil der Verteidigung *aller*

Arbeiter. Die Spartakisten kämpfen dafür, die Arbeiterbewegung für diese Forderung und für Arbeiter/Immigranten-Verteidigung gegen rassistische Angriffe zu mobilisieren.

Hin Paradebeispiel für das „Bündnis für Arbeit" ist das gegen Immigranten gerichtete „Entsendegesetz" auf dem Hau, wo die Bosse ihre Profite direkt aus dem Blut der Arbeiter machen. Der Tariflohn in Deutschland soll gedrückt werden, und als Ausgleich stellen die Bosse keine Arbeiter aus anderen Ländern ein! Angesichts einer unglaublichen Arbeitshetze unter Mißachtung grundlegender Sicherheitsmaßnahmen gab es in den letzten Jahren vor allem im Osten eine hohe Todesrate auf Baustellen. Aber die IG-Bau-Bürokraten mobilisieren nicht etwa gegen die mörderischen Bosse, sondern verbrüdern sich „in gemeinsamer Verantwortung für den Staat" mit der „Gewerkschaft" der Poli/ei gegen „illegale" Arbeiter. Und die IG Metall postierte auf der Großbaustelle Leuna Ende letzten Jahres einen Bus als Anlaufpunkt für Denunzianten. „Wer keine gültige Genehmigung vom Arbeitsamt hat, den melden wir der Gewerbeaufsicht", prahlte der stellvertretende IG-Metaü-Chef von Halle *(Mitteldeutsche Zeitung,* 3. November 1995).

Skandalöserweise unterstützt die *SoZ* (Zeitung der Vereinigung für Sozialistische Politik, VSP) in einem Artikel vom 7. März das Entsendegesetz. Weg mit der rassistischen „Hilfspolizei" auf der Baustelle! Polizei raus aus dem DGB! Der Kampf gegen die Ausbeutung zu Hungerlöhnen muß sich frontal gegen die Kapitalisten und gegen ihre Helfershelfer in der Gewerkschaftsführung richten! Wir brauchen eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die für die Organisierung der Unorganisierten kämpft. Gewerkschaftliche Kontrolle der Einstellungen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gewerkschaftskontrolle der Arbcitssicherheit!

Die rassistischen Machenschaften der Zwickel, Schulte & Co. rufen bei vielen Jugendlichen und bei autonomen Gruppen einen berechtigten Abscheu hervor. Oft führt dies zu der Vorstellung, daß man die Gewerkschaften einfach rechts liegen lassen sollte. Wie jedoch Trotzki im August 1940 schrieb:

> „Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden" („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs").

Die gemeinsame Aktion von Arbeiterorganisationen in verschiedenen Ländern war eins der ursprünglichen Ziele der Ersten Internationale. Auf ihrem ersten Kongreß rief eine von Karl Marx verfaßte Resolution auf zum „Widerstand gegen die Intrigen der Kapitalisten, die stets bereit sind, bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen die Arbeiter fremder Länder als Werkzeuge gegen die Arbeiter ihrer eigenen Länder zu mißbrauchen". Aber die sozialdemokratischen reformistischen Irreführer der Arbeiterbewegung stehen im Dienste des Patriotismus, loyal zu ihren jeweiligen kapitalistischen Vaterländern. Darum muß eine *internationalistische* Arbeiterpartei aufgebaut werden, nach dem Modell von Lenins und Trotzkis Bolschewiki, die die klassenbewußtesten Elemente der Arbeiter aller Nationalitäten und Völker des russischen Reichs für die Sache der proletarischen Revolution gewann.

Für eine neue, revolutionäre Führung

„Es ist an der Zeit, mit Kapital und Regierung französisch zu reden!", fordern Mitglieder des Bündnisses Kritischer Gewerkschafterinnen Ost/West („Gegen ein Bündnis für Armut und Profit!", 4. Februar). So oder ähnlich tönt es auch von allen Titelseiten der linken Presse. Daß harter Klassenkampf nötig ist, um sich zu verteidigen, wissen Zigtausende Metaller, die Anfang des Jahres in Bonn demonstrierten, selbst am besten. Die Frage ist aber, wie man den Kampf gewinnen kann.

Die reformistischen und zentristischen Gruppen, die entweder mit der Gewerkschaftsbürokratie direkt verbunden sind oder sich an sie anhängen, stehen einer SPD/DGB-Führung gegenüber, die sich jetzt als Arbeiter-Krisenmanager in der „neuen Weltordnung" profilieren will. So stellt der vorgeblich trotzkistische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) bestürzt fest, daß es „auf der politischen Bühne keine wirksame Opposition gibt", und er folgert daraus, daß „aus Gewerkschaftskreisen ein neuer Anstoß für den Aufbau einer klassenbewußten Kraft kommen" muß (RSB-Flugblatt „Statt vom *Bündnis für Arbeit* zu träumen ...", undatiert). Die Lehre, die der RSB aus den Streiks in Frankreich zieht, ist eine Anbetung der Spontaneität. Aber ohne Intervention einer revolutionären Arbeiterpartei werden die Gewerkschafter unter dem Einfluß ihrer Irreführer bleiben oder ihr Kampf wird, wie in Frankreich, abgewürgt werden. Da die Politik des RSB sich darin erschöpft, auf andere Kräfte Druck auszuüben, ist sie dem Aufbau einer revolutionären Partei entgegengesetzt. Seine letzte Hoffnung liegt darin, daß „der mittlere Funktionärsapparat einen totalen Ausverkauf ohne Gegenleistungen nicht zuläßt" *(Avanti,* Februar 1996).

Die SAV, die noch enger mit der Sozialdemokratie verbunden ist, spricht wie üblich aus, wozu das Schreckgespenst, „französisch zu reden", dienen soll: „In erster Linie die SPD-Spitze hätte jetzt die Chance, ... die Kohlregierung zu Fall zu bringen" *(Voran,* Februar 1996). Aber die SPD-Führer Scharping und *Lafontainestehen* zum „Bündnis für Arbeit" und übertreffen im Bundestag mit ihrer rassistischen Hetze sogar die CDU.

Der Vorreiter all dieser linken Gruppen ist die PDS, die das „Bündnis für Arbeit" mit Schlagzeilen im *Neuen Deutschland* begrüßte. Manfred Müller ließ für die PDS im Bundestag verlauten, der IG-Metall-Vorschlag könne „einen Impuls für einen neuen sozialen Kompromiß, einen neuen Deal geben" *(junge Welt, 2.* Februar). Die Hauptsorge dieser Sozialdemokraten ist es, „den nationalen Konsens" zusammenzuhalten. Zwar beklagt die PDS, daß die Bundesregierung mit dem „Bündnis für Arbeit" den Sozialabbau vorantreibt. Gleichzeitig ist sie in die Diskussion über Lohnkürzungen im „Standort Deutschland" eingestiegen und macht eigene Vorschläge, wie man durch „alternative Rationalisierungsmuster" einen wettbewerbsfähigeren Produktionsstandort in Deutschland entwickeln soll — das *Neue Deutschland* verkündete: „Linke können die wirklichen Probleme nicht ignorieren" (24. Januar). Und auf ihrem jüngsten Parteitag in Magdeburg signalisierte sie erneut, daß sie bereit sind, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn sie bloß eingeladen würden.

Für die Arbeiterklasse gibt es zwei mögliche Wege. Einmal die Zustimmung zur Politik von SPD und PDS, nur das zu tun, was unter dem Kapitalismus möglich und „praktikabel" ist — dies hat in den letzten sechs Jahren zum Desaster geführt. Oder es gibt die revolutionäre Strategie: Im Laufe von harten Klassenkämpfen und durch geduldige Erziehung werden die Arbeiter von dem Bewußtsein ihrer historischen Interessen erfüllt, um als Klasse für sich und für alle Unterdrückten zu kämpfen. Die Situation schreit nach einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse, die als Volkstribun die Unterdrückten mobilisiert, um die Kapitalisten wegzufegen. Eine solche internationalistische Arbeiterpartei aufzubauen, als Teil einer Weltpartei des Proletariats, ist das Ziel der Internationalen Kommunistischen Liga und der Spartakist-Arbeiterpartei.«

Scargills SLP...

Fortsetzung von Seite 10

Labour für das Programm des revolutionären Marxismus gewonnen wird. Genau dafür kämpft die SL/B.

Wählt Brenda Nixon!

Wir empfehlen nachdrücklich die Unterstützung für Brenda Nixon von der Socialist Labour Party (SLP) bei der Nachwahl in Hemsworth, weil die Themen, für die sie eintritt, die von den Werktätigen dieser Inseln empfundenen Bedürfnisse ansprechen: die erneute Verstaatlichung der wichtigsten privatisierten Industriezweige, die Aufhebung der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze und den Wiederaufbau des öffentlichen Dienstes. Außerdem hat sie gesagt, die SLP werde eine Partei der Opposition gegen Labour sein.

Jeder weiß, daß eine Labour-Regierung von Blair die sozialen Verbrechen der Tories (Konservative) nicht wiedergutmachen wird. Blairs „New Labour" nutzt jede Gelegenheit, um ihre völlige Verachtung für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten zu zeigen. Sie unterstützen alles, von den verhaßten gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen bis zu den Angriffen auf das Gesundheits- und Bildungswesen, und übertreffen sogar die Tories, wenn es darum geht, die rassistische Kampagne von „Recht und Ordnung" voranzutreiben, um die Diktate der City auszuführen. Die City treibt die nationale Wirtschaft in den Ruin, um ihre bluttriefenden Privilegien und ihre Macht aufrechtzuerhalten.

Der Wahlkreis von Hemsworth umfaßt die wichtigsten Kohlereviere von Yorkshire, die durch Zechenschließungen und verheerende Arbeitslosigkeit verwüstet wurden. Dies ist ein Gebiet, wo die Bergarbeiter die ganze Zeit bis zum Ende des historischen Streiks von 1984/85 standhaft blieben. Es bleibt Verbitterung und Haß nicht nur über die jahrelange gewerkschaftsfeindliche Kahlschlagpolitik der Tory-Regierung, sondern auch gegen Tücke und Verrat der Labour-Bürokratie.

Eine tiefe Kluft ist zwischen dem, was die Werktätigen wollen, und dem, was Blair zu liefern verspricht. Die Weigerung von Labour, wenigstens für die Renationalisierung der Eisenbahnen einzutreten, hat bei der Gewerkschaftsbasis von Labour Wut entfacht, wie sich kürzlich bei den Eisenbahnergewerkschaf ten zeigte. Ein echter Kampf gegen die Bahnprivatisierung, der sich auf die Eisenbahnergewerkschäften stützt, würde große Unterstützung erhalten.

Die Forderungen, die Brenda Nixon aufgestellt hat, sind zwar eindeutig vertretbar, können aber in den Grenzen des Kapitalismus nicht verwirklicht werden. Wir brauchen Arbeiterrepubliken! Die bestehende Regierungsform Ihrer Majestät ist dem Kampf für die Emanzipation der Arbeiter entgegengesetzt. Wir sind für eine Föderation von Arbeiterrepubliken auf den britischen Inseln — für den Anfang: Abschaffung der Monarchie, der -Staatskirchen und des Oberhauses! Für das Recht auf Selbstbestimmung für Schottland und Wales!

Der Kern der Labour-Politik (ob „neu" oder „alt") ist immer die Loyalität zur Herrschaft der britischen Kapitalisten und das Eintreten für britischen Nationalismus gewesen. Protektionismus ist Gift für die Bedürfnisse der internationalen Arbeiterklasse. Die Unterstützung und die Spenden der französischen und südafrikanischen Arbeiter für den Bergarbeiterstreikwaren von unschätzbarem Wert. Doch die Forderung „Rettet die britische Kohle" und der Ruf nach Importkontrollen waren zentral bei Arthur Scargills Kampagne zu den Zechenschließungen 1992. Nur eine Partei, die für die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse über nationale Grenzen hinweg kämpft, kann im Interesse der Arbeiterklasse handeln. Das heißt vor allem, gegen die Machenschaften unserer eigenen imperialistischen Herrscher zu kämpfen.

In so unterschiedlichen Ländern wie Südkorea, Brasilien und Südafrika hat es den Ausbruch bedeutender Arbeiterkämpfe gegeben. In ganz Britannien gab es eine Reihe von erbitterten defensiven Kämpfen, von den ausgesperrten Dockern in Liverpool bis zu den Feuerwehrleuten und Postarbeitern. Ihre Kämpfe sind durch die kürzliche Welle von Massenstreiks in Frankreich gegen den Regierungsarigriff auf die Sozialleistungen ermutigt worden.

Der Streik der Bergarbeiter 1984/85 rief die Unterstützung von breiten Schichten der britischen Gesellschaft hervor — Jugendliche, Schwarze und asiatische Einwohner gehörten zu den aktivsten und eifrigsten Unterstützern des Streiks. Denn sie sahen in den Bergarbeitern das Potential, dem ganzen rassistischen System staatlicher Brutalität einen Schlag zu versetzen. Eine lebenswichtige Frage, auf die jedoch die SLP nicht eingeht, ist der Wiederaufstieg rassistischer Hysterie gegen Immigranten in diesem Land und in ganz Europa. Nieder mit dem Asyl- und Immigrationsgesetz, das Tausende von Flüchtlingen mit Abschiebung, Folter und Tod bedroht!

Während des Bergarbeiterstreiks ging Scargill bis an die Grenzen des militanten Gewerkschaftertums. Die gesamte Streitmacht des kapitalistischen Staates wurde gegen die Bergarbeiter ins Feld geführt. Ihre Niederlage wurde durch die Sabotage und den Verrat der Führung der Labour Party unter Neu Kinnock und der Führer des Gewerkschaftsbundes TUC besiegelt und auch durch die offene Weigerung der „linken" Führer gerade in den Eisenbahner- und Hafenarbeitergewerkschaften, gemeinsam mit den Bergarbeitern zu streiken.

Die Lehre aus all diesen Kämpfen ist, daß es uns ohne ein revolutionäres marxistisches Programm und ohne eine leninistische Avantgardepartei höchstens gelingen kann, die herrschende Klasse zu frustrieren, aber nicht, sie zu stürzen. Wir brauchen die Art von Partei, die das verkörpert, was der Chartistenführer James Bronterre O'Brien 1837 sagte:

> „Mein Motto ist... ‚Was du *nimmst*, kannst du haben.' Ich werde nicht versuchen, mich mit der abstrakten Frage des Rechts zu befassen, sondern werde beginnen zu zeigen, daß es MACHT ist, solide, stabile MACHT, was die Millionen erhalten *und behalten* müssen, wenn sie die Früchte ihrer eigenen Arbeit und die Privilegien von Freien genießen wollen."*

Lübeck...

Fortsetzung von Seite 4

aufgeweckt wurde, schloß er sich der Rettungsaktion an und rettete das Leben mehrerer Bewohner, indem er sie auf das Dach führte, von wo er selbst von den Feuerwehrmännern gerettet wurde! Eids Familie wurde bei dem Feuer verlet/t — sein Vater wurde an den Beinen verbrannt und seine Schwester mußte zwei Operationen durchmachen. Jetzt nannte sogar das WDR-Fernsehmagazin *Monitor* die Ermittlungen einen „Skandal erster Ordnung"; laut Brandschut/experten gab es an der angeblichen Brandstelle und an Safwans Kleidung keine Spuren von Benzin.

Die Polizei erklärte, daß das Feuer nicht von Außenstehenden gelegt werden konnte, weil die Haustür verschlossen war. Aber es gab eine zweite Tür und zerbrochene und offene Fenster im Parterre. Außerdem: „überlebende Bewohner berichteten, Vermummte hätten nachts vor dem Haus mit Molotowcocktails hantiert" *(taz,* 19. Januar). Die Bewohner berichteten auch über vorherige Versuche von Brandanschlägen auf das Heim, der letzte im Dezember, wo nicht zündende Benzinkanister in das Gebäude geworfen wurden. Erst eine Woche vor dem Feuer bat eine Familie um eine andere Unterbringung, weil sie um ihre Sicherheit besorgt war.

Offensichtlich will das Vierte Reich mit seiner grotesken Version vom Lübecker Wohnheimbrand als einer „Tat von innen" die weitverbreitete Wut gegen rassistischen Terror entschärfen, während versucht wird, die eingewanderte Bevölkerung weiter abzutrennen und zu isolieren. Lübecks SPD-Bürgermeister Michael Bouteiller wurde vom Staat und von der Presse diffamiert, weil er sich gegen Angriffe auf Immigranten aussprach. Nachdem Bouteiller zu zivilem Ungehorsam aufgerufen hatte, um zu verhindern, daß die überlebenden Asylsuchenden abgeschoben werden, und nachdem er gefordert hatte, daß sie in regulären Stadtteilen Sozialwohnungen bekommen sollten, wurde er vom Innenministerium mit Disziplinarmaßnahmen bedroht.

Boutellier hat seit dem letzten Brandanschlag Hunderte von Morddrohungen erhalten, in denen er als „Deutschenhasser", „N—— lover" und „Nestbeschmutzer" denunziert wurde. Rassisten versammelten sich vor dem abgebrannten Wohnheim mit Plakaten „Wer entschuldigt sich jetzt bei den Deutschen?" Dies spiegelte sich in der „respektablen" bürgerlichen Presse wider, wie in der *Zeit* vom 2. Februar, wo ein verleumderischer Artikel über „Nestbeschmutzung" und eine „linke Sehnsucht nach geordneten Weltbildern" wetterte, während die *taz* „über die vermeintliche Universalschuld der Deutschen, über das Trugbild vom guten Ausländer" herzog. Einige Linke traten direkt in die Fußstapfen von *Zeit* und *taz, vornewegAvanti,* Zeitung des Revolutionär Sozialistischen Bundes, die einen Absatz lang lamentierte: „Menschen können gut und böse sein, Deutsche wie Ausländer. Es ist nicht auszuschließen, daß der libanesische Flüchtling tatsächlich durchgeknallt ist..." (Februar 1996). Und vorsorglich entschuldigten sie sich, „wenn wir für die richtige Sache aus falschem Anlaß demonstriert haben sollten"; es könne halt „nicht das Ergebnis langwieriger polizeilicher Ermittlungen abgewartet" werden. Diese vorgeblichen Trotzkisten, die vehement dagegen auftreten, den deutschen Imperialismus als Viertes Reich zu kennzeichnen, machen dabei mit, ihn reinzuwaschen.

Tatsächlich sind die faschistischen Angriffe durch den rassistischen Konsens in Bonn *angestiftet* und *ausgenutzt* worden, der von der CDU und der SPD-„Opposition" bis zu der reformistischen ostdeutschen PDS reicht. Am Vorabend des Rostocker Pogroms im August 1992 schloß sich die SPD mit ihren Petersberger Beschlüssen der CDU an, das Grundrecht auf Asyl scharf zu beschneiden. Der Solinger Brandanschlag im Mai 1993 passierte drei Tage nach dem Bundestagsbeschluß zur Änderung des Asylrechts. Obwohl die ökonationalistischen Grünen behaupteten, gegen die grundlegenden Änderungen zu sein, forderten sie „Quoten" für Flüchtlinge, während die PDS — die einen ostdeutschen Ersatz-Patriotismus vertritt — „Verständnis" für die Pogromisten in Rostock ausdrückte.

Der Großteil der deutschen Linken schaut auf den bürgerlichen Staat, um die Faschisten verbieten zu lassen. Dies ist nicht nur dumm, sondern auch gefährlich. Zwischen 1992 und 1994 leitete der Generalbundesanwalt gegen Faschisten 13 Ermittlungsverfahren wegen „Bildung und Unterstützung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung" ein, dagegen 389 gegen Linke — ganz zu schweigen vom Verbot der PKK und von der Massenverhaftung kurdischer Demonstranten.

Der kapitalistische Staat behauptet, daß er dem Naziterror „entgegenwirkt" ... indem er den Hauptaspekt des faschistischen Programms von „Ausländer raus" in die Tat umsetzt. Sofort nach der Lübecker Trauerfeier am 7. Februar erörterte der Bundestag eine weitere drakonische Einschränkung des Asylgesetzes. Asylsuchende sollen nicht nur gezwungen werden, in separaten Wohnheimen zu leben, sondern sie sollen künftig durchweg nur noch Coupons statt Geld bekommen. Außer in akuten Fällen soll ihnen jede medizinische Behandlung versagt werden.

Im Gegensatz zu Frankreich oder den USA, wo die Staatsbürgerschaft auf dem Geburtsort basiert, ist sie in Deutschland von der Abstammung abhängig. Dieses rassistische Blutrecht ist die logische Schlußfolgerung eines Nationalstaates in extremer Form. So hat ein russischer Bürger, der Deutscher ist und hinter dem Ural lebt, automatisch ein Recht auf deutsche Staatsbürgerschaft (solange er kein Jude ist), während es für ein Kind eines türkischen Stahlarbeiters an der Ruhr, das in Deutschland geboren wurde und sein Leben lang dort war, fast unmöglich ist, die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen. Inzwischen hat sich die Hetze gegen Immigranten aber auch auf die „Volksdeutschen" ausgeweitet. Jetzt prescht der SPD-Vorsitzende Lafontaine wieder vor (wie schon vor Jahren bei der rassistischen Kampagne gegen Roma) und fordert eine Senkung der Quoten für „Aussiedler"; direkt darauf wurde in der Nacht zum 29. Februar ein Aussiedlerwohnheim im rheinland-pfälzischenPirmasens von mindestens fünf jungen Nazis angegriffen.

Die Trotzkisten der SpAD kämpfen für Einheitsfrontmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um gegen Nazi-Terror zu kämpfen und die Faschisten wegzufegen. Tatsächlich bilden die Türken und Kurden einen wesentlichen und strategischen Teil der industriellen Arbeiterklasse in Westdeutschland. Nach den Brandanschlägen in Mölln und Solingen gab es kurze Arbeitsniederlegungen, und in den Betrieben war eine deutliche Stimmung für Arbeiteraktionen vorhanden. In Lübeck gingen am 18. Januar an die 60 ÖTV-Delegierte zur Brandstelle, als Zeichen der Solidarität mit den Opfern *(ÖTV-Magazin,* Februar 1996). Aber die sozialdemokratischenGewerkschaftsirreführersind loyale Verteidiger des Vierten Reichs und ein Hindernis für jede unabhängige Arbeitermobilisierung.

Entscheidend ist die Frage der Führung. Die SpAD kämpft dafür, eine leninistische Avantgardepartei des Proletariats aufzubauen, die als Tribun aller Unterdrückten handelt. Um die Nazis zu stoppen und dem rassistischen Terror ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, ist eine sozialistische Revolution nötig, die das gesamte kapitalistische System hinwegfegt, das immer wieder die faschistische Bedrohung hervorbringt. Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen,um faschistische Angriffe zu zerschlagen!«

Mumia...

Fortsetzung von Seite 24

die vorgeschlagenen Tatsachenfeststellungenund Schlußfolgerungen des Staates."

Wie Weinglass am 9. Februar gegenüber der Presse sagte: „Wenn das System gerecht und ehrlich wäre, wäre Richter Sabo kein amtierender Richter."

Das Berufungsgesuch räumt auf mit dem „Geständnis", das angeblich von Jamal gemacht wurde und ein zentrales Argument bei dem Komplott des Staates war. Die Zeugenaussage des Polizeibeamten Gary Wakshul während der PCRA-Anhörung entlarvt diese Machenschaft. Wakshul war mit der Bewachung Jamals vom Zeitpunkt seiner Verhaftung bis zu seiner Behandlung im Krankenhaus wegen der gefährlichen Verletzung durch eine von Faulkner abgefeuerte Kugel beauftragt, und gleich danach berichtete er den Beamten der Mordkommission, daß Jamal „nichts gesagt habe". Die Geschichte von Jamals „Geständnis", anfangs nirgendwo vermerkt, wurde erst *64* Tage später aufgebracht, nach einem Vorbereitungstreffen mit den betroffenen Polizeibeamten am „Runden Tisch", durchgeführt von Staatsanwalt Joseph McGill. Zu Wakshuls Zeugenaussage wird in der Berufungsschrift beschrieben, daß die Polizeibeamten aufgefordert wurden, „ihre Hand zu heben, wenn sie gehört haben", daß Jamal gestanden hat; „und Wakshul meldete sich" - ein klarer Widerspruch zu seinem früheren schriftlichen Bericht.

Wahrend des „Verfahrens" 1982 behauptete die Anklage, daß Wakshul im Urlaub war und für eine Befragung nicht zur Verfügung stand. In der PCRA-Anhörung sagte Wakshul aus, daß er sehr wohl in Philadelphia geblieben und „nicht weggegangen war". Er sagte, daß er damit „einer Bitte nachkam, solange zu bleiben, wie Gerichtsverfahren laufen". Die Wichtigkeit von Wakshuls Aussage wird im Berufungsgesuch beschrieben: „Sein wahrer Wert als Zeuge beruhte darauf, was er den Geschworenen über die Redlichkeit der Staatsanwaltschaft als solcher offenbart hätte. Indem die Verteidigung aufzeigte, wie die Gesetzeshüter vorsätzlich Aussagen über ein Geständnis fabrizierten, um eine Verurteilung sicherzustellen, wollte sie ihre Feststellung untermauern, daß die Gesetzeshüter Augenzeugenüberredeten und unter Druck setzten und die Indizienprüfung verfälschten."

Die Berufung unterstreicht auch die wichtige PCRA-Aussage von William Singletary, der jemand anderen als Mumia Faulkner niederschießen und danach vom Tatort fliehen sah. Die Bullen, die ihn sofort nach der Schießerei vernahmen, zerrissen wiederholt seine Aussagen, daß der geflohene Mann und nicht Jamal der Schütze war. Stunden später unterzeichnete Singletary unter Drohungen von physischer Gewalt eine falsche Aussage, diktiert von einem Beamten namens Green, wo behauptet wurde, daß er die Schießerei nicht gesehen habe. Angesichts penetranter Belästigungen durch die Polizei und verdächtigem Vandalismus gegen die Tankstelle, die ihm gehörte, floh Singletary aus Philadelphia. Seine Zeugenaussage demonstrierte, wie die Staatsanwaltschaft Beweise von Jamals Unschuld unterdrückt hatte, was an sich schon Grund genug sein sollte, einen Schuldspruch unwirksam werden zu lassen — aber nicht in Sabos manipuliertem Gericht.

Gleichermaßen hebt das Berufungsgesuch hervor, daß die ballistischen Tests der Polizei und der Autopsiebericht verdächtig unvollständig waren. Hätte Jamal im Verfahren Gutachter bestellen können, würden diese festgestellt haben, daß es einfach keine ballistische Verbindung zwischen Jamals 38er Revolver und der Schießerei gab. Ein wichtiges Kugelfragment, notwendig zur akkuraten Feststellung des Kalibers des tödlichen Geschosses, wurde zerstört oder verschwand. Der medizinische Sachverständige stellte fest, daß der Bulle mit einer 44er Kugel erschossen wurde.

Eine andere Schlüsselkomponente der Berufung ist der Nachweis der totalen Inkompetenz von Jamals Pflichtverteidiger 1982, wodurch Jamals verfassungsmäßiges Recht auf eine juristische Vertretung verletzt wurde. Die Bcrufungsunterlagen beinhalten ebenfalls Aussagen von vielen anderen Zeugen, die Jamals Unschuld hätten bezeugen können. Diese Zeugen wurden aber entweder dem Pflichtverteidiger verschwiegen, durch Einschüchterung zum Schweigen oder durch Begünstigungen von der Staatsanwaltschaft dazu gebracht, ihre Augenzeugenberichtc zu ändern.

Wie Rachel Wolkenstcin auf der Pressekonferenz sagte: „Wir vertreten einen unschuldigen Mann, der seine Unschuld von Anfang an beteuert hat, der einem politisch motivierten und mit rassistischen Vorurteilen behafteten Verfahren ausgesetzt war, im ersten Prozeß, wie auch bei der Anhörung im letzten Sommer." Sie setzte fort: „Mumia hat ein Recht auf Freiheit." Am 9. Februar eingereichte Unterlagen („friend of the court" brief) der Philadelphia Ortsgruppe der ACLU, der National Conference of Black Lawyers und der National Association for thc Advanccment of Colored People (NAACP) unterstreichen machtvoll, daß Jamal aus politischen Gründen in die Todeszelle geschickt wurde. Karl Baker erläuterte die Grundlage dieser Unterlagen und griff die Tatsache an, daß der Staatsanwalt während der Urteilsanhörung 1982 ein Statement gegen Jamal verwendet hat, das dieser 12 Jahre davor als Sprecher der Black Panther geschrieben hatte: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen."

Baker stellte fest: „Dieser Ausspruch stand in Zusammenhang damit, daß in den beiden Jahren davor 28 Mitglieder der Black Panther Party getötet und gerade einen Monat davor Fred Hampton und Mark Clark, die Führer der Chicagoer Ortsgruppe, ermordet wurden... als die Polizei morgens um 4 Uhr 30 einbrach, über 90 Schüsse abgab und die beiden im Schlaf erschoß." Das meinte Mumia, fügte Baker hinzu, „als er sagte: ,Wir wissen sehr wohl durch den Tod vieler unserer Mitglieder, daß die politische Macht in Amerika aus den Gewehrläufen kommt.' Und dies umzudrehen und gegen ihn zu verwenden und zu sagen, dies sei ein Grund, ihn in den Tod zu schicken, ist das zynischste und manipulierendste Unterfangen der Staatsanwaltschaft. Und das allein sollte Grund genug sein, das Todesurteil aufzuheben."

Jamal gewinnt immer mehr Unterstützung in seinem Kampf gegen die rassistische Todesstrafe. Jamal setzt sich aus der Todeszelle nicht nur in Wort und Schrift für Gerechtigkeit für die Unterdrückten ein, sondern er erhielt am 21. Januar seinen wohlverdienten Hochschulabschluß in Psychologie am Goddard College. Sein Buch, *„Mumia Abu-Jamal, ... aus der Todeszelle"* (Agipa-Press, Bremen, 1995), das bereits geholfen hat, weltweit Unterstützung ins Leben zu rufen, wurde schon in mindestens fünf Sprachen übersetzt und wird in den USA auch als Paperback herausgebracht.

Gene Herson vom PDC führte aus: „Beginnend mit der 800 Seiten dicken FBI-Akte über Jamal aus seiner Zeit als Black-Panther-Aktivist, über die Verurteilung und den Urteilsspruch 1982, bis hin zu der Posse in Sabos Gerichtssaal 13 Jahre später: Illusionen über ,Fairneß' oder ,Unparteilichkeit' des rassistischen kapitalistischen,Rechts'systems sind fehl am Platz. Der Kampf für Mumias Freiheit — und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe — muß innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals fortgesetzt werden. Vor allem aber müssen wir danach trachten, die integrierte Arbeiterbewegung für die Verteidigung Mumias zu mobilisieren, als Teil des Kampfes gegen das ganze System der rassistischen, arbeiterfeindlichen Unterdrückung."«

Mumia Abu-Jamal erkämpft sich Hochschulabschluß

Am 21. Januar erhielt Mumia Abu-Jamal seinen Hochschulabschluf3 vom Goddard College. Es gab stürmischen Beifall und Rufe „Befreit Mumia!", als sein Sohn Jamal für seinen Vater das Bakkalaureat der Psychologie bei der Abschlußfeier entgegennahm. Mumia war schon 1978 bis 1980 Student bei Goddard. Aus der Todeszelle bewarb er sich erneut und wurde ins Fernstudienprogramm aufgenommen.

Mumia sit/t in Pennsylvania in der Todeszelle und ist gegenwärtig im Hochsicherheitsgefängnis SCI Greene bei

Gratulation!

Pittsburgh eingekerkert. Eine machtvolle internationale Protestkampagne erreichte am *l'.* August letzten Jahres, zehn Tage vor dem angekündigten Termin, eine Aussetzung der Hinrichtung. Jamal ist ein ehemaliger Plack Panther und preisgekrönter schwarzer Journalist; von der amerikanischen Ausgabe seines Buches *Live from Death Row* (deutsch bei Agipa-Press: *Mumia Abu-Jamal, ... aus der Todeszelle,* Bremen 1995) wurden schon über 50000 Exemplare verkauft. Mumia arbeitete an seinem Abschluß, während das Schwert des Scharfrichters über seinem Kopf hing, und während er gleichzeitig sein Buch und seine umfangreichen anderen Schriften fertigstellte.

Mumias Sohn Jamal sagte der lokalen Zeitung in Vermont, der *Times Argus* (22. Januar), daß es für seinen Vater oft sehr schwierig war, im Gefängnis zu arbeiten. „Seine gesamten Bücher wurden ihm weggenommen, als die Hinrichtung näherrückte, und er wurde in Einzelhaft gesteckt."

Margo MacLeod, Professorin für Soziologie und Psychologie, die bei Goddard die Beraterin von Jamal war, bemerkte: „Bei all dem, was Mumia in den letzten Jahren ertragen mußte, ist das Erreichen seines Abschlusses glattweg heroisch." Sie sagte, er schrieb seine 75seitige Abschlußarbeit mit dem Titel „Das Auftauchen einer schwarzen Psychologie" in Handschrift, weil es ihm im Gefängnis nicht erlaubt wurde, eine Schreibmaschine zu benutzen. MacLeod erklärte, die Studie untersuche die rassistische Voreingenommenheit, die der traditionellen Psychologie eigen ist, und den Schaden, den dies bei Afroamerikanern angerichtet hat.

Der Präsident des Colleges, Richard Greene, sagte, er glaube, daß Mumia der einzige Goddard-Student ist, der jemals im Gefängnis ein Diplom erworben hat. Herzlichen Glückwunsch für Mumia!

Dürkops Sturmbannführer...

Fortsetzung von Seite 5

kapitalistischen Wiedervereinigung in den Dienst einer jeden antisowjetischen Bewegung gestellt hat. Danach biederte sich der BSA an die Klassenjustiz des Vierten Reichs an. Angesichts des Schauprozesses gegen Honecker verlangte er ein „Arbeitertribunal" — im Rahmen des bürgerlichen Staates! Und bei den „Mauerschützen"-Prozessen beschwerte er sich, daß die „eigentlich Verantwortlichen für Mauer und Schießbefehl frei herumlaufen und Karriere machen" *(neue Arbeiterpresse,* 24. Januar 1992). Jetzt müßte der BSA über die Rachejustiz jubilieren: Beim Prozeß gegen Krenz und andere steht das gesamte Politbüro der SED vor Gericht.

Wir Trotzkisten sagen: Mit dem Stalinismus hat die Arbeiterklasse ihre eigene Rechnung offen. Eine proletarische politische Revolution in der DDR hätte die Honecker-Bürokratie für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen und an ihre Stelle die Herrschaft von Arbeiterräten gesetzt — mit der Perspektive der revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands durch eine soziale Revolution im Westen im Rahmen eines sozialistischen Europas. Heute werden die Stalinisten von der falschen Klasse für die falschen Täter» angeklagt.

Die Gründung der DDR erfolgte als Resultat der Niederlage der deutschen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Für die Bonner Herrscher schlug nach der Konterrevolution die Stunde der Rache: Unter Führung der Sozialdemokratie wurde ganz Ostdeutschland mit einer verlogenen Hexenjagd-Kampagne gegen ehemalige SED- und Stasi-Mitglieder überzogen. Zahllose Lehrer, Professoren, Ärzte, Angestellte und Staatsbeamte landeten auf der Straße, nachdem ihnen vom selbsterklärten Nachfolgestaat des Dritten Reichs eine falsche Gesinnung attestiert worden war.

Wir Spartakisten bezogen von Anfang an eine klare Position gegen die Hexenjagd. So organisierten wir im Juni 1993 Proteste gegen eine Diskussionsveranstaltung mit der SPD-Oberhexenjägerin (und jetzigen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts) Jutta Limbach an der HUB. Das mit der SpAD verbundene Komitee für soziale Verteidigung mobilisierte im Januar 1994 für die Verteidigung des berühmten Charité-Immunologen Dr. Tomas Porstmann. Aufgrund fadenscheiniger Stasi-Anklagen war ihm — selbst ein Opfer von Stasi-Bespitzelungen — gekündigt worden, nachdem er ein schmutziges Angebot, als „IM" für Dürkop zu arbeiten und gegen seine Kollegen auszusagen, abgelehnt hatte! Die PDS und die Hochschulgruppe Demokratischer Sozialistinnen (HDS) wollten sich nicht die Finger verbrennen und *boykottierten* diese Verteidigungsinitiative,die trotzdem mit einem juristischen Sieg für Porstmann endete. Es war wichtig, daß wir international Proteste für die Freilassung von Erich Honecker und Erich Mielke organisierten und forderten: „Hände weg von Markus Wolf".

Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, das ganze verrottete System des Kapitalismus zu stürzen. Unser Ziel ist internationaler Sozialismus und Planwirtschaft, basierend auf der Herrschaft von Arbeiterräten. Notwendig dafür ist der Aufbau einer trotzkistischen Weltpartei, die im Interesse aller Unterdrückten die Arbeiterklasse an die Macht führen kann. Dabei werden wir sämtliche Krelles an den Unis und überall zum Teufel jagen. Kämpft mit uns!«

Spartakist-Schulungsreihe

Leipzig

20. März: **Das marxistische Programm**
3. April: **Kapital und Arbeit**
17. April: **Die Lehren der Pariser Kommune von 1871**

Jeweils mittwochs, 17.30 Uhr
Werk II, Kochstraße 132, 1. Stock
(Straßenbahn Connewitzer Kreuz)
Weitere Informationen: Halle (0345) 2029055

SPARTAKIST

Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Nachstend drucken wir die Presseerklärung des Partisan Defense Committee, amerikanische Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) ah, die vom KfsV am 19. Februar veröffentlicht wurde. Das KfsV ist eine klassen kämpferische, nichtsektiererische Verteidungsorganisation in Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der SpÄD.



Jennifer Beach

Mumia Abu-Jamal

Am 9. Februar legten die Rechtsanwälte von Mumia Abu-Jamal, der als politischer Gefangener in der Todeszelle sitzt, in seinem Namen Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania in Philadelphia ein. In der 119 Seiten langen Berufungsschrift werden 26 verfassungs- und verfahrensmäßige Fehler dokumentiert und Richter Sabos Ablehnung von Jamals Petition für ein neues Verfahren nach Pennsylvanias Post Conviction Relief Act (PCRA, Gesetz über Wiederauf nähme des Verfahrens) vom 15. September 1995 angefochten.

Jamal, früheres Führungsmitglied der Black Panther Party, MOVE-Unterstützer, preisgekrönter Journalist und mutiger Fürsprecher für die Unterdrückten, war zu Unrecht für die Tötung des Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia im Jahre 1981 schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt worden. Den Vorsitz über diesen abgekarteten Prozeß hatte Richter Albert Sabo, ein berüchtigter „Henker-Richter", der mehr Menschen zum Tode verurteilt hat, als jeder andere amtierende Richter in den USA (insgesamt 32, wovon alle außer zweien Minderheiten angehörten, die aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert werden).

Auf einer gutbesuchten Pressekonferenz, die nach Einreichung der Berufung stattfand, erklärte Jamals Hauptverteidiger Leonard Weinglass, daß „diese Papiere zeigen, daß Mumia niemals ein Verfahren hatte, das diesen Namen verdient. In diesen Unterlagen führen wir sehr sorgfältig aus, was sich bei seinem Verfahren ereignete, die Fakten über das, was bei der PCRA-Anhörung letzten Sommer unter Richter Sabo geschah... Die Schlußfolgerung ist unausweichlich: Mumia Abu-Jamal braucht ein neues Verfahren." Auf der Pressekonferenz sprachen auch Rachel Wolkenstein, ebenfalls eine Verteidigerin von Mumia und Rechtsanwältin des Partisan Défense Committee, Karl Baker von der American Civil Liberties Union (ACLU), Pam Africa von den International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und Mumias Sohn Jamal.

Die PCRA-Anhörung begann vor Sabos Gericht am 26. Juli 1995, nur drei Wochen vor der angesetzten Hinrichtung von Jamal am 17. August. Dank der immer größer werdenden Publizität und dem internationalen Protestaufschrei wurde am 7. August ein Aufschub der Hinrichtung gewährt. Für Millionen rund um die Welt wurde Mumias Sache zur scharfen Waffe im Kampf gegen die barbarische, rassistische Todesstrafe.

Das Berufungsgesuch beschreibt, wie Sabo „seine Voreingenommenheit so offen und notorisch" durch die ganzen PCRA-Anhörungen zeigte, „daß sie zum Gegenstand eines öffentlichen Skandals wurde":

„Richter Sabo hetzte durch die Verhandlungen, um Jamals Bemühungen zu erschweren, alle Beweise vorzulegen, die sein verfassungsmäßiges Klagebegehren unterstützten. Wiederholt und ohne Berechtigung maßregelte der Richter Jamals Verteidiger, drohte routinemäßig mit Ordnungsstrafen, kerkerte schließlich eine Verteidigerin ein und belegte einen anderen Verteidiger mit einer Geldstrafe. Er unterdrückte auf Wunsch des Staates Vorladungen, die von den Verteidigern beantragt wurden... Praktisch jeder Einwand der Verteidigung wurde verworfen und jeder Einwand des Staates aufrechterhalten — Logik, Folgerichtigkeit und die Regeln der Beweisführung hatten keinerlei Bedeutung."

Das Berufungsgesuch weist auf „die Treue des Gerichts gegenüber der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft)" hin, wo Sabo, der 16 Jahre Hilfssheriff war, pensioniertes Mitglied ist, und stellt fest: „Das Gericht erlaubte dienstfreien FOP-Mitgliedern nicht nur, im Gerichtssaal mit geladenen Waffen zu erscheinen, sondern ermutigte sie sogar dazu, mit der Begründung, daß die FOP ‚hier ist, um mich zu beschützen'." Außerdem war Sabos „Sympathie für die Staatsanwaltschaft nur die andere Seite derselben Medaille":

„In der Tat, seine Verbundenheit mit der Staatsanwaltschaft gipfelte in seiner 154 Seiten langen Entscheidung, die er schon drei Tage, nachdem er die Voruntersuchung an sich gezogen hatte, veröffentlichte. Genauso wie das Gericht im Laufe der ausgedehnten Anhörung jedem Antrag der Staatsanwaltschaft zustimmte, übernahm das Gericht praktisch wortgetreu

Fortgesetzt auf Seite 22

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 123 JUNI/JULI 1996 DM1,- -

Vollstreik von ÖTV/Metall, jetzt!

Zerschlagt das Sparpaket von CDU und SPD!

Die D-Mark diktiert den sozialen Kahlschlag in ganz Europa. Und heute sind die deutschen Bosse entschlossen, ihre Lohnkosten zu Hause zurückzuschrauben. Bonns „Sparpaket" (auch von den SPD-regierten Ländern forciert) zielt auf Arbeiter und besonders auf Frauen. Der Lebensstandard *aller* soll um Jahrzehnte zurückgeworfen werden: Die Lohnfortzahlung bei Krankheit - erkämpft in einem erbitterten sechswöchigen Streik der Metaller 1957 - soll um 20 Prozent gekürzt werden. Die Bosse sollen Arbeiter leichter feuern können, und Frauen sollen bis zum Alter von 65 Jahren, statt wie bisher 60, arbeiten müssen. Trotz ihres Triumphes beim kapitalistischen Anschluß der DDR 1990 schreckten die deutschen Kapitalisten bisher vor einem Kräftemessen mit der organisierten Arbeiterbewegung zurück. Sie greifen die Schwächsten zuerst an, aber jetzt suchen sie auch eine Konfrontation mit den noch mächtigen Gewerkschaften.



dpa/Gerten

Vereinigt Immigranten, Frauen, Jugend hinter der Macht der Arbeiterklasse!

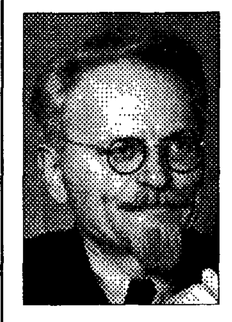
Mit dem Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland entstanden in vielen europäischen Ländern, wo die Bourgeoisien gründlich diskreditiert waren, vorrevolutionäre Situationen. Allerdings benutzten die Stalinisten ihre neu gewonnene Autorität dazu, diese Möglichkeiten zu sabotieren. Dennoch waren die westeuropäischen Kapitalisten gezwungen, Lohnzugeständnisse und Sozialleistungen zu gewährleisten, um ihre Klassenherrschaft wiederherzustellen und „sozialen Frieden" zu erkaufen. Seit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks haben es die Bosse nicht mehr nötig, den Kapitalismus attraktiv erscheinen zu lassen im Vergleich zu den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten, wo die arbeitende Bevölkerung trotz der stalinistischen Bürokratien sichere Arbeitsplätze, Wohnungen, genug zu essen, medizinische Grundversorgung und gesicherte Ausbildung hatte.

Als direktes Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa ist die Welt heute zunehmend in drei konkurrierende Wirtschaftssphären aufgeteilt. Um mit ihren japanischen und amerikanischen Konkurrenten Schritt zu halten, muß die deutsche Bourgeoisie ihre Ausbeutungsrate drastisch erhöhen. Sie will wieder Europa beherrschen, ohne selbst das Maastricht-Kriterium zu erfüllen. Und verschärfte internationale Konkurrenz führt zu Handelskriegen, die wiederum zum imperialistischen Krieg führen. Das öffentliche Gelöbnis in Berlin und die NATO-Tagung in der Reichshauptstadt sind nur ein Vorgeschmack auf kommende Entwicklungen. Zweimal in diesem

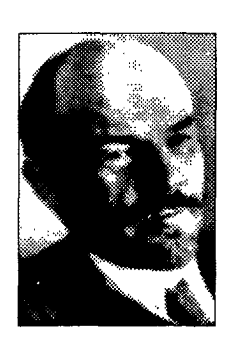
Fortgesetzt auf Seite 24

Baut eine revolutionäre Partei auf, die für eine Arbeiterregierung kämpft!

Trotzki gegen die Volksfront


TROTZKI

Die kürzliche Wahl einer „Mitte-Links"-Koalitionsregierung in Italien, in der die Ableger der ehemaligen Kommunistischen Partei (PDS und Rifondazione Comunista) mit Ex-Christdemokraten verbunden sind, unterstreicht die strategische Bedeutung der Volksfront für die politische Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie. In seinen Schuften zu Beginn des Spanischen Bürgerkriegs, wo die Volksfrontregierung dazu diente, eine Arbeiterrevolution zu erdrosseln, wies Leo Trotzki darauf hin, daß die Bolschewiki in Rußland nur durch scharfen Kampf gegen die Volksfront (bürgerliche Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre) im Oktober 1917 die Macht hatten erobern können. Heute, wo diverse Zentristen hinter dem Bündnis der Klassenzusammenarbeit in Italien hinterherkriechen, ist es einzig und allein die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), die für den Aufbau einer trotzkistischen Partei unnachgiebig gegen alle *Parteien der bürgerlichen Volksfront kämpft.*


LENIN

Die allerwichtigste Frage ist gegenwärtig die der Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder gar ein technisches Manöver hinzustellen, damit sie mit ihrem Kram im Schatten der Volksfront hausieren gehen können. In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage proletarischer Klassenstrategie* in dieser Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für die Differenz zwischen Bolschewismus und Menschewismus. Denn es wird oft vergessen, daß das große historische Beispiel der Volksfront die Februarrevolution von 1917 ist. Vom Februar bis zum Oktober waren die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die eine sehr gute Parallele zu den „Kommunisten" und den Sozialdemokraten bilden, in engstem Bündnis und in einer dauernden Koalition mit der bürgerlichen Partei der Kadetten, mit denen sie zusammen eine Reihe von Koalitionsregierungen bildeten. Unter dem Zeichen dieser Volksfront befand sich die ganze Masse der Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Freilich nahmen die Bolschewiki an den Räten teil. Aber sie machten nicht die geringsten Konzessionen an die Volksfront. Ihre Forderung lautete, diese Volksfront *zu zerbrechen,* das Bündnis mit den Kadetten zu zerstören und eine echte Arbeiter- und Bauernregierung zu schaffen.

Die gesamten Volksfronten in Europa sind nur eine blasse Kopie und oft eine Karikatur der russischen Volksfront von 1917, die immerhin eine viel größere Berechtigung für ihre Existenz beanspruchen konnte, denn noch stand die Frage des Kampfes gegen den Zarismus und die Überreste des Feudalismus auf der Tagesordnung.

Leo Trotzki, „Die POUM und die Volksfront"
Juli 1936

Das Problem der Revolution heißt es bis zu Ende, bis in die letzten konkreten Schlußfolgerungen hinein durchdenken. Es heißt die Politik auf die Grundgesetze der Revolution, d. h. auf die Bewegung der einander bekämpfenden Klassen einstellen, und nicht auf die Vorurteile und Ängste der oberflächlichen kleinbürgerlichen Gruppen, die sich „Volks"- und wer weiß was noch für welche Front betiteln. Die Linie des geringsten Widerstandes ist in der Revolution die Linie des größten Zusammenbruchs. Die Furcht vor „Isolierung" von der Bourgeoisie bedeutet Isolierung von den Massen. Anpassung an die konservativen Vorurteile der Arbeiteraristokratie bedeutet Verrat an den Arbeitern und an der Revolution. Übermäßige „Vorsicht" ist unheilvollste Unvorsichtigkeit. Das sind die Hauptlehren aus dem Zusammenbruch der ehrlichsten politischen Organisationen in Spanien, will sagen der zentristischen POUM. Die Parteien und Gruppen des Londoner Büros sind weder willens noch imstande, aus der letzten Warnung der Geschichte die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Damit geben sie sich selbst dem Verderben preis.

Leo Trotzki, *Spanische Lehren*
Dezember 1937



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler (Vertrieb), Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahinaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55,10127 Berlin
Redaktion Spartakist:Tel.(030) 4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 123 **Juni/Juli 1996**

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Halle
SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 17, beigefügt.

Rassistischer Staatsterror: Rammbock für Sozialraub

Weg mit dem Verbot der PKK! Stoppt die Abschiebungen!



dpa/Multhaupt

Polizeihatz in Essen am 2. Jahrestag des PKK-Verbots. Arbeiterbewegung muß Kurden gegen Staatsterror verteidigen!

Drei Jahre nachdem die Bonner Parteien das Asylrecht zerstörten, hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) nicht nur das Antiasylgesetz von 1993 bestätigt, sondern es auch noch *verschärft:* ein Eingriff in die demokratischen Rechte aller. Asylsuchende, die durch irgendein „sicheres Drittland" (z. B. jedes Nachbarland) oder aus einem „sicheren Herkunftsland" gekommen sind, können sofort abgeschoben werden; diejenigen, die an Flughäfen ankommen, nach einer kurzen administrativen Anhörung. Mit dem massiven Aufschwung des deutschen Nationalismus nach der kapitalistischen Wiedervereinigung haben die Bonner Parteien Naziterror wie das Rostocker Pogrom geschürt und ausgeschlachtet. Im Mai 1993 versetzten sie im Bundestag dem Asylrecht den Todesstoß; drei Nächte danach brannten Nazis ein Haus in Solingen nieder, wo mehrere türkische Familien wohnten. Zwei junge Frauen und drei Mädchen starben grauenvoll in dem Inferno. Jetzt ist ein Feldzug des *staatlichen* rassistischen Terrors gegen Immigranten und Flüchtlinge im Gange, als Rechtfertigung für die Verstärkung der repressiven Gewalt des bürgerlichen Staates.

Mit dem Verbot der PKK und 35 weiterer kurdischer Organisationen im November 1993 *wurde die nationale Identität und der kulturelle Ausdruck eines ganzen Volkes kriminalisiert.* Unter dem Vorwand des PKK-Verbots werden Polizeistaatsmaßnahmen eingesetzt, um kurdische Proteste zu unterdrücken, und Deutschlands reaktionäres „Ausländergesetz" wird sogar weiter verschärft. Auf ähnliche Weise wurden in dieser Hexenjagd auch eine Reihe von „Antiterroristen"prozessen aufgrund Paragraph 129a gegen Kurden in Hamburg, Stuttgart und anderen Städten eröffnet. Dieser Paragraph wurde in den 70er Jahren zuerst von der SPD-Regierung Helmut Schmidts gegen die türkischen Linken von Devrimci Sol und später gegen die RAF benutzt. In diesen Prozessen ist es nicht erforderlich, angebliche kriminelle Taten zu beweisen, sondern lediglich die Mitgliedschaft in oder Unterstützung für eine angebliche „kriminelle Vereinigung" - deren Schattenhaftigkeit selber den Beweis für ihren ominösen, klandestinen Charakter liefern soll.

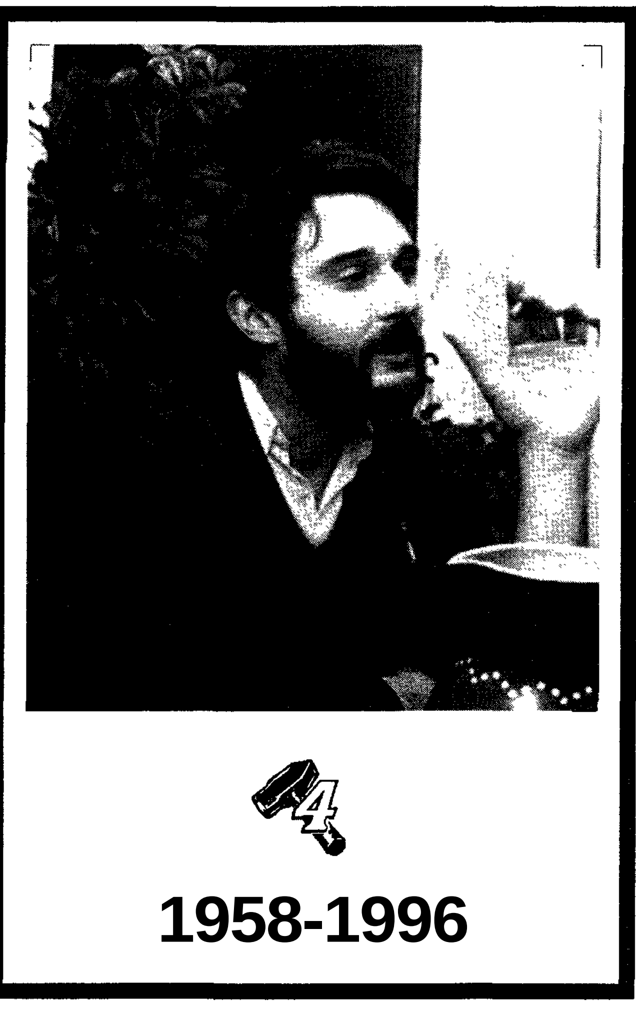
Es ist kein Zufall, daß massiver Staatsterror gegen Kurden gerade dann entfesselt wird und daß drakonische Maßnahmen gegen alle Immigranten angekündigt werden, da die Bosse und ihr Staat vorwärts preschen, um die durch harte Kämpfe erzielten Errungenschaften der Arbeiterbewegung zurückzunehmen - Kämpfe, bei denen eingewanderte Arbeiter oft in den vordersten Reihen standen. Der Belagerungszustand, der im März während des kurdischen Neujahrsfestes Newroz über Dortmund verhängt wurde, sollte nicht nur Kurden und andere Einwanderer einschüchtern, sondern er sollte jeden Widerstand gegen den Vorstoß der Bosse ersticken, die den Lebensstandard aller Werktätigen und ihrer Verbündeten empfindlich senken wollen. Die neue Definition von „besonders schwerem Landfriedensbruch" könnte auf jeden Arbeiterstreik oder Studentenprotest angewendet werden. Der Paragraph 129a könnte dazu dienen, Gewerkschaften zu kriminalisieren, wie dies in den USA schon geschehen ist (ein Grund, weshalb Löhne und Sozialleistungen dort niedriger sind).

Die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) und ihre verbündete Verteidigungsorganisation, das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), haben aktiv gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen gekämpft. Im Frühjahr 1994 organisierten die Schwesterorganisationen des KfsV eine internationale Protestkampagne auf drei Kontinenten gegen die Unterdrückung der Kurden. Ende der 80er Jahre wurden wegen des breiten Protests, auch durch mehrere Gewerkschaftsfunktionäre, gegen die monströsen PKK-Schauprozesse in Düsseldorf die Anklagen gegen die meisten Beschuldigten fallengelassen. Mehr denn je ist es heute dringend notwendig, daß proletarische Organisationen alle diejenigen hinter sich vereinigen, die den rassisti-

Fortgesetzt auf Seite 21

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Jean-Luc Gaillard



Unser Genosse Jean-Luc Gaillard ist am 27. April gestorben. Er war 38 Jahre alt. Seit Jahren kämpfte er gegen das Kaposi-Sarkom an - eine Krankheit, die mit dem AIDS-Virus verbunden ist und ihm letztlich das Leben nahm.

Der Tod dieses bemerkenswerten Genossen und Freundes ist ein tragischer Verlust. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seiner Gefährtin, und wir fühlen in tiefer Trauer mit ihnen.

Jean-Luc war ein revolutionärer Kader, der in der Internationalen Kommunistischen Liga und ihrer französischen Sektion, der Ligue trotskyste de France, ganz besonders geliebt und geachtet wurde. Er trat 1979 bei uns ein; mehrere Jahre lang war er für die Versandabteilung der LTF verantwortlich. Vor einigen Jahren wurde er ins Zentralkomitee der LTF gewählt.

Von Anfang an legte Jean-Luc großen Wert darauf, andere Sektionen der IKL zu besuchen. Zuletzt nahm er 1994 an einer Nationalkonferenz der SL/U.S. teil, 1995 kam er zu einem Plenum der SpAD nach Berlin. Trotz seiner Gebrechlichkeit und trotz der entsetzlichen Leiden, die seine Krankheit ihm aufbürdeten, beteiligte er sich bis zum Ende mit seiner ganzen Willenskraft, seiner Intelligenz und seinen Erfahrungen an der Arbeit und an den internen Debatten unserer internationalen Partei.

Beileidsgrüße von Mitgliedern einer anderen linken Gruppe in Frankreich sprachen von seiner Wißbegierde, seiner Bereitschaft, ihnen zuzuhören und die Reichweite ihrer Differenzen zu verstehen und Politik in kompetenter Weise zu diskutieren.

Am 1. Mai organisierten die Genossen der Ligue trotskyste eine Gedenkfeier für Jean-Luc an der Mauer der Kommunarden im Père-Lachaise-Friedhof in Paris, an der auch seine Familie teilnahm. Anfang Juni fand dann eine größere Gedenkfeier in Paris statt, zu der 60 Genossen und Freunde kamen. Die LTF stellte Wandtafeln mit Fotos von Jean-Luc zusammen, Briefe aus der ganzen IKL wurden verlesen. Die bewegenden Reden zeigten noch einmal, wie sehr wir Jean-Luc vermissen werden.

Es kann keine bessere Ehrerbietung für Jean-Luc geben als den Kampf weiterzuführen, dem er sein Leben widmete: dem Aufbau einer internationalistischen revolutionären Arbeiterpartei.

Genossen der Prometheus Research Library (PRL) schickten einen Brief an Jean-Lucs Freunde und Genossen. Sie erinnerten daran, daß Jean-Luc zum Repräsentanten der PRL in Frankreich wurde in Anerkennung für seine gute Arbeit, die er jahrelang für die Archivarbeit geleistet hat: „Solche Hilfe und Engagement waren Beweis für Jean-Lucs Hochschätzung der Bedeutung der Geschichte der kommunistischen Bewegung."

Die folgenden Bemerkungen stammen aus einer Rede, die Genosse Steifen für die Spartakist-Jugend und die SpAD bei der Gedenkfeier in Paris gehalten hat.

„Wir wußten seit vielen Jahren, daß unser Genösse Jean-Luc gegen die Krankheit AIDS ankämpfte. Obwohl er krank war, war er einer derjenigen, die von Frankreich aus für eine trotzkistische Intervention in die beginnende proletarisch-politische Revolution im deformierten Arbeiterstaat DDR in den Jahren 1989/90 kämpfte. Wir erinnern uns daran, daß Jean-Luc einer der ersten Genossen war, der nach Deutschland kam. Er war sehr bewußt darüber, welche Rolle wir einnehmen mußten, um die Geschichte zu verändern.

Wir wußten, daß Jean-Luc Geschichte im engsten persönlichen Sinne auffaßte. Wir waren tief beeindruckt von der Energie und dem Scharfsinn, die er in die Debatten einbrachte, die im türkischen Volkshaus Halkevi, unserem damaligen öffentlichen Büro, über die Richtung unserer Interventionen stattfanden. Jean-Luc war zutiefst internationalistisch.

Einige der SpAD-Genossen erinnern sich an Jean-Luc aus der Zeit, als er Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre mit der französischen Armee in Berlin stationiert war. Unter schwierigen objektiven und persönlichen Bedingungen unternahm er jedes Wochenende Anstrengungen, um aktiv am Leben der deutschen Sektion teilzunehmen sowie an den politischen Fragen unserer Internationale.

1994 nahm Jean-Luc am SpAD-ZK-Plenum in Berlin teil. Er verbrachte viel Zeit, mit unseren jugendlichen Genossen zu sprechen. Beim Aufbau unserer Jugendgruppen hat er uns sehr geholfen.

Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir zusammen mit anderen Genossen in einem Café im Zentrum Ostberlins saßen. Hier diskutierten wir und stritten uns auch darüber, wie man eine Jugendorganisation aufbaut. Zu diesem Thema gab es ja durchaus heftige Debatten in der IKL. Und Jean-Luc brachte seine Erfahrungen - schlechte wie gute - ein und trieb die Diskussion voran. Heute haben wir in Deutschland wie in Frankreich Jugendgruppen, und unser Genösse Jean-Luc hat ganz sicher dazu beigetragen.

Jean-Luc lebte ganz für die Partei. Die kurze Zeit, die ihm verblieb, widmete er ganz der Internationalen Kommunistischen Liga."«



Kostenlose, hochwertige Bildung für alle!

Berlin: Unis in Aufruhr gegen Spar-Angriffe

Zehntausende von Studenten laufen Sturm gegen die grotesken Sparmaßnahmen des CDU/SPD-Senats. Geplant sind unter anderem die Einführung von Studiengebühren, die Schließung zahlreicher Fachbereiche und die radikale Reduzierung der Studienplätze. Schon jetzt dürfen die Unis nicht mal mehr neue Bücher kaufen. Mit Berlin als Vorreiter sollen letztlich in ganz Deutschland sogar die bescheidenen Reformen der 70er Jahre zurückgerollt und die Hochschulen wieder als exklusive Klubs der Bourgeois-Sprößlinge etabliert werden. Auch bei den Schülern und Lehrlingen fängt es an zu brodeln: Über 100 000 fehlende Lehrstellen, Streichung von Lernmittelzuschüssen und immer größere Schulklassen sorgen für massenhaften Unmut. Gleichzeitig fand das erste öffentliche Bundeswehrgelöbnis in Berlin statt, mit dem die Jugend wieder eingeschüchtert und zu gefügigem Kanonenfutter erzogen werden soll.

Auf den großen Studentendemos der vergangenen Wochen war vielen klar, daß sich das Kahlschlagprogramm der Regierung gegen sämtliche Schichten der werktätigen Bevölkerung richtet. Wie schon bei den französischen Streiks die Jeunesse Spartaciste, Jugendgruppe unserer Schwesterorganisation Ligue trotskyste de France (LTF), in einem Flugblatt betonte: „Was jetzt notwendig ist, ist ein revolutionäres Programm, das die Kämpfe der Jugend um das Recht auf Arbeit, Wohnung und einen anständigen Lohn - also auf ein anständiges Leben - mit dem Kampf des Proletariats verbindet, um diesem kapitalistischen System der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu setzen."

Als ersten Schritt muß es einen Unistreik von Studenten, Dozenten und Uni-Arbeitern geben, der im Gegensatz zu den bisherigen sogenannten „Streik-Aktionswochen" die Unis *dichtmacht.* Wir fordern, diesen Streik durch militante Streikpostenketten abzusichern, die *niemand* überquert. Regelmäßige Vollversammlungen der Studenten, Dozenten und Uni-Arbeiter müssen einen *Streikrat* wählen. Die Uni-Arbeiter in der Mensa, im Reinigungsbereich, in den Instituten, usw. - von vielen kaltschnäuzig ignoriert - müssen das Rückgrat eines solchen Streiks bilden. Eine solche proletarische Strategie ist erst kürzlich durch den ÖTV-Warnstreik an der Technischen Universität anschaulich illustriert worden. Studenten schlössen sich spontan der Gewerkschaftsdemo an und solidarisierten sich mit dem Protest, darunter Genossen der Spartakist-Jugend.

Die brutalen Knüppeleinsätze, die gegen Uni-Aktivisten in Berlin stattfanden, werfen ein Schlaglicht auf die Rolle der Polizei. Am 13. Mai wurden Studenten, die gegen eine reaktionäre Schäuble-Veranstaltung an der FU protestierten, von RCDS-Saalschützern angegriffen und von Wachschutz, Zivil- und Bereitschaftsbullen prügelnd und würgend aus dem Hörsaal vertrieben. Zwei Wochen später wurden Studenten, die das FU-Hauptgebäude besetzten, mit Schlagstöcken traktiert. Der Polizeiknüppel ist alles, was die Herrschenden den protestierenden Studenten und Jugendlichen zu bieten haben. Die Bullen sind nicht neutral. Als bewaffnetes Organ der bürgerlichen Klassenherrschaft dienen sie der Bourgeoisie und ihrer Regierung. Wir fordern: Bullen runter vom Campus!

Diese elementare Forderung sucht man bei anderen linken Gruppen vergeblich, die sich an den Studentenaktionen beteiligten. So schreibt die Internationalistisch-Sozialistische Organisation (ISO) in einem Flugblatt vom April 1996 großmäulig über die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu stürzen. Was man aus dem Text jedoch nicht erfährt, ist ihre Linie zur Polizei. Diese Gruppe ist für die gewerkschaftliche Organisierung von Bullen und Gefängniswärtern: „Wenn Polypen streiken, hören sie auf, sich wie die Polizei zu verhalten, und schließen sich wieder ihrer Klasse an", schrieb ihre britische Schwesterorganisation SWP (siehe auch *Spartakist* Nr. 111, März/April 1994). Ach ja, Streiks für noch mehr Knaste, für noch mehr Polizei und Schlagstöcke sollen uns mit den professionellen Streikbrechern versöhnen? Statt gefährliche Illusionen in die Reformierbarkeit des bürgerlichen Staates und seiner rassistischen bewaffneten Kräfte zu schüren, will die Spartakist-Jugend dagegen Jugendliche zum revolutionären Programm gewinnen, das für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom bürgerlichen Staat eintritt.

In einem Akt von elementarer Solidarität verteidigten TU-Studenten Ende April bei einer Spontandemo drei Jugendliche, die festgenommen wurden. Die Bullen griffen sich dabei bezeichnenderweise zwei Immigranten heraus. Daraufhin blockierten die Studenten so lange den Hardenbergplatz, bis alle drei wieder freikamen. Gerade heute im Zeichen der staatlich geschürten PKK-Hysterie sind Immigranten und besonders Jugendliche der zweiten und dritten Generation oft die Zielscheibe von rassistischen Bulleneinsätzen. Der Kampf an den Unis muß sich zentral gegen die international berüchtigten rassistischen Diskriminierungen an deutschen Hochschulen richten: So existiert für Immigranten eine offizielle Zulassungsquote von 5,5 Prozent, um deren Zugang zu den Unis zu begrenzen. Die TU Berlin ist mit 17 Prozent eingewanderten Studenten eine deutliche Ausnahme. Neben den rigiden Arbeitsverboten und BaföG-Beschränkungen sind deutsche Hochschulen sogar dafür verschrien, nichtdeutsche Studienabschlüsse, wenn überhaupt, nur begrenzt anzuerkennen. Gleiches Recht für alle! Weg mit jeglichen Quoten! Nieder mit dem rassistischen Numerus clausus!

Mit den Sparangriffen sollen die Unis jetzt noch mehr von Immigranten und Arbeiterkindern gesäubert werden. Als Marxisten gehen wir davon aus, daß die herrschenden Ideen die Ideen der Herrschenden sind. Die Universitäten funktionieren traditionell als Kaderschmieden der Bourgeoisie, sie sind Trainingsstätte der zukünftigen Manager, Politiker und Wissenschaftler. Jedoch bedeutet das für uns nicht, die kulturellen und wissenschaftlichen Reichtümer der bürgerlichen Gesellschaft schlicht zu verwerfen. Im Gegenteil: Eine gebildete Öffentlichkeit hätte den kapitalistischen Unterdrückern gerade noch gefehlt. Wissen ist Macht! wußte schon die frühe Arbeiterbewegung. Und wir Spartakisten wollen die Studenten, die für ihre Rechte kämpfen, für die Seite der Arbeiterklasse gewinnen. Wir fordern: Kostenlose, qualifizierte Bildung für alle! Weg mit den Studiengebühren! Für ein ausreichendes Stipendium für alle Studenten! Unis unter die Kontrolle der Studenten, Dozenten und Uni-Arbeiter!«

Internationale Unterstützung für brasilianische Gewerkschaft

Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!

Letzten Monat veröffentlichte die Gruppe Luta Metalúrgica (LM - Metallarbeiterkampf) in Volta Redonda den nebenstehend abgedruckten dringenden Aufruf zu internationaler Arbeitersolidarität gegen den finsteren Überfall der berüchtigten Militärpolizei auf eine Versammlung der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter (SFPMVR). Das Komitee für soziale Verteidigung wandte sich daraufhin am 23. März mit einem Schreiben an die Arbeiterbewegung und alle Verteidiger von demokratischen Rechten, um „die Verteidigung dieser Gewerkschafter aufzugreifen und in die Forderung einzustimmen: ‚Schluß mit den gefährlichen Polizeiprovokationen gegen Gewerkschaftsaktivisten in Volta Redonda! Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!'" Das blutige Massaker an landlosen Bauern im Amazonasgebiet am 17. April, als die brasilianische Militärpolizei mit Schußwaffen gegen eine Sitzblockade der Landlosen vorging und 19 Menschen ermordete, zeigt mit schrecklicher Deutlichkeit, wie dringend erforderlich internationale Arbeitersolidarität ist.

Als Antwort auf den Aufruf von LM gab es eine Flut von internationaler Unterstützung durch Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen. Die Führung der SFPMVR unter ihrem Vorsitzenden Geraldo Ribeiro gab ein vierseitiges Extrablatt ihrer Zeitung *Gestão Municipários em Luta* (oben abgebildet) heraus, das eine Auswahl der Protesterklärungen aus aller Welt enthielt.

In Brasilien griff die Gewerkschaft der Bankangestellten von São Paulo den Fall in ihrer Zeitung *Folha Bancária* auf. Die Partido de Trabajadores por el Socialismo (PTS Internationales Büro - Brasilien) und die Partido Operário Revolucionário (POR) erhoben Protest. Auch der Leiter des historischen Instituts der Universität von São Paulo, Professor Raquel Glezer, schickte eine Erklärung. Mario do Carmo Lopes Paes, Mitglied des Vorstands der SFPMVR und Gründer der „Nationalen Bewegung der Straßenkinder in Volta Redonda", betonte die tödliche Gefahr, die von der Polizei ausgeht:

> „Wir wissen um die unzähligen Gewalttaten der städtischen Polizei, der Militärpolizei, der nationalen Polizei und der paramilitärischen Kräfte ... besonders gegen Streikende im öffentlichen Dienst und allgemein gegen die Bewegung der Unterdrückten und Ausgebeuteten, zu denen sicher auch die Straßenkinder gehören."

Aus den USA kam eine Solidaritätserklärung von der Ortsgruppe 808 der Transportarbeitergewerkschaft in New York. Aus Kanada schickte die Ortsgruppe Toronto der Postarbeitergewerkschaft ein Protestschreiben, ebenso die Ortsgruppe 391 der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes in Vancouver. Aus Britannien protestierte der schottische Verband der Feuerwehrgewerkschaft mit einem Solidaritätsschreiben, ebenso wie Jimmy Nolan, der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers der Hafenarbeiter in Liverpool. Seit letztem September stehen diese Hafenarbeiter in einem harten Kampf zur Verteidigung ihrer Gewerkschaft.

Aus Japan kam eine Erklärung von der Ortsgruppe Minato Godo, die zum Bezirksverband Osaka der Nationalen Gewerkschaft der Maschinenarbeiter in der Metallindustrie gehört. Im Februar hatte die japanische Polizei 41 Razzien in Büros und Wohnungen von Mitgliedern dieser kämpferischen Gewerkschaftsgruppe durchgeführt. Aus Südafrika gingen Erklärungen der Transportarbeitergewerkschaft Turning Wheel Workers Union und der Gruppe Workers Organisation for Socialist Action (WOSA - Arbeiterorganisation


GESTÃO MUNICIPÁRIOS em LUTA

Pela independência de classe dos trabalhadores 11 DE ABRIL DE 1996

Polícia: é parte ou inimiga do movimento operário?

SOLIDARIEDADE INTERNACIONAL

Zeitschrift von Mitgliedern der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in Volta Redonda veröffentlichte internationale Protesterklärungen gegen einen Überfall der Militärpolizei auf eine Gewerkschaftsversammlung. Die Titelseite brachte einen Artikel des in der Todeszelle sitzenden amerikanischen politischen Gefangenen Múmia Abu-Jamal

für sozialistische Aktion) ein. Letztere schrieb:

> „Die Tatsache, daß die gegenwärtige vom ANC geführte Regierung der nationalen Einheit in Südafrika auch begonnen hat, sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu beugen - und zwar durch ein freiwilliges Programm zur strukturellen Anpassung, das sich gegen Arbeiter und ihre Organisationen richtet -, hat die Arbeiter gegenüber solchen Polizeimaßnahmen empfindlicher gemacht, von denen Luta Metalúrgica spricht: ‚Streikbruch und brutale rassistische Angriffe, welche die tägliche Realität vom kapitalistischen „Recht und Ordnung" in Brasilien sind'."

Aus Australien gingen Erklärungen der Landesbezirke Victoria und Central New South Wales von der Seeleute-Gewerkschaft Australiens ein sowie von der Gewerkschaft Medien, Unterhaltung und Kunst von New South Wales. Aus Mexiko kamen unter anderem Schreiben von der Ortsgruppe 9 der SNTE (Gewerkschaft Erziehung und Unterricht) und von der Costureras „19 de Septiembre" (Textilgewerkschaft).

Auch der amerikanische Historiker Howard Zinn und Serge Klarsfeld, der Vorsitzende der Vereinigung der Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden, schickten Stellungnahmen. Aus Deutschland kamen Erklärungen vom Maler Willi Sitte, vom Schriftsteller Erik Neutsch und von Almuth Beck, die Mitglied der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag ist. Der israelische Verteidiger der Palästinenser-Rechte und Überlebende des Holocaust Israel Shahak hob hervor, daß „in einer Zeit, wo eine rechte Welle die Welt überrollt, die wichtigste Sache die Verteidigung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist."

Und aus Mexico City schrieb der Enkel von Leo Trotzki, Esteban Volkov:

> „Ich schließe mich den energischen Protesten gegen die Einmischung von Polizei und Militär in die legitimen Gewerkschaftsversammlungen und Kämpfe der Arbeiterbewegung in Volta Redonda, Brasilien, an. Unter jedem Regime, das vorgibt, die Menschenrechte zu achten, verstößt diese Einmischung gegen die elementarsten Rechte der Arbeiter, und sie gehört zu den dunklen Seiten des Faschismus. Die Arbeiterklasse, die den ganzen Reichtum schafft, muß das volle Recht haben, ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten ohne Einschüchterung und Répression seitens des Staatsapparats durchzuführen."«

Brasilien: Militärpolizei überfällt Gewerkschaftsversammlung

Hände weg von der Gewerkschaft in Volta Redonda!

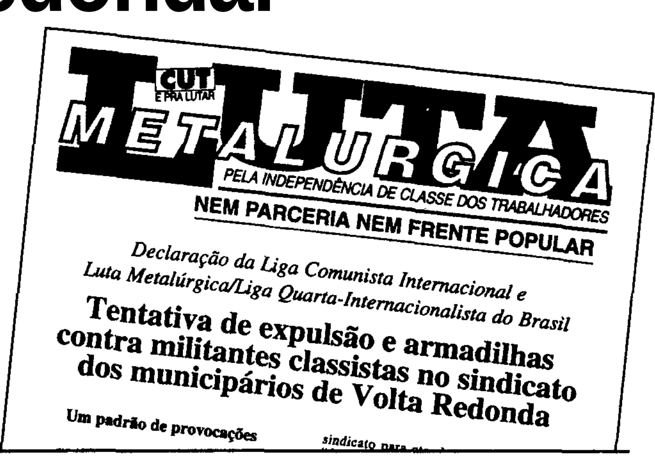
Nachfolgend drucken wir einen dringenden Appell von Luta Metalúrgica (LM - Metallarbeiterkampf) im brasilianischen Stahlzentrum von Volta Redonda nahe Rio de Janeiro. Am 13. März wurde eine Versammlung der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter von der berüchtigten mörderischen Militärpolizei überfallen. Es ist lebenswichtig, daß die Polizei und die staatlichen Stellen, die ihr die Befehle geben, die Botschaft erhallen, daß die Arbeiterbewegung und alle, die demokratische Rechte verteidigen, sich in der ganzen Welt solidarisch gegen diese Bullenprovokation gegen kämpferische Teile der brasilianischen Arbeiterbewegung stellen.

Die Gruppe Luta Metalúrgica, die kürzlich den Namen Liga Quarta-intemacionalista do Brasil (LQB - Liga der Vierten Internationalisten von Brasilien) annahm, ist brüderlich mit der Internationalen Kommunistischen Liga verbunden, deren deutsche Sektion die Spartakist-Arbeiterpartei ist. Im letzten August organisierte LM in Brasilien Kundgebungen von Arbeitern/Schwarzen gegen die drohende Hinrichtung des schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal, der in Pennsylvania, USA, in der Todeszelle sitzt. Zu einer Protestkundgebung am 10. August in Volta Redonda hatte die gleiche Gewerkschaft der städtischen Arbeiter mit aufgerufen, die heute angegriffen wird.

Das Komitee für soziale Verteidigung ruft die Leser des Spartakist *dringend auf, die Verteidigung dieser Gewerkschafter aufzugreifen. Der folgende Appell wurde mit ergänzenden Dokumentationsmaterialien verbreitet und ist auf Nachfrage beim KfsV erhältlich.*

In der Stadt Volta Redonda, Brasilien, gab es eine Reihe von immer mehr um sich greifenden Provokationen gegen die Führung der kämpferischen Gewerkschaft der städtischen Arbeiter von Volta Redonda (SFPMVR), die ihren Höhepunkt erreichten, als die Militärpolizei in bedrohlicher Weise in eine Gewerkschaftsversammlung eindrang. Am Nachmittag des 13. März, als eine Mitgliederversammlung der SFPMVR vor dem Stadtratsgebäude stattfand, wurde ein offenbar vorsätzlich geplanter physischer Angriff auf den Gewerkschaftsvorsitzenden Geraldo Ribeiro verübt, der im letzten November über die Liste der „Municipários em Luta" (MEL - Städtische Arbeiter im Kampf) gewählt wurde. Kaum fünf Minuten nach diesem Angriff erschien ein Kommando von vier Militärpolizisten, bewaffnet mit Pistolen und Schrotflinten, bei der Versammlung. Bedrohlicherweise kam auch der stellvertretende Leichenbeschauer dazu, bekannt als „Pereira", der gerade als Stadtrat kandidiert.

Obwohl der Gewerkschaftsvorsitzende Ribeiro es schaffte, die Polizei zu beschwichtigen, und obwohl niemand verletzt wurde, war dies ein potentiell tödlicher Angriff auf die SFPMVR, auf den CUT-Gewerkschaftsverband, dem sie angegliedert ist, und auf die gesamte Arbeiterbewegung. Die Militärpolizei ist berüchtigt für ihre Morde an Straßenkindern, an Schwarzen, an Bauern und anderen, die von den Behörden als „verdächtig" angesehen werden. Wir wenden uns dringend an Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen in ganz Brasilien und überall auf der Welt, um diese Ungeheuerlichkeit zu verurteilen, und fordern: Polizei - Hände weg von der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter von Volta Redonda! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!


CUT É PRA LUTAR
LUTA METALÚRGICA
PELA INDEPENDÊNCIA DE CLASSE DOS TRABALHADORES
NEM PARCERIA NEM FRENTE POPULAR
Declaração da Liga Comunista Internacional e Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil
Tentativa de expulsão e armadilhas contra militantes classistas no sindicato dos municipários de Volta Redonda
Um padrão de provocações

Aufruf zum Protest gegen den Überfall der Militärpolizei auf eine Gewerkschaftsversammlung der städtischen Arbeiter, herausgegeben von kämpferischen Arbeitern in der brasilianischen Stahlstadt Volta Redonda

Das Eingreifen der Militärpolizei wurde von einem gewissen Artur Bonizete Fernandes eingefädelt, der Sekretär der Gewerkschaft ist und während der letzten zwei Monate eine Kampagne von Provokationen durchführte mit dem Ziel, einen Putsch zu inszenieren, um den Gewerkschaftsvorsitzenden Geraldo Ribeiro und seinen Berater Alexandre Honorato „Cerezo", Führer von Luta Metalúrgica (LM), zu entmachten. Schon zu Beginn der Versammlung am 13. März begann eines der Mitglieder der Artur-Fraktion, Sebastião de Fátima Batista Passos, bekannt als „Motorzinho", Geraldo zu provozieren, indem er versuchte, den Vorsitzenden der SFPMVR an der Leitung der Gewerkschaftsversammlung zu hindern, die von etwa 50 Leuten besucht wurde. Als die anwesenden Arbeiter „Geraldo presidente" riefen, versuchte Motorzinho weiter sich durchzusetzen, griff schließlich nach Ribeiros Arm und riß ihm dabei die Knöpfe vom Hemd. Geraldo blieb nur deshalb unverletzt, weil Gewerkschaftsmitglieder energisch eingriffen, um ihn zu verteidigen, während der Angreifer weiterhin wüste Flüche gegen ihn ausstieß.

Kaum fünf Minuten nach dieser Auseinandersetzung trafen die vier Militärpolizisten ein. Es waren zwei Feldwebel und zwei Gefreite, letztere mit Schrotflinten und Pistolen bewaffnet. Schrotflinten werden in Brasilien im allgemeinen nicht bei Streiksituationen benutzt, sondern eher in extrem gewalttätigen Auseinandersetzungen. Sie sind die bevorzugte Waffe der ROTA, der Militärpolizei im Bundesstaat São Paulo, die international als eine der brutalsten Polizeikräfte der Welt bekannt ist.

Die Militärpolizisten sagten, sie wären gekommen, weil man sie gerufen hätte, und fragten, ob es Unruhe gäbe. Der Gewerkschaftsvorsitzende Geraldo antwortete, daß alles unter Kontrolle wäre. In diesem Moment zeigten Artur und Motorzinho wütend auf Cerezo, wiesen die Militärpolizei auf ihn hin und behaupteten, Cerezo hätte gedroht, sie umzubringen. Cerezo zeigte der Polizei, daß er unbewaffnet

Fortgesetzt auf Seite 8

Brasilien...

Fortsetzung von Seite 7

war. Die Militärpolizisten steckten ihre Schrotflinten weg, kamen aber mit Schlagstöcken zurück, postierten sich an strategischen Punkten um die Versammlung und stellten sie unter Polizeibelagerung.

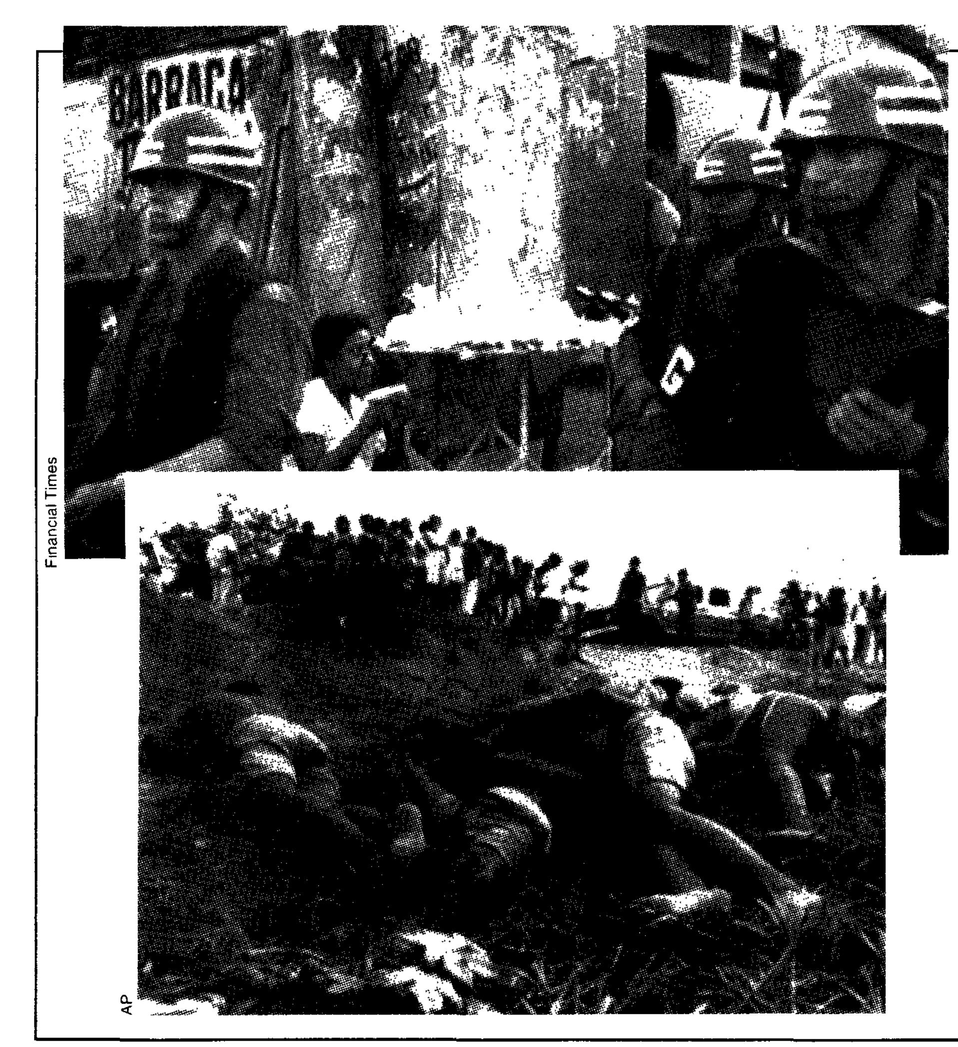
Später trafen drei städtische Polizisten (Guardas) ein, und in der Versammlung selbst waren auch einige Zivilpolizisten. Jemand hörte zufällig mit, als einer von ihnen sagte, sie wären von Artur für 10 Real (17 D-Mark) pro Kopf angeheuert worden, aber er wäre besorgt, daß sie vielleicht nach Arturs Meinung nicht bezahlt würden, weil sie zu spät gekommen waren.

Dieser Angriff erfolgt zu einer Zeit, in der die Bundesregierung und der Kongreß eine Verfassungsänderung vorbereiten, um die Errungenschaften, die Rechte und die Arbeitsplatzsicherheit der städtischen Arbeiter zu beseitigen, was den Weg zu Massenentlassungen ebnen soll. Dies ist ein Teil der Bestrebungen, die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter zu zerstören, die unaufhörlich gegen Entlassungen durch die Stadtverwaltung von Volta Redonda gekämpft hat. Die SFPMVR hat in den letzten Jahren sieben Streiks durchgeführt und erfolgreich 2800 angedrohte Entlassungen verhindert. Der Gewerkschaftsvorsitzende Geraldo spielte bei diesen Streiks eine führende Rolle. Der Zeitpunkt des Polizeiüberfalls ist besonders besorgniserregend, da Geraldo in den letzten Wochen daran arbeitete, die städtische Polizei von der Gewerkschaft zu trennen, weil die Polizei kein Teil der Arbeiterbewegung ist. Die Polizei hat die Aufgabe, Streiks zu brechen und die rassistischen Angriffe durchzuführen, die im brasilianischen Kapitalismus von „Recht und Ordnung" tagtägliche Realität sind.

Geraldo wurde als Spitzenkandidat der MEL-Liste mit überwältigenden 62 Prozent zum Vorsitzenden der SFPM-VR gewählt, gegen eine Liste, die von der gelben Gewerkschaft Força Sindical, von der Volksfrontregierung der Stadt Volta Redonda und von Lima Netto unterstützt wurde - einem Abgeordneten der [rechtsgerichteten Partei] PFL im Bundesparlament. Limo Netto, der schon früher 10 000 Entlassungen im Werk der Nationalen Stahlgesellschaft (CSN) durchgesetzt hatte und der auch der Autor des Parceria-Systems [„Partnerschaft"-System, gemeinsame Komitees von Gewerkschaft und Management] ist, zieht zu Felde, um die Arbeitsplatzsicherheit der Regierungsangestellten abzuschaffen. Die bürgerliche Lokalpresse wie *Diáno do Vale* war besonders über die Verbindungen der MEL-Liste zur Gruppe Luta Metalúrgica empört, die in Brasilien gut bekannt ist für ihren prinzipienfesten Kampf für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter sowie für ihre politische Opposition zur Volksfront der Klassenzusammenarbeit, die von Lulas Partido dos Trabalhadores (PT - Arbeiterpartei) angeführt wird.

Hinter Artur Fernandes und seinen Kumpanen stehen mächtige Kräfte. Schon während der Wahlkampagne im vergangenen Jahr wurde die MEL von der Regierung gezielt angegriffen. Die bürgerliche Lokalpresse griff Ribeiro und Alexandre Honorato „Cerezo" von Luta Metalúrgica in bösartiger Weise als „Radikale" an. Cerezo, ein gefeuerter Stahlarbeiter, kandidierte vor einigen Monaten für den Vorsitz der Gewerkschaft der Metallarbeiter in der Region Sul Flumiense (wo sich auch das inzwischen privatisierte CSN-Werk befindet). Dabei stand er auch in Opposition zu Força Sindical und einer Volksfront-Liste. Jetzt ist er ein Berater der SFPMVR. Geraldo ist Bezirkssekretär des regionalen CUTXjewerkschaftsverbandes, und Cerezo ist zweiter Vor-

Fortgesetzt auf Seite 10



Financial Times

AP

Todesschwadronen der Polizei ermorden Straßenkinder

Die brasilianische Polizei ist berüchtigt für die Ermordung schwarzer Straßenkinder in den riesigen Favelas (Ghettogebiete) im Umkreis der großen Städte. Oben: Militärpolizei patrouilliert durch den Stadtteil Rocinha in Rio de Janeiro. Unten: sechs Kinder, massakriert in der Hüttenstadt Duque de Caixas im November 1991.

Erst kürzlich, am 15. März, tötete eine polizeiliche Todesschwadron drei Straßenkinder außerhalb der Bezirkshauptstadt Belo Horizonte. Sich selbst als „Eingreiftruppe" bezeichnend, hinterließen die kaltblütigen Mörder einen Brief, in dem sie sich über die niedrigen Löhne für die Bullen beschweren und drohen, daß „das Blutritual nicht aufhören wird".

Das ist die groteske Vorstellung dieser Mörderbullen von einer „Arbeitsaktion". Wir sagen: *Die Polizei ist der bewaffnete Arm der Bourgeoisie! Bullen raus aus den Gewerkschaften!*

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



Polizei: Bestandteil oder Feind der Arbeiterbewegung?

„Autorität kommt nie ohne Haß."
- Euripides

Im großen Staat Brasilien, der den Löwenanteil Südamerikas ausmacht, ist die Frage der Funktion der Polizei der Kernpunkt der Arbeiterkämpfe um die Macht, das Leben der Werktätigen zu verbessern.

In Volta Redonda, einem Industriezentrum nahe Rio de Janeiro, ist diese Frage zentral aufgetaucht mitten in einem internen Machtkampf unter führenden Arbeitern des öffentlichen Dienstes.

Am 13. März 1996 wurde eine Sitzung der Municipal Workers Union [Gewerkschaft der städtischen Arbeiter] durch die weltweit berüchtigte und mörderische Militärpolizei überfallen, die schwerbewaffnet versuchte, mit Schrotflinten einen Disput unter den Arbeitern „beizulegen". Anwesende berichteten, daß diese überraschende Reaktion nur Augenblicke später stattfand, nachdem der als „Motorzinho" bekannte wichtige Agent des MWU-Sekretärs Artur Bonizete Fernandes einen wohlüberlegten physischen Angriff auf den MWU-Vorsitzenden Geraldo Ribeiro verübt hatte, einen kämpferischen Gewerkschafter.

Das Gefährliche und noch nie Dagewesene an dieser Situation ist die Herbeirufung der Bullen: Wer tat das? Und warum?

Aus allen Berichten geht klar hervor, daß der Gewerkschaftsvorsitzende Ribeiro sie nicht gerufen hat, und als sie auftauchten, sagte er ihnen, alles sei unter Kontrolle. Später hörten einige Arbeiter, wie Polizisten in Zivil darüber sprachen, daß Artur (der Gewerkschaftssekretär) jedem von ihnen 10 Real (17 D-Mark) schulde, sie aber befürchteten, vielleicht nicht bezahlt zu werden, da sie „zu spät" dran waren (zu spät wofür, fragt man sich?).

In jedem Fall ist die Einladung der Polizei, und noch ominöser *dieser* Polizeieinheit, mitten in einen internen Gewerkschaftsdisput eine wirklich schreckliche Entwicklung. *Diese* Einheit, die Militärpolizei, ist als Todesschwadron bekannt, die ihre mörderische Spezialausbildung an den schwarzen, braunen und armen Slum-Kindern der Favelas und Straßen Rios praktiziert. Sie sind (wie die Polizei in Philadelphia) Experten darin, kleine Kinder zu töten.

Im Zentrum des Konflikts von Luta Metalúrgica (LM - Metallarbeiterkampf) und der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes steht eine Frage, die jetzt weltweite Implikationen hat - was ist die Rolle der Polizei? Sind sie einfach Arbeiter, wie Glasbläser, Müllarbeiter oder Angestellte? Oder sind sie Agenten der reichen und besitzenden Klassen - der Herrschenden?

Man kann versucht sein, ersteres anzunehmen, denn arbeiten sie nicht, wie andere auch, für Lohn?

Erst wenn man sich die Natur dieser Arbeit ansieht, vom Standpunkt historischer und gegenwärtiger Ereignisse, kommt letzteres zum Tragen.

Geschichtlich hat die Polizei immer den Status quo beschützt, selbst wenn dieser „Status" böse und repressiv war. Während der Bürgerrechtsära war es die Polizei, die diejenigen, die - friedlich! - für Bürgerrechte kämpften, prügelte, blutig schlug und verhaftete. Die Bundespolizei beschattete, belauschte, sabotierte und, in den Worten des FBI, „neutralisierte" diejenigen, die heute geehrte Veteranen jenes Kampfes sind, wie Reverend Martin Luther King (Junior & Senior!), den Nationalisten Malcolm X und den Gründer der Black Panthers, Dr. Huey P. Newton. Die Polizei half Propagandisten des weißen Herrenmenschentums bei vielen ihrer rassistischen Kampagnen.

Ähnlich ist die Polizei in Brasilien Organisator der Répression gewesen, von der Zerschlagung von Organisationen der Bevölkerung und Gewerkschaften bis zu der ruchlosen Ermordung brasilianischer Straßenkinder im Sold ,der Geschäftsleute. Wenn der Status quo ungerecht ist, der Ungleichheit dient und repressiv ist, wie kann irgend jemand ihn schützen?

In diesem Zusammenhang muß man die Einladung der ruchlosen Militärpolizei in die Belange der Gewerkschaft als das böse Omen „sehen", das es wirklich ist, und wenn man dies sieht, muß man es verurteilen und scharf dagegen protestieren.

Der Vorsitzende Ribeiro und sein Verbündeter Alexandre Honorato „Cerezo" von Luta Metalúrgica (Liga Quarta-Internacionalista do Brasil) rufen zu Protesten auf gegen die Anwesenheit und die Provokationen der Polizei in Gewerkschaftsangelegenheiten.

Proteste sollten gerichtet werden an: Marcello Alencar, Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro, Palácio Guanabara, Rua Pinheiro Machado s/n, Laranjeiras, CEP 22238-900, Rio de Janeiro, R.J., Brasilien, Fax-Nr. (005521) 553-6090.

Solidaritätserklärungen können geschickt werden an: Geraldo Ribeiro, Rua União No. 147, Bairro Santo Agostinho, CEP 27290-000, Volta Redonda, R.J., Brasilien.

Das zentrale Prinzip: Polizei, Hände weg von den Gewerkschaften!

31. März 1996

Am 22. Mai legten Jamals Anwälte in Philadelphia neues machtvolles Beweismaterial vor, welches unterstreicht, daß der schwarze Journalist an der Ermordung des Polizisten Daniel Faulkner im Jahre 1981 unschuldig ist und nur wegen seiner politischen Ansichten und aufgrund abgekarteter Beschuldigungen seit 1982 in der Todeszelle sitzt. Die damalige wichtige Zeugin Verónica Jones hat jetzt eidesstattlich erklärt, daß sie während des Prozesses im Jahr 1982 von der Polizei Philadelphias zur Falschaussage gegen Jamal erpreßt wurde. Dieses neue Beweismaterial stärkt Jamais seit Februar vorliegenden Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania.

* * *

Geld für Jamals Rechtsverteidigung wird mehr als je dringend gebraucht! Spendet auf das Konto des Komitees für soziale Verteidigung: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal".

Brasilien...

Fortsetzung von Seite 8

sitzender der CUT auf Bezirksebene; sie wurden im November 1993 in diese Ämter gewählt.

Schema einer Provokation

Durch eine geplante Kampagne, die physische Provokationen, Geheimtreffen und Verleumdungsartikel in der Presse der Bosse umfaßte, haben Artur Fernandes und seine Kamarilla versucht, dem Vorsitzenden Geraldo Ribeiro die Kontrolle der Gewerkschaft zu entreißen. Ein erstes Flugblatt, das seinen Hinauswurf forderte, wurde von den Verschwörern gerade zwei Tage vor anstehenden Verhandlungen mit dem Bürgermeister über Lohnforderungen herausgegeben. Das Ergebnis: Der Bürgermeister vertagte die Verhandlungsrunde, mit dem vorgeschobenen Argument, es gebe eine interne Auseinandersetzung in der Gewerkschaft. Dann kam ein weiteres Flugblatt der Verschwörer, das Geraldo des „Verrats" beschuldigte, weil er die Arbeiter mobilisiert und Geheimtreffen mit dem Bürgermeister abgelehnt hatte.

Der 13. März sollte der krönende Abschluß des versuchten Futsches zur Entfernung des Gewerkschaftsvorsitzenden werden. In einem Skandalflugblatt der Möchtegern-Postenräuber wurde zuerst derjenige Programmteil der MEL-Liste - zu der auch Artur gehörte! - zitiert, der erklärt, daß alle Ebenen der Polizei und der bewaffneten Kräfte, einschließlich der städtischen Polizei, den „bewaffneten Arm der Bourgeoisie" darstellen; *dann folgt der provokatorische Aufruf, zur Versammlung zu kommen, um „die Polizei zu verteidigen".* Das war ein eindeutiger Versuch, bei der Versammlung eine physische Konfrontation mit der Polizei zu provozieren. Die Arbeiter auf der Versammlung unterstützten Geraldo jedoch mit überwältigender Mehrheit und bestätigten ihn als Vorsitzenden. Als die Verschwörer sahen, daß ihr Plan nach hinten losging, nahmen sie Zuflucht zu physischer Konfrontation.

Wer rief die Militärpolizei? Artur selbst gab am folgenden Morgen, dem 14. März, in der Radiosendung „Diário de Paula" des Senders FM-88 zu, daß er es selber war. Er behauptete, daß der Gewerkschaftsvorsitzende Geraldo angeblich Motorzinho angegriffen hätte - das genaue Gegenteil der Tatsachen. Tatsächlich hatte Artur nach dem Angriff von Motorzinho ihm geraten, sich zu entschuldigen. Dies zeigt, daß Artur lügt. In der gleichen Radiosendung beschuldigte Artur Luta Metalúrgica, ihm nach dem Leben zu trachten, und er benutzte dies als Entschuldigung für das Heranziehen der Militärpolizei und das Anheuern der städtischen Polizei zum „Schutz". Eine weitere, tödliche Lüge! Tatsächlich ist es Artur, der die Führer von MEL und LM der Gewalt des Staates aussetzt, so wie er es am 13. März herbeizuführen versuchte.

Noch nie haben Gewerkschaftsmitglieder in der Geschichte der SFPMVR die Militärpolizei dazu gebracht, in Gewerkschaftsversammlungen einzugreifen. Arbeitern in Volta Redonda ist die mörderische Brutalität des Militärs auf tragische Weise bekannt. Während der Militärdiktatur 1964-85 war dies eine „Nationale Sicherheitszone" aufgrund der Bedeutung des CSN-Stahlwerks, des größten in Lateinamerika. Während des Stahlstreiks von 1988 wurden drei Arbeiter - William, Valmir und Barroso - von der Armee ermordet.

Die Militärpolizei ist berüchtigt wegen der rassistischen Morde an Hunderten von überwiegend schwarzen Straßenkindern im Bundesstaat Rio de Janeiro, darunter die niederträchtigen Massaker von Candelária und Vigário Geral; ebenso für die Morde an zwei Führern der Bewegung der Schwarzen im November 1994, und für das „Verschwinden" des schwarzen Gewerkschafters Joël Rufino sowie die Morde an weiteren Linken. Die Zeitung *O Globo* (13. September 1991) berichtete, daß in der Gegend von Volta Redonda von Januar bis August 1991 mindestens 113 Kinder von der Militärpolizei ermordet wurden. Auch die städtischen Guardas werden verdächtigt, in diese Verbrechen verwickelt zu sein. Die Militärpolizei ist zusammen mit der Armee auch für das Massaker an Bauern im Bundesstaat Rondônia verantwortlich, bei dem im letzten August „offiziell" elf Menschen ermordet wurden. Vor kurzem griffen sie mehr als 3000 Bauernfamilien an, die im Bundesstaat Pará Land besetzt hatten.



Spartakist

Einheitsfrontaktion im August 1995 für Múmia Abu-Jamal, initiiert von Luta Metalúrgica

Wir rufen die Arbeiterbewegung und die Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen in Brasilien und überall in der Welt auf, gegen diesen ungeheuerlichen Angriff auf die städtischen Arbeiter von Volta Redonda zu protestieren, und fordern: *Stoppt die gefährlichen Polizeiprovokationen gegen engagierte Gewerkschafter in Volta Redonda! Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!*

Danke für Eure Unterstützung.
Mit Arbeitergrüßen

Luta Metalúrgica/Liga Quarta-internacionalista do Brasil
20. März 1996

Wir bitten dringend darum, Proteste an die folgenden Personen zu senden:

Marcello Alencar, Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro, Fax (005521) **553-6090; und an: Paulo César Baltazar, Bürgermeister der Stadt Volta Redonda, RJ, Fax (00** 55 243) **46-4954.**

Solidaritätserklärungen bitte an: Geraldo Ribeiro, Rua União No. 147, Bairro Santo Agostinho, Volta Redonda, RJ, Brasilien; und an: Luta Metalúrgica, Av. Lucas Evangelista, n/ 418 sala 306, Aterrado, CEP 27295-320, **Volta Redonda, RJ, Brasilien.**

International können Kopien von Solidaritätserklärungen an das Komitee für soziale Verteidigung geschickt werden: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50,10507 Berlin, Fax (0 30) 4 43 94 02.

Dokumentation ist beim Büro von Luta Metalúrgica erhältlich.

Spartakist-Jugend

Bericht aus Hamburg: Aktion zur Verteidigung eines Flüchtlingswohnheims

Direkt vor dem 20. April, dem Jahrestag von Hitlers Geburtstag, an dem verstärkt Nazi-Terroranschläge drohen, erfuhren Genossen der SpAD und der Spartakist-Jugend, daß in der Nacht zuvor ein Flüchtlingswohnheim in Hamburg-Tonndorf völlig ausgebrannt war. Niemand wurde verletzt, aber nahezu alle persönlichen Sachen der Bewohner wurden vernichtet. Mehrere Flüchtlinge nahmen an, daß es ein Brandanschlag von Faschisten war. Als sich herausstellte, daß es in der Nähe ein zweites Wohnheim gab, diskutierten wir mit den Bewohnern, ob wir sie beim Schutz in der folgenden Nacht unterstützen könnten. An jeder Tür haben wir geklingelt und mit den Leuten über die Verteidigung ihres Wohnheimes gesprochen. Viele haben uns gleich freundlich in ihre Wohnung gebeten. Wo es Verständigungsprobleme gab, fand sich jemand, der übersetzte.

Bereits in der folgenden Nacht blieben einzelne Familien auf, um Wache zu halten. Mehrere Leute fingen an, für eine Versammlung am Abend zu mobilisieren, um den nächtlichen Schutz für den 20. April zu organisieren. Abends stellte eine Frau aus Serbien einen Raum zur Verfügung. Es gab eine Versammlung, wo sich alle vorstellten. Frauen, Männer und Kinder aus mehreren afrikanischen Ländern, aus Pakistan, Ex-Jugoslawien, der Türkei und Afghanistan drängten sich in dem kleinen Raum.

Als ein Familienvater fragte, warum nicht die Polizei den Schutz übernimmt, unterstrich ein Jugendlicher die Wichtigkeit, sich selbst zu verteidigen. Wir erklärten die Notwendigkeit von Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Faschisten zu stoppen. Die Rolle der Polizei und des Staates hatte sich erst kürzlich bei dem schrecklichen Wohnheimbrand in Lübeck gezeigt, wo die Polizei statt der Täter einen libanesischen Flüchtling verhaftete, der selbst fast in den Flammen umgekommen wäre. Viele gaben uns recht.

Es wurde diskutiert, wie die Wache ablaufen soll. Eine Liste wurde herumgereicht, wo sich jeder für eine der drei Schichten verpflichten sollte, damit nicht alle die ganze Nacht wachbleiben mußten. Alle waren so entschieden bei der Sache, daß sich einer nach dem anderen für die ganze Nacht eintrug. Wir bildeten gemeinsame Patrouillen, die regelmäßig um das Haus und den Block gingen. Als wir darum gebeten wurden, bezogen wir ein weiteres Wohnheim in der Nähe mit ein. Im „Wachraum" gab es bis zum Schluß immer Genossen und Leute aus dem Wohnheim in Bereitschaft.

Während der Aktion führten wir interessante Diskussionen. Viele der Flüchtlinge waren aufgrund religiöser Unterdrückung geflohen und berichteten in bewegenden Worten über ihre Schicksale, so z. B. über die Unterdrückung aramäischer Christen in der Türkei. Sie wußten recht wenig vom Marxismus, und doch verstanden sie gut, daß die soziale Macht der Arbeiterklasse eingesetzt werden muß - zusammen mit allen potentiellen Opfern der Nazis, um die Faschisten wirksam zu stoppen. Um 5 Uhr 30 haben wir die Aktion beendet, ohne daß es einen Vorfall gegeben hat. Wir wurden freundlich verabschiedet. Obwohl diese gemeinsame Aktion bescheiden war, gab sie doch einen guten Vorgeschmack davon, wie machtvoll die Verwirklichung dieser Perspektive der Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten sein wird. Wenn ihr mit uns dafür kämpfen wollt, ein für allemal mit dem faschistischen Terror Schluß zu machen, dann kommt zur Spartakist-Jugend und kämpft mit uns für die sozialistische Revolution.«

Verteidigt die Autonome Antifa (M)!

Am 14. August soll der Mammutprozeß gegen 17 Mitglieder der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen anlaufen, nach einer jahrelangen Kampagne von Razzien, Wohnungsdurchsuchungen und Überwachung. Sie sind unter dem berüchtigten Paragraphen 129/129a angeklagt, „verbrecherische Straftaten einer kriminellen Vereinigung" begangen zu haben: Sie trotzten dem „Vermummungsverbot" bei Demonstrationen mit „schwarzen Blöcken", wo sie wiederholt Polizeiangriffe abwehren mußten. Außerdem gelang es ihnen, einige Nazi-Nester auszuheben.

Der von Bismarcks Sozialistengesetzen stammende „Anti-Terrorismus"-Paragraph 129 wurde vom Zweiten an das Dritte zum Vierten Reich weitergereicht. Er wurde von der SPD-Regierung in den 70er Jahren bei der Hetzjagd auf RAF-Unterstützer verschärft. Diese Gedankenpolizeigesetze brandmarken jeden als „Terroristen", der es wagt, sich gegen den herrschenden Staat zu organisieren. Wie Mumia Abu-Jamal zu der jahrelangen Verfolgung von *Radikal*-Journalisten schrieb: „Die Hausdurchsuchungen durch Regierungstruppen wegen Radikal, der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. und der AIZ sind eine Einschüchterungstaktik, die dazu dienen soll, Angst zu verbreiten und jeglichen Dissens gegenüber dem Staat durch Kriminalisierung zum Schweigen zu bringen."

Diese staatliche Unterdrückung richtet sich letztlich direkt gegen die Arbeiterbewegung: wenn Streikpostenketten wirklich Streikbrecher stoppen, wenn Arbeiterverteidigungsgruppen aufgebaut werden, um ihre eingewanderten Kollegen zu verteidigen. Wir brauchen Einheitsfrontaktionen der Arbeiter/Immigranten und von antirassistischen Jugendlichen, um die Faschisten zu stoppen und das grundlegende Recht zu schützen, sich zu organisieren und die Wahrheit über die rassistische, sexistische, ausbeuterische Bourgeoisie-zu sagen.

Jüngst haben Gericht und Generalstaatsanwaltschaft den Angeklagten „angeboten", ein „Schuldeingeständnis" abzugeben und sich von der Politik von Antifa (M) zu distanzieren. Außerdem sollen sie auf die aus Privatwohnungen beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände verzichten. Als Gegenzug für diese Selbsterniedrigung und Denunziation wurde ihnen eine Geldstrafe von „nur" 100 000 DM offeriert, die sie - als Höhepunkt des Zynismus - an die Gedenkstätte Buchenwald zahlen sollten. Diesen heimtückischen Plan, der von dem Göttinger SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Oppermann initiiert wurde, wiesen alle 17 Angeklagten empört zurück.

Gemeinsam mit den Angeklagten fordern wir die sofortige und bedingungslose Einstellung des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M), die Herausgabe des gesamten beschlagnahmten Materials und die Abschaffung der Paragraphen 129/129a.

Spendet für Prozeßkosten: Antifaschistische Liste, Konto Nr. 150497006, Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01, Stichwort „Resolution".

Revolution und Konterrevolution in Spanien

Volksfront erwürgte die Spanische Revolution

Über: *Land and Freedom* von Ken Loach

Der Film *Land and Freedom* (Land und Freiheit) des britischen Regisseurs Ken Loach hat eine Menge Interesse und Debatten über die dramatischen historischen Ereignisse ausgelöst, die zur Niederlage der proletarischen Kräfte in der Spanischen Revolution der 30er Jahre führten. Loachs Film stellt die Erfahrungen eines jungen Mitglieds der Kommunistischen Partei aus Liverpool in den Mittelpunkt, der sich als Freiwilliger für den Kampf in Spanien meldet. Er landet in einer Miliz, die von der POUM (Arbeiterpartei für Marxistische Einheit) organisiert wird. Nach und nach wird ihm klar, daß die Stalinisten die revolutionären Kämpfe verraten, um eine diplomatische Allianz mit den kapitalistischen Herrschern des „demokratischen" Frankreichs und Britanniens zu zementieren.



Militant

Szene aus *Land and Freedom.* Loachs Film stellt den Verrat der Stalinisten während des Spanischen Bürgerkriegs heraus, entschuldigt dagegen den Verrat der POUM und der Anarchisten

Loach und dem Drehbuchautor Jim Allen ging es mit *Land and Freedom* offensichtlich um eine politische Botschaft an die heutige Jugend. Die Geschichte wird in Rückblenden erzählt - anhand der Briefe des Helden aus Spanien und von Zeitungsausschnitten der damaligen Zeit, die von seiner Enkelin gelesen werden. Der Film endet am Grab des alten Mannes in London, wo die Enkelin, zusammen mit alten Genossen, William Morris (britischer sozialistischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts) rezitiert und die geballte Faust erhebt. Zweifellos bringt *Land and Freedom* für viele junge Leute eine Brise frischen Winds. Wir haben hier einen populären Film, der offen und stolz die Seite der revolutionär gesinnten Kämpfer gegen den Kapitalismus einnimmt, eine willkommene Abwechslung zur täglichen Kost der Lügen über den „Tod des Kommunismus".

Loachs machtvolle Verurteilung des stalinistischen Verrats im Bürgerkrieg hat den Zorn der heutigen Sprecher der Kommunistischen Parteien hervorgerufen, besonders in Spanien und Italien. Aber *Land and Freedom* erzählt beileibe nicht die ganze Geschichte des Verrats in Spanien. Statt dessen glorifiziert der Film die Rolle der zentristischen POUM und auch der mitgliederstarken und einflußreichen spanischen Anarchisten der CNT (Nationale Konföderation der Arbeit). Denn bei jeder entscheidenden Situation schlössen sich die POUM und die anarchistischen Führer den Stalinisten und der Sozialistischen Partei an und spielten eine Schlüsselrolle dabei, die Arbeiterklasse in die Katastrophe zu führen. Sie taten dies, indem sie eine Koalition mit kapitalistischen Kräften unterstützten und sich ihr schließlich anschlössen: der Volksfront.

Der Spanische Bürgerkrieg stößt bis heute auf Resonanz, weil er messerscharf die Frage aufgeworfen hat, welche Klasse herrschen soll: die Bourgeoisie oder das Proletariat. Ein Sieg in Spanien hätte die Regime von Hitler und Mussolini massiv geschwächt und in ganz Europa den Weg zu einer Arbeiterrevolution freigemacht. Statt dessen gab der Triumph von Francos reaktionären Kräften Hitlers imperialistischem Eroberungsfeldzug Auftrieb und markierte den Beginn des Zweiten Weltkriegs. 1941 hat dann Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfallen. Vier Jahrzehnte lang sollte Spanien unter dem eisernen Griff der francoistischen militärbonapartistischen Herrschaft bleiben.

Mit den Worten von Leo Trotzki, dem Gründer der Vierten Internationale, war die Niederlage der spanischen Arbeiter durch die blutige Reaktion „eines der tragischsten Kapitel der modernen Geschichte". Aber dies war keineswegs unvermeidlich. Während des ganzen Verlaufs der Revolution und der Konterrevolution führte Trotzki einen unnachgiebigen Kampf gegen das Programm der Klassenkollaboration, das von den Hauptorganisationen der Arbeiterklasse vertreten wurde. Seine Briefe und Polemiken über Spanien (zusammengefaßt im Buch *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39)* drückten seine Entschlossenheit aus, eine proletarische Avantgardepartei zu schmieden, die sich auf das Programm des Bolschewismus und die Lehren der Russischen Revolution 1917 gründet.

Nach der tragischen Niederlage stellte Trotzki die Frage: Wie war es möglich, daß die Kräfte Francos, die keine feste Unterstützung in der Armee und in der Bevölkerung hatten,

als Sieger hervorgehen konnten, die die Arbeiter und Unterdrückten im Blut ertränkten? Die Antwort war, daß Franco mehr vorzuweisen hatte als nur kannibalische Grausamkeit - er bekam Hilfe von der anderen Seite der Schlachtlinie. Indem die Volksfront die Arbeiter an ihren Klassenfeind fesselte, diente sie als entscheidendes Hindernis für die Revolution und ebnete den Weg zur blutigen Katastrophe.

Spanien - welche Klasse soll herrschen?

Spanien war ein überwiegend rückständiges Land, wo beinahe 70 Prozent der Wirtschaft auf Landwirtschaft basierte und sich das meiste Land im Besitz einer winzigen Gruppe von Großgrundbesitzern befand. Aber die unerledigten bürgerlich-demokratischen Aufgaben der Spanischen Revolution - Umverteilung des Landes an die Bauern, Trennung von Staat und Kirche, die Rechte der nationalen Minderheiten, selbst die elementarsten Rechte der Frauen - konnten innerhalb des Rahmens des Kapitalismus nicht gelöst werden. Trotzki bezog sich auf die Theorie der permanenten Revolution, die durch die Erfahrungen der Russischen Revolution bestätigt worden war, und erklärte, daß nur die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse diese grundlegenden Aufgaben lösen kann. Damit waren die sozialistischen Aufgaben und die internationale Ausweitung der Revolution auf die Tagesordnung gesetzt.

Die trotzkistische Linke Opposition kämpfte dafür, eine internationalistische und revolutionäre Perspektive aufrechtzuerhalten gegen den Verrat der stalinistischen Bürokratie, die 1924 in der Sowjetunion die politische Macht an sich gerissen hatte. Mit dem Dogma des „Sozialismus in einem Land" belebte Stalin die Theorie der Revolution „in Etappen" wieder (die von den Menschewiki stammte, die sich der Russischen Revolution entgegengestellt hatten). Diese antimarxistische Position führte 1925-27 in China zu tragischen Konsequenzen, als Stalin der Kommunistischen Partei befahl, vor der bürgerlich-nationalistischen Guomindang (Kuomingtang) von Tschiang Kaischeck zu kapitulieren. Tschiang dankte es ihm mit einem Massaker an Zehntausenden von Kommunisten und kämpferischen Arbeitern.

1933 kam Hitler in Deutschland an die Macht, ohne daß auch nur ein Schuß fiel. Verantwortlich dafür war die verräterische Politik der „Dritten Periode" von Stalin und der Kommunistischen Partei Deutschlands, die erst das Programm für eine Arbeiterrevolution abschrieben, um dann kriminellerweise dem Kampf für Arbeitereinheitsfrontaktionen zur Zerschlagung der Faschisten den Rücken zu kehren. Dies führte zur politischen Entwaffnung des Proletariats. Nicht lange nach Hitlers Triumph wurden die Parteien der stalinisierten Kommunistischen Internationale (KI) angewiesen, mit dem Aufbau von Volksfronten zu beginnen. Diese Kehrtwendung fiel zusammen mit den Versuchen der von Panik erfaßten sowjetischen Bürokratie, sich bei den Bourgeoisien der „demokratischen" imperialistischen Länder anzubiedern, was bedeutete, revolutionäre Kämpfe im Zaum zu halten und sich ihnen entgegenzustellen. 1935 kodifizierte der Siebente Weltkongreß der KI die neue Politik und erklärte, daß der Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus nicht mehr auf der Tagesordnung sei.

In Spanien war die KP anfänglich die schwächste der bedeutenderen Parteien der Arbeiterklasse, sie hatte kaum Wurzeln im Proletariat und war durch ihre vorherige Politik der „Dritten Periode" diskreditiert. Die anarchistische Gewerkschaft CNT hatte den größten Anhang in der Arbeiterklasse, sie war - wie auch die Sozialistische Partei (PSOE) - in einen linken und einen rechten Flügel gespalten.

Die Kräfte, die sich in Spanien um die trotzkistische Linke Opposition sammelten, waren anfänglich in einer starken Position. Zu ihnen gehörten prominente Führer der Arbeiterklasse wie Andres Nin, ehemaliger Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale der KI, und Jüan Andrade, ein früherer Jugendführer der PSOE. Ende 1932 stellten sie eine der größeren Sektionen der Internationalen Linken Opposition. Aber dieses enorme Potential wurde verschleudert. Unter Nins Führung gingen die spanischen Anhänger der Linken Opposition scharfen politischen Auseinandersetzungen aus dem Weg, was sie dazu brachte, die Möglichkeiten zu ignorieren, die sich durch die politische Gärung bei sozialistischen und anarchistischen Arbeitern und Jugendlichen ergaben. Gegen Trotzkis beharrlich vorgebrachte Argumente lehnten sie die Taktik des Eintritts in die Sozialistische Jugendorganisation ab und verpaßten die entscheidende Gelegenheit, Militante anzusprechen und zu gewinnen, die ein Programm suchten, das zur Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse führen konnte.

Statt dessen paßte sich Nin politisch an den „Arbeiter- und Bauernblock" von Joaquin Maurin an und wurde zu dessen Vordenker. Dieser Block war aus einer Rechtsabspaltung der Kommunistischen Partei in Katalonien entstanden. Maurins Organisation stand auf einem Programm der „demokratischen Revolution", die Trotzki als „,Kuomingtangismus' reinsten Wassers, auf spanische Verhältnisse übertragen", bezeichnete. Trotzdem fuhr Nin fort, eine prinzipienlose Fusion mit dieser Gruppe in die Wege zu leiten, die dann zur Bildung der POUM führte.

Im Oktober 1934 gab es massive Arbeiterkämpfe: Generalstreiks in Madrid und Barcelona und dann einen Arbeiteraufstand im asturischen Bergarbeitergebiet. Die Regierung antwortete mit massiver Repression, Tausende wurden umgebracht. Dieser heroische Aufstand signalisierte das Erwachen des spanischen Proletariats und führte im ganzen Land zur Bildung von Einheitsfront-Arbeiterkomitees (alianzas obreras). Um die ansteigenden Kämpfe zu kanalisieren, bildeten die Führer der größeren Arbeiterparteien

Fortgesetzt auf Seite 14



Dentelles, Barcelona

Januar 1937: POUM-Miliz verläßt die Lenin-Kaserne in Barcelona, um zur Aragon-Front zu ziehen

Land and Freedom...

Fortsetzung von Seite 13

Anfang 1936 eine Volksfrontallianz. Dieser Pakt der Klassenkollaboration umfaßte die bürgerlichen Republikaner, die Kommunistische Partei, die PSOE (beide Flügel)... und die POUM. Das Volksfrontabkommen sprach sich explizit gegen die Verstaatlichung des Bodens aus, versprach Loyalität gegenüber der Bourgeoisie und verpflichtete sich, „für die allgemeinen Interessen der Wirtschaft und der nationalen Produktion" zu arbeiten.

Die Wahlen führten zu einer Volksfrontregierung unter dem bürgerlichen Republikaner Manuel Azafia, an der auch Vertreter der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei und dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsverband UGT teilnahmen. Von Anfang an versuchte die Regierung Azanas, die Unruhe unter den Arbeitern zu unterdrücken, indem sie die Zeitungen der Arbeiterklasse zensierte und Streikführer verhaftete.

Im Juli 1936 begannen dann General Franco und andere führende Offiziere der Armee eine Rebellion und proklamierten die Notwendigkeit eines autoritären katholischen Staates. Aus Angst vor der Reaktion der Arbeiter versuchte die bürgerliche Volksfrontregierung die Nachrichten über den Aufstand zu unterdrücken, dann versuchte sie mit Franco zu verhandeln, und während der ganzen Zeit weigerte sie sich, die Massen zu bewaffnen. Sie rechnete allerdings nicht damit, daß die Arbeiter die Sache selber in die Hand nehmen würden. Innerhalb von Tagen wurde Francos Militärrevolte in zwei Dritteln des Landes zurückgeschlagen, weil die Arbeiterklasse sich bewaffnete und den Kampf aufnahm.

Das republikanische Spanien war in eine revolutionäre Situation eingetreten. Wie in Rußland zwischen Februar und Oktober 1917 war dies eine Periode der Doppelherrschaft, mit zwei gegnerischen Polen: der bürgerlichen Regierung und den bewaffneten Arbeitermilizen. Die Arbeiterklasse patrouillierte auf den Straßen, organisierte die Kriegsführung und übernahm die Leitung der Fabriken. In Katalonien waren Transport und Industrie in der Hand der Fabrikkomitees der CNT, während in einem Großteil der Region die Bauernverbände und Landarbeitergewerkschaften das Land in Besitz nahmen. Komitees, die alle antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften repräsentierten, ersetzten die alten Stadtverwaltungen. Das wichtigste war das Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen von Katalonien.

Aber über allem stand die Volksfrontregierung, die alleinige Hüterin der bürgerlichen Klassenherrschaft im republikanischen Spanien. Die meisten Kapitalisten und Großgrundbesitzer waren aus der Republik desertiert und zu Franco geflohen. Trotzki beschrieb die wenigen kleinbürgerlichen Rechtsanwälte, die geblieben waren, als „Schatten der Bourgeoisie". Ihre Bedeutung war jedoch sehr real: Durch sie garantierten die reformistischen Arbeiterparteien die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsformen. Groteskerweise verteidigten die Volksfrontparteien sogar Spaniens koloniale Besitztümer und weigerten sich, zur Unabhängigkeit Marokkos aufzurufen, weil sie befürchteten, damit potentielle bürgerliche „Verbündete" abzuschrecken, besonders in London und Paris.

In Rußland forderten Lenin, Trotzki und die Bolschewiki in der Periode der Doppelherrschaft: „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern! Alle Macht den Sowjets!" Aber in Spanien unterstützten die POUM und die anarchistische CNT-FAI (Iberische Anarchistische Föderation) die regionale bürgerliche katalanische Regierung, die Generalität, und traten ihr im September 1936 sogar bei. Dann ging der Führer der Generalität, Companys, daran, den Repressionsapparat des bürgerlichen Staates zu verstärken; das Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen wurde aufgelöst und die bewaffneten Arbeiter erhielten den Befehl, der bürgerlichen „Volksarmee" beizutreten. Kurz darauf wurde die POUM aus der Regierung geworfen, weil ihre Dienste nicht mehr benötigt wurden. Die Regierung stellte inzwischen eine Einheit aus ihren 20 000 Carabineros (Zollpolizisten) als Sturmtruppe zusammen.

Land and Freedom beschönigt, verschleiert und entschuldigt die politische Unterstützung der POUM für die Volksfrontregierung und ihren letztendlichen Eintritt. In einer Szene versucht Bianca, ein Mitglied der POUM-Miliz, den Helden des Films, David Carr, davon zu überzeugen, mit den verräterischen Stalinisten zu brechen und sich der POUM anzuschließen. Sie beschreibt, wie POUM-Mitglieder zur Strecke gebracht wurden, wie ihre Zeitungen verboten und ihre Mitglieder aus der Regierung geworfen wurden. Trotzki und seine spanischen Unterstützer haben die POUM klar und eindeutig gegen den Staatsterror verteidigt. Aber was hatte die POUM, eine vorgeblich revolutionäre Organisation, überhaupt in einer bürgerlichen Regierung zu suchen? Immer wieder kapitulierten die Führer der POUM im Namen der „antifaschistischen Einheit" vor der republikanischen Regierung. Sie sanktionierten die Auflösung der revolutionären Komitees. Zusammen mit der CNT veröffentlichten sie kommentarlos das Dekret, das die Arbeiter entwaffnete.

Die Maitage in Barcelona

Der Wendepunkt der Revolution kam 1937 mit den Maitagen in Barcelona. Dort zeigte sich die Stärke des Proletariats anschaulich mit der bewaffneten Besetzung des Fernmeldeamtes, des markantesten Gebäudes im Zentrum Barcelonas, vor allem durch Arbeiter der anarchistischen CNT. Dies ermöglichte es den aufständischen Arbeitern, die Aktivitäten der bürgerlichen Regierungen in Katalonien und Valencia zu überwachen.

Am 3. Mai starteten die Stalinisten eine Provokation und griffen das Fernmeldeamt an. Innerhalb weniger Stunden errichteten Arbeiter in ganz Barcelona Barrikaden und brachten praktisch die ganze Stadt unter ihre Kontrolle. Felix Morrows Buch *Revolution und Konterrevolution in Spanien* beschreibt lebendig diese Situation:

> „... strömten die Arbeiter in die lokalen Zentren der CNT-FAI und der P.O.U.M., bewaffneten sich und bauten Barrikaden... In der ersten Nacht gab es fast überhaupt keine Schußwechsel, denn die Arbeiter waren überwältigend stärker als die Regierungstruppen. In den Arbeitervorstädten übergab ein Großteil der Regierungs-Polizei, der keine Lust zum Kampf hatte, seine Waffen friedlich."

Barcelona war in der Hand des bewaffneten Proletariats. Die bürgerlichen Kräfte waren demoralisiert, als die Volksfront mit den Barrikaden der Arbeitermassen konfrontiert war. Noch einmal war die Arbeiterklasse in der Position, um die Macht zu kämpfen. Aber die Führer der Anarchisten und der POUM kapitulierten vor der Volksfrontregierung und gaben die Barrikaden gegen ein leeres „Versprechen" auf „Verhandlungen" auf.

Diese Niederlage brach dem Kampf gegen Franco das Rückgrat. Die republikanische Regierung schickte 6000 Mann Sturmtruppen (ausgerüstet mit sowjetischen Waffen) und tötete Hunderte von Arbeitern, Zehntausende wurden ins Gefängnis geworfen. Die POUM wurde verboten. Andres Nin, der Trotzkist Erwin Wolf, der linke anarchistische Führer Camillo Berneri und zahlreiche andere proletarische Kämpfer wurden von den Stalinisten ermordet. Im Januar 1939 marschierten Francos Truppen in Barcelona ein; der Widerstand war schon lange vorher zerschlagen worden.

Wenn auch die Stalinisten bei der Niederschlagung der Maitage die Mordschützen gewesen sind, waren es aber in einem politischen Sinn die anarchistischen Führer, mit der POUM im Schlepptau bei allen entscheidenden Wendepunkten, die bei diesen Ereignissen die ausschlaggebende konterrevolutionäre Rolle gespielt haben. Morrow erzählt von der Wut der Arbeiter, als ihre Führer ihnen die Befehle gaben, die Barrikaden aufzugeben. Er beschreibt, damals „zerrissen anarchistische Arbeiter *Solidaridad Obrera* [Zeitung der CNT] und erhoben die Fäuste und Gewehre gegen die Radios". Die CNT-Führer belogen die Arbeiter darüber, was in der Stadt passierte, und forderten sie auf, den Einmarsch der Sturmgarden nicht zu blockieren. Sie versuchten ihre Weigerung, die Macht zu ergreifen, damit zu entschuldigen, daß dies nur die Intervention der Franzosen und Briten provozieren würde. Sie lieferten sogar ihre eigenen Kämpfer der Repression aus, indem sie eine Meldung an die Presse verteilten, die die linksanarchistischen Freunde Durrutis als „Agents provocateurs" denunzierte.

Was die POUM angeht - die nach Morrows Schätzungen allein in Katalonien von rund 30 000 Arbeitern unterstützt wurde -, beging sie im entscheidenden Augenblick schändlichen Verrat. Selbst zu der Zeit, als verbitterte anarchistische Arbeiter ihre CNT-Zeitungen zerrissen, schlug die POUM in die gleiche Kerbe wie die CNT-Führer und forderte die Arbeiter auf, die Barrikaden zu verlassen.

In einem unvollendet gebliebenen Artikel aus dem Jahr 1940 mit dem Titel „Klasse, Partei und Führung - Warum wurde das spanische Proletariat besiegt? (Fragen marxistischer Theorie)" unterstreicht Trotzki die Bedeutung des „subjektiven Faktors" in der Politik - die Notwendigkeit für eine revolutionäre Partei, die darauf vorbereitet ist, den Kampf um die Macht zu führen. Er betonte in bezug auf Spanien: „Die Marschlinie der Arbeiter wich immer von der Linie der Führung in einem gevissen Winkel ab, und in den kritischsten Momenten betrug der Winkel 180 Grad. Die Führung hat dann bei der gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiter direkt oder indirekt Hilfe geleistet." Genau so sah die verräterische Rolle aus, die die Irreführer der Anarchisten und der POUM während der Maitage in Barcelona spielten.

Die spanischen Trotzkisten (Sección Bolchevique-Leninista de Espana) und die linken Anarchisten der Freunde von Durruti (benannt nach einem populären anarchistischen Führer, der bei der Verteidigung Madrids gegen Franco gefallen war) waren die einzigen Organisationen, die zur Verteidigung der Barrikaden aufriefen und ein Programm zur Machtergreifung aufstellten.

Trotz ihrer geringen Zahl produzierten und verbreiteten die Trotzkisten am 4. Mai das folgende Flugblatt massenhaft auf den Barrikaden (zitiert nach Morrow):

„LANG LEBE DIE REVOLUTIONARE OFFENSIVE
Keine Kompromisse. Entwaffnung der republikanischen Nationalgarde und der reaktionären Assalto-Garden. Dies ist der entscheidende Moment. Das nächste Mal wird es zu spät sein. Generalstreik in allen Industriezweigen, ausgenommen jene, die mit der Fortführung des Krieges verbunden sind, bis zum Rücktritt der reaktionären Regierung. Nur die proletarische Macht kann den militärischen Sieg sichern.
Vollständige Bewaffnung der Arbeiterklasse.
Lang lebe die Einheit der Aktion von CNT-FAI-P.O.U.M."

Loach und Allen sahen sich gezwungen, die Maitage von 1937 in ihren Film einzubauen. Aber die Szenen, die dieses Schlüsselereignis darstellen, sind historisch ungenau, verzerrt, sogar trivialisiert. In „Mein Katalonien" beschreibt George Orwell Barcelona zu dieser Zeit als „eine Stadt, wo die Arbeiterklasse im Sattel saß". Trotzdem reduzieren Loach und Allen die Mai-Ereignisse auf ein Feuergefecht von Balkon zu Balkon in einer Szene, in der wiederholt eine wütende Frau vorkommt, deren Einkaufstasche sich wegen der Schießerei auf die Straße leert! Dem Film ist kein Hinweis auf die massive organisierte Präsenz und Macht der Arbeiterklasse zu entnehmen.

Es gibt einen politischen Grund, warum *Land and Freedom* die Maitage in Barcelona so massiv verzerrt. Wenn diese Ereignisse auch nur annähernd in ihrer wirklichen Bedeutung und Intensität dargestellt worden wären, hätte dies zu scharf die Frage gestellt nach der Verantwortung der POUM und der Anarchisten für den Verrat an der Revolution gegenüber dem Regierungsangriff.



Centelles, Barcelona

Anarchistische Miliz 1937. Die Spanische Revolution wurde durch die Volksfront verraten, die die Arbeiter an ihren Klassenfeind fesselte

Anarchismus und der spanische Verrat

Viele linke Jugendliche sympathisieren heute mit dem Anarchismus, weil sie glauben, daß er kompromißlos gegen den Kapitalismus stehe, wobei ihnen dessen Rolle bei der Niederlage der spanischen Arbeiterklasse nicht bewußt ist. Die spanischen Ereignisse wurden zum großen Test für diese Strömung - in einem Land, in dem der Anarchismus eine starke Unterstützung hatte, die bis ins letzte Jahrhundert zurückging.

Der Eintritt der CNT-FAI in die Regierungen von Katalonien und Madrid 1936 entlarvte die grundlegende Politik des Opportunismus und der Klassenkollaboration der Anarchisten. Die Maitage in Barcelona zwangen sie, sich zwischen ihrer Basis in der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie zu entscheiden. Sie wählten die Bourgeoisie. Wie die stalinistischen Bürokraten nur allzu gut wußten, waren im Kontext des Bürgerkriegs konterrevolutionäre Methoden unvermeidlich, um die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufrechtzuerhalten - und auch die anarchistischen Irreführer spielten ihre Rolle in diesem sehr schmutzigen Spiel.

Fortgesetzt auf Seite 27

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)



Ursprünge des Bolschewismus

Die russische revolutionäre Tradition

Der folgende Artikel aus Women and Revolution *Nr. 41, Sommer/Herbst 1992, dessen erster Teil in der vorigen Ausgabe des* Spartakist *(März/April 1996) erschienen ist, ist die überarbeitete Abschrift einer Rede, die Joseph Seymour, Mitglied der Redaktion von* Women and Revolution, *bei einer Schulung der Spartacist League/U.S. am 2. Mai 1992 in der BayArea in Kalifomien gehalten hat. Sie fand zu einem Zeitpunkt statt, als die konterrevolutionären Kräfte unter Jelzin angesichts des ausbleibenden Arbeiterwiderstands gerade dabei waren, ihre Macht zu konsolidieren und die Sowjetunion zu zerstören.*

Teil zwei von zwei

1878 hörte Vera Sassulitsch, daß einer ihrer Genossen im Gefängnis beinahe zu Tode geprügelt worden war. Sie zog ihre besten Kleider an, ging zum Gefängnis, bat darum, dem Gefängnisdirektor eine Petition übergeben zu dürfen, und als sie in sein Büro kam, zog sie eine Waffe und schoß auf ihn aus nächster Nähe. Sie tötete ihn jedoch nicht. Die zaristischen Behörden dachten, dies sei ein glasklarer Fall, und anstatt sie wegen eines politischen Verbrechens vor einem Sondertribunal anzuklagen, stellten sie sie wegen eines gewöhnlichen Verbrechens vor Gericht, mit einer Jury, die sich aus der St. Petersburger Oberschicht zusammensetzte. Und sie wurde freigesprochen, denn die Jury befand, dies sei ein gerechtfertigter Akt moralischer Empörung gewesen!

Der Freispruch schockierte viel mehr als die Schüsse. Graf Leo Tolstoi, der Autor von *Krieg und Frieden,* drückte die Ansichten der Bildungselite aus, als er Sassulitschs Freispruch „einen Vorboten der Revolution" nannte. Die Führer der Volkstümler zogen die gleiche Schlußfolgerung: Wenn selbst eine Jury aus der Oberschicht eine Frau, die sich offen zum Terrorismus bekennt, freispricht, dann müßte eine Kampagne des Terrorismus eine enorme Unterstützung bei der Bevölkerung haben. Marx und Engels in London schlußfolgerten in ähnlicher Weise, daß unter den besonderen Bedingungen Rußlands eine Terrorkampagne der Funke zu einer Volksrevolution sein *könnte.*

Der einzige Intellektuelle der Volkstümler, der damit nicht übereinstimmte, war Plechanow, der warnte, daß der alleinige Effekt der Erschießung Alexanders II. wäre, daß er durch einen anderen Alexander mit einer anderen Nummer hinter dem Namen ersetzt würde. Er wollte weiterhin unter den ländlichen und städtischen Massen Propaganda und Agitation betreiben. 1879 spaltete sich „Land und Freiheit": Eine kleine Minderheit ging mit Plechanow - der Hauptteil änderte seinen Namen in Narodnaja Wolja („Volkswille"), und sein erklärtes Ziel war es, den Zaren zu ermorden, um eine Volksrevolution auszulösen. Zwei Jahre später, nach zahlreichen erfolglosen Versuchen, gelang es ihnen, Alexander II. durch ein Attentat zu töten.

Wenige Tage vor dem geplanten Attentat wurde der Hauptorganisator, Andrei Scheljabow, bei einer Routine-Razzia der Polizei verhaftet. Zum Glück kannte seine Partnerin Sophia Perowskaja alle Pläne und übernahm die Operation. Die grundlegende Idee war, daß sie dachten, sie wüßten, wo die Kutsche des Zaren ein paar Tage später vorbeikommen würde. Und sie hatten zwei Leute mit Bomben, den Werfer Nr. 1 und, falls der es nicht schaffen würde, den Werfer Nr. 2. Also rauschte die Kutsche vorbei, und Werfer Nr. 1 warf die Bombe. Sie landete leider etwas hinter der



Vezenberg and Co.

St. Petersburg, 1897: Lenin (sitzend, Mitte) mit anderen Führern der Gruppe „Befreiung der Arbeit", eine der ersten marxistischen Gruppen, die Massenagitation im Proletariat betrieb. Rechts neben Lenin (sitzend) Martow

Kutsche. Sie verwundete einen Kosaken aus der Leibgarde, die Kutsche hielt an, und der Zar stieg aus, um zu sehen, was passiert war. Und alle Herumstehenden sagten: „Oh, Eure Majestät, lobet Gott, daß Sie gerettet sind!" Der erste Werfer, der zu diesem Zeitpunkt von den Kosaken der Leibgarde festgehalten wurde, sagte: „Seid nicht so schnell dabei, Gott zu loben!" Und genau in dem Augenblick kommt der zweite Werfer hinzu, wirft die Bombe und sprengt Alexander II. in die Luft.



Volk und Welt

Links: Vera Figner, ehemalige Führerin der terroristischen Gruppe Volkswille. Im hohen Alter wurde sie zu einer loyalen Verteidigerin des sowjetischen Arbeiterstaates. Rechts: Sophia Perowskaja von der Gruppe Volkswille organisierte 1881 die Ermordung Alexanders II., Zar von Großrußland



Radio Times Hulton

So sehr dieser spektakuläre Akt von Kaisermord gefühlsmäßig eine Genugtuung zu sein schien - und selbst Plechanow machte eine Flasche Champagner auf, als er davon hörte -, die Bombe, die Alexander II. in die Luft sprengte, sprengte auch die Illusionen der revolutionären Volkstümlerbewegung. Sie führte nicht zu einem Volksaufstand, und die Verantwortlichen wurden schnell verhaftet und hingerichtet. Es gab ein interessantes Nachspiel. Die Führung vom „Volkswillen" schrieb an den neuen Zaren, daß man seine Krönung nicht stören würde, wenn er Tschernyschewski freilassen würde, der seit beinahe 20 Jahren zuerst im Gefängnis und dann im Exil war. Das zaristische Regime hatte genügend Respekt vor der Effektivität vom „Volkswillen", daß es tatsächlich den alten Mann des russischen Sozialismus freiließ. Aber in den folgenden Jahren zerbrach im Grunde genommen die russische Volkstümlerbewegung, nicht so sehr durch zaristische Repression als vielmehr durch Demoralisierung. Weder Massenagitation noch Terrorismus hatten die zaristische Selbstherrschaft ernsthaft getroffen, sie ging eher noch reaktionärer daraus hervor.

Von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus

Die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts waren der Tiefpunkt der russischen revolutionären Bewegung. 1889 berichtete ein Student in St. Petersburg, das zehn Jahre vorher noch eine Hochburg revolutionärer Aktivitäten gewesen war: „Es gab nur wenige sich aufopfernde Teilnehmer, die sich vollständig der Sache widmeten... Alle wollten das Studium so schnell wie möglich abschließen und dann ausschließlich im Rahmen der Gesetze leben." Doch nur wenige Jahre später sollte eine neue Generation russischer Revolutionäre auftreten und ein für allemal mit der zaristischen Selbstherrschaft Schluß machen.

Die meisten Berichte über den Übergang von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus innerhalb der russischen Intelligenz konzentrieren sich ausschließlich auf Plechanow und seine Genossen. Es ist jedoch wichtig, diesen Übergang in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen. In den 1870er Jahren schien Rußland das einzige Land zu sein, das kurz vor einer radikalen Erhebung stand. Der bombenwerfende russische Narodnik schien das Modell für die europäischen Revolutionäre zu sein. Als Sassulitsch nach Westeuropa floh, nachdem sie wegen der Schüsse auf Trepów freigesprochen worden war, wurde sie nicht nur von Sozialisten, sondern selbst von vielen westlichen Liberalen, die die zaristische Selbstherrschaft haßten, als Heldin begrüßt. Doch ein Jahrzehnt später hatte sich die russische Bewegung der Volkstümler beinahe in nichts aufgelöst. 1878, im gleichen Jahr, als „Volkswille" gegründet wurde, verabschiedete das Bismarck-Régime die sogenannten Sozialistengesetze, deren Ziel es war, die Macht der marxistischen Bewegung in Deutschland zu brechen. Die Arbeitsführer Bebel und Kautsky wurden ins Exil getrieben, und viele Aktivisten wurden ins Gefängnis geworfen. Aber anders als die russischen Volkstümler wurden die Marxisten zur Massenpartei des deutschen Proletariats *trotz* der Repression. Plechanows Einfluß auf eine neue Generation russischer Revolutionäre erwuchs also nicht nur aus seinen brillanten Polemiken gegen die Volkstümlerrichtung, sondern auch daraus, daß er einer der Vordenker der stärksten und wirkungsvollsten sozialistischen Bewegung in Europa war.

Nach der Spaltung von „Land und Freiheit" versuchte Plechanow, eine kleine Propagandagruppe aufzubauen, die sich „Schwarze Umteilung" nannte, aber die zaristische Verfolgung war so intensiv, daß er und seine Genossen ins Exil gehen mußten. Dies brachte sie dazu, ihre theoretischen Grundannahmen und strategischen Perspektiven zu überdenken, und zu Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts ging Plechanow von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus über. Der Übergang enthielt zwei grundlegende Elemente, ein negatives und ein positives. Statt die Bauerngemeinde einfach zu idealisieren, schaute sich Plechanow an, was mit ihr passierte, und er sah, daß seit der Emanzipation der Leibeigenen die kollektiven Elemente der russischen Bauernschaft rapide unterminiert wurden. Eine neue Schicht reicher Bauern, bekannt unter dem beleidigenden Begriff „Kulaken" oder „Fäuste", dominierte zunehmend das Leben des Dorfes, denn sie hatten das Geld. Das war das negative Element. Das positive Element ist, daß Plechanow seine eigenen Erfahrungen in den 70er Jahren verallgemeinerte, daß es doch einen grundlegenden Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern gibt, daß sie nicht einfach ein Teil des Narod, des „Volkes" sind und daß nur die Arbeiter in ihrer Masse für das sozialistische Programm empfänglich sind. Er zog daraus die Schlußfolgerung, daß eine sozialistische Partei in Rußland sich hauptsächlich auf das langsam aber stetig wachsende Proletariat gründen muß.

Plechanow wies die Vorstellung eines auf die Bauern gestützten Sozialismus zurück und zog daraus die Schlußfolgerung, daß Rußland an diesem Punkt seiner wirtschaftlichen Entwicklung keine sozialistische Umwandlung irgendwelcher Art haben könne. Er entwarf eine Theorie dessen, was später die „Revolution in zwei Etappen" genannt wurde. In der ersten Etappe würde die Arbeiterklasse, geführt von der sozialistischen Intelligenz, den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft anführen. Die liberale Bourgeoisie, so wie sie im Westen herrschte, würde dann an die Macht kommen. Die Arbeiter wiederum würden die politische Freiheit erlangen, eine proletarische Massenpartei und eine damit verbündete Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Plechanow dachte auch, daß eine radikal-demokratische Revolution in Rußland die kapitalistische Entwicklung enorm beschleunigen würde und damit das

Fortgesetzt auf Seite 18

Revolutionäre Tradition...

Fortsetzung von Seite 17

zahlenmäßige Gewicht des Industrieproletariats ansteigen lassen und die objektiven wirtschaftlichen Bedingungen für eine sozialistische Revolution in der Zukunft schaffen würde. Deshalb hieß es im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit", die 1883 gegründet wurde:

> „Das heutige Rußland leidet - wie Marx einst über den westeuropäischen Kontinent sagte - nicht nur an der Entwicklung der kapitalistischen Produktion, sondern auch an der Unzulänglichkeit dieser Entwicklung.
> Eine der schädlichsten Konsequenzen dieses rückständigen Zustands der Produktion war und ist immer noch die Unterentwicklung der Mittelklasse, die in unserem Land unfähig ist, die *Initiative* im Kampf gegen den Absolutismus zu übernehmen.
> Darum war die sozialistische Intelligenz verpflichtet, sich an die Spitze der heutigen Befreiungsbewegung zu stellen, deren unmittelbare Aufgabe es sein muß, in unserem Land freie politische Institutionen zu errichten..."

Plechanows Zwei-Etappen-Modell der Revolution wurde innerhalb der marxistischen Bewegung bis zum Beginn der Revolution von 1905 anerkannt, als es, wie Plechanow gesagt hätte, „vom Leben selbst" konfrontiert wurde. Es wurde damals auf unterschiedliche Art und Weise herausgefordert durch Lenins Konzeption der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sowie durch Trotzkis Konzeption der permanenten Revolution.

„Aus dem Funken wird die Flamme schlagen!"

Im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz bestand die Gruppe „Befreiung der Arbeit" nur aus einer Handvoll von Genossen im Exil. Dies spiegelte sowohl die apolitische Stimmung der russischen Intelligenz wider als auch die weiterhin bestehende Dominanz der Volkstümler gegenüber der zusammengeschmolzenen radikalen Bewegung. Allmählich begann Plechanow, eine neue jüngere Generation russischer Intellektueller zu beeinflussen, personifiziert durch Wladimir Iljitsch Uljanow. Seinen eigenen Angaben zufolge war der zukünftige Lenin bis 1887 ein unpolitischer Jugendlicher, als sein älterer Bruder hingerichtet wurde wegen der Beteiligung an einem der letzten Versuche der Volkstümler, den Zaren umzubringen. Alexander Uljanows Hinrichtung radikalisierte seinen jüngeren Bruder, der jedoch in programmatischem und strategischem Sinne nicht den gleichen Weg ging. In den frühen 90er Jahren lehnte der junge zukünftige Lenin ganz bewußt die Volkstümlerrichtung in all ihren damaligen Ausprägungen ab und betrachtete sich als einen Marxisten.

Ab Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts gehörte die revolutionäre Volkstümlerbewegung der Vergangenheit an, und was als Volksümlerrichtung galt, hatte sich mit dem Liberalismus verschmolzen. In den Jahren um 1890 forderten die Marxisten - die sich Sozialdemokraten nannten - als einzige eine demokratische Republik. So konnte Lenin damals schreiben: „Alle wahren und konsequenten *Demokraten* in Rußland müssen *Sozialdemokraten* werden." Die russischen Marxisten hatten eine Stellung eingenommen, die in etwa mit der der revolutionären Volkstümler eine Generation vorher vergleichbar war. Sie waren zur dominierenden Strömung in dem Teil der russischen Intelligenz geworden, der der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung gegenüber von Grund auf feindlich eingestellt war. Sie hatten auch eine kleine Schicht fortschrittlicher Arbeiter gewonnen. Doch sie mußten aus dem engen Zirkelwesen ausbrechen. Dies nannte man den Übergang von der Propaganda zur Agitation. Plechanow definierte



Georgi Plechanow, anfangs ein führender Aktivist der Volkstümler, wurde um 1880 zum Begründer des russischen Marxismus

Dielz Verlag

Propaganda als die Erklärung vieler komplizierter Ideen an wenige und Agitation als die Erklärung weniger grundlegender Ideen an viele.

Der Versuch des marxistischen Propagandazirkels, unter den Arbeitern Agitation zu betreiben, fiel zufällig mit einer größeren Streikwelle zusammen. Als Folge davon fanden sie eine viel positivere Resonanz und erhielten einen größeren Einfluß bei den Arbeitern, als sie anfangs erwartet hatten. Lenin, Martow und die anderen Führer der Bewegung wollten den ökonomischen Widerstand der Arbeiter gegen die Unternehmer auf das Endziel einer radikal-demokratischen Revolution gegen die zaristische Selbstherrschaft lenken. In einer populären Broschüre über die Geldstrafen in den Fabriken schrieb Lenin 1895 zum Beispiel:

> „Sie [die Arbeiter] werden begreifen, daß die Regierung und ihre Beamten mit den Fabrikanten zusammenhalten und daß die Gesetze so abgefaßt werden, daß sie es dem Unternehmer erleichtern, die Arbeiter auszupressen."

Die Wende zur Agitation stieß auf verschärfte zaristische Repression. Lenin, Martow und die anderen Führer, die als erste Generation der russischen marxistischen „Praktiker" bezeichnet wurden - damit waren die russischen Marxisten gemeint, die tatsächlich die Arbeiter organisierten, im Gegensatz zu den älteren Veteranen wie Plechanow und Axelrod, die aus dem Exil für die theoretische Richtung sorgten -, wurden verhaftet. Die Bewegung ging in die Hände jüngerer Leute über, deren Erfahrung durch ihre Beteiligung an den Massenstreiks geprägt war. Sie begeisterten sich so sehr dafür, ihren Einfluß bei den Arbeitern zu steigern, daß sie beschlossen, die Forderung nach einer demokratischen Republik fallenzulassen; diese, so argumentierten sie, habe mit den unmittelbaren Sorgen der Arbeiter so gut wie nichts zu tun und sei bei den rückständigeren Teilen, die noch Illusionen in die Güte des Zaren haben, unpopulär.

Plechanow prangerte diese Tendenz als „Ökonomismus" an, den ein enger Mitarbeiter von Lenin, Potressow, als die utopische Vorstellung vom Aufbau einer wirkungsvollen Gewerkschaftsbewegung unter dem zaristischen Absolutismus definierte. Dennoch wurde der Ökonomismus gegen Ende der 90er Jahre zur dominierenden Strömung in der russischen Sozialdemokratie, sowohl bei den Geheimzirkeln in Rußland als auch hei den Exilorganisationen in Westeuropa.

Im Jahre 1900 wurden Lenin, Martow und Potressow aus ihrem Verbannungsort in Sibirien entlassen. Gemeinsam mit Plechanow und seinen Genossen in Westeuropa gründeten sie die sogenannte Iskra-Gruppe. „Iskra", was „Funke" bedeutet, wurde der Name ihrer Zeitschrift; er ging auf einen Brief zurück, den die zu Gefängnis verurteilten Dekabristen 75 Jahre zuvor an ihren Freund, den großen russischen Dichter Alexander Puschkin, geschrieben hatten. Zur Rechtfertigung ihrer Aktionen sagten die Dekabristen: „Aus dem Fun-

ken wird die Flamme schlagen!" Durch die Wahl dieses Namens erklärte die Iskra-Gruppe, daß das Proletariat der Erbe der Tradition des revolutionär-demokratischen Kampfes gegen die zaristische Selbstherrschaft war und sein mußte. Schon der Name war eine Attacke auf den Ökonomismus.

Auch wenn Plechanow eine der herausragenden Persönlichkeiten des europäischen Sozialismus war, so war doch Lenin die wirkliche treibende Kraft und der wichtigste Organisator der Iskra-Gruppe. Sein unmittelbares Ziel war, den immer noch dominierenden Ökonomisten die Kontrolle über die Bewegung zu entreißen. Die Iskra-Gruppe ging ziemlich schnell als Sieger hervor, zum Teil weil auf allen Ebenen der russischen Gesellschaft eine revolutionäre Gärung einsetzte. Zahlreiche Fabrikarbeiter schlössen sich spontan den Studentenstreiks und -demonstrationen an und widerlegten damit die ökonomistische Vorstellung, daß Arbeiter nur dann auf die Straße gehen würden, wenn es um ihren persönlichen Lebensunterhalt geht - eine sehr engstirnige und entwürdigende Vorstellung. Die Engstirnigkeit der ökonomistischen Perspektive war selbst unter den Ökonomisten diskreditiert.

Für Lenin war die Führung der Bewegung nur der erste Schritt. Der zweite und entscheidende Schritt bestand darin, die lokalen Propagandazirkel zu einer zentralisierten Partei zusammenzufassen, deren Programm, strategische Perspektive und Führung klar definiert sind. In seiner wichtigsten Schrift aus der Iskra-Periode, *Was tun?*, schilderte Lenin die Notwendigkeit für eine solche Partei und benutzte dafür das Bild einer Baustelle:

> „Sagt doch bitte: Wenn Maurer an verschiedenen Stellen die Steine für einen ungeheuer großen, noch nie dagewesenen Bau legen - ist es dann eine ‚papierne' Arbeit, wenn sie eine Schnur ziehen, die die richtige Stelle für das Legen der Steine anzeigt, die auf das Endziel der gemeinsamen Arbeit hinweist ... Und erleben wir denn nicht in unserem Parteileben gerade einen Augenblick, wo wir sowohl über Steine als auch Maurer verfügen, aber nur die allen sichtbare Schnur fehlt, an die sich alle halten könnten?"

Um eine solche Richtschnur zu entwickeln und eine zentralisierte Partei aufzubauen, berief die Iskra-Gruppe für Mitte 1903 einen Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ein. Wie allgemein bekannt, endete dieser Parteitag mit einer tiefgehenden Spaltung zwischen den Bolschewiki (der Mehrheit oder den „Harten"), die von Lenin geführt wurden, und den Menschewiki (der Minderheit, damals die „Weichen" genannt), deren wichtigster Führer Martow war. Zunächst schien es, als ob sich die Spaltung auf organisatorische Gründe beschränken würde: ob man eine stark zentralisierte Partei haben muß, die aus ergebenen Revolutionären besteht, oder, wie es die Menschewiki wollten, eine ungebundenere Partei, die allen Arbeitern und Intellektuellen offensteht, die in einem gewissen Maße die Bewegung aktiv unterstützen. Doch als Rußland auf eine revolutionäre Krise zusteuerte, wurde es immer deutlicher, daß die Differenz über den inneren Charakter der Partei mit Differenzen über die Rolle der Partei in der Revolution zusammenhing, in Wirklichkeit mit Differenzen über die Revolution selbst.

Die permanente Revolution

1904 führte Rußland einen Krieg gegen Japan um die Kontrolle über den Fernen Osten. Die zaristische Selbstherrschaft hatte erwartet, daß eine Welle von patriotischer Solidarität in der Bevölkerung die wachsende soziale Unzufriedenheit ersticken würde. Statt dessen unterminierten die Niederlagen der russischen Armee gegen die Japaner weiter die zaristische Selbstherrschaft. Der „Blutsonntag", das Massaker vom Januar 1905 an friedlichen Arbeitern, die dem Zaren eine Petition überreichen wollten, löste über das ganze Jahr eine Welle von Arbeitermassenstreiks, Bauernaufständen und Militärmeutereien aus. Der Thron der Romanows wackelte heftig, auch wenn er am Ende nicht stürzte. Doch in den ersten Monaten des Jahres 1905 schien der Untergang der Selbstherrschaft unmittelbar bevorzustehen, und daher waren die verschiedenen Fraktionen und Tendenzen der russischen Sozialdemokratie gezwungen, ihre Vorstellungen vom Kurs der Revolution und von der Zeit danach viel konkreter zu erklären.

Die Menschewiki setzten Plechanows anfänglich eher abstrakte Konzeption einer Zwei-Etappen-Revolution um in eine Unterstützung für den liberalen Flügel der russischen Bourgeoisie, der in der Konstitutionell-Demokratischen Partei, auch Kadetten genannt, organisiert war. Ein Volksaufstand zum Sturz des Zaren war das letzte, was die Kadetten wollten. Ihr Ziel war es, den Aufruhr von unten auszunutzen, um auf die zaristische Selbstherrschaft Druck auszuüben, damit diese halbwegs parlamentarische Gremien schaffe, in denen die besitzenden Klassen die dominierende Stellung haben. In der Praxis erwies sich das Festhalten der Menschewiki an der Zwei-Etappen-Revolution, in der die Arbeiter in der ersten Etappe Arm in Arm mit der demokratischen Bourgeoisie gegen die zaristische Reaktion marschieren sollten, als eine Keine-Etappen-Revolution, weil es keine demokratische Bourgeoisie gab, mit der man marschieren konnte.

Lenin erkannte, daß alle Flügel der russischen Bourgeoisie antidemokratisch und antirevolutionär waren und daß eine radikale bürgerlich-demokratische Revolution daher gegen die russische Bourgeoisie und nicht im Bündnis mit ihr stattfinden müßte. Dies war der Kern seiner Konzeption der revolutionär-demokratischen Diktatur des

Fortgesetzt auf Seite 20



Novosti

SDAPR-Block bei Arbeiterdemonstration während der Revolution von 1905. Auf dem ersten Banner steht: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!"

Revolutionäre Tradition...

Fortsetzung von Seite 19

Proletariats und der Bauernschaft. Seine Vorstellung war, daß eine Arbeiterpartei mit Unterstützung der Masse der Bauern in der Lage wäre, Rußland von all der aus dem Feudalismus stammenden Rückständigkeit, der zaristischen Selbstherrschaft, der Bürokratie und der Staatskirche zu säubern. Sie würde die Unterdrückung der Nationalitäten sowie der Juden beseitigen und mit der Ausbeutung der Bauern durch den Landadel Schluß machen.

Diese Konzeption war eindeutig von der Jakobiner-Diktatur in der Großen Französischen Revolution beeinflußt. Doch die Frage blieb: Könnte das Proletariat die Jakobiner-Diktatur im Rußland von 1905 wiederholen; war es möglich, ökonomische Maßnahmen zu ergreifen, die den Interessen großer Teile der besitzenden Klasse schaden würden, und gleichzeitig die Bourgeoisie ökonomisch nicht zu enteignen? Lenin bestand darauf, daß dies keine stabile Regierungsform sein könne, sondern vielmehr „nur eine vorübergehende, zeitweilige Aufgabe der Sozialisten". Zu dieser Zeit vertrat er den Standpunkt (obwohl er später seine Ansicht änderte), daß eine Revolution in Rußland, egal wie radikal sie sei, ohne proletarische Revolutionen in Westeuropa nicht über den Rahmen kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse hinausgehen könne.

Die einzige Person, die damals die Meinung vertrat, daß die Russische Revolution über bürgerliche Wirtschaftsverhältnisse hinausgehen könne und müsse, war Leo Trotzki. Er war einer der jüngeren Führer der Iskra-Gruppe gewesen; bei der Spaltung stellte er sich anfänglich auf die Seite der Menschewiki. In der Revolution von 1905 spielte er eine herausragende Rolle, und im Verlauf dieser Revolution entwickelte er, wie er es nannte, die Lehre der permanenten Revolution, die zum Teil auf Marx' Schriften unmittelbar nach den Revolutionen von 1848 basierte.

In einem Vorwort zu seinen Schriften über die Revolution von 1905, das er 1922 schrieb, faßte Trotzki die Lehre der permanenten Revolution wie folgt zusammen:

> „Diese gelehrte Bezeichnung drückte den Gedanken aus, daß die russische Revolution, vor der unmittelbar bürgerliche Ziele stehen, in keinem Falle bei ihnen stehen bleiben kann. Die Revolution kann ihre nächsten, bürgerlichen Aufgaben nicht anders lösen, als durch die Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat. Hat es aber die Macht in seine Hand genommen, so kann es sich nicht auf den bürgerlichen Rahmen der Revolution beschränken. Im Gegenteil, gerade zur Sicherung ihres Sieges muß die proletarische Avantgarde schon in der ersten Zeit ihrer Herrschaft die tiefsten Eingriffe nicht nur in das feudale, sondern auch in das bürgerliche Eigentum machen...
>
> Die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit einer erdrückenden Mehrheit bäuerlicher Bevölkerung können nur im internationalen Maßstabe gelöst werden, in der Arena der proletarischen Weltrevolution. Hat das siegreiche Proletariat kraft der historischen Notwendigkeit den engen bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution gesprengt, so wird es gezwungen sein, ihren national-staatlichen Rahmen zu durchbrechen, d. h. es muß bewußt danach streben, die russische Revolution zum Vorspiel der Weltrevolution zu machen."

Im Jahre 1905 ging die permanente Revolution nicht über die Anfänge der Doppelherrschaft zwischen Proletariat und zaristischer Selbstherrschaft hinaus. Doch Rußlands Niederlagen im ersten imperialistischen Weltkrieg brachen der zaristischen Selbstherrschaft das Genick und bahnten der bolschewistischen Revolution vom Oktober 1917 den Weg, dem größten Sieg des Weltproletariats in der Geschichte. Heute wird dieser Sieg durch die vorherrschenden Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution existentiell bedroht.

Aber ich möchte meine Rede lieber mit einer Geschichte beenden. Nach dem tödlichen Attentat auf Alexander II. ging die Führung der Gruppe „Volkswille" an Vera Figner. Sie war es, die mit dem zaristischen Regime um die Freilassung von Tschernyschewski verhandelte, und sie schaffte es, in den folgenden zwei Jahren in Rußland eine Untergrundgruppe zusammenzuhalten. Der Polizeibeamte, der sie schließlich aufspürte, hatte soviel Respekt vor ihr bekommen, daß er darum bat, ihr die Hand küssen zu dürfen, bevor er sie ins Gefängnis schickte. Doch ins Gefängnis wurde sie gesteckt, und zwar für 22 Jahre. Sie kam erst mit der Amnestie von 1905 frei. Als sie das Gefängnis verließ, war sie eine Art Methusalem der Narodniki; sie konnte die radikal veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verstehen oder sich auf sie einstellen. Trotzdem blieb sie in der Linken aktiv und wurde allgemein geachtet.

1917 liefen viele prominente alte Volkstümler ins konterrevolutionäre Lager über und gingen ins Exil. Figner, die alte Terroristin der Narodniki, stand vor einer Grundsatzentscheidung über ihre politische Loyalität und entschied sich dafür, in Sowjetrußland zu bleiben. In den 20er Jahren widmete sie sich ihren Memoiren und einer Organisation mit dem Namen „Gesellschaft ehemaliger politischer Gefangener", die aus alten Volkstümlern bestand, die sich als loyale Bürger der Sowjetunion betrachteten. In dieser Eigenschaft versuchte sie, Volkstümler, die emigriert waren, dazu zu bringen, nach Sowjetrußland zurückzukehren und den Interessen des Arbeiterstaats zu dienen. Diese überaus verdienstvolle Organisation wurde Anfang der 30er Jahre von Stalin aufgelöst.

Figner, die in Moskau wohnte, war mit 89 Jahren immer noch am Leben und putzmunter, als Nazi-Deutschland 1941 die Sowjetunion überfiel. Als die Wehrmacht sich Moskau näherte, richteten sich die russischen Behörden an Figner und sagten: „Wir werden Sie weiter ostwärts in Sicherheit bringen." Sie lehnte das ab: „Ich bin sehr alt. Ich werde sowieso bald sterben. Hebt eure Bemühungen für diejenigen auf, die am Leben sind und ihr Leben noch für die Sache einsetzen können." So starb das letzte Mitglied des berühmten Zentralkomitees des „Volkswillen" ein Jahr später in Moskau: eine heldenhafte und sich aufopfernde Revolutionärin bis zum Schluß und in diesem Sinn eine Inspiration für uns alle.«

Rassistischer Staatsterror...

Fortsetzung von Seite 3

sehen Terror hassen und demokratische Rechte verteidigen. *Nieder mit dem Verbot der PKK und aller anderen kurdischen Organisationen! Weg mit dem Hexenjagd-Paragraphen 129a! Stoppt die Abschiebungen!*

Europa von Maastricht bedeutet „Ausländer raus"

In der Tat gibt es in der ganzen „Festung Europa" eine Flutwelle des Rassismus gegen Immigranten, und dabei sind die Faschisten in vorderster Reihe. Wir Trotzkisten kämpfen dafür, die Macht der Arbeiterklasse, mit ihrem Bestandteil an Immigranten, zu mobilisieren, um die rassistischen Terroristen zu *stoppen.* Gleichzeitig bringen die Faschisten lediglich die *ökonomischen und politischen Interessen* der europäischen herrschenden Klassen zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf offene, ungeschminkte und *gewalttätige* Weise zum Ausdruck. Das europäische Kapital hat heute keinen Bedarf an zusätzlichen aus „Dritte-Welt"-Ländern importierten Arbeitskräften; Jugendliche der zweiten Generation eingewanderter Familien werden als ökonomisch überflüssig und als Quelle sozialer Unruhen angesehen.

Nachdem das deutsche Kapital die Wirtschaft des ehemaligen deformierten Arbeiterstaates DDR verwüstete, steht ihm eine riesige Reservearmee von gelernten ostdeutschen Industriearbeitern zur Verfügung, die es nicht absorbieren kann. Und die 40 000 Vietnamesen (von denen viele ehemalige DDR-Vertragsarbeiter sind) werden von Massenabschiebungen bedroht und in ein Leben der Verelendung und lumpenproletarischen Kriminalität getrieben. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten in Westeuropa sind französische und deutsche Jugendliche bereit, die Art von Jobs anzunehmen, die vor ein paar Jahren nur Araber, Schwarzafrikaner, Türken und Kurden verrichteten. Außerdem hat die kapitalistische Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion für den europäischen, insbesondere den deutschen Imperialismus, eine neue Sphäre billiger Arbeitskraft und der Ausbeutung erschlossen. Statt Arbeitskräfte aus der Türkei zu importieren, exportiert die deutsche Industrie Kapital zur Ausbeutung von Arbeitskräften in der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen usw.

Gleichzeitig werden die Länder der „Dritten Welt" nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einer besonders hemmungslosen imperialistischen Ausbeutung und verzweifelter Armut ausgesetzt, was wiederum blutige nationalistische und ethnische Bürgerkriege anfacht. Vor 20 Jahren waren nach Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlingsangelegenheiten 2,5 Millionen Menschen auf der Flucht oder aus ihren Heimatländern vertrieben. Heute sind es 50 Millionen. Allein der vom Vierten Reich unterstützte Krieg gegen die Kurden in der Türkei hat 2 Millionen Flüchtlinge geschaffen, und die von Bonn initiierte Zerstückelung des Balkans eine weitere Million. Der *Guardian Weekly* (26. Mai) bemerkte: „Es hat nichts in dieser Größenordnung seit den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben." Die „Festung Europa" versucht mit verschärften Gesetzen, Polizeimaßnahmen und faschistischem Terror, sich die immer zahlreicheren Opfer des kapitalistischen Imperialismus vom Leib zu halten. Wir fordern Asyl für alle Opfer des reaktionären Terrors. Alle, die es geschafft haben, hierher zu kommen, haben ein Recht hier zu bleiben!

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs schrieb Leo Trotzki, selbst über ein Jahrzehnt lang ein revolutionärer Verbannter, in seinem letzten programmatischen Dokument: „Die Periode des Nachlassens des Außenhandels und des Niedergangs des Binnenhandels ist gleichzeitig die Periode der enormen Steigerung von Chauvinismus und Antisemitismus." Und weiter:

> „Bürgerlicher Patriotismus manifestiert sich zuerst in der brutalen Behandlung von wehrlosen Ausländern. Bevor die Konzentrationslager für Kriegsgefangene gebaut wurden, errichteten alle Demokratien Konzentrationslager für die revolutionären Verbannten. Die Regierungen der ganzen Welt, besonders die Regierung der UdSSR, haben durch ihre Behandlung der Flüchtlinge, Verbannten und Heimatlosen das schwärzeste Kapitel in unserer Epoche geschrieben. Wir senden unsere wärmsten Grüße an unsere inhaftierten und verfolgten Brüder und sagen ihnen, daß sie nicht den Mut verlieren sollen. Aus den kapitalistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern werden die meisten Führer des morgigen Europas und der Welt kommen!" („Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution", Mai 1940)

Nicht „Gastrecht" -Volle Staatsbürgerrechte!

Außenminister Kinkel nannte die unterdrückte prokurdische Demonstration, die für Mitte März geplant worden war, eine „Kriegserklärung". Doch ist es Kinkel, der den Kurden den Krieg erklärt hat, und es ist der bürgerliche Staat, der diesen Krieg gegen die 500 000 in Deutschland lebenden Kurden fortsetzt - und zwar parallel zu und in Unterstützung von Ankaras völkermörderischem Krieg im türkischen Teil Kurdistans. Eine ausdrücklich genehmigte prokurdische Demonstration am 16. März in Dortmund, zu der in ganz Europa mobilisiert wurde, wurde am Vorabend vom Dortmunder Polizeipräsidium verboten. Am Tag der Demonstration wurden über 10 000 Polizisten und paramilitärische BGS-Bullen in ganz Deutschland und an den Grenzen mobilgemacht, um das Verbot durchzusetzen. Tausende wurden verhaftet und Hunderte Demonstranten wurden in diesem einseitigen Krieg verletzt.

Auf die Dortmunder Ereignisse folgte das Geschrei der rassistischen informellen Großen Koalition von CDU/CSU, FDP und SPD, die das Asylrecht zerstört hatte, nach der Abschiebung von „gewalttätigen Ausländern", die ihr „Gastrecht" mißbraucht hätten. Gerade solche Verschärfungen von Deutschlands reaktionärem „Ausländer"gesetz wurden schon *vor* Dortmund vorbereitet. Unter den *gegenwärtigen* Gesetzen ist Eingewanderten und ihren Familien jede politische Tätigkeit *untersagt;* unter dem nun in Bonn eingebrachten Gesetzesentwurf soll der *erste* Verstoß verfolgt werden. Gegenwärtig *können* Immigranten abgeschoben werden, die zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren oder mehr verurteilt werden, aber angeblich nicht in Länder, wo sie weiterer Verfolgung, der Folter oder der Todesstrafe ausgesetzt werden. Unter dem neuen Gesetzesentwurf entfällt diese sogenannte „Härtefallregelung", und „schwerer Landfriedensbruch" wird zum *zwingenden* Grund für eine Abschiebung. Wie die *Frankfurter Rundschau* (28. März) berichtete:

> „Weiter will die Regierung ins Strafgesetzbuch einfügen, daß ein besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs bereits vorliegt, wenn ein einfacher Landfriedensbruch anläßlich einer verbotenen Demonstration begangen wird. Des einfachen Landfriedensbruchs macht sich zum Beispiel der friedliche Teilnehmer einer stellenweise eskalierenden Kundgebung strafbar, wenn er bestimmte Parolen ruft."

Cem Özdemir, der türkische MdB der Grünen, betonte: „Straftäter müssen nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland bestraft werden... Aber in der Bundesrepublik Deutschland, und nicht irgendwo anders" *(junge Welt,* 21. März). Das gleiche sagt die PDS. Marion Seelig, innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abge-

Fortgesetzt auf Seite 22

Rassistischer Staatsterror...

Fortsetzung von Seite 21

ordnetenhaus, schrieb in einem Kommentar unter der Überschrift „Gastgeber und Gäste": „Die Bundesrepublik sollte sich als verantwortungsvoller Gastgeber [?!] verstehen. Demokratie ist nicht vermittelbar, wenn man Menschen der Folter und dem Tod ausliefert, anstatt sie nach deutschem Recht [!!] für ihre Taten verantwortlich zu machen - weder der türkischen Regierung vermittelbar noch dem gewaltbereiten Teil der Kurdinnen" *(tageszeitung,* 19. März). Bei ihrer Verteidigung der bürgerlichen „Demokratie" setzt die PDS die militanten kurdischen Demonstranten mit ihren Folterern und Henkern gleich. Seit die PDS in den bürgerlichen Parlamenten und Rathäusern auf Stadtteilebene ein paar Sitze ergattert hat, ist sie nicht mehr wie früher nur der Dealer des Anschlusses gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung, sondern verwaltet inzwischen die rassistischen Gesetze des wiedervereinigten Reichs mit.

Und was heißt „Gäste"? Als ob 7 Millionen eingewanderte Arbeiter einfach im Bus auf der Durchreise durch Deutschland wären! Im Gegenteil: Es war ihre häufig unterbezahlte Knochenarbeit, die 40 Jahre lang in den Bergwerken, Fabriken und Betrieben das „Wirtschaftswunder" des Landes hervorbrachte. Wo das „Wunder" nun einer Katerstimmung gewichen ist, angesichts der schlimmsten Massenarbeitslosigkeit seit 1932, werden sie mit der gleichen rassistischen Demagogie zum Sündenbock gestempelt, die Hitler bei seinem Aufstieg zur Macht benutzte.

Einige Linke wie die PDS erheben die liberale und utopisch-reformistische Forderung nach „offenen Grenzen", als ob das Vierte Reich Ausweiskontrollen sowie den BGS abschaffen würde. Im Gegenteil, in seiner ganzen Geschichte hat der deutsche Imperialismus versucht, seine Grenzen *auszuweiten,* mit immer verheerenderen Konsequenzen für die Menschheit. Die EU ist das perfekte Beispiel von „offenen Grenzen", wo rassistische Maßnahmen, mit denen Immigranten und Flüchtlinge ausgewiesen und ferngehalten werden, ebenso wuchern, wie sich interimperialistische Rivalitäten verschärfen. Um auf Trotzkis „Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution" zurückzukommen:

> „Der Staat ist kein Abstraktum, sondern das Instrument des Monopolkapitalismus. Solange die Konzerne und Banken nicht zum Wohle des Volkes enteignet sind, ist der Kampf zwischen Staaten genauso unvermeidlich wie der Kampf zwischen den Konzernen selbst."

Und wie Trotzki, gemeinsam mit Lenin Führer der Oktoberrevolution, betonte: „Die Staatsmacht und die Beherrschung der Wirtschaft kann den Händen dieser räuberischen imperialistischen Cliquen nur durch die revolutionäre Arbeiterklasse entrissen werden."

Deutschlands Gesetze, wonach Immigranten und sogar ihre hier geborenen Kinder und Enkel als „Gäste" gelten und die Staatsbürgerschaft auf „Blut und Boden" basiert, sind ein Erbe des Kaiserreichs am Vorabend des Ersten Weltkriegs und ein organischer Bestandteil des Vierten Reichs, eingebettet in dessen Grundgesetz. Ihre ideologischen Wurzeln gehen zurück auf die Verherrlichung der mystischen Einheit des deutschen Volkes durch die deutschen Reaktionäre der Romantik. Diese reagierten bewußt *gegen* die universalen und egalitären Prinzipien der Französischen Revolution, verkörpert in der jakobinischen Verfassung von 1793, in der die französische Staatsbürgerschaft jedem im Ausland geborenen Freund der Freiheit gewährt wurde, der sie begehrte.

Die deutsche Bourgeoisie war unfähig, die eigene bürgerlich-demokratische Revolution zu erkämpfen, und so durchdringt diese reaktionäre völkische Tradition den deutschen Nationalismus bis zum heutigen Tag. Hitlers Propagandaminister Goebbels verkündete 1933, daß der Sieg des Nationalsozialismus ein Sieg über die Französische Revolution sei. Dem völkermörderischen Naziregime galten Juden, Roma und Sinti als „wurzellos", als Nicht„völker", die zerstört werden mußten. Diese Verfolgung geht bis zum heutigen Tag weiter, besonders in der systematischen Abschiebung von Roma. Ob sie es wissen oder nicht (und die Grünen wissen es!), passen sich Liberale und Linke gerade dieser reaktionären Tradition an, wenn für sie Immigranten wurzellose „Gäste" sind, die höchstens „Gastrecht" verdienen (solange sie sich benehmen), und denen sie lediglich „Bleiberecht" und vielleicht auch noch das kommunale Wahlrecht anbieten. Unsere Forderung für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten* ist eine elementare demokratische Forderung, die völlig in der revolutionären Tradition der Jakobiner steht. Doch der Kampf für ihre Verwirklichung ist die dringende und lebensnotwendige Aufgabe der Arbeiterbewegung, um ihren starken Bestandteil an Immigranten und damit auch sich selbst verteidigen zu können.

Proletarischer Internationalismus und kurdische Freiheit

Wir unterstützen jeden Schlag, den die PKK gegen die blutige Repression des türkischen Staates richtet, die sowohl vom deutschen als auch vom amerikanischen Imperialismus gegen das kurdische Volk unterstützt wird. Aufs energischste verteidigen wir auch Linke wie den Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB), dessen Mitglieder in München durch den bayerischen „Freistaat" verfolgt werden, weil sie sich weigerten, kurdische Aktivisten gegenüber dem Staat zu identifizieren, und weil sie PKK-Losungen in ihrer Zeitschrift *Avanti* abdruckten. Aber diese Pseudotrotzkisten haben versucht, die Verteidigung der PKK und ihrer Unterstützer mit der politischen Unterstützung des kleinbürgerlichen Nationalismus der PKK gleichzusetzen.

Die Politik der PKK ist nicht nur eine Barriere gegen die klassenkämpferische Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland und der Türkei, sondern damit auch eine Barriere gegen kurdische Freiheit. Wegen der imperialistischen Vorherrschaft im Nahen Osten, bei der die Teilung Kurdistans keine geringe Rolle spielt, kann die wirkliche nationale Befreiung des kurdischen Volkes nur zutiefst *internationalistisch* sein. Kurdistan ist ein besonders klares Beispiel für


SPARTAKIST 4
Doğu Berlin'den Taşkent'e kadar:
Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor

Trotzkis Perspektive der permanenten Revolution: Die kurdische Befreiung erfordert den proletarisch-revolutionären Umsturz von vier kapitalistischen Staaten, um eine *Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan* zu schmieden, und macht die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die imperialistischen Unterdrückerstaaten notwendig.

Und das kurdische Proletariat ist überwiegend konzentriert nicht in Kurdistan, sondern in Stuttgart, Istanbul, Bagdad und Teheran. Wie wir in der Grußadresse unserer internationalen Tendenz an eine europäische Konferenz kurdischer Militanter 1984 sagten: „Die kurdischen Massen müssen eine Allianz mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeiterklassen anstreben; diese muß man dazu bringen, die entschiedensten Vorkämpfer des Rechts auf Selbstbestimmung für die Kurden gegen den Großmachtchauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisien zu werden."



Spartakist

Lübeck, 20. Januar: Protest mit Überlebenden des rassistischen Brandanschlags. Sofortige Freilassung von Safwan Eid!

Als Antwort auf die faschistische Ermordung von fünf türkischen Frauen und Kindern in Solingen - ein tödliches Inferno, das *allen* Immigranten gegolten hat - kämpften die Spartakisten dafür, daß die Arbeiterbewegung gemeinsam mit Immigrantenorganisationen integrierte Arbeiterverteidigungsgruppen bildet, um die Nazi-Todesschwadronen zu zerschlagen. Das wäre auch ein wichtiger Schritt vorwärts zur proletarischen Klasseneinheit in der Aktion: Deutsche, Türken, Kurden zusammen mit allen anderen Immigranten und möglichen Opfern des Nazi-Terrors. Es hätte Auswirkungen in Istanbul und Izmir ebenso gehabt wie in Dortmund und Stuttgart. In vielen Fabriken, wo es einen großen Bestandteil an Immigranten gibt, wurden solche Maßnahmen diskutiert und teilweise umgesetzt. Statt dessen taten die engstirnigen Nationalisten der PKK die Morde von Solingen als eine „Ablenkung" vom kurdischen Kampf ab, die von der türkischen Geheimpolizei eingefädelt worden wäre.

Wir verurteilen energisch die Kampagne des wahllosen Terrors gegen türkische Geschäfte und Einrichtungen in Deutschland - die nur deshalb angegriffen wurden, weil sie türkisch waren -, egal wer die Täter auch sein mögen. In dieser Kampagne, die von der PKK zumindest geduldet wurde-, spiegelte sich die völkermörderische Logik des Nationalismus wider, die ein ganzes Volk und nicht seine kapitalistischen Herrscher als Feind sieht. Sie diente dazu, die Arbeiterklasse sowohl in Deutschland als auch in der Türkei noch mehr zu teilen und die innere Zerklüftung zu vertiefen.

Trotz der Waffenlieferungen im Wert von Milliarden Dollar und D-Mark, die die türkische Armee von Bonn und Washington erhält, ist es dieser nicht gelungen, die PKK militärisch zu unterdrücken. Diese Tatsache führte zusammen mit Auflösungserscheinungen der Wirtschaft und Massenstreiks im öffentlichen Sektor letztes Jahr zum Sturz der Ciller-Regierung, und die Yilmaz/Ciller-„Regierung" von diesem Jahr steht schon am Abgrund. Doch die PKK hat noch nicht einmal eine Strategie, die Bewohner der städtischen Elendsviertel, wo viele Kurden leben, gegen ihre Unterdrückung zu mobilisieren. Statt dessen kriegen dort islamische reaktionäre Demagogen eine Massenbasis.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich Öcalan zunehmend an die imperialistischen Hintermänner der türkischen Generale gewandt, sie mögen doch eine Lösung für die kurdische Frage finden. Die Demonstration am 16. März in Dortmund wurde um die Losung „Für eine politisch-demokratische Lösung in Kurdistan" organisiert. In einem Interview am 11. März erklärte Öcalan, was das heißt: „... er würde eine .Vermittlung der USA annehmen', wenn diese nach dem Beispiel der Vermittlungsbemühungen in Bosnien, im Nahen Osten und in Südafrika erfolge" *(junge Welt,* 15. März). In Südafrika erschießt die ANC-Regierung streikende Arbeiter und schmeißt Hausbesetzer raus im Interesse der südafrikanischen Finanzherren und des ausländischen Kapitals. Im Nahen Osten bedeutet die von den USA vermittelte „Autonomie", daß die PLO die örtlichen Gendarmen zur Verfügung stellt für die brutale israelische Besetzung der bitter verarmten West Bank und des Gazastreifens. In Bosnien sind die örtlichen nationalistischen Kräfte die unmittelbaren Anhängsel der imperialistischen Mächte. Die Imperialisten spielen sie gegeneinander aus und schüren ihre nationalistischen Haßgefühle, um sie zusammen mit deren Armeen besser dazu verwenden zu können, ihre blutige „ethnische Säuberung" und Zerstückelung des ehemaligen Jugoslawiens durchzuführen.

Dies ist die wirkliche Perspektive, die Öcalan in der „Neuen Welttmordnung" dem kurdischen Volk anbietet. So ist es kein Wunder, daß er sich nach Dortmund bei der deutschen Regierung wegen des „Landfriedensbruchs" der kurdischen Demonstranten höflichst entschuldigte. Und der RSB kann es sich kaum leisten, Kritik zu erheben, da er Südafrikas ANC-Regierung der Klassenzusammenarbeit bejubelte, jahrelang hinter der PLO hinterhertrabte, und mit „Workers Aid to Bo nia" sich selbst als Anhängsel der imperialistischen Intervention anbot!

Der Kampf gegen die Unterdrückung der im Ausland geborenen Arbeiter ist entscheidend, um das Proletariat in Westeuropa für sozialistischen Internationalismus zu gewinnen. Aber die eingewanderten Proletarier in Westeuropa sind nicht einfach wehrlose Opfer, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Kräfte, die fähig sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören. Westindische Nahverkehrsarbeiter und südasiatische Krankenschwestern in Britannien, nordafrikanische Araber und Berber, die in Frankreich Autos produzieren, türkische und kurdische Bergarbeiter in Deutschland werden bei der proletarischen Revolution in Europa eine nicht geringe Rolle spielen. Gleichzeitig bilden diese Arbeiter eine Brücke zu den Arbeitern und bäuerlichen Massen der neokolonialen „Dritten Welt", eine lebendige Verbindung der internationalen sozialistischen Perspektive. Die Verwirklichung dieser Perspektive setzt vor allem den Aufbau revolutionärer Parteien voraus, die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf den Prinzipien von Lenin und Trotzki.«

Sparpaket...

Fortsetzung von Seite 1

Jahrhundert haben die Imperialisten im Krieg um Rohstoffe, Märkte und Kolonien Millionen von Arbeitern abgeschlachtet. Das wiedervereinigte Deutschland ist so stark, daß es seine Truppen bereits wieder auf den Balkan schickt.

Die verschärften interimperialistischen Rivalitäten brachten in allen entwickelten kapitalistischen Ländern eine Explosion des rassistischen Chauvinismus. In Deutschland, wie in ganz Europa, führt der Staat massive Angriffe gegen Immigranten. Von der Verschärfung des Anti-Asylgesetzes bis zur Kampagne gegen „Ausländerkriminalität" lautet die Devise: „Teile und herrsche." Heute sind Kurden die erste Zielscheibe (siehe Seite 3). Aber der Zweck ist, die *ganze* Arbeiterklasse in diesem kritischen Augenblick einzuschüchtern.

Die Arbeiter im öffentlichen Dienst werden von demselben Innenminister Kanther bedroht, der die Immigranten verfolgt und kriminalisiert. Hunderttausende Busfahrer, Straßenbahner und U-Bahnarbeiter, Müllarbeiter, Krankenhausbeschäftigte und Postler beteiligten sich Ende Mai an Warnstreiks und brachten stundenlang Dutzende Städte zum Stillstand. Zum ersten Mal gab es gemeinsame Massenproteste in Ost und West für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Im Öffentlichen Dienst sind die Beschäftigten unmittelbar mit dem Staat als kollektivem Kapitalisten konfrontiert. Gleichzeitig kommt der Befehl zum Abbau von Sozialleistungen direkt vom Bundestag.

Trotz „Friedenspflicht" legten Zehntausende Metallarbeiter die Arbeit nieder und schlössen sich den ÖTV-Protesten an; es gab Streiks an der Küste, bei Daimler-Benz und Opel. Noch letztes Jahr waren die IG-Metall-Bürokraten der ÖTV in den Rücken gefallen, als sie eine zweijährige Laufzeit des Manteltarifs akzeptierten. Jetzt kam sogar aus dem Mund der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Engelen-Kefer das Wort „Generalstreik", auch wenn sie es gleich wieder zurücknahm. Aber ein entschlossener ÖTV/Metall-Streik jetzt könnte nicht nur das Bonner Sparpaket kippen, sondern auch den DM-diktierten Sparplänen in ganz Europa einen Dämpfer verpassen.

Die DGB-Bürokraten wollen die Massendemonstration am 15. Juni in Bonn als Wahlkampf-Kundgebung für eine SPD-Regierung abhalten, während die SPD in den Ländern ihren eigenen Kahlschlag durchführt. Die SPD/DGB-Spitzen - wie auch die ostdeutschen PDS-Bürgermeister und -Landespolitiker - streben eine Neuauflage des „Bündnis für Arbeit" nur unter anderem Namen an, um den Arbeitern „eine gerechte Verteilung der Lasten" (Lafontaine) aufzutischen. So schlägt der DGB-Vorsitzende Schulte als Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit vor, daß „sich Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften verständigen". Aber die Bosse wollen eine Konfrontation, bei der die Gewerkschaften bluten.

Die Bürokraten sind durch tausend Fäden mit dem Staat der Bosse und ihren Spielregeln verstrickt - von den Personal- und Betriebsräten, der „Friedenspflicht" bis zu den „Schlichtungsverfahren". Leo Trotzki schrieb 1940: „Es gibt in der Entwicklung, oder besser in der Degeneration der heutigen Gewerkschaftsorganisationen in der ganzen Welt einen allen gemeinsamen Zug: die Annäherung an die Staatsgewalt und das Verschmelzen mit ihr" („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs").

Deshalb, hob er hervor, ist der Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Kapitalistenstaat um so wichtiger. Um dies zu erreichen, braucht die Arbeiterklasse eine Führung, die gegen die sozialdemokratischen Spitzen einen *politischen Kampf* führt, um die Gewerkschaften in Kampfinstrumente für die unabhängigen Klasseninteressen zu verwandeln, mit dem Ziel, die kapitalistische Herrschaft zu stürzen und die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse zu machen. Und das heißt eine Arbeiterpartei aufzubauen, die revolutionär und internationalistisch ist.

Die militanten Streiks im öffentlichen Dienst in Frankreich zeigten letzten Dezember, daß der Klassenkampf lebt. Aber, wie unsere französischen Genossen damals sagten, „damit die Arbeiter zum Sieg voranschreiten, ist es notwendig, daß der Marxismus lebt". Jahrzehntelang wurden die Arbeiter von den Sozialdemokraten und den Stalinisten



FR-Montage, Bilder: dpa, AGK

SPD-Troika bietet Protektionismus und DM-Demagogie feil

mit Predigten zur Klassenzusammenarbeit überschüttet und durch deren Verrat demoralisiert. Und jetzt hat die Arbeiterklasse international mit der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa eine kolossale Niederlage erlitten. Das hat dazu geführt, daß viele radikalisierte Jugendliche und Arbeiter, die von Italien bis Deutschland gegen den Ansturm auf ihren Lebensstandard kämpfen, sich nicht mit den Idealen des Sozialismus identifizieren. Große Teile der Arbeiter haben zwar die Nase voll vom Verrat ihrer sozialdemokratischen Führungen (einschließlich der Ex-KP-Sozialdemokraten der späten Geburt), sehen aber keine Alternative zu ihnen und werden erst mit ihnen brechen, wenn sie überzeugt sind, daß eine *neue* Führung sie nicht auch in die Sackgasse führt.

Wie Trotzki 1938 im „Übergangsprogramm" schrieb: „Die strategische Aufgabe der nächsten Periode ... besteht in der Überwindung des Widerspruchs zwischen der Reife der objektiven Voraussetzungen für die Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Avantgarde (der Verwirrung und Enttäuschung der älteren Generation, der Unerfahrenheit der jüngeren)." Und dieser Widerspruch ist heute schärfer denn je. Chronische Massenarbeitslosigkeit und rassistischer Terror in ganz Europa, blutige nationalistische Kriege auf dem Balkan, ganz zu schweigen von den Bürgerkriegen, Hungersnot und Epidemien von völkermörderischen Ausmaßen, bedrohen die Existenz der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit. Um die historischen Interessen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten dauerhaft zu sichern, ist die proletarische Revolution unerläßlich.

Dafür stellt Trotzki *Übergangsforderungen* auf, die „den Massen im Prozeß des täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen gegenwärtigen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden". Angesichts der Massenarbeitslosigkeit in ganz Europa ist eine der wichtigsten Übergangsforderungen die *gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit.* Das heißt, die gesamte verfügbare Arbeit muß auf alle vorhandenen Arbeitskräfte aufgeteilt werden, um dadurch die Wochenarbeitszeit zu bestimmen. Diese Forderung geht einher mit einem Programm öffentlicher Arbeiten - für großzügige Projekte, die dem Gemeinwohl dienen. Jede dieser Forderungen - die nicht davon ausgehen, was irgendein Gewerkschaftsbürokrat sich ausdenkt, um nicht von seinen eigenen Mitgliedern gelyncht zu werden, sondern von den wirklichen objektiven Arbeiterinteressen und wie diese verwirklicht werden können - führt unweigerlich zur sozialistischen Neu-Organisierung der Gesellschaft. Nicht diese Forderungen sind utopisch, sondern die Illusion, daß Massenarbeitslosigkeit, Hungersnot, Obdachlosigkeit und rassistischer Terror im Rahmen des Kapitalismus abgeschafft werden könnten.

An der Spitze der Arbeiterklasse muß eine *Partei* stehen, die hinter ihrer sozialen Macht alle Unterdrückten sammelt: die Jugendlichen, die eine Zukunft ohne Job oder Ausbildung vor sich haben; die Arbeiter aus der Türkei und aus Kurdistan und deren Kinder, die als „Ausländer" diskriminiert und von Faschisten angegriffen werden; und die Frauen, die im deformierten Arbeiterstaat DDR fast vollständig im Arbeitsprozeß integriert waren und jetzt zu „Kinder, Küche, Kirche" zurückgeschickt werden. Eine solche revolutionäre Partei, die Lenin einen „Volkstribun" nannte, ist genau, was wir jetzt brauchen.

„Sparpaket": Kriegserklärung gegen Frauen und Jugendliche

Besonders Frauen sind vom Sozialabbau scharf betroffen; unter ihnen nimmt die Armut rapide zu. Im Kapitalismus stellen Frauen eine Reservearmee von Arbeitskräften dar, die bei Bedarf geheuert oder gefeuert werden können. In der Familie, der Quelle der besonderen Unterdrückung der Frau, werden sie an den Haushalt gefesselt und vom gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgesperrt bzw. zwischen Lohn- und Haussklaverei gezweiteilt. Fast drei Viertel der Frauen sind völlig oder teilweise vom Ehemann, von der Familie oder von den Arbeits- und Sozialämtern abhängig. 1994 hatten *6,6 Millionen* Frauen überhaupt kein eigenes Einkommen. Arme Frauen nehmen immer häufiger zwei oder drei Teilzeitjobs bei miserablen Arbeitsbedingungen und ohne soziale Absicherung an, um ihre Existenz zu sichern. Heute bekommen Frauen im Westen eine Rente von durchschnittlich 773 Mark, weniger als 50 Prozent der Durchschnittsrente für Männer. Die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Frauen bedeutet, sie dürfen fünf Jahre länger arbeiten oder verhungern - oder beides.

Schon beim Kampf für das Recht auf Abtreibung und gegen die Schließung von Krankenhäusern, wo überwiegend Frauen und Immigranten zum Billiglohn arbeiten, gibt es Anknüpfungspunkte *für eine kommunistische Frauenbewegung,* die die defensiven Kämpfe gegen die besondere Unterdrückung der Frau in den Kampf für die proletarische Macht integriert. Wir Kommunisten kämpfen für *kostenlose Abtreibung auf Wunsch als Teil einer kostenlosen, qualifizierten und umfassenden Gesundheitsversorgung für alle!* Die Familie kann nicht „abgeschafft" werden, sie muß durch gesellschaftliche Einrichtungen ersetzt werden. So wird in einer sozialistischen Gesellschaft die Hausarbeit *vergesellschaftet* werden. Die liebevolle Versorgung und Erziehung der nächsten Generation wird zu einer zentralen sozialen Aufgabe in öffentlichen Einrichtungen. *Kostenlose Kinderversorgung von höchster Qualität rund um die Uhr! Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!*

Eine Gesellschaftsordnung, die der Jugend keine Zukunft bietet, hat selber keine Zukunft. Jugendliche wollen einen Beruf erlernen und produktiv arbeiten. Die Bosse planen jetzt, die Schuljahre zu verringern. Und nach dem Schulabschluß haben immer mehr Jugendliche eine Zukunft der Arbeitslosigkeit vor sich. Am schwersten betroffen sind die Kinder von Immigranten: Obwohl sie hier geboren und aufgewachsen sind und einwandfreies Deutsch sprechen, sind sie von vielen Berufen im öffentlichen Dienst, wie den Lehrberufen, ausgeschlossen, werden sie in Lehrgängen diskriminiert und mit dem Numerus clausus von den Universitäten ferngehalten. Wenn sie das Glück haben und eine Lehre bekommen, arbeiten sie außerhalb der Schulzeit viele Stunden und erhalten dafür einen Hungerlohn. Wer Glück hat und einen Arbeitsplatz findet, kriegt oft einen weit niedrigeren Stundenlohn nach den „Zwei-Stufen-Tarifen". Wir fordern: Keine Streichung von Schuljahren! Menschenwürdige Stipendien für Studenten! Weg mit dem Numerus clausus und jeder rassistischen Diskriminierung von Nichtdeutschen im öffentlichen Dienst! Bezahlung von Auszubildenden und jungen Arbeitern auf einem menschenwürdigen Niveau! Arbeitslosengeld für alle, die nach dem Schulabschluß keine Arbeit finden, in gleicher Höhe wie bei Erwachsenen! Weg mit den „Zwei-Stufen"-Verträgen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose Hochschulausbildung höchster Qualität für alle, die studieren wollen!

Am Horizont gibt es nicht ein künftiges produktives Leben von kreativer und kultureller Vielfalt, das jede neue Generation sich so sehr wünscht, sondern es sind die Sturmwolken eines neuen imperialistischen Krieges, in dem die Jugendlichen zwangsweise als Kanonenfutter im Dienste von imperialistischen Zielen militarisiert werden. In der Tradition von Karl Liebknecht sagen wir: Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfenning für die bürgerliche Armee, weg mit dem Wehrdienst!

Mobilisiert Gewerkschaften und Immigrantengruppen: Stoppt rassistischen Terror!

Am 1. Mai in Duisburg und in Stuttgart haben die DGB-Spitzen die traditionelle Demonstrationen am „Tag der Arbeit" auf Geheiß der Polizei *abgesagt,* weil sie eine „PKK-Präsenz" befürchteten. In Berlin wurde vor der ganzen Arbeiterbewegung demonstriert, daß der Staatsterror gegen Immigranten, den kämpferischsten Teil der Arbeiterklasse, direkt gegen die *ganze* organisierte Arbeiterbewegung gerichtet ist. Die Bürokraten haben von Anfang an die Demo gespalten: Die Immigrantengruppen waren als erste am Ort, wurden aber ans Ende des Demozuges gedrängt - also eine Einladung zur Polizeiprovokation. Und zweimal griffen dann schwer bewaffnete Einsatztruppen den Immigrantenteil *des IG-Metall-Demozugs zur zentralen 1.-Mai-Kundgebung des DGB* an. Linke türkische Demonstranten wurden festgenommen und zusammengeschlagen, ihre Plakate beschlagnahmt. Gegen diese rassistische Provokation führten Immigranten und andere Gewerkschafter eine Protestaktion durch, an der sich auch die Spartakisten beteiligten, und versuchten, breitere Unterstützung innerhalb der Demo zu mobilisieren.

Die Polizei sind keine „Arbeiter", keine „Kollegen" und schon gar keine „Gewerkschafter", wie die SPD- und PDS-Bürokraten sowie ihre linken Satelliten predigen. Sie sind die bewaffneten Banden des Klassenfeindes. Die massiven und brutalen Bürgerkriegsmanöver der Polizei gegen kurdische Demonstranten und Atomkraftgegner dienen zur Vorbereitung darauf, die von Bonn und den Bossen verhängten Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen und Streiks zu bre-

Fortgesetzt auf Seite 26

Sparpaket...

Fortsetzung von Seite 25

eben. Wir fordern: *Polizei raus aus dem DGB!*

In der Bauindustrie beteiligt sich die Führung der IG Bau gemeinsam mit der „Gewerkschaft" der Polizei an Razzien gegen polnische und andere „illegale" Arbeiter. Auf dem Bau sind heute die Republikaner-Faschisten eifrig am Werk. Aber in erster Linie tragen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Rassismus und Chauvinismus in die Arbeiterbewegung hinein. Die DGB-Bürokraten antworten auf die 6 Millionen Arbeitslosen - die höchste Arbeitslosigkeit seit Hitlers Machtergreifung - mit der Strategie ihrer Herren: *Protektionismus.* Sie kennen nur Parolen über „Stammbelegschaft" und „Standort Deutschland". Als Lafontaine am 1. Mai in Cottbus sprach, hetzte er, man müsse manche deutsche Manager „rausschmeißen, die statt eines deutschen Arbeiters lieber 15 Tschechen oder 40 Polen beschäftigen" *(Neues Deutschland, 2.* Mai). Und am 1. Mai gab der PDS-Bürgermeister von Berlin-Marzahn, „der Hochburg der Roten", die Straßen seines Bezirks an 400 Nazis preis und drückte Verständnis für ihre rassistische Losung „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer" aus.

In den Gewerkschaften haben sich eine Reihe oppositioneller Gruppierungen gegen den krassen Nationalismus der DGB-Spitzen gestellt, darunter die Berliner DGB-Arbeitsgruppe „Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus", die von der DGB-Jugend und der HBV-Bürokratie unterstützt wird. Als Gegner des „Bündnis für Arbeit" kritisieren sie in ihrer Zeitung *RAG* Nr. 16 die „Standortdebatte" als „nationalistisch" und kennzeichnen sie als „eine ideologische Offensive der Arbeitgeber". Aber diese reformistischen Gruppierungen werden von den DGB-Spitzen nur toleriert, weil sie deren Politik, die Basis der Gewerkschaften *nicht* gegen rassistischen Terror zu mobilisieren, ein Alibi verschaffen.

Wie sehr die Mitgliedschaft von den DGB-Bürokraten angewidert sind, wurde bei einem Block von 3500 Demonstranten auf der zentralen DGB-Kundgebung in Berlin sichtbar - einer halboffiziellen Mobilisierung der HBV, an der unter der Parole „Bündnis von unten" auch die Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus sowie viele Linke teilnahmen. Vor der Rednertribüne entfaltete der Block ein riesiges Banner mit der Aufschrift „DGB-Führung weg" und lieferte dem DGB-Redner Schulte ein Konzert von Buh-Rufen. Aber abgesehen von diesem „Dampfablassen von unten" hatten sie für nichts Weitergehendes mobilisiert. Als die Gewerkschafterinnen auf der zentralen DGB-Kundgebung die Bestätigung dafür erhielten, daß die Nazis in Berlin-Marzahn aufmarschieren, mobilisierten sie gerade *40* Gewerkschafter dorthin.

In einem Brief an *die junge Welt* vom 13. Mai beschwerten sich die Gewerkschafterinnen über den Marzahner PDS-Bürgermeister Buttler, „daß er als Bürgermeister sehr wohl dafür zu sorgen hat, daß Nazis nicht durch Marzahn marschieren." Die Politik der Gewerkschafterinnen besteht darin, auf die SPD bzw. die PDS Druck auszuüben, damit der rassistische bürgerliche Staat die Nazis stoppt. Wäre statt dessen die DGB-Kundgebung dazu benutzt worden, daß Gewerkschaften and Immigrantengruppen massiv die Macht der Arbeiter einsetzen, hätte die Nazi-Provokation in Marzahn gestoppt werden können.

Die IG Bau will dem Lohnraub der Unternehmer mit einem Entsendegesetz entgegenkommen, der ausländische Arbeiter durch einheimische Billiglohn-Arbeiter (besonders noch billigere ostdeutsche) ersetzt. Wir Spartakisten dagegen fordern für Frauen und Männer, Deutsche und „Ausländer", in Ost und West: *Organisiert die Unorganisierten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auf Tarifbasis!* Das sind elementare gewerkschaftliche Forderungen, die zum Aufbau und zur Selbstverteidigung jeder Gewerkschaft gehören. Wenn sie durch *Streikpostenketten* geltend gemacht werden, *die nicht überquert werden,* können die Versuche der Bosse, die Arbeiter durch schlechter bezahlte eingewanderte Kollegen zu spalten, durchkreuzt werden. Wie Trotzki 1938 schrieb:

> „*Arbeiterstreikposten* sind die Keimzellen der proletarischen Armee. Davon muß man ausgehen. Im Zusammenhang mit jedem Streik und jeder Straßendemonstration muß man unbedingt die Notwendigkeit der Schaffung von *Arbeitergruppen zur Selbstverteidigung* propagieren." („Übergangsprogramm")

Gegen jede Form des rassistischen Terrors kämpfen wir für *Arbeitereinheitsfrontaktionen:* Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, um die Nazi/Skinhead-Banden zu stoppen! *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten* werden nur durch die Arbeiterbewegung erkämpft werden können. Aber das ist ein politischer Kampf, um die verräterischen DGB-Bürokraten rauszuschmeißen und eine neue, internationalistische, revolutionäre Führung zu schaffen.

Pseudolinke Apologeten für Sozialdemokratie

Die SPD ist eine *bürgerliche Arbeiterpartei.* Ihr Programm und ihre Führung sind durch und durch bürgerlich, in ihren Reihen gibt es sogar prominente Industrielle und Bankiers wie den Ex-Vorsitzenden von Daimler-Benz, Reuter. Gleichzeitig ist die SPD mit dem DGB durch dessen Führungsspitze und mehr als 30 000 Funktionäre verbunden, sowie durch ihre schrumpfende, aber noch beachtliche proletarische Basis. Nur wegen dieser Verwurzelung in der organisierten Arbeiterbewegung kann die SPD ihre Funktion erfüllen, die Arbeiter an den bürgerlichen Staat zu ketten. Und solange die PDS eine Basis bei den ostdeutschen Arbeitern hat, erfüllt sie eine ähnliche Funktion - in ihrem Fall mit einem kräftigen Schuß ostdeutschen Populismus versehen.

Angesichts der massiven Streikwelle in Frankreich und Italien und der wachsenden Opposition gegen Bonns Kahlschlagpolitik fahren alle vorgeblich trotzkistischen Gruppen darauf ab, eine „kämpferische Gewerkschaftsopposition" aufzubauen. Aber der Würgegriff der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung kann nicht einfach durch „Druck" von unten gebrochen werden. Revolutionäre wollen die proletarische Basis von der Sozialdemokratie politisch brechen und zum revolutionären Programm gewinnen, das ausgehend von den aktuellen Kämpfen die Interessen der Arbeiterklasse als künftiger herrschender Klasse formuliert. Die diversen „Bündnisse von unten" laufen dagegen in der einen oder anderen Form immer darauf hinaus, auf eine angestrebte SPD-Regierung - mit oder ohne „PDS-Tolerierung" - Druck auszuüben. Ein Paradebeispiel dafür ist die Sozialistische Alternative Voran, die u. a. in Berlin zu einem „eintägigen Streik und Protest" aufruft und erklärt: „PDS, SPD und Bündnisgrüne haben die absolute Mehrheit. Diese könnte genutzt werden" *(Voran,* Mai 1996).

Daß eine Anpassung an das bestehende Bewußtsein notwendigerweise zur Anpassung an Rückständigkeit führt, zeigt sich auch beim Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB), der mit dem „Vereinigten Sekretariat" des kürzlich verstorbenen Ernest Mandel liiert ist. Obwohl die RSBler beim Münchner DGB-Fest am 1. Mai eine anständige Rolle spielten und mithalfen, einen kurdischen Arbeiter zu verteidigen, enthält das RSB-Flugblatt „Kampf um jeden Arbeitsplatz" lediglich Vorschläge für militanteren Protest auf Betriebsebene. Die Verteidigung der Immigranten, der Kampf gegen Rassismus und faschistischen Terror, gegen deutschen Militarismus und Imperialismus ... *kommen nicht einmal vor.* Und das gerade in einer Situation, wo die Bosse den ras-

Land and Freedom...

Fortsetzung von Seite 15

In den Maitagen halfen die „antistaatlichen" Führer der CNT schließlich aktiv mit, daß die Macht in den Händen der Bourgeoisie blieb, gegen die aufständischen Arbeiter.

Trotzki verglich die anarchistische Doktrin mit einem Regenmantel voller Löcher: nutzlos, wenn es tatsächlich regnet. Im Kern geht es bei jeder Revolution darum, eine neue Klasse an die Macht zu bringen. Genau dies konnte und wollte der Anarchismus nicht tun. Das eine „Prinzip", das die spanischen Anarchisten aufrecht hielten, war ihre Opposition zur Diktatur des Proletariats - gegen den Arbeiterstaat. Während die CNT-Führer in der bürgerlichen Regierung saßen, versuchten sie die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Verbrechen abzulenken, indem sie ein großes Geschrei über den konterrevolutionären Kronstädter Aufstand anfingen, den die Rote Armee 1921 niedergeschlagen hatte, sowie über Nestor Machno, Held der Anarchisten, dessen Bauernbanden in der Ukraine geschlagen und aufgelöst wurden, nachdem sie sich gegen den neuen sowjetischen Arbeiterstaat gewandt hatten. Wie Trotzki schrieb:

> „Die Advokaten des Anarchismus, die sich hinter Kronstadt und Machno verstecken, täuschen niemanden. In der Kronstädter Episode und im Kampf gegen Machno verteidigten wir die proletarische Revolution gegen die bäuerliche Konterrevolution. Die spanischen Anarchisten verteidigten und verteidigen die bürgerliche Konterrevolution gegen die proletarische Revolution. Kein Sophismus wird aus den Annalen der Geschichte die Tatsachen streichen, daß in der spanischen Revolution Anarchismus und Stalinismus auf der einen Seite der Barrikaden standen, die Arbeitermassen und revolutionären Marxisten aber auf der anderen. Das ist die Wahrheit, die ins Bewußtsein des Proletariats für allezeit eingehen wird!" („Die spanische Lehre: eine letzte Warnung")

Heutige Anarchisten, die sich vom Verrat der CNT-FAI-Führer distanzieren wollen, sehen die Freunde Durrutis als eine Art von Ehrenrettung. Aber diese Linksabspaltung stellte einen expliziten Bruch mit der „unpolitischen" Politik der Ablehnung des Staates durch den Anarchismus dar. Sie forderten einen revolutionären auf Gewerkschaftsorganisationen gestützten „Nationalen Verteidigungsrat", der die Macht übernehmen sollte, und stellten dies explizit als eine „Abweichung" von der anarchistischen Tradition dar. Sie schrieben, „die Avantgarde, d. h. die revolutionären Militanten und die Freunde Durrutis, die POUM und die Jugend müssen sich umgruppieren, um ein Programm für proletarische Revolutionäre

Fortgesetzt auf Seite 28

---

sistischen Terror als Rammbock für Sozialraub einsetzen. Die Arbeiter werden sich ohne ihre kämpferischen eingewanderten Kollegen genausowenig verteidigen können wie die Kurden ohne die übrige Arbeiterklasse.

Die Gruppe Arbeitermacht (GAM) schlägt ein „konkretes *Aktionsprogramm* für die Gewerkschaften" vor, das „zum Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise" aufruft. Aber wie hohl dieser Aufruf ist, der noch nicht einmal erklärt, daß es dabei um den Sturz der kapitalistischen Staatsmacht geht, zeigt sich am besten darin, was die GAM tatsächlich tut: Noch bei jeder Wahl rief sie zur Stimmabgabe für die SPD (und im Osten auch PDS) auf. Und vor kurzem landete sie sogar auf der Seite der NATO-Imperialisten, als diese im letzten September zwei Wochen lang die bosnischen Serben bombardierten. Sie rief zur Bewaffnung der lokalen NATO-Verbündeten auf, der bosnisch-muslimischen und kroatischen Bodentruppen, und forderte: „Schwere Artillerie, Panzer und Flugzeuge nach BiH - ohne alle daran geknüpften Bedingungen!"

Während wir als Internationalisten im brudermörderischen Krieg zwischen den rivalisierenden Nationalisten Ex-Jugoslawiens eine defätistische Position beziehen und keine Seite unterstützen, demonstrierten wir in den NATO-Hauptstädten für die militärische Verteidigung der bosnischen Serben gegen die Angriffe der Imperialisten. Kein Wunder, daß das „Aktionsprogramm" der GAM kein einziges Wort zum deutschen Imperialismus enthält: Dieser benutzte die NATO-Bombardierung im letzten Herbst, um zum ersten Mal seit dem Dritten Reich Kampftruppen auf den Balkan zu schicken.

Auf einem ganz anderen Blatt steht der BSA, der ebenfalls behauptet, „trotzkistisch" zu sein. Heute, wo die Bosse die Gewerkschaften frontal angreifen, sind für den BSA „die Gewerkschaften tot... Ihr Fäulnisprozeß kann weder aufgehalten noch rückgängig gemacht werden" *(neue Arbeiterpresse,* 25. April). Der BSA wirft die bürokratische Führung mit den Millionen Gewerkschaftern in einen Topf und bleibt damit seiner Linie treu: Als die ehemalige UdSSR im Fadenkreuz der Imperialisten war, setzte er die deformierten Arbeiterstaaten mit den stalinistischen Bürokratien gleich und bejubelte jede konterrevolutionäre Bewegung. Heute rechtfertigt die amerikanische Schwesterorganisation des BSA Streikbrecher bei Caterpillar als „Gewerkschaftsmitglieder, die sich entschieden, Streikposten zu überqueren" *(International Workers Bulletin,* 18. Dezember 1995), und der BSA verteidigt die Streikbrecher in einer Erwiderung auf unseren Artikel *(Spartakist,* März/April 1996) als „Arbeiter, die ohne Erlaubnis von Yokich & Co. [Gewerkschaftsführer der Autogewerkschaft UAW] die Arbeit wieder aufnehmen" *(neue Arbeiterpresse,* 11. April).

Nicht erst mit dem Fall der Sowjetunion, wie der BSA behauptet (der bis dahin zur Wahl der SPD aufrief), hat sich der Reformismus überlebt. Sondern bereits seit 1914 ist „der verfaulteste Teil des faulenden kapitalistischen Europa ... die sozialdemokratische Bürokratie" (Trotzki, *Was Nun!).* Wie Trotzki ausführte: „Die neue Politik der Sozialdemokratie bestand darin, die bürgerliche Gesellschaft um den *Preis des Verzichts auf Reformen* zu retten" (unsere Hervorhebung). Trotzki verteidigte immer bedingungslos die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, ob sie in der Sowjetunion oder in den Gewerkschaften verkörpert waren, und kämpfte gleichzeitig dafür, die jeweilige verräterische Bürokratie rauszuschmeißen.

Die historischen Interessen der Arbeiterklasse erfordern eine *international geplante Wirtschaft.* Um das Chaos und die Verwüstung, die das irrationale, anarchische kapitalistische System im Stadium der Fäulnis mit seiner globalen Ausbeutung und Profitschinderei hervorbringt, zu beseitigen, ist eine Arbeiterregierung nötig, die den Kapitalisten *die Produktionsmittel entreißt.* Dies hat nichts gemein mit der bürokratischen Mißwirtschaft, die Planwirtschaft in Verruf gebracht hat. Um einen zentralen Wirtschaftsplan im Interesse der Arbeiter auszuarbeiten, sind Arbeiterräte aus gewählten, jederzeit abwählbaren Delegierten notwendig. Eine siegreiche Arbeiterrevolution wird sich nicht auf ein Land beschränken, sondern muß ausgeweitet werden, um die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu schaffen. Und ein sozialistisches Europa wird eine Brücke zu den prosozialistischen unterdrückten Massen sein, die heute durch ihre imperialistischen Herren ausgebeutet werden, im Kampf für den Weltsozialismus. „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!"«

Land and Freedom...

Fortsetzung von Seite 27

auszuarbeiten". Dies stellte eine entscheidende Gelegenheit dar, um revolutionäre Kräfte in eine Avantgardepartei umzugruppieren, die das Proletariat zur Macht führen konnte. Aber diese Aufgabe wurde tragischerweise durch den konterrevolutionären Terror zunichte gemacht.

Die Debatte über *Land and Freedom*

In ihren Filmbesprechungen haben *Socialist Review* (Zeitung der Socialist Workers Party, hier Internationale Sozialistische Organisation) und *Socialist Outlook* (britische Unterstützer des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats) die Volksfront nicht einmal erwähnt, geschweige denn eine Position dagegen eingenommen. Verkäufer des *Socialist Worker* gingen sogar soweit, vor den Kinos, wo Loachs Film lief, zu rufen: „Schließt euch der POUM unserer Tage an, tretet der SWP bei!"

In der Tat, die SWP, das VS und andere finden *Land and Freedom* gerade deshalb so toll, weil es eine geschickt gemachte Verteidigung der Volksfrontpolitik der POUM und der Anarchisten ist. Dies wiederum verschafft ihrem eigenen heutigen Volksfront-Reformismus eine Art „linker" Glaubwürdigkeit.

Trotzkis Angriff auf die POUM und ihre Apologeten vor 60 Jahren gilt mit aller Schärfe für die Pseudolinke von heute:

> „Die allerwichtigste Frage ist gegenwärtig die der Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder gar ein technisches Manöver hinzustellen, damit sie mit ihrem Kram im Schatten der Volksfront hausieren gehen können. In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage proletarischer Klassenstrategie* in dieser Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für die Differenz zwischen Bolschewismus und Menschewismus." („Die POUM und die Volksfront", Juli 1936)

In dieser Tradition Trotzkis haben wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) durchgängig für proletarische Opposition gegen die Volksfront gekämpft. Die Frage stellte sich besonders scharf in Chile Anfang der 70er Jahre, als unsere Tendenz sich als einzige weigerte, eine auch noch so „kritische" Wahlunterstützung für Allendes Unidad Populär zu geben. Dies war eine Volksfrontallianz, die das kämpferische Proletariat an die Institutionen des kapitalistischen Staates kettete und damit Pinochets blutigem Militärputsch den Weg bereitete.

In jüngerer Zeit haben wir für proletarische Klassenopposition gegen die nationalistische Volksfront des ANC in Südafrika gekämpft. In Brasilien stehen wir, zusammen mit den uns brüderlich verbundenen Genossen von Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, in harter Klassenopposition zu Lulas sozialdemokratischer Arbeiterpartei und ihrer Frente Brasil Populär, die die Arbeiter und Unterdrückten im Interesse der Kapitalisten demobilisiert und angreift.

Dadurch, daß wir an diesen elementaren Klassenprinzipien festhalten, stehen wir in scharfem Gegensatz zu den diversen zentristischen und reformistischen Gruppierungen, die keine Skrupel haben, die Volksfront zu unterstützen ... oder zu versuchen, eine eigene Volksfront zusammenzuzimmern. In Südafrika riefen bei den Wahlen vor zwei Jahren reihenweise pseudorevolutionäre Gruppen, einschließlich SWP und VS, dazu auf, für den bürgerlich-nationalistischen ANC zu stimmen. Die ANC-Regierung hat Gewerkschaftskämpfe angegriffen und verfolgt ein drakonisches Austeritätsprogramm gegen die Arbeiterklasse; damit zeigt sich, daß sie das neue schwarze Gesicht des südafrikanischen Kapitalismus ist.

Zentristen wie Workers Power (WP, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) spielen sich gelegentlich als Gegner von Klassenkollaboration auf, aber auch sie zögern nie, bei der erstbesten Gelegenheit auf den Volksfrontzug aufzuspringen. Bei den letzten Wahlen in Frankreich rief WP dazu auf, für Mitterrands Sozialistische Partei zu stimmen, während die SP unter den kämpferischen Teilen der Arbeiterklasse weitgehend verhaßt war, nachdem sie ein Jahrzehnt im Kalten Krieg den Kern einer rassistischen Pro-NATO-Volksfrontregierung gebildet hatte, die die kapitalistische Austerität verwaltete.

Der Kampf für die Vierte Internationale

Stalins Rolle in Spanien bestätigte seine Funktion als Totengräber der Revolution. Die Trotzkisten kämpften mit aller Entschiedenheit gegen seine verräterische Politik der Klassenkollaboration. Während sie für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus eintraten, kämpften sie gleichzeitig für eine politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie hinwegzufegen. Der Verrat der Volksfront in Spanien unterstrich zusammen mit der aufkommenden Gefahr des imperialistischen Krieges die dringende Notwendigkeit für eine neue revolutionäre Internationale.

Aber der Kampf für die Vierte Internationale erforderte - und erfordert noch - einen scharfen politischen Kampf gegen den Zentrismus, wofür die spanische POUM ein herausragendes Beispiel ist. In seinem letzten wichtigen Werk über die Spanische Revolution, „Klasse, Partei und Führung", schrieb Trotzki über den „Verrat der POUM":

> „Links von all den ändern Parteien in Spanien stand die POUM ... Aber gerade diese Partei spielte in der Entwicklung der spanischen Revolution eine verhängnisvolle Rolle... Sie beteiligte sich am .Volks'-Wahlblock, trat einer Regierung bei, die Arbeiterkomitees liquidierte, kämpfte für die Wiederherstellung dieser Regierungskoalition, kapitulierte immer wieder vor der anarchistischen Führung, betrieb in diesem Zusammenhang eine falsche Gewerkschaftspolitik und nahm eine schwankende und nicht revolutionäre Haltung gegenüber dem Mai-Aufstand von 1937 ein... Aber das ändert nichts ... an der Tatsache, daß eine zentristische Partei stets zu einer Bremse der Revolution wird, sich jedesmal ihren Kopf einrennen muß und den Zusammenbruch der Revolution herbeiführen kann."

Letztlich schiebt *Land and Freedom* den Stalinisten die alleinige Verantwortung für die Niederlage in Spanien zu und nimmt damit die POUM und die Anarchisten in Schutz. In diesem Sinne sind die „Spanischen Lehren" - die Loach (und die meisten Linken) vermitteln wollen - sehr, sehr falsch. Die Opposition des Proletariats gegen die Volksfront ist weder eine Frage der „Taktik" noch ist sie von rein historischem Interesse. Es ist *heute* eine dringende Frage für den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus.

Wir von der IKL kämpfen für die Schmiedung von revolutionären Avantgardeparteien, die Trotzki als seine eigenen anerkennen würde - Parteien, die keinen Deckmantel liefern für Volksfrontverrat, sondern eine scharfe Klassenlinie ziehen, damit die Arbeiter im revolutionären Kampf gegen das Kapital mobilisiert werden können. Die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution, ist der Schlüssel dafür, das zu erreichen, wofür so viele heroische Arbeiter in Spanien gekämpft haben und wofür sie gestorben sind: ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung und eine sozialistische Zukunft.

Nach Workers Hammer *Nr. 150, April/Mai 1996*

Italien...

Fortsetzung von Seite 32

Die neue Regierung versprach von Anfang an, den Lebensstandard der Bevölkerung anzugreifen. Die Arbeiterklasse und die Unterdrückten waren die erklärten Opfer in den Programmen beider Wahlkoalitionen. „Privatisierung", „Liberalisierung", „Präsidialgewalt" waren die Schlagworte sowohl der Rechts-Allianz „Freiheitspol" als auch der Mitte-Links-Allianz Olivenbaum. Beide wollen die Profite steigern, indem die Ausbeutung der Arbeiter und die Macht des Staates verstärkt werden, um zu garantieren, daß der unvermeidliche Widerstand mit eiserner Faust zerschlagen werden kann.

Die Olivenbaum-Koalition von Romani Prodi und dem PDS-Führer Massimo D'Alema machten sich vollständig die „Moral"-Kampagne zu eigen, auf die die Bourgeoisie drängte und die der Vatikan inszenierte. Prodi unterstützte die „Bewegung für das Leben", die nicht nur „die Abtreibung verdammt", sondern auch behauptet: „Es muß anerkannt werden, daß jedes menschliche Wesen von seiner Befruchtung an volle Rechte hat." Dies ist eine völlig reaktionäre Konzeption, die jede Abtreibung unmöglich machen und dem staatlichen Unterdrückungsapparat die Tür öffnen würde, so daß er in praktisch alle Aspekte des Lebens schwangerer Frauen eingreifen kann unter dem Vorwand, „den Fötus zu schützen".

Die personelle Zusammensetzung der „linken" Koalition spricht für sich. Es gibt die wiederaufbereiteten Überreste der Christdemokratischen Partei, Überbleibsel der ehemaligen Republikanischen Partei und prominente Kapitalisten. Prodi, ein langjähriger Christdemokrat, wurde als Führer der Olivenbaum-Volksfront ausgewählt, um den Vatikan zufriedenzustellen. D'Alema erhielt sogar die Unterstützung vom FIAT-Boß Agnelli und den Segen Clintons, der in den italienischen Wahlkampf intervenierte und explizit erklärte, daß die amerikanische Regierung heute eine PDS-Regierung in Italien nicht mehr fürchtet. In Übereinstimmung damit schlug D'Alema vor, die PDS solle endgültig das Hammer-und-Sichel-Symbol ablegen.

Diese arbeiterfeindliche Regierung wird von Rifondazione Comunista (RC) unterstützt, die versprochen hat, ihr das Vertrauen auszusprechen und sie in allen kritischen Momenten zu unterstützen. RC wird jetzt eine entscheidende Rolle spielen, denn Ulivo wird bei wichtigen Abstimmungen im Parlament ihre Unterstützung brauchen - wenn es um die Renten, das Sozialwesen, das Erziehungswesen, die Abtreibung, die Einwanderung usw. geht. RC wird versuchen, als Ventil zu dienen, und den Klassenkampf zu ihrem eigenen parlamentarischen Vorteil an- und abschalten. Aber dieses Regime wird mit solcher Härte gegen die Arbeiterklasse vorgehen, daß die RC nicht so sehr wegen ihrer Stimmen im Parlament gebraucht wird, sondern als angeblich außerhalb der Regierung stehende Lobby der Arbeiter, die deren Wut ablenkt. Als erste sollen Frauen, Jugendliche und Immigranten die Opfer dieser unheiligen Allianz werden - sie sollen als Sündenböcke dafür dienen, daß den Arbeitern ihre Errungenschaften wieder weggenommen werden.

Die Lega trotskista d'Italia (LTd'I), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, war bei den Wahlen vom 21. April gegen jegliche Stimme für die Volksfront und ihre Parteien, auch die RC, und besteht darauf, daß nicht bürgerliche Wahlen oder parlamentarische Blöcke, sondern der Klassenkampf die Entscheidung bringen wird. Die Ulivo-Regierung wird *arbeiterfeindlich, frauenfeindlich und immigrantenfeindlich* sein. Eine machtvolle Antwort der Arbeiter ist notwendig, um den allseitigen Angriff zurückzuschlagen, den die Bourgeoisie gegen sie führt. Ohne die Intervention der Arbeiterklasse gegen dieses Regierungsprogramm des sozialen Rückschritts wird die Volksfront an der Macht die Arbeiter demoralisieren sowie die Kleinbourgeoisie und die rückständigen Teile des Proletariats noch mehr in die Arme von faschistischen und populistischen Demagogen treiben. Doch damit die Arbeiterklasse gewinnen kann, ist es notwendig, einen politischen Kampf gegen die PDS, die RC und die Gewerkschaftsbürokratie zu führen und eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung zu schmieden. Die Lega trotskista kämpft dafür, 'eine bolschewistische Partei aufzubauen, die für die Macht des Proletariats kämpft und nicht an bürgerlichen Regierungen teilnimmt, die diese verrottete kapitalistische Gesellschaft verwalten.

Die Volksfront ist arbeiterfeindlich ...

In Italien hat die offizielle Arbeitslosenrate 12,1 Prozent erreicht. Mehr als sechs Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze, und die Ausbeutungsrate ist in den letzten drei Jahren um sechs Prozent gestiegen. Die Arbeitsbedingungen sind so schlimm geworden, daß pro Tag vier Todesfälle als Arbeitsanfälle" gemeldet werden. Die Lebensbedingungen klaffen zunehmend auseinander: Die Armen werden immer ärmer, und die Reichen werden reicher. Der Abstand zwischen dem Norden und dem Süden Italiens, den Männern und den Frauen, den Einheimischen und den ethnischen Minderheiten wird immer größer.

Als der rechte Medien-Mogul Berlusconi 1994 zum Regierungschef gewählt wurde, ging er sofort daran, einen Frontalangriff auf das Rentensystem zu starten. Die Arbeiterbewegung reagierte mit den wahrscheinlich eindrucksvollsten Demonstrationen seit dem „heißen Herbst" 1969. PDS und RC versuchten die Bewegung unter Kontrolle zu halten und benutzten die legitime Wut und die Kämpfe der Arbeiter als Instrument, um massiv Druck für eine Volksfrontregierung zu machen. Millionen Arbeiter auf der Straße zwangen Berlusconi („Mich werden auch 100 Generalstreiks nicht stoppen") zum Rücktritt.

Daraufhin brachte die PDS eine Regierung zustande (bei jeder entscheidenden Abstimmung mit der Unterstützung von RC), deren Regierungschef der gleiche Lamberto Dini (ehemaliger Chef der Bank von Italien) war, der das Rentenkürzungsgesetz der Regierung Berlusconi verfaßt hatte. Wenige Monate nach seinem Amtsantritt im April 1995 gelang es ihm, die gleichen Rentenkürzungen durchzubringen, die Berlusconi nicht hatte durchsetzen können. Der ent-

Fortgesetzt auf Seite 30

Italien...

Fortsetzung von Seite 29

scheidende Faktor war die Unterstützung von PDS, RC und Gewerkschaftsbürokraten. Sie nutzten ihre verbliebene Autorität dazu aus, die Reaktion der Arbeiter möglichst klein zu halten. So demonstrierte die Volksfront zum x-ten Mal ihre wahre Natur, eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, die die Arbeiterklasse der Bourgeoisie unterordnet.

und immigrantenfeindlich ...

Die Dini-Regierung verabschiedete mit Unterstützung der PDS ein Gesetz zur Einwanderung, das viel rassistischer ist als die Gesetzgebung zuvor. In Italien kann jetzt jeder, der sich nicht ausweisen kann, ins Gefängnis geworfen werden; zudem droht ihm wie bisher die Abschiebung. Entgegen allen Prinzipien der Rechtsprechung gilt ein Einwanderer als schuldig, wenn er „einen Lebensstandard hat, der zu hoch ist". Eingewanderte Arbeiter werden toleriert, wenn es dem Staat gefällt, und nur unter der Bedingung, daß sie von der lokalen Bourgeoisie weit über das normale Maß hinaus ausgebeutet werden. Sonst heißt es: Haut ab oder geht ins Gefängnis. Diese Situation wurde in den letzten Jahren durch die Kampagne gegen eingewanderte „Drogendealer" vorbereitet, die von PDS und RC im September 1993 in Genua geführt wurde, sowie durch die rassistische Verfolgung von Immigranten, die als „Vergewaltiger" hingestellt werden. Unter anderem mit dieser Begründung wurde die Verabschiedung des Gesetzes „gegen sexuelle Gewalt" beschleunigt.



Spartaco

Mailand, August 1993 - Trotzkisten fordern, daß die Anklagen gegen nordafrikanische Opfer von Polizeiterror fallengelassen werden

Im Gegensatz zu PDS und RC, die aktiv an der Kampagne gegen die Immigranten teilnahmen oder sie zumindest unterstützten, verlangen wir Trotzkisten, daß alle, die es schaffen, nach Italien zu kommen, das Recht haben zu bleiben. Wir sind für die gewerkschaftliche Organisierung der eingewanderten Arbeiter und für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten.

Die faschistische MSI tritt nun im neuen Gewand der Alleanza nazionale (AN) auf, aber der Kern ist immer noch faschistisch, und die Squadre (Terrorgruppen) sind nicht verschwunden. Sie greifen weiterhin Immigranten, Büros von RC, PDS und anderen Linken und die eher verwundbaren Teile der Arbeiterklasse an. Es ist die Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung, die Faschisten zurückzuschlagen, auch durch integrierte Verteidigungsmilizen, indem die Arbeiter und andere potentielle Opfer der rassistischen Terroristen mobilisiert werden. Das erfordert einen Kampf gegen die rassistische Politik der Klassenkollaboration der reformistischen Führung.

... und frauenfeindlich

Für die Bourgeoisie ist die Stärkung der Familie ein wesentlicher Bestandteil ihrer Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse. Die Familie soll die Last der Sozialleistungen tragen, für die der Staat nicht mehr zahlen will. Zusätzlich wird jede „Abweichung" vom Familienmodell, das vom Vatikan abgesegnet ist, verfolgt. Die Ulivo-Volksfront hat schon erklärt, daß sie den Paragraphen 194 revidieren will, der Abtreibungen in Italien teilweise legalisiert hat. Im Süden ist es aber in der Realität wegen der darin enthaltenen (für Ärzte bestimmten) sogenannten „Ablehnungsklausel aus Gewissensgründen" praktisch unmöglich geworden, eine Abtreibung vornehmen zu lassen - ein weiteres Zugeständnis der PCI an den Vatikan auf dem Altar der Klassenzusammenarbeit -, und im übrigen Italien ist es extrem schwierig.

Unter Aufsicht der Dini-Regierung organisierte die „Bewegung für das Leben" im letzten Februar in Rom eine Konferenz über die „psychologischen Konsequenzen der Abtreibung", während Bullen und paramilitärische Carabinieri draußen Gegendemonstranten zusammenschlugen. Der Vatikan steht in vorderster Linie bei dieser moralistischen Kampagne gegen die Abtreibung, und RC-Führer Fausto Bertinotti bläst ins gleiche Hörn. *Carrière delia Sera* (20. April) berichtet: „Der Kopf der neokommunistischen Partei beendete seinen Wahlkampf mit einem Appell an Papst Johannes Paul II.: ‚Wir haben uns nicht besonders um die Stimmen von Katholiken bemüht... Es genügt uns, Papst Wojtyla zuzuhören, wie er die Exzesse des Kapitalismus verdammt und vor den Marktgesetzen warnt.'"

Nach jahrzehntelangen Verhandlungen wurde das Gesetz „gegen sexuelle Gewalt" unter der Dini-Regierung und mit der Unterstützung der „Progressiven" verabschiedet. Das neue Gesetz dient vor allem dazu, die Einmischung des Staates in das Privatleben und in Familienangelegenheiten zu verstärken. Wann immer der Vorwurf erhoben wird, daß jemand Minderjährige „sexuell mißbraucht" habe, muß nach dem neuen Gesetz der Richter in Aktion treten. Besonders in der Schußlinie stehen Eltern, Verwandte und alle, die Kontakt zu Minderjährigen haben, wie z. B. die Lehrer. Die Beschuldigten haben jetzt auch die Pflicht, sich einem Test auf AIDS und andere sexuell übertragbare Krankheiten zu unterziehen. Dies verstößt gegen das Recht auf Privatsphäre, das es früher gegeben hat.

Wir sind entschiedene Gegner der Einmischung des Staates in das Sexualleben, wenn es auf gegenseitiger Freiwilligkeit beruht. Wir sind gegen die Versuche des Vatikans, Normen von „moralischer Korrektheit" für die Familie zu etablieren, die der Staat dann mit Gewalt durchsetzt. Nieder mit den reaktionären Gesetzen, die ein Mindestalter für Geschlechtsverkehr festlegen! Staat und Kirche raus aus dem Schlafzimmer!

Die Familie ist die zentrale Institution zur Unterdrückung der Frau. Wir Trotzkisten kämpfen für die Zerstörung des Kapitalismus und für eine wirkliche Arbeiterregierung als notwendige Voraussetzung für die Befreiung der Frau. Wir kämpfen gegen die Volksfront, die die Rechte der Frauen opfert, um die Interessen der Bourgeoisie zu verteidigen. Und wir kämpfen gegen alle Formen von Diskriminierung gegen Frauen. Für kostenlose Abtreibung auf

Wunsch, auch für Minderjährige und eingewanderte Frauen! Für die vollständige Trennung von Kirche und Staat und für die Enteignung der Besitztümer des Vatikans!

Rifondazione Comunista im Schlepptau der Volksfront

Rifondazione Comunista hatte mit der Ulivo-Koalition einen „Nichtangriffspakt" für die Wahlen vom 21. April geschlossen. RC-Führer Bertinotti „erklärte" diesen gemeinen Klassenverrat mit der Behauptung, daß ohne das Abkommen unter dem neuen Wahlsystem „RC riskieren würde, ihre parlamentarische Vertretung zu verlieren". Deshalb hat RC eine massive Kampagne für Ulivo geführt und die Arbeiter aufgerufen, die Bosse zu wählen, die sie rausschmeißen. Laura Cossutta forderte Arbeiter der Superga-Fabrik auf, für den Besitzer dieser Fabrik, De Benedetti, zu stimmen, der 300 Entlassungen angedroht hatte.

Es sollte festgehalten werden, daß die sogenannte „Linke" in der RC, geführt von den vorgeblichen Trotzkisten Franco Grisolia und Marco Ferrando, die die Zeitschrift *Proposta* herausgeben, in vorderster Front stand, als es um die Rettung der Regierung Dini ging. Sie stellt sich gegen die RC-Mehrheit, die beim Mißtrauensvotum gegen Dini, das vom „Freiheitspol" eingebracht wurde, anfänglich vorhatte, das Kabinett zu Fall zu bringen. Bei den letzten Wahlen spielte die *Proposta-Gruppe* wie 1994 eine nützliche Rolle für die RC-Führung und tat alles mögliche - indem sie „linke" Argumente brachte und Lenin entstellte -, um die zögerlichsten Elemente zu überzeugen, daß man die Volksfront unterstützen müsse. *Proposta* (Januar 1995) forderte sogar dazu auf, „in besonderen Situationen, in denen es notwendig ist, einen faschistischen oder reaktionären Kandidaten zu besiegen", für die Volkspartei des Vatikans (PPI) zu stimmen.

Die Partei von Bertinotti und Cossutta sitzt im Augenblick gemeinsam mit den aggressiven Rassisten der Lega Nord in vielen Stadtverwaltungen. Bei einer Demonstration gegen das rassistische Gesetz in Turin am 19. November letzten Jahres verteilte RC eine Stellungnahme, die in ungeheuerlicher Weise ein Echo der rassistischen Rechten war: „Es ist deshalb notwendig, daß die zuständigen Behörden Kriminalität jeder Art effektiv unterdrücken und die italienischen Gesetze mit den modernsten Ermittlungstechniken, die verfügbar sind, gegen Drogenhändler und das Prostitutionsgewerbe einsetzen."

Die Politik der Kapitulation vor der Volksfront, wie sie von RC und ihren „linken" Anhängseln praktiziert wird, ist bei der Basis der Partei nicht ohne Bauchschmerzen durchgegangen. Es fällt auf, daß die RC-Zeitung *II Manifesto* beinahe jeden Tag Artikel, Interviews und Briefe von RC-Mitgliedern veröffentlicht hat, die sich bei den Wahlen enthalten wollten. Wir sind nicht die einzigen Linken, die dazu aufgerufen haben, sich am 21. April der Stimme zu enthalten, aber wir sind die einzigen, die offen sagen, *daß jede* Volksfrontregierung arbeiterfeindlich, frauenfeindlich und immigrantenfeindlich sein wird und daß es dringend notwendig ist, gegen diese Politik zu kämpfen.

Der große Unmut von RC-Mitgliedern spiegelt eher die Tatsache wider, daß diese Volksfront extrem rechts und abscheulich ist. Gerade diese weitverbreitete Unzufriedenheit, die nicht mit der Klassenkollaboration bricht, versucht die Zeitung *Voce Operaia* (VO) aufzugreifen, die zuletzt gegen die Wahl von Ulivo und RC auftrat. Aber bei den Wahlen 1994 hat VO ganz offen RC und die Volksfront des „Pols der Progressisten" unterstützt, und im Juni 1993 riefen sie sogar zur „antikapitalistischen" Stimmabgabe für drei Kandidaten der Christdemokraten auf, die im neuen Gewand von La Rete („Bewegung für saubere Hände") auftraten.

Im Frühjahr 1995 schrieb VO ein Flugblatt mit dem Titel „Kein Waffenstillstand", in dem es heißt: *„Werft die Berlusconi-Regierung raus und bringt die Linke an die Regierung!"* Dies ist ein klarer Aufruf zu einer bürgerlichen parlamentarischen Regierung von PDS, RC und anderen. Als ein skeptischer Leser in einem Leserbrief gegen diese Volksfrontlosung Einwände erhob, verteidigte sich VO: „Die Losung ,Die Linke in die Regierung' bedeutet ,die Arbeiterbewegung in die Regierung' zur Verteidigung der Arbeiterinteressen und der Forderungen der Bewegungen im Kampf." VO fuhr fort: „Wir sagten den Arbeitern: Zwingen wir sie dazu, die Macht zu ergreifen!" VO hat die gleiche Linie wie die Ausverkaufsbürokraten von PDS und RC, nämlich daß Arbeitermobilisierungen als Druckmittel eingesetzt werden sollten für eine parlamentarische bürgerliche „linke" Regierung.

Brecht mit der Volksfront! Für den Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Partei!

Die Angriffe auf den „Sozial"staat und auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der Unterdrückten in ganz Europa haben ihren Ursprung in der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion. Die „neue WeltM/zordnung" hat nationalistische Kriege, rassistische Pogrome gegen eingewanderte Arbeiter, Roma und Sinti und Juden sowie eine Verelendung des Proletariats nach sich gezogen. Zur gleichen Zeit hat die Arbeiterklasse ihren Willen gezeigt, Widerstand zu leisten - von den eindrucksvollen Kämpfen der italienischen Arbeiter im Herbst 1994 bis zu den massiven Streiks in Frankreich im letzten Dezember. Viele Linke sehen in der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse die Lösung für die Probleme der Arbeiter. Aber wie wir in *Spartaco* Nr. 45 (Februar 1995) geschrieben haben:

> „Keine noch so große Kampfbereitschaft und keine Organisationsform per se kann den Sieg garantieren. Das entscheidende Element ist der politische Bruch mit der Volksfront und der Aufbau einer wirklich bolschewistischen Avantgardepartei, die die Kämpfe der Arbeiter über wirtschaftliche Militanz hinaus in die Richtung eines Kampfes um Arbeitermacht führt."

Es wird unvermeidlich zu Kämpfen der Arbeiter und Unterdrückten gegen die andauernden Angriffe der Bourgeoisie kommen. Die Schlüsselfrage ist, wer diese Kämpfe führen wird.

Es ist notwendig, eine leninistische Partei aufzubauen, die unnachgiebig der Klassenkollaboration entgegentritt und im Kampf für die sozialistische Revolution die Basis der reformistischen Parteien von deren Führung abspaltet. Die Lega trotskista und die Internationale Kommunistische Liga kämpfen für den Aufbau dieser leninistischen Partei.«


SPARTACO
MAGGIO 1996 N 48 L.1000
Lega trotskista d'Italia - Lega comunista internazionale (quartinternazionalista)

Clinton e Woityla benedicono l'alleanza Pds/Bankitalia

Rc portaborracce per un governo borghese, anti-donne e razzista!

SPARTAKIST

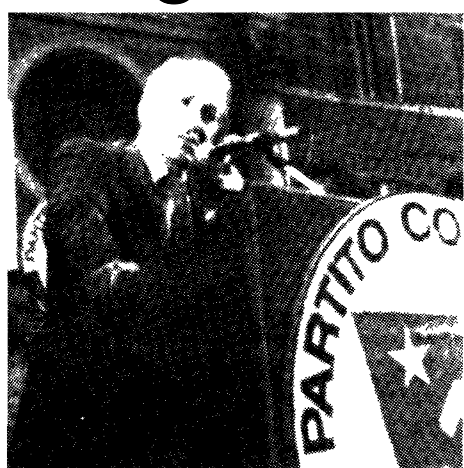
Italien: Eüro-Bankiers jubeln über Ulivo-Wahlsieg



Carofei/Smtesi



Merlin/Team



La Repubblica

Wir drucken im folgenden eine gekürzte Fassung eines Artikels ab, der von unseren Genossen der Lega trotskista d'Italia veröffentlicht wurde (Spartaco *Nr. 48, Mai 1996).*

MAILAND - Mit dem Sieg der Olivenbaum-Allianz bei den Wahlen vom 21. April gehören die Erben der italienischen Kommunistischen Partei zum erstenmal seit 1947 einer italienischen Regierung an. Einen Tag nach dem Sieg der Ulivo-Koalition zog der Lira-Kurs gegenüber allen anderen Währungen an und die Aktienkurse an der Börse legten beinahe fünf Prozent zu.



La Repubblica

Von links: „Olivenbaum"-Führer Prof. Prodi, PDS-Führer Massimo D'Alema und Fausto Bertinotti von Rifondazione Comunista. Ihr Wahlsieg bedeutet rassistische Repression gegen Immigranten

Die Kapitalmärkte auf der ganzen Welt jubilieren, weil sie zuversichtlich sind, daß die Partei der demokratischen Linken (PDS), mit ihren organischen Verbindungen zu den kämpferischen italienischen Gewerkschaften, bei den Arbeitern ihre radikalen Sparmaßnahmen erfolgreich durchsetzen kann. Die massive Streikwelle im letzten Jahr zeigte, daß die Rechts-Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi nicht in der Lage war, Kürzungen des Lebensstandards der Arbeiter durchzusetzen. Aber die kapitalistischen Bosse, die westeuropäischen Bankiers, Kohl und US-Präsident Clinton hoffen, daß die Arbeiter dies von der PDS akzeptieren werden, wobei die „loyale Opposition" Rifondazione Comunista den Arbeitern die bitteren Pillen versüßen soll.

Diese Regierungsbildung ist ein Verrat der Klasseninteressen der Arbeiter durch ihre reformistischen Führer, die sich hinter roten Fahnen verstecken. Das weckt Erinnerungen an die Geschehnisse am Ende der Resistenza (antifaschistische Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkriegs), als die Kommunistische Partei Italiens (PCI) ihre Basis, die in vielen Teilen des Landes die Macht in Händen hielt, dazu überredete, die Waffen abzuliefern. Dies führte zur Konsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, zum Hinauswurf der PCI aus der Regierung und zur Unterdrückung der Arbeiterklasse während der 50er Jahre.

Fortgesetzt auf Seite 29

Brecht mit der Volksfront!
Schmiedet eine trotzkistische Partei!

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 124 SEPTEMBER/OKTOBER 1996 DM1,-

Frankreich: Bullen stürmen besetzte Kirche

Massenproteste gegen rassistische Abschiebungen

Zwanzigtausend Demonstranten gingen am 23. August in Paris auf die Straße, um gegen die Erstürmung der Kirche St. Bernard durch die Polizei zu protestieren. Die Kirche wurde von mehr als 300 eingewanderten Arbeitern besetzt gehalten, die versuchten, Aufenthaltsgenehmigungen zu bekommen. Tausend knüppelschwingende Bereitschaftsbullen durchbrachen die Menschenkette, die in Solidarität mit den Immigranten den Eingang blockierte, und schlugen die Kirchentüren mit Äxten ein. Zehn der Immigranten, die aus Protest in der achten Woche eines Hungerstreiks waren, wurden in Militärkrankenhäuser verschleppt und dort unter Bewachung gestellt. Etwa 210 verhaftete Immigranten, darunter 68 Kinder, wurden im Militärgefängnis von Vincennes festgesetzt, am östlichen Rand der Hauptstadt.

Die Ligue trotskyste de France (LTF), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, hat konsequent darum

Fortgesetzt auf S. 30



Reuter

Paris: Protest wurde von Gewerkschaftsblöcken unterstützt

Viertes Reich: Pate des Völkermords an Kurden

USA - Hände weg vom Irak!

4. September - Nach den US-Bombenangriffen auf den Irak verlegt das Pentagon jetzt weitere Bomber, Kriegsschiffe und Kampftruppen in die Region und droht mit einem neuen Schlag, der „unverhältnismäßig deutlich" ausfallen werde. Aber mit Ausnahme von Britannien ist Washingtons

Türkische Armee raus aus Kurdistan!

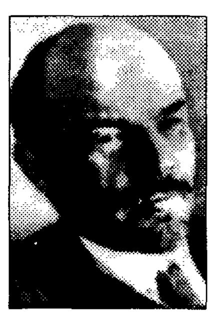
Golfkriegs-„Allianz" auseinandergebrochen: Frankreich, Rußland und selbst die reaktionäre Arabische Liga sind gegen weitere US-Schläge. Als revolutionäre Internationalisten stehen wir auf der Seite des irakischen Volkes gegen die imperialistische Aggression. Saddam Hussein muß für seine Verbrechen an den irakischen Werktätigen von diesen selbst zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Intervention der Vereinigten Staaten richtet sich vor allem gegen ihren deutschen imperialistischen Rivalen. Gegen den Widerstand der USA unterhält die deutsche Bourgeoisie enge Beziehungen zum Iran, wobei sie sich die iranischen Ölquellen und eine geplante Erdgasleitung zwischen Turkmenistan und Europa unter den Nagel reißen will. Und sie beabsichtigt, die Türkei als Regionalgendarm und damit als ein Sprungbrett zum Ausbau der eigenen Weltmachtrolle zu benutzen. Ein paar Tage nach den US-Bombardements gab Washington der Türkei grünes Licht, eine bis zu zwanzig Kilometer breite „Sicherheitszone" auf irakisch-kurdischem Territorium zu errichten. Nur die Machteroberung des Proletariats kann die Menschheit vor einem

Fortgesetzt auf S. 29

James P. Cannon über die Parteipresse


TROTZKI


LENIN

1944145 saßen James P. Cannon, der Begründer des amerikanischen Trotzkismus, und andere Führer der Socialist Workers Party im Gefängnis, weil sie gegen „ihren eigenen" Imperialismus im Zweiten Weltkrieg waren. Im Bundesgefängnis von Sandstone, Minnesota, hielt sich Cannon über die Entwicklungen in der damals revolutionären SWP auf dem laufenden. Der folgende Auszug aus einem seiner Briefe vom Januar 1945 hat besondere Bedeutung für eine Reihe von Kämpfen mit Jan Norden, dem ehemaligen Redakteur von Workers Vanguard *und Redaktionsmitglied von* Spartakist; *insbesondere wird darin der Grundsatz bekräftigt, daß die Parteipresse der gesamten Partei gehört. Wie Lenin in seiner Schrift „Womit beginnen?" (1901) erklärte: „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken."*

Die Presse: Mein Kumpel hier, der die Zeitungstechnik sehr gut kennt, weil er sie in den Lehrbüchern von Experten eifrig studiert hat, äußerte einige scharfe Kritik an den letzten Neuerungen im Umbruch der Zeitung und erklärte genau, was daran falsch war. Ich schlug vor, er solle seine Kritik aufschreiben und einschicken. Er antwortete: „Das wäre eine Vergeudung meiner Zeit. Ich habe andere Vorschläge eingeschickt, und denen wurde keine Aufmerksamkeit geschenkt; nicht einmal ihr Empfang wurde bestätigt." Diese Bemerkungen waren die härteste Kritik an der Handhabung der Zeitung, die ich gehört habe - man könnte fast sagen, die härteste Kritik, die überhaupt möglich ist.

Kritik übelzunehmen oder nicht wahrzunehmen ist eine der schrecklichsten Schwächen, von denen ein Führer befallen werden kann. Ich denke, eines der charakteristischen Merkmale eines wirklichen Führers ist die Fähigkeit, Kritik aufmerksam anzuhören. Wer das nicht kann, versperrt sich einen der besten Wege zum Lernen. Wer gutgemeinte Kritik übelnimmt, ist einfach unfähig, zu kindisch, für die Rolle eines Führers. Doch selbst bösartige Kritik enthält manchmal einen Kern von Wahrheit, zumindest halbwegs, den man zum eigenen Vorteil beachten und sich zu eigen machen kann. Ich persönlich habe genau auf diese Weise mehr gelernt, als irgend jemand weiß...

„Diese Zeitung gehört nicht dir." Dieses Motto sollte sich allen, die an der Zeitung arbeiten, ins Gedächtnis einprägen oder überhaupt an die Bürowände angeschlagen werden. Die Einstellung, die einen Menschen dazu treibt, das Büro, den Posten oder das Gremium der Partei, wo er arbeitet, als „sein eigenes" zu betrachten und Kritik daran, wie er das handhabt, übelzunehmen, ist eine kleinbürgerliche Einstellung, eine Form der Geisteshaltung eines Privateigentümers.

Fragt in der Zeitung die Leser nach Vorschlägen für neue kurze Beiträge. Aus den Antwortbriefen - die alle im Arbeiterforum abgedruckt werden sollen - wählt ein halbes Dutzend gute aus und verteilt sie an Genossen, die für die Zeitung arbeiten wollen.

Die unantastbare Zeitschrift muß auseinandergehauen und wieder zusammengesetzt und der Partei untergeordnet werden. Diese vornehme Dame mißbraucht ihre Autorität und „denkt" mehr oder weniger „unabhängig" schon seit Anfang an. Ich werde zu meinem großen Vergnügen einen stürmischen Angriff auf dieses letzte Bollwerk institutioneller Autonomie führen und auf den Trümmern die Fahne der Partei hissen. Diese Zeitschrift - diese hochtrabende Schwindlerin - muß ihre Methoden ändern - aber schnell - und sich auf das neue Regime umstellen, das für Leistungsfähigkeit und reibungslose Koordinierung aller Abteilungen unter der unbestrittenen Vorherrschaft des Nationalen Komitees sorgt.

James P. Cannon, *Letters from Prison*
(Briefe aus dem Gefängnis)

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Vertrieb), Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55,10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 124 **September/Oktober 1996**

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Halle
SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Rassistischer Überfall auf Berliner IG-Metall-Demo

Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!

Der Polizeiterror gegen Immigranten richtet sich immer öfter direkt gegen die Gewerkschaften. Nur wenige Wochen nach dem 1. Mai, wo in Berlin die türkischen und kurdischen Teilnehmer des IG-Metall-Zugs vom Rest der Demo abgeriegelt und mehrere festgenommen wurden, gab es einen erneuten Polizeiüberfall auf die Arbeiter von Bosch-Siemens und Siemens FSZ. Und bei den nationalen Gewerkschaftsdemos am 7. September durchsuchte die Polizei vor Beginn der Demo den Lautsprecherwagen der IG Metall, ohne daß es einen lautstarken Protest der Gewerkschaftsführung gab! Statt dessen ließen die DGB-Bürokraten zu, daß sich direkt vor der Rednertribüne der Abschlußkundgebung Bullen in Kampfanzügen unter der Fahne der „Gewerkschaft" der Polizei versammelten. Nichts zeigt deutlicher, wie notwendig es ist, im Kampf gegen die rassistischen Streikbrecher in Grün für den Rausschmiß der Polizei aus den Gewerkschaften zu kämpfen!

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hilft mit, die türkischen und kurdischen Arbeiter abzuspalten und dem staatlichen Terror preiszugeben. Am 7. September waren bei der Metallerdemo kaum Immigranten zu sehen, obwohl sie besonders in den Metallbetrieben ein wichtiger und kämpferischer Bestandteil der Arbeiter sind. Dies ist ein Ergebnis der kriminellen Zusammenarbeit der Gewerkschaftsspitzen mit der Polizei bei der Hetze auf Kurden, die bei der Bonner Demo von 350000 Arbeitern im Juni dazu führte, daß die kurdischen Immigranten am gleichen Tag getrennt nach Hamburg mobilisiert wurden.

Gegen den Überfall auf die Bosch-Sieme s-Arbeiter schickte das Komitee für soziale Verteidigung, das mit der SpAD politisch verbunden ist, folgenden Protest am 8. Juli 1996 an den Innensenator Schönbohm:

Das Komitee für soziale Verteidigung solidarisiert sich mit dem Protest der IG Metall und protestiert schärfstens gegen den brutalen, offensichtlich rassistischen Überfall der Berliner Polizei auf eine IG-Metall-Kundgebung vor den Betriebstoren der Bosch-Siemens-Haushaltgeräte (BSHG) und der Siemens AG, FSZ, gegen das Kahlschlagprogramm der Bonner Regierung am Donnerstag, 27. Juni 1996 in Berlin-Spandau.

Fünfzehn Arbeiter, darunter acht Frauen, jeder einzelne ein Immigrant, wurden durch den Einsatz Ihrer Polizei verletzt. Sie prügelte auf die Arbeiter mit Schlagstöcken ein, in einem Fall wurde eine Arbeiterin mit einer Pistole bedroht. Einer Arbeiterin wurde das Handgelenk gebrochen, ein Arbeiter mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Nach seiner Rede auf der Kundgebung wurde IGM-Vertrauensmann

Fortgesetzt auf S. 6

Spartakist-Jugend

Am Beispiel Frankreich: Rassismus und der BSA

Während der Studenten- und Arbeiterproteste im Frühjahr sahen militante Studenten die französischen Streiks als Vorbild. Zu der Zeit führte auch der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) an der Humboldt-Uni eine Veranstaltung zu Frankreich durch. Der BSA gibt sich fälschlicherweise als trotzkistisch aus und vermarktet das vorhandene Interesse, um seine eigenen arbeiterfeindlichen Thesen zu verkaufen.

Die französischen Arbeiter traten mit einer gewaltigen Streikwelle dem konzertierten Angriff der Kapitalisten auf ihren Lebensstandard entgegen. Doch trotz der riesigen Unterstützung für die Streiks schafften es die Gewerkschaftsbürokraten, sie gerade dann abzuwürgen, als sie auf das ganze Land übergriffen. Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) kämpften für die Ausweitung auf die Großindustrie, wo Immigranten ein strategischer Bestandteil der Arbeiter sind. Dafür war es notwendig, den Kampf der Arbeiter gegen den Sozialraub mit der Mobilisierung gegen den rassistischen Staatsterror zu verbinden.

Um die Arbeiter zu spalten, setzte die Chirac/Juppe-Regierung die rassistische Operation Vigipirate gegen „illegale" Immigranten ein: Die Städte wurden abgeriegelt, jeder Passant mit dunkler Hautfarbe durchsucht, terrorisiert und als „Immigrant" ausgestoßen, selbst wenn er in Frankreich geboren und Staatsbürger ist. Die Kampagne zielte darauf ab, alle „Immigranten" zum Sündenbock für die Krise des Kapitalismus zu machen. Außerdem halten die Kapitalisten noch die Schlägertrupps von Le Pen in Reserve, eine der größten faschistischen Bewegungen in Europa.

Aber die BSA-Referentin Verena Nées, Redakteurin der *Neuen Arbeiterpresse*, hatte in ihrem Referat *kein Wort* zum Rassismus zu sagen. Ein Genosse der Spartakist-Jugend stellte fest: „Für die Arbeiterklasse in Frankreich ist es eine Frage elementarer Selbstverteidigung, gegen die Operation Vigipirate zu kämpfen, gegen jede Diskriminierung und Abschiebung, und volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter zu fordern." Dem BSA ist das egal. Er unterscheidet sich darin keinen Deut von den chauvinistischen Sozialdemokraten und Stalinisten, die alles dafür taten, damit die Arbeiterklasse in Frankreich entlang rassistischer Linien gespalten blieb.

Nun stellt sich der BSA hin und behauptet, der Verrat der Gewerkschaftsspitzen in Frankreich hätte den Beweis für seine These geliefert, daß die Gewerkschaften insgesamt „tot" seien. Wie unser Genosse feststellte, „setzt der BSA die prokapitalistische Führung der Gewerkschaft mit ihrer proletarischen Basis gleich". Und das ist beim BSA seit Jahrzehnten konstant. Der BSA hat sich an die Gewerkschaftsbürokratie angebiedert und rief 1990 zur Wahl von Lafontaines SPD auf. So wie die politischen Banditen des BSA früher die Bourgeoisie und SPD im antisowjetischen Kriegskurs unterstützten, appellieren sie jetzt an die Rückständigkeit gegenüber Immigranten und wollen von der Offensive der Bosse gegen die größten Verteidigungsorganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, profitieren.

Die LTF forderte in einem Streik-Extra „Zerschlagt Vigipirate!" und kämpfte dafür, Immigranten, Frauen und Jugendliche hinter der Macht der Arbeiter zu vereinigen. Unser trotzkistisches Programm hat sich in Paris machtvoll bestätigt, als Gewerkschaftsblöcke und Immigranten die Flüchtlinge verteidigten (s. Seite 1). Das LTF-Extra erklärte: „Die Bourgeoisie ist in ihrer Entschlossenheit vereint, gegen die Arbeiter und Unterdrückten Krieg zu führen. Um zurückzuschlagen, um zu gewinnen, braucht die Arbeiterklasse einen Generalstab, eine revolutionäre Führung, die sich auf das Programm stützt, daß diejenigen, die arbeiten, herrschen müssen." Dafür kämpfen Spartakist-Jugend und SpAD, genau wie unsere Genossen in Frankreich!»

Die zwei Gesichter von Workers Power

Die April-Ausgabe von *Workers Power* (WP, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) enthält die Überschrift: „Militant über Irland: Linke Flankendeckung für den Loyalismus", die die Positionen von Militant treffend charakterisiert. Aber *genau dieselbe Ausgabe* von *Workers Power* druckt einen an Militant (hier SAV) gerichteten Brief ab, unterzeichnet von Keith Harvey im Namen der Internationale von Workers Power (LRCI), der damit endet: „Warum eröffnet Militant Labour nicht den Umgruppierungsprozeß in Britannien und tritt in Diskussion mit Workers Power?"

Jahrzehntelang hat sich Militant geweigert, „Britische Truppen raus aus Nordirland!" zu fordern. Wie WP feststellte, hat Militant sich Billy Hutchinson in die Arme geworfen, einem Repräsentanten der protestantischen britisch-loyalistischen Todesschwadronen. Wir haben Militant und andere Gruppen scharf dafür angegriffen, daß sie scheußlicherweise für diesen faschistoiden Abschaum Werbung machen, und wir hielten fest, daß die Ulster Volunteer Force, die Hutchinson repräsentiert, einige der gräßlichsten Greueltaten gegen Katholiken in Nordirland begangen hat. Vor einem Jahr protestierten unsere Genossen der Dublin Spartacist Group vor einer Militant-Veranstaltung in Dublin, wo Hutchinson als Redner auftrat. Als im letzten Sommer die Alliance for Workers Liberty (Allianz für Arbeiterfreiheit) den Parlamentsabgeordneten der Unionisten Ken Maginnis auf ihrer Schulungsveranstaltung in London als Gast hatte, gaben wir eine Protesterklärung heraus *(Workers Hammer* Nr. 146, Juli/August 1995).

Jedem anständigen Sozialisten sollte sich der Magen umdrehen angesichts der Tatsache, daß Militant sich in letzter Zeit mit faschistoiden Loyalisten eingelassen hat. WP hatte historisch zu Irland politische Differenzen mit Militant, wenn auch aus dem Blickwinkel einer stellvertretenden Unterstützung des irischen katholischen Nationalismus, einschließlich einer Unterstützung für wahllose, gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Bombenanschläge der IRA. Das Streben von WP nach Einheit mit Militant, einer Gruppe, die zur Frage von Nordirland eine entgegengesetzte Position hat, zeigt den totalen Zynismus ihrer Behauptung, sie würden „Umgruppierung" immer auf der Basis von „programmatischer Übereinstimmung" suchen. Allerdings haben diese beiden Gruppen eine gemeinsame Grundlage - und zwar ihre Loyalität zur Labour Party. Vor diesem Altar macht WP der Gruppe Militant einen Fusionsantrag, und dabei sind ihre Differenzen zu Irland vollkommen untergeordnet.

Übersetzt aus Workers Hammer, *Nr. 151, Juli/August 1996*

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Hamburg: Veranstaltung für Liverpooler Docker

Stoppt die Streikbrecherfracht!

Seit knapp zwölf Monaten streiken 500 Hafenarbeiter der Mersey Dock & Harbour Company (MDHC) in Liverpool gegen die Privatisierung der britischen Häfen. Sie kämpfen dagegen, aus ihren Festanstellungen entlassen zu werden, wo die Bosse sie dann als sogenannte Unständige wie Tagelöhner täglich heuern und feuern können. Im letzten gewerkschaftlich organisierten Hafen Britanniens steht ihr Kampf auf des Messers Schneide. Ihr Streik muß dringend von den Schlüsselsektoren der Arbeiterklasse aufgegriffen werden als Teil des Kampfes, die Hafenarbeitergewerkschaft wiederaufzubauen. In vielen Häfen rund um die Welt solidarisieren sich Arbeiter mit den Liverpoolern, die die dortigen Häfen besuchen, um für Unterstützung zu werben. Internationale Arbeiteraktionen der anderen Häfen sind notwendig, um die Streikbrecherfracht zu stoppen und die Streikenden in Liverpool schlagkräftig zu unterstützen!

Am 22; August berichteten im Hamburger Gewerkschaftshaus zwei Mitglieder des Rats der Vertrauensleute der streikenden Hafenarbeiter und der ITF (International Transportworkers Fédération - Internationale Transportarbeiter-Vereinigung) über ihren Kampf. Auch im Hamburger Hafen brodelt es seit langem, und so war das Interesse der etwa 100 Hafenarbeiter und anderen Besucher groß. Die britischen Kollegen schilderten, wie die Arbeiter gleich zu Beginn der Kämpfe im September 1995 Streikposten aufstellten. Sie erklärten klipp und klar: *Streikposten überquert man nicht!*

Für dieses elementare Prinzip der Arbeiterbewegung stehen auch unsere Genossen der Spartacist League/Britannien (SL/B). Sie rufen auf: *„Für Massenstreikposten, um den Hafen von Liverpool dichtzumachen! Zerschlagt die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze!"* Die Arbeiterbewegung hat die Kraft, diesen Kampf auszuweiten, aber sie wird durch eine prokapitalistische Gewerkschaftsführung daran gehindert, die vor nichts mehr Angst hat als vor der Entfesselung der Macht der Arbeiter, weil sie die Wahl der Labour Party und ihr eigenes nettes Verhältnis zu den Bossen nicht gefährden will. Die SL/B warnte in ihrem Streik-Extra vom 12. Januar, daß die Labour Party - „neu" von Blair und „alt" von Scargill - ein Hindernis ist. Anstelle einer Führung, die bestenfalls das kapitalistische System reformieren will, brauchen wir eine revolutionäre Führung, die die Kämpfe gegen den rassistischen Staatsterror und gegen Abschiebungen mit den Streiks der Arbeiter verbindet und die ganze kapitalistische Ordnung wegfegt. Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Auf der Hamburger Versammlung erzählten die Liverpooler Arbeiter über die starke internationale Solidarität: so im Hafen von Montreal, wo vier Liverpooler Docker einen Kran besetzten, damit ein Streikbrecherschiff der Reederei Cast nicht beladen werden konnte. Sofort tauchten die Bullen auf und wollten die vier verhaften und abschieben. Die Hafenarbeiter in Montreal haben sofort reagiert und sich vor die Liverpooler Kollegen gestellt: Wenn ihr die verhaftet oder deportiert, werden wir den Hafen dichtmachen! Woraufhin sich die vier aus Liverpool wieder frei bewegen konnten, um mit den Arbeitern über Boykottmaßnahmen zu diskutieren. In Australien bestreiken die Hafenarbeiter sogar komplett die ABC-Reederei, die Liverpool anläuft.

In Hamburg weigerten sich die sozialdemokratischen ÖTV-Bürokraten, zu irgendwelchen *Aktionen* in Solidarität mit den streikenden Liverpooler Kollegen aufzurufen. Sie wiegelten ab, es müsse alles „im legalen Rahmen bleiben". Doch der einzige „illegale" Streik ist einer, den man verliert. Das spüren die Arbeiter im Hamburger Hafen ganz konkret, wo die Tariflöhne und Arbeitsbedingungen von den großen Reedereien frontal angegriffen werden. Ein Arbeiter stand auf und sagte, sein Vater habe Blut dafür gelassen, daß der Monatslohn anstelle des Tagelohns eingeführt wurde, und er werde alles tun, um zu verhindern, daß das wieder eingeführt wird. Als bekannt wurde, daß die ÖTV nur DM 2000,- an die Liverpooler gespendet hat (die keine Streikunterstützung erhalten!), riefen Arbeiter empört: „Lächerlich!" Ein anderer machte klar, daß die organisierten Arbeiter alle gewerkschaftlichen Aktionen gegen Reedereien voll ausführen werden. Regelmäßig wird in der Nachtschicht von Samstag auf Sonntag ein Schiff, das Liverpool anläuft, gelöscht. Statt diese *Streikbrecherfracht zu stoppen*, wollen die Betriebsratsfürsten das Schiff „mit größter Sorgfalt" löschen. Macht den Hamburger Hafen dicht für Transporte aus und nach Liverpool!

Auf der Veranstaltung sagte ein SpAD-Genosse: „Im Rahmen der Neuen Weltordnung steht heute jeder hier, wie überall in der Welt, unter Beschüß der Kapitalisten: Gewerkschafter, Flüchtlinge, Frauen, Arbeitslose. Gegen diesen Angriffwehren sich die Liverpooler Docker und gewannen deshalb echte internationale Solidarität. Die Lehren des britischen Bergarbeiterstreiks sind aber, daß eine Gewerkschaft allein nicht gegen die Macht des kapitalistischen Staates mit seinen Bullen, Gerichten, Anti-Gewerkschaftsgesetzen und angeheuerten Streikbrechern ankommen kann." Der britische Bergarbeiterstreik 1984/85 war die entscheidende Klassenschlacht seit dem Generalstreik von 1926. Die Thatcher-Regierung und ihre Bullen brauchten ein ganzes Jahr, bis sie die Bergleute besiegten. Dabei halfen ihnen die „linken" Gewerkschaftsführer, die den Bergleuten in den Rücken fielen und die Ausweitung auf andere Sektoren der Industrie verhinderten. Die Militanz des Bergarbeiterfuhrers Scargill, der nicht von der Labour Party brach, reichte nicht aus - was ihm fehlte, war eine revolutionäre Perspektive. Die brennende Lehre dieses Bergarbeiterstreiks ist die dringende Notwendigkeit, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die die Massen im Kampf führen kann, um die kapitalistische Ordnung zu stürzen.

Bei der Veranstaltung spielten sich auch Anhänger der vorgeblich trotzkistischen „Gruppe Spartakus" als Verteidiger des Hafenarbeiterstreiks auf. Aber in Wirklichkeit sind sie *Streikbrecher.* Unser Genösse warnte die Arbeiter vor dem GS-Redner: „Howard Keylor von der Gruppe Spartakus stellt sich hier hin und mimt den große Solidarität übenden Gewerkschafter. Dabei haben sie gerade in New York stolz in einem Flugblatt ihren Streikbruch verteidigt." Bei einem Streik der Arbeiter für Gebäudeinstandsetzung im letzten Winter war die Respektierung der gewerkschaftlichen Streikpostenketten, die überwiegend aus Schwarzen und Immigranten bestanden, durch andere Gewerkschaften zentral. Und obwohl offiziell die reformistischen Gewerkschaftsleitungen die Ausweitung ablehnten, wurde die Streikpostenkette von vielen individuellen Gewerkschaftsmitgliedern und sogar Nichtmitgliedern wie Lieferwagenfahrern respektiert. Die GS dagegen praktizierte und vertei-

Fortgesetzt auf S. 6

Liverpool...

Fortsetzung von S. 5

digte öffentlich das Überqueren der Streikpostenketten.

Und dies nicht zum ersten Mal! 1984 stimmte die traditionell linke und mehrheitlich aus Schwarzen bestehende Hafenarbeitergewerkschaft von San Francisco für den Boykott von Frachten aus Apartheid-Südafrika. Howard Keylor half der Gewerkschaftsbürokratie höchstpersönlich, die Aktion zu *sabotieren* mit der Behauptung, daß die Gewerkschaft keine Verantwortung dafür habe. Damit wurde alles zur „persönlichen Gewissensfrage" gemacht, was bedeutet, daß die Arbeiter *nicht* von der Gewerkschaft verteidigt werden, wenn sie unter Beschuß stehen. Beide Beispiele zeigen die totale Verachtung der GS für das elementare Gewerkschafterprinzip: Streikposten überquert man nicht! Kein Gewerkschafter mit Selbstachtung, kein Unterstützer der Arbeiterbewegung, und ganz bestimmt kein Kommunist, überquert jemals eine Streikpostenkette! Wie Trotzki sagte, ist sie der Kern der künftigen proletarischen Armee.

Hart erkämpfte Errungenschaften können nur durch harten Klassenkampf verteidigt werden. Ein Arbeiter berichtete über die Hamburger Aktion gegen die niederländische Reederei Kotug in diesem Frühjahr, die mit Billiglöhnen die Tarife brechen wollte. Die Hamburger Schlepper antworteten darauf mit einem Bummelstreik gegen das größte Containerschiff der Welt, der im ganzen Hafen unterstützt wurde. Dies zeigte die Macht der Arbeiter. Aber die ÖTV-Bürokraten stimmten einer generellen Senkung der Mindestlöhne zu. Ein Arbeiter vom Schuppen 73 bemerkte wütend, daß 120 Schlepper-Seeleute entlassen wurden. Notwendig ist, daß die Hamburger Hafenarbeiter ihre Tariflöhne für *alle* Arbeiter in ihrem Bereich durchsetzen, für die „unständigen" Tagelöhner-Kollegen feste Arbeitsplätze erkämpfen und die Unorganisierten organisieren.

Und in den letzten Wochen gab es internationale Aktionen der ITF in Hamburg und weiteren nordwesteuropäischen Häfen, die erfolgreich die Bezahlung von gleichen Tariflöhnen für Seeleute durchsetzten. Ein Spartakist-Unterstützer beteiligte sich daran und berichtete: „Seeleute aus Asien erhalten nur DM 250 im Monat, während der Tarif der ITF DM 1220 beträgt. Eine Delegation der Gewerkschaft, ausgestattet mit zwei Bannern, ging zur Gangway eines solchen Schiffes und verlangte Einsicht in die Arbeitsverträge. Wenn dort Tariflöhne gezahlt wurden, konnte das Schiff be- und entladen werden. Wenn nicht, wurde das Schiff nicht gelöscht." Ziemlich schnell gingen die Reedereien in die Knie und unterschrieben die Tarifverträge. Die Hafenarbeiter können sich gegen die Zerstörung ihrer Tarife und Arbeitsplätze nur verteidigen, wenn der Kampf um gleiche Arbeitsbedingungen für alle mit Arbeiteraktionen gegen rassistische Angriffe und Abschiebungen verbunden wird.

Wie der Spartakist-Redner betonte: „Die Gewerkschaftsführung, die mit der Sozialdemokratie verbunden ist, spielt nach den Spielregeln der Kapitalisten, Druck auf das Parlament auszuüben - wie bei der Demo in Bonn -, das heißt zu verlieren, denn man akzeptiert den kapitalistischen Rahmen. Wir brauchen eine revolutionäre Partei, die einen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten führt, für kommunistische Politik in den Gewerkschaften, um die Arbeiterklasse ihrem nationalbornierten und verräterischen Würgegriff zu entreißen. Wir wollen diese internationalistische Arbeiterpartei aufbauen, mit dem Programm, die Arbeiterklasse unabhängig zu mobilisieren, auch in Verteidigung von Flüchtlingen, gegen das Verbot der PKK und gegen Nazis."

Unterstützt die Liverpooler Hafenarbeiter! Sammelt Geld und überweist es auf das Spendenkonto der IG Medien, Ortsverein Hamburg: Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 20010111, Konto 1290023100, Stichwort „Flying Pickets".

Dessau: Verteidigt den Antifaschisten Daniel S. !

In der Nacht vom 4. zum 5. April wurde Daniel S. in Wittenberg an der Ecke Dessauer/Karl-Liebknecht-Straße von 25-30 bewaffneten Faschisten umzingelt und verfolgt. Sie waren mit Pistolen, Schwertern und Baseballschlägern bewaffnet. Nur knapp gelang ihm die Flucht vor diesem mörderischen faschistischen Angriff. Daniel schaffte es, sich mit einem Messer gegen einen Nazi erfolgreich zu verteidigen. Hätte Daniel S. sich nicht bewaffnet verteidigt, wäre er heute vielleicht tot.

Jetzt wurde Daniel von der bürgerlichen Justiz vor Gericht gezerrt und wegen versuchten Totschlags angeklagt. Vor dem Gericht in Dessau forderte der Staatsanwalt eine mehrjährige Haftstrafe. Die tödliche Bedrohung durch die Faschisten, wofür es mehrere Zeugen gibt, bewertet die Staatsanwaltschaft als „bedeutungslos". Erst nach dem 29. August gelang es seinem Anwalt Thomas Herzog, Daniel S. aus dem Dessauer Knast zu holen, allerdings mit strengen polizeilichen Auflagen. Aus einem Knast, vor dem ein zu DDR-Zeiten errichteter Gedenkstein an die in diesem Gefängnis vom Nazi-Regime ermordeten Antifaschisten erinnert.

Die gleiche bürgerliche Justiz, die in Rostock, Magdeburg und Lübeck die Nazis schützt, will mit Daniel S. ein Opfer zum Täter machen, wie sie es in Lübeck mit Safwan Eid versucht - einem Überlebenden des Nazi-Brandanschlags in der Hafenstadt, dem jetzt ebenfalls der Prozeß gemacht wird. Weg mit den abgekarteten Anklagen gegen Safwan Eid!

Der bürgerliche Staat will jeden Widerstand gegen den mörderischen Nazi-Terror kriminalisieren, denn er braucht diese außerparlamentarischen Banden in einer Zeit verschärfter staatlicher Verfolgung von Immigranten und zunehmender Angriffe auf die Arbeiterklasse. Wir kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiterklasse/Immigranten, um den Naziterror zu stoppen!

Die gesamte Linke und Arbeiterbewegung muß Daniel S. gegen die Justiz des bürgerlichen Staates verteidigen! Sofortige Einstellung des Verfahrens! Spendet: Stichwort „Daniel", Kreissparkasse Quedlinburg, BLZ 800 535 **02, Konto 31105102**

IG-Metall-Demo...

Fortsetzung von S. 3

Güngör Dimirci geschlagen und festgenommen. Nur der empörte Protest aller Kollegen dieser integrierten Belegschaft hat seine Freilassung bewirkt.

Dieser blutige Angriff auf das Versammlungsrecht der Arbeiter geht einher mit dem Polizeiüberfall auf Immigranten auf dem IG-Metall-Demonstrationszug zur zentralen DGB-Kundgebung am 1. Mai, wobei das PKK-Verbot als Vorwand diente. Wie am 27. Juni war dies kein „Mißverständnis", sondern ein durchsichtiger Versuch, die Arbeiter einzuschüchtern und zu spalten. Direkte Angriffe Ihrer Polizei auf Gewer/csc/io/ïsdemonstrationen, in Verbindung mit der geplanten Einführung von „schwerem Landfriedensbruch" als automatischem Ausweisurigsgrund für Immigranten, betrachten wir als Angriffe auf die gesamte Arbeiterbewegung und auf die demokratischen Rechte von allen.

Hände weg von den Bosch-Siemens- und Siemens-FSZ-Arbeitern! Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!«

Augenzeugin bestätigt Unschuld

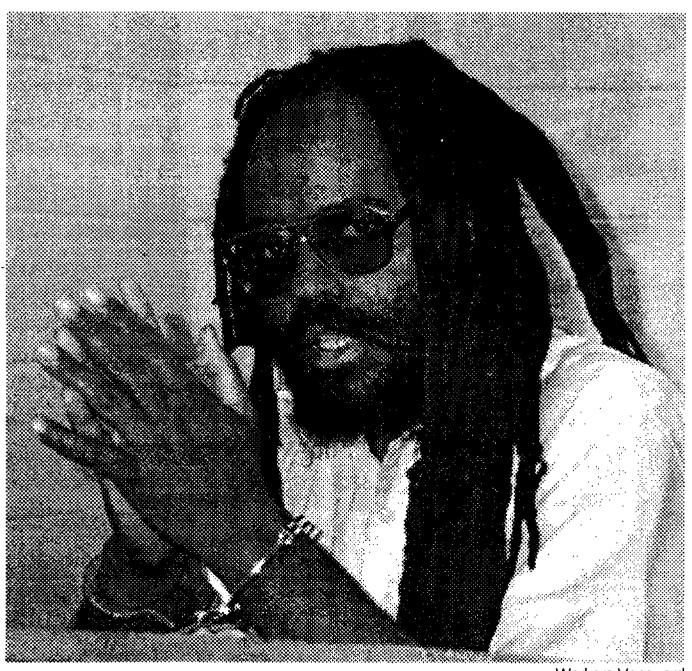
Mumia kämpft gegen Lynchurteil

Am 4. September hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania entschieden, daß Mumia Abu-Jamals Berufung an den Philadelphia Court of Common Pleas zurückverwiesen wird zu einer weiteren Anhörung, die sich auf die eidesstattliche Erklärung von Verónica Jones gründet, einer Zeugin, die der Verteidigung bei der Berufungsverhandlung von 1995 nicht zur Verfügung stand. Damit reagierte der Oberste Gerichtshof auf einen neuen Berufungsantrag, den die Anwälte von Mumia Abu-Jamal als Teil des andauernden Kampfes für die Freiheit dieses unbeugsamen schwarzen Journalisten und Unterstützers der MOVE-Organisation Anfang August gestellt hatten. Als Krönung einer jahrelangen Vendetta des Polizeikommissariats von Philadelphia, des FBI und anderer Polizeistellen gegen Jamal war er in eine Falle gelockt und 1982 unter der falschen Anschuldigung, den Philly-Bullen Daniel Faulkner umgebracht zu haben, zum Tode verurteilt worden. Seit Ende der 60er Jahre, als Jamal im Alter von 15 Jahren ein Sprecher der Black Panther Party wurde, war man auf seinen Tod aus, und selbst nachdem Mumia ein bekannter Radiokommentator geworden war, blieb er eine Zielscheibe der Polizei und des FBI.

Die eidesstattliche Erklärung der Zeugin Verónica Jones, eingegangen beim Obersten Gerichtshof im letzten Mai, liefert neue schlagkräftige Beweise dafür, daß sie ein paar Tage, bevor sie im Prozeß von 1982 als Zeugin der Verteidigung aussagte, im Gefängnis - wo sie unter der Anklage stand, das Schwerverbrechen eines bewaffneten Raubüberfalls begangen zu haben - von Polizeidetektiven aus Philadelphia besucht und zu einer Änderung ihrer Aussage *gezwungen* wurde. Die Detektive „sagten mir, daß ich mir über die anstehende Anklageerhebung wegen Straftaten keine Sorgen machen müsse, wenn ich gegen Jamal aussagen und Jamal als den Schützen identifizieren würde", so Jones. Unter dieser Einschüchterung durch die Polizei änderte Jones dann beim Prozeß ihre Zeugenaussage und nahm ihren Augenzeugenbericht zurück, daß sie unmittelbar nach den Schüssen zwu Männer habe weglaufen sehen. Dieser Rückzieher, der auf den Druck der Polizei hin zustande kam, untergrub Jamals Verteidigung ganz wesentlich.

Im Frühjahr dieses Jahres hat das Verteidigungsteam die Zeugin Jones zum ersten Mal seit ihrer Aussage beim Prozeß von 1982 ausfindig gemacht. Die Verteidigung gab die eidesstattliche Erklärung, die alarmierende Enthüllungen über polizeiliche Übergriffe enthielt, zu den Akten und stellte beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania den Antrag, den Fall an die erste Instanz zurückzuverweisen, so daß Jones als Zeugin aussagen könne. Mit Hinweis auf die offensichtliche Voreingenommenheit des Richters Sabo beim Prozeß von 1982 und bei der Wiederaufnahmeanhörung 1995, bei der er wieder den Vorsitz hatte, forderte die Verteidigung, daß der Fall einem anderen Richter übertragen werde.

Angesichts der offensichtlichen Bedeutung von Jones' Aussage hat der Oberste Gerichtshof Jamals Antrag auf eine Neuaufnahme stattgegeben. Das heißt *nicht*, daß ein neuer Prozeß oder eine neue Anhörung gewährt wird. Wenn dieses Verfahren zum Abschluß kommt, wird der Fall beim Obersten Gerichtshof in der Berufung weiter verhandelt werden. Dieses Gericht hat die Angelegenheit an die erste Instanz zurückverwiesen, die innerhalb von 30 Tagen eine Anhörung organisieren und anhand der Beweisaufnahme entscheiden soll, ob Jamal aufgrund von Jones' neuerlicher Aussage einen Anspruch auf ein weiteres Verfahren hat.



Workers Vanguard

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Empörenderweise ist der Fall noch einmal an Richter Sabo verwiesen worden. Mit Richter Sabo als Vorsitzendem gibt es allen Grund anzunehmen, daß diese neue Anhörung nur eine Wiederholung der Anhörung von 1995 sein wird, bei der Richter und Staatsanwalt gemeinsam Jamals Beweisführung behindern und die Einsicht in die von der Staatsanwaltschaft unterdrückten Akten verhindern.

Múmias Kampf, seine abgekartete Verurteilung rückgängig zu machen, ist zum Brennpunkt der Proteste gegen die rassistische Todesstrafe geworden. Im Juni 1995 unterzeichnete der republikanische Gouverneur Tom Ridge den Befehl für Jamals Hinrichtung. Eine Welle internationaler Proteste brachte zwei Monate später für Mumia eine Aussetzung der Hinrichtung. Der juristische Kampf wurde im Februar vor den Obersten Gerichtshof des Staates gebracht. Als Erwiderung auf ein Dokument von 172 Seiten, das die Bezirksstaatsanwaltschaft von Philadelphia eingereicht hatte, wurde am 5. August auf einer Pressekonferenz vor dem Büro von Bürgermeister Ed Rendeli ein neuer Berufungsantrag beim Obersten Gerichtshof des östlichen Bezirks von Pennsylvania angekündigt. Jamals neue Berufungsunterlagen gehen ausführlich auf die vielfachen Übergriffe der Staatsanwaltschaft beim Verfahren 1982 ein; sie fordern auch, vor dem Obersten Gerichtshof eine mündliche Beweisführung zuzulassen, und beantragen den Rücktritt des Richters Ronald Castille am Obersten Gerichtshof von dem Berufungsverfahren.

Hauptverteidiger Leonard Weinglass erklärte den Antrag, Castilles als befangen von dem Verfahren auszuschließen, damit, daß der Richter eine lange Vorgeschichte hat hinsichtlich der „Verteidigung der Bezirksstaatsanwaltschaft, wenn es um Anschuldigungen von strafrechtlichen Übergriffen geht", und er wies auch darauf hin, daß Castille selber damals Bezirksstaatsanwalt in Philly war, als Mumia 1989 eine erste Berufung vor dem Obersten Gerichtshof des

Fortgesetzt auf S. 8

Mumia Abu-JamaL.

Fortsetzung von S. 7

Staates eingelegt hatte. Weinglass unterstrich auch Castilles Verbindungen zu der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft), „einer dritten Partei in diesem Prozeß", die mit der Bezirksstaatsanwaltschaft Hand in Hand zusammengearbeitet hat bei dem Versuch, den legalen Lynchmord an Jamal zu erreichen. Bezeichnenderweise hatte ihn die FOP in Philly früher zum „Mann des Jahres" ernannt *(Pacific News Service, 5.* August).

In den letzten Monaten gab es eine ganze Reihe von Berichten über Polizeibrutalität und -korruption in Philadelphia, und Hunderte von falschen Verurteilungen werden gegenwärtig neu aufgerollt. Rachel Wolkenstein, ebenfalls Verteidigerin von Jamal und Rechtsanwältin des Partisan Défense Committee (PDC), sagte auf der Pressekonferenz zur Situation in Philadelphia: „Zwar sind wir fest davon überzeugt, daß politische Hintergründe und rassistische Voreingenommenheit zu der Anklage gegen Mumia geführt haben, aber man muß nicht Mumia Abu-Jamal sein, damit einem ein fairer Prozeß vorenthalten wird und man gefälschten Beweisen ausgesetzt wird."

Auf der Pressekonferenz stellte Weinglass fest: „Überall, wo Jamals Fall einer nochmaligen Überprüfung unterzogen wurde, sei es von Rechtsanwälten, von Journalisten, die sich mit dem Fall beschäftigt haben, oder von einem Fernsehsender wie HBO, ist die Schlußfolgerung zwangsläufig: Er braucht ein neues Verfahren." Ein Dokumentarfilm über Jamal mit dem Titel „Ein Fall für berechtigte Zweifel?", den HBO in diesem Sommer gedreht hatte, machte es überdeutlich, daß Jamas „Verfahren" 1982 eine juristische Farce war. Die FOP in Philadelphia will mit allen Mitteln jede Aufdeckung des Komplotts gegen Jamal unterdrücken und versuchte daher, einen Boykott gegen HBO zu organisieren, genauso wie sie es letztes Jahr gegen den Verlag machte, der Múmias machtvolles Buch mit seinen Gefängnisschriften *Live From Death Rów (Mumia Abu-Jamal... aus der Todeszelle,* Agipa-Press, Bremen, 1995) herausgebracht hat.

Trotz überwältigender Beweise seiner Unschuld ist Mumia Abu-Jamal immer noch in der Todeszelle eingesperrt. In dem gerade laufenden Wahlkampf konkurrieren die beiden großen kapitalistischen Parteien - Demokraten und Republikaner - um das rassistische „Recht-und-Ordnung"-Image, besonders durch ihr Drängen auf die barbarische Todesstrafe. Ein von Clinton vorgeschlagenes „Antiterrorismus"-Gesetz, das Anfang des Jahres mit der überwältigenden Mehrheit der Stimmen beider Parteien angenommen wurde, weitet die Anwendungsmöglichkeiten für die Todesstrafe enorm aus. Clinton zeigte schon seine Entschlossenheit, rassistische legale Lynchmorde zu beschleunigen, als er 1992 seine Wahlkampagne extra unterbrach, um die Hinrichtung eines hirngeschädigten schwarzen Mannes, Ricky Ray Rector, in Arkansas zu beaufsichtigen.

Die Verfolgung von Jamal und die gegenwärtige Beschleunigung der Hinrichtungen sind integrale Bestandteile des rassistischen „Rechts"systems der USA und enthüllen das Spinnennetz von Unterdrückung durch Polizei, Gerichte und Staatsanwälte, die zusammen den kapitalistischen Staat ausmachen. Das wird besonders klar, wenn man sich die mörderische Vendetta gegen Mumia ansieht: Castille, der gegenwärtige Richter am Obersten Gerichtshof, war vorher der polizeifreundliche Bezirksstaatsanwalt und Unterzeichner des Dokuments, das Jamals Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania zurückwies; der gegenwärtige Bürgermeister Rendeli war Bezirksstaatsanwalt in Philly zur Zeit von Jamas Gerichtsverfahren; die gegenwärtige Bezirksstaatsanwältin Lynne Abraham, eine fanatische Befürworterin der Todesstrafe, war die Richterin, die gegen Mumia im Dezember 1981 Anklage erhob, und die Unterzeichnerin der Befehle, die im Mai 1985 zu der grauenhaften Bombardierung der MOVE-Kommune führten. Eine Arbeiterrevolution wird notwendig sein, um dieses System der rassistischen kapitalistischen Unterdrückung hinwegzufegen, die gegen alle Werktätigen und Minderheiten gerichtet ist.

Das Partisan Défense Committee arbeitet an allen Fronten, auch mit juristischen Berufungsmaßnahmen, aber es setzt das Vertrauen allein in die Macht der Arbeiterklasse und der Unterdrückten, nicht in das rassistische Gerichtssystem. Das PDC, fast ein Jahrzehnt im Kampf zur Befreiung von Mumia aktiv, ist eine klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die mit der Spartacist League verbunden ist. All diejenigen, die für die Freiheit für Mumia und andere Opfer der rassistischen Unterdrückung kämpfen, müssen auf die Macht sozialer Massenproteste setzen und insbesondere darauf abzielen, die Arbeiterbewegung zu mobilisieren und in eine Allianz mit schwarzen und anderen Minderheitsorganisationen und antirassistischen Jugendlichen zu bringen. Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Spendet für Jamals Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000, Stichwort „Jamal".

Spartakist-Veranstaltungen

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Nahost - Brennpunkt imperialistischer Rivalitäten
USA, BRD: Blutige Hände weg vom Nahen Osten!

Berlin

Mittwoch, 6. November 1996

Ort und Zeit bitte
telefonisch erfragen
unter Tel. (030)4439400

Hamburg

Samstag, 26. Oktober 1996
16.00 Uhr
Werkstatt 3, Nernstweg 32-34
1. Stock, Seminarraum
U/S-Bahn Altona

Leipzig

Dienstag, 29. Oktober 1996
19.00 Uhr
Werk 11, Kochstraße 132
I.Stock
Straßenbahn Connewitzer Kreuz

Klan-Terroristen in Chicago verprügelt

Als eine Bande von KKK-Mordbrennern am *29.* Juni in der Innenstadt von Chicago (USA) versuchte, eine Rassenhaß-Provokation zu veranstalten, entrissen ihr entrüstete antirassistische Demonstranten die Konföderiertenflagge und machten sie mit dem Straßenpflaster von Daley Plaza bekannt. Fast 100 Gewerkschafter, Linke und antirassistische Jugendliche traten den zehn rassistischen Terroristen der „Ritter des Ku Klux Klan" mit einer energischen Demonstration entgegen. Die mit nagelbespickten Schildern und Stangen bewaffneten Klan-Männer wurden vernichtend geschlagen, als sie provokativ auf die antifaschistische Demo zumarschierten. Die Zeitung *Chicago Tribüne* (30. Juni) berichtete, daß „das Hemd von Thomas Robb, dem Führer der Gruppe ..., von Schnittwunden in seinem Gesicht blutverschmiert war."

Der antifaschistische Protest, in weniger als 24 Stunden vom Partisan Defense Committee (PDC), Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV), und der brüderlich mit der Spartacist League/U.S. verbundenen Labor Black Struggle League initiiert, machte klar, daß der KKK-Terror in Chicago nicht stattfinden wird, ohne auf entschlossenen Widerstand zu treffen! Das war ein Sieg aller Werktätigen und Angehörigen unterdrückter Minderheiten!

Jetzt werden acht antirassistische Demonstranten, die am 29. Juni verhaftet wurden, mit Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahr bedroht. Der Prozeß wurde bereits zweimal vertagt, weil der Staatsanwalt mit einer obszönen Provokation versucht, die Anti-Klan-Demonstranten zusammen mit dem einen Klan-Mann vor Gericht zu stellen, der auch angeklagt wurde. Die angeklagten Antirassisten haben breite Unterstützung vor allem von Gewerkschaften erhalten. Bei den angesetzten Prozeßterminen versammelten sich Gewerkschafter, antirassistische Aktivisten und Sozialisten in Solidarität vor dem Gerichtsgebäude und forderten: „Weg mit den Anklagen gegen die Anti-Klan-Demonstranten!" Der nächste Prozeßtermin ist der 23. September.

Nachfolgend drucken wir auszugsweise die Presseerklärung des PDC vom 29. Juni ab, die Anfang Juli vom KfsV auf deutsch herausgegeben wurde:

Die Polizei von Chicago reagierte wie zu erwarten, sie beschützte die widerliche Klan-Provokation, indem sie die antirassistischen Demonstranten mit Tränengas und CS-Gas angriff und mindestens sechs von ihnen verhaftete. Unter den Verhafteten befinden sich Gewerkschafter, mehrere Unterstützer der marxistischen Spartacist League, ein Aktivist von Refuse and Resist! sowie Anarchisten und junge Organisatoren des „Gewerkschaftssommer"-Programms des AFL-CIO (Dachorganisation der Gewerkschaften in den USA). Mehrere Jugendliche wurden brutal von den Bullen angegriffen, sie wurden auf den Boden geschmissen und mit den Köpfen gegen Polizeiwagen geschlagen. PDC-Sprecher Mark Kelly sagte: „Die rassistische Gewalt von Bürgermeister Daleys Bullen ist den Minderheiten in Chicago nur allzu gut bekannt. Es waren nur die Bullenkette und ihr brutaler Angriff auf die Anti-Klan-Demonstranten, die die Versammlung der Klan-Männer davor bewahrten, ganz aus der Stadt gejagt zu werden."

„Zusammen mit der Niederbrennung der Kirchen der schwarzen Gemeinden im Süden, die man in dieser Größenordnung nicht mehr gesehen hat seit den 60er Jahren, als der KKK-Terror gegen die Bürgerrechtsbewegung wütete, war der Versuch, eine Klan-Provokation im Zentrum von Chicago aufzuführen, eine tödliche Bedrohung gegen Schwarze, Immigranten, Juden, Schwule - alle Minderheiten - und ein Dolch, der auf die integrierte Arbeiterbewegung zielte. In der gegenwärtigen Kampagne gegen Sozialleistungen und Affirmative Action (bevorzugende Quoten für Frauen, Schwarze, Minderheiten), die von Clintons Demokraten und von Doles Republikanern gleichermaßen vorangetrieben wird und die geprägt ist von massiven Ausweitungen der Polizeikräfte und der Gefängnisse und der forcierten Ausführung der rassistischen Todesstrafe, will der Klan seine Präsenz akzeptiert sehen und Legitimität erreichen. Und angesichts des rechten politischen Klimas im Lande gibt es den Druck, daß die Klan-Männer als ‚die Jungs von nebenan' betrachtet werden. Die heutige antirassistische Demonstration ist eine wichtige Bestätigung dafür, daß die Kreuzverbrenner des Klans in Chicago nicht toleriert werden. Das ist ein Sieg für alle Werktätigen. Auch 1994 hat das Partisan Défense Committee eine auf den Gewerkschaften basierende Demonstration initiiert, in Springfield, Illinois, die die Macht der Arbeiter zeigte, den Klan zu konfrontieren", sagte PDC-Sprecher Gene Herson, der auch verhaftet worden war.



Workers Vanguard

Vom PDC initiierte Einheitsfront-Demonstration zur Verteidigung der inhaftierten Anti-Klan-Demonstranten in Chicago am 23. Juli

Der Sprecher der Labor Black Struggle League, Bernard Branche, gab die folgende Erklärung ab: „Die städtische

Fortgesetzt auf S. 22

Weg mit den Anklagen gegen Anti-Klan-Demonstranten!

Brasilien: Für revolutionären Trotzkismus – Nein zum Gewerkschaftsopportunismus

Abbruch brüderlicher Beziehungen mit Luta Metalúrgica

Die Internationale Kommunistische Liga hat die brüderlichen Beziehungen zur brasilianischen Gruppe Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LM/LQB) gelöst. In einem Brief des Internationalen Exekutivkomitees der IKL vom 17. Juni an LM stellten wir fest:

„Die IKL hat nun seit mehreren Monaten darum gekämpft, die tatsächlichen Praktiken von Luta Metalúrgica/LQB in Übereinstimmung zum revolutionären politischen Programm zu bringen, wie es in der Erklärung der brüderlichen Beziehungen zum Ausdruck gebracht wurde, der unsere beiden Organisationen im September 1994 zustimmten. Insbesondere seit unserer IEK-Sitzung im Januar 1996 hat es scharfe politische Kämpfe gegeben, und zwar sowohl gegen den Gewerkschaftsopportunismus von LM als auch gegen deren zentristische Unterordnung des revolutionären Programms unter eine Politik endloser prinzipienloser Blöcke und formloser Zusammenschlüsse in den Gewerkschaften ...

Da LM/LQB offensichtlich hartnäckig an ihrem opportunistischen Kurs festhält, lösen wir die brüderlichen Beziehungen auf und trennen unsere Organisationen. Wir hoffen auf Gelegenheiten für gemeinsamen Kampf."

LM entstand als eine proletarische Formation mit einer kämpferischen Geschichte im industriellen Stahlzentrum Volta Redonda. 1989 schloß sich diese Gruppe der brasilianischen Gruppe Causa Operária an (CO, eine Tendenz, die mit der pseudotrotzkistischen Partido Obrere von Jörge Altamira in Argentinien verbunden ist), trennte sich aber 1994 wieder von dieser, im wesentlichen wegen der zentristischen Anpassung von CO an die Volksfront. CO rief zur Wahl von Lula auf, dem „Arbeiter-Kandidaten" in der bürgerlichen Formation Frente Brasil Populär, einer Allianz der Klassenkollaboration zwischen Lulas Arbeiterpartei (PT) und verschiedenen „progressiven" kapitalistischen Politikern.

Gerade die Opposition von LM zu Lulas Volksfront sowie ihr Verständnis der Zentralität des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung - die vom Rest der brasilianischen Linken ignoriert wird - als eine *strategische* Frage für eine sozialistische Revolution in Brasilien legten die Basis für die Aufnahme brüderlicher Beziehungen im Herbst 1994. Brüderliche Beziehungen stellen einen dynamischen Prozeß dar, in dessen Verlauf die offenbare programmatische Übereinstimmung durch gemeinsame Arbeit und durch Diskussionen über Differenzen überprüft wird. Das ist auf jeden Fall ein langwieriger und schwieriger Prozeß. Doch aufgrund der geographischen Entfernung, der Sprachschwierigkeiten und dem niedrigen Niveau der Kommunikationstechnik gestaltete er sich in Brasilien noch schwieriger. Wir versuchten, unsere Verbindung zu LM zu festigen und Differenzen oder mögliche Differenzen durch geduldige und pädagogische Diskussion zu überwinden.



Luta Metalúrgica

Von Luta Metalúrgica initiierter Einheitsfrontprotest für Mumia Abu-Jamal in Volta Redonda, August 1995

Da es bei brüderlichen Beziehungen keinen Stillstand gibt - d. h. wenn wir uns nicht vorwärts bewegen, dann gibt es einen Rückschritt -, hat die IKL einen der führenden LM-Repräsentanten zu einer maßgeblichen Versammlung unseres Internationalen Exekutivkomitees im Januar eingeladen. Anschließend investierten wir beträchtliche Mittel, um den Aufenthalt eines IKL-Repräsentanten über mehrere Monate in Brasilien zu gewährleisten und um den Plan für gemeinsame Arbeit, auf den wir uns geeinigt hatten, umzusetzen. Dieser Plan konzentrierte sich auf die Notwendigkeit, ein Parteiorgan für Propagandazwecke herauszugeben, unsere organisatorische Präsenz auf ein bedeutendes Ballungsgebiet auszudehnen und den Versuch zu unternehmen, aus der jüngeren Generation neue Mitglieder zu gewinnen, und zwar auch im Bereich der Stahlindustrie, in dem LM sich Anerkennung erworben hat.

In den Monaten vor der IEK-Sitzung war LM hauptsächlich an einem formlosen und prinzipienlosen Block beteiligt, den Municipários em Luta (MEL, Städtische Arbeiter im Kampf), die kürzlich die Führung der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in Volta Redonda errungen hatten. Auf der IEK-Sitzung im Januar erfuhr die IKL zum ersten Mal, daß diese Gewerkschaft die Polizei einschließt! Während der letzten sechs Monate wurden unsere Beziehungen zu LM/LQB von den folgenden miteinander verbundenen Fragen beherrscht: erstens darum zu kämpfen, die Bullen aus den Gewerkschaften rauszuschmeißen, und

zweitens die LM-Gruppe von ihrer eingefleischten Praxis, in den Gewerkschaften prinzipienlose Verbindungen einzugehen, zu brechen.

Obwohl LM formal für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter eingetreten ist, hat sich die Gruppe mit unmarxistischen Kräften und sogar mit finsteren Gestalten eingelassen. Sie füngierte als Berater der Kandidaten der MEL-Liste, ohne jemals in deren Wahlpropaganda die Frage aufzuwerfen, die Bullen aus der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter zu entfernen. Darüber hinaus wurde dieses Wahlprogramm, das sehr links klang, so spärlich verteilt, daß die Mehrheit der Bullen in der Gewerkschaft für die MEL-Kandidatenliste stimmte!

LM trat zwar gegen den Block zwischen Lulas PT und verschiedenen bürgerlichen Politikern auf, doch tatsächlich stellt eine Gewerkschaftsverbindung zwischen Arbeitern und Bullen eine reinere Form der Volksfront dar als diejenige, die auf parlamentarischer Ebene existiert: Die Massenorganisation, die die Klasseninteressen der Arbeiter verteidigen soll, ist direkt mit den bewaffneten Organen zur Verteidigung des Kapitals verbunden.

In einem Brief vom 23. Februar an LM bemerkten wir: „Der Kampf dafür, die Bullen aus den Gewerkschaften zu entfernen, entspricht dem Aufruf, keine Stimme für Lula abzugeben: Das ist der konkrete Ausdruck des marxistischen Prinzips der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom kapitalistischen Staat." Darüber hinaus wiesen wir darauf hin, daß die von LM vertretene Position zur Frage der schwarzen Bevölkerung durch ihre tatsächlichen gegenwärtigen Praktiken sowohl untergraben wird als auch im Widerspruch dazu steht:

> „Unter den politischen Fragen, die Luta Metalúrgica und die IKL miteinander verbinden, sind unsere Betonung und unser Kampf für eine auf dem Proletariat basierende Strategie zu nennen, um die rassistische Unterdrückung zu zerschlagen. Genossen, bedenkt, was dies genau bedeutet. Wenn morgen für die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter die Notwendigkeit bestünde, in der Organisierung von Arbeiter/Schwarzen-Verteidigungsaktionen die führende Rolle zu übernehmen, dann würde eine solche Mobilisierung behindert, sabotiert oder unmöglich gemacht durch die Anwesenheit der Kräfte in der Gewerkschaft, die rassistische Massaker wie in Candelária, Vigário Geral und Carandirú durchführen und die die Bauern in Rondônia abschlachten."

Nur wenige Wochen nach diesem Brief führte die Militärpolizei ein Massaker an Bauern in El Dorado dos Carajás durch. Zur gleichen Zeit wurde in der bürgerlichen Presse enthüllt, daß Bullen aus der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter wiederholt an Aktionen der Todesschwadronen teilgenommen hatten, die für die Ermordung von Straßenkindern verantwortlich sind.

Die dringende Frage des Rausschmisses der Bullen aus der Arbeiterbewegung spitzte sich zu, als der Staat selbst mit einem bedrohlichen Überfall der berüchtigten Militärpolizei auf ein Treffen der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter am 13. März den Fehdehandschuh warf. In Verteidigung der mit uns brüderlich verbundenen Genossen sowie der Gewerkschaft mobilisierte die IKL ihre Kräfte für eine internationale Solidaritätskampagne, wobei sie sich auf unseren prinzipiellen Standpunkt der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom kapitalistischen Staat stützte. Diese Kampagne wurde vom Partisan Défense Committee (mit der SL/U.S. verbundene Verteidigungsorganisation) organisiert und konnte die Unterstützung von Arbeitergewerkschaften und Militanten von Südafrika bis Tokio gewinnen, die forderten, daß die Bullen ihre Angriffe auf LM und die Gewerkschaft einstellen. Seit die Genossen von LM dazu gezwungen waren, haben sie einen prinzipienfesten und schwierigen Kampf gegen die Polizeipräsenz in der Gewerkschaft geführt.

Doch im Feuer dieser Kampagne kamen unsere Differenzen deutlich zum Vorschein, sogar als wir gemeinsam mit LM Stellung gegen die staatliche Repression bezogen. Obwohl die LM-Gruppe abstrakt mit der Notwendigkeit übereinstimmt, einen trotzkistischen Kern in Brasilien zu schmieden, hat sie die notwendige Parteiarbeit - wie die Herausgabe einer Zeitung, um ihren Fall bei den Arbeitern bekannt zu machen und die Hexenjäger zu entlarven - dem Ziel untergeordnet, ihre von oben ausgeübte Kontrolle über die Gewerkschaft durch den von oben ernannten Posten eines „Gewerkschaftsberaters" zu bewahren.

Und das, obwohl der Chef-Hexenjäger selbst Teil der MEL-Liste war, ein gewisser Arthur Bonizetti Fernandes, der sich zum Sprecher der Bullen gemacht hat. Skandalöserweise arbeitet dieser im Sinne der Bullen agierende Provokateur unter der Anleitung einer vorgeblich trotzkistischen Gruppe, der Liga Bolchevique Internacional (ein Außenposten der argentinischen PBCI)! In einem gemeinsam von der IKL und LM/LQB herausgegebenen Flugblatt (nachgedruckt in *Espartaco* Nr. 8, Frühjahr-Sommer 1996) schrieben wir: „Dies ist eine schmutzige Angelegenheit: In einem vor kurzem geschriebenen Brief (vom 1. März 1996) der Liga Bolchevique Internacionalista (LBI) an Arthur (der den Komplott gegen MEL geplant hat) wird diesem die Anweisung gegeben, Luta Metalúrgica und die IKL anzugreifen, weil wir Schwarze und Homosexuelle verteidigen ... Die vorgeblichen Linken wie Arthur und die LBI spucken auf Schwarze und Frauen und umarmen die repressiven Kräfte des Staates."



AP

Arme Bauern, niedergemetzelt von der Militärpolizei in Pará in Nordbrasilien im April. Bullen sind die mörderische Faust des kapitalistischen Staates

Über die zwei für revolutionäre Marxisten grundlegendsten Fragen hatten die brüderlichen Beziehungen einen toten Punkt erreicht: der Staat und die Parteifrage. In einem weiteren Brief an LM vom 11. Juni schrieben wir:

> „Die Aufgabe von Marxisten ist es, ein Programm zu haben, das den Weg zu einer proletarischen Revolution aufzeigt. Die Gruppe Luta Metalúrgica hat durch ihr Programm und ihren Umgang mit dem Staat und seinen

Fortgesetzt auf S. 12

Nieder mit Polizeiangriffen auf Gewerkschaft in Volta Redonda!

Die Polizeiangriffe und Provokationen gegen die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in der Stahlstadt Volta Redonda sind weiter eskaliert. Wie die Luta Metalúrgica/ Liga Quarta-Internacionalista do Brasil berichtet, haben am 19. Juni 15 Bullen eine Gewerkschaftsversammlung umzingelt, um die Arbeiter zu stoppen. Empörenderweise hatte der Gewerkschaftssekretär Arthur Bonizetti Fernandes die kapitalistischen Gerichte angerufen, um die Gewerkschaftsversammlung abzusagen. Die Versammlung wurde unterbrochen und mußte aufgrund physischer Provokationen von Arthur und seinen Schlägern gegen den gewählten Gewerkschaftsvorsitzenden Geraldo Ribeiro vorzeitig abgebrochen werden.

Die verschärften Polizeiangriffe gegen die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter sind Teil des Versuchs der Volksfront von Volta Redonda, die auch Vertreter von Lulas Arbeiterpartei einschließt, diese Gewerkschaft zu zerstören. Gleichzeitig ist die Gewerkschaft intern durch die Anwesenheit von Bullen innerhalb der Gewerkschaft behindert. Arthurs Fraktion hat bei der finsteren Kampagne gegen den Gewerkschaftsvorsitzenden Geraldo und seinen Berater, Alexandre Honorato „Cerezo", an diese Polizei-Basis appelliert (siehe auch *Spartakist* Nr. 123, Juni/Juli 1996).

Geraldo wurde kürzlich durch Gerichtsbeschluß für einen Monat als Gewerkschaftsvorsitzender suspendiert. Die LM/LQB berichtet auch über Anklagen gegen Geraldo, weil er der rassistischen Entlassung einer schwarzen Arbeiterin entgegengetreten ist und diesen Fall unter den Gewerkschaftsmitgliedern bekannt gemacht hat! Ein anderer Gewerkschaftsaktivist, Marcello Carrega, weigerte sich, einen Lkw zu verschieben, der während eines nationalen Generalstreiks am 21. Juni den Arbeitsplatz blockierte. Rund 50000 Soldaten wurden während des Streiks in Bereitschaft gehalten, der sich gegen die Austeritätsmaßnahmen der Regierung und die mörderische Unterdrückung der landlosen Bauern richtete.

Wir fordern: Bullen und Gerichte - Hände weg von der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in Volta Redonda! Polizei raus aus den Gewerkschaften! Sofortige Wiedereinsetzung von Geraldo Ribeiro! Weg mit allen Anklagen gegen Geraldo und Marcello!

Luta Metalúrgica...

Fortsetzung von S. 11

bewaffneten Organen Hindernisse für dieses Programm der Arbeiterrevolution errichtet. Denn LM hat dadurch Verwirrung unter den Arbeitern gestiftet, daß sie für die Führung einer Gewerkschaft kandidierte, in der Bullen waren, und ohne daß diese entscheidende Frage besonders und eindringlich in der Gewerkschaftswahlkampagne angesprochen wurde. Der Punkt ist nicht, sich darüber elend zu fühlen oder über uns verärgert zu sein, weil wir auf dieser Frage bestehen. Der Punkt ist, daran etwas zu ändern...

Ein solider Kern authentischer Bolschewiki muß in einem klaren politischen Kampf für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom bürgerlichen Staat geschmiedet werden, auch wenn das Risiko besteht, in der Gewerkschaftsspitze zu dieser Zeit an Einfluß zu verlieren. Wenn dies durch die Unterordnung der prinzipiellen Fragen unter den täglichen Kampf um Einfluß auf die Gewerkschaftsführung immer wieder aufgeschoben wird, muß dies unweigerlich zu fortgesetzten Provokationen der Polizei führen, sowohl von Seiten der politischen Kräfte, die die Polizei führen, als auch von selten der ‚Linken', die auf deren Geheiß handeln. Was noch wichtiger ist: Der Kampf um marxistische Klarheit und für ein revolutionäres politisches Bewußtsein wird in den Hintergrund gedrängt werden. Die Basis, auf die revolutionäre Marxisten ihr Vertrauen setzen und um die sie kämpfen, ist an der *Basis* der Gewerkschaft - bei den wirklichen Arbeitern."

Gewerkschaftsbewußtsein kontra revolutionäres Bewußtsein

Leninistische Arbeit in den Gewerkschaften hat die Aufgabe, die fortgeschrittensten Arbeiter *an der Basis* programmatisch zu einem Verständnis ihrer Klasseninteressen - verkörpert im revolutionären Programm - zu gewinnen und die revolutionäre Führung aufzubauen, die benötigt wird, um für diese Interessen gegen die Ausbeuter und scheinlinken Irreführer zu kämpfen. Die berühmten „21 Bedingungen" zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale von Lenin und Trotzki zielten genau darauf ab, die wirklichen Kommunisten von den Reformisten und Zentristen zu trennen, und zwar indem sie daran festhielten, daß ein kommunistisches Programm *mit Leben erfüllt werden muß* und es nicht ausreicht, einfach abstrakt mit einem solchen Programm übereinzustimmen, während man es in der Praxis verletzt. Ebenso war die ganze Stoßrichtung der Organisationsresolution der Kommunistischen Internationale, kommunistische Zellen in den Gewerkschaften anzuleiten und zu organisieren und sich nicht auf Manöver und prinzipienlose Blöcke an der Spitze einzulassen.

Fortgeschrittene Arbeiter müssen zum Programm und zu der Perspektive gewonnen werden, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Umsturz der bürgerlichen Ordnung und zum Umbau der Gesellschaft auf einer gerechten und egalitären Basis hinzuführen. So schrieb Lenin in *Was tun?*, der Polemik gegen die ökonomistische Tendenz, die die tagtäglichen Kämpfe der Arbeiter verherrlichte:

> „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart.
>
> ... und *wie sehr wir uns auch abmühen mögen* mit der Aufgabe, ‚dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen', wir würden es *nie zustande bringen,* im Rahmen dieser Aufgabe das politische Bewußtsein der Arbeiter (bis zur Höhe des sozialdemokratischen politischen Bewußtseins) zu entwickeln, denn *dieser Rahmen selbst ist zu eng...*
>
> Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter *nur von außen* gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller* Klassen

Fortgesetzt auf S. 23

Pabloismus des zweiten Aufgusses

Ein verschämter Abschied vom Trotzkismus

Nachstehend drucken wir die aus Platzgründen gekürzte Übersetzungaus Workers Vanguard *Nr. 648, 5. Juli 1996. Die vollständige Fassung des Artikels ist in der zweiten Auflage des SpAD-Diskussionsbulletins Nr. 25, „Nordens ‚Gruppe': Verschämter Abschied vom Trotzkismus", erschienen, das über unsere Kontaktanschriften bestellt werden kann (siehe die separate Anzeige in diesem Artikel).*

Jan Norden, der 23 Jahre lang Chefredakteur von *Workers Vanguard (WV)* gewesen ist, wurde am 8. Juni auf einer Sitzung des Politischen Büros aus der Spartacist League/ U.S. ausgeschlossen, weil er absichtlich gegen die elementarste Mitgliedschaftsbedingung in einer leninistischen Partei verstoßen hat: daß die Partei ein Monopol über die öffentlichen politischen Aktivitäten ihrer Mitglieder hat. Marjorie Stamberg, lange Zeit Mitglied in der Redaktion von *WV*, wurde ebenfalls ausgeschlossen, weil sie sich weigerte, die demokratisch-zentralistische Disziplin der revolutionären Partei anzuerkennen.

Norden, der bis vor kurzem Mitglied des Internationalen Exekutivkomitees und des Internationalen Sekretariats der Internationalen Kommunistischen Liga sowie des Zentralkomitees und Politischen Büros der SL/U.S. war, war offenbar seit einiger Zeit mit einem großen Teil seiner politischen Aktivitäten in den Untergrund gegangen. Seit etwa acht Monaten hatte er aufgehört, von der Partei Rückerstattungen für Auslagen zu verlangen, die ihm bei der Erfüllung seiner politischen Aufgaben von seiner Wohnung aus erwachsen sind, wie für Telefon oder ein Telefaxgerät und einen Computer, die ihm von der Organisation zur Verfügung gestellt worden waren. Gleichzeitig reichte er weiterhin Rechnungen für alle anderen Materialien ein, die er seiner Meinung nach für die politische Arbeit brauchte, die er gerade ausführte.

Natürlich erklärt das nicht viel. Der Anarchist Bakunin wurde aus der Ersten Internationale wegen finanzieller Machenschaften ausgeschlossen. Aber das sagt sehr wenig über die Differenzen zwischen Marxismus und Anarchismus aus. Im Fall von Norden spiegelte sein gestörtes organisatorisches Verhalten eine verschämte politische Abwendung vom Programm des revolutionären Trotzkismus wider, für die er aber nicht offen eintrat oder kämpfte, sondern die sich vielmehr in einer zunehmend verzweifelten Suche nach anderen sozialen Kräften als dem Proletariat und nach anderen Mitteln als der leninistischen Avantgardepartei ausdrückte, die die Sache des Kampfes für die Befreiung der Menschheit voranbringen sollten, sowie in einer Anpassung an diese Kräfte. Nach einem langen und erschöpfenden internen Kampf war Nordens revisionistischer Kurs so gründlich entlarvt, daß er, trotz seiner jahrelangen Autorität in der Partei, am Ende nur mit seiner langjährigen politischen Mitarbeiterin und Lebensgefährtin Stamberg sowie seinem Schützling Negrete rausging.

Trotzki schrieb in *Die Lehren des Oktober* (1924), daß plötzliche Veränderungen der Weltsituation immer Desorientierung und Konfusion in der revolutionären Partei, und besonders in deren Führung, hervorrufen. Die Periode von 1989 bis 1992 war international von tiefgreifenden Änderungen und historischen Niederlagen für die Arbeiterklasse gekennzeichnet, da die kapitalistische Konterrevolution die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten in

Fortgesetzt auf S. 14



Spartacist



Reuters

Wohin Nordens Gelüste schweiften: zu verknöcherten Überbleibseln der früheren stalinistischen DDR-Bürokratie, die jetzt in der sozialdemokratischen PDS sind, und zu Castros Kuba

Verschämter Abschied...

Fortsetzung von S. 13

Osteuropa und die Sowjetunion zerstörte. Indem die Linke den Imperialisten den Triumphalismus über den „Tod des Kommunismus" abkauft, verwirft sie im allgemeinen in raschem Tempo sogar jeden leninistischen Anschein und sucht nach einer „Umgruppierung" hin zu größeren reformistischen Formationen zusammen mit Sozialdemokraten und Exstalinisten. Unsere kleine revolutionäre Internationale ist kaum immun gegen den zersetzenden Druck dieser Periode der nachsowjetischen Reaktion. Aber im Gegensatz zu unseren zentristischen und reformistischen Opponenten, die sich in ihrem Opportunismus suhlen und dabei glattzüngig alle internen Probleme leugnen, streben wir danach, ganz offen die Aufgaben und Schwierigkeiten, die vor uns stehen, zu beurteilen, und als einzige bringen wir diese vor die internationale Arbeiterklasse und die Linke.

Der Grund dafür ist, daß wir für eine neue Oktoberrevolution kämpfen, während die anderen vorgeblichen Trotzkisten das Ziel einer internationalen proletarischen Revolution seit langem aufgegeben haben. Aber das Mißverhältnis zwischen diesem Ziel und dem jetzigen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse, der Jugend und Linken international ist groß. Heute finden sogar die meisten subjektiven Linken den Gedanken einigermaßen exotisch, daß eine proletarische Revolution, wie sie 1917 von Lenins bolschewistischer Partei in Rußland erfolgreich durchgeführt wurde, der Schlüssel zur Befreiung der Menschheit ist. Dies ist in nicht geringem Maße den Verbrechen der Stalinisten und davor der Sozialdemokraten zu verdanken, die aus dem Programm und den Idealen des revolutionären Marxismus eine Farce gemacht haben.

Wie wir in einem „Memorandum zu Perspektiven und Aufgaben" schrieben, das diesen Januar auf einer Sitzung unseres Internationalen Exekutivkomitees (IEK) angenommen und kürzlich in einem Diskussionsbulletin veröffentlicht wurde („Nordens ‚Gruppe': Verschämter Abschied vom Trotzkismus"): „Die Nichtanerkennung der Periode, in der wir uns befinden, und der erforderlichen Beziehung unserer kleinen revolutionären Avantgarde zum Proletariat sowie das Fehlen der Sowjetunion als eines aktiven und bestimmenden Faktors in der Politik haben zur Desorientierung und zum Bedürfnis geführt, fremden politischen Programmen und Klassenkräften zu folgen."

Der Druck dieser Periode kam auch in praktisch allen Sektionen der IKL in vielen Kämpfen über die Bedeutung und den Zweck einer revolutionären leninistischen Avantgarde zum Ausdruck. Diese Kämpfe waren nicht nur als politisches Korrektiv absolut erforderlich, sondern schärfen auch unser revolutionäres Programm für die Intervention in die Kämpfe, die gegen die von den kapitalistischen Herrschern international geführte unerbittliche Offensive auflodern und zukünftig ausbrechen werden. Aber für Norden wurde das Mißverhältnis zwischen dem, was wir anstreben, und dem gegenwärtigen Bewußtsein der Arbeiterklasse zu einem gähnenden, unüberbrückbaren Abgrund.

Er und Stamberg zeigten einen zunehmenden Pessimismus in die Fähigkeit unserer Partei und ihres revolutionären Programms, irgendeine Wirkung in der „Neuen Weltordnung" zu erzielen. Dies äußerte sich in immer häufigeren Breitseiten gegen den angeblich „abstrakten" oder „passiven" Propagandismus der IKL. Dem entsprach Nordens zunehmend feindliche Entfremdung von der Parteiführung, in der er alles andere als bloß schmückendes Beiwerk gewesen war. Stamberg, ein stellvertretendes Mitglied des Zentralkomitees der SL/U.S., ging ihm schon länger mit einer Entfremdung voran, die sich bis zur Rage steigerte. 1985 hatte sie für -die SL/U.S. bei den Bürgermeisterwahlen in New York City kandidiert - eine bessere Kandidatin wäre schwerlich zu finden gewesen. Aber schon seit einiger Zeit begehrte sie gegen eine von ihr so wahrgenommene bleierne „Bürokratie" auf, die ihren häufigen radikal-liberalen Gelüsten im Wege stand.

Das Krankheitsbild des Impressionismus

Norden hatte schon immer einen starken Hang zum Impressionismus und zu Abenteuertum auf Entfernung, der Auftrieb erhielt durch einen oft törichten Optimismus über die Fähigkeit von Kräften, die sehr weit vom Trotzkismus oder eigentlich vom Proletariat entfernt sind, daß diese zu einem gewissen Grad erfolgreich gegen die Verwüstungen der imperialistischen Bourgeoisie „kämpfen" könnten. Im Rahmen eines politischen Kollektivs konnten diese Appetite nicht nur eingeschränkt werden, sondern auch für eine gesunde Spannung bei der Bestimmung der politischen Linie und Intervention sorgen. Gleichzeitig gab es aber Gelegenheiten, wo dieses Gleichgewicht umkippte und es zu Verzerrungen in unserer Propaganda kam.

Norden stand immer an der äußersten Spitze einer Tendenz, den militärischen Faktor impressionistisch überzubewerten (und das oft bis zum fantastischen Ausmaß). Dementsprechend drückte sich dies darin aus, eine Flut erwarteter antiimperialistischer Kämpfe heraufzubeschwören, während die zentralen und miteinander verbundenen Faktoren des politischen Bewußtseins und der materiellen wirtschaftlichen Realität bedenklich heruntergespielt wurden. Wie Trotzki bemerkte, kann Impressionismus in militärischen Angelegenheiten entweder zu der idealistischen Betrachtungsweise führen, daß revolutionäre Leidenschaft jeden militärischen Nachteil ausgleichen würde, oder umgekehrt den Ansporn zu einem rechten Impuls geben, daß jeder Kampf hoffnungslos sei.

Die Fehler in der Berichterstattung von *WV* über den Golfkrieg wurden besonders in einem Dokument mit dem Titel „Kalter-Kriegs-Impressionismus, *Workers Vanguard* und der ‚Golfkrieg'" vom Genossen

Rebours/AP

„Autobahn des Todes", Schreckensszene des einseitigen US-Gemetzels an irakischen Soldaten beim Rückzug aus Kuwait 1991. Norden spielte tödliche Macht des US-Imperialismus herunter



Spartakist

Zusammenbruch des Honecker-Regimes mündete in beginnende proletarische politische Revolution. Banner auf Berliner Demo im November 1989

Ralf Eades von der Spartacist League/ Britain angesprochen. Eades fragt, nachdem er auf die übertriebenen Aussagen des Artikels in *WV* über die Stärke des irakischen Militärs und deren Fähigkeit, den Kräften des US-Imperialismus einen ernsthaften Schaden zufügen zu können, eingegangen ist: „Wäre es eine Kapitulation vor der Vernebelungs- und Ablenkungspropaganda der Imperialisten gewesen, die Arbeiter aller Länder zur revolutionären Verteidigung des Iraks wachzurütteln, dazu, daß sie das vernichtende einseitige Abschlachten, das vor unseren ungläubigen Augen *vorbereitet* wurde, mit den Mitteln des Klassenkampfes aufhalten, zum Entgleisen bringen und zerschlagen?"

Nordens leichtfertige Haltung gegenüber der militärischen Macht des US-Imperialismus spiegelte sich in dem ironischen Ton eines Artikels auf der Titelseite über einen US-Raketenangriff auf Bagdad wider, der in *WV* Nr. 579 (2. Juli 1993) erschien. Als Genossen diesen Artikel und die Art, wie die Zeitung geführt wurde, kritisierten, wurde ihnen „mit einer wütend-defensiven, bereichsbornierten, überempfindlichen, arroganten, cliquistischen und antileninistischen Reaktion begegnet" („The Post-Soviet World: Perspectives and Tasks of the Spartacist League/U.S." [Die nachsowjetische Welt: Perspektiven und Aufgaben der Spartacist League/U.S.], englischer *Spartacist* Nr. 51, Herbst 1994). Dieser Ausbruch drückte Nordens erklärte Position für eine „Einmannherrschaft" über die Parteipresse aus (und über alle Aspekte unserer internationalen Arbeit, an denen er persönlich beteiligt war).

Praktisch hieß das der Aufbau eines auf *Workers Vanguard* konzentrierten Apparates, parallel zur zentralen Parteiorganisation. Nordens persönliche Machtgelüste bedeuteten, daß er sich dauernd an der bolschewistischen Praxis der Unterordnung der Presse unter die kollektive Parteiführung rieb. Diese Probleme spitzten sich in einer scharfen Auseinandersetzung auf einer Sitzung des Politischen Büros im September 1993 zu. Dennoch blieb Norden der Chefredakteur von *Workers Vanguard*, solange er die Disziplin der Partei und das Korrektiv von internen politischen Kämpfen akzeptierte.

Norden hatte auch eine stalinoide Neigung, besonders gegenüber Castros Kuba. Diese Neigung kam vielleicht am groteskesten in anfänglichen Versuchen zum Ausdruck, den stalinistischen Schauprozeß und die Hinrichtung von General Ochoa zu entschuldigen, der des internationalen Drogenhandels angeklagt war. Ochoa hatte zusammen mit Castro gegen die Batista-Diktatur gekämpft und in Angola die kubanischen Truppen gegen die von den USA und Südafrika unterstützten Kräfte angeführt. Letztlich konnte Norden davon überzeugt werden, daß der Ochoa-Prozeß eine klassisch stalinistische Säuberungsaktion war. Aber selbst angesichts der bitteren Realität, daß die Isolierung Kubas nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu einer verheerenden Aushöhlung der Errungenschaften der Revolution sowie zu einer wachsenden Verarmung und Ungleichheit geführt hatte, flaute Nordens Vernarrtheit in Castros Kuba nicht ab.

In einem Bericht über Kuba auf einer Sitzung unseres Internationalen Sekretariats im August 1993, gerade nachdem Castro eine riesige Konzession an die Kräfte der kapitalistischen Restauration gemacht hatte und den Dollar in die kubanische Wirtschaft einführte, gaben Norden und Stamberg die Meinung der stalinoiden Anführer in Nordamerika wider, die erklären, daß „es die kubanische Revolution schon schaffen wird". Auch wenn Marxisten für die bedingungslose militärische Verteidigung des kubanischen deformierten Arbeiterstaates gegen den US-Imperialismus eintreten, verstehen sie, daß die Kubanische Revolution nur durch den Kampf für Arbeiterrevolution in allen Teilen Amerikas und die proletarische politische Revolution gegen die nationalistische Castro-Bürokratie „gerettet" werden kann.

Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands 1990 verwandelte sich Quantität in Qualität. Die Anziehungskraft, die Castros Kuba auf Norden ausübte, war analog zu dessen Faszination mit Erich Honeckers ostdeutschem deformierten Arbeiterstaat. Als die DDR unterging, als Vorbote des folgenden Zusammenbruchs des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates, begann die völlige politische Entgleisung Nordens.

Vom Impressionismus zum Revisionismus

Mit dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes und dem Fall der Berliner Mauer wurde die DDR von einer sich entwickelnden politischen Revolution überflutet. Die Impulse der ostdeutschen Massen waren nicht auf eine kapitalistische Wiedervereinigung gerichtet, sondern vielmehr auf den Aufbau einer, in ihren Augen, anständigen sozialistischen Gesellschaft auf den Fundamenten der vergesellschafteten Wirtschaft der DDR. Dies schuf eine außergewöhnlich offene Situation für eine trotzkistische Intervention. Die IKL unternahm die größte anhaltende Mobilisierung in der Geschichte unserer Tendenz, bei der wir auf die Mitglieder und andere Ressourcen aller Sektionen zurückgriffen.

Wir veröffentlichten und verteilten Zehntausende Exemplare unseres täglichen Nachrichtenblattes *Arbeiterpressekorrespondenz (Arprekorr)*, mit dem wir vor allem für die Schmiedung einer leninistischen egalitären Partei kämpften, um eine Regierung von Arbeiterräten in der DDR zu schaffen als Sprungbrett für einen vereinigten deutschen *Arbeiterstaat*, basierend auf der Perspektive der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Später fanden wir heraus, daß es über unseren Aufruf für Arbeiter- und Soldatenräte in den Einheiten der NVA weit verbreitete Diskussionen gab

Fortgesetzt auf S. 25



Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 1
Die Ursprünge des Anarchismus

von Joseph Seymour

Den heutigen Jugendlichen wird von Vertretern aller Richtungen des politischen Spektrums erzählt, daß das Scheitern des Kommunismus eine unbestreitbare historische Tatsache sei. Nicht nur rechtsgerichtete Ideologen und Sozialdemokraten verurteilen den Marxismus und Leninismus als im besten Fall utopisch und im schlimmsten Fall durch und durch schlecht, sondern auch ehemalige Führer der stalinisierten „kommunistischen" Bewegung.

Die stalinistische Bürokratie - die im sowjetischen Arbeiterstaat, der von wirtschaftlicher Rückständigkeit und Isolierung geprägt war, entstand, als die revolutionäre Welle nach dem Ersten Weltkrieg die Arbeiter in keinem der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder an die Macht brachte - nutzte es aus, daß ihre unterdrückerische Herrschaft fälschlicherweise mit der Autorität der bolschewistischen Revolution und Lenins Kommunistischer Internationale gleichgesetzt wurde. Die stalinistischen Usurpatoren, die Totengräber revolutionärer Möglichkeiten in der ganzen Welt, behaupteten, sie würden den „Sozialismus in einem Land" aufbauen - ein Ding der Unmöglichkeit, wie Leo Trotzki erklärte, denn der Sozialismus existiert notwendigerweise im internationalen Maßstab. Als die sowjetische Bürokratie schließlich unter dem Druck des imperialistischen Militarismus und dem Druck des kapitalistischen Weltmarktes auf die schlecht geführte kollektivierte Wirtschaft zusammenbrach, verkündeten die Stalinisten unbekümmert und eifrig den Ideologen der triumphalistischen Bourgeoisie nachplappernd: „Der Kommunismus ist tot."

Es ist verständlich, daß viele linke Jugendliche, die in der nachsowjetischen Periode ihr politisches Bewußtsein entwickeln, Sympathien für den Anarchismus haben, so wie sie ihn verstehen. Hier gibt es eine Doktrin und eine Reihe von Überzeugungen, die dem kapitalistischen System gegenüber als kompromißlos feindlich erscheinen, die sich als Alternative zum stalinistischen „Kommunismus" darstellen, der erst vor so kurzer Zeit und so dramatisch zusammengebrochen ist, und deren eigener entscheidender Test durch die Geschichte - bei Schlüsselereignissen wie der Russischen Revolution 1917 und der Revolution und dem Bürgerkrieg in Spanien in den 30er Jahren - für heutige Jugendliche in einer weit zurückliegenden Vergangenheit begraben liegt. Und weil es nie eine erfolgreiche Revolution unter der Führung von Anarchisten gegeben hat, können sie behaupten, daß ihr System, anders als der Marxsche Kommunismus, nie wirklich ausprobiert worden sei.

Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts bedeutete Anarchismus ein bestimmtes Programm, das auf den Lehren von Proudhon, Bakunin, Kropotkin und anderen beruhte, deren Theorien in der Linken viel diskutiert und debattiert wurden. Aber heute sind viele aus den breitgefächerten Milieus, die Sympathien für den Anarchismus haben - zum Beispiel die deutschen und italienischen „Autonomen" -, keine wirklichen Anhänger der Lehren von Proudhon, Bakunin oder Kropotkin.

Viele, wenn nicht sogar die meisten derjenigen, die sich Anarchisten nennen, bringen vielmehr eine charakteristische Ansammlung von hauptsächlich negativen Einstellungen zum Ausdruck: Feindseligkeit gegenüber den existierenden Regierungen und im allgemeinen gegenüber der heutigen bürgerlichen Ordnung; militante Opposition gegen die Rechten, besonders die Faschisten und andere gewalttätige Rassisten; Verachtung für parlamentarische Politik, die sie mit allen Sorten von reformistischer Ausverkaufspolitik gleichsetzen; Ablehnung des marxistischen Programms der proletarischen Diktatur und der zentralisierten Wirtschaftsplanung, die sie mit stalinistischer Tyrannei gleichsetzen; Mißtrauen gegenüber allen Parteien, auch gegenüber einer leninistischen revolutionären Avantgardepartei.

Angesichts der Tatsache, daß die Massen immer weniger den proletarischen Sozialismus mit der Möglichkeit zur Befreiung der Menschheit identifizieren, hat es einen Aufschwung von Sympathien für den Anarchismus gegeben, der im Grunde genommen eine Version von radikaldemokratischer Ideologie ist. Der Anarchismus entstand Mitte des 19. Jahrhunderts als eine Form des Widerstandes gegen die Verdrängung von kleinen Warenproduzenten - Handwerkern und Bauern - durch Lohnarbeiter. Am stärksten war die Bewegung im romanischen Sprachraum von Europa, vor allem in Spanien - einem Land mit erst spät einsetzender kapitalistischer Entwicklung, wo zudem eine Reihe von brutalen Diktaturen dem parlamentarischen Reformismus wenig Möglichkeiten gab. Mit der Industrialisierung in diesem Teil Europas Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts ging aus dem Anarchismus der Syndikalismus hervor, eine Bewegung, die für die Leitung einer kollektivierten Wirtschaft durch die Gewerkschaften eintrat.

Die anarchistischen Jugendlichen von heute stehen zwar sicher nicht in der Kontinuität des klassischen Anarchismus, doch gewisse Einstellungen und Werte haben sie mit den Anhängern von Proudhon und Bakunin gemeinsam. Dazu gehören eine Gleichgültigkeit oder Feindseligkeit gegenüber dem technischen Fortschritt und den Erfordernissen einer komplexen auf der Industrie basierenden Wirtschaft. In seiner Autobiographie *Mein Leben* erzählt Leo Trotzki von seinem ersten Zusammentreffen mit einem militanten Anarchisten in einem Moskauer Gefängnis um die Jahrhundertwende: „In theoretische Diskussionen ließ er sich ungern ein. Nur einmal, als ich ihm immer wieder mit der Frage zusetzte, wie man in den autonomen Gemeinden die

Eisenbahnen verwalten würde, antwortete mir Lusin: Zu welchem Teufel werde ich unter dem Anarchismus mit der Eisenbahn zu fahren brauchen?" Ähnliche Diskussionen kann man mit heutigen anarchistisch eingestellten Jugendlichen haben, zum Beispiel über den Öltransport über das Meer.

In der Ära von Proudhon und Bakunin unterschieden sich die Arbeiter und Bauern in Europa von denen in der kolonialen Welt in den wirtschaftlichen Verhältnissen viel weniger als heute. Daher war es verständlich, daß Anarchisten und frühe Sozialisten die Vorstellung hatten, man könne eine egalitäre Gesellschaft in einem nationalen oder höchstens europaweiten Kontext errichten. Heutige Jugendliche, die für Anarchismus sind, müssen sich genau bewußt sein über die schreckliche Armut in den Ländern der „Dritten Welt", verglichen mit dem relativen Wohlstand in Westeuropa und Nordamerika. Und tatsächlich stehen viele von ihnen in vorderster Linie bei der Verteidigung von eingewanderten Arbeitern und Asylbewerbern aus diesen Ländern gegen faschistische und staatliche Angriffe.

Aber Kernelemente des Anarchismus als Wirtschaftsprogramm - extreme Dezentralisierung und technologischer Stillstand - würden nur den Abstand zwischen den imperialistischen Ländern und der neokolonialen „Dritten Welt" verewigen. Wie könnte ein Weltsystem, das auf autonomen Kommunen basiert, jemals die Kluft zwischen dem ländlichen Mexiko und Indien auf der einen Seite und dem deutschen Ruhrgebiet oder Kaliforniens Silicon Valley auf der anderen Seite überbrücken? Nur ein weltweiter Austausch zu Bedingungen, durch die „unterentwickelte" Nationen begünstigt werden, und zentralisierte Wirtschaftsplanung im internationalen Maßstab können den Abgrund, der die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von den USA, Westeuropa und Japan trennt, verringern und schließlich überwinden.

Die klassischen Anarchisten und die sozialistischen Tendenzen vor Marx (mit Ausnahme von Saint-Simon) hatten eine egalitäre Gesellschaft auf der Basis des damals vorherrschenden Lebensstandards vor Augen. Besonders Proudhon predigte, daß die Arbeiter nicht danach streben sollten, so zu leben wie die reichen Klassen, sondern daß sie statt dessen die spartanischen Tugenden der Askese und der Autarkie pflegen sollten. „Nun ist es eine Eigenschaft unsrer Würde", verkündete er, „daß sie sich fremdem Beistand entziehen will..." *(Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche,* 1858). Eine solche Botschaft, die im heutigen politischen Spektrum auch von der sowohl kleinbürgerlichen als auch bürgerlichen Bewegung der „Grünen" geteilt wird, wird offensichtlich wenig Anklang finden bei den unterdrückten neokolonialen Massen, die eine sozialistische Weltrevolution brauchen, die zu einem enormen *Anstieg* des Energieverbrauchs und der technischen Entwicklung führt, allein schon um die Dinge verfügbar zu machen, die die Werktätigen in den fortgeschrittenen Ländern normalerweise für selbstverständlich halten: Elektrizität, menschenwürdige Wohnungen, Kenntnisse im Lesen und Schreiben, sauberes Wasser. In der Tat ist „Askese" ein Programm, das der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zynisch den Massen von Bangladesch und Südafrika predigen.

Da die Geschichte der anarchistischen Bewegung und die Ansichten ihrer führenden Köpfe selbst in der Linken so wenig bekannt sind, können die radikalisierten Jugendlichen von heute die anarchistische Tradition mit allerlei revolutionären Tugenden und hohem Idealismus ausschmücken, mit denen diese in Wirklichkeit nichts zu tun hatte. Der erste Theoretiker des Anarchismus, Pierre-Joseph Proudhon, war ein Antisemit, ein Rassist, der im amerikanischen Bürgerkrieg die Sklavenhalterstaaten des Südens unterstützte, und ein übler frauenfeindlicher Chauvinist. Diese widerlichen Anschauungen waren nicht nur eine persönliche Eigenart, sondern spiegelten die charakteristischen Vorurteile der Kleineigentümer und Kleinbauern im damaligen Frankreich wider. Michail Bakunin, der Begründer der anarchistischen Bewegung, hat einmal an Zar Nikolaus I. appelliert, er solle die „endgültige Befreiung aller slawischen Stämme vom fremden Joch" herbeiführen. Auch hier war dies nicht nur eine persönliche Eigenheit, sondern deckte sich mit weit verbreiteten Illusionen bei den damaligen russischen Bauern über die Gutwilligkeit „ihres" Zaren.

New York Public Library

Pierre-Joseph Proudhon prägte 1840 in seiner Schrift „Was ist das Eigentum?" als erster den Begriff „Anarchie". Marx bezeichnete ihn später als Vertreter „spießbürgerlicher Phantasien"

Peter Kropotkin, der bedeutendste Vertreter des Artarchismus Ende des 19. Jahrhunderts, wurde im Ersten Weltkrieg ein begeisterter Unterstützer des britischen und französischen Imperialismus gegen Deutschland. Der ukrainische Anarchist Nestor Machno, der Anführer einer aus Bauern rekrutierten Armee während des Russischen Bürgerkriegs von 1918-21, führte Pogrome gegen jüdische Gemeinden durch und verbündete sich mit konterrevolutionären Armeen der Weißen gegen die Bolschewik! Während der Spanischen Revolution Mitte der 30er Jahre wurden die anarcho-syndikalistischen Führer Minister in der Volksfront-Regierung (d. h. kapitalistischen Regierung), die einen Arbeiteraufstand in Barcelona provozierte und dann niederschlug.

Selbst diejenigen, die sich ausdrücklich mit wohlbekannten historischen Standpunkten der anarchistischen Bewegung solidarisieren, -sind oftmals wenig vertraut mit den wirklichen geschichtlichen Ereignissen. Zum Beispiel ist es eine Conditio sine qua non für harte Vertreter des Anarchismus, Trotzki dafür zu verurteilen, daß er 1921 die Meuterei von Kronstadt unterdrückt hat. Aber damals erkannten viele anarchistische und syndikalistische Aktivisten, die sich dem Bolschewismus anschlössen, wie Viktor Serge und Alfred Rosmer, daß ein Sieg für die „anarchistischen" Meuterer nur zu einer blutigen kapitalistischen Konterrevolution

Fortgesetzt auf S. 18

Anarchismus...

Fortsetzung von S. 17

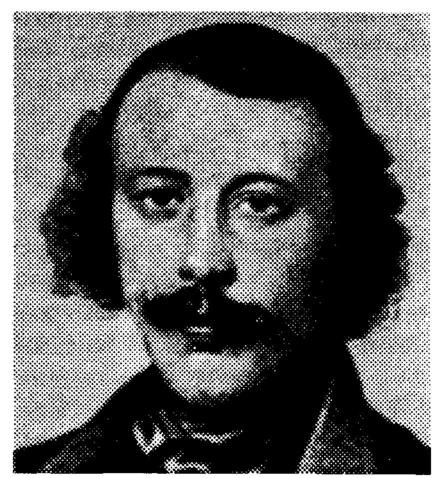
gegen den belagerten sowjetischen russischen Arbeiterstaat hätte fuhren können.

Anarchismus und Marxismus: Die grundlegenden Unterschiede

Es ist zwar notwendig, die Idealisierung der anarchistischen Tradition bei den radikalisierten Jugendlichen zu entlarven, doch es ist auch wichtig, das Eintreten der klassischen Anarchisten für die Freiheit des Individuums nicht mit ihrem heutigen rechten Flügel, besonders der „Libertären", und ihrem „freien Markt" gleichzusetzen. Proudhon und Bakunin waren keine Vorläufer von Milton Friedman und Margaret Thatcher! Ein zentrales Thema des klassischen Anarchismus war die Verurteilung des auf Besitz ausgerichteten Individualismus, den bürgerliche Ideologen von damals und heute glorifizieren. Proudhon verurteilte den „Egoismus, der sich hinter dem falschen Namen Freiheit verbirgt". Kropotkin erklärte: „Bürgerlicher Individualismus kann nicht existieren, ohne daß die Massen unterdrückt werden." Die Anarchisten glaubten an eine gerechte, harmonische und *egalitäre* Gesellschaft. Der Anarchismus und sein Ableger, der Syndikalismus, waren daher Tendenzen innerhalb der Linken und der Arbeiterbewegung.

Wie könnte eine egalitäre Gesellschaft aufrechterhalten werden, wenn unabhängige Produzenten die Freiheit hätten zu tun, was sie wollen, ohne jede Koordination oder Kontrolle durch eine zentrale politische Autorität? Würde ein solches System nicht die Verhältnisse des Kapitalismus des „freien Marktes" reproduzieren? Kein Syndikalist gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam auf den Gedanken, daß ein Kollektiv von Eisenbahnarbeitern wie ein kapitalistisches Monopol handeln und Höchstpreise aus dem Verkehrswesen herausschlagen würde. Aber was sollte sie davon abhalten?

Die Anarchisten antworteten mit einem Wort: Moral. Die klassischen Anarchisten glaubten unter Berufung auf Rousseau, daß es eine natürliche moralische Ordnung gebe, die durch die Aufspaltung in Klassen, aufrechterhalten durch einen repressiven Staat, verdorben und entwertet worden sei. Bakunin sprach von der „Idee von einer Gerechtigkeit, die dem Menschen eigen ist". Kropotkins Zeitschrift *Freiheit* schrieb: „Wir träumen von der positiven Freiheit, die im wesentlichen mit sozialem Gefühl einhergeht; von uneingeschränkten Entfaltungsmöglichkeiten für soziale Impulse, die jetzt durch das Eigentum und seinen Wächter, das Gesetz, entstellt und eingeschränkt werden" (zitiert in George Crowder: *Classical Anarchism* [Klassischer Anarchismus, 1991]).



Michail Bakunin, ehemals panslawistischer Nationalist, gründete anarchistische Bewegung in den 1860er Jahren

Dielz Verlag

Die grundlegenden Differenzen zwischen Anarchismus und Marxismus gehen über die wesentliche Frage des Staates hinaus und beinhalten auch eine unterschiedliche Auffassung vom Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft. Proudhon ging davon aus, daß „der Mensch eine konstante, unveränderliche Natur" habe. Ähnlich behauptete Bakunin 1871: „... die Menschheit mit einem Wort ist nichts anderes als die - für uns und unsern Planeten wenigstens - letzte und oberste Entwicklung, der höchste Ausdruck der Animalität", und er postuliert die „Solidarität, dieses alle Menschen verbindende Geselligkeitsgesetz" *(Gesammelte Werke,* Band l, Karin Kramer Verlag, 1975). Ebenso war Kropotkins These: „Die Natur ist der ethische Lehrer des Menschen".

Für Marx war die Gesellschaft nicht durch die angeborenen psychologischen Eigenschaften des Homo sapiens bestimmt, sondern durch die *Selbstentwicklung der Menschheit durch die Arbeit,* die zu einem immer höheren Niveau der Produktivkräfte führt. Wie er in seiner frühen Polemik gegen Proudhon, *Das Elend der Philosophie* (1847), schrieb: „Herr Proudhon weiß nicht, daß die ganze Geschichte nur eine fortgesetzte Umwandlung der menschlichen Natur ist." Eine sozialistische Umwandlung - sowohl in ihren objektiven als auch in ihren subjektiven Aspekten - wird erst mit dem Entstehen einer industriellen Wirtschaft möglich, ursprünglich als Produkt der kapitalistischen Entwicklung.

Für Marxisten besteht die Geschichte der Menschheit aus dem verzweifelten Kampf, kein Sklave der „natürlichen Ordnung" zu sein, sondern durch Arbeit die harte Welt der Natur zu beherrschen. Die frühen menschlichen Gesellschaften waren ständig vom Aussterben bedroht: Mit 20 war man alt und mit 30 normalerweise schon tot. Die ersten Fortschritte in der Produktion - die Entwicklung der Landwirtschaft und die Zähmung von Tieren - machten den Weg dafür frei, die Tyrannei der Natur zu bezwingen, und führten auch, im Kampf um die Kontrolle über den neu geschaffenen Überschuß, zur Entwicklung von Ungleichheit und Klassendifferenzierung. Nur mit der Überwindung des Mangels durch die weitere Entwicklung der Produktivkräfte kann der



Der Spiegel

Autonome bei Straßenschlacht gegen Bullen. Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus hat Anarchismus unter radikalen Jugendlichen an Attraktivität gewonnen

Antagonismus zwischen individuellen Eigeninteressen und kollektivem Wohlergehen in den Hintergrund treten. Und erst dann wird der Staat absterben: Wie Engels sagte, wird die Regierung über Menschen ersetzt werden durch die Verwaltung von Dingen.

Obwohl die Anarchisten sich für den Gegenpol zum Stalinismus halten, steht der Stalinismus in seinen theoretischen Annahmen tatsächlich dem Anarchismus näher als dem Marxismus. Sowohl der Anarchismus als auch der Stalinismus schreiben dem Staat eine beinahe allmächtige Fähigkeit zu, das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben zu gestalten. Sowohl Bakunin als auch Stalin behaupteten, daß Kollektivbewußtsein selbst unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der schlimmsten Armut geschaffen werden könne, wenn erst einmal der bürgerliche Staat und das kapitalistische Eigentum abgeschafft worden seien.

Anarchismus und Stalinismus kamen sich auch in einer anderen wichtigen Hinsicht näher, und zwar buchstäblich in der spanischen Volksfront-Regierung Mitte der 30er Jahre. Trotz seiner Feindseligkeit gegenüber Autorität und der bürgerlichen Ordnung ist Anarchismus in seinem theoretischen Kern eine Doktrin der *Klassenzusammenarbeit,* nicht des Klassenkampfs. Die Reichen und Mächtigen können am „ethischen Fortschritt der Menschheit" - um Kropotkins Formulierung zu benutzen - genauso teilnehmen wie die entrechteten und ausgebeuteten Arbeiter und Bauern. Wie Felix Morrow, ein trotzkistischer Historiker der Spanischen Revolution, damals schrieb:

> „Die Klassenkollaboration liegt in der Tat im Herzen der anarchistischen Philosophie verborgen. In den Zeiten der Reaktion ist sie durch den anarchistischen Haß auf die kapitalistische Bedrückung verborgen. Aber in einer revolutionären Periode der Doppelherrschaft muß sie an die Oberfläche kommen. Denn dann bietet der Kapitalist lächelnd an, beim Aufbau der neuen Welt teilzunehmen. Und die Anarchisten, die gegen ‚alle Diktaturen', einschließlich der Diktatur des Proletariats, sind, werden vom Kapitalisten bloß verlangen, er solle seine kapitalistische Einstellung ablegen, dem er natürlich zustimmt, um so besser die Zerschlagung der Arbeiterklasse vorzubereiten." (*Revolution und Konterrevolution in Spanien,* 1938)

Marx und Engels vertraten die Auffassung, daß nach der sozialen Revolution ein Arbeiterstaat (die Diktatur des Proletariats) notwendig ist, um die enteignete Bourgeoisie zu unterdrücken, die alles daran setzen würde, um ihr Eigentum, ihre Privilegien und ihre Macht zurückzubekommen. Die Anarchisten hatten die Vorstellung, daß die ehemalige besitzende Klasse eine moralische Erneuerung durchmachen würde und zu produktiven Mitgliedern des neuen, egalitären Gesellschaftssystems werden würde. Von daher stellten sie sich eine soziale Revolution vor, die nach einigen kurzen anfänglichen Gewalttätigkeiten im wesentlichen harmonisch verlaufen würde. Diese Differenzen zwischen den Marxisten und den Anarchisten konnten nicht einfach durch Debatten und polemische Auseinandersetzungen gelöst werden. Sie konnten solange nicht getestet werden, wie die bürgerliche Ordnung in Europa stabil blieb. Mehr noch, in der Ära vor dem Ersten Weltkrieg vernebelte die sozialdemokratische „Hauptströmung" der angeblich „orthodoxen" Marxisten, deren typischer Vertreter Karl Kautsky war, die Position von Marx und Engels, daß eine proletarische Revolution den existierenden bürgerlichen Staatsapparat *zerschlagen* muß. Statt dessen hatte sie die Vorstellung, daß die Arbeiterklasse die politische Macht im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie erreichen könnte.

Erst die Erfahrung der bolschewistischen Revolution in Rußland überzeugte viele anarchistische und syndikalistische Kämpfer davon, daß die proletarische Diktatur wirklich notwendig und nicht ein Produkt der angeblich „autoritären" Vorurteile von Marx war. Nicht so sehr der Arbeiteraufstand im Oktober 1917 ließ die anarchistische Vorstellung von einer harmonischen Umwandlung der Gesellschaft zerplatzen, sondern vielmehr der anschließende Bürgerkrieg und die militärischen Interventionen/Wirtschaftsblockaden gegen Sowjetrußland durch die imperialistischen (von Deutschland geführten) Mittelmächte, die (alliierten) Westmächte und Japan. Alfred Rosmer, ein führender französischer Syndikalist, der einer der Gründer der Kommunistischen Internationale wurde, erklärte:



Sparlaco

Italien: Neosyndikalistische COBAS (Arbeiterbasiskomitees) an vorderster Front bei militantem Klassenkampf in nachsowjetischer Epoche

> „Aber die Diktatur des Proletariats, bis dahin ein Bereich der Theorie, stellte sich konkret und sogar als das dringendste praktische Problem. Man hatte ja diese Übergangsperiode, diesen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, niemals näher untersucht... man sprang aus der kapitalistischen Gesellschaft in ein ideales aus Wunschbildern aufgebautes Gemeinwesen hinein. Selbst aktiv kämpfende Syndikalisten wie Pataud und Pouget hatten in einem Buche mit dem Titel ‚Wie wir die Revolution machen werden' keinen präzisen Beitrag zum Problem der Übergangsperiode geleistet, obwohl sie dazu gerade durch den Titel ihres Werkes verpflichtet waren: ein kurzer Generalstreik; das Regime stürzt zusammen ... und nach einigen-unruhigen Tagen und einem Minimum an Gewalt schritten die Syndikalisten friedlich zum Aufbau der neuen Gesellschaft. Alles verblieb damit im Bereich von Märchenerzählungen. In Moskau standen wir 1920 vor der Realitat."(*Moskau zu Lenins Zeiten, 1989)*

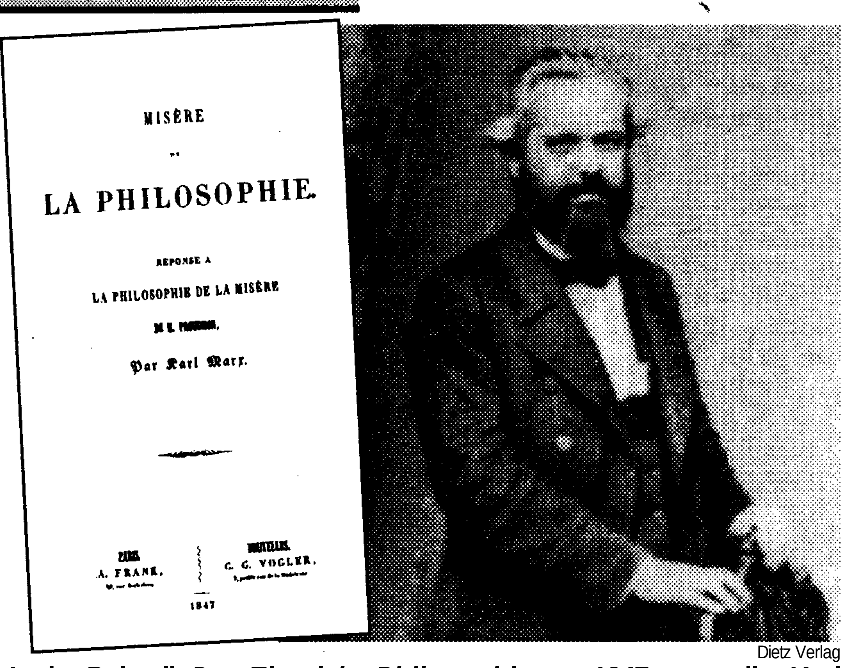
Rosmers politische Entwicklung war keineswegs außergewöhnlich. Die bolschewistische Revolution zog eine grundlegende Neuausrichtung und Umgruppierung der internationalen Linken nach sich, die bereits mit dem Aus-

Fortgesetzt auf S. 20

Anarchismus...

Fortsetzung von S. 19

brach des Ersten Weltkriegs 1914 begonnen hatte. Der Krieg hatte eine tiefe und unwiderrufliche *Spaltung* in den anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen zur Folge, genauso wie in der sozialistischen Bewegung, wobei der rechte Flügel beider Strömungen sozialchauvinistisch wurde, um somit die „eigenen" imperialistischen Staaten zu unterstützen. Kropotkin, der inzwischen für das „demokratische" Britannien und Frankreich eintrat, wurde nun von seinem langjährigen Mitstreiter Errico Malatesta als ein „Regierungsanarchist" gebrandmarkt. Léon Jouhaux, Chef der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, schloß sich der „union sacrée" (der heiligen Union) zur Verteidigung des französischen bürgerlichen Staates an, genauso wie der „orthodoxe" marxistische Führer Jules Guesde.


MISÈRE

DE

LA PHILOSOPHIE.

RÉPONSE A

LA PHILOSOPHIE DE LA MISÈRE

DE M. PROUDHON.

Par Karl Marx.

PARIS | BRUXELLES,
A. FRANK, | C. G. VOGLER,

1847

Dietz Verlag

In der Polemik *Das Elend der Philosophie* von 1847 verurteilte Karl Marx Proudhons Opposition zu Arbeiterkämpfen. Nur proletarische Revolution kann eine gerechte Gesellschaft erkämpfen

Zur gleichen Zeit arbeiteten die revolutionären Syndikalisten Rosmer und Pierre Monatte eng mit dem russischen revolutionären Marxisten Trotzki zusammen, der damals in Frankreich im Exil lebte, um die Zimmerwalder Antikriegsbewegung aufzubauen, in derem linken Flügel sich die Kommunistische Internationale (Komintern) ankündigte. Indem Lenin den wirklich revolutionären und befreienden Inhalt des Marxismus wiederherstellte und modernisierte, konnte er die besten anarchistischen und syndikalistischen Kämpfer für das Banner des Kommunismus gewinnen. Infolgedessen begann die anarchistische Bewegung, mit einigen wichtigen Ausnahmen wie in Spanien, tendenziell zu verschwinden - der rechte Flügel hatte sich als chauvinistisch entlarvt, der linke Flügel war seiner vitalsten Elemente beraubt, die sich in Richtung Komintern abgespalten hatten. Aber nach jahrzehntelangem Verrat durch stalinistische und sozialdemokratische Reformisten hat der Anarchismus bei antikapitalistischen Jugendlichen wieder eine gewisse Anhängerschaft gewonnen. Mit diesem Wiederaufleben von Sympathien für den Anarchismus wird es wieder nützlich, die Geschichte der anarchistischen Bewegung von ihren Anfängen Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu ihrem Verschwinden im Anschluß an die bolschewistische Revolution kritisch zu untersuchen.

Proudhonismus: Eine kleinbürgerliche Utopie

Mehr als bei den meisten ändern Gesellschaftstheoretikern sind die Lehren von Pierre-Joseph Proudhon - der 1840 als erster den Begriff „Anarchie" prägte - direkt und offensichtlich von seinen persönlichen Erfahrungen beeinflußt worden. Proudhon wurde im ländlichen Jura im Osten Frankreichs geboren. Sein Vater war ein Bierbrauer und Böttcher (Faßbinder) von ungewöhnlich ehrlichem und aufrechtem Charakter. Als diese Region gegen Ende der Napoleonischen Kriege belagert wurde, nutzten die meisten Brauer die Gelegenheit, ihre Preise zu erhöhen. Nicht so Claude-François Proudhon: „Er rechnete seine Kosten zusammen, fügte *soviel* für seine Arbeit hinzu, und sagte: das ist mein Preis" *(Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche*, 1858). Diese Formel sollte zu einem Schlüsselelement in Proudhons Wirtschaftsprogramm werden, das er Mutualismus (ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Tausch- und Kreditsystem) nannte.

Weil der junge Pierre-Joseph sowohl hochintelligent als auch stark religiös war, sorgte ein örtlicher Priester dafür, daß er in der besten Schule des Distrikts aufgenommen wurde. Seine Klassenkameraden waren die Söhne der Bourgeoisie und des Landadels. Nach seinem Schulabschluß jedoch landete Proudhon wieder in der Arbeiterklasse. Er wurde ein Drucker und mußte als solcher die Unsicherheit und die Perioden krasser Armut durchmachen, die typisch waren für europäische Handwerker seiner Zeit. Dem jungen Proudhon gelang es einmal, genügend Geld zusammenzukratzen, um Partner einer kleinen Druckerei zu werden. Aber sein Partner war verantwortungslos und ruinierte das Geschäft, bevor er Selbstmord beging. Da Proudhon nur Schulden blieben, die er nicht bezahlen konnte, mußte er seinen Laden verkaufen und wieder für wohlhabendere, erfolgreichere Verleger arbeiten.

Diese Erfahrungen liegen Proudhons Weltsicht zugrunde, wie der britische Gelehrte Stewart Edwards in einer Einleitung zu dessen *Selected Writings* (Ausgewählte Werke, 1969) feststellte:

> „Im Mittelpunkt aller Schriften von Proudhon zu sozialen Fragen steht diese Sorge um den Kleineigentümer. Seine Vorschläge für eine Reform des Geldes, seine Idee einer Agrarbank, seine Pläne für gegenseitige Versicherungen, all das spiegelte die Ideale der Kleinbourgeoisie wider, ihre permanente Beschäftigung damit, Kredite zu bekommen, und ihren Neid auf die Großkapitalisten."

Veranstaltung der Spartakist-Jugend an der Humboldt-Universität Berlin

Die kommunistische Strategie für die Studentenproteste

Donnerstag, 24. Oktober 1996, 19.00 Uhr
Humboldt - Universität Berlin

Raumnummer und weitere Informationen telefonisch zu erfragen unter Tel. (030) 4439400

Proudhon selber faßte sein Programm so zusammen: „Wenn alle Menschen Eigentümer sind, sind die Chancen gleich und es gibt Arbeit für jeden." Diese Vision war für viele Arbeiter attraktiv, denn Frankreich war im Grunde genommen immer noch eine vorindustrielle Gesellschaft. Die überwältigende Mehrheit der Lohnarbeiter waren die Kinder von Bauern, Ladenbesitzern oder selbständigen Handwerkern. Viele hatten früher, wie Proudhon, selbst ein kleines Geschäft gehabt, das durch zunehmende Schulden in den Bankrott getrieben worden war.

Proudhon schrieb der menschlichen Natur die Psychologie eines Kleinbauern oder eines selbständigen Handwerkers zu. „Der Mensch", proklamierte er, „will arbeiten an dem, was ihm beliebt, wann es ihm beliebt, soviel es ihm beliebt ..." *(Was ist das Eigentum?,* 1840). Aber wie können Arbeiter in einer Stahlhütte, in einem Elektrizitätswerk oder bei der Eisenbahn darüber bestimmen, was, wann und wieviel sie arbeiten wollen? Die industrielle Technologie verlangt die strikte Koordinierung vieler verschiedener Arten von Arbeit. Wie Engels in seiner klassischen anti-anarchistischen Polemik „Von der Autorität" (1873) erklärt hat:

> „Nehmen wir als Beispiel eine Baumwollspinnerei. Die Baumwolle muß mindestens sechs aufeinanderfolgende Operationen durchlaufen, bevor sie die Gestalt des Fadens annimmt, Operationen, die - zum größten Teil - in verschiedenen Sälen vor sich gehen. Außerdem braucht man, um die Maschinen in Gang zu halten, einen Ingenieur, der die Dampfmaschine überwacht, Mechaniker für die laufenden Reparaturen und viele ungelernte Arbeiter, die die Produkte von einem Saal in den anderen zu schaffen haben etc. Alle diese Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder, sind gezwungen, ihre Arbeit zu einer Stunde zu beginnen und zu beenden, die von der Autorität des Dampfs festgesetzt ist, der sich keinen Deut um die individuelle Autonomie kümmert... Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen; die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren."

Dies war im wesentlichen das Programm von Proudhons Mutualismus: „Dort, wo es perfekten Mutualismus gibt, muß jeder Produzent dadurch, daß er anderen gegenüber eine gewisse Verpflichtung übernimmt, wobei diese sich ihrerseits ihm gegenüber genauso verpflichten, seine vollständige und umfassende Unabhängigkeit der Aktion erhalten" *(The Political Capacity of the Working Class* [Die politischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse, 1865]). Ein grundlegendes ökonomisches Prinzip des Mutualismus besteht darin, daß Güter auf der Basis von gleichem Arbeitsaufwand ausgetauscht werden: „Für alle Produkte wird man mit Produkten bezahlen, die vom Aufwand und von den Ausgaben her das Gleiche gekostet haben."

Ein solches System setzt eine *statische Technologie* voraus, die allen Produzenten zur Verfügung steht. Nehmen wir an, daß eine kleine Anzahl von Schuhmachern neue Maschinen einführt, wodurch die Zeit, die man braucht, um Schuhe herzustellen, um ein Drittel reduziert wird. Wenn sie dementsprechend den Tauschwert ihrer Schuhe um ein Drittel reduzieren, dann müssen alle anderen Schuhmacher unter ihren eigenen Arbeitskosten verkaufen, weil sonst niemand ihre Schuhe kaufen würde. Wenn aber die effizienteren Produzenten den alten Tauschwert der Schuhe beibehalten, dann verkaufen sie über ihren Arbeitskosten und machen dadurch einen Profit. So oder so stehen die Prinzipien von Proudhons Mutualismus in krassem Gegensatz zum technischen Fortschritt. Was wird aber wirklich passieren? Werden die Produzenten sich dem „Mutualismus" verschreiben und auf technischen Fortschritt verzichten? Wohl kaum: Die Effizienteren werden einfach die weniger Effizienten aus dem Geschäft werfen.

Proudhon gegen Klassenkampf

Proudhons erste Schrift, *Was ist das Eigentum?,* geschrieben 1840, war eine machtvolle, wenn auch etwas abstrakte Verurteilung der kapitalistischen Ausbeutung. Es gab nur wenige Erläuterungen zu seinem eigenen positiven Programm, zweifellos weil es noch nicht vollständig entwickelt war. Folglich wurde *Was ist das Eigentum?* von beinahe allen damaligen Sozialisten geschätzt, auch vom jungen Karl Marx. Als Marx 1844/45 in Paris war, knüpfte er freundschaftliche Beziehungen zu Proudhon und behauptete später, daß er den französischen Radikalen mit der Philosophie von Hegel bekanntgemacht habe. Proudhons Ansichten waren jedoch schon zu sehr entwickelt und zu weit entfernt, als daß sie von dem zukünftigen Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus hätten beeinflußt werden können.

1846 lud Marx, der damals in Brüssel war, nachdem man ihn aus Frankreich ausgewiesen hatte, Proudhon dazu ein, Teilnehmer eines internationalen sozialistischen Korrespondenz-Komitees zu werden. Als Antwort darauf brach Proudhon praktisch die Beziehungen zu Marx ab, in erster Linie weil er gegen den revolutionären Sturz der monarchischen Regierungen Frankreichs, Preußens und anderer europäischer Länder war, worin Marx eine notwendige Vorbedingung für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft sah. Proudhon schrieb:

> „Vielleicht sind Sie noch der Ansicht, daß keine Reform gegenwärtig möglich ist ohne einen Handstreich, ohne das, was man ehedem eine Revolution nannte, und was weiter nichts ist, als eine Erschütterung (secousse). ... ich gestehe Ihnen, daß meine letzten Studien mich vollständig von ihr abkommen ließen... Ich stelle mir das Problem so: Die Reichtümer durch eine ökonomische Kombination in die Gesellschaft zurückfließen lassen, welche der Gesellschaft durch eine andere Kombination entnommen werden. Mit anderen Worten: es gilt in der politischen Ökonomie die Theorie des Eigentums gegen das Eigentum zu kehren, derart, um das zu erzeugen, was Sie, die deutschen Socialisten, Gütergemeinschaft



Musée Social



Musée Social

Unter Einfluß des Ersten Weltkriegs und der bolschewistischen Revolution wurden französische Linkssyndikalisten Pierre Monatte (links) und Alfred Rosmer zum Marxismus gewonnen und gehörten zu den Gründern der Kommunistischen Internationale

Fortgesetzt auf S. 22

Anarchismus...

Fortsetzung von S. 21

nennen". („Brief an Marx", 17. Mai 1846, in: P-J. Proudhon, *Leben und Werke,* von Arthur Mülberger, 1979)

Was meinte Proudhon konkret, wenn er davon sprach, Eigentum gegen Eigentum zu benutzen? Er trat für eine „Volksbank" ein, die „unentgeltliche" (zinslose) Kredite an jeden Arbeiter geben sollte, der ein eigenes Geschäft aufmachen will. Das Anfangskapital der Bank sollte aus Steuern von den reicheren Klassen kommen. Er appellierte sogar einmal an Louis Napoleon - den damaligen Präsidenten, der kurz darauf Kaiser von Frankreich wurde -, eine „Volksbank" zu gründen. Wie Marx in bezug auf Proudhon schrieb: „Aber das *zinstragende Kapital* als die *Hauptform des Kapitals* betrachten, aber eine besondere Anwendung des Kreditwesens, angebliche Abschaffung des Zinses, zur Basis der Gesellschaftsumgestaltung machen wollen, ist eine durchaus *spießbürgerliche* Phantasie" („Über P.-J. Proudhon", Januar 1865, Hervorhebung im Original). Aber solange die Großindustrie in Frankreich noch nicht vorherrschend war, waren diese Phantasien für viele Arbeiter attraktiv, denn es war nur ein relativ bescheidener Kapitalbetrag notwendig, um einen kleinen Bauernhof oder eine Werkstatt zu kaufen und zu betreiben.

Zum wirklichen Beginn der industriellen Revolution in Frankreich kam es während des Zweiten Kaiserreichs von Louis Napoleon in den 1850er und 1860er Jahren. Die teilweise Liberalisierung des bonapartistischen Regimes Anfang der 1860er Jahre ließ in Frankreich auch die Entwicklung von Gewerkschaften eines mehr oder weniger modernen Typs zu. Proudhon stand dem Entstehen einer wirklichen Arbeiterbewegung feindselig gegenüber. Sein letztes Werk, *Die politischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse,* das erst nach seinem Tod veröffentlicht wurde, ist in großem Maße ein Angriff auf die neue Gewerkschaftsbewegung: „Wir werden bald nichts mehr hören von Vereinigung, Mutualismus und Fortschritt, wenn es den Arbeitern, dem Beispiel der großen Monopolisten folgend, gelingt, den freien Wettbewerb durch Erpressung zu ersetzen."

Wie viele Frühsozialisten glaubte Proudhon an das sogenannte „eherne Lohngesetz": daß auf jeden Anstieg der Geldlöhne immer ein entsprechender Anstieg der Preise schnell folgen würde. Deshalb lehnte er Streiks ab - alle Streiks -, weil sie nichts bringen oder den Interessen der Werktätigen sogar schaden würden:

> „Unter Androhung von Streiks haben einige von ihnen [Gewerkschafter], sogar die Mehrheit, eine Erhöhung der Löhne gefordert, andere haben eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, und noch andere beides gleichzeitig. Sicher haben sie immer gewußt, daß Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nur zu einer allgemeinen Preissteigerung führen können."

Fast 20 Jahre früher hatte Marx das „eherne Lohngesetz" im *Elend der Philosophie* entkräftet und widerlegt. Seine am weitesten entwickelte wissenschaftliche Erklärung dafür, wie gewerkschaftliche Aktivitäten unter bestimmten Umständen die Ausbeutungsrate senken und die Reallöhne erhöhen können, findet man in *Lohn, Preis und Profit* (1867).

Proudhons Auffassung, daß der Arbeiterklasse Gewerkschaften und Streiks nichts nützen können und vielleicht sogar schaden würden, war seinerzeit bei den Sozialisten weit verbreitet. Aber seine Position zur Frauenfrage war einzigartig reaktionär und wurde deshalb von Freunden und Mitstreitern in der Linken kritisiert, ganz zu schweigen von Gegnern wie der prominenten Sozialistin und Schriftstellerin George Sand. Der theoretische Begründer des Anarchismus war ein schamloser frauenfeindlicher Chauvinist: „Warum soll es eine Frau empören, daß wir Männer finden, sie wisse genug, wenn sie uns die Hemden stärkt und das Essen kocht? Ich auf jeden Fall bin einer jener Männer" (Proudhon, *Von der Anarchie zur Pomokratie).* Selbst Hyams, ein moderner Biograph mit Sympathien für Proudhon, gibt zu: „Jede anti-liberale, jede grausam reaktionäre Bemerkung, die von den extremsten Antifeministen jemals gegen die Frauenemanzipation benutzt worden ist, kann man in Proudhons ‚Pornokratie' finden."

Aufgrund seiner extrem puritanischen Lebenseinstellung war Proudhon entsetzt über die Vorstellung, daß Frauen sexuelle Freiheit und Befriedigung erreichen:

> „Was die Gleichheit in bezug auf die Sinne betrifft, so folgen daraus unvermeidlich freie Liebe, Verdammung der Ehe, Verdammung der Weiblichkeit, die Eifersucht und der heimliche Haß auf die Männer und, um dem System die Krone aufzusetzen, unauslöschliche Wollust; so sieht unabänderlich die Philosophie der emanzipierten Frau aus."

So sahen die Ansichten eines Mannes aus, der oft als ein Apostel des „antiautoritären" auf individueller Freiheit basierenden Sozialismus, im Gegensatz zu Marx, hochgehalten wird.

Dieser Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 640, 1. März 1996, und gehört zu einer siebenteiligen Serie, die in den folgenden Ausgaben fortgesetzt wird.*

Chicago...

Fortsetzung von S. 9

Administration - die Demokratische Partei, angeführt von Bürgermeister Richard Daley Jr. - ebnete den Weg für die Klan-Provokation, indem sie heimlich den Marschplänen zustimmte, während die Massenmedien alle Nachrichten über diese Sache unterdrückten. Skandalöserweise haben sich sogar große schwarze Radiostationen geweigert, Appelle gegen den Klan zu senden. Da Chicago sich darauf vorbereitet, in diesem Sommer Gastgeber für die Konferenz der Demokratischen Partei zu sein, fürchtet das politische Establishment eine massive militante Mobilisierung der vielen potentiellen Opfer des Klans.

In einer Gewerkschaftsstadt wie Chicago, mit seiner riesigen schwarzen und hispanischen Bevölkerung, hätten Tausende auf der Straße sein sollen, um die Klan-Bedrohung abzuwehren. Wie die Geschichte des Südens mit seinen nicht gewerkschaftlich organisierten Betrieben zeigt, geht der Klan-Terror Hand in Hand mit der Zerschlagung von Gewerkschaften. Das Fehlen einer massiven Antwort auf den KKK heute in Chicago kann direkt den jetzigen Irreführern der Arbeiterbewegung angerechnet werden, die völlig an die Maschinerie der Demokratischen Partei gefesselt sind, und dem Demagogen Louis Farrakhan, der das Katzengold des ‚schwarzen Kapitalismus' predigt und das Spiegelbild des rassischen Separatismus des Klans darstellt. Das ist selbstmörderisch für die unterdrückten schwarzen Massen!"

Das Partisan Défense Committee ruft alle Gewerkschaften, Organisationen der schwarzen Gemeinschaften und alle Gegner des Rassismus auf, das Fallenlassen aller Anklagen gegen die Anti-Klan-Demonstranten zu fordern. Schickt Erklärungen an: Jack O'Malley, State's Attorney of Cook County, Richard J. Daley Center, 55 W. Randolph St., Chicago, IL 60602.

Für weitere Informationen kontaktiert das Komitee für soziale Verteidigung, c/o Werner Brand, Postfach 2107 50, 10127 Berlin, Tel. (030) 4439401.«

Luta Metalúrgica...

Fortsetzung von S. 12

und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen. Deshalb darf man auf die Frage: Was ist zu tun, um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln? - nicht allein die Antwort geben, mit der sich in den meisten Fällen die Praktiker begnügen - von den Praktikern, die zum ‚Ökonomismus' neigen, ganz zu schweigen -, nämlich die Antwort: ‚Zu den Arbeitern gehen'. Um den *Arbeitern* politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten *in alle Klassen der Bevölkerung gehen,* müssen sie die Abteilungen ihrer Armee *in alle Richtungen* aussenden."

Die hartnäckige Gewerkschaftsbeschränktheit von LM ist ein *Hohn* auf den Leninismus. Eine Fraktion kommunistischer Arbeiter in den Gewerkschaften kann die Partei und ihre Propaganda nicht ersetzen. Die Kommunistische Internationale hat für eine Arbeitsteilung zwischen Gewerkschafts- und Parteiformationen wichtige politische Gründe aufgeführt. Während Kommunisten um die Führung in den Gewerkschaften kämpfen, versuchen sie, die größtmögliche Einheit der Arbeiterklasse gegen die kapitalistischen Ausbeuter herzustellen. Doch die Aufgabe der kommunistischen Avantgarde besteht darin, die Differenzen zwischen den rivalisierenden politischen Tendenzen klar herauszustellen, damit die Arbeiter kommunistisches Bewußtsein erlangen und um die Kader durch Spaltungen und Umgruppierungen in einer leninistischen Partei zu sammeln, deren Zweck es ist, die Arbeiter zur Staatsmacht zu führen. Wie ein IKL-Genosse in einer Diskussion mit Luta Metalúrgica zusammenfaßte: „Profintern=Einheit, Komintern=Spaltung". (Die Profintern war die Rote Internationale der Arbeitergewerkschaften, die mit der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki verbunden war.)

Statt dessen nimmt LM an den opportunistischen Praktiken der brasilianischen vorgeblichen „Linken" teil, in der typischerweise jeder seine Stärke in der Anzahl der Gewerkschaften mißt, die er kontrolliert. So wird das politische Programm im Dienste des Gewerkschaftsopportunismus abgestumpft, und die Einheit der Gewerkschaft als einer Klassenverteidigungsorganisation wird durch sektiererische Manöver gefährdet, in denen die Arbeiterschaft in miteinander konkurrierende Gewerkschaftsformationen aufgeteilt ist, die von verschiedenen politischen Parteien kontrolliert werden. Wie Trotzki in „Kommunismus und Syndikalismus" (Oktober 1929) schrieb: „Die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Partei, die das Proletariat in seiner zukünftigen Form repräsentiert, und den Gewerkschaften, die das Proletariat repräsentieren, wie es ist, bildet die grundlegendste Frage des revolutionären Marxismus."

Die LM-Gruppe trägt ihre Erfahrungen, die sie in zentristischer Politik und bei Gewerkschaftsmanövern gemacht hat, als Gepäck mit sich herum. Während der Zeit der brüderlichen Beziehungen stieß LM in der IKL auf etwas, worauf sie durch ihre vorhergehende politische Erfahrung nicht vorbereitet werden konnte. Für die IKL ist ein politisches Programm keine sozialistische Tarnung oder eine Abstraktion, die in der Praxis hintergangen werden kann, sondern in allen Lebensbereichen eine Anleitung zu kommunistischem Handeln.

Für revolutionäre Umgruppierung, gegen zentristisches Versöhnlertum

Die Auflösung der brüderlichen Beziehungen zu Luta Metalúrgica ist auch eine politische Konsequenz der Abwendung unserer ehemaligen Genossen Norden und Negrete vom Trotzkismus (siehe Artikel auf Seite 13). Bedauerlicherweise für LM waren es genau diese Genossen, die über einen langen Zeitraum die Verbindung der IKL zu LM darstellten. Als Genossen, die die IKL besser repräsentierten, durch geduldige Weiterführung der politischen Diskussion und durch gemeinsame Arbeit vor Ort Fortschritte in den brüderlichen Beziehungen erzielten, kapitulierten Norden und Negrete vor der bisherigen Haltung von LM und versuchten, die IKL-Intervention an entscheidenden Wendepunkten abzustumpfen.

Aber der wirkliche Schaden, den Norden und Negrete LM zufügten, rührte vom Beginn der brüderlichen Beziehungen her. Unsere internationale Tendenz ist durch Spaltungen und Fusionen mit anderen sich nach links bewegenden Formationen aufgebaut worden. Das ist der Grund, warum Lenins Bolschewiki für uns Vorbild sind und wir den Polemiken so viel Aufmerksamkeit widmen. Denn wir versuchen, jene subjektiv revolutionären Kämpfer zu gewinnen, die Mitglied bei unseren vorgeblich trotzkistischen Konkurrenten sind oder sich in deren Umfeld bewegen. Wesentliche programmatische Übereinstimmung, die in der Praxis durch exemplarische Interventionen und durch Teilnahme an Massenkämpfen erprobt wurde, energische interne Diskussionen, gründliche Kaderausbildung: Dies sind die Methoden des bolschewistischen Parteiaufbaus.

Im Gegensatz dazu hatte die Herangehensweise an Luta Metalúrgica, als Norden und Negrete unsere Parteiarbeit in Lateinamerika anleiteten, mehr mit schmierigen bürgerlichen Diplomaten gemeinsam als mit leninistischen Internationalisten. Negrete und Norden, die beide sowohl besessene Egozentriker sind als auch eine flinke Feder haben, gaben später beide zu, daß sie die Erklärung der brüderlichen Beziehungen selbst geschrieben hatten! Dieses Dokument unterstellte und beschrieb eine breite, tiefgehende und synthetische programmatische Übereinstimmung, die einfach nicht existiert hat. Darüber hinaus wurden brüderliche Beziehungen eindeutig nicht als ein bedeutender Prozeß gesehen, in dessen Verlauf eine wirkliche Umwandlung und die Herauskristallisierung einer leninistisch-trotzkistischen Avantgarde erreicht werden soll, sondern vielmehr als „Trotzkismus der schnellen Presseerklärungen" zur externen Verwendung. Die Erklärung wurde sofort in Druck gegeben, noch bevor das Internationale Exekutivkomitee darüber diskutiert oder abgestimmt hatte!

Unsere Beziehungen zu LM standen in dieser Hinsicht in scharfem Kontrast zu unseren Beziehungen zur japanischen Rekken-Gruppe. Die Übereinkunft aus dem Jahr 1986, mit der brüderliche Beziehungen aufgenommen wurden, war ein bescheidenes Dokument, das sich auf die Parteifrage konzentrierte, was bestimmte konkrete Aufgaben beinhaltete, wie z. B. die Übersetzung von ausgewählten grundlegenden Dokumenten unserer Tendenz ins Japanische. Dieses Dokument wurde der Öffentlichkeit erst ein Jahr später bekanntgegeben (siehe *Spartacist,* englische Ausgabe Nr. 42, Winter 1987/88), nachdem eine Periode der Prüfung gezeigt hatte, daß die Übereinkunft Bestand hatte.

Auf dem Weg zu einer gesunden Fusion lassen die Gruppen, die fusionieren wollen, normalerweise ihre Deckung fallen, werden ehrlicher und gehen im allgemeinen offener miteinander um, weil ihr gemeinsames politisches Ziel ihre separaten organisatorischen Strukturen zunehmend überflüssig macht. Negrete und Norden hielten LM von den internen Diskussionen in der IKL isoliert, besonders und passenderweise in bezug auf die Auseinandersetzungen mit Norden über Deutschland. In einem Versuch, den aufrichtigen Umgang miteinander zu fördern und LM anzuspornen, bolschewistische Organisationsnormen einzuführen, die bei ihnen gänzlich fehlten, schlugen wir einen Austausch interner Protokolle unserer führenden Parteigremien vor. Aber

Fortgesetzt auf S. 24

Luta Metalúrgica...

Fortsetzung von S. 23

die Entstehung eines internen Differenzierungsprozesses in der Gruppe, verbunden mit der politischen Opposition der Personen, die in der Vergangenheit die Hauptverbindung von LM zur IKL waren, sowie der wachsende Konflikt zwischen den erklärten Zielen von LM und ihrer konkreten Arbeit hatten einen organisatorischen Abwehrreflex zur Folge. Der Austausch interner Dokumente wurde von der LM-Gruppe abgelehnt, und sie machte ganz klar, daß sie ihren opportunistischen Kurs in den Gewerkschaften beibehalten werde.

Als eine Gruppe, die hauptsächlich aus fortgeschrittenen Arbeitern und politischen Autodidakten besteht und die in erster Linie durch eine erprobte Opposition zur Volksfront auf ihrem eigenen nationalen Terrain definiert war, sowie als frühere Führer von Arbeitermassenorganisationen auf lokaler Ebene war es subjektiv und begrifflich für LM sehr schwierig, sich selbst in eine Propagandagruppe zu verwandeln. Im günstigsten Fall wäre ein beträchtlicher Zeitraum nötig, bis unsere Arbeitsmethoden als kämpfende trotzkistische Propagandagruppe aufgenommen würden. Wir hatten das Gefühl, daß diese Gruppe das *Potential* hatte, einen Kaderstamm von kommunistischen Arbeitern zu schmieden, und das ist etwas, was es nur wenige Male in der Geschichte der trotzkistischen Bewegung gegeben hat, wie z. B. mit den belgischen Bergarbeitern oder den LKW-Fahrern der Teamsters aus Minneapolis in den 30er Jahren. So schrieben wir im März an LM:

„Lenins bolschewistische Partei wurde durch eine Fusion von deklassierten' Intellektuellen mit den fortgeschrittensten Schichten des Proletariats aufgebaut. Die Verfahrensweise der verschiedenen zentristischen Organisationen in Brasilien, und nicht nur dort, ist die Antithese des Leninismus. Sie haben Zweiklassen-Parteien, in denen eine Schicht von kleinbürgerlichen Intellektuellen, die sich als ‚große Denker' hinstellen, die Mitglieder aus der Arbeiterklasse herumkommandieren. Das ist einfach eine Widerspiegelung ihrer opportunistischen Politik, die nicht darauf aus ist, das Bewußtsein des Proletariats zu fördern, sondern sich auf Rückständigkeit und auf den Einfluß ihrer ‚eigenen' Bourgeoisie einstellt. *Ihr Genossen* müßt der Kern einer trotzkistischen Partei in Brasilien werden. Unser Wunsch ist es, Euch bei dieser politischen Transformation zu helfen."

Das politische Programm kommt zuerst

Dies ist eine reaktionäre politische Periode, aber eine Periode, die dennoch für kommunistische Interventionen und für das Wachstum unserer Partei Gelegenheiten bietet, die allerdings ungleichmäßig über die Welt verteilt sind. Brasilien ist eines der Länder, wo es unter den Arbeitern wie auch unter den Studenten stark gärt, und die Tatsache, daß wir für den Klassenkampf gegen rassistische Unterdrückung und für den Aufbau einer Partei als leninistischem Volkstribun eintreten, hat eine enorme Anziehungskraft. Jedoch ist es eine Periode, in der der Zusammenbruch der Sowjetunion die Identifizierung der Klasseninteressen mit den Idealen des Sozialismus weltweit auf einen Tiefstand gebracht hat. Ziemlich einzigartig in der Linken, schwimmt die IKL gegen den Strom und besteht darauf, daß der revolutionäre Marxismus seine Gültigkeit als aktuelles Kampfprogramm behalten hat.

Bezeichnend für den unzulänglichen Charakter der Erklärung der brüderlichen Beziehungen war das Versäumnis, die *permanente Revolution* auch nur zu erwähnen (bis auf eine Pro-forma-Anmerkung). Für Marxisten in Lateinamerika ist dies aber die Schlüsselfrage! Ohne eine Vorstellung von der zentralen Rolle des Proletariats und der Notwendigkeit einer leninistischen Avantgarde, um die Arbeiter als Befreier aller Unterdrückten in der Gesellschaft an die Staatsmacht zu bringen, werden die Arbeiter dazu verdammt sein, den Kreislauf von „antiimperialistischen Einheitsfronten" - d.h. Volksfrontblöcken mit ihrer eigenen Bourgeoisie (natürlich mit viel Rhetorik gegen den Yankee-Imperialismus getarnt) - und von Militärputschen und ungehemmtem Polizeistaatsterror immer wieder zu wiederholen.

Bezüglich des Vorrangs eines korrekten politischen Programms schrieb die IKL am 11. Juni in ihrem Brief an Luta Metalúrgica:

„Auch die bolschewistische Partei ist auf ihrem Weg auf viele Steine gestoßen, auch innerhalb der Partei selbst, und Lenins Schriften sind mit dringlichen Polemiken gefüllt, die die Hindernisse für die Revolution beseitigen sollten, die oft auch mitten im Zentralkomitee der bolschewistischen Partei auftauchten. Um zu dem Punkt zurückzukehren, daß es die Aufgabe von revolutionären Marxisten ist, ein Programm zu haben, das den Weg zu einer proletarischen Revolution aufzeigt: Es ist interessant zu sehen, daß die Bolschewik! es bis zur Oktoberrevolution 1917 gerade mal so geschafft haben. Die Bolschewiki stolperten in die Februarrevolution 1917 mit einem Programm, das für den Oktober nicht angemessen war. Gemeint ist das bolschewistische Konzept für die anstehende Russische Revolution, die irrige Theorie der Zweiklassenherrschaft, ausgedrückt in ihrem Programm für eine demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft'.

Die Partei, geführt von Lenin und unterstützt vom dem radikaleren Petrograder Komitee, überwand in halbempirischer Weise die Beschränkungen dieser ‚demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft', weil ihr politisches Verlangen eindeutig auf die proletarische Macht ausgerichtet war, und dafür kämpften sie trotz der theoretischen Vieldeutigkeit. Tatsächlich haben die Bolschewiki Trotzkis richtige und entscheidende Theorie der permanenten Revolution niemals angenommen. Dieses theoretische Versagen und das Versagen, die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft' explizit zurückzuweisen, wurde dann zu einer Richtschnur der Kräfte, die sich später als bolschewistische ‚alte Garde' (d. h. Stalin) in Pose warfen, um Trotzki, die Theorie der permanenten Revolution, die revolutionären internationalistischen Voraussetzungen und die Bedeutung der bolschewistischen Revolution selbst anzugreifen. Etwa fünfzig Jahre später, nach der endgültigen Kapitulation der stalinistischen Bürokratie gegenüber dem Imperialismus durch die Aufgabe der proletarischen Staatsmacht, kann man verbittert feststellen, welch enormes Hindernis dieser programmatische Fehler über die Zeit geworden ist."

Wir haben keinen Lenin oder Trotzki, aber wir können ihre Erfahrungen verwerten, besonders als Methodik.

Natürlich werden wir LM und deren Unterstützer weiterhin gegen Angriffe des bürgerlichen Staates und der prokapitalistischen Arbeiterbürokratie verteidigen. Wir bleiben offen für gemeinsame Arbeit mit dieser Gruppe. Ebenso werden wir die Arbeit für den Aufbau einer trotzkistischen Organisation in Brasilien fortsetzen, dem Kern einer revolutionären proletarischen Partei in diesem strategisch wichtigen lateinamerikanischen Land. Wir hoffen, daß die Mitglieder von LM/LQB es sich noch einmal überlegen und die gegenwärtige zentristische Linie zurückweisen und daß sie auf dieser Basis ihren Weg in die Reihen der IKL finden werden.

Nach Workers Vanguard *Nr. 648, 5. Juli 1996*

Verschämter Abschied...

Fortsetzung von S. 15

und dieser Aufruf zu den Anfängen von Soldatenkomitees führte, besonders im Nordosten. Unsere politische Wirkung zeigte sich am 3. Januar 1990, als 250000 Menschen zu einer Einheitsfrontkundgebung in den Treptower Park kamen, zu der auch die SED-PDS einwilligte und aufrief, um gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die Soldaten der Roten Armee zu protestieren, die für die Befreiung Deutschlands von den Nazis gestorben sind. Spartakisten hielten vom Podium aus Ansprachen an die Menge, prangerten die herrschende stalinistische SED-Bürokratie an und legten ein Programm des proletarischen Internationalismus dar. Das Gespenst des organisierten Arbeiterwiderstands gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, wie es sich in Treptow zeigte, alarmierte die westdeutschen Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Strohmänner, die daraufhin ihre Kampagne anheizten, die DDR in die Wiedervereinigung hineinzupeitschen.

In dem Dokument der Zweiten Internationalen Konferenz der IKL schrieben wir 1992:

> „Doch wie später Treptow zeigte, standen wir von Anfang an in einem politischen Kampf mit dem abdankenden stalinistischen Regime über die Zukunft der DDR. Während wir eine Regierung von Arbeiterräten forderten, handelten die Stalinisten bewußt, um einen Arbeiteraufstand dadurch zu verhindern, daß sie alle Armee-Einheiten demobilisierten, die auf unsere frühe Propaganda hin Soldatenräte gebildet hatten. Obwohl geprägt durch das Mißverhältnis von Kräften, gab es eigentlich einen Wettstreit zwischen dem IKL-Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution."

Norden spielte eine zentrale Rolle bei unserer Intervention in Deutschland, sowohl als Redakteur vieler Ausgaben der *Arprekorr* als auch bei den politischen Beratungen unserer internationalen Führung. Aber er vermochte es nicht, der Wirklichkeit des kapitalistischen Anschlusses ins Gesicht zu sehen. Außerstande, das Urteil der Geschichte zu akzeptieren, daß eine historische Niederlage keinen Massenwiderstand nach sich zieht, begann Norden sich nach einer Möglichkeit des „Gegenschlags" auf dem Gebiet der ehemaligen DDR umzusehen.

Um zukünftige Kämpfe durch den Aufbau der notwendigen proletarischen, internationalistischen Führung vorzubereiten, wäre es für die bewußtesten Arbeiter der ehemaligen DDR notwendig gewesen, ein politisches Verständnis des Stalinismus und des Zusammenbruchs des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates zu erwerben. Solch eine trotzkistische Analyse wurde überzeugend in den Dokumenten von Joseph Seymour („Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa") und Albert St. John („Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive") vorgebracht, die im englischsprachigen *Spartacist* im Winter 1990/91 veröffentlicht wurden. Diese Dokumente erschienen aber erst 1994 in der deutschsprachigen Ausgabe des *Spartacist* (Nr. 16, Herbst 1994)! Statt dessen nutzte Norden die Vorteile seiner deutschen Sprachkenntnisse und seiner Rolle im Internationalen Sekretariat dazu, die SpAD in eine Politik der endlosen ökonomistischen Abstecher in die Arbeiterklasse der Ex-DDR zu drängen, die sich 1991 in einer Agitationskampagne für einen Massenstreik ausdrückte. Diese Pose des nahe bevorstehenden „Massenwiderstands" negierte den entscheidenden Faktor des Bewußtseins, das nur durch eine leninistische Avantgarde eingebracht werden kann.

Nordens ignorante und antitrotzkistische Perspektive, daß ein Kampf der Arbeiterklasse einen Flügel der PDS zur Abspaltung und zum „Kampf" gegen die Verwüstungen der kapitalistischen Konterrevolution bringen würde, hatte einen desorientierenden Einfluß auf die SpAD, die selber der bitteren Realität der Zerstörung der DDR nicht ins Gesicht sehen konnte. Als seine Illusionen in einen ökonomistischen „Gegenschlag" nicht aufgingen (was für ihn niederschmetternd gewesen sein muß in Anbetracht seiner verzerrten, ahistorischen Erwartungen), konzentrierte sich Norden auf die Perspektive einer Rekrutierung „antifaschistischer Jugendlicher" durch einen weiteren Plan, „schnell reich zu werden".



Spartakist

Spartakist-Banner bei antifaschistischer Demo im Dezember 1989 in Ostberlin. Internationale Kommunistische Liga intervenierte, um eine revolutionäre Führung zu bieten

Die zunehmend mörderischen Angriffe der Faschisten auf Immigranten in Deutschland im Gefolge der kapitalistischen Konterrevolution führten zu einer bedeutenden Radikalisierung von Jugendlichen, die die Naziterroristen stoppen wollten. Exemplarische Einheitsfrontaktionen gegen die Faschisten, wo wir in Aktion unser revolutionäres Programm veranschaulichen, das auf der Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse basiert, war sicherlich eines der Mittel, um die besten dieser linken Jugendlichen für den Trotzkismus zu gewinnen. Aber Nordens und Stambergs Vorstellung von „antifaschistischen Aktionen" war ganz auf Fotopublizität aus und kaum auf politischen Inhalt angelegt, wie man das eine Mal sehen konnte, als sie in einer rein symbolischen Verteidigung eines Berliner Immigrantenwohnheims umgesetzt wurde, bei der den Faschisten kein Schaden zugefügt und aus der kein einziger Jugendlicher rekrutiert wurde.

Bei ständiger Herumfuchtelei kam Norden in seiner verzweifelten Suche nach einer Spaltung in der PDS dann zu der Erkenntnis, daß eine große Chance, „kräftig abzusahnen", darin bestehe, sich opportunistisch auf die vergreisten Überbleibsel des ehemaligen ostdeutschen stalinistischen Regimes zu orientieren, nämlich auf die

Fortgesetzt auf S. 26

Verschämter Abschied...

Fortsetzung von S. 25

Kommunistische Plattform (KPF) als angeblich „linken Flügel" der PDS. Begeistert von dem gewachsenen Stimmenanteil der PDS bei der Bundestagswahl im November 1994 und von den Meinungsumfragen, die weit verbreitete „sozialistische" Gefühle innerhalb der Bevölkerung der ehemaligen DDR zeigten, setzte sich Norden für eine „Umgruppierungs"perspektive gegenüber der Kommunistischen Plattform ein - als Nachhutgefecht gedacht, um die Rekrutierungen, die wir 1989/90 nicht bekommen hatten, nachzuholen.

Wenn man versuchen wollte, Arbeiter oder Jugendliche zu rekrutieren, die versehentlich vom PDS-Umfeld - als vermeintlicher Alternative zu den westdeutschen Sozialdemokraten - angezogen wurden, so müßte das durch eine Demaskierung der KPF/PDS geschehen, indem diese als eine politische Stütze der Sozialdemokratie bekämpft wird. Statt dessen propagierte Norden die substanzlose Vorstellung, daß sich diese stalinistischen Exbürokraten noch „Bindungen" zu dem ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat bewahrt hätten - den sie ausverkauft hatten! Genau das hat die PDS feilgeboten - wobei sie mit der Verzweiflung der ostdeutschen Werktätigen und deren nostalgischen Gefühlen für die „gute alte Zeit" spielt, um so ihre eigene sozialdemokratische, parlamentarische Basis aufzubauen.

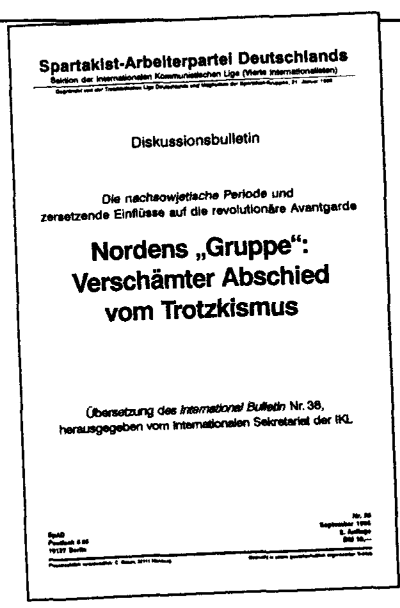
Nordens opportunistische Gelüste äußerten sich bald in einer krassen öffentlichen Form bei einem Vortrag an der Berliner Humboldt-Universität im Januar 1995, der an die KPF gerichtet war. Diese Rede war eine Fallstudie über Zentrismus. Unter Berufung auf das trotzkistische Programm präsentierte Norden eine *liquidatorische* Vorstellung, die *die Rolle der IKL als bewußte revolutionäre Avantgarde leugnete,* indem er wiederholt vorbrachte, daß 1989/90 in Deutschland „das Schlüsselelement fehlte, die revolutionäre Führung". Er ließ den zentralen Zweck und die Absicht der Intervention der IKL verschwinden: die Organisierung einer politischen Revolution gegen das stalinistische Regime, das den deformierten Arbeiterstaat DDR bürokratisch unterminiert hatte und nun dabei war, dessen Ausverkauf an die westdeutschen Imperialisten vorzubereiten. Ein Arbeiteraufstand, der die nationalistische stalinistische Bürokratie durch eine echte proletarische internationalistische Herrschaft ersetzen würde, war der Schlüssel, um die kapitalistische Konterrevolution zu stoppen.

Statt dessen reduzierte Norden unsere eigene revolutionäre Intervention auf eine Aufzählung von unwirksamen Taktiken, während er zu den verknöcherten Überbleibseln der ehemaligen herrschenden Bürokratie „die Hand ausstreckte". Er betrachtete diese als fehlgeleitete Kollegen, die unseren Bemühungen in den Jahren 1989/90 einen „widerwilligen Respekt" zollten - Bemühungen, die darauf gerichtet waren, ihr stalinistisches Regime hinwegzufegen! Norden zufolge waren die „SED-Spitzen" zu der Zeit ganz einfach „gelähmt" gewesen, so daß nicht einer von ihnen sich eine proletarische politische Revolution „auch nur vorstellen konnte". In Wirklichkeit konnten sich die SED-Spitzen eine politische Revolution nicht nur „vorstellen", sondern sie taten alles in ihrer Macht Stehende, um sie zu *unterdrücken,* weil sie selbst deren *Zielscheibe* gewesen wären. Alles andere als gelähmt, ergriffen diese Stalinisten vielmehr bewußte, aktive Maßnahmen, um einen Arbeiteraufstand zu verhindern.

Zentristische Politik, bürokratische Praktiken

Nach mehr als sechs Monaten interner Parteidiskussion und Kämpfen, die Nordens revisionistischen Kurs grundlegend entlarvten, der uns - wäre er nicht aufgehalten worden - als revolutionäre marxistische Tendenz zerstört hätte, wurde Nordens opportunistische Politik auf der Sitzung des Internationalen Exekutivkomitees im Januar 1996 entscheidend besiegt. Norden und Stamberg haben diese Entscheidung des höchsten führenden Gremiums der IKL zwischen internationalen Konferenzen vollständig abgelehnt. Sie erklärten jegliche Kritik an der „Umgruppierungs"orientierung auf die KPF und an Nordens Humboldt-Rede für völlig falsch. Gleichzeitig wies Norden in arroganter Weise jegliche Verantwortung von sich, daß er mit den damit einhergehenden bürokratischen Praktiken beinahe die deutsche Sektion zerstört hatte, um seine Perspektive durchzusetzen.

James P. Cannon, der Begründer des amerikanischen Trotzkismus, bemerkte, daß die Politik des Zentrismus immer mit antileninistischen organisatorischen Praktiken einhergeht. In Deutschland wurde Nordens opportunistische Jagd auf die vergreisten stalinistischen Überbleibsel in der KPF ergänzt durch eine bösartige Hexenjagd, wobei alle Genossen, die als Hindernis zu seiner Orientierung wahrgenommen wurden, als „bequeme sozialdemokratische" Schicht angeprangert worden sind, die die „Jugendrekrutierung" ablehnen! Als Norden in einen *Spartakist*-Artikel zur PDS groteskerweise und unnötigerweise eingefügt hatte, daß bei den Streitkräften der Roten Armee, die Deutschland von den Nazis befreit hatten, Stalin der „Oberbefehlshaber" war, wurden Genossen, die diesen



Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Diskussionsbulletin

Die nachsowjetische Periode und zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

Nordens „Gruppe": Verschämter Abschied vom Trotzkismus

Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38, herausgegeben vom Internationalen Sekretariat der IKL

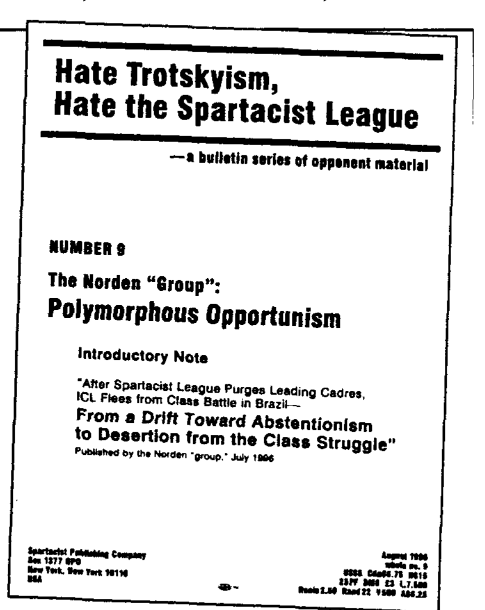
SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25
Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38 (in englischer Sprache, ebenfalls erhältlich).
Zweite Auflage: enthält die ungekürzte Fassung des obigen Artikels.

DM 10,-(164 Seiten)

Die Norden-„Gruppe": Vielfältiger Opportunismus
(in englischer Sprache) enthält das Bulletin der Norden-„Gruppe" vom Juli 1996 und eine Einleitung

DM 8,- (96 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 555,10127 Berlin, Postgiro Frankfurt/M., BLZ50010060, Konto 11988-601



Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League

—a bulletin series of opponent material

NUMBER 9

The Norden "Group":
Polymorphous Opportunism

Introductory Note

"After Spartacist League Purges Leading Cadres, ICL Flees from Class Battle in Brazil—
From a Drift Toward Abstentionism to Desertion from the Class Struggle"
Published by the Norden "group," July 1996

Spartacist Publishing Company
Box 1377 GPO
New York, New York 10116
USA

Artikel kritisierten, wegen einer „Kapitulation" vor dem Antikommunismus des Vierten Reichs und vor der Volksfront-Linken verdammt.

Wie Genösse Albert St. John, der den Kampf gegen Nordens zentristische liquidatorische Politik eröffnet hatte, auf einer SpAD-Konferenz gleich im Anschluß an die IEK-Sitzung in seinen Bemerkungen zu Norden sagte:

„Da du verneinst, irgendwas politisch oder organisatorisch falsch gemacht zu haben, und dich arrogant und trotzig weigerst, irgendeine Verantwortung für die Konsequenzen deiner Handlungen zu übernehmen, ist das für mich ein Zeichen, daß du nicht mehr durch das Programm des Trotzkismus in der Praxis motiviert bist. Oder vielleicht genauer: Es gibt einen sehr großen Widerspruch zwischen deinen fremden politischen Appetiten und deinem formalen Festhalten am Parteiprogramm. Darin liegt eine wirkliche Gefahr, denn wenn du nicht versuchst, einen Rückzieher zu machen, werden deine gegenwärtig starken zentristischen Impulse die Oberhand gewinnen und damit diesen Widerspruch negativ auflösen."

Trotzki betonte in „The Mistakes of the Communist League on the Trade Union Question" [Die Fehler der Communist League zur Gewerkschaftsfrage] (Januar 1931):

„... so beruht die revolutionäre Politik des Marxismus auf der Konzeption der *Partei* als Avantgarde des Proletariats.

Was auch die Quellen und politischen Gründe für opportunistische Fehler und Abweichungen sein mögen, sie sind ideologisch immer auf ein falsches Verständnis der revolutionären Partei zurückzuführen, auf ihr Verhältnis zu anderen proletarischen Organisationen und zu der gesamten Klasse."

Nordens Anpassung an fremde politische Kräfte außerhalb der Organisation und seine anschwellende gefühlsmäßige Opposition zum Partei„regime" waren ein Ausdruck seiner Zurückweisung der Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei. Dementsprechend spiegelte sich darin eine Demoralisierung über die Fähigkeit der Arbeiterklasse wider, als „Klasse für sich" zu agieren, d. h. sich ihrer sozialen Lage und ihrer Macht bewußt zu werden, das ganze System der kapitalistischen Ausbeutung zu stürzen und die neue herrschende Klasse in einer egalitären Gesellschaft zu bilden.

Anstelle der leninistischen Partei, die dazu notwendig ist, das revolutionäre Bewußtsein in die Arbeiterklasse zu tragen, objektivierte Norden zunehmend bestimmte politische Gruppierungen und Schichten - vor allem in der ehemaligen DDR und Lateinamerika - als irgendwie von Natur aus empfänglich für revolutionäre Politik. Im Fall der Kommunistischen Plattform sah Norden Elemente kommunistischen Bewußtseins, wo keines existierte. Auf dem lateinamerikanischen Gebiet versah Norden unsere brüderlichen Beziehungen mit Luta Metalúrgica (LM) - wo er und sein zweiter Mann Negrete, damals ein führendes Mitglied unserer mexikanischen Sektion, anfangs eine zentrale Rolle spielten - mit einem so hohen politischen Niveau und einer solch umfassenden Übereinstimmung mit dem Programm des revolutionären Trotzkismus, wie es ganz einfach nicht existierte.

Vor allem Negrete versuchte die zentristische Beschwichtigungspolitik gegenüber LM mit dem herablassenden und antileninistischen Argument zu bemänteln, daß sich darin „kulturelle Differenzen" widerspiegelten. Diese Beschwörung eines lateinamerikanischen Sonderwegs stellte eine Anpassung an Nationalismus und „Caudilloismus" dar, der die lateinamerikanische Linke politisch charakterisiert. Im Lauf eines politischen Kampfes in der Grupo Espartaquista de México stellte sich heraus, daß diese Eigenschaften auch das Regime von Negrete in der mexikanischen Sektion kennzeichneten. Die Sektion wurde absichtlich von den lebenswichtigen Kämpfen und Debatten innerhalb unserer Internationale abgeschnitten. Und Negrete widersetzte sich jedem Versuch, eine den bolschewistischen Normen entsprechende Arbeitsweise einzuführen, und arbeitete daran, die Sektion als sein persönliches Fürstentum aufrechtzuerhalten, in dem er der unangefochtene, „allwissende" Führer war.

Als die Situation sich zuspitzte und ausgekämpft wurde, eilten Norden und Stamberg zu Negretes Verteidigung. Sie erklärten arrogant, daß die Mitglieder der mexikanischen Sektion entweder Lügner oder Betrogene waren, die von der „Internationale" auf Linie gebracht worden wären. Im Gegenzug hängte sich Negrete wie eine Klette an Norden und Stamberg an.

Zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

Die Mitgliedschaft in der IKL ist freiwillig. Bedrängt von seinen eigenen fremden politischen Gelüsten, sah Norden aber die Partei und ihre Führung zunehmend als eine Art bürokratisches Gefängnis, wo er zum Opfer der ungezügelten Tyrannei eines Regimes wurde. Wie Joseph Seymour, ein Mitglied der Redaktion von *WV*, in einem Brief an Norden schrieb, mit dem er über zwei Jahrzehnte eng zusammengearbeitet hat:

„Deine zunehmende Entfremdung von der übrigen Führung macht mir große Sorgen. Deine politische Persönlichkeit hat sich über die Jahre nicht grundlegend geändert, auch wenn Du anscheinend immer ungeduldiger nach organisatorischen Erfolgen strebst, besonders dort, wo Du persönlich an der Arbeit beteiligt bist. Was sich grundlegend geändert hat, ist die Welt, in der wir leben und agieren. Und das ist der springende Punkt bei dem Problem...

Ich denke, Du akzeptierst nicht, daß seit Ende der 70er Jahre international eine *historisch rückläufige Entwicklung* im politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Linken stattgefunden hat. Diese Entwicklung ist sowohl die Voraussetzung für die Konterrevolution im Sowjetblock gewesen als auch durch diese verstärkt worden."

Offensichtlich glaubte Norden, daß die Führung unserer Internationale politisch zunehmend aus der Spur lief. Aber statt sich zu einer Fraktion zu erklären, um gegen diese Entwicklung und für eine andere politische Perspektive und die entsprechende neue Führung zu kämpfen, verwickelten sich Norden und Stamberg lieber in einen cliquistischen Guerillakrieg gegen die Entscheidungen der Partei. Sobald er überführt wurde, leugnete er einfach alles ab. Allerdings war es ihm bewußt, daß er auf einer anderen politischen Basis arbeitete, wie sich in der Tatsache zeigte, daß er zunehmend geheim zu operieren versuchte, außerhalb der Überprüfung durch die Partei und ihre Führung. Als er aufgefordert wurde, seine detaillierten Telefonrechnungen vorzulegen - eine allgemein übliche Praxis unter den führenden Kadern unserer Organisation, wie es auch Norden routinemäßig seit mindestens zehn Jahren getan hatte -, lehnte Norden dies herausfordernd und kategorisch ab.

Norden und Stamberg wurden daraufhin vom Internationalen Sekretariat angeklagt, „gegen die auf dem demokratischen Zentralismus basierende Disziplin der Partei verstoßen zu haben, und zwar konkret durch [ihre] herausfordernde und kategorische Verneinung einer grundlegenden Bedingung der Mitgliedschaft, des Monopols der Partei über die öffentlichen politischen Aktivitäten (d.h. nicht private Aktivitäten) ihrer Mitglieder". Norden und Stamberg weigerten sich, an dem Parteiverfahren teilzunehmen,

Fortgesetzt auf S. 28

Verschämter Abschied...

Fortsetzung von S. 27

das einberufen wurde, damit sie sich gegen diese Beschuldigungen verteidigen konnten. Sie taten die demokratischen Verfahrensweisen der Partei als bürokratisches „Komplott" ab und denunzierten die Aufforderung, ihre detaillierten Telefonrechnungen einzureichen, als dämonische List, um andere Genossen zu verfolgen. Der PB-Antrag, der Norden und Stamberg ausschloß, stellte fest:

> „Fakt ist, entweder haben Norden und Salzburg nichts zu verbergen, weil alle ihre Anrufe an Genossen waren (die das Recht haben, ihre Ansichten *mit jedem* Mitglied der Partei zu diskutieren, was auch immer ihre Sympathien oder Antipathien für Nordens und Salzburgs Politik sind) - in diesem Fall wäre Nordens und Salzburgs Weigerung, ihre Telefonrechnungen einzureichen (unter beträchtlichen Kosten für sie selbst), eine dumme Provokation, die dazu bestimmt ist, ihren eigenen Ausschluß einzufädeln; oder sie hatten Kontakt zu politischen Formationen außerhalb der Organisation."

Wir fragen uns immer noch, welches Spiel Norden und Stamberg gespielt haben. Zu der Frage, wohin sie gehen werden, sind viele Möglichkeiten offen, solange die Mindestanforderung, Gegner des revolutionären Marxismus zu sein, erfüllt ist.

Pabloismus des zweiten Aufgusses

Norden wurde vor Jahren von einer quasi syndikalistischen, neulinken Position zur Spartacist League gewonnen. Er hat die besten Jahrzehnte seines Lebens dafür gegeben, 16 Stunden am Tag für die marxistische sozialistische Bewegung zu arbeiten, um dafür zu kämpfen, daß der revolutionäre Trotzkismus auf der ganzen Welt verbreitet wurde, vor allem durch *Workers Vanguard,* der Flaggschiff-Zeitung unserer Internationale. Unter der Auswirkung der historischen Niederlage, die die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion darstellte, und seiner zunehmenden Ablehnung des demokratischen Zentralismus wurde Nordens episodischer Impressionismus (der schon immer eine zentristische Neigung hatte) chronisch und akut.

Impressionisten neigen zu gewagten und schnellen Wendungen. Michel Pablo liefert eine Fallstudie dafür, ein Abenteurer, der nach dem Zweiten Weltkrieg als führender Kader unter den dezimierten Kräften von Trotzkis Vierter Internationale hervortrat und dessen Impressionismus das politische Programm und den Zweck von Trotzkis Internationale zerstörte. Nach der Entstehung von deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa sah Pablo in den 50er Jahren „Jahrhunderte von deformierten Arbeiterstaaten" voraus und verfolgte eine Auflösung durch „tiefen Entrismus" in die stalinistischen und sozialdemokratischen Parteien. In den 60er Jahren liefen Pablos Erben in Ernest Mandeis Vereinigtem Sekretariat (VS) hinter kleinbürgerlichem Guerillaismus her und traten für „Studentenmacht" ein. Auf ihrem Weltkongreß 1972 entdeckte das VS die Arbeiterklasse wieder und schrieb: „Nach dem Mai 68 und ganz allgemein mit dem Wiederaufleben der Arbeiterkämpfe in ganz Europa trat eine unwiderrufliche Wende in diesem Bereich ein." Die Unwiderruflichkeit wurde schnell wieder widerrufen, als Mandel & Co. in den 80er Jahren die Sache der antisowjetischen Sozialdemokratie zu ihrer eigenen machten. In den 90er Jahren sprach Mandel dann von der „Glaubwürdigkeitskrise" des Sozialismus, und das VS debattierte darüber, einfach aufzugeben und seine Organisation insgesamt aufzulösen.

Nordens liquidatorischer Kurs war ein Pabloismus des zweiten Aufgebots: Leugnung der Realität, Unterdrückung des trotzkistischen Programms, politisches Abenteuertum auf Entfernung und Anpassung an fremden politischen Druck sowie Auflösung der trotzkistischen Avantgarde als des notwendigen subjektiven Faktors in der Geschichte. Es wurde ihm reichlich Gelegenheit gegeben, seinen Kurs rückgängig zu machen. Aber er wies jeden Versuch einer politischen Korrektur als geistlose bürokratische Beschimpfung zurück, die nur darauf gerichtet sei, seine „Autorität zu zerstören" - eine Autorität, der er gleichzeitig das Ausmaß von päpstlicher Unfehlbarkeit verlieh.

Es ist dringend notwendig zu kämpfen!

Wir kämpfen dafür, die von Lenin und Trotzki begonnene Arbeit - die die Arbeiterklasse 1917 in Rußland zum Sieg führten - zu vollenden: den Klassenkampf zu einem siegreichen Ende zu führen, mit dem die Staatsmacht weltweit in Arbeiterräten verwurzelt wird. In einer Periode, die durch gewaltige Niederlagen für das internationale Proletariat geprägt ist, wie sie die kapitalistische Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion und in ganz Osteuropa verkörpern, versetzt dies unsere geringen Kräfte konjunkturell in eine zerbrechliche Situation.

In ganz Westeuropa hat sich die Arbeiterklasse in Kämpfen zur Wehr gesetzt, die zu den größten und militantesten seit Jahren gehören, jedoch zum ersten Mal seit der Pariser Kommune identifizieren die Massen der kämpfenden Arbeiter ihre unmittelbaren Bedürfnisse nicht mit den Idealen des Sozialismus oder dem Programm der sozialistischen Revolution. Viele Jugendliche, die sich selber als „radikal" betrachten, sind von liberaldemokratischem Idealismus durchdrungen, was in vagen anarchistischen Gefühlen oder in verschiedenen Varianten von „grünem" Radikalismus Ausdruck findet.

Die Nichtanerkennung der Periode, in der wir uns befinden, und der erforderlichen Beziehung unserer kleinen revolutionären Avantgarde zum Proletariat haben zur Desorientierung, Demoralisierung und zu Gelüsten geführt, die „Antwort" woanders zu finden. In diesem Zusammenhang ist interner politischer Kampf unvermeidlich und dringend notwendig, um unsere Partei auf Kurs zu halten. Trotzki stellte 1937 in seinem Artikel „Bolschewismus und Stalinismus" fest:

> „Reaktionäre Epochen wie die unsere zersetzen und schwächen nicht nur die Arbeiterklasse und isolieren ihre Avantgarde, sondern drücken auch das allgemeine ideologische Niveau der Bewegung herab und werfen das politische Denken auf bereits längst durchlaufene Etappen zurück. Die Aufgabe der Avantgarde besteht unter diesen Umständen vor allem darin, sich nicht von dem allgemeinen rückwärts flutenden Strom davontragen zu lassen - es heißt gegen den Strom schwimmen. Wenn ein ungünstiges Kräfteverhältnis es nicht erlaubt, die früher eroberten politischen Positionen zu wahren, gilt es, sich wenigstens auf den ideologischen Positionen zu halten, denn sie sind der Ausdruck einer teuer bezahlten vergangenen Erfahrung. Dummköpfen erscheint eine solche Politik als ‚Sektierertum'. In Wirklichkeit bereitet sie nur einen neuen gigantischen Sprung vorwärts vor, zusammen mit der Welle des kommenden historischen Aufschwunges."

Wie die jüngsten Streikwellen in Frankreich und Italien und die antirassistischen Mobilisierungen in ganz Westeuropa zeigen, gibt es eine neue Generation von Kämpfern, sowohl in der Arbeiterklasse als auch unter radikalen Jugendlichen, die zum Programm der internationalen sozialistischen Revolution gewonnen werden können. Die Kämpfe zur Umorientierung und Stählung unserer Kräfte angesichts der „Neuen Weltordnung" sind darauf ausgerichtet, in neue soziale Kämpfe einzugreifen, die ausbrechen, und die besten Elemente für das Programm des Kommunismus zu gewinnen.«

Irak...

Fortsetzung von S. 1

künftigen Atomkrieg retten, dessen Ursachen in den jetzigen Rivalitäten zwischen den Imperialisten zu suchen sind.

Sobald unsere japanischen Genossen uns darüber informierten, daß amerikanische B-52-Bomber die Guam-Basis in Richtung Irak verlassen hatten, rief die Internationale Kommunistische Liga zu Protestaktionen auf. Angefangen mit der Spartacist League/U.S., brachten die Sektionen der IKL sofort Flugblätter heraus, und unsere Jugendorganisationen organisierten Protestkundgebungen an Universitäten von Berlin bis Mexiko. Nachstehend drucken wir die Erklärung der SpAD vom 5. September.

Am 3. und 4. September zeigte sich erneut die mörderische Fratze der imperialistischen „Neuen Weltordnung" mit der Bombardierung des Irak. Am ersten Tag des Angriffs wurden von US-Zerstörern 27 Cruise Missiles abgefeuert; zwei weitere blutige Angriffswellen folgten. Kohl, Kinkel und SPD, die selber die Schutzherren des Völkermords an den Kurden in der Türkei sind, begrüßten diesen Bombenterror. Kapitalismus bedeutet Rassismus und Krieg! Bei einer sofortigen Protestkundgebung, die die Spartakist-Jugend am 3. September an der Humboldt-Universität in Berlin abhielt, erklärten wir auf Plakaten und mit Sprechchören: „US-Imperialismus: Blutige Hände weg vom Irak!", „Viertes Reich: Pate des Völkermords an den Kurden!" Wir fordern: Deutsche Panzer raus aus der Türkei und Kurdistan! US/NATO und alle Imperialisten, raus aus dem Persischen Golf!

Dieser brutale Angriff auf den Irak ist vor allem eine Botschaft der rassistischen US-Herrscher an ihre Rivalen, besonders an Deutschland, daß die USA der Oberbulle der Welt sei. Sechs Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung tritt die deutsche Bourgeoisie zunehmend selbstbewußt als Weltmacht in Konkurrenz gegen die USA auf. Mit dem Maastrichter Diktat will Deutschland Europa beherrschen und zwingt den Arbeitern von Frankreich bis Polen Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub und sozialen Kahlschlag auf. Die italienischen und französischen Arbeiter haben mit Streiks darauf geantwortet, in Deutschland haben ÖTVler und IG-Metaller gegen die Sparpläne von CDU und SPD gestreikt. Wir kämpfen für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die notwendig ist, um den Kapitalismus zu stürzen.

International wickelte der deutsche Geheimdienst-Koordinator Schmidbauer einen Gefangenenaustausch zwischen der islamischen Hisbollah und Israel ab, wobei er die wichtigen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Iran benutzte. Clinton reagierte darauf mit einer Verschärfung des Embargos gegen Iran. Und im letzten Jahr stieg das Vierte Reich zum größten Waffenexporteur in die Türkei auf und überholte damit die USA. In diesem „nationalen Interesse" Deutschlands protestierte der SPD-Führer Verheugen am zweiten Tag der Angriffe gegen die „Supermacht USA". In Deutschland führt die faktische Koalition von CDU/SPD seit Jahren auch hier Krieg gegen die Kurden. Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine! Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

1991 verwüsteteten die US./NATO-Imperialisten den Irak und töteten beim einseitigen Gemetzel „Operation Wüstensturm" Zehntausende. Danach wurde ein brutales Wirtschaftsembargo verhängt, durch das Hunderttausende Iraker an Hungersnot und Epidemien starben, vor allem Frauen und Kinder. Dieses Hungerembargo wurde seinerzeit von der SPD, der PDS und den Grünen lauthals unterstützt! Jetzt plant Clinton, die Daumenschrauben weiter anzuziehen, indem er sogar den lausigen UNO-Deal stoppen will, daß der Irak zumindest Lebensmittel für Öllieferungen erhalten sollte. Nieder mit dem imperialistischen Embargo gegen den Irak! UNO - imperialistische Räuberhöhle! Stürzt die Bourgeoisien!

Knapp ein Jahr davor gab es die massive NATO-Bombardierung der bosnischen Serben, wo die Bundeswehr just zum Jahrestag des von Hitler-Deutschland angezettelten Zweiten Weltkriegs zum ersten Mal seit 1945 wieder mitmachte. Wir Spartakisten verteidigten die bosnischen Serben gegen den imperialistischen Angriff und erklärten, daß die imperialistischen Mächte die Feinde der Werktätigen auf dem Balkan und auf der ganzen Welt sind.

Der US-Imperialismus behauptet, daß der Anlaß für seine Bombardierung der Einmarsch Saddam Husseins in die „Schutzzone" der Kurden sei. Aber während jetzt die Imperialisten Krokodilstränen für die umzingelten und unterdrückten Kurden vergießen, waren gerade Deutschland und die USA die Hauptstützen der Türkei, die seit Jahren einen Vernichtungskrieg gegen die Kurden führt. Ermutigt durch die Terrorbombardierung kündigte jetzt die türkische Außenministerin Ciller die Konzentration ihrer Armee an der Grenze zum Nordirak an. Am 5. September begann die türkische Armee mit der Bombardierung des Irak. Das ist ein erneuter mörderischer Angriff auf kurdische Flüchtlinge, die nach dem Golfkrieg in „Schutzzonen" gezwängt wurden. Ihr Ziel ist eine „Endlösung" der PKK und aller Kurden. Wir Spartakisten fordern eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Nieder mit dem deutschen und dem US-Imperialismus! Hände weg vom Irak! Nieder mit den Ölscheichs, den Obristen und Königen! Arbeiter an die Macht! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!



Spartakist

Protest der Spartakist-Jugend an der Humboldt-Uni

Nach der Zerstörung der früheren Sowjetunion - eines degenerierten Arbeiterstaates - meinen die Bourgeoisien auf der ganzen Welt, daß ihrem System von ungezügelter Ausbeutung, von Armut und Krieg nichts mehr im Wege steht. Die innerimperialistischen Rivalitäten zwischen den konkurrierenden Mächten verschärfen den Krieg der rassistischen Herrscher gegen die Arbeiterklasse zu Hause, während Cruise Missiles auf den Irak hageln. Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären internationalistischen Arbeiterpartei, um die Imperialisten zu stürzen und eine egalitäre sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, Studenten auf die Seite der internationalen Arbeiterklasse zu gewinnen, damit sie aktive Kämpfer gegen die imperialistischen Mörder werden. Kurdische Arbeiter, türkische Arbeiter, Arbeiter in den imperialistischen Zentren USA und Deutschland - Arbeiter der Welt, vereinigt euch!«

Frankreich...

Fortsetzung von S. 1

gekämpft, die Macht der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Rechte der Immigranten zu mobilisieren. Während der Streikwelle der Arbeiter im öffentlichen Dienst letzten Dezember hob die LTF die entscheidende Notwendigkeit hervor, daß die Streikenden den Kampf gegen die rassistische Unterdrückung aufgreifen, und warnte: „Die Weigerung der Führer der Arbeiterklasse, gegen den rassistischen Terror zu kämpfen, ist ein Hindernis für die notwendige Ausweitung der Auseinandersetzung auf den privaten und hauptsächlich industriellen Sektor mit seinem starken und kämpferischen Anteil von Arbeitern aus dem Maghreb und Schwarzafrika" (siehe auch *Spartakist* Nr. 121, Januar/Februar 1996). Angesichts des weit verbreiteten Rassismus gegen Immigranten und des wütenden faschistischen und Polizei-Terrors erheben unsere Genossen die Forderung: *Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, die den rassistischen Terror stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Bei einer Betriebsversammlung der Gewerkschaften SUD und CGT im Postscheckamt Paris-Bourseul am Tag des Bullenangriffs konterte eine Unterstützerin der LTF den abgeschmackten Antrag der Bürokraten, ein Protestschreiben an Chirac zu verfassen. Sie rief die Gewerkschaften dazu auf, die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Abschiebungen zu stoppen:

> „Wir leben immer noch unter der Macht von Vigipirate, einer Kampagne von rassistischem Terror, gegen die die Gewerkschaftsorganisationen im letzten Dezember nicht mobilisierten. Wenn sie es getan hätten, wären wir nicht in dieser Situation. Was gegen diesen Terror erforderlich ist, sind von unseren Gewerkschaften organisierte Arbeitermassenaktionen... Jetzt will die Regierung militärische Charterflugzeuge füllen, weil die Pilotengewerkschaften sich weigern, sie auszufliegen. Worum es geht, ist die Mobilisierung machtvoller Kontingente von Arbeitern zum Militärflughafen Villacoublay, um diese Abschiebungen zu stoppen. Und gerade jetzt ist es notwendig, die sofortige Freilassung aller an diesem Morgen Verhafteten und die Niederschlagung aller Anklagen zu fordern."

Als die französischen Behörden sich anschickten, vom Militär gecharterte Flüge zur Abschiebung von Immigranten einzusetzen, nachdem zivile Piloten sich geweigert hatten, die zur Abschiebung Vorgesehenen auszufliegen, gab die Gewerkschaft der Angestellten von Air Afrique eine formelle Anweisung heraus, daß in ganz Afrika kein Arbeiter dieser Fluglinie sich „an der niederträchtigen Angelegenheit beteiligen soll, diese schändlichen Flüge zu unterstützen". Als der französische Militärtransport mit den Deportierten in der senegalesischen Hauptstadt Dakar zwischenlandete, wurde er aufgehalten, weil das Bodenpersonal sich weigerte, das Flugzeug abzufertigen.

Solche Aktionen zeigten konkret die Möglichkeit auf, die internationale Klasseneinheit zwischen Arbeiterkämpfen in Frankreich und Afrika zu schmieden. Eine derartige Perspektive des proletarischen Internationalismus ist dem chauvinistischen Protektionismus scharf entgegengesetzt, der von den reformistischen Arbeiterführern propagiert wird, wie zum Beispiel durch den Aufruf der Kommunistischen Partei (PCF): „Produziert französisch".

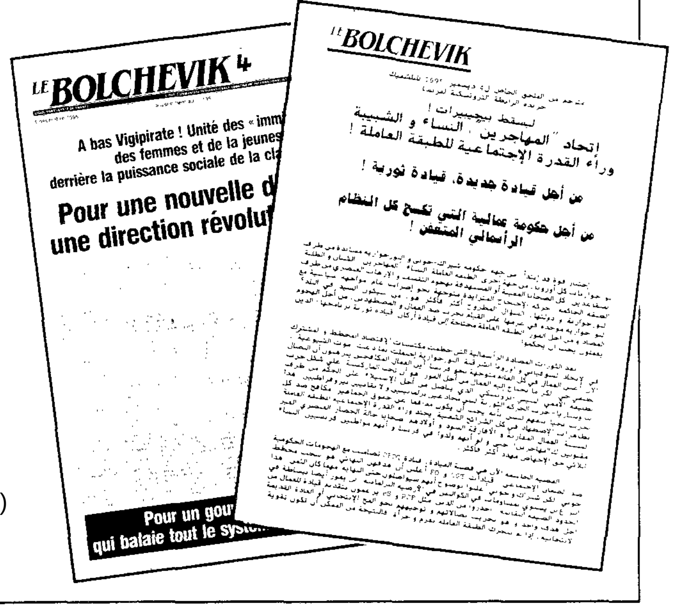
Die Proteste gegen die angedrohten Abschiebungen sind ein Ereignis von äußerster Wichtigkeit für die französischen Arbeiter. Die Bourgeoisie - zu der sich die reformistischen Irreführer gesellen - ist darauf angewiesen, rassistische und ethnische Spaltungen in der Arbeiterklasse zu verschärfen, um den Klassenkampf zu unterminieren. Die Gewerkschaftsspitzen unterstützten die „antiterroristische" Operation Vigipirate von Chirac, bei der die Armee eingesetzt wurde, um Immigrantenviertel zu terrorisieren. Seit Jahren haben die PCF- und CGT-Führer den Immigranten die Schuld an der Arbeitslosigkeit gegeben und die Schließung der Grenzen sowie die Ausweisung von „Illegalen" gefordert. Und in den 14 Jahren seiner Präsidentschaft hat Mitterrand den Rassismus gegen Immigranten zu einem Markenzeichen seiner Herrschaft gemacht.

In der vorigen Woche gaben die Gewerkschaftsdachverbände CGT und CFDT zusammen mit den Lehrergewerkschaften FEN und FSU eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie „direkte Verhandlungen" zwischen der Regierung und den Hungerstreikenden sowie ein „Einfrieren der Abschiebungen" forderten. Aber notwendig war die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse, auch durch Streiks, und die Mobilisierung von Tausenden zur Blockade der Militärflughäfen, bis Chirac klein beigibt.

Der massive Ausbruch von Protesten gegen die rassistischen Abschiebungen entlarvt die Lüge der diversen vorgeblich revolutionären Organisationen, die die Möglichkeit abschreiben, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen rassistische Angriffe zu gewinnen. Während der Streikwelle im letzten Dezember hat allein die LTF die entscheidende Bedeutung dieser Frage in ihrer an die streikenden Arbeiter gerichteten Propaganda betont. Das gesamte Spektrum von Organisationen links von der PCF und der Sozialistischen Partei (PS) - von Alain Krivines Ligue communiste révolutionnaire (LCR) bis zu Lutte ouvrière (LO), Pouvoir ouvrier (PO) und der Jeunesse communiste révolutionnaire (JCR) - hat in den Flugblättern an die Streikenden total die Notwendigkeit ignoriert, gegen die rassistische Diskriminierung und Absonderung zu kämpfen, gegen den Ausschluß von Ausländern aus dem öffentlichen Dienst und gegen die rassistische Vigipirate-Kampagne.

Die Frage der revolutionären Führung ist entscheidend. Die fortgeschrittensten Arbeiter müssen für ein Programm gewonnen werden, das ihre unmittelbaren Kämpfe mit dem revolutionären Sturz des Kapitalismus verbindet. Andernfalls kann selbst die machtvollste Mobilisierung der Arbeiterklasse untergraben, auseinandergetrieben und in die reaktionäre Sackgasse der Klassenzusammenarbeit kanali-

Rechts: Streikflugblatt der LTF auf arabisch und französisch. Nordafrikanische Immigranten in der Industrie sind Schlüssel für Arbeitermacht.



siert werden. Nachdem die Zentristen bei den Streiks im letzten Dezember der Frage der rassistischen Unterdrückung ausgewichen waren, um die Bürokraten, die bei der rassistischen Regierungsoffensive mitmachten, nicht vor den Kopf zu stoßen, versuchen sie jetzt Chiracs Angriffe auf Immigranten in zynischer Weise zu *benutzen,* um der neuen auf Klassenzusammenarbeit beruhenden Volksfront, die von der PCF, der PS und deren bürgerlichen Partnern zusammengestellt wird, Unterstützung zuzuführen. So unterschrieben die LCR und LO letzte Woche eine gemeinsame Erklärung mit der PCF, der PS, der ultra-chauvinistischen Mouvement des citoyens (Bürgerbewegung) und der bürgerlichen Radikalen Partei, in der Chirac zu Verhandlungen mit den Immigranten aufgefordert wird, die die Kirche besetzt halten - weil „das Ansehen Frankreichs dauerhaft befleckt werden könnte".

Zwar steht PO, die mit der Gruppe Arbeitermacht verbunden ist, formal außerhalb dieses reaktionären Sammelsuriums, stellt aber in Wirklichkeit den linken Flügel einer, wie Trotzki es nannte, „syphilitischen Kette" der Klassenzusammenarbeit dar, die über die PCF und PS bis zur Bourgeoisie führt. Wie immer, kriechen die Zentristen von PO hinter dem her, was populär ist. Wo jetzt Arbeiter massenhaft gegen den immigrantenfeindlichen Rassismus auf die Straße gehen, hat PO ein Flugblatt (vom 23. August) herausgebracht, das fordert: „Für die Mobilisierung der Arbeiterklasse, um die Abschiebungen zu stoppen!" Doch nirgendwo werden die Streiks vom letzten Dezember auch nur mit einem Wort erwähnt. Eigentlich kein Wunder, denn damals weigerte sich PO, überhaupt die Notwendigkeit anzusprechen, die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Operation Vigipirate und gegen die allseitigen Angriffe auf Immigranten zu mobilisieren. Und PO entlarvt schon gar nicht die verräterische Rolle der reformistischen Bürokraten, sondern schafft Illusionen durch ihre Aufforderung an die Gewerkschaftsführer, sie sollten „ihren Worten Taten folgen lassen"!

Aber die Gewerkschaftsspitzen haben *nichts zu sagen,* wenn es um rassistische Diskriminierung im Beruf, bei der Wohnungssuche und in der Ausbildung geht; um rassistischen Bullenterror und Operation Vigipirate; um die Verweigerung von Staatsbürgerrechten für Immigranten. Die Bürokraten weigern sich, gegen rassistische Unterdrückung aufzutreten, weil diese zu dem kapitalistischen System gehört, das sie aufrechterhalten. In ihrem Flugblatt vom 23. August forderte PO lautstark: „Es ist Chirac ... der gestürzt werden muß!" Aber um wodurch ersetzt zu werden? Die unausgesprochene Antwort von PO ist offensichtlich: ein neues Bündnis der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. PO hat immer die Volksfront dadurch unterstützt, daß sie zur Wahl der an ihr beteiligten reformistischen Arbeiterparteien aufrief.

Unsere Genossen der LTF führen einen scharfen politischen Kampf gegen derartigen Opportunismus, um die Kader für die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei umzugruppieren und zu festigen. Eine solche Partei wäre, in Lenins Worten, ein Volkstribun, der Minderheiten, Frauen, Jugendliche und alle Unterdrückten hinter dem Kampf des Proletariats für den Sturz des kapitalistischen Systems - der wirklichen Ursache rassistischer Unterdrückung - vereinigt und eine sozialistische Ordnung errichtet.

Nach Workers Vanguard *Nr. 650, 30. August 1996*

Türkei...

Fortsetzung von S. 32

am 28. Juli beugte sich die Regierung einer der Schlüsselforderungen der Hungerstreikenden und willigte ein, die politischen Gefangenen aus dem berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis in Eskesehir zu verlegen. Dies geschah genau zu dem Zeitpunkt, als Gewerkschaften in Istanbul Pläne für einen zweistündigen Generalstreik in Solidarität mit den linken Gefangenen ankündigten.

Nachfolgend drucken wir einen Protestbrief, der von einem Treffen der Spartakist-Jugendgruppen der Internationalen Kommunistischen Liga, das am 27. Juli in Europa stattfand, an die zuständigen Stellen der türkischen Regierung geschickt wurde. Die SpAD beteiligte sich an einer Demonstration von über tausend Linken, insbesondere Kurden, am 28. Juli in Berlin. Die Demo wurde wiederholt von einem massiven Aufgebot von Bullen angegriffen, die in die Blöcke stürmten, um „kurdische Symbole" zu beschlagnahmen, darunter ein Banner der verbotenen PKK. In Köln wurde eine Solidaritätsdemonstration verboten, 600 hauptsächlich kurdische und türkische Demonstranten wurden verhaftet. Die Aktionen der Polizei zeigen die enge Verbindung der deutschen Bourgeoisie mit dem Terrorregime in der Türkei. Wie auf einem SpAD-Plakat stand: „Viertes Reich: Pate des Völkermordes an den Kurden". Andere SpAD-Plakate beim Berliner Protest forderten: „Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol, PKK und kurdischen Vereinen!" und „Arbeiter in der Türkei: Streikt gegen reaktionären Staatsterror! Arbeiter in Deutschland: Streikt mit! Nieder mit dem deutschen Imperialismus!" Gegen die brutale nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes fordern wir: „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!"

Protestbrief 27. Juli 1996

An: Präsident Süleyman Demirci
Premierminister N. Erbakan
Justizminister S. Kazan

Die Jugendgruppen der Internationalen Kommunistischen Liga fordern, daß der türkische Staat seine blutigen Finger von türkischen und kurdischen linken Gefangenen läßt. Seit 70 Tagen sind über 2000 Gefangene, darunter kämpferische Frauen, im Hungerstreik, und 315 von ihnen lehnen es sogar ab, Flüssigkeit zu sich zu nehmen. Sie protestieren gegen die schrecklichen Bedingungen, mit denen politische Gefangene im türkischen Polizeistaat konfrontiert sind. Während wir diese Zeilen schreiben, sind elf Gefangene bereits gestorben, und viele mehr schweben in unmittelbarer Lebensgefahr. Berichten zufolge sollen viele im Koma liegen, ohne jegliche Chance darauf, jemals wieder vollständig zu genesen.

Die 31 Forderungen der Gefangenen beinhalten: das sofortige Ende der Folter; Ende der Mißhandlung und Schikanierung von Besuchern; Abschaffung der Disziplinarstrafen, etwa der willkürlichen Verlängerung von Haftzeiten; Verlegung der Gefangenen aus Isolationszellen und freier Zugang zu den Medien. Die Proteste richten sich auch gegen die neuen High-Tech-Gefängnisse à la Stammheim. Solche Folterkammern des 21. Jahrhunderts wurden vom deutschen Staat eingesetzt, um Gefangene der RAF (Rote Armee Fraktion) zu töten.

Wir verlangen, daß die Forderungen der Gefangenen vollständig erfüllt werden und fordern, daß die Todesschwadronen der Armee aus den Gefängnissen draußenbleiben. Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol, der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und anderer linker politischer Gruppen! Stoppt die mörderischen Angriffe auf Kurden, Alewiten, andere Minderheiten, Arbeiter und Jugendliche! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen! Freiheit für die kurdischen politischen Gefangenen und alle Opfer des türkischen Staatsterrors!«

SPARTAKIST

Türkiye: Sağcı terörün tüm kurbanlarına özgürlük!

Acil Protesto Faksı 27 Temmuz 1996

Alıcı: Cumhurbaşkanı Süleyman Demirel
Başbakan N. Erbakan
Adalet Bakanı S. Kazan

Enternasyonal Komünist Ligası gençlik gurupları olarak, Türk devletinin kanlı ellerini Türk ve Kürt solcu tutuklular üzerinden çekmesini talep ediyoruz. Aralarında kadın militanların da bulunduğu 2000'i aşkın tutuklu 70 gündür açlık grevi yapmakta ve bunların 315'i su içmeyi bile reddetmektedir. Bu insanlar, Türk polis devletinde politik tutukluların karşılaştığı korkunç koşulları protesto etmektedirler. Bu yazının kaleme alındığı saatte halihazırda 11 tutuklu hayatını kaybetmiş durumdadır ve pek çok sayıda tutuklu da ölüm sınırındadır. Bunlardan birçoğunun tamamiyle iyileşebilme şansı da ortadan kalkacak şekilde komaya girmiş olduğu bildirilmektedir.

Tutukluların 31 maddeden oluşan talepleri arasında, işkencelere hemen son verilmesi; ziyaretçilere yapılan kötü muamele ve baskılardan vazgeçilmesi; tutukluluk süresinin uzatılması gibi uygulamaları da içeren keyfi disiplin cezalarına son verilmesi; tutukluların tecrit hücrelerinden çıkartılması ve tutukluların medyaya özgürce ulaşabilmelerinin sağlanması bulunmaktadır. Bu insanlar aynı zamanda, yeni-teknoloji "Stammheim" cezaevlerine karşı da protesto yapmaktadırlar. Bu gibi 21. asır işkence odalarını Alman devleti, tutuklu RAF (Rote Armee Fraktion) üyelerini katletmek için kullanmıştır.

Biz, tutukluların taleplerinin bütünüyle kabul edilmesini ve katil ordu birliklerinin cezaevlerinden uzak tutulmalarını talep ediyoruz. Devrimci Sol, Kürdistan İşçi Partisi PKK ve diğer solcu politik guruplara konulan yasaklamalara son! Kürtlere, Alevilere, diğer azınlıklara, işçilere ve gençlere yapılan katil saldırılara son! Tüm solcu politik tutuklulara özgürlük! Kürt politik tutuklulara ve Türk devlet terörünün tüm kurbanlarına özgürlük!

Enternasyonal Komünist Ligası
Spartakist Gençlik Gurupları (Dördüncü Enternasyonalist)

Türkei: Freiheit für alle Opfer des rechten Terrors!

Über zwei Monate kämpften mehr als 2000 linke politische Gefangene in der Türkei mit einem heroischen Hungerstreik gegen die höllischen Bedingungen in den Gefängnissen. Ende Juli schlössen sich weitere 4000 kurdische Gefangene in einem bedeutenden Akt der Solidarität an. Als der Streik am 28. Juli eingestellt wurde, waren zwölf Gefangene gestorben, Dutzende weitere waren schwer krank.

Trotz einer Welle von Solidaritätsdemonstrationen in der Türkei und internationalen Protesten bezog die neue Regierung cler islamischen ..Wohlfahrts"-partei von Necmettin Erbakan eine harte Linie gegen die Hungerstreiks. Noch am 26. Juli drohte der „Justiz"minister Þevket Kazan offen: „Zwingt uns nicht anzugreifen." Doch

Fortgesetzt auf S. 31



Spartakist

Berlin, 28. Juli: Solidaritätsdemo für die Hungerstreikenden

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 125 NOVEMBER/DEZEMBER 1996 DM1,-

Blutige Ernte des schmutzigen Krieges gegen UdSSR

Afghanistan: die Hölle für Frauen



Die Zeit

Kabul: Frauen dürfen sich nur von Kopf bis Fuß verschleiert auf die Straße wagen

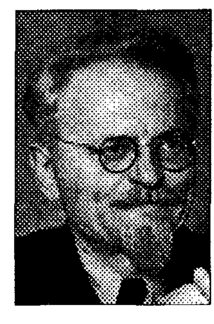
Am 27. September fiel Kabul, die Hauptstadt Afghanistans, an die islamisch-fundamentalistische Taliban-Miliz. Vier Jahre Schreckensherrschaft einer „Koalition" sich befehdender Fraktionen der reaktionären islamischen Mudschaheddin („heilige Krieger") hatten Kabul schon Hungersnot und Verwüstung gebracht. Nun sind die Taliban-Killer dabei, blutige Rache zu nehmen an jeglichen Resten sozialen Fortschritts, die ihre blutrünstigen Vorgänger übersehen hatten. Zu ihren ersten Opfern gehörte Najibullah, der prosowjetische Präsident Afghanistans, den die Mudschaheddin 1992 gestürzt hatten; er wurde aus seinem Zufluchtsort im Gebäudekomplex der Vereinten Nationen verschleppt, zusammengeschlagen, erschossen und aufgehängt; seine Leiche hing mehrere Tage am Straßenrand. Ein Mitglied von Kabuls Taliban-Rat rechtfertigte diese bestialische Greueltat und wetterte: Najibullah „war gegen den Islam. Er war ein Krimineller, und er war Kommunist."

Ohne Zweifel sind Afghanistans elendig unterdrückte Frauen die hauptsächlichen Opfer der Konsolidierung der islamisch-fundamentalistischen Reaktion nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 gewesen. Zwar hat der Bürgerkrieg jetzt wieder angefangen - wobei auf ethnischen Gruppen basierende Milizeinheiten, Unterstützer des ehemaligen Mudschaheddin-Regimes, eine Offensive gegen Taliban-Stellungen vor Kabul gestartet haben -, doch alle konkurrierenden Kräfte sind zutiefst reaktionär.

Eine der ersten Maßnahmen der Taliban nach ihrer Machtergreifung in Kabul war es, Frauen von allen Arbeitsplätzen auszuschließen; sie schlössen alle Mädchenschulen und befahlen den Frauen, zu Hause in Purdah (sozialer Isolation) eingesperrt zu bleiben und nur in Begleitung eines Mannes auf die Straße zu gehen. Als Ergebnis haben inzwischen fast alle Schulen den Lehrbetrieb eingestellt, denn 75 Prozent des Lehrpersonals sind Frauen, die überwiegend in den 80er Jahren während der sowjetischen Militärpräsenz ausgebildet wurden. Auch Krankenhäuser und Waisenheime, deren Personal hauptsächlich aus Frauen bestand, stürzten ins Chaos. Da das weibliche ärztliche Personal wegfällt und die Behandlung von Frauen durch männliche Ärzte mit einem Tabu belegt ist, haben die Fundamentalisten ein Todesurteil über zahllose Frauen und Mädchen gefällt. Die haßerfüllte Terrororgie der Taliban gegen alle Frauen setzt den i-Punkt auf das Programm der sozialen Reaktion, das die Mudschaheddin-Killer durchführten, als sie vor vier Jahren an die Macht kamen: Sie führten wieder die Steinigung von Frauen bei Ehebruch und „Unanständigkeit" ein, gleichzeitig unterwarfen sie die gesamte Bevölkerung einem Regime von Terror und Plünderung. Der deutsche Imperialismus und

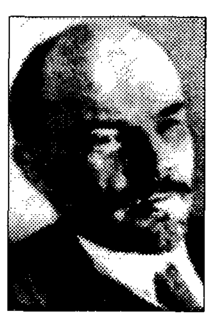
Fortgesetzt auf Seite 8

Permanente Revolution und der Kampf gegen Imperialismus



TROTZKI

In den vergangenen Jahren haben die westlichen und japanischen Imperialisten ihre Ausbeutung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verschärft. In der Epoche des Imperialismus können die Errungenschaften, die mit den bürgerlich-demokratischen Revolutionen im 18. und 19. Jahrhundert verbunden waren, in diesen rückständigen Ländern nicht mehr von deren einheimischen Borgeoisien erkämpft werden. Bürgerliche Nationalisten in der „Dritten Welt", seien es rechtsgerichtete Schlächter wie Suharto in Indonesien oder Liberale wie Nelson Mandela in Südafrika, fungieren als politische Agenten der imperialistischen Bankiers und Industriellen. Wie Trotzki in seiner Theorie der permanenten Revolution erklärte, können die Arbeiter und Bauern der kolonialen und halbkolonialen Länder wahrhaftige nationale Unabhängigkeit und sozialen und ökonomischen Fortschritt nur durch proletarische sozialistische Revolution und deren Ausweitung auf die imperialistischen Zentren erlangen.



LENIN

Die permanente Revolution in dem Sinne, den Marx diesem Begriff gegeben hat, bedeutet eine Revolution, die sich mit keiner Form der Klassenherrschaft abfindet, die bei der demokratischen Etappe nicht haltmacht, zu sozialistischen Maßnahmen und zum Krieg gegen die Reaktion von außen übergeht, also eine Revolution, deren jede weitere Etappe in der vorangegangenen verankert ist und die nur enden kann mit der restlosen Liquidierung der Klassengesellschaft überhaupt...

Der Begriff der permanenten Revolution ist aufgestellt worden von den großen Kommunisten der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, von Marx und dessen Gesinnungsgenossen, als Gegensatz zu jener demokratischen Ideologie, die bekanntlich darauf pocht, daß alle Fragen friedlich, auf reformistischem oder evolutionärem Wege gelöst werden könnten durch Errichtung des „vernünftigen" oder demokratischen Staates. Die bürgerliche Revolution von 1848 betrachtete Marx als die unmittelbare Einleitung zur proletarischen Revolution. Marx „irrte". Doch sein Irrtum hatte einen faktischen, keinen methodologischen Charakter. Die Revolution von 1848 ist nicht in die sozialistische Revolution übergegangen. Aber eben deshalb hat sie die Demokratie auch nicht vollendet. Was die deutsche Revolution von 1918 betrifft, so ist sie keine demokratische Vollendung der bürgerlichen Revolution: es ist eine von der Sozialdemokratie enthauptete proletarische Revolution: richtiger gesagt, es ist die bürgerliche *Konterrevolution,* die nach dem Sieg über das Proletariat gezwungen ist, pseudodemokratische Formen zu bewahren.

Leo Trotzki,
Die permanente Revolution, 1930

Die Revolution von 1848 ließ bereits nach einigen Monaten erkennen, daß gerade unter entwickelteren Verhältnissen keine der bürgerlichen Klassen mehr die Revolution zu Ende führen kann: Die Groß- und Mittelbourgeoisie ist zu eng mit dem Grundbesitz verbunden und durch Furcht vor den Massen zusammengeschweißt, das Kleinbürgertum ist allzu gespalten und in seinen führenden Schichten zu stark von der Großbourgeoisie abhängig. Wie die gesamte spätere Entwicklung in Europa und Asien zeigte, kann die bürgerliche Revolution für sich genommen überhaupt nicht mehr verwirklicht werden. Die völlige Säuberung der Gesellschaft vom feudalen Gerumpel ist nur unter einer Bedingung denkbar, nämlich wenn das Proletariat, vom Einfluß der bürgerlichen Parteien befreit, imstande ist, an die Spitze der Bauernschaft zu treten und seine revolutionäre Diktatur aufzurichten. So verflicht sich die bürgerliche Revolution mit der ersten Etappe der sozialistischen Revolution, um im weiteren Verlauf in dieser aufzugehen. Die nationale Revolution wird damit ein Glied der internationalen Revolution. Die Umgestaltung der ökonomischen Grundlagen und aller gesellschaftlichen Verhältnisse erfolgt ohne Unterbrechung, nimmt permanenten Charakter an.

Für die revolutionären Parteien der zurückgebliebenen Länder Asiens, Lateinamerikas und Afrikas ist es eine Lebensfrage, den organischen Zusammenhang der demokratischen Revolution mit der Diktatur des Proletariats - und dadurch mit der internationalen sozialistischen Revolution - zu begreifen.

Leo Trotzki,
„Neunzig Jahre .Kommunistisches Manifest'", 1938

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Vertrieb), Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55,10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 125 **November/Dezember 1996**

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Halle
SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Stoppt die Abschiebung der Flüchtlinge vom Balkan!

Nachfolgend drucken wir die Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 16. November 1996 ab.

Ab dem 1. Oktober sind alle Kriegsflüchtlinge aus den Verwüsteten Gebieten von Ex-Jugoslawien, besonders aus Bosnien, durch die Innenministerkonferenz der Bundesländer der BRD zum Freiwild erklärt worden. Sie sollen zurück in ihre vermeintliche Heimat abgeschoben werden. Dies betrifft über 320000 Menschen. Hinzu kommen 130000 Flüchtlinge aus Serbien, hauptsächlich Albaner aus Kosovo, die vertrieben werden sollen. Eine derartige Massenabschiebung hat es in Deutschland zuletzt im Dritten Reich

Bundeswehr raus aus dem Balkan!

gegeben, als vor allem Juden und Roma in Viehwaggons der Reichsbahn nach Auschwitz und in andere Todeslager abtransportiert wurden. Diesmal soll es per Flugzeug und Bus innerhalb weniger Monate ablaufen: Abschiebung jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, nach Bosnien, wo der Durchschnittslohn bei DM 100 pro Monat liegt, die Arbeitslosigkeit 80 Prozent beträgt und 60 Prozent der Häuser und Wohnungen zerstört sind. Das Komitee für soziale Verteidigung, zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, fordert: Sofortiger Abschiebungsstopp! Asyl für alle, die es hierher geschafft haben! Lernt von den Fluglotsen und Flughafenarbeitern in Paris, die sich weigerten, bei Abschiebungen mitzumachen, nachdem in Paris die Polizei die von Immigranten besetzte Kirche St. Bernard gestürmt hatte. Für Arbeiterstreiks und Massenaktionen, um die Abschiebungen zu verhindern!

Als erste Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden die Roma abgeschoben. In diesem System, das auf Kapitalismus und Nationalismus basiert, werden die Roma als Volk ohne Nationalstaat gezwungenermaßen immer Pogromen und Völkermord ausgesetzt. Eine sozialistische Revolution wird notwendig sein, um diesem Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Verteidigt die Roma!

Das baden-württembergische Innenministerium hat 2000 sogenannte bosnische Flüchtlinge aufgefordert, sofort in die Region Bihac zurückzukehren. Auch in der Hauptstadt Berlin ist geplant, ab Ende Oktober abzuschieben, wo mehr als die Hälfte der 36000 bosnischen Flüchtlinge moslemische Roma sind. Sie kommen überwiegend aus dem heute serbischen Teil Bosniens, werden aber aufgefordert, sich in dem moslemischen Teil anzusiedeln. Wie der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Tilman Zülich feststellte, unterstütze der Berliner Innensenator „Schönbohm die ethnische Säuberung Bosniens" *(Frankfurter Rundschau,* 6. November). Alle Bundesländer außer Berlin und Bayern wollen mit der Massenabschiebung im kommenden Frühjahr beginnen, dann aber, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthiesen in Nordrhein-Westfalen droht, werde es „keine Hinhaltetaktik und keine Atempause geben".

Vor 80 Jahren löste der deutsche Imperialismus über eine Krise auf dem Balkan den Ersten Weltkrieg aus. Im Zweiten Weltkrieg wurden unter der Nazibesetzung fast zwei Millionen Serben, Juden und Roma massakriert. Mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der UdSSR ist das Bündnissystem des Kalten Krieges auseinandergebrochen. Die aktuellen Machenschaften zum Balkan sind ein Vorbote von sich verschärfenden zwischenimperialistischen Rivalitäten, deren Logik auf einen atomaren dritten Weltkrieg hinausläuft. Die blutigen nationalistischen Kriege, durch die der mutinationale deformierte Arbeiterstaat Jugoslawien zerrissen wurde, hat gerade Deutschland durch seine schnelle Anerkennung von Slowenien und Kroatien gefördert. Jetzt kündigen Außenminister Kinkel und Kriegsminister Ruhe eine qualitative Steigerung der Bundeswehrpräsenz in Ex-Jugoslawien durch noch mehr Bodentruppen an. Und die Valuta franca des Balkans ist schon die D-Mark. Wir fordern: Bundeswehr, UNO, NATO raus aus dem Balkan!

In der „Festung Europa" tanzen die meisten Regierungen nach der Pfeife des Vierten Reiches und setzen Kurden mit „Terroristen" gleich, verfolgen sie mit Verhaftungen und dem Verbot ihrer Vereine und schieben sie zu Folter und Tod in die Türkei ab. Am 18. September drang die politische Polizei mehrerer europäischer Länder in die Büros des kurdischen MED-TV-Senders ein und stürmte sogar das Büro des kurdischen Exilparlaments in Brüssel. Jetzt führt der Bundestag den Vernichtungskrieg Ankaras gegen die Kurden weiter und verabschiedete eine Fülle von Gesetzen, die die Abschiebung von Immigranten und Flüchtlingen erleichtert und beschleunigt. Danach werden *alle* wegen *schweren Landfriedensbruchs* angeklagt, die an einer verbotenen Demonstration teilnehmen und zum Beispiel nicht so schnell verschwinden, wie es die Polizei gern hätte. Die sofortige Abschiebung der aufgrund solcher Anklagen verurteilten Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, wäre *zwingend vorgeschrieben,* was jede Berufung gegen das Urteil oder die Berücksichtigung, was mit ihnen bei der „Rückkehr" geschehen wird, ausschließt. Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine! Nieder mit den rassistischen „Ausländergesetzen"! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Die Botschaft an Immigranten und Flüchtlinge ist klar: Die Bourgeoisie von Auschwitz führt das Programm der Faschisten - „Ausländer raus" - durch. Diejenigen, die es überhaupt schaffen, in Deutschland zu bleiben, sehen das Beispiel von Safwan Eid in Lübeck. Erst wurden zehn Flüchtlinge durch einen Brandanschlag umgebracht. Danach beschützt der Staat Verdächtige mit faschistischen Verbindungen und macht statt dessen einem der Bewohner des Wohnheims den Prozeß. Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Richter! Einstellung aller Verfahren gegen Safwan Eid!

Ein Großteil der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sind Familienangehörige der Arbeiter, die seit Jahren zusammen mit den türkischen und kurdischen Arbeitern eine strategische Stellung in den Schlüsselbetrieben haben. Der rassistische Staatsterror gegen Flüchtlinge und das Verbot linker türkischer Organisationen, der PKK und anderer kurdischer Vereine dienen zur Einschüchterung des besonders kämpferischen Teils der Arbeiterklasse und als Rammbock für Sozialraub. Die organisierte Arbeiterbewegung einschließlich ihres strategisch wichtigen Bestandteils von Immigranten hat die Macht, die demokratischen Rechte aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß jetzt mobilisiert werden, um die Abschiebungen der Flüchtlinge vom Balkan zu stoppen!«

Sabos Gericht: Rassistische „Justiz" in Aktion

Zeugin für Mumia im Gericht verhaftet

Am 1. November wies der Henker-Riehter Albert Sabo die überwältigenden Beweise der Zeugin Verónica Jones zurück, die die Unschuld des in der Todeszelle sitzenden schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal beleuchten. Verónica Jones wurde bereits bei der Anhörung am 1. Oktober als Vergeltung für ihre Zeugenaussage von

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Richter Sabo aus dem Zeugenstand gezerrt und ins Gefängnis geworfen. Als Augenzeugin bei der Erschießung des Polizeibeamten Daniel Faulkner 1981 in Philadelphia, für die Jamal mit abgekarteten Anklagen zum Tode verurteilt wurde, sagte sie unter Eid aus, wie sie damals von der Polizei dazu gezwungen wurde, ihren Augenzeugenbericht zurückzuziehen, in dem sie ausgesagt hatte, daß sie zwei Männer habe weglaufen sehen. Nachdem die stellvertretende Bezirksstaatsanwältin Arlene Fisk zwei Stunden lang auf Jones herumgehackt hatte, erklärte Fisk: „Ich verspreche Ihnen, ich werde Sie einlochen." Sekunden später wurde Jones, noch unter Eid, wegen eines Haftbefehls verhaftet, *der vor mehr ah zwei Jahren in New Jersey* aufgrund der Anschuldigung von angeblichem Scheckbetrug ausgestellt worden war. Jones wurde bis in die frühen Morgenstunden des 2. Oktober gefangengehalten und schließlich um 5.00 Uhr *gegen eine Kaution von 10000 Dollar* freigelassen.

Jones, eine schwarze Mutter von drei Kindern, hatte sich bereit erklärt, an der zusätzlichen Anhörung zur Beweisaufnahme für Jamal teilzunehmen, die vom Obersten Gerichtshof Pennsylvanias aufgrund eines Berufungsantrags der Verteidigung angeordnet worden war. Auf die Frage, warum sie jetzt hervorgetreten sei, sagte Jones, sie wolle nicht, daß ihre Enkelkinder „denken, ihre Großmutter lebe mit einer Lüge". Jones beschrieb in ihrer ersten Zeugenaussage zu Jamals Fall seit der ursprünglichen Gerichtsverhandlung von 1982, wie sie nur wenige Tage vor Jamals Prozeß in dem Gefängnis, wo sie wegen eines Schwerverbrechens unter Anklage stand, Besuch von Polizeidetektiven aus Philadelphia bekam und mit Drohungen dazu gebracht wurde, ihren Augenzeugenbericht zurückzuziehen. Jones erhielt später Bewährung bei einer Anklage, auf die bis zu 15 Jahre Gefängnis stand.

• Jones sagte den Anwesenden: „Ich sollte Mr. Jamal als den Schützen benennen." Sie weigerte sich, eine derartige Erklärung abzugeben, zog aber ihren ursprünglichen, wahren Bericht zurück, um einer Gefängnisstrafe zu entgehen. Mit schmerzerfüllter Stimme sagte sie: „Es war eine schwere Entscheidung, aber es ging um fünf oder zehn Jahre Trennung von meinen Kindern." Als die stellvertretende Staatsanwältin ihr mit der Verhaftung drohte, antwortete Jones: „Sie denken, daß mich das dazu bringt, meine Darstellung zu ändern. Das wird nicht geschehen."

Jamals Hauptverteidiger Leonard Weinglass erklärte auf einer anschließenden Pressekonferenz vor dem Rathaus, wie Verónica Jones „ausgesagt hat, um nach 14 Jahren mutig und aufrecht die Wahrheit zu sagen, und ihr im Gerichtssaal eine Falle gestellt wurde". Was Jones passiert ist, sagte Weinglass, veranschaulicht die fortwährende „Einschüchterung und Zwangsausübung gegenüber den Zeugen, die zugunsten von Mumia Abu-Jamal ausgesagt haben. Es ist auf der Polizeiwache passiert. Und heute konnte man es offen im Gerichtssaal sehen".

Von dem Moment an, als Jones am 1. Oktober in den Zeugenstand trat, wurde sie durch Richter Sabo und die stellvertretende Staatsanwältin Fisk mit einer Flut von Drohungen und Bezichtigungen überzogen. Die Ankläger gruben eine acht Jahre alte Anschuldigung aus, daß Jones mehrere Monate gearbeitet hätte, während sie Sozialhilfe für ihre drei Kinder bezog, und bezichtigten Jones in bösartiger Weise, „den Staat New Jersey zu bestehlen". Nachdem Jones diese grobe Mißhandlung länger als eine Stunde geduldig ertragen hatte, erwiderte sie ihren Anklägern: „Jetzt sitze ich auf der Anklagebank. Dieses Gericht dient nicht der Gerechtigkeit."

Sabo, der jeden Einspruch der Verteidigung gegen die empörende Drangsalierung von Jones ablehnte, drohte Jamals Anwälten mit der Entfernung aus dem Gericht. Sabo schrie die Anwältin Rachel Wolkenstein an, sie solle „das Maul halten", und drohte ihr, sie aus dem Gericht zu entfernen - als Reaktion auf Anträge der Verteidigung zur Offenlegung von Gefängnisakten aus der Zeit, als Jones 1982 inhaftiert war.

Die Zeugenaussage von Verónica Jones liefert überzeugende neue Beweise für die Übergriffe der Ankläger und die Zwangsmaßnahmen der Polizei gegen Augenzeugen der Erschießung von Faulkner - Maßnahmen, die eingesetzt wurden, um Jamal die Tat anzuhängen. Gegen Sabos Ablehnung von Jones' Zeugenaussage wird vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania Berufung eingelegt, als Teil des Berufungsantrags gegen Sabos Entscheidung im letzten Sommer. Wie Wolkenstein, Mitglied von Jamas Verteidiger-Team und Anwältin des Partisan Défense Committee, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung, auf der Pressekonferenz am-1. Oktober erklärte: „Wir haben einen unschuldigen Menschen, der in der Todeszelle sitzt, einen unschuldigen Menschen, dem die Tat von der Polizei und den Anklägern angehängt wurde. Seit Mumia 15 Jahre alt war, wurde er vom FBI Tag für Tag überwacht, ein Teil des COINTELPRO-Programms, das das FBI hatte... Jeden Tag haben Sabo und die Ankläger klargemacht, daß es für Jamal unmöglich ist, in der Stadt Philadelphia einen fairen Prozeß zu bekommen. Unsere schriftlichen Eingaben fordern nicht nur einen neuen Prozeß, sie fordern seine Freiheit aufgrund der langen Geschichte von Übergriffen der Ankläger."



AP

Verónica Jones: Im Gerichtssaal verhaftet, weil sie die Wahrheit sagte

Spendet für Jamals Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000, Stichwort „Jamal".

Schluß mit der Hexenjagd gegen DDR-Bürokraten und Grenztruppen!

Nachfolgend drucken wir ein Spartakist-Flugblatt vom 19. November ab.

Nachdem das von der SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach geführte Bundesverfassungsgericht am 12. November die „Rechtmäßigkeit" der Verurteilung von „DDR-Unrecht" bestätigte, wurde zunächst der ehemalige Kommandeur der DDR-Grenztruppen, Klaus-Dieter Baumgarten, verhaftet. Tags darauf erließ das Berliner Landgericht Haftbefehl gegen die vier ehemaligen Mitglieder des SED-Politbüros, den Honecker-Nachfolger Egon Kren , Günther Kleiber, Horst Dohlus und sogar gegen den „Maueröffner" Günther Schabowski. Massenprozesse gegen „mehrere hundert Verdächtige" der Nationalen Volksarmee sollen folgen. Außerdem sollen die 1993 im Honecker-Prozeß verurteilten Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, darunter Heinz Keßler, ins Gefängnis geworfen werden. Wir Spartakisten fordern: Hände weg von den Ex-DDR-Bürokraten und den Grenzschützern! Sofortige Freilassung von Klaus-Dieter Baumgarten!

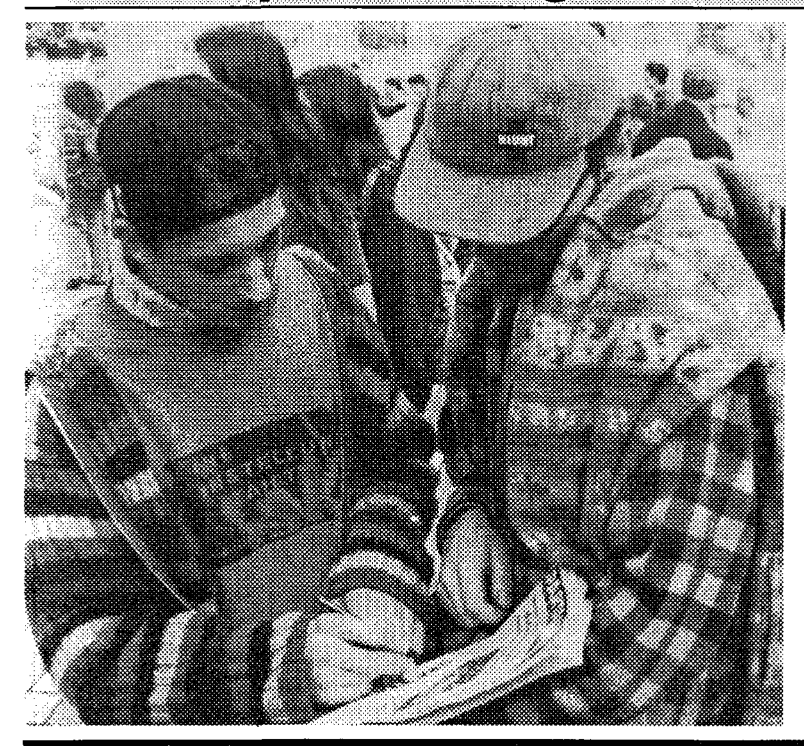
Die antikommunistische Hexenjagd des Vierten Reichs wird wieder angefacht, diesmal zu einem Zeitpunkt, wo die deutsche herrschende Klasse angetreten ist, die erkämpften Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zerschlagen; wo die Bonner Regierung mit Unterstützung der SPD Massenabschiebungen von Bosniern beschließt (während Kriegsminister Ruhe die Verstärkung des deutschen Heeres auf dem Balkan plant); und wo das „Ausländer"gesetz ein weiteres Mal verschärft wird. Gleichzeitig wurde die RAF-Anhängerin Birgit Hogefeld, die in Bad Kleinen den hinterhältigen Anschlag der GSG-9 überlebt hat, zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Und in Lübeck steht Safwan Eid, eines der Opfer des faschistischen Mordanschlags, selbst vor der rassistischen Klassenjustiz".

Die Stalinisten waren eine parasitäre Kaste, die sich auf die proletarischen Eigentumsformen eines deformierten Arbeiterstaates stützten und dabei durch bürokratische Polizeistaatsmaßnahmen ein politisches Machtmonopol über die Arbeiterklasse ausübten. Aber die Stalinisten werden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt! Für die deutsche Bourgeoisie, die selber mit Polizeistaatsmethoden bestens vertraut ist, besteht das wirkliche Verbrechen der stalinistischen Führer der ehemaligen DDR darin, daß sie den militärischen Sieg der Roten Armee symbolisieren, der in einem Drittel des besiegten imperialistischen Deutschlands zur Enteignung des Kapitalismus führte. Weil die Mauer eine Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft der DDR darstellte, wenn auch auf eine bürokratische Weise, haßte die Bourgeoisie sie, und deswegen verteidigten wir Trotzkisten die Mauer. Jetzt bezichtigt hochmütig die gleiche herrschende Klasse, die aus Furcht vor einer Arbeiterrevolution 1933 die Nazis an die Macht brachte - damit diese brutal alle Arbeiterorganisationen durch Staatsterror und paramilitärische Gewalt zerschlagen konnten -, die Überbleibsel des bankrotten Stalinismus des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit"!

Wir Spartakisten haben die DDR gegen die Imperialisten verteidigt, während wir für die sozialistische Revolution in Westdeutschland und für die proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie und für die Errichtung einer Regierung von Arbeiter- und Soldatenräten gekämpft haben. Dem selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs gelang der Anschluß der ehemaligen DDR nur aufgrund des Zusammenbruchs des bankrotten Stalinismus und weil Gorbatschow den 350000 Sowjetsoldaten die Hände band, die der NATO gegenüberstanden. Die SED/PDS stand schließlich an der Spitze der Konterrevolution,

Fortgesetzt auf Seite 19

Spartakist grüßt alle neuen Leser!



Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	165	170,5	103
Halle	40	64	160
Hamburg	70	87,5	125
Auf Entfernung	15	3	20
Gesamt	290	325	112

Abonniert jetzt!

Q Jahresabo (6 Ausgaben): DM 5,-
Q Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name

Adresse

Telefon

Sp 125

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/M., BLZ 50010060

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

In den USA und international hat die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) unter der Losung „US-Imperialismus: Blutige Hände weg vom Irak!" Proteste gegen Clintons mörderische Bombardierung des Irak initiiert und mitgetragen. An der Berliner Humboldt-Uni war eine zentrale Losung der Spartakist-Jugend: „Viertes Reich: Pate des Völkermords an den Kurden!" Auf diesen Demonstrationen und in Protestflugblättern, die von verschiedenen nationalen Sektionen der IKL herausgegeben wurden, war eine unserer zentralen Forderungen: „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!"

Die im Nahen Osten lebenden 25 bis 30 Millionen Kurden sind weltweit die größte Nation ohne einen eigenen Staat. Seit dem Untergang des türkischen Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg ist das kurdische Volk unter hauptsächlich vier Ländern aufgeteilt: der Türkei, Syrien, Iran und Irak, und darüber hinaus sind Kurden in geringer Zahl über die kaukasischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion verstreut. Daher kann die Verwirklichung eines unabhängigen Kurdistans nicht innerhalb eines kapitalistischen Rahmens erreicht werden, sondern macht den revolutionären Sturz von vier verschiedenen kapitalistischen Mächten dieser Region erforderlich. Zwar sind die Bourgeoisien des Nahen Ostens die unmittelbaren Unterdrücker des kurdischen Volkes; aber Selbstbestimmung für die Kurden kann es nur im Kampf gegen jede imperialistische Intervention in dieser Region geben. *Die verschiedenen imperialistischen Mächte - heute zuallererst der US-Imperialismus - sind die Hauptfeinde der kurdischen Unabhängigkeit.*

Immer wieder haben die Imperialisten das kurdische Volk für ihre Großmachtziele wie Schachfiguren benutzt und sind den Kurden dabei wiederholt in den Rücken gefallen. Clintons Cruise-missile-Angriffe auf den südlichen Irak waren angeblich eine Vergeltung für den Vorstoß irakischer Truppen in das „autonome" Kurdengebiet im nördlichen Landesteil. Doch Washingtons Behauptung, als „Beschützer" des kurdischen Volkes zu handeln, trieft nur so von Zynismus und Heuchelei. Der Sprecher des US-Außenministeriums Peter Tarnoff hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß die USA „weiterhin entschieden gegen die Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staates sind" *(New York Times*, 4. September). Diese Position wird von allen imperialistischen Mächten geteilt, die ein diktatorisches Regime nach dem anderen an die Macht gebracht und mit Waffen ausgerüstet haben mit dem Ziel, jeden kurdischen Kampf niederzuschlagen, der die bürgerliche Herrschaft im Nahen Osten „destabilisieren" könnte. Das türkische Regime, das einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk und die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) führt, ist sowohl vom deutschen als auch vom US-Imperialismus bis an die Zähne bewaffnet worden.

Der letzte US-Angriff auf den Irak erfolgte, nachdem Einheiten von Saddam Husseins Armee am 31. August in die kurdische Stadt Erbil einrückten, um die Kurdische Demokratische Partei (KDP) in deren Fehde mit der rivalisierenden Patriotischen Union Kurdistans (PUK) zu unterstützen, die ihrerseits zur Zeit von Tausenden iranischen Soldaten im nördlichen Irak unterstützt wird. Auch wenn die amerikanische Regierung sowohl den Iran als auch den Irak als „terroristische Staaten" einstuft, drückte sie bei der iranischen Intervention ein Auge zu, während sie zur „Bestrafung" des Irak in Aktion trat. Während des Iran-Irak-Kriegs in den 80er Jahren bewaffneten die USA abwechselnd beide Seiten, selbst als Saddam Hussein und das Ajatollah-Regime in Teheran blutige Massaker an den Kurden innerhalb ihrer eigenen Grenzen durchführten.

Inzwischen haben die feudalistischen und kleinbürgerlich-nationalistischen Irreführer von der KDP und der PUK zum wiederholten Mal den nationalen Kampf der Kurden zugunsten einer kurzlebigen und illusorischen Unterstützung seitens der Imperialisten oder deren regionale Lakaien geopfert. Heute sagt PUK-Führer Jalal Talabani, er sei proamerikanisch, und verbündet sich gleichzeitig mit dem Iran, während die KDP von Massud Barsani auf das baathistische Regime von Saddam Hussein setzt. Doch viele Jahre lang war Barsanis Vater Mustafa, der Gründer der KDP, eine

Diskussionsreihe der Spartakist-Jugend

Für eine leninistische Partei! Für sozialistische Weltrevolution!

Berlin

12. Dezember 1996
Marxismus kontra Anarchismus

9. Januar 1997
Wie der Stalinismus die Spanische Revolution erdrosselte, wie die POUM dies geschehen ließ.
Video: *Land und Freiheit*

jeweils 18.00 Uhr, Humboldt-Uni
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 111

Leipzig

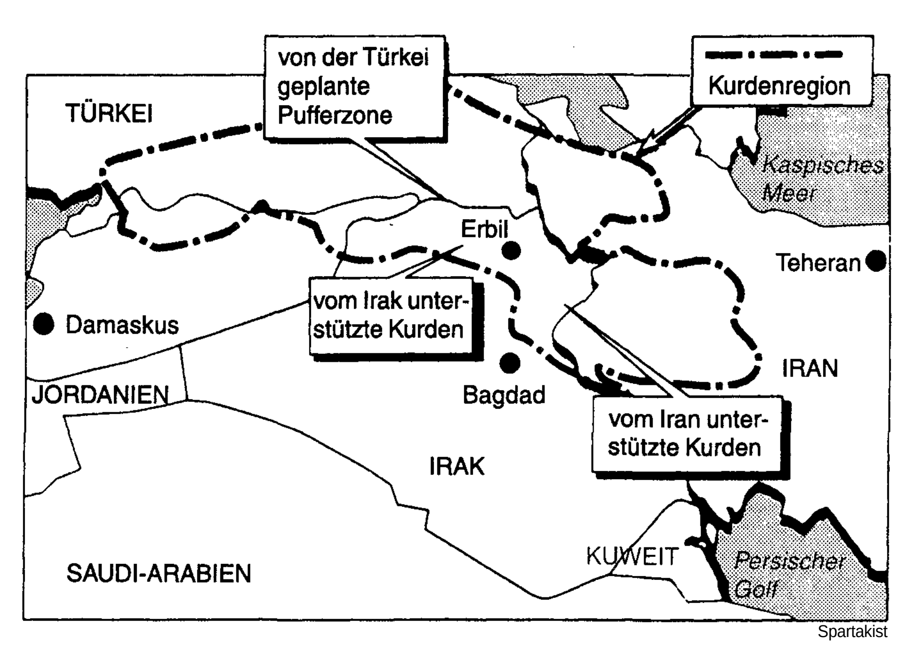
27. November
Marxismus kontra Anarchismus

11. Dezember 1996
Zerschlagt die Faschisten durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung

jeweils 18.00 Uhr, Werk II, 1. Stock
Kochstraße 132
(Straßenbahn Connewitzer Kreuz)

Für weitere Informationen und Diskussionstexte: Berlin (030) 4439400, Halle (0345) 2029055

Hauptstütze" der CIA. Des weiteren stellten sich sowohl die PUK als auch die KDP während des unter Führung der USA erfolgten imperialistischen Angriffs auf den Irak 1991 auf die Seite Washingtons und traten in den von der CIA geförderten irakischen Nationalkongreß ein. Es stimmt, daß die gegenwärtige Regierung des Irak ein Feind des kurdischen Volkes ist - und das gilt auch für alle ihre Vorläufer, alle benachbarten bürgerlichen Regime und alle imperialistischen Mächte. Ein von den USA eingefädelter Sturz des baathistischen Regimes in Bagdad würde nicht im geringsten den Rechten des kurdischen Volkes nützen, sondern eine ebenso mörderische und vielleicht noch gefügigere Diktatur an die Macht bringen.



Spartakist

Die mörderischen Kämpfe zwischen der KDP und der PUK im Bündnis mit dem Imperialismus und den regionalen Unterdrückern des kurdischen Volkes unterstreicht die Notwendigkeit eines *revolutionären internationalistischen Kampfes* der kurdischen Massen. Doch selbst sich marxistisch nennende kurdische Gruppen wie die Arbeiterkommunistische Partei im Irak und Iran (AKP-Irak und -Iran) gehen von der gleichen Logik aus, die da sagt: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund." Daher appelliert die AKP an die UNO - eine imperialistische Räuberhöhle -, sie solle Saddam Husseins Regime bekämpfen.

Einen Tag bevor Clinton mit seinen Terrorangriffen anfing, rief die AKP zu internationalen Protestaktionen vor den UN-Büros gegen Saddam Husseins Einmarsch in Erbil auf. Ein Flugblatt der AKP-Exilgruppe in Australien forderte „den sofortigen Rückzug der Streitkräfte des Baath-Regimes" und rief dazu auf, „diese Forderungen der UNO aufzudrängen". Trotz des Anspruchs des Flugblatts, gegen eine „US/UN-Intervention" zu sein, konnte das nur einen Aufruf an die UNO bedeuten, gegen den Irak vorzugehen. Zur gleichen Zeit trug die AKP bei einem Protest in London am 6. September Plakate mit der Aufschrift: „Wir verurteilen den militärischen Angriff der USA auf den Irak", während sie gleichzeitig die UNO in einem Brief inständig darum bat, „der Arroganz der Vereinigten Staaten ein Ende zu setzen". Gerade unter dem Feigenblatt der UNO haben die USA in den letzten sechs Jahren eine brutale Hungerblockade gegen den Irak durchgesetzt, und unter der Fahne der UNO wurde das blutige Gemetzel am irakischen Volk 1991 durchgeführt. Zwar verurteilt die AKP heute die amerikanischen Raketenangriffe, aber 1991 weigerte sie sich, für die Verteidigung des Irak gegen den US/UN-Imperialismus eine Seite zu beziehen.

Diesen widersprüchlichen Positionen liegt das stalinistische Dogma von der „Revolution in zwei Etappen" zugrunde, in dem die AKP geschult ist: Das Ziel der sozialistischen Revolution wird auf die ferne Zukunft verschoben, und statt dessen hält man Ausschau nach „progressiven" kapitalistischen und imperialistischen „Verbündeten", die ihnen dabei helfen sollen, eine bürgerlich-demokratische Revolution für die nationale Unabhängigkeit zu erreichen. Dieses Etappenmodell ist überall eine Sackgasse, aber es ist besonders im Fall von Kurdistan zum Scheitern verurteilt. Das kurdische Volk kann eine Eigenstaatlichkeit nur durch die Zerschlagung von *vier* reaktionären bürgerlich-nationalistischen Regimen erreichen. Der kleinbürgerliche Nationalismus der AKP jedoch hält es davon ab, eine solche Perspektive zu verfolgen. So konzentriert sich ihr in Australien herausgegebenes Flugblatt ausschließlich auf die verzweifelte Lage der Kurden im Irak und vermeidet jeden Hinweis auf die völkermörderische Kampagne des türkischen Regimes gegen die Kurden in der Türkei. Außerdem ist Kurdistan eine fürchterlich verarmte Bergregion ohne ein Industrieproletariat - oder eine Bourgeoisie - in nennenswerter Zahl. Tatsächlich beruhen die internen Machtkämpfe zwischen der KDP und der PUK auf einem Gerangel um die Kontrolle über die „Steuereinnahmen aus dem Schmuggel mit Mineralöl und Zigaretten, einer Haupteinkommensquelle in diesem Gebiet.

Die treibende Kraft beim Kampf um die kurdische Unabhängigkeit ist in dem Proletariat der Länder zu finden, von denen die Kurden unterdrückt werden. Die Arbeiter der Türkei, Syriens, des Irans und Iraks haben ihre eigene Rechnung mit ihren Ausbeutern zu begleichen. Es gab auch eine ziemlich große kurdische Arbeiterklasse, die eine Geschichte von militanten Kämpfen in den Ölfeldern von Kirkuk und anderen strategischen Zentren hat. Doch im großen und ganzen ist das kurdische Proletariat in solchen Industriezentren wie Bagdad und Istanbul zu finden, ebenso in den Kohlerevieren der nördlichen Türkei, und mit einer starken Konzentration in Deutschland. Diese Arbeiter können eine lebende Brücke zwischen dem kurdischen Kampf um Unabhängigkeit und dem Kampf für die sozialistische Revolution im Nahen Osten sein und für die Ausweitung der proletarischen Revolution auf das imperialistische Kernland von Westeuropa kämpfen. Wie wir kurz nach dem Golfkrieg von 1991 in unserem Artikel „Kurdish Struggle: Near East Flashpoint" (Kampf des kurdischen Volkes: Brennpunkt des Nahen Ostens - *Workers Vanguard* Nr. 527, 24. Mai 1991) bemerkten: „Als Teil des multinationalen Proletariats dieser Region können die Kurden eine führende Rolle dabei spielen, die ganze verrottete Struktur zum Einstürzen zu bringen, die errichtet wurde, um den imperialistischen Herren zu dienen."

Das ist die trotzkistische Perspektive der permanenten Revolution: In den kolonialen und halbkolonialen Ländern in der imperialistischen Epoche kann nur das Proletariat an der Macht die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution ausführen. Diese Perspektive steht im Gegensatz zum kleinbürgerlichen Nationalismus - egal wieviel „sozialistische" Rhetorik' eingeflochten wird -, den sich die AKP zu eigen gemacht hat. Der Kampf für die nationale und soziale Emanzipation der Kurden erfordert die Führung durch internationalistische Avantgardeparteien, die in den Arbeiterklassen des Nahen Ostens und besonders unter den Arbeitern Deutschlands verankert sind. Diese Parteien können nur im Kampf für eine Weltpartei der sozialistischen Revolution aufgebaut werden.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 651, 13. September 1996*

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 1

sein regionaler Verbündeter Iran, die die Vorgänger der Taliban unterstützt hatten, sehen den islamischen Sieg der „Koran-Studenten"-Bewegung als Vorstoß ihrer amerikanischen Konkurrenz.

Die unaussprechliche Hölle, die Frauen, Lehrer, Ärzte, Werktätige, ethnische und religiöse Minderheiten und alle säkularen Elemente in Afghanistan nun umgibt, ist die bittere Ernte des unerbittlichen Drangs der Imperialisten, die ehemalige Sowjetunion zu unterminieren und zu zerstören, deren Militärpräsenz in Afghanistan während der 80er Jahre das hauptsächliche Bollwerk gegen die islamisch-fundamentalistische Reaktion war. Über ein Jahrzehnt lang bewaffnete Washington die Mudschaheddin-Mörder bis an die Zähne; sie wurden aufgebaut, um einen Stellvertreterkrieg gegen die sowjetische Armee und die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) zu führen. *Aber das Blut jeder unverschleierten Frau, die von den afghanischen Fundamentalisten abgeschlachtet wurde, klebt auch an den Händen derjenigen linken Organisationen international, die den schmutzigen antisowjetischen Krieg der US-Imperialisten in Afghanistan unterstützten!* Diese selbsternannten „Sozialisten" trugen im Rahmen ihrer beschränkten Kräfte dazu bei, den Schrecken, der jetzt auf afghanischen Frauen lastet, zu verwirklichen.

Die „russische Frage" knallhart

Im 19. Jahrhundert bemerkte der utopische Sozialist Charles Fourier, daß der gesellschaftliche Fortschritt am Status der Frauen in der Gesellschaft gemessen werden kann. In Afghanistan ist das klar und deutlich. Für Marxisten, ja für jeglichen Gegner der Frauenunterdrückung war es so offensichtlich und klar, daß man auf der Seite stehen mußte, die gegen die US-unterstützten islamischen Fundamentalisten in Afghanistan kämpfte, wie es für die Erste Internationale von Karl Marx klar war, im amerikanischen Bürgerkrieg die von Abraham Lincoln geführten Kräfte der Union gegen die Sklaverei zu unterstützen.

Wie konnte es dazu kommen, daß vorgebliche Trotzkisten wie das Vereinigte Sekretariat (VS) des verstorbenen Ernest Mandel (in Deutschland sind seine Anhänger heute auf den Revolutionär Sozialistischen Bund [RSB] und die Vereinigung für Sozialistische Politik [VSP] verteilt) beim Einmarsch der sowjetischen Armee Ende 1979 zuerst schwankten, ob sie die DVPA-Regierung halbherzig unterstützen oder „Russen raus" fordern sollten, und sich dann auf letzteres einigten? Wie kam es, daß selbsternannte Sozialisten wie die Unterstützer von Tony Cliffs reformistischer Socialist Workers Party (SWP) in Britannien, in Deutschland vertreten durch die Internationale Sozialistische Organisation (ISO), sich auf die Seite derjenigen schlugen, die für die Versklavung der Frauen in Afghanistan kämpften? Die Antwort liegt in ihrer tiefsitzenden Feindseligkeit gegen den sowjetischen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat. Seit dem Augenblick, als die bolschewistische Revolution 1917 den Kapitalismus in Rußland stürzte, bis zur kapitalistischen Konterrevolution, die vor mehreren Jahren unter Boris Jelzins Führung stattfand, zielten die Imperialisten in erster Linie darauf ab, die kapitalistische Ausbeutung in der Sowjetunion wiedereinzuführen und die sozialen Errungenschaften rückgängig zu machen, die trotz jahrzehntelanger stalinistischer Degenerierung übriggeblieben waren. Deshalb lief der ganze Apparat der politischen Indoktrinierung in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa heiß, um Haß auf die Sowjetunion und Furcht vor ihr zu schüren. Weil Gruppen wie die ISO und das VS das von der Bourgeoisie propagierte Programm übernahmen, stellten sie sich in eine Reihe mit allen Kräften, die gegen die regierenden Stalinisten waren - von den sadistischen islamischen Fundamentalisten in Afghanistan und Iran bis zur antikommunistischen, antisemitischen und frauenfeindlichen Solidarno in Polen, die vom Vatikan unterstützt wurde.

Der historische Führer des amerikanischen Trotzkismus, James P. Cannon, führte einen Fraktionskampf innerhalb der damals revolutionären Socialist Workers Party in den USA gegen eine von Shachtman/Burnham geführte Minderheit, die argumentierte, man müsse die marxistische Position der militärischen Verteidigung der Sowjetunion aufgeben. Cannon schrieb dazu 1939:

> „Die Frage der russischen Revolution - und des Sowjetstaates, der ihr Werk ist - hat seit 22 Jahren eine scharfe Trennungslinie durch die Arbeiterbewegung aller Länder gezogen. Die Haltung gegenüber der Sowjetunion ist alle diese Jahre hindurch das entscheidende Kriterium gewesen, um die wirkliche revolutionäre Tendenz von allen Schattierungen und Abstufungen zu trennen, die es an Zauderern, Abtrünnigen und Kapitulanten vor dem Druck der bürgerlichen Welt gibt..."

Im Falle von Afghanistan trennte diese Linie nicht nur Revolutionäre von Reformisten, sondern auch Befürworter des sozialen Fortschritts von denen, die offen oder versteckt die Barbarei des finstersten Mittelalters unterstützten.

Im Bürgerkrieg,'der in Afghanistan vom Ende der 70er bis Anfang der 90er Jahre tobte, waren die Rechte der Frauen eine zentrale Frage, ein Umstand, der in der modernen Geschichte seinesgleichen sucht. Nachdem die DVPA durch den Staatsstreich vom April 1978 an die Macht gekommen war, versuchte sie, einige minimale Reformen einzuführen, um das Land näher ans 20. Jahrhundert zu bringen: Verteilung des Landes, Befreiung der Frauen aus dem Burka (dem „Schleier", der von Kopf bis Fuß reicht), Senkung des Brautpreises auf einen nominellen Betrag und die Schulbil-


SPARTACIST
Imperialistische Wut über Afghanistan
Hoch die Rote Armee!


Smash Islamic Reaction! No to the Veil!
Battle for Afghanistan
Women and Revolution
SPARTAKIST
Kampf bis zum Tode gegen CIA-Mullahbanden!
Schlacht um Afghanistan
Gorbatschows Rückzug ist ein Verrat!

Spartakisten begrüßten die sowjetische Intervention in Afghanistan 1979. Nach dem verräterischen Rückzug Gorbatschows 1989 mobilisierten wir internationale Hilfe für Jalalabad

düng für Mädchen. Aber solche fundamentalen demokratischen Reformen können in einem grausam rückständigen Land wie Afghanistan explosiv sein, nicht zuletzt weil die Unterwerfung der Frauen innerhalb der Familie sie zu den ..Trägern" der traditionellen Kultur an die nächste Generation bestimmt. Afghanische Großgrundbesitzer, Stammesfürsten und Mullahs starteten einen wütenden Dschihad (heiliger Krieg); sie brannten Schulen nieder und häuteten Schullehrer bei lebendigem Leib wegen des „Verbrechens", jungen Mädchen das Lesen beigebracht zu haben.

Als Moskau im Dezember 1979 Truppen der Roten Armee nach Kabul einflog, um den Sturz seines DVPA-Klientenregimes durch die islamischen Reaktionäre zu verhindern und die eigene Südflanke gegen imperialistisches Eindringen zu schützen, wurde die „russische Frage" knallhart gestellt. Wir Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga (damals die internationale Spartacist Tendenz) erklärten als konsequente Verteidiger der Errungenschaften der Oktoberrevolution: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!" Wir warnten, daß die Kremlbürokraten nur widerstrebend intervenierten, um einen strategisch plazierten Klientenstaat zu stabilisieren, und sehr wohl einen Deal mit den Imperialisten aushecken könnten. Trotzdem war die Entsendung von Truppen nach Afghanistan eine eindeutig anständige und progressive Handlung. Sie lief dem stalinistisch-nationalistischen Dogma des „Sozialismus in einem Lande" zuwider, Jas Lenins Kampf für sozialistische Weltrevolution zugunsten der aussichtslosen Suche nach „friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus aufgibt.

Darüber hinaus erkannten wir, daß allein die sowjetische Intervention die Möglichkeit bot, den Weg zur Befreiung der schrecklich unterdrückten Völker Afghanistans zu eröffnen. Wenn die Befreiung nach Afghanistan kommen sollte, mußte sie von außen kommen. Das winzige Proletariat verschwand unter der Wucht des weitaus zahlreicheren islamischen Klerus; die städtische Bevölkerung war von Massen nomadischer Schäfer und Bauern umzingelt, die sich an die Khans verdingt hatten; die reaktionären Kräfte für Tradition und Status quo überwogen bei weitem die Kräfte des sozialen Fortschritts.

Gewiß entsandte die konservative Kremlführung unter Breschnjew nicht 100000 sowjetische Truppen nach Afghanistan, um dort eine soziale Revolution zu machen. Aber die bloße Präsenz dieser Truppen brachte die Möglichkeit der sozialen Befreiung mit sich, so wie dies Anfang des 19. Jahrhunderts Napoleons Militärfeldzug durch Europa im Kielwasser der Großen Französischen Revolution tat. Wie Trotzki in *Verratene Revolution* bemerkte, seiner definitiven Analyse der stalinistischen Bürokratie: „Allerdings leistet die Sowjetbürokratie auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik wie auf dem der Wirtschaft weiterhin eine gewisse progressive Arbeit, auch wenn die dadurch entstehenden Unkosten unverhältnismäßig hoch sind. Dies bezieht sich vor allem auf die rückständigen Völkerschaften der Union, die notwendigerweise eine mehr oder weniger lange Periode der Übernahme, Aneignung und Verarbeitung ihnen unbekannter Fertigkeiten und Kenntnisse durchmachen müssen."

Unter dem Schirm der sowjetischen Militärpräsenz wurden afghanische Frauen vom Schleier befreit, ausgebildet und in der werktätigen Bevölkerung als Lehrerinnen, Krankenschwestern, Ärztinnen und Regierungsangestellte integriert; Tausende dienten als Soldaten und Kommandierende in der afghanischen Armee und den Selbstverteidigungsmilizen. Die gewaltigen Errungenschaften, die den afghanischen Völkern potentiell offen standen, waren sichtbar in dem schreienden Widerspruch zwischen der Rückständigkeit Afghanistans und den massiven Fortschritten an Lebensstandard, Schulbildung, Gesundheitsversorgung und Rechten der Frauen nördlich des Amu-Darja-Flusses in den Sowjetrepubliken Zentralasiens. Diese Errungenschaften waren das Ergebnis der proletarischen Revolution vom Oktober 1917, geführt von Lenins und Trotzkis bolschewistischer Partei und auf Zentralasien ausgeweitet hauptsächlich durch die bewaffnete Intervention der Roten Armee gegen die Mullahs und Stammeskhans und durch eine Kampagne heroischer bolschewistischer Frauen, die sogar den Schleier anlegten als Teil einer Taktik, den sozialen Fortschritt zu den Frauen dieses rückständigen Gebiets zu bringen.

In einem Artikel über Afghanistan mit der Überschrift „Lob der Roten Armee" (*junge Welt,* 12./13. Oktober) kommentiert Jürgen Elsässer: „Als Kabul sowjetisch war, gab es keinen Sozialismus, aber wenigstens Zivilisation." Aber wenn die Sowjetunion eine „staatskapitalistische" Weltmacht gewesen wäre, wie Elsässer ebenfalls behauptet, wie kam dann ihre Intervention zustande, von der auch Elsässer sagt, daß sie nicht imperialistisch war? Kann es einen „vernünftigen" Kapitalismus geben, der irgendwie nicht auf dem Profitstreben des Kapitals basiert? Elsässer antwortet mit einem lauten „Ja". Afghanistan dient ihm als Beweis für seine Grundthese, daß die westlichen Imperialisten die Zivilisation nach Deutschland bringen. Er behauptet, daß die „Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie ... durch den Sieg der Alliierten in den beiden Weltkriegen durchgesetzt oder auf Grundlage dieser Siege verordnet" wurde. Für diesen „Antinationalen" ist Ende des 20. Jahrhunderts, fast 80 Jahre nach der Oktoberrevolution und nach zwei imperialistischen Weltkriegen, die Rolle der Bourgeoisie schlicht progressiv. Die Arbeiterklasse ist für ihn kein Faktor, genausowenig wie die Trotzkisten, deren Politik auf der proletarischen Revolution basiert. In Wirklichkeit war es nach dem Ersten Weltkrieg der *Internationalismus* des russischen Oktober, der 1918/19 die deutsche Revolution inspirierte. Diese wurde von der SPD-geführten bürgerlich-„demokratischen" Konterrevolution in Blut ertränkt. Nach dem Sieg der Roten Armee über das

Fortgesetzt auf Seite 10

Antisowjetischer Aufschrei von Pseudotrotzkisten

Januar 1980- Beim Einmarsch der Roten Armee reihten sie sich in die antisowjetische Kriegsfront der Imperialisten ein.

Links: Zeitung der Cliff-Anhänger (heute ISO).

Der dubiose BSA jubelte: „Moslemische Befreiungskämpfer in Afghanistan" *(neue Arbeiterpresse)*



Was bringen die 80ger Jahre? S.8/9
Sozialistische Arbeiterzeitung
H 4626 DX
ZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERGRUPPE · SAG
RUSSEN RAUS AUS AFGHANISTAN

neue Arbeiter Presse
Nr. 158 11. Januar 1980
WOCHENZEITUNG
50 PF
RÜCKZUG DER SOWJET-TRUPPEN AUS AFGHANISTAN !
Verteidigt die iranische Revolution!
Erklärung des Politischen Komitees der Workers Revolutionary Party

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 9

Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg war es der US-Imperialismus, der die Bourgeoisie von Auschwitz rettete und wiederbewaffnete als antisowjetisches Bollwerk im Kalten Krieg in Europa, und der später diesen Krieg nach Vietnam und Afghanistan trug.

Nach Moskaus militärischer Intervention in Afghanistan wetterten die Imperialisten und ihre „linken" Anhänger gegen den „sowjetischen Expansionismus". Aber weit entfernt von einem Versuch, Afghanistan einzuverleiben, führte die Kremloligarchie den Krieg halbherzig - trotz der Tatsache, daß in den frühen 80er Jahren sowjetische Truppen dabei waren, den Bodenkrieg zu gewinnen. Als Michail Gorbatschow 1985 an die Macht kam, fing er sofort mit Manövern an, einen Rückzug der sowjetischen Truppen auszuhandeln in der Hoffnung, die Belastung der sowjetischen Wirtschaft zu vermindern und die feindseligen Imperialisten zu beschwichtigen. Letztendlich aber bereitete Gorbatschow den Boden für die Zerstörung der Sowjetunion selbst. Der Rückzug des Kremls ermutigte die imperialistischen Herrscher - die weiterhin entschlossen waren, nichts weniger als die Vernichtung des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates zu erreichen - und stärkte die inneren Kräfte der kapitalistischen Restauration. Dem Rückzug aus Afghanistan folgte die Konterrevolution in Osteuropa: in Polen der Aufstieg von Solidarno an die Macht, in Deutschland die kapitalistische Wiedervereinigung, 1991 in Moskau Boris Jelzins prokapitalistischer Gegenputsch. Dies führte wiederum zu einem völligen Stopp der Unterstützung für Kabul, was den Untergang der zerbrechlichen afghanischen Wirtschaft und Zentralregierung bedeutete.

Als die sowjetischen Streitkräfte 1988/89 abgezogen wurden, verurteilten wir erbittert diesen Verrat, der den Weg zu einem blutigen Ansturm gegen afghanische Arbeiter, Frauen und Linke bahnte. Wir warnten, daß es weitaus besser wäre, gegen die Kräfte der Konterrevolution in Afghanistan zu kämpfen und sie dort zu besiegen, statt gezwungen zu sein, es mit ihnen innerhalb der Sowjetunion aufzunehmen. Gleichzeitig solidarisierten wir uns aktiv mit den Massen, die weiterhin einen erbitterten Kampf ums Überleben führten. Das Partisan Défense Committee (PDC), US-Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV), eine klassenkämpferische rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation, die mit der Spartacist League/ U.S. verbunden ist, schrieb im Februar 1989 an die afghanische Regierung mit dem Vorschlag, internationale Brigaden zu organisieren, um beim Kampf gegen die fundamentalistischen Mörderbanden der CIA zu helfen. Zwar wurde dieses Angebot nicht angenommen, aber das PDC und seine Schwesterorganisationen auf der ganzen Welt antworteten auf einen Spendenappell des DVPA-Regimes und sammelten international 44 000 Dollar, um der Zivilbevölkerung zu helfen, die ein Opfer des Mudschaheddin-Angriffs auf die östliche Stadt Jalalabad wurde.

Als Ausdruck der Solidarität schickten wir einen Korrespondenten von *Workers Vanguard*, Zeitung der SL/U.S., nach Kabul und Jalalabad. Wie wir damals schrieben:

> „Das belagerte Jalalabad war der Brennpunkt des Dschihad (des heiligen Krieges) des Imperialismus gegen sozialen Fortschritt und gegen die Sowjetunion. Das siegreiche Jalalabad kann revolutionären Kampf in der ganzen Region anspornen, von Indien bis zur Türkei. Dazu ist vor allem das Programm des leninistischen Internationalismus notwendig, das Banner der Internationalen Kommunistischen Liga." *(Spartakist* Nr. 63, September/ Oktober 1989)

Unsere Jalalabad-Kampagne erweckte die Sympathie von klassenkämpferischen Militanten auf der ganzen Welt. Spenden fluteten herein von *Zehntausenden* Menschen international: von eingewanderten Arbeitern in ganz Westeuropa; von Gewerkschaftern; von Studenten, die energisch Seite gegen die CIA beziehen wollten; und von Frauen überall, auch aus moslemischen Gemeinden. Im Laufe dieser Kampagne beschlossen wir, die Internationale Kommunistische Liga zu gründen, um zu betonen, daß allein unsere Tendenz für den Kommunismus Lenins und Trotzkis kämpft.

Antisowjetische „Einheitsfront" mit dem Imperialismus

Die Antwort der Cliff-Anhänger auf die sowjetische Intervention 1979 war, die Linie nachzuäffen, die von jeder imperialistischen Regierung der Welt vertreten wurde: „Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan!" Der britische *Socialist Worker* (12. Januar 1980) wollte die Opposition der CIA-unterstützten Mudschaheddin weißwaschen und schrieb: „Sie spricht mit der Rhetorik des islamischen Fundamentalismus. Aber zu dieser Zeit und auf diesem Platz sagt uns das wenig." Man mußte kein Marxist sein, um zu wissen, was die „Rhetorik des islamischen Fundamentalismus" einerseits und andererseits die sowjetische Intervention für afghanische Frauen und für alle linken und säkularen Kräfte bedeutete. Aber es waren nur die Spartakisten, die dies klar aussprachen. Dadurch zogen wir uns den Haß der Mullahanhängef zu, und im Januar 1980 verübten bei einer Veranstaltung zu Afghanistan an der Universität Frankfurt/Main Moslemfanatiker und Maoisten einen Mordanschlag auf unseren Genossen Fred Zierenberg. Er erhielt einen Messerstich in die Lunge und entging nur knapp dem Tod. Ein von uns initiierter Protest fand breite Unterstützung auch in Gewerkschaftskreisen. Aber die Führung der damaligen deutschen VS-Sektion GIM (Vorläufer von RSB und VSP) nahm ihre spätere eindeutige Pro-Mullah-Position in Afghanistan vorausschauend vorweg und weigerte sich, sich dieser Aktionseinheit anzuschließen. Mehrere GIM-Ortsgruppen trotzten der skandalösen Haltung ihrer Führung und beteiligten sich an Aktionseinheiten zur Verteidigung unserer Veranstaltungen.

Obwohl die Cliff-Leute besonders kraß für den imperialistischen Antisowjetismus über Afghanistan eintraten, standen sie auf der Linken ganz und gar nicht allein. Das pseudotrotzkistische Vereinigte Sekretariat veröffentlichte 1981, nach einigen anfänglichen Zickzacks, eine Erklärung, die mit dem Aufruf „Für ein Ende der sowjetischen Besatzung von Afghanistan!" genau in die Fußstapfen von Reagan/ Thatcher trat. Die politischen Banditen von David Norths Workers League in den USA und sein „Internationales Komitee", in Deutschland der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), heulten zusammen mit den imperialistischen US-Herrschern, die sowjetische Intervention sei ein Angriff auf „die nationalen Rechte und Gefühle des afghanischen Volkes" *(Bulletin,* 8. Juli 1986). Beim Einmarsch jubelte der BSA über „moslemische Befreiungskämpfer in Afghanistan" *(neue Arbeiterpresse,* 11. Januar 1980). Unter der Forderung „Rückzug der Sowjet-Truppen aus Afghanistan!" appellierte der BSA an den Antisowjetismus von SPD/DGB und rief „alle Teile der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Studentenbewegung auf, Resolutionen zu schicken und Versammlungen und Demonstrationen zu organisieren, um ihre Solidarität ... gegen die bürokratische Intervention auszudrücken". Unter dem NATO-Kanzler Helmut Schmidt waren SPD und die DGB-Bürokraten des imperialistischen Frontstaates Westdeutschland für den BSA ständiger Wunschpartner beim Krieg gegen die Sowjetunion. Seit der Zerstörung der Sowjetunion sind die Gewerkschaften für diese Organisation nicht mehr Teil der Arbeiterbewegung, und das Recht auf nationale Selbstbestimmung wird inzwischen komplett abge-



Shlau



Planeta

Sowjetische Militärpräsenz ermöglichte afghanischen Frauen die Beteiligung an Regierungsmilizen, um mit der Waffe in der Hand ihre Rechte gegen die Mudschaheddin zu verteidigen. Rechts: Studenten an der Kabuler Universität in den 80er Jahren

lehnt (siehe dazu *Spartakist* Nr. 120 und 121, Oktober/November 1995 und Januar/Februar 1996).

Etwas widersprüchlicher war die zentristische Gruppe Workers Power (WP) in Britannien (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht), die als Abspaltung von Cliffs Organisation entstand. Als Antwort auf das imperialistische Geschrei über die sowjetische Intervention machte Workers Power einen Schritt nach links, brach mit Cliffs absurder antimarxistischer Theorie, daß die Sowjetunion „staatskapitalistisch" sei (allerdings ohne eine kapitalistische Klasse oder eine kapitalistische Wirtschaft), und erklärte ihr formales Festhalten an Trotzkis Analyse der Sowjetunion als bürokratisch degenerierter Arbeiterstaat.

Zwar forderte Workers Power damals nicht einen sofortigen sowjetischen Rückzug, doch mit ihrer „Verurteilung der sowjetischen Invasion von Afghanistan" als „konterrevolutionär" *(Workers Power,* Februar 1980) reihten sie sich in die übrige antisowjetische stalinophobe Linke ein. Als der Kreml später die Truppen aus Afghanistan zurückzog, wendeten sie sich prompt und verurteilten den Rückzug. Die ganze Zeit sprühten sie auch Gift und Galle gegen unseren Ruf: „Hoch die Rote Armee!" WP sagt statt dessen: „Sozialisten hätten die UdSSR aufrufen sollen, der DVPA-Regierung militärische und finanzielle Unterstützung, ohne Bedingungen, zu geben" *(Workers Power,* November 1996). Das war jahrelang die Politik des Kreml gewesen, aber nachdem die DVPA-Regierung bescheidene, aber reale demokratische Reformen eingeführt hatte, wäre sie von einem massiven konterrevolutionären, von den USA gestützten Gegenschlag im Blut ertränkt worden, wenn es nicht die sowjetische Intervention gegeben hätte. Hinter dem Beharren von Workers Power, daß die durchaus fortschrittliche sowjetische Intervention konterrevolutionär gewesen sei, verbargen sich tief verwurzelte antisowjetische Vorurteile, die sie von ihren Ursprüngen in Cliffs Organisation geerbt hatte.

Aber die Cliff-Anhänger selbst zeigten keine solchen Skrupel und unterstützten konsequent die Linie der Imperialisten. Als Gorbatschow die sowjetischen Truppen abzog, mußte auch die SAG, Vorläufer der ISO in Deutschland, zugeben, daß damit „eine durch und durch reaktionäre politische Kraft" gewonnen hatte. Aber: „Der Weg nach vorn führt über den Sieg der Mullahs" *(Klassenkampf* Nr. 69, 3/1989). Damit nahm die SAG das grauenvolle Schicksal der Frauen bewußt in Kauf, solange es nur gegen die Sowjetunion ging. Sie bejubelte den „positiven Aspekt", daß dies „die Schwäche und Besiegbarkeit der zweitgrößten imperialistischen Weltmacht, der UdSSR" gezeigt habe. Auch die Imperialisten bemerkten diese „Schwäche", nämlich die Ausverkaufspolitik der Stalinisten, und heute sehen wir die verheerenden Folgen der kapitalistischen Konterrevolution in der UdSSR, in Afghanistan wie auch auf der ganzen Welt. Für die SAG/ISO ist ihre Linie nichts Neues: Schließlich lehnte sie sogar im Kampf gegen Nazi-Deutschland die Verteidigung der Sowjetunion ab.

Sogar heute, wo die Sowjetunion weg ist, waschen die Cliff-Anhänger die Rolle der islamisch-fundamentalistischen Terroristen und ihrer pakistanischen und amerikanischen Unterstützer weiß. Sie schreiben: „Der Erfolg der Taliban kommt von der Enttäuschung der Bevölkerung über die Führer, die gegen sie sind", und klagen, „die Taliban haben keine Antwort auf die schreckliche Krise des Landes" *(Socialist Worker, 5.* Oktober). Diese fundamentalistischen Reaktionäre haben *allerdings* eine „Antwort": ein Programm der allseitigen Reaktion und Ausrottung auch der bescheidensten sozialen Fortschritte für Frauen!

Sogar das dünne Feigenblatt, das die Cliff-Anhänger und das übrige antisowjetische Lager für ihre Linie anzubieten hatten, war der westlichen imperialistischen Propaganda entliehen: Die sowjetische Intervention verstoße gegen Afghanistans „nationale Selbstbestimmung". Die Frage der Selbstbestimmung ist für Marxisten den übergreifenden Klassenfragen untergeordnet: im Falle von Afghanistan die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus und der Kampf gegen die feudale Reaktion und Unterdrückung der Frauen. Mehr noch: Afghanistan ist keine einheitliche Nation, wie die Cliff-Anhänger behaupten, sondern es leben dort klar abgegrenzte unterschiedliche Nationalitäten (sowie Stämme und andere ethnische Gruppierungen), die durch künstliche Grenzen aufgespalten sind. Das Gebiet der Paschtunen reicht bis nach Pakistan hinein und das der Usbeken in die ehemalige Sowjetrepublik Usbekistan, während die Tadschiken auf einem Gebiet leben, das sich sowohl nach Tadschikistan als auch in den Iran erstreckt. Der Imperialismus verschärft in seinen Halbkolonien die Unterdrückung und verstärkt die Kräfte der Reaktion. Aber gerade weil die Sowjetunion nicht kapitalistisch/imperialistisch war, stellte die Intervention der Roten Armee in Afghanistan die Möglichkeit dar, diesem rückständigen Land fragmentierter Völkerschaften Fortschritt zu bringen.

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Wie Afghanistan zeigte, war Cliffs „staatskapitalistische" Analyse der Sowjetunion und die Pose seiner Anhänger als linke Opponenten des Stalinismus nur eine Deckung für ihre

Fortgesetzt auf Seite 17

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 2
Michail Bakunin: Gründer der anarchistischen Bewegung

Teil l dieser Artikelserie über „Die Ursprünge des Anarchismus" und die Auffassungen von Pierre-Joseph Proudhon erschien in Spartakist *Nr. 124 (September/Oktober 1996). Der nachfolgende Teil ist übersetzt aus* Workers Vanguard *Nr. 641, 15. März 1996, Zeitung der Spartacist League/U.S. Teil 3 wird sich mit der Pariser Kommune und der Spaltung in der I. Internationale befassen.*

Obwohl Proudhons Schriften bei politisch aktiven und fortschrittlichen französischen Arbeitern einen gewissen Einfluß hatten, strebte er nicht danach, der Führer einer organisierten Bewegung zu werden. Die anarchistische Bewegung als solche entstand erst durch Michail Bakunin in den 1860er Jahren. Proudhon war im Grunde ein Theoretiker, dessen Ansichten während seiner 25 Jahre als radikaler Publizist im großen und ganzen gleich blieben. Im Gegensatz dazu war Bakunin ein politischer Abenteurer, der mit sehr unterschiedlichen Programmen in unterschiedlichen Bewegungen und Milieus agierte. Einige spätere Anarchisten wie Sam Dolgoff argumentieren, daß Bakunins Ansichten und Aktivitäten vor Mitte der 1860er Jahre - die für sie ziemlich peinlich sind - wenig oder nichts mit Anarchismus zu tun haben. Es gibt jedoch in Bakunins wechselhafter Laufbahn wichtige Elemente der Kontinuität.

von Joseph Seymour

Michail Bakunin war der älteste Sohn eines adligen russischen Grundbesitzers, eines Mannes von beachtlicher Kultur, der Bildung hoch einschätzte, aber konventionelle politische Ansichten hatte. Michail wurde, typisch für einen jungen russischen Adligen, auf eine Militärakademie geschickt und wurde nach deren Abschluß ein Jungoffizier in der zaristischen Armee. Aber für eine militärische Karriere fehlte es Bakunin an Disziplin, und er ließ sich nach ein paar Jahren aus dem Dienst entlassen. Er entwickelte sich dann zu einem Bohémien in Moskaus intellektuellen Kreisen. Dort knüpfte er freundschaftliche Beziehungen zu Alexander Herzen, dem späteren Gründer des russischen Volkstümlertums. Aber Bakunin war in keiner Weise ein politischer Radikaler, als er als Mittzwanziger Rußland verließ, um in Deutschland Philosophie zu studieren.

Als Bakunin 1840 in Berlin ankam, wurde das intellektuelle Leben von den Linkshegelianern dominiert - ihren Anhängern und ihren Gegnern. Diese Strömung von demokratisch gesinnten Intellektuellen wurde durch die zunehmend repressive Politik des neuen, reaktionäreren und pietistischen Königs von Preußen radikalisiert. Die hegelianische Linke war im wesentlichen ein Ausdruck des wachsenden Widerspruchs zwischen der schnellen Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften in West- und Mitteleuropa und den monarchischen Regimen, die aus der feudalen Vergangenheit stammten, bei der Jugend des deutschen Bildungsbürgertums. Dieser Widerspruch sollte in den Revolutionen von 1848 bald explodieren.

Bakunin wurde ein typisches Mitglied der hegelianischen Linken, seine damaligen Anschauungen unterschieden sich nicht von denen der meisten europäischen Radikalen in den 1840er Jahren - die bald zu den „roten 48ern" werden sollten - außer durch seine Vorliebe für extremistische Rhetorik. Seine erste Schrift als selbsternannter Revolutionär, „Die Reaktion in Deutschland" (1842), enthält den berühmten Aphorismus: „Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust."

Man muß Bakunin zugutehalten, daß er ein glühender Unterstützer des Kampfes für die Unabhängigkeit Polens wurde, das von den Staaten Rußland, Preußen und Österreich-Ungarn unterjocht und aufgeteilt worden war. Die Sache der nationalen Befreiung Polens von der dreiseitigen Unterdrückung durch die Romanows, Hohenzollern und Habsburger war praktisch für alle Radikalen der 1840er Jahre eine Herzenssache. Aber daß ein junger russischer Adliger den Kampf für die polnische Unabhängigkeit mit einer demokratischen Revolution in Rußland selbst verbindet, war besonders bedeutsam, nicht zuletzt in den immer wachsamen Augen der zaristischen Selbstherrschaft.

Bakunin als linker panslawistischer Nationalist

Während des geschichtsträchtigen Jahres 1848 trat Karl Marx als der Führer einer organisierten Gruppe auf, die sich auf ein klares Programm stützte, das am besten in dem gerade erst veröffentlichten *Kommunistischen Manifest* zum Ausdruck kam. Im Gegensatz dazu agierte Bakunin als ein ungebundener politischer Abenteurer, der kaum irgendeinen Einfluß auf die folgenschweren Ereignisse hatte, an denen er teilnahm. Er ging von Brüssel nach Paris, von Paris in verschiedene Städte in Deutschland und im Kaiserreich Österreich-Ungarn, immer auf der Suche danach, wo etwas los war, oder auf der Flucht vor den Behörden.

Dennoch entwickelte sich Bakunin gerade während des revolutionären annus mirabilis (wunderbares Jahr) zu einer eigenständigen Persönlichkeit in der europäischen Linken. Und zwar nicht als ein Vertreter des Anarchismus - dessen grundlegende Doktrin schon von Proudhon entwickelt worden war, den Bakunin persönlich kennengelernt hatte -, sondern als ein Vertreter einer linken Version von panslawistischem Nationalismus. Er formulierte dieses Programm zum ersten Mal im Juni 1848 auf dem Slawenkongreß in Prag und entwickelte dies ausführlicher ein paar Monate später in der Broschüre „Aufruf an die Slawen".

Um den Panslawismus, einschließlich seiner bakunistischen Variante, zu verstehen, muß man berücksichtigen, daß damals alle slawischen Völker, mit Ausnahme der Russen, unter einer Fremdherrschaft lebten. Die Westslawen (Tschechen und Kroaten) gehörten zum deutsch-dominierten Kaiserreich Österreich-Ungarn. Die Südslawen oder Balkan-Slawen (Serben und Bulgaren) standen unter dem Joch der osmanischen Türkei. Und die Polen wurden von zwei deutschen Staaten und dem russischen Staat ihrer slawischen Nachbarn unterjocht.

Der Panslawismus war im wesentlichen eine rechte Ideologie, die dem russischen Imperialismus, besonders auf dem Balkan, die Mission einer „nationalen Befreiung" anzudichten versuchte. Bakunin jedoch gab dem Panslawismus eine linkere Richtung, indem er die Unterstützung Rußlands für die Befreiung der West- und Südslawen mit der Errichtung einer demokratischen Republik in Rußland verband. In bezug auf den Slawenkongreß erklärte er in seinem „Aufruf":

> „Wir haben einen Aufruf an das russische Volk verfaßt, das allein unter den slawischen Völkern seine Unabhängigkeit bewahrt hat; und wir haben es daran erinnert, was ihm heute auch nicht gefällt, daß selbst diese Unabhängigkeit nur illusorisch ist, solange es nicht seine Freiheit erobert hat, solange es nicht aufgehört hat, eine Geißel für das polnische Volk und eine Bedrohung der Zivilisation und Freiheit Europas zu sein. Wir haben schließlich die unauflösliche Solidarität aller slawischen Völker proklamiert, die künftig nur noch einen einzigen politischen Körper bilden, föderalistisch gegründet auf den demokratischen Grundlagen von Nationalität, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit." (aus Josef Pfitzner, *Bakuninstudien. Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte,* 1932)

Bakunin projizierte hier auf Rußland eine politische und soziale Revolution nach dem Modell der Großen Französischen Revolution von 1789, das heißt eine radikale bürgerlich-demokratische Bewegung, die sich auf einen Aufstand der unteren Klassen in den Städten (in erster Linie das Handwerkerproletariat) stützt und mit einer breiten Bauernrevolte verbunden ist. Aber im Rußland der 1840er Jahre gab es in den Städten keine ins Gewicht fallende bürgerliche Schicht, die eine Volksrevolution gegen die zaristische Autokratie hätte in Gang setzen und anführen können. Auf ihre Weise haben dies die kleinbürgerlichen nationalistischen Führer (wie der Tscheche Ferdinand Palacky), die den Kongreß der Slawen in Prag organisiert hatten, verstanden und deshalb Bakunins Vorstellung von einem „demokratischen panslawistischen Staat" als utopische Phantasterei abgetan. Mit Ausnahme der Polen, die von den russischen Slawen unterdrückt wurden, richteten die nationalistischen Bewegungen unter den Westslawen und den slawischen Völkern auf dem Balkan ihre Hoffnung darauf,daß die zaristische Autokratie oder die Habsburger Monarchie sich für ihre Sache einsetzen würden.

Bakunins „Aufruf" schließt mit einem vagen Aufruf zur sozialen Revolution:

> „Man muß die materiellen und moralischen Bedingungen unserer jetzigen Existenz umstürzen, man muß diese altersschwache soziale Welt, die impotent und steril geworden ist, von Kopf bis Fuß umkrempeln. Sie könnte ein so großes Ausmaß von Freiheit weder fassen noch zulassen. Vorher muß man noch die Atmosphäre reinigen und das Milieu, in dem wir leben, vollständig verändern, denn es korrumpiert unsere Instinkte und unseren Willen, es läßt unsere Herzen und unsere Intelligenz verkümmern. - Die soziale Frage erscheint also zunächst als Umsturz der Gesellschaft."

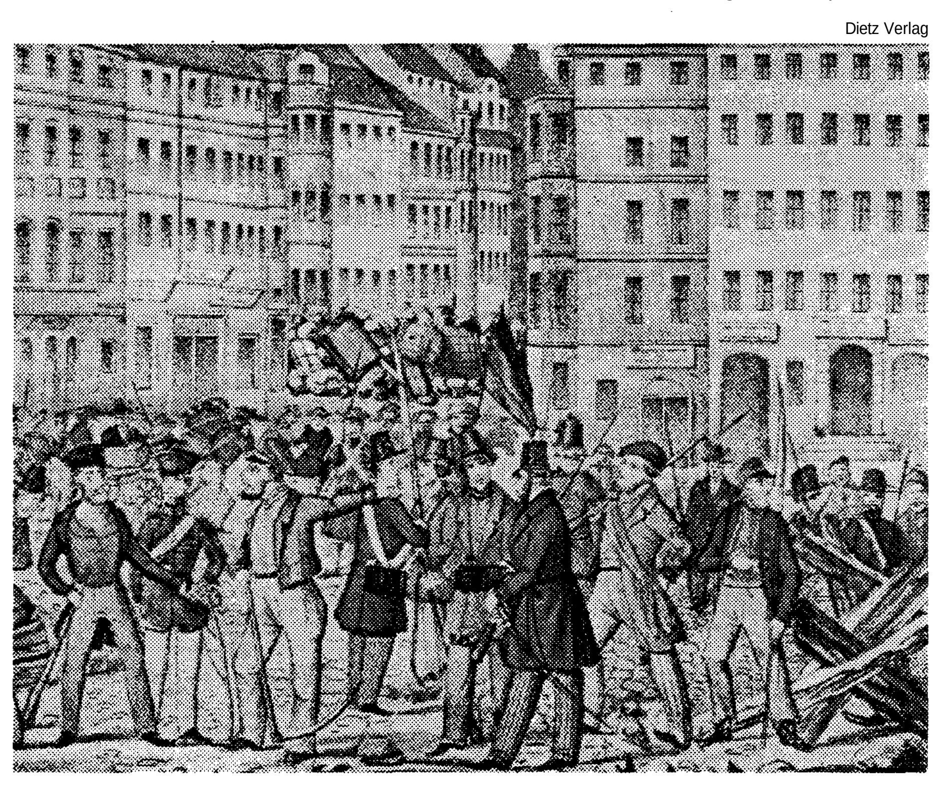
Von einem marxistischen Standpunkt aus ist an dieser Passage zweierlei auffallend. Als erstes stehen hinter dem „wir", in dessen Namen Bakunin zu sprechen vorgibt, nicht Arbeiter oder Bauern oder etwa die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen insgesamt. Er richtet seine Appelle buchstäblich an alle Slawen *aller* gesellschaftlichen Klassen. Zum zweiten, und teilweise aus diesem Grund, hat Bakunins Aufruf zur sozialen Revolution überhaupt keinen konkreten programmatischen Inhalt und ist kaum mehr als hochgestochene Rhetorik. Ein immer wiederkehrendes Merkmal in Bakunins Anschauungen war seine ausdrückliche Ablehnung von Marx' und Engels' Auffassung, daß die Gesetze der Geschichte die Grundlage für die Ausarbeitung eines Programmes zur Erreichung des revolutionären Ziels sein müssen. Wenn man die historisch-materialistische Anschauung

Fortgesetzt auf Seite 14

Dietz Verlag

Michail Bakunin wurde zuerst als linker panslawistischer Nationalist bei den Revolutionen von 1848 bekannt. Seine Beteiligung am Dresdner Aufstand vom Mai 1849 brachte ihm acht Jahre Gefängnis ein

Dietz Verlag



Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 13

zurückweist, dann bleibt anstelle einer Klassenanalyse im Grunde nur Moralismus übrig.

Bakunins Programm und seine Ansichten stießen damals auf schneidende Kritik von Friedrich Engels in seinem Artikel „Der demokratische Panslawismus" (Februar 1849). Diese Polemik ist in erster Linie deshalb wichtig, weil sie die spätere Debatte zwischen wissenschaftlichem Sozialismus und Anarchismus vorwegnimmt. Engels trifft den Kern von Bakunins Weltanschauung: die Überzeugung, daß nationale und soziale Befreiung im Grunde genommen ein Akt des Willens sei, der an jedem Ort jederzeit unter beliebigen wirtschaftlichen Bedingungen erreicht werden könne. Engels erklärt:

> „Von den in der Wirklichkeit bestehenden Hindernissen einer solchen allgemeinen Befreiung, von den so durchaus verschiedenen Zivilisationsstufen und den dadurch bedingten ebenso verschiedenen politischen Bedürfnissen der einzelnen Völker ist keine Rede. Das Wort ‚Freiheit' ersetzt das alles. Von der Wirklichkeit ist überhaupt keine Rede, oder soweit sie etwa in Betracht kommt, wird sie als etwas absolut Verwerfliches, von ‚Despotenkongressen' und ‚Diplomaten' willkürlich Hergestelltes geschildert. Dieser schlechten Wirklichkeit gegenüber tritt der angebliche Volkswille mit seinem kategorischen Imperativ, mit der absoluten Forderung der .Freiheit' schlechtweg...
>
> .Gerechtigkeit', .Menschlichkeit', .Freiheit', ‚Gleichheit', .Brüderlichkeit', Unabhängigkeit' - bis jetzt haben wir weiter nichts in dem panslawistischen Manifest gefunden, als diese mehr oder weniger moralischen Kategorien, die zwar sehr schön klingen, aber in historischen und politischen Fragen *durchaus nichts beweisen.* Die .Gerechtigkeit', die .Menschlichkeit', die .Freiheit' usw. mögen tausendmal dies oder jenes verlangen; ist die Sache aber unmöglich, so geschieht sie nicht und bleibt trotz alledem ein .leeres Traumgebilde'." (Hervorhebung im Original)


Dietz Verlag

Friedrich Engels verurteilte Bakunins Forderung nach einem demokratischen panslawischen Staat als „leeres Traumgebilde"

Heute werden mindestens ebenso wie 1848 für die Erreichung wirklicher allgemeiner Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung nötig sein, was nur unter einem kommunistischen Weltsystem verwirklicht werden kann.

Marx und Engels haben verstanden, daß es im damaligen zaristischen Rußland keine soziale Basis für eine bürgerlich-demokratische Revolution gab. Daher erkannten sie, daß der Panslawismus, was für konfuse Vorstellungen auch immer in Bakunins Kopf vorhanden gewesen sein mögen, nur als Deckmantel für eine Intervention des zaristischen Rußlands in Mitteleuropa und auf dem Balkan dienen konnte. Und tatsächlich, nur ein paar Monate nachdem Engels seine Polemik gegen Bakunin geschrieben hatte, brachte die russische Armee im Bündnis mit Habsburgs Truppen die bürgerlich-demokratische Regierung von Louis Kossuth in Ungarn zu Fall.

In einer wichtigen Hinsicht wurden die Auffassungen von Marx und Engels zur nationalen Frage während der Revolutionen von 1848 durch den weiteren Verlauf der Geschichte widerlegt. Sie bewerteten die Bestrebungen der osteuropäischen Nationalitäten nach nationaler Unabhängigkeit entsprechend ihrer Fähigkeit, einen modernen unabhängigen Nationalstaat zu konsolidieren, der eine wirtschaftliche Entwicklung begünstigt. Sie unterschieden zwischen „revolutionär-demokratischen" und „reaktionären" Nationen aufgrund dessen, ob deren nationaler Kampf den europäischen Revolutionen Auftrieb geben würde oder hinderlich für sie wäre. Wie Bakunin waren Marx und Engels entschiedene Verfechter eines unabhängigen Polens, denn die Aufteilung Polens war der Kitt, der die reaktionäre Heilige Allianz von Preußen, Österreich-Ungarn und Rußland zusammenhielt. Aber sie glaubten, daß die Westslawen (Tschechen und Kroaten) zu einer unabhängigen nationalen Existenz nicht in der Lage seien und sich mit der Zeit in die größeren Nationen der Deutschen und Ungarn assimilieren würden.

Ein späterer marxistischer Historiker, der gegenüber Engels' Auffassung über die slawische Frage sehr kritisch war, Roman Rosdolsky, stellte jedoch fest, daß Marx und Engels mit ihrer Einschätzung der Kräfte in den Kämpfen von 1848/49 Recht hatten; er sagte, daß die Rolle, die die „alten Kulturnationen" (die Deutschen, Ungarn und Polen) spielten, „im ganzen und großen *revolutionär"* war, „während der sich gegen sie richtende Kampf der Slawen der *Kontrerevolution* zugute kam" *(Zur nationalen Frage - Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen" Völker,* 1981). Bakunins Hoffnungen, daß die unterdrückten slawischen Völker 1848 eine revolutionäre Rolle spielen würden, zerschlugen sich. Der Slawenkongreß, der im Juni dieses Jahres in Prag zusammentrat, war gespalten in einen radikalen Flügel, der auf gemeinsame Aktionen mit demokratischen Bewegungen in Deutschland und Ungarn setzte, und einen rechten Flügel, der die „Autonomie" für die slawischen Regionen im Rahmen der Habsburger Monarchie anstrebte. Der Sabor (die Nationalversammlung) der Südslawen, der zur gleichen Zeit in Zagreb zusammentrat, war fest in der Hand des rechten Flügels, der seine Loyalität für die Habsburger zum Ausdruck brachte und feierlich gelobte, im österreichischen Kaiserreich zu bleiben; nur eine kleine Minderheit versuchte, ihren nationalen Kampf mit dem revolutionären Kampf gegen die feudalen monarchistischen Regime zu verbinden.

Obwohl das *Kommunistische Manifest* den Kampf um die Macht durch das Proletariat als Klasse für sich als den einzigen Weg zur Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung sah, gingen Marx und Engels immer noch davon aus, daß die demokratische Bourgeoisie eine revolutionäre Rolle spielen könnte, wenn sie den rückständigeren Regionen wirtschaftlichen Fortschritt bringen würde, auch durch militärische Eroberungen, so wie Napoleons Armeen früher gegen reaktionäre und klerikale Kräfte in den Gebieten gekämpft hatten, die sie besetzt hatten. Die Revolutionen von 1848 demonstrierten für Marx und Engels, daß die Bourgeoisie - bereits in Angst vor den in Bewegung geratenen plebejischen Massen - nicht länger für ein demokratisches Programm von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" eintreten würde. Die Niederlage dieser Revolutionen bestimmte daher die sich entwickelnden Positionen von Marx und Engels zur nationalen Frage. Die Perspektive der Assimilation kleiner Nationalitäten wie der Tschechen

und Kroaten im Zusammenhang einer europaweiten sozialen Revolution war von der Geschichte überholt worden.

In den nächsten Jahrzehnten erkannten Marx und Engels, daß die Eroberung und Eingliederung von rückständigeren Regionen durch fortgeschrittenere kapitalistische Staaten nur die Versklavung dieser unterdrückten Völker und auch des Proletariats der Unterdrückernationen aufrechterhalten würde. In einem Brief vom 10. Dezember 1869 an Engels trat Marx für die Unabhängigkeit Irlands von England ein und führte aus, daß

> „es *das direkte, absolute Interesse der English Working Class ist, to get rid of their présent connexion with Ireland* [von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen]... Die englische working class wird *nie was ausrichten,* before it has got rid of Ireland [bevor sie sich von Irland gelöst hat]... andrerseits die englische Reaktion in England (wie zu Cromwells Zeit) in der Unterjochung Irlands wurzelte."



Dietz Verlag

Polnische Aufständische schmieden 1863 Waffen für den Kampf gegen zaristische Herrschaft. Nach der Niederlage der polnischen nationalen Erhebung gab Bakunin panslawistischen Nationalismus auf und entwickelte die anarchistische Lehre

Bakunins Beichte an den Zaren

Die Konterrevolution, die Mitte 1849 über Mitteleuropa hinwegrollte, erwischte Bakunin im ostdeutschen Staat Sachsen. Wie Engels im Rheinland und in Baden, entschloß er sich, an einem Nachhutgefecht gegen eine militärische Übermacht teilzunehmen - an einem Aufstand in der Stadt Dresden. Im Unterschied zu Engels entkam Bakunin nicht in die Sicherheit des Exils. Er wurde von den sächsischen Behörden gefangengenommen, die ihn an die Österreicher auslieferten, die ihn nach ein paar Jahren an die Russen auslieferten.

Kurz nachdem er 1851 in die Peter-und-Paul-Festung in St. Petersburg eingesperrt worden war, forderte ein höherer Polizeibeamter Bakunin auf, dem Zaren seine Verbrechen zu gestehen, als ob er dies seinem „geistlichen Vater" gegenüber tun würde. Überraschenderweise hat Bakunin das getan:

> „Meine Beichte an SIE, meinen HERRSCHER, wäre in wenigen Worten enthalten: HERRSCHER! Ich bin voll und ganz schuldig vor EURER KAISERLICHEN MAJESTÄT und vor den Gesetzen des Vaterlandes...
> Ja, HERRSCHER, ich werde IHNEN wie einem geistlichen Vater, von dem der Mensch nicht für diese, sondern für die andere Welt Verzeihung erhofft, beichten; ich bitte Gott, daß er mir einfache, aufrichtige, zu Herzen gehende Worte eingebe ohne Falschheit und Schmeichelei, Worte, die würdig sind, ans Herz EURER KAISERLICHEN MAJESTÄT zu dringen." (Michail Bakunin, *Brief aus dem Gefängnis - Die „Beichte")*

Von den Dekabristen der 1820er Jahre über die Volkstümler der 1870er bis zu den Bolschewik!, Menschewiki und Sozialrevolutionären des frühen 20. Jahrhunderts standen Tausenden von russischen Revolutionären Erschießung, Zuchthaus und Zwangsarbeit in Sibirien bevor. Aber mit der einzigen Ausnahme von Bakunin hat kein prominenter russischer Revolutionär jemals einen unterwürfigen persönlichen Appell an den Zaren gerichtet.

Aber es wäre falsch, Bakunins Beichte für eine Zurückweisung seiner Ansichten oder sogar für ein scheinheiliges Manöver zu halten, um freizukommen oder das Urteil in eine Verbannung nach Sibirien abgemildert zu bekommen. Das Hauptthema seines überlangen Dokumentes ist es, Nikolaus I. für die Sache des revolutionären Panslawismus zu gewinnen. Insbesondere appelliert Bakunin an antideutsche Gefühle, von denen er annimmt, daß sie alle wahren Slawen teilen:

> „Der Haß gegen die Deutschen ist die wichtigste Voraussetzung der Einheit und Verständigung der Slawen untereinander; er ist jedem Slawen so stark, so tief ins Herz eingegraben, daß ich der festen Überzeugung bin, HERRSCHER, die Slawen werden früher oder später, in irgendeiner Form, wie es eben die politischen Verhältnisse Europas mit sich bringen werden, das deutsche Joch abschütteln, und eine Zeit wird kommen, wo es keine preußischen, keine österreichischen, keine türkischen Slawen mehr gibt...
> HERRSCHER, SIE wissen, wie tief und stark die Sympathien der Slawen für das mächtige russische Zarenreich sind, von dem sie damals Unterstützung und Hilfe erhofften, SIE wissen, wie groß die Furcht der österreichischen Regierung, ja der Deutschen überhaupt vor dem russischen Nationalismus war und ist!"

Der Kern des Programms, das er in seiner „Beichte" entwickelt - eine Föderation freier slawischer Völker - ist daher der gleiche wie bei seinem „Aufruf" von 1848, nur daß er es jetzt mit der Hilfe der zaristischen Autokratie erreichen will statt durch ihren Sturz.

Die „Beichte" sollte man nicht abtun als eine untypische Aktion eines verzweifelten Mannes, die in keinerlei Beziehung steht zum bakunistischen Anarchismus als Doktrin oder Bewegung. Wie wir gesehen haben, war ein zentraler Ausgangspunkt des Anarchismus, daß es eine *universelle Moral* gibt, die über Klassenschranken und -konflikte hinausgeht. Von Bakunins Standpunkt aus war es genauso möglich, den Zaren aller Reußen für ein Programm der nationalen und sozialen Befreiung zu gewinnen, wie einen intellektuell interessierten Adligen oder einen Arbeiter oder einen Bauern. Und tatsächlich, ein Jahrzehnt nachdem er seine „Beichte" geschrieben hatte, als er aus Rußland geflohen war und in Sicherheit in London lebte, *appellierte*

Fortgesetzt auf Seite 16

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 15

Bakunin wieder an den Zaren, die slawische nationale Befreiungsbewegung anzuführen! In einer Broschüre aus dem Jahre 1862, *ThePeople's Cause; Romanov, Pugachev or Pestel (Die Sache des Volkes: Romanow, Pugatschow oder Pestel),* schreibt er:

„Wir sollten von allen mit größter Freude Romanow folgen, wenn Romanow sich aus einem Petersburger Kaiser in einen Nationalen Zar wandeln könnte und würde... Wir würden ihm folgen, weil er *allein* eine große, friedliche Revolution durchführen und vollenden könnte, ohne einen einzigen Tropfen russischen oder slawischen Blutes zu vergießen." (Hervorhebung im Original)

Nikolaus I. beurteilte zwar Bakunins „Beichte" als „sehr seltsam und aufschlußreich", er entschied aber, dessen Autor auch weiterhin unter den harten Bedingungen in der Peter-und-Paul-Festung gefangenzuhalten. Erst 1857 wurde Bakunin, zum großen Teil aufgrund der Intervention seiner Familie, aus dem Gefängnis entlassen und nach Sibirien verbannt. Ein paar Jahre später konnte er von dort fliehen, schaffte es, den Pazifik zu überqueren, und landete schließlich in London, wo er sich Alexander Herzens Zirkel anschloß. Zu diesem Zeitpunkt war Bakunins Politik immer noch eine linke - aber rabiat antideutsche - Version von panslawistischem Nationalismus. In einem Brief an seine Schwägerin schrieb er 1862: „Ich kümmere mich einzig und allein um die polnische, die russische und die panslawistische Sache, und ich predige, systematisch und mit glühender Überzeugung, Haß auf die Deutschen" (zitiert in E. H. Carr, *Michael Bakunin,* 1937).

Bakunins Laufbahn als linker panslawistischer Nationalist ging 1863 mit der Niederlage des polnischen nationalen Aufstands gegen die zaristische Selbstherrschaft zu Ende. Er versuchte, nach Polen zu kommen, um persönlich an den Kämpfen teilnehmen zu können, aber er blieb in Schweden hängen. Er und Herzen brachten Aufrufe heraus, in denen russische Demokraten aufgefordert wurden, die Polen zu unterstützen, und in denen an russische Soldaten appelliert wurde, nicht auf ihre polnischen Brüder zu schießen. Zur gleichen Zeit kritisierte Bakunin die aristokratischen Führer des polnischen Aufstands scharf dafür, daß sie sich einer Agrarrevolution entgegenstellten. Seine Enttäuschung über den polnischen Nationalismus brachte ihn dazu, auch dem Panslawismus den Rücken zu kehren. Also suchte sich Bakunin etwas Neues und entwickelte dementsprechend auch eine neue politische Doktrin.

Die Geburt der anarchistischen Bewegung

1864 ging Bakunin nach Italien, wo er sich einem Zirkel um Fürstin Soje Obolonski anschloß, einer reichen russischen Adligen, die radikale Ideen unterstützte. Gerade die Großzügigkeit dieser russischen Fürstin ermöglichte es Bakunin, seine erste Geheimgesellschaft zu gründen. Ihre ersten Mitglieder waren hauptsächlich deklassierte Intellektuelle, die sich an der italienischen nationalistischen Bewegung beteiligt hatten, die aber vom konservativen bürgerlichen Staat des vereinigten Italiens enttäuscht worden waren, der aus dem Risorgimento hervorgegangen war. Als Fürstin Obolonski ein paar Jahre später in die Schweiz ging, folgte Bakunin seiner Gönnerin dorthin, und er sollte, bis auf gelegentliche Auslandsreisen, bis zu seinem Tod 1876 in der Alpenrepublik bleiben.

Während seines Italien-Aufenthaltes entstand der bakunistische Anarchismus sowohl als Doktrin als auch als Bewegung. Bei seinen Aufrufen zur Revolution im Namen des Anarchismus wendete sich Bakunin an die *gleichen sozialen Schichten* - nur jetzt in Südeuropa -, an die er vorher im Namen des demokratischen Panslawismus appelliert hatte: deklassierte Intellektuelle wie er selber, verarmte Handwerker und andere Elemente städtischer Plebejer, arme Bauern und Landarbeiter. Der *Revolutionäre Katechismus* von 1866, geschrieben für die Internationale Brüderschaft, ist eine klare und schlüssige Darstellung von Bakunins Programm. Seine anschließenden Schriften sind in großem Maße eine Ausarbeitung und Verteidigung der Positionen, die er in diesem Dokument zum erstenmal dargelegt hatte. Der *Katechismus* bekräftigt, was zum grundlegenden negativen Prinzip des Anarchismus werden sollte: „...die radikale Auflösung des zentralistischen, bevormundenden, autoritären Staates mit allen militärischen, bürokratischen, regierenden, verwaltenden, gerichtlichen und bürgerlichen Einrichtungen" (aus: *Michail Bakunin Werke [1866-1873],* „Prinzipien und Organisation einer internationalen revolutionär-sozialistischen Geheimgesellschaft", 1866). Dieses Dokument formuliert auch das grundlegende positive Element des anarchistischen Programms: *„Innere Reorganisation* jedes Landes mit *der absoluten Freiheit der Individuen, produktiven Assoziationen und Gemeinden* als Ausgangspunkt und Grundlage" (Hervorhebung im Original). Diese autonomen Gemeinden würden sich aus freiem Entschluß zu autonomen Provinzen zusammenschließen, die sich wiederum ebenso frei zu autonomen Nationen zusammenschließen würden.

Die Gesellschaft, die Bakunin vor Augen hatte, ist in vielerlei Hinsicht attraktiv. Im Unterschied zum reaktionären bigotten Proudhon sind Bakunins Ansichten zu sozialen Fragen wirklich libertar (bis auf eine starke Dosis von Antisemitismus). Er glaubte an die Freiheit und Gleichheit der Geschlechter: „Die religiöse und die Zivilehe werden durch *die freie Ehe* ersetzt. *Zwei großjährige* Personen verschiedenen Geschlechts haben das Recht, sich nach eigenem Willen, ihren gegenseitigen Interessen und ihren Herzensbedürfnissen zu vereinigen und zu trennen, ohne daß die Gesellschaft das Recht hätte, ihre Vereinigung zu verhindern oder dieselbe gegen ihren Willen aufrechtzuerhalten." Bakunin unterstützte auch die Rechte von Kindern gegen tyrannische und ausfallende Eltern, eine damals ungewöhnlich fortschrittliche Einstellung. Und was alte Menschen angeht: „Alte Leute, Arbeitsunfähige und Kranke, mit Sorgfalt und Achtung umgeben und alle politischen und sozialen Rechte genießend, werden auf Kosten der Gesellschaft reichlich gepflegt und unterhalten werden." Letzten Endes stimmen die kommunistische und die anarchistische Vision darüber, wie eine anstrebenswerte Gesellschaft aussehen soll, weitgehend überein. Der Unterschied - und das ist *die* Differenz - besteht darin, wie man dorthin gelangt.

Wenn man den *Revolutionären Katechismus* unter diesem Aspekt sorgfältig und kritisch liest, treten offensichtliche Widersprüche zutage. Bakunin, der von Natur aus sehr kämpferisch war, war nicht so naiv zu denken, daß die Beziehungen zwischen Provinzen und Nationen immer ohne Konflikte sein würden. Er sah deshalb ein internationales Tribunal mit erheblicher Macht vor:

,J)as internationale Gericht hat keine andere Mission, als in letzter Instanz zwischen Staaten und deren Provinzen Recht zu sprechen...

Kein föderierter Staat darf je gegen einen anderen föderierten Staat Krieg führen. Wenn das *internationale Parlament* sein Urteil gesprochen hat, muß sich der verurteilte Staat unterwerfen. Tut er dies nicht, so müssen alle anderen Staaten der Föderation ihren Verkehr mit ihm abbrechen ... und im Fall eines Angriffs auf sie, sich solidarisch gegen ihn rüsten."

Ein internationales Gremium, das die Macht hat, militari-

sehe Aktionen gegen eine „Aggressor"-Nation zu sanktionieren, ist tatsächlich ein *weltweiter Superstadt* - welchen Namen auch immer Bakunin vorgezogen hat -, der eindeutig mit einer organisierten Militärmacht ausgestattet wäre, um einen „Überfall zurückzuschlagen".

Der grundlegende Widerspruch im *Revolutionären Katechismus* und vom bakunistischen Anarchismus im allgemeinen ist sein Eintreten für wirtschaftliche Gleichheit im Weltmaßstab einerseits und für extreme politische Dezentralisierung andererseits. Selbst in den 1860er Jahren trennten enorme Ungleichheiten die verschiedenen Regionen Europas, von der übrigen Welt ganz zu schweigen. Bakunins Programm forderte, daß jede Gemeinde für die kostenlose Ausbildung aller Kinder sorgen solle. Sehr gut. Aber wie sollten die Kinder von Bauern in Süditalien oder Spanien, die selber nicht lesen und schreiben können, das gleiche Ausbildungsniveau wie Kinder von qualifizierten Handwerkern in den relativ wohlhabenden Städten der Schweiz oder im westlichen Deutschland erreichen? Das Anheben des Lebensstandards in Spanien, um den der Schweiz zu erreichen, würde eine massive Umverteilung der weltweiten Ressourcen zugunsten der weniger entwickelten Länder erfordern, was kaum vereinbar ist mit lokaler Autonomie und Dezentralisierung.

Offensichtlich würden einige Gemeinden und Provinzen einen viel höheren Lebensstandard haben als andere aufgrund von Unterschieden in der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, in der industriellen Entwicklung, im kulturellen Niveau der Bevölkerung usw. Aber keine einzige von Bakunins zahlreichen Schriften über anarchistischen Föderalismus geht auf diese Frage ein. Wie sollen zum Beispiel die Handelsbedingungen zwischen Gemeinden, Provinzen und Nationen festgelegt werden, von denen die einen landwirtschaftliche Produkte exportieren und die anderen Industriewaren? Durch Marktkonkurrenz? Bakunin hätte dies entschieden zurückgewiesen. Durch die Entscheidungen eines internationalen Tribunals? Wie würden dann solche Entscheidungen durchgesetzt werden?

Hätte man die Frage, wie man wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Regionen überwinden kann, Bakunin und seinen Anhängern wie Kropotkin gestellt, dann hätten sie zweifellos geantwortet: Die wohlhabenderen Gemeinden, Provinzen und Nationen werden *freiwillig* ihre Ressourcen mit den ärmeren teilen. „Der Mensch", so schrieb es Bakunin vor, „sollte die Freiheit, Moral und Menschlichkeit aller Menschen wünschen im Interesse seiner eigenen Menschlichkeit, seiner eigenen Moral und seiner persönlichen Freiheit" *(The Knouto-German Empire and thé Social Revolution* [Das Knutogermanische Kaiserreich und die soziale Revolution, 1871]). Trotz des militanten Atheismus von Bakunin, Kropotkin & Co. war der klassische Anarchismus im Grunde eine säkulare Form des Glaubens an ein christliches Tausendjähriges Reich. Am Tag nach der Revolution würde die Menschheit eine moralische Erneuerung durchmachen und von nun an ein Leben nach dem Moralgesetz führen: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Diese idealistische Vision war die eigentliche Ursache für den politischen Konflikt zwischen dem bakunistischen Anarchismus und dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels, der die Interessen des modernen Industrieproletariats zum Ausdruck bringt.

[WIRD FORTGESETZT]

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 11

tiefgreifende programmatische Feindseligkeit gegen das Land der Oktoberrevolution. Seit dem Koreakrieg 1950-53, als Cliff mit dem Trotzkismus brach - er weigerte sich, Nordkorea gegen den US-Imperialismus zu verteidigen -, war das angebliche „Dritte Lager" von Cliffs Anhängern („Weder Washington noch Moskau") nur eine leere Hülse; immer und immer wieder stellten sie sich auf die Seite des Imperialismus (zuerst verschleiert, dann offen) gegen die Sowjetunion.

Die Opposition gegen den Stalinismus von einem revolutionären, trotzkistischen Standpunkt aus bedeutete die Verteidigung der gesellschaftlichen Fundamente der Sowjetunion: zentral die Existenz einer geplanten kollektivierten Wirtschaft, die notwendige Vorbedingung für die Schaffung einer internationalen klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft. Der trotzkistische Aufruf zu proletarisch-politischer Revolution, um die stalinistischen Usurpatoren zu stürzen, beruhte auf unserer Verteidigung der Oktobererrungenschaften, einschließlich unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion gegen innere Konterrevolution und imperialistischen Angriff. In seiner oben zitierten Rede vom Jahr 1939 erklärte James P. Cannon:

> „Die Sowjetunion ging aus der Oktoberrevolution als ein Arbeiterstaat hervor. Als ein Ergebnis der Rückständigkeit und Armut des Landes und der Verzögerung der Weltrevolution entstand und triumphierte eine konservative Bürokratie, sie zerstörte die Partei und bürokratisierte die Wirtschaft. Jedoch eben diese Bürokratie operiert immer noch auf der Grundlage des nationalisierten Eigentums, das durch die Revolution errichtet wurde. Das ist das entscheidende Kriterium für unsere Beurteilung der Frage." *(Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988)

Das Martyrium Afghanistans ist ein unmittelbares Produkt der konterrevolutionären Katastrophe, deren Ergebnis die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion ist. Dies hat reaktionäre Kräfte ermutigt, nicht nur in rückständigen Regionen wie Afghanistan, sondern auch in Westeuropa und den USA. Diverse bürgerliche Kommentatoren erheben mahnend den Zeigefinger über die Schrecken, die durch *islamische* Fundamentalisten in *Afghanistan* verübt werden, doch auch die christlichen Fundamentalisten, in den USA wie in Deutschland, wollen mit ihren „familienfreundlichen Werten" die Frauen zurück ins Heim treiben. Das zeigt sich in den Angriffen von „Lebensschützer"-Terroristen auf Frauen, die abtreiben wollen, und in der zunehmenden Barbarei des rassistischen kapitalistischen „Justiz"Systems, das zum Beispiel auf die Kastration von „Triebtätern" zurückgreift.

Die Greuel, die sich heute in Afghanistan abspielen, sind der krasseste Ausdruck der Alternative, die sich im Laufe des ganzen Jahrhunderts immer schärfer und immer dringender gestellt hat: Sozialismus oder Barbarei. Wenn junge Kämpfer gegen die soziale Unterdrückung vorgehen und neue Siege erringen sollen, müssen sie die Lehren vergangener Kämpfe und Niederlagen studieren und sich einprägen, auch die der welthistorischen Niederlage, die die Zerstörung der verbliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution darstellt. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen für einen neuen Oktober, in Deutschland und international. Wir kämpfen international dafür, bolschewistische Parteien zu schmieden, die die Arbeiter - als Tribun und an der Spitze aller Unterdrückten - zur Macht führen können und zu einer Gesellschaft, in der die kapitalistische Unterdrückung und die Versklavung der Frauen Relikte einer barbarischen Vergangenheit sein werden.

Nach Workers Vanguard *Nr. 654, 25. Oktober 1996*

Spartakist-Jugend

BSA denunziert Kampf gegen Rassismus als „Besessenheit der Spartakisten"

In *Spartakist* Nr. 124 (September/Oktober 1996) zeigten wir am Beispiel der französischen Massenstreiks Ende letzten Jahres, wie der vorgeblich trotzkistische Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) zum Thema Rassismus bestenfalls *laut schweigt.* Die Streikwelle ereignete sich, als das öffentliche Leben in Frankreich von „Vigipirate" beherrscht wurde, dem von der Regierung verordneten rassistischen Terror gegen „Immigranten": Militär und Polizei durchkämmten die Straßen und Metro-Stationen nach dunkelhäutigen Passanten, von denen viele im Land geboren sind und die französische Staatsbürgerschaft haben. Im Kampf für die Ausweitung der Streiks auf den Privatsektor mit seinem strategischen Anteil an Arbeitern aus dem Maghreb und anderen Teilen Afrikas intervenierten unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) entschieden dafür, daß die Streikenden „Vigipirate" zurückschlagen. Und was sagt der BSA dazu? In seinem Artikel „Spartakist, Rassismus und die Arbeiterklasse" *(neue Arbeiterpresse,* 10. Oktober) bestätigte er, was er schon auf seiner Berliner Veranstaltung und in seiner voluminösen achtteiligen Artikelserie über Frankreich bewiesen hatte: „Vigipirate" ist ihm keine Erwähnung wert. Für ihn zeigt der Kampf gegen den rassistischen Staatsterror nur die „Besessenheit des *Spartakist* mit der Frage des Rassismus"!

Die französische Streikwelle war die bisher größte Klassenschlacht gegen die in Maastricht diktierten Sparprogramme gegen Arbeiter, Frauen und Immigranten. Mit der Zerstörung der Sowjetunion - ein degenerierter Arbeiterstaat, der durch jahrzehntelange stalinistische bürokratische Herrschaft unterminiert und erwürgt wurde - haben sich die interimperialistischen Rivalitäten enorm verschärft. Um die Ausbeutungsrate hochzuschrauben und unter der Führung des wiedervereinigten deutschen Imperialismus eine „Festung Europa" auszubauen, werden die Gewerkschaften angegriffen und die Immigranten zum Sündenbock für die Angriffe auf die Sozialleistungen der Nachkriegsära gemacht.

In ganz Westeuropa ist der rassistische Terror das hervorstechende Merkmal der „Neuen Weltordnung". Der BSA jedoch behauptet glatt: „Eine Untersuchung der Streikbewegung vom November und Dezember zeigt, daß der Rassismus darin überhaupt keine Rolle spielte." Damit steht der BSA in völligem Einklang mit der Gewerkschaftsbürokratie, gegen die er in Opposition zu sein behauptet. Denn mit seiner Ignoranz gegenüber dem Rassismus deckt der BSA den chauvinistischen Protektionismus der sozialdemokratischen und exstalinistischen Gewerkschaftsbürokraten ab, die bei der rassistischen Regierungsoffensive mitmachten und die Streiks auf ihrem Höhepunkt ausverkauften. Diese Irreführer sind es, die im Interesse der Kapitalisten den Rassismus in die Arbeiterklasse hineintragen.

Der Kampf gegen „Vigipirate" war eine Frage elementarer Selbstverteidigung; unsere Genossen der LTF traten gegen jede Form der Diskriminierung ein, gegen die Abschiebungen und *für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten.* Während der BSA behauptet, daß wir damit unsere „tiefverankerte Skepsis in die revolutionären Möglichkeiten der Arbeiterklasse" zeigten, und uns die Auffassung unterstellt, „daß die Arbeiter selbst Rassisten sind", ist ganz im Gegenteil der Kampf gegen den Rassismus eine grundlegende Voraussetzung, um die Macht der Arbeiterklasse für ihre eigenen Klasseninteressen zu entfalten. Und das bedeutet vor allem, einen Kampf sowohl gegen die prokapitalistische, nationalistische Gewerkschaftsbürokratie als auch gegen rückständige Vorurteile innerhalb der Arbeiterklasse selbst zu führen. Wie wir bei den französischen Streiks hervorhoben, muß in diesem Kampf eine neue, revolutionäre Führung geschmiedet werden - eine leninistische Partei, die für eine Arbeiterregierung kämpft, die das ganze kapitalistische System hinwegfegt.

In Deutschland ist die Verteidigung der kurdischen PKK der Brennpunkt des Kampfes gegen die Hetze der Imperialisten und ihrer sozialdemokratischen Lakaien gegen Immigranten. Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) führte eine internationale Protestkampagne durch und die SpAD beteiligte sich an zahlreichen Demonstrationen gegen das Verbot der PKK und der kurdischen Vereine, ohne gleichzeitig unsere grundlegende Gegnerschaft zum Nationalismus der PKK zu verbergen. Ausführlich berichtete auch die BSA-Presse über den staatlichen Terror gegen die kurdischen Newroz-Feste im letzten Frühjahr, als Massenverhaftungen gegen Kurden durchgeführt wurden, begleitet von einer unglaublichen Hetze in den Medien. Dem bürgerlichen Staat diente hier die „Gewalttätigkeit der Kurden" als Vorwand - und genau in diese Kampagne reihte der BSA sich ein: In „Unser Standpunkt" verkündete er, daß sich „PKK-Kader bei den Demonstrationen wie professionelle Provokateure des Verfassungsschutzes verhalten und damit dem deutschen Staatsapparat in die Hände spielen" *(neue Arbeiterpresse,* 28. März). Der BSA mag behaupten, er sei gegen das Verbot der PKK. Doch indem er militante Kurden für den Staatsterror verantwortlich macht, weil sie ihre Verfolgung nicht passiv hinnehmen, liefert er dem Staat die Rechtfertigung für die Repression gegen Kurden und für das verschärfte „Ausländer"gesetz.

Eine Organisation wie der BSA, die den Kurden in den Rücken fällt, die die Kämpfe gegen rassistische Unterdrückung denunziert und damit der Teile-und-herrsche-Politik der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten ein Alibi liefert, verbreitet nicht einfach nur reformistische Illusionen in den Staat. Der BSA und sein von David North geführtes „Internationales Komitee" kann vieles sein - nur nicht eine leninistische Partei. Statt dessen sind sie politische Banditen: Ihr besonderes Kennzeichen besteht darin, unter „orthodoxer" Rhetorik in die gleiche Kerbe zu hauen wie die Bourgeoisie.

Während des Kalten Krieges unterstützte der BSA jede konterrevolutionäre antisowjetische Bewegung, die existierte: die frauenfeindlichen Mudschaheddin-Killer in Afghanistan, die antisemitische klerikal-reaktionäre Solidarno in Polen, die von Faschisten durchsetzten litauischen Nationalisten usw. Zu Hause unterstützte der BSA loyal die SPD, solange sie das ideologische Bollwerk des proimperialistischen Antikommunismus in ganz Europa war. Noch 1990 rief er zur Wahl des Kanzlerkandidaten Lafontaine auf, der eine Vorreiterrolle bei der Abschiebung der Roma spielte.

Jetzt, wo die UdSSR zerstört ist und die Gewerkschaften im Fadenkreuz der Bourgeoisie sind, behauptet der BSA:

„Die Verwandlung der Gewerkschaften in Werkzeuge der Unternehmer und der Regierung ist vollständig und unwiderruflich" *(neue Arbeiterpresse,* 25. April). Der Widerspruch zwischen der prokapitalistischen Gewerkschaftsführung und der Arbeiterbasis existiert für ihn nicht. Während der BSA also früher in einer Front mit SPD/DGB-Führern gegen die Sowjetunion hetzte, wendet er sich jetzt dem zu, was auf der Tagesordnung der Bourgeoisie als nächstes kommt: die Zerstörung der Gewerkschaften. Im Gegensatz dazu standen wir zur bedingungslosen Verteidigung der UdSSR und kämpften für proletarische politische Revolutionen, um die stalinistischen Bürokraten zu stürzen. Und in den Gewerkschaften kämpfen wir dafür, die Bürokraten durch einen revolutionären politischen Kampf rauszuschmeißen.

Um nicht über seine eigene Logik stolpern zu müssen, leugnet der BSA einfach, daß die Gewerkschaften CGT und FO zu den französischen Streiks aufgerufen hatten. Wie wir in *Spartakist* (Januar/Februar 1996) bemerkten, „befanden sich die reformistischen Bürokraten tatsächlich in einem zeitweiligen *Block* mit den Arbeitern", allerdings um ihre eigenen Pfründe zu verteidigen. Wir Trotzkisten wollen gegen die nationalistischen Führer die Gewerkschaften zur ersten Verteidigungslinie der Immigranten machen. Gegen die Teile-und-herrsche-Politik der herrschenden Klasse und der Sozialdemokratie ist die Verteidigung von Immigranten der hauptsächliche Hebel, mit dem die Einheit der Arbeiterklasse erkämpft werden wird.

Unsere Perspektive fand beim Kampf gegen die Abschiebung der afrikanischen Kirchenbesetzer im August eine machtvolle Bestätigung: Große Gewerkschaftsblöcke beteiligten sich in Paris an den Protesten gegen die Abschiebung. Als die Kirche schließlich brutal von der Polizei geräumt wurde, verweigerten Piloten und Flughafenarbeiter ihre Mitwirkung bei der Deportation der Flüchtlinge. Nun aber schreibt der BSA mit bodenlosem Zynismus *(neue Arbeiterpresse, 29.* August), die Räumung der Kirche „signalisiert eine dramatische Verschärfung der staatlichen Angriffe auf ausländische Arbeiter" - eben derjenigen Angriffe, die laut BSA vor einem Jahr „überhaupt keine Rolle" spielten.

Der BSA behauptet einen mechanischen Zusammenhang zwischen dem Anstieg des Klassenkampfes und dem Rückgang von Rassismus und Nazi-Terror. So schreibt er in seinem Artikel vom 10. Oktober: „Die Streikbewegung hat die ausländerfeindliche Kampagne der Regierung sogar erkennbar untergraben. Die Operation ‚Vigipirate' ... verschwand im Hintergrund und Le Pens Nationale Front verhielt sich auffallend schweigsam." Aber gerade schärfere Klassenpolarisierungen veranlassen die Bourgeoisie zum Aufbau rassistischer Gegenmobilisierungen, besonders wenn sie sich in ihrer Herrschaft bedroht fühlt. Genau das ist in Deutschland passiert, wo aufgrund der mangelnden Vorbereitung der KPD die Revolutionen von 1918/19 und 1923 die bürgerliche Ordnung erschütterten, ohne sie zu stürzen. Die Bourgeoisie schlug zurück, indem sie die Hitler-Faschisten finanzierte und aufmarschieren ließ, um das deutsche Proletariat zu zerschlagen.

Wir Spartakisten kämpfen daher für unabhängige Mobilisierungen der Arbeiterbewegung und den Aufbau von Arbeitermilizen (dafür sind Streikposten die Keimzellen, wie Trotzki hervorhob), um die Nazis hier und jetzt zu stoppen. Unsere Genossen in den USA haben eine Reihe von Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierungen initiiert, die gerade durch Gewerkschaftsunterstützung erfolgreich die Nazi- und Ku-Klux-Klan-Mörder gestoppt haben. Man sucht den BSA und sein Internationales Komitee vergeblich, wenn es darum geht, die Faschisten zu stoppen. Ihr *einziges* Interesse an solchen Kämpfen besteht darin, diese zu *diffamieren.* Als 1982 eine dieser Mobilisierungen 5000 hauptsächlich schwarze Arbeiter und Jugendliche auf die Straßen der Hauptstadt Washington, D.C. brachte und einen Klan-Terror-Aufmarsch verhinderte, schloß sich David Norths Workers League wieder einmal dem Chor der lokalen bürgerlichen Presse an und verleumdete die Demonstranten als „Provokateure".

Laut BSA ist der Rassismus „nur eine sekundäre und zufällige Grundlage für die unterdrückerische Rolle der Polizei", wie er in einem Kommentar zum Mordprozeß des amerikanischen schwarzen Football-Stars O. J. Simpson schreibt *(neue Arbeiterpresse,* 12. Oktober 1995). Das sollte er mal dem schwarzen politischen Gefangenen Múmia Abu-Jamal in der Todeszelle erzählen, oder der Familie von Halim Dener, dem kurdischen Jugendlichen, der in Hannover von einem Bullen von hinten erschossen wurde für das „Verbrechen", ein PKK-freundliches Plakat aufgehängt zu haben. Demgegenüber schrieb Abraham Léon, ein belgischer Trotzkist, der im Alter von 26 Jahren in Auschwitz ermordet wurde, in seinem Werk *Die jüdische Frage* (ausgerechnet vom BSA-Verlag neu aufgelegt): „Der Rassismus ist also in erster Linie die ideologische Verkleidung des modernen Imperialismus... Die kapitalistischen Widersprüche, die sich im 20. Jahrhundert extrem verschärften, führen auch zu einer Verschärfung des externen und des internen Rassismus." Entscheidend ist, die Kämpfe der Unterdrückten mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse zu verknüpfen, die allein imstande ist, auf den Trümmern der alten Gesellschaft eine neue, kommunistische Welt ohne Rassismus, Chauvinismus und Ausbeutung zu errichten. Die Spartakist-Jugend kämpft gemeinsam mit der SpAD für den Aufbau einer revolutionären Partei, die in Lenins Worten als „Volkstribun" aller Unterdrückten kämpft.«

Stoppt die Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 5

als sie die DDR an die Imperialisten übergab. Die Stalinisten verkauften das ostdeutsche Proletariat aus, so wie es die SPD/DGB-Spitzen jetzt mit der Arbeiterklasse tun.

Sobald die DDR und die Sowjetunion zerstört waren, hatte die deutsche Bourgeoisie keine Veranlassung mehr, die Leistungen des „Sozialstaates" beizubehalten. Jetzt zeigt die rachsüchtige Bourgeoisie, die sich fälschlicherweise durch den Bankrott des Stalinismus von der Gefahr einer Arbeiterrevolution befreit glaubt, den Arbeitern die geballte Faust, indem sie versucht, an den alten Stalinisten ein Exempel zu statuieren. In den letzten Jahren wurden bereits Zehntausende Werktätige, darunter berühmte Wissenschaftler und Künstler, durch die Hexenjagd gefeuert. Die SPD, die als trojanisches Pferd für die kapitalistische Konterrevolution in der Ex-DDR operiert hat, treibt diese Vergeltungsmaßnahmen der herrschenden Klasse voran; seit dem 4. August 1914 dient sie loyal ihren kapitalistischen Herren. Die SPD hat die von Spartakus geführte Arbeiterrevolution 1918/19 in Blut ertränkt. Während des Kalten Krieges war sie in ganz Europa das ideologische Bollwerk des proimperialistischen Antikommunismus.

Alle Arbeiterorganisationen sollten sich diesen Verfolgungen und Schauprozessen entgegenstellen, die von seiten der herrschenden Klasse in Wirklichkeit auf die Arbeiterklasse selbst abzielen. Hände weg von den Angeklagten der „Mauerprozesse"! Freiheit für Safwan Eid, Birgit Hogefeld und alle linken politischen Gefangenen!«

Immigration...

Fortsetzung von Seite 24

wie z. B. die Nationale Front von Jean-Marie Le Pen und die Freiheitlichen von Jörg Haider, auf einer Plattform der „ethnischen Säuberung" entstanden - der massenhaften Vertreibung von Nichteuropäern, die in ihren Ländern leben. Glyn Ford, ein Abgeordneter der britischen Labour Party im Europa-Parlament, beklagt „den zunehmenden Morast des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit, der durch den Rechtsextremismus gefördert wird und in dem unsere Gesellschaften zu versinken drohen". Aber diejenigen, die diese Tendenz beweinen und gleichzeitig den Rahmen des Kapitalismus akzeptieren, können nichts tun, um dagegen Widerstand zu leisten oder zu verhindern, daß die „respektable" Politik immer tiefer in eine Orgie von chauvinistischen Angriffen auf Immigranten hinabsinkt.

Verständlicherweise identifizieren sich heute Militante aus der Immigrantenbevölkerung Westeuropas, die in Ghettos unter rassistischer Polizeibesatzung lebt, mit den amerikanischen Schwarzen, mit ihren historischen Kämpfen und insbesondere mit ihren radikalsten Fürsprechern. Die starke Persönlichkeit sowie die Schriften und Reden von Malcolm X - der den „revolutionären" schwarzen Nationalismus in den USA der 60er Jahre inspirierte - werden von jungen Nordafrikanern und Schwarzen in Frankreich ebenso bewundert wie von Jugendlichen afrikanischer und karibischer Herkunft in Britannien. Gruppen in Europa, die die Rechte von Immigranten verteidigen, haben sich an der internationalen Kampagne zur Rettung von Mumia Abu-Jamal beteiligt, einem ehemaligen Black Panther und radikalen Journalisten, der im US-Bundesstaat Pennsylvania in der Todeszelle sitzt als Ergebnis einer abgekarteten Anklage durch Polizei und FBI. Sie sehen in Mumia nicht bloß ein Opfer der Ungerechtigkeit, sondern einen Mitstreiter im Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen.

In der Vergangenheit wurde die Existenz einer großen unterdrückten „Minderheit" von Schwarzen als einmalige Besonderheit der USA betrachtet. Heute trifft man aber auf die umgekehrte Tendenz, nämlich bestimmte *grundsätzliche Unterschiede* im gesellschaftlichen Charakter zwischen der amerikanischen schwarzen Bevölkerung und den in jüngerer Zeit herausgebildeten nichteuropäischen Gemeinden in Westeuropa nicht zu erkennen.

Die Nachkommen schwarzer Afrikaner, die bei der Entstehung des kapitalistischen Systems versklavt und in Ketten in die Neue Welt gebracht wurden, waren *unerläßlich und zentral* zur Herausbildung der amerikanischen Nation und später des amerikanischen Nationalstaates. Die amerikanische Nation bildete sich in der Ära des Handelskapitalismus durch die britische Besiedlung der Kolonien in einem Gebiet mit einer spärlichen Bevölkerung von Ureinwohnern, die eine Steinzeitkultur hatten und sich in erschreckendem Maße als anfällig für Krankheiten aus Afrika, Europa und Asien erwiesen. Die massenweise Einfuhr von Sklaven aus Afrika südlich der Sahara lieferte die Arbeitskräfte für die Etablierung der Großplantagenwirtschaft in dem südlichen Teil der nordamerikanischen Kolonien Britanniens. Die Eigentümer dieser mit Sklaven betriebenen Plantagen, die eine aristokratische Mentalität entwickelten, ähnlich wie die des europäischen Landadels, wurden zu einem dominierenden Bestandteil der herrschenden Klasse in den amerikanischen Kolonien Britanniens.

Als die Kolonien gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Unabhängigkeit von Britannien erlangten, wurden die Vereinigten Staaten von Amerika als eine bürgerliche Demokratie für weiße, männliche Eigentümer gegründet. Innerhalb weniger Generationen jedoch wurde das männliche Wahlrecht auf die weißen unteren Klassen ausgeweitet. Die Plantagenwirtschaft in den Südstaaten, im wesentlichen der Anbau von Baumwolle, lieferte die hauptsächlichen Exportgüter des jungen amerikanischen bürgerlichen Staates und damit die finanziellen Mittel für das schnelle Wachstum des Handels- und Industriekapitalismus im Norden, der auf der „freien" Lohnarbeit beruhte.

Die sich verschärfenden Interessenkonflikte zwischen den Plantagenbesitzern im Süden und dem aufblühenden Kapital im Norden führte zu einem richtigen Bürgerkrieg in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts; dessen Ergebnis war die Abschaffung der Sklaverei, als die Nordstaaten, zum Teil wegen der Rekrutierung von Hunderttausenden Schwarzen zur Armee der Union, siegten. Nach einem stürmischen Jahrzehnt der bürgerlichen Demokratie für Weiße wie Schwarze (der „Radikalen Rekonstruktion") wurde im Süden eine neue Form der weißen Vorherrschaft errichtet. Das sogenannte Jim-Crow-System der gesetzlich erzwungenen Ségrégation und der totalitären Kontrolle durch einen Polizeistaat dauerte über 75 Jahre lang, bis die Bürgerrechtskämpfe Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre den Anschein von bürgerlicher Demokratie in dieser Region mit sich brachten.

Amerikanische Schwarze haben mit Weißen die zwei Hauptfaktoren einer nationalen Kultur *immer* geteilt: die (englische) Sprache und die (christliche) Religion. Interessanterweise nannten die Indianer des Flachlands - die Ureinwohner im mittleren Teil Nordamerikas - die Schwarzen, als sie ihnen gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal begegneten, „den schwarzen weißen Mann". Die Schwarzen in den USA bilden eine *unterdrückte, durch ihre Hautfarbe definierte Kaste,* die in die amerikanische kapitalistische Wirtschaft integriert ist. auch in strategisch bedeutende Teile des Industrieproletariats, während sie gleichzeitig zürn großen Teil ganz



Detroit News

Schwarze Arbeiter waren kämpferischer Teil der Streikenden bei Chevrolet in Detroit/USA Mitte der 40er Jahre, während im Süden rassistische Segregation herrschte. Der Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen ist Schlüssel für amerikanische Arbeiterrevolution

Freiheit für Safwan Eid!


Spartakist



Spartakist

Lübeck, 2. November: Kämpferische Demo von Immigranten und Jugendlichen für Safwan Eid, selbst Opfer des Brandanschlags im Januar. Mit abgekarteten Anklagen will die Bourgeoisie die rassistischen Mörder reinwaschen. Spartakist-Plakate lauteten: „Rassistischer Staatsterror von CDU/SPD: Rammbock für Sozialraub" und „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!"

unten in der amerikanischen bürgerlichen Gesellschaft ausgegrenzt ist.

Es wird keine soziale Revolution in den Vereinigten Staaten geben ohne den vereinten Kampf schwarzer und weißer Arbeiter unter der Führung ihrer Avantgardepartei, die sich aus Menschen aller Hautfarben zusammensetzt und die konsequenteste und aktivste Verteidigerin aller besonders unterdrückten Schichten der Gesellschaft sein muß. Die revolutionären Kader werden sicherlich in großer Zahl von schwarzen Proletariern kommen, in dem Maß, wie Militante zu der Erkenntnis gewonnen werden, daß es keinen anderen Weg zur Beseitigung der besonderen Unterdrückung der Schwarzen geben kann als die Machtergreifung durch die amerikanische Arbeiterklasse.

Kapitalistische Konterrevolution schürt Rassismus gegen Immigranten

Im Unterschied zur Kaste der Schwarzen in den USA stellt die Existenz einer zahlreichen nichtweißen Bevölkerung in Westeuropa historisch gesehen eine Entwicklung jüngster Zeit dar. Erst in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts wurden die Karibischen Inseln und der indische Subkontinent anstelle von Irland zu den wichtigsten Herkunftsländern der Immigration nach Britannien. Erst in den 70er Jahren gab es mehr türkische als italienische „Gastarbeiter" in Westdeutschland. Und erst im vergangenen Jahrzehnt gab es in Italien mehr Arbeiter aus anderen Ländern, hauptsächlich nordafrikanische Araber, als umgekehrt Italiener in anderen europäischen Ländern arbeiteten. Man sieht also in jüngster Zeit die Herausbildung großer nichteuropäischer, vorwiegend traditionell islamischer Gemeinden (abgesehen von Britannien) in schon lange bestehenden bürgerlichen Nationalstaaten.

So läuft die Stoßrichtung der nationalistischen Reaktion in Westeuropa auf die Massenvertreibung der nichtweißen Bevölkerung hinaus. Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 1995 führte Le Pen, der 15 Prozent der Stimmen bekam, eine Kampagne, drei Millionen nichteuropäische „Immigranten" „wieder nach Hause zu schicken". Ein Sieg des Faschismus oder auch nur der Eintritt einer faschistischen Partei in die Regierung in Frankreich oder anderswo wäre noch nicht einmal nötig, um Hunderttausende oder sogar Millionen Immigranten und Flüchtlinge gewaltsam zu vertreiben, besonders diejenigen, die keine Staatsbürgerrechte besitzen.

In einer historisch analogen Situation wurde während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre die Zahl der ausländischen Arbeiter in Frankreich - hauptsächlich Italiener, Polen und Algerier - um *eine halbe Million* gesenkt, was fünf Prozent der gesamten Arbeiterschaft ausmachte. Manche zogen fort, weil sie keine Arbeit finden konnten, aber viele wurden einfach zusammengetrieben und abgeschoben. Während des ganzen Jahrzehnts förderte die Demagogie gegen Immigranten, besonders gegen jüdische Flüchtlinge aus Nazideutschland und Osteuropa, den französischen Faschismus und andere rechte politische Bewegungen und schuf so die Voraussetzung dafür, daß das Vichy-Regime die Juden in die Todeslager des von den Nazis besetzten Europas deportierte.

Vor über 20 Jahren schrieb unsere Tendenz, als Ressentiments gegen Immigranten wieder einmal zu einem wichtigen Faktor in der westeuropäischen Politik wurden:

> „Die Trennungslinie zwischen reformistischem Sozialchauvinismus und proletarischem Internationalismus in Westeuropa muß über die Forderung gezogen werden, daß *alle* ausländischen Arbeiter das Recht auf sofortige und volle Staatsbürgerrechte haben in den Staaten, wo sie arbeiten. Wie jeder jamaikanische oder bengalische Staatsbürger' Britanniens bezeugen wird, setzen formale Staatsbürgerrechte nicht automatisch der Unterdrükkung von Immigranten ein Ende. Aber die Erkämpfung voller Staatsbürgerrechte für Westeuropas ausländische Arbeiter wäre ein großer Sieg für den proletarischen Internationalismus." („West Europe's Imported Labor: A Key to Revolution" [Westeuropas importierte Arbeitskräfte: ein Schlüssel zur Revolution], *Workers Vanguard* Nr. 31, 26. Oktober 1973)

In dem gegenwärtigen Klima von politischer Reaktion - das gekennzeichnet ist durch Massenarbeitslosigkeit, die Kampagne zur Demontage des sozialdemokratischen „Sozialstaats" und die Auswirkungen der Konterrevolution in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion - ist sogar eine formale Staatsbürgerschaft nicht an sich eine Garantie gegen „ethnische Säuberungen" in Westeuropa. Die Immigrantengemeinden sind immer schärferer rassistischer Un-

Fortgesetzt auf Seite 22

Immigration...

Fortsetzung von Seite 21

terdrückung ausgesetzt - Ghettoisierung, Polizeibrutalität, Faschisten. Europäische Staatsbürger mit dunkler Hautfarbe, die in der Gesellschaft immer mehr ausgegrenzt sind, als Freiwild für gewalttätige Bullen und Rassisten dienen und auf der ökonomischen „Leiter" ganz unten sind, könnten in den Lebensbedingungen der amerikanischen Schwarzen viel von ihrer eigenen Situation wiedererkennen.

In den USA ist eine zentrale Losung der IKL: „Führt den Bürgerkrieg zu Ende - Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution". Eine zentrale Losung in Europa ist „volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten", sie spiegelt die Tatsache wider, daß die Frage der Immigration grundsätzlich eine demokratische Frage ist, die aber für die proletarische Einheit von strategischer Bedeutung ist. Und heute können demokratische Rechte - z. B. gleiche Rechte für Frauen, nationale Unabhängigkeit für die Kolonien, Rechte für Immigranten und Minderheiten - nur dadurch gewonnen und gesichert werden, daß das Proletariat dafür kämpft, der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen und eine sozialistische Wirtschaft zu errichten in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und jegliche Unterdrückung.

Wie schwarze Amerikaner sind auch die dunkelhäutigen Proletarier Westeuropas nicht einfach schutzlose Opfer, sondern ein sehr wichtiger Bestandteil der Kräfte, die in der Lage sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören. Westindische Transportarbeiter und südasiatische Krankenschwestern in Britannien, nordafrikanische arabische und berberische Autoarbeiter in Frankreich, türkische Bergarbeiter und kurdische Chemiearbeiter in Deutschland werden in einer europäischen proletarischen Revolution eine wichtige Rolle spielen. Diese Arbeiter bilden eine Brücke zu den proletarischen und bäuerlichen Massen in der neokolonialen „Dritten Welt", ein lebendiges Verbindungsglied einer internationalen sozialistischen Perspektive. Diese Perspektive zu verwirklichen erfordert vor allem den Aufbau revolutionärer Parteien, die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf den Grundsätzen von Lenin und Trotzki.

Immigration und Arbeiterbewegung in Britannien und Frankreich im 19. Jahrhundert

Anders als in Nordamerika entwickelte sich der Handels- und dann der Industriekapitalismus in Europa auf einer schon existierenden feudalen sozioökonomischen Struktur, die auf der Ausbeutung der Bauernschaft beruhte, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung darstellte. So brachte die industrielle Revolution im größten Teil Europas sozusagen die massenhafte Emigration der bäuerlichen Jugend vom Lande in die Städte mit sich, und nicht die Einfuhr von Arbeitskräften aus anderen Ländern mit völlig anderer Nationalkultur (z.B. Sprache, Religion). Es gab jedoch zwei wichtige und ganz unterschiedliche Ausnahmen: Britannien und Frankreich.

Seit dem 16. Jahrhundert wurde in England die Bauernschaft durch die Entwicklung des Handelskapitalismus in elende Armut gestürzt; dabei ging die Bauernschaft zahlenmäßig in dem Maße zurück, wie Bauern zu Landarbeitern und Handwerksproletariern wurden (z.B. Wolltuchweber, die zu Hause arbeiteten). In England, das eine Vorreiterrolle in der industriellen Revolution hatte, absorbierten die Fabriken, trotz massiven Einsatzes von Kinderarbeit, schon bald die überschüssige einheimische Bevölkerung. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts machte es die Expansion des britischen Kapitalismus erforderlich, daß verelendete Bauern aus Irland, seiner ältesten und nächstgelegenen Kolonie, importiert wurden.

Die irische Einwanderung nach Britannien im späten 19. Jahrhundert hatte in vielerlei Hinsicht, besonders in ihrer *politischen* Auswirkung, Ähnlichkeiten mit der Immigration aus der „Dritten Welt" ins heutige Westeuropa. Religiöse Unterschiede - zwischen katholischen Iren und protestantischen Engländern - waren eine gewaltige Barriere für eine Heirat zwischen ihnen, in einer Ära, als die Kirche in den proletarischen Gemeinden eine weitaus wichtigere Rolle spielte als im heutigen Europa. Darüber hinaus erschwerte die koloniale Unterwerfung Irlands nicht nur die Heirat, sondern sogar den sozialen Kontakt zwischen den zwei Hauptbestandteilen des Proletariats in Britannien. Viele englische Arbeiter waren vom imperialistischen Chauvinismus ihrer Herrscher gegen die Iren in hohem Maße angesteckt; gleichzeitig sahen irische Immigranten alle Engländer als Mitglieder der Unterdrückernation.

Karl Marx und Friedrich Engels hielten die Feindseligkeit zwischen Iren und Engländern für einen Hauptfaktor, wenn nicht sogar für *den* Hauptfaktor, der zur relativen Rückständigkeit der Arbeiterklasse auf den Britischen Inseln beitrug, trotz der Existenz einer gewerkschaftlichen Massenbewegung. In seiner Rede auf der Londoner Konferenz der Ersten Internationale von 1871 sagte Marx:

> „Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß zu allen Zeiten zwischen den englischen und den irischen Arbeitern ein sehr starker Antagonismus bestand, dessen Ursachen übrigens sehr einfach aufzuzählen sind. Dieser Antagonismus hatte seinen Ursprung in der Verschiedenheit der Sprache und der Religion, sowie darin, daß die irischen Arbeiter den englischen Arbeitern im Arbeitslohn Konkurrenz machen. In England ist dieser Antagonismus das Hindernis für die Revolution und wird von der Regierung und den herrschenden Klassen geschickt ausgenutzt, die überzeugt sind, daß die englischen mit den irischen Arbeitern durch keine Bande zu vereinen seien."

Im Jahr darauf verurteilte Engels in einer Rede vor dem Generalrat der Internationale „die unter den englischen Arbeitern nur zu sehr verbreitete Meinung ..., daß sie, verglichen mit den Iren, überlegene Wesen wären und ebensolche Aristokraten wie jene, für die sich die niederträchtigen Weißen in den Sklavenhalterstaaten den Negern gegenüber hielten".

Im 19. Jahrhundert blieben die englischen Gewerkschaften weiterhin der bürgerlichen Liberalen Partei politisch untergeordnet, während die irischen Werktätigen unter der Vorherrschaft kleinbürgerlich-nationalistischer Bewegungen

blieben. Erst Anfang dieses Jahrhunderts entwickelte sich eine allerdings reformistische Partei der britischen Arbeiterklasse, die Labour Party. Es ist vielleicht kein historischer Zufall, daß die Labour Party Anfang der 20er Jahre zur hegemonialen Partei der britischen Arbeiterklasse wurde, zur gleichen Zeit, als Irland seine Unabhängigkeit von Britannien erlangte, allerdings unter Abtrennung der nördlichen Grafschaften namens Ulster. Dennoch blieb die Irische Republik eine relativ verarmte Neokolonie Britanniens, die Arbeitskräfte in die Fabriken und auf die Baustellen Londons und Mittelenglands exportierte. Bis zum heutigen Tag schlachten die britischen oberen Klassen weiter den Antagonismus zwischen englischen und irischen Werktätigen geschickt aus, als Hindernis für die Kräfte der sozialen Revolution.



Illustrated London News

Irische Emigranten verlassen ihr Herkunftsland Mitte des 19. Jahrhunderts. Chauvinistische Vorurteile gegen eingewanderte irische Arbeiter unterminieren die Entwicklung von Klassenbewußtsein der britischen Arbeiterklasse

In Frankreich zerstörte die radikale bürgerlich-demokratische Revolution von 1789-93 praktisch den aristokratischen Großgrundbesitz und brachte eine zahlreiche und fest etablierte Klasse von Kleinbauern hervor. Die im europäischen Vergleich ungewöhnlich niedrige Geburtenrate im Frankreich des 19. Jahrhunderts reduzierte weiter das Angebot an überschüssigen Arbeitskräften, die für die Entwicklung einer kapitalistischen Industriewirtschaft notwendig waren. Zu Beginn der industriellen Revolution unter dem Zweiten Kaiserreich von Louis Napoleon (1850-70) entschied sich die französische herrschende Klasse bewußt für den groß angelegten Import von Arbeitskräften aus anderen Ländern. Angesichts ihrer sehr wohl begründeten Angst vor einer sozialen Revolution wollten sie die traditionellen Bauerndörfer unter der Vorherrschaft des jeweiligen Dorfpfaffen als Hochburgen des gesellschaftlichen und politischen Konservatismus erhalten.

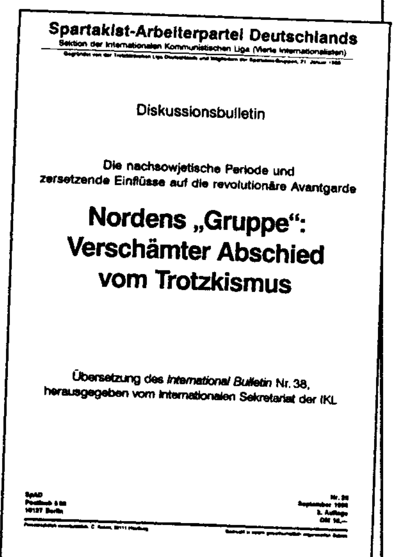
Deshalb setzte sich die Arbeiterklasse in Frankreich zum großen Teil aus Immigranten aus Italien, Spanien, Belgien, Süddeutschland und, etwas später, Polen zusammen. In bestimmten Zeiten übertraf das Ausmaß der Immigration sogar das der USA. Viele Mitglieder und Anhänger der Nationalen Front wären heute keine Franzosen, wenn Le Pens Programm auf ihre Großväter und Urgroßväter angewandt worden wäre!

Bis zu den 30er Jahren wurde die Masse dieser weißen, hauptsächlich katholischen Immigranten durch weit verbreitete Heirat mit Franzosen innerhalb einer einzigen Generation assimiliert. Eine Reihe von Faktoren trug zu dieser Entwicklung bei, die in der Geschichte des europäischen Industriekapitalismus einzigartig ist. Zum einen kam die überwiegende Mehrheit der Immigranten aus Ländern, die wie Frankreich traditionell katholisch waren. Auch waren diese Länder keine französischen Kolonien oder Halbkolonien. So gab es Ende des 19. Jahrhunderts keinen schon lange bestehenden politischen Antagonismus zwischen italienischen eingewanderten Arbeitern und Franzosen, wie es ihn damals zwischen irischen Immigranten und Engländern gab oder im heutigen Frankreich zwischen Algeriern und Franzosen gibt.

Eine Politik der Assimilation wurde auch durch die Bourgeoisie stark gefördert. 1889, im Jubiläumsjahr der Revolution, gewährte ein neues Gesetz allen, die in Frankreich geboren waren, automatisch die Staatsbürgerschaft. Zwar war dieses Gesetz sicher objektiv fortschrittlich, doch seine Verfasser waren keineswegs durch liberal-demokratische Ideale motiviert. Konfrontiert mit dem neuen, mächtigeren und einwohnerstärkeren Zweiten Deutschen Reich wollte die französische herrschende Klasse die Söhne von italienischen und spanischen Immigranten zum Wehrdienst in der Armee verpflichten.

Trotzdem stärkte der kosmopolitische Charakter der Arbeiterklasse in Frankreich die Kräfte der Linken. Dies wurde deutlich durch die Dreyfus-Affäre Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als die fingierte Anklage gegen einen jüdischen Armeeoffizier durch eine antisemitische Verschwörung im Generalstab zu einer scharfen Links-rechts-Polarisierung führte, die bis an den Rand eines Bürgerkriegs ging. Eine heroische und effektive Rolle bei der Verteidigung von Dreyfus spielte der berühmte Schriftsteller Emile Zola, dessen Vater ein italienischer eingewanderter Ingenieur und dessen Mutter Französin war.

[WIRD FORTGESETZT]



Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Diskussionsbulletin

Die nachsowjetische Periode und zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

Nordens „Gruppe“: Verschämter Abschied vom Trotzkismus

Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38, herausgegeben vom Internationalen Sekretariat der IKL

SPARTAKIST

Immigration und die rassistische „Festung Europa"



AP/Jacques Brinon

Gewerkschaftskontingente nehmen an Pariser Spontandemo in Solidarität mit Immigranten teil, deren Fluchtburg in der Kirche St. Bernard Ende August von den Bullen gestürmt wurde

Der nachstehende Artikel erschien zuerst in Spartacist *(französische Ausgabe Nr. 29, Sommer 1996), wo er als Einleitung zu dem Artikel „In Verteidigung des revolutionären Integrationismus" (ursprünglich erschienen in* Spartacist, *englische Ausgabe Nr. 49/50, Winter 1993/94) veröffentlicht wurde. Unsere Übersetzung erfolgte aus der leicht redigierten englischen Fassung.*

In der modernen Geschichte waren lange Zeit die USA das einzige fortgeschrittene kapitalistische Land mit einer großen unterdrückten Minderheit, die durch ihre Hautfarbe definiert ist. Die berühmte und einflußreiche Studie des

Teil eins von zwei

schwedischen Sozialdemokraten Gunnar Myrdal aus den 40er Jahren über die Schwarzen in den USA trug den Titel *Ein amerikanisches Dilemma.* Europäische Sozialdemokraten und Liberale nahmen eine Haltung der moralischen Überlegenheit gegenüber dem Rassismus gegen Schwarze und der Ségrégation (Trennung von Schwarzen und Weißen) in den USA an, als ob die Gesellschaft in ihren eigenen Ländern gegen solche abscheulichen Vorurteile und Praktiken immun wäre.

Heute gehört es zum Alltag, daß von Süditalien bis Norddeutschland Menschen dunklerer Hautfarbe - eingewanderte Arbeiter und ihre Kinder, Flüchtlinge von Bürgerkriegen und kommunalistischen Massakern in der „Dritten Welt" - von faschistischen Banden oder von der Polizei getötet werden. Das kulturelle Ereignis von 1995 in Frankreich war der Film *La haine,* der 24 Stunden im Leben von drei entwurzelten jungen Männern, Immigranten der zweiten Generation, darstellt, die zusammen herumhängen: ein osteuropäischer Jude, ein nordafrikanischer Araber und ein westafrikanischer Schwarzer. „Ein Araber in einem Polizeirevier überlebt keine Stunde", bemerkt einer von ihnen wie eine Selbstverständlichkeit. Es ist bezeichnend, daß der Begriff „Immigranten" routinemäßig auch für diejenigen gebraucht wird, die in Frankreich geboren und französische Staatsbürger sind.

Im letzten Jahrzehnt sind große faschistische Parteien,

Fortgesetzt auf Seite 20

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!